
UNIVERSITY OF TORONTO.
KING ALFRED LIBRARY OF HISTORY
FOUNDED BY
GOLDWIN SMITH AND HARRIET SMITH
1901

Fürst Bismarck

und

seine Zeit.

Eine Biographie für das deutsche Volk

von

Dr. Hans Blum.

Vierter Band.

1867—1871.



München 1895
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Inhalt.

Siebentes Buch.

Von der Gründung des Norddeutschen Bundes bis zum französischen Kriege

(1867 bis Juli 1870).

Erstes Kapitel.

Bismarck im ersten Probejahre des Norddeutschen Bundes (1867 bis Frühjahr 1868).

Zweites Kapitel.

Persönliches aus Bismarcks Leben und Stellung vom Frühjahr 1868 bis zum Kriegsausbruch 1870.

Viertes Kapitel.

Bismarcks auswärtige Politik vom Frühjahr 1868 bis zum Kriegsausbruch 1870.

Fünftes Kapitel.
Bismarck beim Kriegsausbruch (1870).

Achtes Buch.

Bismarck erneuert Kaiser und Reich.

Vom Kriegsausbruch (19. Juli 1870) bis zum Frankfurter Frieden (10. Mai 1871) und Reichstagsschlusse (15. Juni 1871).

Erstes Kapitel.

Bismarck im ersten Abschnitte des Krieges bis zu den Verhandlungen mit Jules Favre in Schloß Ferrières (September 1870).

Zweites Kapitel.

Bismarck in Versailles. Die Bundesverträge mit den süddeutschen Staaten (Ende September bis Ende Dezember 1870).

Drittes Kapitel.

Bismarck bis zum Abschlusse des Vorfriedens von Versailles (Januar bis Anfang März 1871).

Viertes Kapitel.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck bis zum Abschlusse des Frankfurter Friedens und dem Schlusse der ersten Reichstagssession (März bis Mitte Juni 1871).

Siebentes Buch.

Von der Gründung des Norddeutschen Bundes bis zum französischen Kriege

(1867 bis Juli 1870).

Erstes Kapitel.

Bismarck im ersten Probejahre des Norddeutschen Bundes (1867 bis Frühjahr 1868).

Während der kriegerischen Ereignisse des Jahres 1866 und der Monate voll angestrengtester Thätigkeit, die ihnen folgten, war Bismarck kaum jemals zu ruhigem, ja kaum zu menschenwürdigem Lebensgenuß gekommen. Die Ueberanstrengung, die er im Dienste des Vaterlandes länger als ein Jahr hindurch hingebend und opferfreudig auf sich genommen, hatte ihn, wie wir sahen, schwer krank gemacht und ihn zu längerer Erholung auf Rügen gezwungen. Die neue, auch landschaftlich reizvolle Besitzung Varzin auf pommerischem Heimatboden winkte dem großen Staatsmann fortan als ruhevolle traute Zufluchtsstätte nach allen Mühen und Sorgen.

Auch nach der Gründung des Norddeutschen Bundes blieb dem Leiter der deutschen und preußischen Politik ein Arbeitsmaß beschieden, das den vollen Einsatz geistiger und körperlicher Riesenkraft erforderte. Dennoch aber zeigt sich die Bedeutung des von ihm damals schon Erreichten und Vollendeten in erfreulichster Weise auch darin, daß Bismarck fortan jahrelang mehr Lebensgenuß und -Freude, mehr Ruhe und Erholung sich gönnen kann, als in der abgeschlossenen Epoche der deutschen Entwickelung.

Überblicken wir seine persönlichen Erlebnisse während des ersten Jahres nach Abschluß der norddeutschen Bundesverfassung, so stellt sich uns ein höchst wechselvolles Bild dar. Bismarcks Seele und Gemüt werden jetzt durch eine Fülle wohlthuender Ein-

drücke erfreut und erhoben. Am Jahrestage des Cohen'schen Mordattentates, am 7. Mai 1867, erschien bei Bismarck, während ihm das Musikkorps des 2. Gardegrenadierregiments eine Morgenmusik darbrachte, eine Glückwunschdeputation der konservativen Fraktion. Im nämlichen Monate konnte er mehrere Tage in Schönhausen zubringen. Am 30. Mai war er beim Empfang des russischen Zaren in Potsdam anwesend und nahm als ein von dem Kaiser Alexander besonders ausgezeichneter Gast an den Hoffestlichkeiten und der Truppenparade zu Ehren des Zaren teil. Mit Gortschakoff hatte er am 31. Mai eine lange befriedigende Unterredung, welche von neuem das gute Einvernehmen Preußens mit Rußland bekundete und befestigte. Auch aus England waren ihm höchst sympathische Kundgebungen weiter Volkskreise zugegangen. Auf einem Meeting der Abgeordneten der Londoner Gewerk-, Begräbnis-, Mäßigkeits- und anderer Vereine sowie von 100 Londoner Zweigvereinen der Reformliga war der Beschluß gefaßt worden, Bismarck auszusprechen, daß man „dem norddeutschen Volke Glück wünsche zu der Erzielung seiner vollständigen Vertretung bei geheimer Abstimmung" und Bismarcks Haltung bei dem Entwurfe und der Verteidigung dieser Reform freudig anerkenne. Bismarck antwortete den Urhebern der Kundgebung am 17. Mai 1867: „Es freut mich, daß das Entstehen des nun geschlossenen Reichstags und die Beratungen dieser wirksamen und patriotischen Körperschaft so große Teilnahme in einem Lande erweckten, dessen Geschichte und Einrichtungen für kontinentale Politiker von jeher höchst interessanten Stoff zum Forschen und Denken abgegeben haben und ferner abgeben werden. Möge die Zeit nicht ferne sein, in der alle Nationen Europas ihre Aufmerksamkeit einander zu keinem anderen Zwecke zuwenden, als dem, miteinander im guten Regieren und den Künsten des Friedens zu wetteifern. Statten Sie gefälligst den Mitgliedern der Versammlung meinen aufrichtigen Dank für ihre schmeichelhafte Anerkennung dessen ab, was ich im Dienste meines Königs und Vaterlandes, entsprechend dem eigentümlichen Charakter der gesellschaftlichen Zustände und politischen Institutionen Deutschlands, gethan habe."

In den Tagen vom 5. bis 14. Juni verweilte Bismarck in Begleitung des Königs zum Besuche der Pariser Weltausstellung in der französischen Hauptstadt. Wohnung nahm er im Hause der preußischen Botschaft. Fast selbstverständlich empfing ihn bei seiner Ankunft der chauvinistische Pöbel von Paris, auch der glacehandschuhtragende, mit feindlichen Kundgebungen. Vergebens hatte ein vornehmes Pariser Blatt geschrieben: „Kommt ein Fremder an unseren Herd, so vergessen wir, daß er noch kurz zuvor unser Widersacher war, und wir wollen nicht daran denken, daß er morgen wieder unser Feind sein kann. Wir gedenken nur des einen, daß er heute unser Gast, also heilig und unverletzlich ist.“ Diesem furchtbaren Minister, diesem so tausendfach von allen französischen Patrioten verwünschten „Monsieur de Bismarck“, ihm, der den Frevel begangen hatte, die Österreicher bei Sadowa schlagen zu lassen, schuldete Frankreich doch gewiß kein Gastrecht, keinerlei Beweis dafür, daß die große Nation mit Recht den anmaßlichen Anspruch erhebe, „an der Spitze der Zivilisation zu marschieren“. Obwohl die deutschen Gäste vom Kaiser Napoleon selbst am Bahnhof abgeholt wurden und in kaiserlichen Wagen nach den Tuilerien fuhren — im ersten Wagen der Kaiser, der König, der Kronprinz und Prinz Joachim Murat, im zweiten Moltke, dann Bismarck —, so drangen dennoch die feindseligen Rufe und Verhöhnungen, die Bismarck galten, bis zum Ohr Napoleons. Stolz und mitleidig blickte der deutsche Staatsmann, im blanken Schmucke seines Stahlpanzers, das starke Herz mit noch härterem Erz umgürtet, auf die kläglichen Gesellen, die ihn zu beleidigen wagten. Dabei mochte er wohl überlegen: wie schwach und ohnmächtig mußte die kaiserliche Gewalt sein, der die Hauptstadt solches zu bieten wagte; wie schwach das Volk, das so wenig seiner Leidenschaften Herr zu werden vermochte!

Um so ausgezeichneter waren die Ehren, mit denen Bismarck am Tuilerienhofe und von dem amtlichen Frankreich überhäuft wurde. Galadiners, Bälle bei Hofe und bei den Ministern und Botschaftern, Rennen und Jagden wurden in buntem Wechsel ge-

boten. Auf dem Hofball in den Tuilerien am 10. Juni will Madame Carette*) „den letzten Walzer des Grafen Bismarck" als seine Tänzerin erlebt haben. Doch hat dieser „letzte Walzer" Bismarcks in Wahrheit noch viele Nachfolger gehabt; noch auf der Hochzeit seines Sohnes Wilhelm hat er am Tanze teilgenommen. Eine politische Unterhaltung mit Bismarck suchte unter den französischen Ministern nur Rouher. Ihm erläuterte Bismarck seinen guten Willen in der Luxemburger Sache und versicherte, daß die süddeutschen Staaten bis jetzt durchaus keine Neigung zum Eintritt in den Nordbund zeigten, und er ebensowenig gesonnen sei, sie anzutreiben. Der Marquis de Moustier, Frankreichs Premierminister, dagegen hatte keine Neigung, mit Bismarck politische Dinge zu besprechen. Er erinnerte sich noch zu wohl der scharfen Abfertigung, die im Januar 1855 der damalige Bundestagsgesandte v. Bismarck ihm, dem französischen Gesandten in Berlin, erteilt hatte. Auf Moustiers Warnung: „Diese Politik wird Preußen nach Jena führen", hatte Bismarck damals schlagfertig erwidert: „Warum nicht nach Leipzig und Waterloo?" (S. oben Band II, S. 63.) Dagegen hörte Moustier aus Gortschakoffs Mund — auch der russische Staatsmann hatte seinen Kaiser nach Paris begleitet — etwa denselben Ausspruch, wie Rouher von Bismarck: „Ich bürge Euch dafür, daß Bismarck entschlossen ist, dem Prager Frieden treu zu bleiben; seine Lage ist schwierig, er kann sich nicht öffentlich gegen die deutsche Einheit erklären, wünscht sie aber nicht, da sie ihm mehr Verlegenheit als Nutzen bringen würde; das Zollparlament ist ihm ein Mittel, die nationale Partei zu beschwichtigen, sonst hat es keine politische Bedeutung."**)

Kaiser Napoleon selbst ließ dem deutschen Staatsmann die denkbar größte Auszeichnung angedeihen, indem er ihn über die

---

*) Souvenirs intimes, II. Série, Paris (Ollendorf) 1890, S. 44.

**) Die Worte Bismarcks zu Rouher und die Gortschakoffs an Moustier sind dem 6. Bande von Sybels „Die Begründung des deutschen Reiches" S. 185/86 entnommen, der eben erschien, als das siebente Buch dieses Werkes in Druck ging.

liberalen Reformen und die Mittel zur Befestigung des Kaiserreichs zu Rate zog, die damals Napoleons Geist lebhaft beschäftigten. Deutlich bekundete der Kaiser dadurch, daß auch die gewaltige Stellung, die Bismarck inzwischen unter allen leitenden Staatsmännern Europas sich errungen hatte, und daß Bismarcks mannhafte deutsche Politik, die so oft französische Anschläge und Pläne durchkreuzt und matt gesetzt hatte, das alte Vertrauen des Kaisers in diesen Charakter und in Bismarcks hohe Einsicht nicht erschüttert habe. Auch in der Luxemburgischen Frage hatte Bismarcks Thatkraft die häßliche Verschacherung eines deutschen Landes zu nichte gemacht, zu welcher der Nachfahre Wilhelms von Oranien sich wunderbarer Weise hatte bereit finden lassen. Ein Monat erst war verflossen, seit Bismarck am Abend des 8. Mai 1867 dem Botschafter Grafen Benedetti schneidig erklärt hatte: „Wenn die Londoner Konferenz nicht günstig ausfällt, wird Preußen sofort ein Ultimatum an Frankreich richten, und wenn Frankreich nicht genügende Zusicherungen wegen der Abrüstungen geben sollte, wird eine Kabinettsordre sofort 900 000 Mann ins Feld rufen." Nicht minder entschlossen war Graf Bismarck in einem Erlasse vom 23. Mai an den Botschafter Grafen v. d. Goltz in Paris auf dem Verbleib Luxemburgs im Zollverein bestanden, hatte er alle französischen Zumutungen auf Änderung dieses Verhältnisses zurückgewiesen. Andererseits aber dankte Napoleon Bismarcks einsichtsvoller Mäßigung doch ganz vornehmlich die Vermeidung des Krieges um Luxemburg, den die französische Leidenschaftlichkeit bei einer ähnlichen deutschen Zumutung an Frankreich unfehlbar entzündet hätte. Der deutsche Staatsmann dagegen hatte den freiwilligen Verzicht Preußens auf das Besatzungsrecht in Luxemburg, die Schleifung der Festung und die Neutralisierung des Herzogtums bewilligt. Napoleon erblickte darin einen neuen Beweis für den Anteil, den er bei Bismarck an der Erhaltung der kaiserlichen Dynastie und Regierung voraussetzte, und erörterte daher mit ihm die gangbarsten Wege zu diesem Ziele.*)

*) Das Folgende nach Meding, Memoiren zur Zeitgeschichte, III, 329 fg. (Leipzig, Brockhaus, 1884.)

Von allen Seiten rate man ihm, sagte der Kaiser, das absolutistische Regiment aufzugeben und liberale parlamentarische Institutionen in Frankreich einzuführen, um die kaiserliche Regierung und Dynastie gegen alle Wechselfälle der Zukunft zu schützen. Bismarck seinerseits sei Meister in der Behandlung und Führung des parlamentarischen Lebens, kenne Frankreich und die Franzosen. Daher möge er dem Kaiser in dieser schwierigen Frage Rat erteilen. Wir wissen, daß Bismarck schon als Bundestagsgesandter nach Berlin geschrieben hatte: nur ein starkes selbstherrliches persönliches Regiment, das sich vor allem auf das Heer stütze, könne den Bonapartismus in Frankreich am Ruder erhalten. In diesem Sinne erteilte er auch jetzt offen den gewünschten Rat, — der ebensosehr die Interessen Napoleons, seiner Dynastie und Frankreichs gefördert haben würde, wenn er befolgt worden wäre, als die Interessen Deutschlands. Er entgegnete: Auch ihm erscheine der Vorschlag der Einführung liberaler Institutionen gut und annehmbar und er könne zu dessen Befolgung dem Kaiser nur raten. Zugleich aber müsse der Kaiser dann sich mit einem völlig sicheren und zuverlässigen, nur der Dynastie ergebenen Heer umgeben, namentlich die kaiserliche Garde in Zucht, Haltung und Gesinnung thunlichst den Haustruppen der alten Könige ähnlich machen. Durch ihren tüchtigen und energischen Gebrauch hätte selbst noch Ludwig XVI. der Revolution in vielen entscheidenden Augenblicken mit Leichtigkeit Herr werden können. Könne Napoleon in Paris über ein solches Truppenkorps verfügen, so werde er in die Lage gesetzt, die gefährlichen Ausschreitungen, zu welchen liberale Institutionen in Frankreich so leicht führen könnten, jedesmal nachdrücklich und ohne Schaden für die Autorität der kaiserlichen Regierung zurückzuweisen. Hätte Napoleon diesen Rat befolgt, so würde seine Dynastie vermutlich heute noch über Frankreich herrschen. Denn die kaisertreue Armee hätte den Sturz des Herrscherhauses nicht zugelassen. Andererseits aber wäre auch kaum ein unglücklicher auswärtiger Krieg geführt worden, der den nationalen Zorn gegen diese Dynastie entflammt hätte. Denn wenn Napoleon nach Bis-

marcks Rat die parlamentarische und militärische Macht im Gleichgewicht geschaffen hätte, so konnte er die letztere nicht über die Grenze werfen, ohne den Liberalismus und Radikalismus in gefährlicher Zügellosigkeit seinen lebhaften Instinkten zu überlassen.

Am 15. Juni kehrte Bismarck nach Berlin zurück. Seine Familie war inzwischen, in den Tagen vom 6. bis 13. Juni, bei der Gräfin Stolberg in Kreppelhof zu Besuch gewesen. Gleich nach der Rückkehr von Paris nahm die erneute Anwesenheit des russischen Kaisers in Potsdam und Berlin den Minister angenehm in Anspruch. Auf dem Bahnhof in Potsdam verabschiedete er sich am 17. Juni bei der Abreise des Zaren Alexander II. von diesem ihm allezeit gnädigen Herrn.

Wenige Tage später folgte eine freudige Überraschung. An dem festlichen Tage ihrer fünfzigjährigen Vereinigung mit der Universität Wittenberg, am 21. Juni, ernannte nämlich die Universität Halle Bismarck, Roon und Moltke zu Ehrendoktoren der Philosophie. „Ja, ja, Frau Dr., was aus den Menschen nicht alles werden kann!“ schrieb Roon damals launig der Gattin. Das lateinische Ehrendiplom für Bismarck begründet die Verleihung der Doktorwürde damit: er habe, „unter Zerstreuung aller Verdächtigungen seiner Gegner, mit beispielloser Beharrlichkeit, Klugheit und Ersprießlichkeit (felicitate) verfolgt und erreicht, daß das siegreiche Preußenvolk, versöhnt durch die Eintracht der Bürger, die Grenzen des Reiches erweiterte und dem deutschen Namen im Auslande das alte Ansehen wiedergewann.“ Bismarck dankte für diese Ehrung, deren amtliche Ausfertigung infolge seiner Abwesenheit von Berlin erst Mitte August in seine Hände gelangte, am 17. August in folgendem Schreiben: „Mit aufrichtiger Freude und lebhaftem Danke habe ich die mir seitens der philosophischen Fakultät gewordene Auszeichnung entgegengenommen, eine Auszeichnung, welcher ich die Auslegung geben darf, daß es mir unter Leitung Sr. Majestät des Königs vergönnt gewesen ist, an der Verwirklichung des großen Gedankens mitzuarbeiten, dessen hervorragende Trägerinnen auch in Zeiten, wo er vergessen schien, die deutschen Hochschulen waren, des

Gedankens der einheitlichen Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes. Aus diesem Grunde wiegt für mich die Auszeichnung um so schwerer, welche mir eine Universität gewährt hat, deren Name eine so hohe Bedeutung für unser engeres Vaterland hat und gerade der heimatlichen Landschaft, der auch ich durch Geburt und Herkommen angehöre, zum Ruhme gereicht."

In grellstem Gegensatze zu dieser dankbaren Kundgebung einer Pflanzstätte deutscher Wissenschaft und freier Forschung stand das Verhalten des Magistrates der preußischen Hauptstadt. Am 22. Juni bezeugte nämlich die fortschrittliche Mehrheit des Magistrates von Berlin, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen, indem diese Mehrheit den Antrag des Oberbürgermeisters Seydel ablehnte: dem Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu verleihen! Der Minister ließ sich natürlich durch diese Kundgebung einer verbittert-kleinlichen Denkweise um so weniger anfechten, da er am nämlichen Tage eine lange freudige Erholungsreise antreten konnte, die ihn zunächst zu dem Bruder Bernhard nach Külz, und von da Ende Juni in Begleitung des Freundes Moritz v. Blanckenburg nach Varzin führte, wo er bis zum 2. August verblieb. Während dieses friedlichen und stärkenden Landaufenthaltes hatte sich übrigens ein für Bismarck wie für ganz Deutschland hochbedeutsames Ereignis vollzogen: am 14. Juli war er nämlich zum Bundeskanzler ernannt worden.

In den Tagen vom 4. bis 9. August verweilte Bismarck dann zur Erledigung dringlicher Vorträge beim König in Ems und Coblenz. Unter anderm erwirkte er in Ems die Verleihung des Kronenordens 3. Klasse an den Afrikaforscher Gerhard Rohlfs und übersandte ihm den Orden namens des Königs aus Ems am 9. August mit einem Schreiben, in welchem ausgesprochen wurde: „In Anerkennung der Verdienste, welche Sie durch Ihre Reisen und Forschungen in Afrika um die geographische Wissenschaft unter erheblichen Mühen und Gefahren erworben haben." Dabei gab Bismarck noch Ausdruck der „eigenen Teilnahme an Ihrer Rückkehr

und den Erfolgen Ihrer aufopfernden Bestrebungen für den Ruhm deutscher Wissenschaft."

Wichtige amtliche Arbeit, von welcher später die Rede sein wird, fesselte den neuernannten Bundeskanzler bis Anfang Oktober an Berlin. Auf wenige Tage, vom 3. bis 9. Oktober, konnte er sich zum Besuch der geliebten Schwester in Kröchlendorf von den Geschäften losreißen. Aber außer den Verhandlungen des Reichstags zog ihn eine ihm persönlich wichtige Angelegenheit schon am 9. abends nach Berlin zurück. Auf den 10. und 11. Oktober hatte nämlich das gesamte Geschlecht derer von Bismarck einen Familienabend nach Berlin, in das Hôtel de Rome, einberufen, und da durfte natürlich der berühmteste Träger dieses Namens nicht fehlen. Am 10. Oktober überreichten ihm die Geschlechtsgenossen bei der Familientafel im Hôtel de Rome einen silbernen Humpen mit sinnigen Zierraten und ein Album mit den Bildnissen aller Geschlechtsvettern. Am folgenden Tage waren sie alle seine Gäste in dem bescheidenen Palais an der Wilhelmstraße. Die von der Kur in Pyrmont gekräftigt zurückgekehrte Frau Ehrendoktorin und Bundeskanzlerin konnte den Gästen die häuslichen Ehren erweisen.

Der Monat sollte nicht zu Ende gehen ohne eine schwere Sorge, die Bismarcks Gemüt und amtliches Wirken in gleichem Maße bedrückte.*) Der alte treue Freund Roon hatte nämlich schon seit dem Frühjahr in vertraulichen Gesprächen den ihm besonders nahestehenden Amtsgenossen darauf vorbereitet, daß Alter und Hinfälligkeit — namentlich qualvolle Atemnot — ihn sehr bald nötigen würden, den Rücktritt zu nehmen, da sonst der Dienst des Kriegsministers unter dem Mindermaße seiner Leistungsfähigkeit Schaden nehmen müsse. Bismarck hatte darauf stets in ernsten warmen Worten entgegnet: er halte Roons Verbleiben im Amte unter allen Umständen für den König, für das Staatswohl und für sich selbst ganz unentbehrlich. Dann hatte er wohl auch scherzend — wie später in Leidenstagen von sich selbst — hinzugefügt:

---

*) Das Folgende nach Roons Denkwürdigkeiten II, 350 flg.

sogar der tote Ziska habe seine Feinde noch in Schrecken versetzt, indem er seine Haut als Trommelfell habe ausspannen lassen. Soviel könnten sie beide immer noch leisten. Roon hatte alle diese Einwendungen für „Überschätzung" seiner Person erklärt und auf die scherzhafte Wendung des Freundes erwidert: „Bei lebendigem Leibe könne ihm eine solche Kalbfell-Rolle keine Befriedigung gewähren, er vermöge auch seiner Haut keine derartige Resonanz zuzuschreiben." Gleichwohl hatte er bis jetzt Bismarcks Vorstellungen Gehör geschenkt. Nun aber teilte er diesem den Inhalt seines Immediatgesuches an den König vor der Absendung mit.

Bismarck antwortete am 30. Oktober: „Es wird mir sehr schwer, auf Ihren Brief zu antworten, weil ich ein herzloser Egoist in diesem Sprudel geworden bin, dicke Steinkruste politischer Erwägung angesetzt, die meine von Jugendheimweh getragene Freundschaft für Sie erst mit einem pommerschen Fußtritt sprengen muß, damit ich Ihnen ganz ehrlich beistimmen kann mit dem votum auf 6 Monat Urlaub" — Roon hatte dem König anheimgegeben, die völlige Entlassung oder einen langen Urlaub zu verfügen. „Ich fürchte nicht, daß das Kriegsministerium in der Zeit Schaden leidet; dazu haben Sie zu gute Schule herangezogen: aber im Kollegium der Gespielen bleibe ich ‚unter Larven die einzige fühlende Brust', und dem Könige gegenüber ist der Beistand Ihrer politischen Autorität gar nicht zu ersetzen, da niemand so viel Salz mit dem Herrn gegessen hat wie Sie. — Aber es wäre schlechter, als ich geworden bin, wenn ich auf Ihre treue Hingebung für den ‚Dienst' spekulierte, und es wäre unklug, da ich hoffe, daß der Frühling, wenn wir beide leben, uns wieder nebeneinander in Kraft sieht. — Ihrem Vertreter möchte ich bitten, vor allem den objektiven Standpunkt des Staatsmannes zu empfehlen, der nicht in wildem Ressort-Patriotismus fragt, ‚was kann ich noch kriegen', sondern als Gesamt-Preuße: ‚was muß ich haben, und was kann ich vertagen.' Ich bin in der Beziehung etwas ängstlich vor Podbielski*)

*) General v. P. war damals Direktor des allg. Kriegsdepartements

und fürchte, daß er innerlich alles andere als feindliches Ausland ansieht. — Wie dem auch sei, Gott helfe Ihnen zu alter Rüstigkeit und gebe Ihnen allen reichen Segen in Leib und Seele, den ich Ihnen allzeit von ganzem Herzen wünsche. Treu der Ihrige v. Bismarck." — Der König gab sein „Votum" ganz in demselben Sinne ab wie Bismarck. Am 17. November schrieb er an Roon: „Daß ich aus den von Ihnen gestellten Alternativen zur Pflegung Ihres Gesundheitszustandes nur die einer Beurlaubung wählen kann, werden Sie sehr leicht begreifen. Wem ich so viel verdanke wie Ihnen, der aber, bei Erringung dieses Dankes, seine Gesundheit opferte, den muß ich mir und dem Vaterlande zu erhalten bestrebt sein." So kehrte denn Roon, durch sechsmonatlichen Urlaub im milden italienischen Winter und Frühjahr gekräftigt, in der That als Minister nach Berlin zurück, um noch jahrelang mit Bismarck zusammen „in der Front" zu stehen.

In den Wintermonaten 1867 auf 1868 ließen die Staatsgeschäfte dem Bundeskanzler mehr Zeit als in den Vorjahren, auch dem ihm, wie wir von früher her uns erinnern, so teuren Waidwerk wieder einmal fröhlich nachzugehen. Im November 1867 konnte er dreimal den königlichen Jagd-Einladungen folgen, am 4. im Grunewald, am 11. bis 13. in Letzlingen, dem alten Bismarckschen Eigenboden, am 22. in Crüden; daneben nahm er am 25. und 26. November noch an einer Privatjagd in Staßfurt teil. Am 5. Dezember begab er sich bis nach Holstein zur Pflege des edlen Waidwerks. Am 16. und 17. Dezember war er wieder der Jagdgast des Königs in Wusterhausen; am 26. und 27. Dezember pürschte er mit dem Freunde Amtsrat Dietze in den Wäldern von Barby und erhielt bei dieser Anwesenheit von der Stadt Barby die Auszeichnung des Ehrenbürgerrechtes, die ihm Berlin vorläufig versagte. Vor dieser Jagdgesellschaft that Bismarck den denkwürdigen Ausspruch: „Ich kenne alle Herrscher Europas und empfinde außerordentliche Hochachtung vor vielen derselben; Sie werden aber, m. H., es nicht

und wurde während des Urlaubs seines Chefs, des Ministers v. Roon, dessen Stellvertreter im Kriegsministerium, Jachmann im Flottendepartement.

als eine bloße Phrase ansehen, wenn ich Ihnen versichere, daß ich keinen von allen so tief verehre, wie Se. Majestät unsern König Wilhelm. Selbst diesen unsern König Wilhelm möchte ich jedoch nicht als absoluten Monarchen sehen, wie ich denn überhaupt den Absolutismus für die unglücklichste aller Staatsformen halte. Sie glauben nicht, welchen Anteil an den Geschicken eines absolut regierten Landes der Einfluß eines raffinierten Kammerdieners besitzt." Im Gegensatz zu dem monarchischen Absolutismus setzte Bismarck die Gefahr des absoluten oder „reinen" parlamentarischen Regiments in die Begünstigung des Absolutismus der vom Parlament abhängigen Minister. Gegen seine zwanzig Jahre früher geäußerten Anschauungen bekundeten diese Aussprüche jedenfalls eine bemerkenswerte Steigerung staatsmännischer Einsicht.

Auch die ersten Monate des Jahres 1868 gestatteten dem norddeutschen Bundeskanzler, der Jagdgöttin Diana reichliche Opfer darzubringen. So war er schon vor Mitte Januar wieder der Jagdgast des Königs im Grunewald und auf Einladung des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin zur Jagd bei Brandenburg. Am 25. Januar erschien er abends mit seinen Damen auf dem Subskriptionsball im kgl. Opernhause in Berlin, nachdem er tagsüber an der Hofjagd in der Ziethener und Buckower Feldmark sich beteiligt hatte. Auch hohe Ehren brachte ihm der Beginn des neuen Jahres; denn zu Anfang Februar ernannte Prinz Karl ihn zum Ehrenkommendator des Johanniterordens und am 22. März, an König Wilhelms Geburtstag, machte ihn die Gnade des Herrschers zum erblichen Mitgliede des Herrenhauses, mit der Erklärung, daß die Berufung als solches erfolgen werde, sobald Graf Bismarck sein Majorat begründet haben werde.

An eben diesem Tage richtete der deutsche Staatsmann ein Schreiben an die Alliance Israélite in Paris, bezüglich des Schutzes der Juden in Rumänien, das seine menschliche Denkweise in helles Licht stellt. Er teilte den Adressaten auf ihre Bitte mit: „Daß die Königliche Regierung ihren Vertreter in Bukarest aufs neue dahin instruiert hat, seinen ganzen Einfluß anzuwenden, daß

Ihren Glaubensgenossen in Rumänien der Schutz zu teil werde, welchen sie in anderen Ländern, in denen die Gesetzgebung auf den Grundsätzen der Humanität beruht, genießen. Ich bin fest überzeugt, daß die Absichten des Fürsten Karl vollständig mit unseren Wünschen übereinstimmen, und daß Se. Hoheit mit festem Willen die Entwickelung der Verfassung des Landes herbeiführen wird, durch die der Regierung die Ausübung eines gleich wohlwollenden Schutzes für alle Klassen der Bewohner und in einer schnelleren Weise als in der Vergangenheit erleichtert wird.“ Als aber trotz dieser Erwartungen in der rumänischen Volksvertretung ein Gesetzentwurf eingebracht wurde, der die rumänischen Juden ernstlich beunruhigte, antwortete Bismarck dem Vorstand der jüdischen Gemeinde in Berlin auf eine an den König gerichtete Bittschrift, er habe auf Allerhöchsten Befehl schon nach Eingang der ersten Nachricht über jenen Gesetzentwurf auf telegraphischem Wege Erkundigungen in Bukarest eingezogen. „Hierauf ist mir aus sicherster Quelle die Mitteilung zugegangen, daß der gedachte Gesetzentwurf gegen den Willen des Fürsten Karl eingebracht worden ist, daß dessen Annahme nicht zu erwarten ist, und wenn sie dennoch erfolgte, die Genehmigung des Gesetzes seitens der Fürstlichen Regierung nicht stattfinden werde. Wenn somit in dieser Beziehung für den Vorstand der jüdischen Gemeinde keine Veranlassung zur Beunruhigung vorhanden ist, so hat die Königliche Regierung auch nicht unterlassen, jetzt ebenso, wie es bei früherem Anlasse geschehen, infolge der in neuester Zeit verbreiteten Nachrichten über angebliche Judenverfolgungen in der Moldau, in Bukarest Vorstellungen machen zu lassen, und es ist uns hierauf die Zusicherung erteilt worden, daß Maßregeln getroffen seien, um jede etwaige Beunruhigung der israelitischen Glaubensgenossen zu verhindern.“

Dieser Umblick über Bismarcks persönliche Erlebnisse in dem hier abgegrenzten Zeitraum hat zum Schlusse zu gedenken jenes „Urlaubs auf unbestimmte Zeit“, den der Kanzler am 6. Februar 1868 erbat und erhielt. Obwohl dieser Vorgang den Mitgliedern des diplomatischen Korps in Berlin am 26. Februar in einem Rund-

schreiben damit begründet wurde, „daß Graf Bismarck mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand die Leitung des Auswärtigen Ministeriums einstweilen durch den Unterstaatssekretär v. Thile vertreten lassen müsse", so werden wir doch erkennen, daß hauptsächlich politische Gründe ihn zu dem außergewöhnlichen Schritte veranlaßten. Denn in diesem Zeitraum war Bismarcks Arbeits- und Leistungsfähigkeit durch körperliches Befinden kaum beeinträchtigt.

Die Hauptaufgabe, der Bismarck nach dem Abschlusse der norddeutschen Bundesverfassung näher zu treten hatte, war der Ausbau der deutschen Einheit auf der Grundlage und im Rahmen des neuen Verfassungswerkes. Mit einem großen Teile der Regierungen des norddeutschen Bundes schloß Preußen im Laufe des Sommers 1867 Militärkonventionen, welche die Wehrkräfte dieser Staaten unmittelbar unter preußischen Oberbefehl stellten, so mit Weimar, Meiningen, Coburg-Gotha, Altenburg, Rudolstadt, den beiden Reuß, beiden Lippe, Bremen, Lübeck, Oldenburg, Hamburg, Waldeck. Mit Waldeck, dessen Landeseinkünfte nicht ausgereicht hätten, um neben der Erfüllung der wesentlich erhöhten Bundespflichten auch die selbständige Verwaltung des Landes zu bestreiten, vereinbarte Preußen am 18. Juli 1867 außerdem einen Vertrag, in welchem es die gesamte Verwaltung der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont übernahm. Wir werden Bismarck später dem Landtag gegenüber die Notwendigkeit dieses Vertrages begründen hören. Von besonderer Wichtigkeit aber erschien dem Grafen Bismarck, nachdem er selbst am 14. Juli zum Bundeskanzler ernannt worden war, die Errichtung und Organisation des Bundeskanzleramtes, der einzigen Zentralstelle, welche der Bund zur Vorbereitung und Ausführung der Bundesgesetze und Beschlüsse und der Verfügungen des Bundespräsidiums selbständig verfassungsmäßig besaß. In einer umfassenden Denkschrift vom 10. August 1867 entwarf Bismarck dem König die Grundlage und gesamte Einrichtung dieser neuen Amtsstelle und ihrer Befugnisse. Schon am 12. August unterzeichnete König Wilhelm den Erlaß, welcher das Bundeskanzleramt auf den Grundlagen dieser Denkschrift ins Leben rief. Unter Bismarcks ver-

fassungsmäßiger Verantwortlichkeit wurde der bisherige Direktor im Handelsministerium, Geheimrat Rudolf Delbrück, mit dem Titel „Präsident des Bundeskanzleramtes" der Leiter all der mannigfachen und höchst umfangreichen Arbeiten und Amtsgeschäfte, die von den verschiedenen Zweigen dieser Verwaltungsstelle im Laufe von fast zehn Jahren verrichtet wurden. Bismarck behielt sich während dieser Jahre fast nur die Leitung der auswärtigen Politik ausschließlich vor. Delbrücks ungewöhnliche Sachkenntnis und ganz außerordentliche Arbeitskraft und Hingebung waren während dieses fast zehnjährigen Zeitraums Bismarcks festeste Stütze bei der gewaltigen Arbeit, die der Ausbau der deutschen Einheit erforderte.

Endlich regte Bismarck aus eigenem Antriebe in einem Schreiben an Moltke vom 15. September auch den Ausbau des norddeutschen Eisenbahnnetzes im militärischen Interesse an und drängte am nämlichen Tage im gleichen Interesse den Handelsminister Grafen Itzenplitz zur Beschleunigung des Baues der schon begonnenen Linien Berlin-Lehrte und Bebra-Hannover.

Der Ausbau der deutschen Einheit in den Beziehungen zu Süddeutschland war nach dem Abschluß der Bundesverfassung zunächst auf handelspolitischem Gebiete und durch Vereinbarung der näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung, die Befugnisse und die Berufung des deutschen Zollparlamentes zu vollziehen. Am 3. Juni 1867 eröffnete Bismarck hierüber die Verhandlungen mit den süddeutschen Ministern der auswärtigen Angelegenheiten in Berlin. An v. d. Pfordtens Stelle war in Bayern inzwischen Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, ein Mann von untadeliger deutscher Gesinnung, Ministerpräsident geworden. Die übrigen Herren, Varnbüler aus Württemberg, Dalwigk aus Hessen, Freydorff aus Baden, waren dieselben, mit denen Bismarck im Vorjahr schon die Friedensverträge verhandelt hatte. Die Beratungen über die künftige Regelung des Zollwesens durch ein gemeinsames Zollparlament führten schon am 4. Juni zu allseitigem Einverständnisse. Am 8. Juli folgte der förmliche Abschluß des neuen Zollvertrages zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten. Danach sollte

das deutsche Zollparlament bestehen aus den Mitgliedern des norddeutschen Reichstages und den nach Maßgabe des norddeutschen Wahlgesetzes, d. h. nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht zu wählenden Abgeordneten der süddeutschen Staaten, in Wahlkreisen von je 100,000 Einwohnern. Die Befugnisse des Zollparlaments und seiner Abgeordneten waren innerhalb der Angelegenheiten des Zollvereins und des Zollvereinsvertrages dieselben wie die des norddeutschen Reichstags im Rahmen der norddeutschen Bundesverfassung. Sämtliche im Zollverein verbündeten Regierungen sollten Vertreter zu einem Zollbundesrat ernennen. Die Stimmen waren entsprechend verteilt: Preußen sollte 17 Stimmen führen, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3 u. s. w. Das Präsidium stand der Krone Preußen zu. Sie hatte die von der Mehrheit der beiden Körperschaften gefaßten Beschlüsse auszuführen und den Bundesrat und das Zollparlament zu berufen. Die Auflösung des letzteren verfügte der Bundesrat unter Zustimmung des Bundespräsidiums. Eine Auflösung des norddeutschen Reichstags machte keine Neuwahlen in den süddeutschen Staaten notwendig. Dieser neue Zollvereinsvertrag wurde auf 10 Jahre, bis Ende Dezember 1877, abgeschlossen. Luxemburg gehörte, wie bereits früher bemerkt, dem deutschen Zollverein zwar nach wie vor an, war aber — infolge der Lösung seiner staatsrechtlichen Beziehungen zu Deutschland im Londoner Vertrag vom 11. Mai — weder im Zollbundesrat noch im Zollparlament vertreten.

Von der Befestigung des nationalen Einheitsgedankens in Süddeutschland gaben amtliche Aussprachen erfreuliches Zeugnis. So sagte der edle Großherzog von Baden in seiner Thronrede am 5. September 1867: „Mein Entschluß steht fest, der nationalen Einigung unausgesetzt nachzustreben, und gerne werde ich, und wird mit mir mein getreues Volk die Opfer bringen, die mit dem Eintritt in dieselbe unzertrennlich verbunden sind.“ Über die Schutz- und Trutzbündnisse bemerkte der Herrscher Badens: „Dank dieser Übereinkunft ist die erste und dringendste nationale Forderung er-

füllt: Abwehr jedes Angriffs von außen mit den geeinigten Kräften aller unter einheitlicher Führung.“ Über den neuen Zollvertrag vom 8. Juli endlich sprach diese Thronrede sich dahin aus: „Durch diesen Vertrag ist der Zollverein aufs neue befestigt, und mehr als dies, er hat eine wesentlich verbesserte Organisation erhalten, welche ermöglicht, ohne gewaltsame Krisen den rasch wechselnden Bedürfnissen des Verkehrslebens gerecht zu werden, und welche die Keime weiterer Entwickelung in sich trägt. Ich begrüße in dem Zollparlament, wenn auch seine Wirksamkeit eine beschränkte ist, doch freudig eine reguläre Vertretung des gesamten deutschen Volkes.“ Diese Worte wurden von den Hörern mit lautem Beifall begrüßt. Wir werden später sehen, daß die badische Regierung und die badischen Kammern diesen Worten auch bedeutsame Thaten folgen ließen. Aber ganz im Sinne dieser Thronrede des badischen Großherzogs befürwortete auch der württembergische Minister v. Varnbüler vor seinem Landtag die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen, als er diese am 16. September vorlegte. Eine sehr merkwürdige Wandlung! Denn derselbe Minister, der vor Ausbruch des Krieges das „Vae victis!“ gegen Preußen gerufen hatte, erklärte jetzt: „Daß im Bündnisfalle die Wehrkräfte Württembergs unter den Oberbefehl des Königs von Preußen gestellt werden, dies liegt, wie sich die Verhältnisse in Deutschland gestaltet haben, so sehr in der Natur der thatsächlichen Verhältnisse, daß es als der selbstverständliche Ausdruck, als die zum Vorteile des Landes vorausgenommene Anerkennung einer Notwendigkeit erscheint.“

Am wohlthuendsten trat aber der gewaltige Umschwung der Anschauungen seit dem Vorjahre in den leitenden Kreisen Bayerns zu Tage. Als die Erregung über die luxemburgische Frage in Deutschland und Frankreich einen den Frieden bedrohenden Grad erreicht hatte, faßte der nunmehrige Leiter der bayerischen Politik, Fürst Hohenlohe, den hochherzigen und bedeutsamen Entschluß, zur Sicherung des Weltfriedens, in diesem Falle wie bei künftigen französischen Drohungen, den Abschluß eines deutsch-österreichischen Bündnisses zu vermitteln. Zu diesem Zwecke sandte er gegen Mitte

April den Grafen Tauffkirchen mit dem geheimen Auftrag nach Berlin, zunächst die Zustimmung des Grafen Bismarck zu diesem Vorhaben zu erwirken und bejahenden Falls dieselbe Eröffnung in Wien zu machen. Wir wissen schon, daß Bismarck Friede und Freundschaft mit Österreich lebhaft wünschte. Er nahm daher die Vorschläge Hohenlohes freundlich auf und besprach mit dem Grafen Tauffkirchen am 12. April die verschiedenen Formen und Grenzen eines Bündnisses mit Österreich, indem er dem bayerischen Unterhändler anheimgab, die Wiener Stimmung darüber zu erforschen. An den preußischen Gesandten v. Werther aber schrieb er am 14. April vertraulich: „Zu den allgemeinen Gründen unserer Geneigtheit, das freundschaftliche Verhältnis zu Österreich zu gewinnen, das den beiderseitigen Interessen und der beiderseitigen Vergangenheit entspricht, hat sich in neuester Zeit das besondere Motiv gesellt, den Frieden zu erhalten. Diesen Zweck würde eine Defensiv-Allianz Österreichs mit Preußen und seinen deutschen Verbündeten erreichen, weil einer solchen gegenüber Frankreich einen Angriff auf Deutschland nicht unternehmen würde. Wir könnten dabei Österreich folgende Vorteile bieten: wir könnten ihm das gewähren, was ihm früher der deutsche Bund gewährt hat, d. h. innere und äußere Sicherheit; die letztere in zweifellos defensiver Beschränkung, und zwar entweder a) für die ganze österreichische Monarchie auf Zeit, etwa auf 1—3 Jahre, oder b) für den deutschen Teil durch ein dauerndes Bündnis, ohne bundestägliche Verfassung, rein als internationaler Vertrag. In Wien die Initiative zu ergreifen, muß dem Grafen Tauffkirchen überlassen werden. Ew. Excellenz wollen aber gefälligst, sobald Ihnen die Gelegenheit dazu geboten wird, die Bemühungen des Grafen innerhalb der von mir bezeichneten Kombinationen unterstützen."

Bismarck wußte genau, warum er dem Grafen Tauffkirchen „die Initiative" überließ und nicht selbst Vorschläge in Wien machte, deren züchtige Zurückweisung Österreich dann bündniswerbend in Paris hätte verkünden können. Denn während der Graf Tauffkirchen — wie Bismarck an Werther berichtet — bei seiner Abreise

von Berlin aus Bismarcks Eröffnungen „die Hoffnung auf das Gelingen seiner Sendung in Wien entnahm“, hegte Bismarck bezüglich dieses glücklichen Ausganges erhebliche Zweifel. In Österreich war nämlich Herr v. Beust — jedenfalls zum Dank dafür, daß er als sächsischer Minister immer bestens die Geschäfte Österreichs besorgt hatte — im Oktober 1866 zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. Dieser neue Mann, der durch die eigene Vergangenheit nicht an ältere österreichische Anschauungen und Vorurteile gebunden war, brachte zunächst rasch, wenn auch mit großen Opfern für Cisleithanien, einen Ausgleich mit Ungarn durch Anerkennung des ungarischen Verfassungsrechtes, des „Dualismus“ von Österreich-Ungarn, zu stande. Diejenigen, die — wie Bismarck — genau wußten, daß dieser Minister niemals irgend welche Achtung für verfassungsmäßiges Recht besessen hatte, folgerten sofort mit Grund: der Ausgleich mit Ungarn solle nur die Rückendeckung für die auswärtige Politik des Herrn v. Beust bieten. Denn namentlich im Kriege von 1866 hatte die Zwietracht mit Ungarn die österreichische Macht bei Angriff und Verteidigung erheblich gelähmt. Hatte Bismarck damals doch selbst, als Österreich sich sträubte, den Saldo der Rechnung von Königgrätz anzuerkennen, mit ungarischen Irridenten verhandelt. Auch den Honigseim, den Herr v. Beust in seinen diplomatischen Waben anbaute, hatte Bismarck seit Jahren schon kosten und verdauen müssen. Er wußte daher ganz genau, wie viel oder wie wenig süße Freundschaft für Deutschland in den Worten sich barg, mit denen am 28. März 1867 Herr v. Beust in einem Erlaß an den österreichischen Gesandten in Berlin seine Empfindungen bei der plötzlichen Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse Preußens mit den süddeutschen Staaten offenbarte. „Wir kennen und acceptieren die politische Lage, deren Folgen sich vor unseren Augen entwickeln,“ hieß es da. „Es ändert sich an derselben nichts, seitdem offenkundig geworden ist, daß Preußen sich der Bundesgenossen, welche ehemals diejenigen der beiden Mächte waren, förmlich für sich allein versichert hat, noch ehe es seine Aussöhnung mit uns besiegelte. Ebensowenig ändert sich der

Wunsch, uns in dem neuen Verhältnisse unter Wahrung unserer Interessen friedlich und in gutem Einverständnisse mit Preußen zurecht zu finden. Das Kabinett von Berlin hat sonach eine eigentliche Einsprache von uns nicht zu gewärtigen. Nur sind wir uns andererseits vollkommen bewußt, daß uns die Berechtigung zu einer solchen nicht fehle. Denn wir können nicht einräumen, daß zwischen den Bedingungen unseres Friedensvertrages mit Preußen (Art. IV des Prager Friedens) und dem Zustande, den die mehrerwähnten Bündnisse geschaffen, eine wahre Übereinstimmung obwalte."

Rechtliche Begründungen waren niemals Herrn v. Beusts starke Seite gewesen. Zeigten sich nun etwa diese seine jetzigen Ausführungen besser begründet? Preußen hatte den süddeutschen Staaten in Nikolsburg und Prag eine unabhängige internationale Stellung verheißen, und sie hatten Gebrauch von dieser Zusage und Stellung gemacht, indem sie nach ihrem notgedrungenen Bedürfnis, wie wir sahen, nicht etwa unter Bismarcks Zwang, ein Bündnis mit Preußen schlossen. Seit 1848 hatte Österreich sogar selbst stets das Bündnisrecht der deutschen Staaten für ein unverletzliches Recht ihrer Souveränität erklärt — freilich auch nur so oft, als dieses Bündnis sich Österreich zuwandte. Ein Sonderbund mit Preußen war in Wien allerdings immer als Bundesbruch verschrieen worden. Aber wozu — so mochte Bismarck fragen — überhaupt jetzt diese harten Vorwürfe in Beusts Erlaß vom 28. März, wenn Österreich doch nicht einmal Einspruch gegen die Bündnisverträge mit Süddeutschland erheben wollte? Die Antwort auf diese Frage gab die französische Presse jener Tage. Auch sie überhäufte Preußen mit Schmähungen, daß es durch Abschluß jener Bündnisse den Art. IV des Prager Friedens gebrochen habe. Bismarck war sich also völlig klar darüber, daß sowohl der ungarische Ausgleich als dieser Erlaß des Herrn v. Beust die Absicht verrate, die Hand Österreichs frei zu machen für das Einschlagen in die französische Bruderhand, für den Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich gegen Preußen und die deutsche Neuordnung. Dann konnten Österreich und Frankreich gemeinsam an Preußen mit dem

drohenden Vorwurf herantreten, es habe den Nikolsburger und Prager Friedensvertrag gebrochen. Die Sendung des Grafen Tauffkirchen nach Wien und deren Erfolg mußten die Probe abgeben für die Richtigkeit dieser Vermutungen.

Sie bestätigten in der That ihre Richtigkeit. Denn Graf Tauffkirchen wurde in Wien von Herrn v. Beust mit dem höhnischen Ausdruck der Verwunderung darüber empfangen, „daß man sich so rasch wieder an jenes Österreich wende, welches man seiner deutschen Fragen so gründlich entledigt, ja dessen Ausscheiden aus dem Bunde man durch feierliche Verträge für die Hauptbedingung der künftigen Gestaltung Deutschlands erklärt habe.“ Herr von Beust wies daher das von dem Münchener Unterhändler angetragene deutsche Bündnis ab und begründete diese Ablehnung zunächst in einem Erlaß vom 19. April an den österreichischen Gesandten Grafen Wimpffen in Berlin damit: „In welcher Lage würde Österreich, welches seinerseits jetzt gar nicht bedroht ist, in die neue Friedensepoche eintreten? Es hätte sie zu bezahlen durch die Feindschaft Frankreichs, die ihm doppelt gefährlich sein würde, weil sie zugleich in Deutschland eine so gut als unbedingte Abhängigkeit von dem guten Willen Preußens im Gefolge hätte. Denken wir uns aber selbst Frankreich überwunden — können wir es darauf ankommen lassen, daß man uns alsdann (als Preis des von uns miterstrittenen Sieges) das Prager Friedensinstrument in die Hand drücke und uns für dessen erfolgreiche Verteidigung danke.“ Noch deutlicher enthüllte Herr v. Beust seine Absichten aber in einer zweiten Depesche vom 15. Mai an den österreichischen Gesandten in München. Denn da heißt es, nachdem in schroffen Worten der Vorwurf gegen Preußen wiederholt ist, daß es den Prager Frieden schon vor dessen Abschluß verletzt habe — beiläufig bemerkt, ein Kunststück ersten Ranges, einen noch gar nicht abgeschlossenen Vertrag zu verletzen! —: „Daß das kaiserliche Kabinett den Allianz-Verträgen (Preußens mit Süddeutschland), welche es bis jetzt stillschweigend hingenommen hat, seine Zustimmung erteilen solle, dieses Verlangen habe ich unumwunden als unerfüllbar bezeichnet, und

darauf hingewiesen, daß Österreich sorgfältig sich hüten müsse, irgendwie sich des Rechtes zu begeben, auf die Verfügungen des Prager Friedens zu gelegener Zeit sich zu berufen." Hier war mit dürren Worten ausgesprochen, was Bismarck schon zwischen den Zeilen der ersten Depesche vom 28. März herausgelesen hatte. Aber die Offenheit des Herrn v. Beust in den folgenden Worten, welche die an Österreich für ein Bündnis zu entrichtenden Gegenleistungen aufzählten, war noch erstaunlicher: „Ich zweifle, ob man in München in den Stand gesetzt sei, uns eine gleichberechtigte Stellung mit Preußen in einem gesamtdeutschen Bunde darzubieten — ist dies aber nicht der Fall, so sind die Staatslenker Österreichs genötigt, sich auf die volle Freiheit zurückzuziehen, die sie für die früheren Rechte im Bunde eingetauscht haben." Zu deutsch hieß das: entweder wollen „die Staatslenker Österreichs" — pluralis majestatis für Herrn v. Beust — trotz Königgrätz und Prag die alte Stellung im alten Bunde wiedereinnehmen — eine schon mit dem ungarischen Ausgleich völlig unvereinbare politische Donquixoterie — oder sich auf Österreichs „volle Freiheit zurückziehen", jedem Fortschritt der deutschen Einheit gemeinsam mit Frankreich in den Weg zu treten. Selbst das war am Schlusse dieser merkwürdigen Depesche mit unverhüllter Offenheit ausgesprochen: Bayern werde wohl daran thun, in rein zuwartender Stellung zu bleiben und sich weiterer Schritte, die es über die durch den Prager Frieden gezogene Linie hinausführen würden, zu enthalten . . . . „Denn mir scheint in den europäischen Verhältnissen eine hinreichend deutliche Warnung vor jedem Schritte zu liegen, durch welchen anstatt der luxemburgischen Frage noch ernstere und vielleicht durch die bestgemeinte Vermittlung nicht mehr zu beseitigende Konfliktsfälle zur Tagesordnung befördert werden könnten."

Offenbar war das nicht im österreichischen Interesse. Denn durch ein Bündnis mit Deutschland hätte Österreich schon damals ganz dieselben Vorteile gewonnen, wie durch das Bündnis vom 7. Oktober 1879. Und wenn letzteres Bündnis für Österreich nützlich war, dann mußten „die Staatslenker Österreichs" alles daransetzen,

Deutschland einig und stark zu machen, nicht aber es daran hindern, einig und stark zu werden. Der Haß ist freilich der dunkelste Winkel für die Leuchte des Verstandes. Herr v. Beust aber folgte offenbar nur seinem persönlichen Preußenhasse und Rachegefühl bei dieser Politik, und dabei mochte er ja gerade in Wien zahlreiche Genossen in den Kreisen der „Staatslenker“ in und außer Diensten finden. Er besorgte als österreichischer Minister eigentlich nur die Geschäfte Frankreichs, indem er den Art. IV des Prager Friedens — die Bestimmung über den Südbund — gleichsam als Einfallthor für Frankreich offen hielt, wenn Preußen und der Nordbund einen Schritt weiter zur deutschen Einheit wagen sollten.

Fast noch auffallender war vom Standpunkt des österreichischen Interesses aus die Haltung, die Herr v. Beust in der nordschleswigschen Frage, zu Art. V des Prager Friedensvertrages, einnahm. Früher wurde dargelegt, daß die Einschaltung dieses Artikels in die Nikolsburger Präliminarien lediglich französische Mache war, daß Österreich selbst in Prag vorschlug, dieses für den Kaiserstaat gänzlich gleichgültige Zugeständnis an dänische Hoffnungen aus dem Friedensvertrage wegzulassen, und daß Bismarck es nur auf erneute französische Einsprache stehen ließ. Herrn von Beust war diese Entstehungsgeschichte des Art. V natürlich völlig bekannt. Gleichwohl machte er den Artikel mitten in der luxemburgischen Verwickelung zu einem zweiten Einfallthor Frankreichs. An demselben 28. März 1867 nämlich, da er in seiner Depesche über die Schutzbündnisse mit Süddeutschland die „Verletzung“ des Art. IV des Prager Friedens als einen allezeit bereiten Kriegsfall zurechtlegte, erließ er eine zweite Note an den Berliner Gesandten über Art. V und die nordschleswig'sche Frage. Hier beglückwünschte er Bismarck gleichsam zu dessen korrekter Äußerung im Norddeutschen Reichstag, „daß Österreich allein befugt ist, die Erfüllung des Art. V des Prager Friedens zu verlangen“, setzte aber sogleich hinzu, „daß diese öffentliche Erklärung jedenfalls auch mit der Intention“ — das sollte heißen mit der ängstlichen Besorgnis Bismarcks — „verbunden war, es nicht zu einer Inter-

vention dritter Mächte" (d. h. Frankreichs) „in dieser Frage kommen zu lassen." Schon die Erwähnung dieser Möglichkeit war eine gröbliche Drohung des Herrn v. Beust und ließ das zweite Einfallsthor, das er für Frankreich zimmerte, erkennen. Aber er wurde in jener Depesche noch deutlicher. Denn er beauftragte — gegen jedes denkbare österreichische Interesse — den Berliner Gesandten geradezu, „diesen Punkt", d. h. „die Erfüllung des Art. V des Prager Friedens" im dänischen Sinne, „vertraulich in Anregung zu bringen."

Selten hat Bismarck die Kunst der Selbstbeherrschung in solchem Maße geübt, als bei der Kenntnisnahme aller dieser Ergüsse des unversöhnlichen Preußenfeindes, der jetzt an der Donau wie früher an der Elbe „den Staat lenkte". Ueber die anmaßliche Einmischung des Herrn v. Beust in Preußens Beziehungen zu Süddeutschland sprach sich Bismarck so mild aus, daß Beust am 9. April triumphierend den Gesandten in London, Paris und Petersburg schrieb: „Dieser Zwischenfall hat also keine weiteren Folgen gehabt und in keiner Weise den Stand unserer Beziehungen zum Berliner Kabinett verändert." Auf die Mahnung Beusts aber vom 28. März, den Art. V des Prager Friedens zu erfüllen, ließ Bismarck — nach einigen Vorverhandlungen im Mai und Juni — am 18. Juni den preußischen Gesandten in Kopenhagen der dänischen Regierung eröffnen, daß Preußen jederzeit bereit sei, den Art. V auszuführen, wenn Dänemark hinsichtlich „des Schutzes und der Sicherung der nationalen Eigentümlichkeit der in den etwa abzutretenden Gebietsteilen einzeln oder in Gemeinden wohnenden Deutschen bestimmte individuelle, lokale und kommunale Bürgschaften geben" könne und einen angemessenen Teil der Schuld der Herzogtümer übernehme. Das war alles, was Herr v. Beust irgend verlangen konnte, und vermutlich erheblich mehr, als er von Bismarck erwartet hatte. Dieser aber kannte die Dänen viel länger und besser als Herr v. Beust und wußte daher genau, daß sie auf diese einfachen und gerechten Anfragen keine klare Antwort geben, sondern, gleich ihrem Landsmann Kryger-Hadersleben im Reichstage, versuchen

würden, die Rechtslage zu verdrehen. Dies geschah in der That, denn der dänische Minister v. Frijs erwiderte: „Die dänische Regierung könne die geforderten Garantien nicht leisten, da sie dieselben für überflüssig, ja bedenklich und die bestehenden Gesetze und Verträge für vollkommen ausreichend halte.“ Darauf richtete Bismarck am 22. August 1867 an den preußischen Gesandten in Kopenhagen folgende Depesche: „Der Friede von Prag hat den Bevölkerungen von Nordschleswig keinen Rechtstitel gegeben“, ihrerseits, sich für Dänen oder Deutsche zu erklären. „Er kann nur von den kontrahierenden Mächten“ (Preußen oder Österreich) „angerufen werden“. Das hatte auch Herr v. Beust in der Depesche vom 28. März anerkannt. „Die von Preußen geforderten Bürgschaften beruhen in dem Modus der Ausführung des Art. V, und wenn sie nicht aus dem Text selbst herzuleiten sind, so schließt sie der Text noch weniger aus. Übrigens ist der Schutz der Minoritäten Pflicht, und wenn sich der König Wilhelm von seinen deutschen Unterthanen trennt, so muß er ihnen einen wirksamen Schutz sichern.“ Das dänische Kabinett beantwortete diese Fragen Bismarcks gar nicht, sondern verlangte von ihm eine nähere Erläuterung über die Art und den Umfang der von Preußen geforderten Bürgschaften. Schon vorher aber hatte sich gezeigt, in welch trautem Einvernehmen mit Frankreich Herr v. Beust auch in dieser Frage — und hier als Anwalt Dänemarks gegen national-deutsche Interessen — handelte. Denn am 23. Juli war eine Depesche des französischen Ministers Moustier in Berlin eingelaufen, in welcher das Recht französischer Einmischung in diese Angelegenheit beansprucht wurde, da der Art. V infolge der Einwirkung Frankreichs in den Prager Frieden gekommen sei. Ja, der französische Minister nahm hier gleich vollständig für Dänemark Partei, indem er erklärte: Dänemark könne die von Preußen geforderten Garantien unmöglich abgeben; es würde damit eine unerschöpfliche Quelle von Streitigkeiten zwischen beiden Staaten schaffen, ja auf seine Souveränität verzichten und Preußen das Recht geben, sich fortwährend in die inneren Angelegenheiten des Königreiches einzumischen. Bismarck ließ darauf

den Grafen Goltz in Paris ebenso kurz als bestimmt erklären: Preußen habe über die Auslegung des Prager Friedens nur mit dessen einzigem Unterzeichner Österreich zu verhandeln und müsse sich die Einmischung jedes anderen Staates verbitten. Diese Noten ließ Bismarck veröffentlichen und erregte dadurch in Deutschland einen solchen Sturm des Unwillens über die französische Anmaßung und deutschnationaler Begeisterung, daß Moustier unwillig den Versuch einer französischen Einmischung ganz aufgab.

Je höflicher und gelassener Bismarck bei allen diesen Umtrieben blieb, um so aufmerksamer folgte er ihren Absichten und Wirkungen. Er sah völlig klar vor Augen, daß Herr v. Beust nach einem österreichisch-französischen Bündnis hinarbeite, dem nach Usedoms Berichten aus Florenz der Kaiser Napoleon auch das Königreich Italien hinzuzuführen bemüht schien. Der norddeutsche Bundeskanzler war daher durchaus nicht überrascht von der Nachricht, daß das französische und österreichische Kaiserpaar sich in den Tagen vom 18. bis 23. August (Kaiser Franz Joseph in Begleitung der Grafen Beust und Andrassy und des Pariser Botschafters Fürsten Metternich, Napoleon mit dem Wiener Botschafter Herzog von Gramont) in Salzburg zusammenfinden würden, und er mochte lächeln über die Plumpheit der Pariser und Wiener Offiziösen, die der Welt vorzureden suchten, der Besuch des französischen Herrscherpaares in Salzburg solle nur das tiefe Beileid bekunden, welches man in den Tuilerien über die Ermordung des edeln Kaisers Maximilian von Mexico empfinde, den ja allerdings die klägliche Schwäche der napoleonischen Politik in Verderben und Tod getrieben hatte. Dagegen mußte sich Bismarck freudig erhoben fühlen, als das deutsche Volk bei der Kunde von dieser Zusammenkunft in heißem, einmütigem Zorn aufflammte. Schon bei der Luxemburger Verwickelung und dann wieder, als — wie soeben schon erwähnt wurde — Herrn v. Beusts Dänen- und Franzosenliebe die nordschleswig'sche Frage aufrührte und französische Einmischung versucht wurde, hatte sich laute, einmütige Empörung in Deutschland erhoben und den Staatslenkern an der Donau und Seine deutlich

gezeigt, wie mächtig das Einheitsgefühl und der vaterländische Sinn der Deutschen seit dem Vorjahre gewachsen, wie völlig unmöglich schon jetzt die Erneuerung eines deutschen Bruderkrieges geworden sei. Aber als nun vollends ganz Deutschland die Salzburger Zusammenkunft dahin deutete, daß Österreich einem Bunde mit Frankreich zu dem schmachvollen Zwecke zuneige, das deutsche Einigungswerk zu hindern und zu zerstören, da glühte alles deutsche Volk von der Nordsee bis zum Alpenwalle in edler zorniger Entrüstung und begeisterter Erhebung.

Auf die Salzburger Trauergesellschaft wirkte diese Kundgebung so mächtig, daß der französische Minister Moustier sich gedrungen fühlte, schon am 25. August ein Rundschreiben an seine Gesandten zu richten, um jenen mißliebigen „Deutungen gewisser Neuigkeitshascher“ entgegenzutreten. „Freilich konnten die Herrscher der beiden großen Reiche nicht mehrere Tage hindurch vertrauten Umgang miteinander pflegen, ohne sich gegenseitig ihre Auffassungen mitzuteilen und ohne ihre Ideen über die Fragen von allgemeinem Interesse auszutauschen“, hieß es da; „ihre Unterredungen haben jedoch weder zum Zwecke noch als Ergebnis gehabt, Kombinationen festzustellen, welche nichts in der gegenwärtigen Lage Europas rechtfertigen würde. Bei ihrer Begegnung konnten sie keine andere Absicht verfolgen, als die, in der gleichen Richtung zu verharren. Auf diese gegenseitig gegebene Versicherung haben sich ihre Unterhaltungen über die allgemeinen Angelegenheiten beschränkt.“ Im nämlichen Sinne äußerte sich amtlich das Wiener Kabinett.

Bismarck nahm diese Versicherungen anscheinend im tiefsten Glauben hin,*) zugleich aber mahnte er die Feinde, der Würde

*) Die Wahrheit erfuhr Bismarck bald. Namentlich Graf Andrassy hatte den von Beust betriebenen Abschluß eines förmlichen Bündnisses mit Frankreich gehindert. Immerhin einigte man sich in einem Protokoll dahin, für die genaue Einhaltung des Prager Friedens zusammenzuwirken und zu einer Rußland entgegenstehenden orientalischen Politik. Auch Sybels Darstellung a. a. O. Bd. VI S. 197—199 fügt diesen Ergebnissen nichts wesentlich Neues hinzu.

und Macht Deutschlands nicht zu vergessen, indem er in einem Rundschreiben vom 7. September an die Vertreter Preußens aussprach: „Danach sind innere Angelegenheiten Deutschlands nicht in der Weise, wie die ersten Nachrichten voraussetzen ließen, Gegenstand der Besprechungen in Salzburg gewesen. Es ist dies um so erfreulicher, da die Aufnahme, welche jene Nachrichten und Voraussetzungen in ganz Deutschland fanden, von neuem gezeigt hat, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken erträgt, die Entwickelung der Angelegenheiten des deutschen Volkes unter die Vormundschaft fremder Einmischung gestellt, oder nach anderen Rücksichten geleitet zu sehen, als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen. Wir haben uns von Anfang an zur Aufgabe gemacht, den Strom der nationalen Entwickelung Deutschlands in ein Bett zu leiten, in welchem er nicht zerstörend, sondern befruchtend wirke. Wir haben alles vermieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte und haben nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen gesucht. Dieses Bestreben wird uns, wie wir hoffen dürfen, gelingen, wenn auch von auswärtigen Mächten alles vermieden wird, was bei dem deutschen Volke eine Beunruhigung hinsichtlich fremder Pläne, deren Gegenstand es sein könnte, und infolgedessen eine gerechte Erregung des Gefühls nationaler Würde und Unabhängigkeit hervorrufen könnte. Der norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen, aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung innezuhalten hat, jederzeit der freien Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen."

Unfreiwillig trugen die Gegner der deutschen Einheit durch alle diese Umtriebe dazu bei, diese abermals um ein gutes Stück zu fördern. Denn gerade in der allgemeinen Erregung über die Salzburger Zusammenkunft bereitete sich das norddeutsche Volk auf die am 31. August 1867 stattfindenden Reichstagswahlen vor, und in dieser Hochflut nationaler Strömung konnte naturgemäß weder der

Partikularismus noch der regierungsfeindliche Radikalismus Stand halten. Das zeigte sich am deutlichsten an den Wahlen im Königreich Sachsen, wo vier Nationalliberale konservativ-partikularistische Sitze eroberten (Mosig v. Aehrenfeld, Stephani, Leistner und Blum*)). Die große Mehrheit des Reichstags war ebenso national gesinnt wie im konstituierenden Reichstage.

Am 10. September 1867 wurde die neugewählte Versammlung vom König persönlich eröffnet. Die Thronrede trug vorwiegend einen geschäftlichen Charakter. Mit Genugthuung erwähnte sie den Abschluß des Verfassungswerkes in allen Einzelstaaten und das Inkrafttreten der Bundesverfassung, ferner den Abschluß des Zollvereinsvertrages „auf einer neuen, den veränderten Verhältnissen entsprechenden Grundlage", und zählte dann die Gesetzesvorlagen auf, die den Reichstag beschäftigen würden: über die Freizügigkeit, die Verpflichtung zum Kriegsdienste, das Paßwesen, das Postwesen und den Portotarif, die Errichtung von Bundeskonsulaten, die Handelsmarine (Nationalität der Kauffarteischiffe). Am Schlusse hieß es: „Es ist eine Arbeit des Friedens, zu welcher Sie berufen sind, und Ich vertraue, daß, unter Gottes Segen, das Vaterland sich der Früchte Ihrer Arbeit in Frieden erfreuen werde."

Gegen das anfängliche Widerstreben der Konservativen und Altliberalen setzten die Nationalliberalen die Ansicht durch, daß die öffentlichen Verhältnisse Deutschlands und die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit geböten, die Thronrede mit einer Adresse zu beantworten. Alle Parteien, mit Ausnahme der Fortschrittspartei und der „Volkspartei" (Sozialdemokraten), der Polen und der „Bundesstaatlich-Konstitutionellen" (Partikularisten und Ultramontanen), einigten sich in den Tagen vom 18. bis 24. September über Inhalt und Form der vom Abgeordneten Professor Dr. Ägidi verfaßten Adresse. Ihre Hauptsätze brachten dem König und dessen Bundesgenossen den Dank des ersten Reichstags dar „für die bisher errungenen Erfolge einer wahrhaft deutschen Politik" und er-

---

*) Verfasser dieses Werkes.

örterten die nationalen Pflichten des Reichstags: „Das öffentliche Leben Deutschlands hat nach Jahrhunderten schwerer Prüfung endlich die sichere Grundlage gewonnen. Diese Grundlage einer großen nationalen Zukunft zu befestigen und im Sinne bürgerlicher Freiheit und volkswirtschaftlicher Wohlfahrt auszubauen, wird fortan das Ziel aller Bestrebungen des Reichstags sein. Wir unsererseits dürfen das große Werk der Einigung Deutschlands erst dann für vollendet erachten, wenn der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund erfolgt sein wird. Die unwiderstehliche Macht nationaler Zusammengehörigkeit und die Harmonie aller materiellen und geistigen Interessen schließt jeden Rückschritt auf dem betretenen Wege aus. Wir sind überzeugt, daß die hohen verbündeten Regierungen, ihres Weges und Zieles unbeirrt gewiß, nicht befürchten, daß andere Nationen uns das Recht auf nationale Existenz mit Erfolg streitig machen könnten. Das deutsche Volk, von dem Wunsche beseelt, mit allen Völkern in Frieden zu leben, hat nur das Verlangen, seine eigenen Angelegenheiten in voller Unabhängigkeit zu ordnen. Entschlossen, jeden Versuch fremder Einmischung in ruhigem Selbstvertrauen zurückzuweisen, wird Deutschland dies unbestreitbare Recht unter allen Umständen zur thatsächlichen Geltung bringen."

Die Adreßdebatte fand am 24. September statt und dauerte fünf Stunden. Sie gab Bismarck reiche und erwünschte Gelegenheit, sich über die brennenden Fragen der gegenwärtigen deutschen Politik auszusprechen. Zunächst über die luxemburgische Frage, die der Abg. Bebel aufzurühren sich gedrungen gefühlt hatte. Die bekannte glühende deutsche Vaterlandsliebe dieses Herrn beklagte nämlich, daß die Adresse zu sehr die Erfolge der preußischen Politik betone, nicht aber auch ihrer Verluste gedenke. Denn der Friede von Prag habe 18 Millionen Deutscher vom Leibe der Mutter Germania losgerissen, „ausgeschlossen". Außerdem aber krümmte sich Herr Bebel in vaterländischem Schmerz um den „Verlust Luxemburgs, das faktisch für Deutschland verloren gegangen, und 8 Millionen läßt man in Süddeutschland in der Schwebe hängen!"

Bismarck erhob sich, „nicht um gegen den Herrn Vorredner, sondern um gegen einen weitverbreiteten Irrtum zu sprechen, zu dessen Organ er sich gemacht hat, und um der — ich will nicht sagen Unwahrheit, aber doch dem Nebenhergehen bei der Wahrheit entgegenzutreten, welches in der Behauptung liegt, daß das Großherzogtum Luxemburg von Deutschland losgerissen oder auch nur in eine gelockertere Stellung, als es nach Zerfall des Deutschen Bundes überhaupt hatte, getreten sei. Wenn der Herr Redner, indem er daran erinnert, hier nachträglich das Verlangen aussprechen will, daß wegen der Luxemburger Frage hätte Krieg geführt werden sollen, so steht er damit, glaube ich, ziemlich isoliert (Sehr richtig!). Er fordert damit, daß wir die deutsche Nation hätten in einen Krieg stürzen sollen wegen eines Garnisonsrechtes, welches wir nicht als ein zweifelloses hinstellen konnten — wie ich hiermit feststelle. Dieses Recht war erloschen, und wir hatten gegen den ausgesprochenen Willen des Souveräns in Luxemburg Garnison zu halten nicht mehr Recht, als wir etwa in Rastatt hätten gegen den Willen des Großherzogs von Baden. Aus diesem Grunde haben wir vermieden, diese Frage aufs äußerste zu treiben, und ich glaube, Se. Majestät der König hat sich den Dank des deutschen Volkes dadurch erworben, daß er der für ein kriegerisches Volk nahe liegenden Verführung widerstanden hat, auf die Gefahr hin, von solchen, welche ihn auf dem Standpunkte, wie der Herr Vorredner, angreifen, verdächtigt zu werden. Für ein hinfälliges Recht 30 bis 80000 Menschen auf das Leichenfeld zu schicken, war eine Verantwortung, die der Herr Vorredner und seine Gesinnungsgenossen unter Umständen vielleicht auf sich nehmen können, die aber ein legitimer Landesherr nicht so leicht übernimmt. Und für dieses Recht der Besatzung haben wir in der Neutralisierung des Gebietes einen Ersatz für die Festung gewonnen, die an sich nur einen geringen strategischen Nutzen bot, in einer europäischen Garantie, an deren Aufrechterhaltung ich, falls sie verfällt, trotz aller Deuteleien glaube." Der englische Premierminister hatte nämlich, nachdem kaum die Tinte unter dem Londoner Vertrag trocken

geworden war, um zu zeigen, wieviel ihm englische Vertragstreue wert sei, am 4. Juli im Oberhause erklärt: die im Londoner Vertrag übernommene Kollektivgarantie der europäischen Mächte für die Neutralität Luxemburgs zwinge England nicht etwa zum Einschreiten gegen den Friedensstörer, wenn z. B. Frankreich Luxemburg vergewaltige, denn — mit dem Vertragsbruche eines der Kontrahenten sei natürlich ohnehin die Kollektivgarantie erloschen! Daß der ehrenwerte Lord mit dieser Auffassung von Kollektivgarantie allein stehe in Europa — hoffentlich auch in Großbritannien selbst — mochte Bismarck annehmen, als er „trotz aller Deuteleien an die Aufrechterhaltung der europäischen Garantie glaubte" und hinzusetzte: „diese Garantie ist uns militärisch ein vollständiger Ersatz für die Aufgabe des Besatzungsrechtes."

Nach einigen unzutreffenden Worten des sächsisch-partikularistischen Hofdemokraten Abg. Mammen über die süddeutschen Staaten und die Grundrechte, erklärte Graf Bismarck: „Ich fasse die Adresse nicht so auf, als ob dadurch ein etwaiges Handeln mehr beschleunigt werden solle, als es nach pflichtmäßiger Erwägung der Regierungen ratsam ist. Wir unsererseits vermeiden jeden Druck, jedes Drängen, aber wenn die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit, der Süden und der Norden, die Einheit wollten, dann würde, meiner Überzeugung nach, keine deutsche Regierung und kein deutscher Staatsmann stark genug sein, es hindern zu können, keiner, ich weiß nicht, ob ich sagen soll, mutig oder kleinmütig genug, es hindern zu können (Lebhafter Beifall)."

Unmittelbar darauf erhob sich der wackere Vorkämpfer nationaler Gesinnung in der hessischen Kammer, Freiherr Nordeck zu Rabenau, mit der Erklärung: den in dieser Kammer gestellten Antrag auf Eintritt ganz Hessens in den Norddeutschen Bund habe der Minister v. Dalwigk mit der Behauptung bekämpft, die großherzogliche Regierung sei schon mit Rücksicht auf Preußen abgehalten, sofort einen solchen Antrag in Berlin zu stellen, da sie Preußen dadurch nur in Verlegenheit setzen werde. Nordeck bat hierüber um Auskunft. Bismarck entgegnete, unter lebhaften „Hört! Hört!"

der Versammlung: „Mir ist diese Äußerung des großherzoglich hessischen Staatsministers entgangen, sonst würde ich Gelegenheit gehabt haben, auf diplomatischem Wege die Ansicht zu berichtigen, die sie ausspricht.“ Und unter noch tieferer Bewegung der Hörer fuhr er fort: „Ich kann das als eine begründete und zutreffende Äußerung des großherzoglich hessischen Ministers nicht ansehen.“

Mit vorwurfsvollem Pathos erhob hierauf der augustenburgische Partikularist Abg. Prof. Hänel aus Kiel Klage über den Art. V des Prager Friedensvertrages und verlangte einen kräftigen Protest des Reichstags gegen eine solche Preisgabe des durch deutsche Waffen eroberten nordschleswig'schen Gebietes an Dänemark. Bismarck entgegnete: die Schwierigkeit dieser Frage liege in der Mischung der Bevölkerung an der nordschleswig'schen Grenze. Keine Quadratmeile ohne starke deutsche Einwohnerschaft könne an Dänemark abgetreten werden. Dann aber fuhr er, unter lebhaftem und wachsendem Beifall des Reichstags, fort: „Ich will hier nicht untersuchen, inwieweit die mit Pathos erhobene Anklage gegen Preußen gerecht ist, daß Preußen die Schuld dieses Übelstandes trage. Wir wären nicht in diese Lage gekommen, wenn die Haltung der Bevölkerung von Schleswig eine andere, wenn sie weniger partikularistisch, mehr deutsch von Hause aus gewesen wäre (Lebhafter Beifall), wenn nicht viele in ihrem ganzen Verhalten zu Gunsten dynastischer Intriguen vergessen hätten, daß sie Deutsche sind. Ich will diesen Weg nicht weiter gehen, alte Wunden nicht aufreißen. Es wird eine andere Gelegenheit geben, darüber abzurechnen.“

Ermüdet beschloß das Haus den Schluß der Debatte. Mit 157 gegen 58 Stimmen nahm es die Adresse an, die dem Könige auf der in neuem Schmuck erstandenen Burg Hohenzollern durch den Präsidenten Dr. Simson und eine Deputation des Reichstags am 3. Oktober überreicht wurde.

Die Erinnerung an diese denkwürdige Sitzung ist dem Verfasser besonders lebendig, da er an diesem Tage — in der Stichwahl (im 15. sächsischen Wahlkreise) gegen den Schwiegersohn Beusts, den späteren sächsischen Minister v. Könneritz, mit 5000 Stimmen

Mehrheit gewählt — als der nach Wahl und Alter jüngste Abgeordnete (mit 26 Jahren) in den Reichstag eintrat. Seine politische Richtung war gegeben durch die Überzeugung, daß Bismarcks Politik schon jetzt alle jene Bestrebungen verwirklicht habe, für die der Vater des Verfassers, Robert Blum, als schuldloses Opfer Schwarzenbergischer Willkür, sein Blut in der Brigittenau bei Wien verspritzt hatte. Außerdem nannte der Verfasser mit Stolz und Freude einen der Göttinger Sieben, den ersten Urheber der Kaiserverfassung von 1849, Eduard Albrecht, nannte er weiter Wilhelm Roscher und Heinrich v. Treitschke seine Lehrer. Nur auf den Bänken der Nationalliberalen konnte er Platz nehmen. Und von hier aus, in der ungeheuren Erregung dieses Tages und der eigenen, gerade heute und in so großer Jugend unter die Abgeordneten der Nation zu treten, suchte sein Blick vor allem das Antlitz des innig geliebten und verehrten Mannes, der Deutschland zu dieser Höhe erhoben hatte, des Bundeskanzlers Grafen Bismarck. Welches Glück, ihn nun persönlich schauen, fast täglich ihn hören zu können! Aber noch traumhafter als dieses Glück erschien dem jungen Manne und Abgeordneten die Thatsache, daß bei der rein geschäftlichen Mitteilung des Präsidenten Simson zu Anfang der Sitzung: „Neu eingetreten in das Haus ist der Abg. Dr. Blum-Sachsen",*) Graf Bismarck plötzlich das Glas an die Augen führte und es nicht absetzte, bis er „auf der korrekten Mittellinie des Hauses" den unzweifelhaft jüngsten Abgeordneten entdeckt hatte. Ein freundliches Lächeln über die sächsische Redseligkeit strich dann später über des Kanzlers Antlitz, als Präsident Simson unter den Rednern, welche durch den beantragten Schluß der Debatte genötigt werden würden, ihre innersten Überzeugungen für sich zu behalten, abermals den neueingetretenen Dr. Blum-Sachsen nannte. „Dieser Abgeordnete kann uns bei solcher Redelust noch viel Zeit kosten," mochte Bismarck denken. Der Verfasser hatte sich aber gleichsam nur in Notwehr, nach Bebels gröblichem Angriff, zum Wort gemeldet, und Bismarck

*) Im Unterschied vom Abg. Blum-Köln, einem trefflichen katholischen Geistlichen.

hat über die Redseligkeit des Verfassers im Reichstage nie zu klagen gehabt, wohl aber von diesem ersten Tage an ihm seine Aufmerksamkeit und liebevolle Huld allezeit zugewandt!

Am Ende dieser fünfstündigen Reichstagssitzung gab Bismarck ein parlamentarisches Diner. Es war der Anfang jener glücklichen und beglückenden Kunst, parlamentarische Politik bei Tisch zu treiben. Am folgenden Tage (25. September) richtete er an den „Flottenverein der deutschen Jugend in Hamburg" folgende Zuschrift: „Das Schreiben des Vorstands, durch welches die Summe von 800 Thlr. als Betrag der von dem Flottenverein der deutschen Jugend in Hamburg veranstalteten Sammlungen zu Verwendungen für die Bundesmarine übersendet wird, habe ich dem Bundesrat des norddeutschen Bundes vorgelegt. Es ist mir eine angenehme Pflicht, dem Vorstand den Dank des Bundesrates für diese patriotische Gabe auszusprechen, welche ein erfreuliches Zeugnis des von dem Verein in dem jüngeren Geschlechte angeregten Gemeinsinnes darbietet. Die Verwendung der Summe wird in einer der Absicht des Vereins entsprechenden Weise erfolgen. v. Bismarck."

Bei der Beratung des Kap. 1 des Etats für 1868 „Bundeskanzleramt" beantragte die Fortschrittspartei durch Waldeck die Verweisung an eine Kommission zur Vorberatung, da weder die Zuständigkeit noch das Maß der Verantwortlichkeit des Bundeskanzleramtes, noch dessen Verhältnis zu den preußischen Ministern verfassungsmäßig feststehe. Bismarck entgegnete: „Diesem Antrag gegenüber kann ich nur die Frage aufstellen: ist das Bundeskanzleramt überhaupt eine für den Geschäftsbetrieb nötige Einrichtung oder nicht? Darauf scheint es mir allein anzukommen, nicht darauf, ob die Verfassung in ihren Grundsätzen mit den Wünschen der Herren übereinstimmte, die gegen dieselbe gestimmt haben (Bewegung). Ich erkläre, daß mir die Fortsetzung des Geschäftsbetriebes unmöglich wird, wenn nicht das Bundeskanzleramt mit einer Auswahl reicher und ausgezeichneter Arbeitskräfte dotiert wäre. Es ist der unentbehrlichste Maschinenteil, um die ganze Maschine, wie sie augenblicklich konstruiert ist, im Gang zu halten. Solche Dinge werden

nicht von Hause aus nach theoretischer Berechnung geschaffen, sondern sie werden und wachsen (Sehr richtig!). Ich glaube, daß ein Widerstreben gegen die Bewilligung unbekannter Organe zugleich gestützt ist von einer gewiß erklärlichen und berechtigten Neugier, näher zu wissen, wie die Sachen eigentlich gemacht werden (Heiterkeit und Ruf: ‚Sehr wahr!‘). Ich glaube, auf diese Frage einiges Licht wenigstens zu werfen, wenn ich Ihnen sage, daß ich als Kanzler keine grundsätzlich irgendwie wichtige Sache in den Bundesrat einbringe, ohne mich vorher mit meinen preußischen Herren Kollegen darüber verständigt zu haben.“ Dasselbe thäten die Mitglieder des Bundesrates. Allerdings sei, im Unterschiede von rein preußischen Angelegenheiten, „der Bundeskanzler und Ministerpräsident in der günstigeren Stellung, daß er, auch wenn seine Kollegen nicht einverstanden wären, immer formell berechtigt bleiben würde, mit den Anträgen im Bundesrate dennoch vorzugehen; er muß aber dann die Verlegenheit gewärtigen, daß seine Kollegen die Initiative bei Sr. Majestät ergreifen und sagen: diesen Bundeskanzler können wir als Kollegen, als Vorsitzenden nicht weiter brauchen, wir wollen mit ihm nicht weiter gehen (Heiterkeit).“ So sei auch die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers (zugleich als preußischen Ministerpräsidenten) eine zweifache: sie bestehe dem Reichstag wie dem preußischen Landtag gegenüber. Namentlich sei der Bundeskanzler — fügte Bismarck auf eine Rede des Abg. Duncker hinzu — auch für die Kriegs- und Marineverwaltung dem Reichstag und dem Bunde verantwortlich.

Alle anderen Anregungen, welche an diesem Tage aus dem Hause hervorgingen, versprach Bismarck zu unterstützen: einen Zuschuß von jährlich 4000 Thaler aus Bundesmitteln an das deutsche Nationalwerk der Monumenta Germaniae, die Errichtung eines statistischen Bureaus für den ganzen Bund, die Anlegung von vollständigen Urkunden und Aktenverzeichnissen der norddeutschen Archive und die Veröffentlichung dieser Verzeichnisse. An die Spitze des preußischen Staatsarchives hatte er zwei Tage zuvor Max Duncker berufen.

In der Sitzung des Reichstags vom 10. Oktober kam der Antrag Laskers betreffend die Aufhebung der Zinsbeschränkungen (Wuchergesetze) zur Verhandlung. In Preußen und Sachsen waren diese damals bereits aufgehoben. Bismarck erklärte daher unter Beifall: „Die Stellung der preußischen Regierung (zu dem Antrage), welche sie auch im Bundesrate zu vertreten haben wird, ist durch die Antecedentien der Königlichen Regierung gebunden.“ Auch wenn die Verbindung dieses Gesetzes mit der Reform der Hypothekengesetzgebung, — welche die Konservativen (v. Blanckenburg und Gen.) beantragt hatten, — nicht gelänge, würde er als Vertreter der preußischen Regierung dem Prinzipe, welches dem Lasker'schen Antrage zu Grunde liegt, nicht entgegentreten können (Lebhafter Beifall). „Wohl aber halte ich diese Verbindung in hohem Grade für wünschenswert, und würde, wenn sie hier in dieser Versammlung nicht herbeigeführt werden könnte, doch mich für verpflichtet halten, den Versuch zu machen, ob ich auf dem Gebiete der Bundesgesetzgebung glücklicher bin in den Bemühungen, unsere Hypothekengesetzgebung von ihren Schäden zu heilen, als auf dem der Landesgesetzgebung (Beifall), auf welchem es mir, wie ich hier mit Beschämung eingestehen muß, nach fünfjährigem angestrengtem Bemühen in einer doch einflußreichen Stellung im Staate nicht gelungen ist, sie auch nur um eines Haares Breite zu fördern (Hört! hört! und lebhafter Beifall).“ Dieses Geständnis bestätigt von neuem, daß sich Bismarck allezeit, auch in den Jahren, da ihn die auswärtige Politik ganz besonders in Anspruch nahm, sehr eifrig mit volkswirtschaftlichen Fragen, namentlich mit den Bedürfnissen der Landwirtschaft, beschäftigte, und nicht erst seit 1878, wie seine Gegner später behaupteten. Der Antrag Lasker wurde am 12. Oktober fast einstimmig angenommen und später vom Bundesrat zum Gesetz erhoben. Der Antrag Blanckenburg auf Hypothekenreform wurde zurückgezogen.

Am 16. Oktober verhandelte der Reichstag über eine Petition ehemalig schleswig-holsteinischer Offiziere, die nach dem Gesetze vom 15. Februar 1850 pensionsberechtigt waren, aber durch die spätere

dänische Gesetzgebung dieses Pensionsrechtes verlustig erklärt wurden und in ihrer tiefen Not nun um Anerkennung ihres Rechtes seitens des Norddeutschen Bundes baten. Die Petitions-Kommission beantragte, diese Bittschrift dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, und der Abg. Ägidi verstärkte diesen Antrag noch durch den Zusatz, die Pensionsrechte dieser Offiziere als nach dem Gesetz vom 15. Februar 1850 wohlerworbene anzuerkennen. Bismarck hatte schon als Bundestagsgesandter alles aufgeboten, um diesen wackeren Leuten zu helfen. Aber er hatte damals nur eine Unterstützung des Bundes an die Bedürftigeren erreicht. Jetzt erkannte er als Bundeskanzler die Befriedigung ihrer Forderungen „als eine nationale Ehrenschuld" an und stellte die Anerkennung und Zahlung dieser Pensionen durch Preußen oder den Bund in sichere Aussicht. In der That wurde ihnen so geholfen.

Am folgenden Tage, dem 17. Oktober, begann im Reichstage die Verhandlung über das wichtigste Gesetz dieser Session, die Vorlage „betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste." An diesem Tage ergriff Graf Bismarck noch nicht das Wort, war aber anwesend. Der Abg. Bebel hielt wieder eine jener Reden aus Liebknecht'schen Leitartikeln über die Vorzüge des Milizsystems, über die Nachteile der allg. Wehrpflicht, welcher sogar das frühere Einstehersystem — der Blutverkauf des Armen an den Wohlhabenden! — vorzuziehen sei u. s. w. Er that so, als handle es sich jetzt erst um Einführung des Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht, der längst verfassungsmäßig feststand, und eiferte, unter großer Heiterkeit des Hauses, gegen den „militärischen Geist", „denn dieser militärische Geist, m. H., das ist der Casus". Der Verfasser stieg nach ihm auf die Tribüne und versuchte die „volksfreundlichen" Ansichten dieses Abgeordneten gebührend ins Licht zu stellen. Bismarck, der zur Rechten unter der Tribüne saß, hörte aufmerksam zu, namentlich als der Verfasser rief: „Ich möchte doch wissen, mit welcher Stirn Herr Bebel seinen Wählern" — und nun die Glocke des Präsidenten Dr. Simson den Verfasser unterbrach und die Mahnung folgte: „Ich muß dem Herrn Redner bemerklich machen, daß der

Ausdruck ‚Stirn‘ kein parlamentarischer ist.“ Da blickte der Bundeskanzler heiter lächelnd zum Verfasser empor, als wenn er dächte: „Ich bin doch neugierig, wie Sie sich da herausziehen werden.“ Dieser aber fuhr, ohne die Fassung zu verlieren, fort: „Dann werde ich sagen, mit welchem Gesicht Herr Bebel seinen Wählern gegenübertreten will,“ und das ganze Haus brach in laute Heiterkeit aus, in die auch Graf Bismarck herzlich einstimmte. Seither sagte man im Reichstag: Die Metapher pars pro toto sei unparlamentarisch, totum pro parte aber anständig.

Die Regierungsvorlage enthielt unter anderm die Bestimmung, daß die Dienstzeit vom 20. Lebensjahre des Wehrpflichtigen an sieben Jahre dauere und hievon die ersten drei Jahre ununterbrochen im aktiven Dienst zu verbringen seien. Der § 6 bestimmte: „Während des Restes der siebenjährigen Dienstzeit sind die Mannschaften zur Reserve beurlaubt, insoweit nicht die jährlichen Übungen, notwendige Verstärkungen oder Mobilmachungen des Heeres die Einberufung zum Dienst erfordern.“ Der Abg. Graf Schwerin beantragte, die Worte „notwendige Verstärkungen oder Mobilmachungen des Heeres“ zu streichen und statt derselben zu setzen: „ferner drohende Kriegsgefahr oder eine Mobilmachung des Heeres dazu nötigt.“ Dagegen sprach sich nun der Reichskanzler Graf Bismarck am 18. Oktober mit großer Entschiedenheit aus. „Bringen Sie uns nicht in die unannehmbare Lage,“ rief er, „daß Deutschland die einzige große Militärmacht sei, welche durch Einberufung eines einzigen Reservisten legal ihre Absicht, Krieg zu führen, ausspricht und auszusprechen gezwungen ist (Lebhafte Zustimmung). Wir setzen uns der berechtigten Interpellation jeder Nachbarmacht aus, sobald diese von Ihnen beabsichtigte Änderung des Gesetzestextes aufgenommen ist. Nötigen Sie die Verwaltung der Auswärtigen Angelegenheiten nicht, in solchen gefährlichen schwebenden Zuständen, wie wir sie in diesem Frühjahr gehabt haben, das Wort ‚Krieg‘ auch nur in Zusammensetzungen von Kriegsbereitschaft entweder offen, oder verschleiert durch den Ausdruck ‚Notstand‘, früher auszusprechen, als unbedingt notwendig ist! Die Truppen unserer

Nachbarn ziehen, mit oder ohne eingezogene Reserve, in ihren Reichen umher, verstärken sich, wie sie wollen, und sind in keiner Weise durch die Gesetzgebung darin geniert. Warum wollen Sie gerade dem eigenen Vaterlande diesen Zwang auferlegen, unter Umständen länger wehrlos zu bleiben, als die politischen Zustände nach sorgfältiger Erwägung es zulässig machen. Daß wir in diesen Dingen nicht leichtfertig vorgehen, hat die Erfahrung gezeigt. Es hat in diesen Tagen vielleicht an wenig Tagen gehangen, ob wir nicht zum Krieg kamen, und daß es nicht dazu gekommen ist, ist uns noch gestern von einer Seite aus,*) der ich aus Gründen, die Sie würdigen werden, nicht geantwortet habe, hier vorgeworfen worden. Aber machen Sie uns derartige Schonung des Friedens nicht dadurch unmöglich, daß Sie Dinge einer gesetzlichen Regelung unterziehen wollen, die sich der Möglichkeit einer solchen im wohlverstandenen Interesse des Landes absolut entziehen." (Lebhafter Beifall.) Der § 6 der Regierungsvorlage wurde nach dieser Rede, unter Verwerfung aller Amendements, mit 165 gegen 87 Stimmen angenommen.

Inzwischen war die böse Saat, die Herr v. Beust in seinem offenkundigen Streben nach einem französischen Bündnis ausgestreut hatte, in Süddeutschland aufgegangen. Die schwäbischen Republikaner der „Volkspartei" und die partikularistisch-feudal-ultramontanen Glieder der Ersten bayerischen Kammer dachten nicht entfernt daran, bei diesem frischen fröhlichen Kriege, der Österreichs und Frankreichs Heere in gesegneter Verbrüderung gegen Preußen heranführen werde, etwa nach den Bündnisverträgen mit Preußen von 1866 dem preußischen Oberbefehl oder „Korporalstock" zu gehorchen. Diese Bündnisverträge waren ja von den Kammern Bayerns und Württembergs noch gar nicht genehmigt. Auf Gedeih wollten auch diese Kreise mit dem Norden gern zusammen sitzen, also die melkende Kuh der Zollgemeinschaft bereitwillig in den Stall ziehen.

*) Von dem Abg. Liebknecht, der Bismarck vorgeworfen hatte, er habe sich wahrscheinlich nur aus Furcht vor Frankreich, so „gemäßigt" gezeigt, als es galt, Luxemburg zu behalten.

Aber wenn das erreicht war, so mochte Preußen zusehen, wie es seine Bündnisverträge von Bayern und Württemberg bewilligt erhielt. Das war der Plan, der in der bayerischen Reichsratskammer und in der württembergischen Volkspartei gesponnen wurde. Man konnte ihn zuversichtlich spinnen, da der norddeutsche Reichstag schon am 8. Oktober den Zollvereinsvertrag mit großer Mehrheit angenommen hatte, und in der freudigen nationalen Erhebung der Stunde jenes Wort kaum Beachtung gefunden hatte, das der Abg. Michaelis in einer meisterhaften Rede über die segensreichen Neuerungen des Vertrages vom 8. Juli aussprach: „Ich bin der Ansicht, daß die Zollvereinsverträge und die mit den süddeutschen Staaten geschlossenen Allianzverträge untrennbar zusammengehören." Man wußte in Süddeutschland ganz genau, daß der norddeutsche Reichstag am 26. Oktober seine Schlußsitzung halten würde, um in dritter Lesung über den Zollvereinsvertrag abzustimmen. Natürlich mußte der Vertrag jetzt abermals fast einstimmig angenommen werden, und dann hatte man in München und Stuttgart freie Hand, die Bündnisverträge zu verwerfen. Aus diesem Grunde vertagte sich die württembergische Kammer am 23. Oktober bis zum 29. oder 30., und schob die bayerische Reichsratskammer die Entscheidung über die Verträge auf den Abend des 26. Oktober hinaus. Bis dahin hatte nur die bayerische Abgeordnetenkammer mit 100 gegen 17 Stimmen die Verträge genehmigt, oder, wie ein niederbayerisches ultramontanes Blatt sich ausdrückte: „diesen Begräbnisakt des bayerischen Selbststandes und Lebenswohls" vollzogen.

Diese Preßstimme war aber keineswegs die einzige, welche den treulosen Plan verriet. Auch Volksversammlungen, Eingaben für und wider, tausend Regungen besorgter Interessen und erhitzter Leidenschaften machten ihn kund. Die Gewarnten thaten nun ihren Gegenzug, rasch und entscheidend. Am 25. Oktober brachte nämlich der Abg. Braun-Wiesbaden einen Antrag im Reichstag ein, der bedeckt war mit den 127 Unterschriften der gesamten nationalliberalen Partei und der beiden konservativen Fraktionen, auch mit denen der „freien Vereinigung". Er lautete: „Dem Zollvereins-

vertrage die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen, und zwar 1) in Beziehung auf jeden einzelnen der Staaten Bayern, Württemberg und Baden nur unter der Bedingung, daß die rechtliche Verbindlichkeit des mit einem jeden derselben durch Preußen abgeschlossenen Bündnisvertrages von ihm nicht in Frage gestellt werde, und 2) mit der Ermächtigung für das Bundespräsidium in dem Falle, daß der Vertrag vom 8. Juli 1867 nicht mit allen, sondern nur mit einem oder einzelnen der süddeutschen Staaten zur Ausführung kommen sollte, die sich hieraus ergebenden Änderungen des Vertrages festzustellen, vorbehaltlich der in der nächsten Sitzungsperiode einzuholenden Genehmigung des Reichstags." Die feindliche Presse des Südens bezeichnete diesen Antrag schon bei dessen erster telegraphischen Mitteilung als „leere Drohung". Kein bayerischer oder schwäbischer Mann von jener „eisernen Konsequenz", welche diese allein noch unverdorbenen Stämme ziere, werde sich durch ein so „windiges Gerede" irre machen lassen. Dagegen begrüßte die ganze deutschgesinnte Presse in Nord und Süd den Antrag mit Freude und Genugthuung. Im norddeutschen Reichstag aber erstand ihm der mächtigste und beredteste Verteidiger.

Denn bei der Beratung am 26. Oktober erklärte Bismarck: „Die verbündeten Regierungen haben gehofft und hoffen noch, daß der Fall, welchen das von den Herren Braun und Gen. gestellte Amendement im Auge hat, nicht eintreten werde; die Hoffnungen sind indessen durch Nachrichten, die mir heute früh zugegangen sind, auf ein sehr geringes Maß reduziert (Bewegung). Es ist im hohen Grade wahrscheinlich, daß der bayerische Reichsrat die Zollverträge" (soll wohl heißen, die Bündnisverträge) „verwerfen wird. Für diesen Fall stehe ich nicht an, offen zu erklären, daß das Amendement der Herren Braun und Gen. vollständig die Anschauungsweise der verbündeten Regierungen ausdrückt (Beifall). Wir haben die Zollverträge abgeschlossen in der Voraussetzung, daß uns die Bündnisverträge ehrlich gehalten werden würden; wir hätten sie nicht abgeschlossen, wenn uns daran der leiseste Zweifel aufgekommen wäre (Beifall), und ich kann auch diesem Zweifel nicht Raum

geben und gebe ihm nicht Raum, denn die Ratifikationen der süddeutschen Souveräne sind uneingeschränkt und sine clausula, und ich habe das feste Vertrauen, daß die süddeutschen Souveräne und Regierungen sich allezeit zu ihren Worten bekennen werden, auch wenn die Mahnungen des süddeutschen Nationalgefühls minder laut an ihr Ohr schlügen (Beifall). Man geht häufig von dem Gedanken aus, die Bündnisverträge seien für Süddeutschland eine Last, lediglich eine Pflicht der Heeresfolge. Es ist aber keine Kleinigkeit in unsern Zeitläufen, wo das Schwert hart in die Wage fallen kann, wenn ein kleiner, an sich europäisch nicht wehrfähiger Staat sich zu seinem Schutz auf — ich will keine Ziffer nennen — die fast unbegrenzte Zahl von Bajonetten berufen kann, die der Norddeutsche Bund ihm an die Seite stellen kann (Beifall)." Die süddeutschen Regierungen hätten übrigens „zur Zeit der Friedensverhandlungen ihrerseits den Antrag auf diese Bündnisse entgegengebracht" (Bewegung. Hört! Hört!). Zum Schlusse sagt Bismarck: „Ich kann nur den Beschluß der verbündeten Regierungen bekunden, daß wir entschlossen sind, die wirtschaftliche Gemeinschaft nur mit denen fortzusetzen, die es freiwillig thun, und die auch die Gemeinschaft der Wehrkraft auf nationaler Grundlage mit uns fortzusetzen entschlossen sind (Beifall), und daß wir an demselben Tage, an dem die Bündnisverträge in Frage gestellt werden sollten, — was ich bis jetzt und für immer im Vertrauen auf den Wert eines deutschen Königswortes vollständig in Abrede stelle — die alten Zollvereinsverträge kündigen (Lebhafter Beifall)." Der Antrag Braun und Genossen wurde mit 177 gegen 24 Stimmen (Fortschrittspartei, Polen und Partikularisten) angenommen.

Am nämlichen Tage erfolgte der Schluß des Reichstags. In Süddeutschland gab es nun keinen Widerstand der „eisernen Konsequenz" mehr. Denn wenige Tage später genehmigten fast in derselben Stunde der bayerische Reichsrat und die Stuttgarter Kammer die Verträge. Damit lag der Weg offen zum ersten Deutschen Zollparlament.

Die badischen Kammern hatten eine derartige Belehrung über

ihre nationalen Pflichten nicht nötig. Sie nahmen die Verträge nahezu einstimmig an, lange ehe der Antrag Braun im norddeutschen Reichstag erfolgte. Minister Freydorff hatte auf die erneute Anregung beider Kammern, den Eintritt Badens in den norddeutschen Bund bei Preußen zu beantragen, vorsichtig erklärt: „Die Großherzogliche Regierung ist bemüht, durch Handlungen die Voraussetzungen zu schaffen, welche unser Land berechtigen werden, die nationale Einheit zu verlangen; sie wird sich aber glücklich schätzen, wenn diese Einigung mit dem Norden in Gemeinschaft mit den Nachbarn südlich vom Main erfolgen kann, und bis dahin zu jedem vorbereitenden Schritte gemeinsam mit den übrigen süddeutschen Regierungen bereit sein." Aber dem wackeren Minister Karl Mathy, der sein ganzes Leben hindurch mit heißer Inbrunst an dem deutschen Einheitswerke gearbeitet hatte, ging die Geduld aus. Er mochte ahnen, daß das Ziel seiner Tage nahe vor ihm stehe, und daß er die deutsche Einheit nicht mehr erleben werde, wenn in dem von seinem Kollegen Freydorff empfohlenen langsamen Tempo dazu fortgeschritten werde. Wer konnte und wollte denn auch Badens sofortigen Beitritt zum norddeutschen Bund hindern? Gewiß nicht Bismarck, der so oft erklärt hatte, Preußen und der Nordbund seien jederzeit bereit, die süddeutschen Brüder aufzunehmen, nur müsse auch der verdächtige Schein eines Zwanges vermieden werden. Ganz im Sinne seines hochsinnigen Fürsten, der badischen Regierung und der ganz überwiegenden Mehrheit des badischen Volkes, verfaßte Mathy daher am 18. November 1867 eine Denkschrift an Bismarck, welche diesem die Rätlichkeit und Notwendigkeit der sofortigen Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund eindringlich darstellte.*) Gerade den Verlauf des Abschlusses der Zollvereins- und Bündnisverträge in Bayern und Württemberg mochte Mathy als besonders glückverheißend für sein Anliegen ansehen. Denn in jenen Nachbarstaaten hatten die geschworenen Feinde der deutschen

*) Der Inhalt der Denkschrift und der Verlauf der Sache ist eingehend wiedergegeben in Gustav Freytags klassischer Biographie Mathys, Bd. 22 S. 411 flg. der gesammelten Werke.

Einheit eben jetzt eine wohlverdiente harte Lehre erhalten und würden sich wohl kaum wieder zu regen wagen, wenn Baden den ersehnten Schritt der Vereinigung mit dem Norden unter Bismarcks Zustimmung vollzog. Freilich konnten europäische Gesichtspunkte diesem Ziele „im Wege stehen" und Mathys „Blick sich entziehen". Für diesen Fall bat er um „eine vertrauliche Andeutung darüber, mit dem Anfügen, daß der Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund eventuell auch ohne Bayern und Württemberg gesichert, und nur der Zeitpunkt dem Ermessen und der Verständigung der Regierungen vorzubehalten sei."

Diese Denkschrift übergab Mathy dem preußischen Gesandten in Karlsruhe zur Beförderung und erhielt durch ihn den mittelbaren Bescheid, Bismarck könne die gewünschte Erklärung nicht abgeben und müsse auf das Zollparlament vertrösten. Mathy war tief bewegt und betrübt. Auf die wichtigste Frage seines Lebens, der alle seine Mühen und Opfer dargebracht wurden, auf die Frage, wann er das gelobte Land der deutschen Einigkeit schauen könne, erhielt er die harte kalte Antwort: Vielleicht einmal! Und diese Antwort kam aus dem Munde des mächtigsten, zugleich des ihm gesinnungsverwandtesten Mannes in Deutschland. Das tragische Geschick der Helden, die alles für unsere Einheit opferten, ohne das Ziel ihres Ringens erreichen zu können, prägt sich herzbewegend in diesem Vorgang aus. Wir wissen aus dem früher Erzählten sehr gut, warum Bismarck nicht anders antworten konnte, ohne die Gefahr europäischer Verwickelungen heraufzubeschwören, die Einmischung Frankreichs, möglicherweise sogar den Abschluß des drohenden österreichisch-französischen Bündnisses. Vielleicht war auch der große Erfolg, den Bismarck mit Hilfe des Reichstags gegen die Sonderbündler in Bayern und Schwaben errungen hatte, und der in Frankreich und Österreich als Vergewaltigung des freien Selbstbestimmungsrechtes jener Südstaaten gebrandmarkt wurde, im direkten Gegensatz zu Mathys Hoffnungen, einer der Gründe zu Bismarcks vorsichtig ablehnender Antwort. Andere Gründe werden wir alsbald kennen lernen.

Mathy aber legte diese nach seiner Empfindung verhängnisvolle Antwort dem Großherzoge mit zitternder — zum ersten Male zitternder — Hand vor und ließ das Papier auf den Tisch sinken. Dann aber sagte er mit rascher Selbstbeherrschung: „Und wir thun doch unsere Pflicht!“ Eppur si muove, die deutsche Einheit bewegt sich doch auf ihrem Sonnenlaufe! Er aber sollte sie nicht mehr schauen. Am 3. Februar 1868 schloß ihm der Tod die Augen für immer.

Bismarck hat in der Reichstagssitzung vom 24. Februar 1870 noch einen doppelten Grund für die Notwendigkeit seiner ablehnenden Antwort an Mathy angegeben. Erstens nämlich enthielt Mathys Denkschrift (die aber keineswegs eine amtliche Kundgebung, sondern ein reiner „Privatbrief“ war) die deutliche Forderung, daß Bismarcks Zusage, „eine promissorische Politik zu machen, und in welchem Zeitpunkte etwa, einigen leitenden Parteiführern mitgeteilt werden dürfe, natürlich um ihrerseits Gebrauch davon zu machen, also die beabsichtigte Politik zu veröffentlichen“. „Auf diesen Privatbrief habe ich geantwortet,“ sagte Bismarck, „ich müsse ablehnen, eine promissorische Politik überhaupt zu treiben, die auswärtige Politik ist nicht ein Gewerbe der Art, daß sie unbedingt die vorhergehende Veröffentlichung aller Phasen verträgt.“ Und weiter erklärte er an demselben Tage: „Es fragt sich, an welcher Stelle ist das Großherzogtum Baden, als Träger des nationalen Gedankens unter den süddeutschen Staaten — an welcher Stelle ist es der nationalen Einigung Deutschlands förderlicher, als abgeschlossener Bestandteil des Bundes, ausgeschlossen aus dem Süden, oder als vermittelndes Element innerhalb der Verhandlungen, die der Süden in sich und mit dem norddeutschen Bunde führt. Ich bin überzeugt, daß das Großherzogtum Baden, vermöge der nationalen Richtung seiner gebildeten Stände, ja der Mehrheit seines Volkes — uns im Lager des Südens nützlicher und förderlicher ist, als in dem des Nordens. So glaube ich, daß wir nicht gut thun, das Element, welches der nationalen Entwickelung (im Süden) am günstigsten ist, auszuscheiden und mit einer Barriere abzuschließen, gewissermaßen

den Milchtopf abzusahnen und das Übrige sauer werden zu lassen."

Nicht ohne Sorgen verfolgte Bismarck seit dem Frühjahr 1867 auch die italienische Politik. Im April nämlich hatte der seit Cavour deutschfreundlichste italienische Minister, Ricasoli, wegen der ihm ungünstigen Ergebnisse der Wahlen zur Kammer, seine Entlassung eingereicht, und Viktor Emanuel, der im Innersten stets starke Hinneigung zu Frankreich bewahrte, benützte den willkommenen Anlaß, um den eigenwilligen und in seiner treuen und dankbaren Anhänglichkeit an Preußen unbequemen Minister zu verabschieden. Damals ist auf die Frage des Königs an Ricasoli: „Aber ich hoffe, wir werden doch Freunde bleiben?" aus dem Munde des stolzen Florentiner Edelmannes die schon früher berichtete Antwort erfolgt: „Das wird von Eurer Majestät Benehmen abhängen". Wie Bismarck über diesen Kabinettswechsel und die Politik des Nachfolgers Ricasolis, Ratazzi, dachte, erhellt klar aus seiner Instruktionsdepesche an den preußischen Gesandten Usedom in Florenz vom 30. Oktober 1867. Da heißt es: „Ew. erinnern sich der unerwarteten Entlassung des Baron Ricasoli, welchen wir als einen Träger nationaler Bestrebungen und als den Vertreter einer im Bunde mit Deutschland wirkenden italienischen Politik anzusehen gewohnt waren. Die Beweggründe für seine Entlassung sind wir genötigt auf einem Felde zu suchen, welches sich unserer Beobachtung entzieht. Die europäische Presse bezeichnete damals den Wechsel, welcher Ratazzi an die Stelle Ricasolis treten ließ, als den Beginn einer neuen Aera der italienischen Politik, welche das französisch-österreichische Bündnis gegen Preußen zur Basis, die Undankbarkeit des Schwarzenbergischen Österreich gegen Rußland zum Vorbilde in Bezug auf Preußen gewählt habe!" Seit dieser Zeit gingen Gerüchte um von Bündnissen Frankreichs, Italiens, Österreichs, selbst Englands gegen Preußen. Alle Fäden mit den maßgebenden italienischen Staatsmännern und alle Fühlung mit der wirklichen und ernstlichen italienischen Politik seien seit Ricasolis Rücktritt durchschnitten. „Aber eine Macht wie Preußen kann in ihrer gegenwärtigen Stellung nur

mit vollkommen sicheren Grundlagen, mit klarer Übersicht über den Stand des Schachbrettes Stellung nehmen. Die Erwägung, daß die Neigung des Königs Viktor Emanuel und der seinem Herzen näher stehenden Politiker bei Schwankungen der italienischen Wage zwischen Frankreich und Deutschland, auch gegen den Willen der Minister, leicht den Ausschlag für Frankreich geben könnte, wird in Florenz so gut wie hier gewürdigt werden."

In entscheidender Stunde traf diese Note in Florenz ein und mochte der italienischen Regierung deutlich machen, wie viel die Vollendung der italienischen Einheit den Franzosen, und wie viel sie Deutschland verdanke. Denn selbst ein so zaghafter Minister wie Ratazzi war mit der klerikalen französischen Papstschutzpartei über die römische Frage so scharf in Konflikt geraten, daß eben jetzt italienische königliche Truppen, Garibaldische Freischaren und ein französisches Hilfskorps des Papstes unter dem General de Failly im Kirchenstaate gegeneinander anrückten, und Ratazzi schließlich seine Entlassung nehmen mußte. Bismarck aber traute dem Ernst dieses augenblicklichen Zwiespaltes zwischen Frankreich und Italien nicht recht. In der Note an Usedom vom 30. Oktober schrieb er: „Niemand kann von aufrichtigeren Sympathien für das Gedeihen des Königreichs Italien beseelt sein, als diejenigen sind, die ich im Laufe meiner amtlichen Thätigkeit selbst bekundet habe; aber dessen ungeachtet bedürfen wir, ehe wir unsere Entschließungen fassen, der Gewißheit, daß wir nicht durch das Einverständnis zweier, anscheinend streitender Parteien in eine Bahn gelenkt werden, der zu folgen der Politik des eigenen Landes nicht nützlich sein würde." Die nächsten Ereignisse machten ja diesen Zweifeln vorerst ein Ende. Denn am 3. November verrichtete das neue französische Chassepotgewehr, wie der Moniteur triumphierend verkündete, in dem Gefecht bei Mentana „Wunder" gegen die schlechtbewaffneten italienischen Freischaren. Sie verloren 600 Tote, während die Päpstlichen nur 31, die Franzosen nur 4 Verwundete hatten. Von da ab war die Dankbarkeit für Solferino in der Erinnerung des italienischen Volkes für immer ausgelöscht. Und als vollends am 5. Dezember

der französische Minister Rouher auf der Tribüne des gesetzgebenden Körpers feierlich die Erklärung abgab: „Italien wird niemals Besitz von Rom ergreifen, niemals!“ — da ward dem gesamten Italien vollends klar, daß die Vollendung der italienischen Einheit durch den Besitz der ewigen Stadt nur möglich sein werde nach einer großen Niederlage Frankreichs, d. h. in einem deutsch-französischen Kriege. Deshalb gaben von dem Tage von Mentana an alle italienischen Patrioten, auch die Radikalen, selbst Mazzini,*) die Losung aus: nur ein Bündnis mit Preußen könne Italien an das Ziel seiner Wünsche führen. Mazzini sandte selbst vertraute Unterhändler zu Bismarck, um diesem zu versichern, daß ein geheimes Bündnis Viktor Emanuels und Napoleons gegen Deutschland bestehe, und um Waffen und Geld zu bitten, damit er selbst diesen Plan durchkreuze. Da Mazzini jedoch seine Angaben nicht beweisen konnte, ließ Bismarck die Verhandlungen fallen.**) Sein Mißtrauen gegen die Stimmungen der leitenden Kreise Italiens hielt er aber aufrecht. Es war auch, wie später berichtet werden wird, nicht unbegründet. Denn während das italienische Volk sein Heil nur in einem Bündnis mit Preußen sah, trat der König Viktor Emanuel in den großen deutsch-französischen Krieg, der ihm unverdient und mühelos die ewige Stadt in den Schoß warf, nahezu als geschworener Bundesgenosse Frankreichs ein!

Für jetzt brachte die italienische Verwickelung dem Grafen Bismarck andere Sorgen. In einem Rundschreiben vom 9. November 1867 erklärte der französische Minister Moustier, daß der Kaiser die römische Frage auf einem europäischen Kongresse zu lösen gedenke, jedoch ohne eine bestimmte Lösung vorzuschlagen. Bismarck eröffnete am 15. November dem aus längerem Urlaub nach Berlin zurückgekehrten Botschafter Benedetti von vornherein, er habe kein Vertrauen in dieses Unternehmen, das notwendig unfruchtbar verlaufen müsse. Preußen könne nicht eher teilnehmen, als bis Frankreich nähere Aufklärungen über das Vorhaben und das Programm

---

*) Mazzini, Venezia e Roma, Rom 1875, S. 59.

**) Sybel, a. a. O. Bd. VI, S. 352.

gegeben, und bis Preußen sich mit den anderen Mächten verständigt habe. Benedettis Versuch, von König Wilhelm selbst eine günstigere Antwort zu erlangen, war erfolglos. Österreich nahm nur in der Erwartung an, daß die Sache an der Ablehnung anderer scheitern werde. In der That trat dies Ergebnis ein infolge der unmöglichen Bedingungen, die England, Italien und der Papst stellten. Als Benedetti dem Grafen Bismarck triumphierend meldete, Rußland habe „im Prinzip" angenommen, entgegnete der Bundeskanzler kühl: das sei nichts anderes als eine höfliche Ablehnung. Dagegen stellte er dem französischen Botschafter sehr nachdrücklich vor, wie ungehörig und ungeschickt Moustier gehandelt habe, indem er nicht den Norddeutschen Bund, sondern Preußen, Sachsen, Hessen zu dem Kongreß eingeladen habe. Sachsen hatte die Einladung einfach dem Bundeskanzler eingesandt und Bismarck dankte amtlich, aber auch öffentlich — in einer Rede im Abgeordnetenhause am 1. Dezember 1867 — für diese loyale Haltung mit den Worten: „Ihnen allen wird erinnerlich sein, daß vor kurzem bei der Einladung zu den Konferenzen die königlich sächsische Regierung die Einladung an das Bundespräsidium verwies, und daß dieses Verhalten mit dem Geiste der Bundesverfassung so vollkommen im Einklang gefunden wurde, wie das ganze politische Verhalten der königlich sächsischen Regierung, seit Sachsen dem Bunde beigetreten, überhaupt jederzeit gewesen ist (Beifall)." Herr v. Dalwigk dagegen that, als habe er das Jahr 1866 und die Errichtung des Norddeutschen Bundes völlig vergessen. Denn er nahm die französische Einladung namens der Großmacht Hessen-Darmstadt sofort an. Er erhielt darauf von Bismarck am 24. November folgende wohlverdiente Rüge: „Ich muß gestehen, daß diese Schnelligkeit der Entschließung mich einigermaßen überrascht hat." Preußen wenigstens habe keinen Entschluß gefaßt, ehe es „über den Charakter der beabsichtigten Verhandlungen und über die Beteiligung anderer europäischer Mächte nähere Aufklärung gesucht hatte." Das scheine aber Herr v. Dalwigk nicht gethan zu haben, da er die Einladung annahm, ohne selbst nur in Berlin anzufragen, wie Preußen antworten werde. „Wir vermögen

uns des Eindruckes nicht zu erwehren, daß, wenn die großherzogliche Regierung zu schwierigen und noch vor kurzem an der Schwelle ernster Verwickelungen behandelten europäischen Fragen ihre Stellung nimmt ohne den Versuch einer Verständigung mit ihren deutschen Verbündeten und dem Norddeutschen Bunde, dem Se. k. Hoheit beigetreten ist, sie sich mit dem Geiste des Bundesvertrags nicht in Einklang befinde, wobei wir dahingestellt sein lassen, ob dieses Verfahren und die Konsequenzen desselben sich mit dem Wortlaute der Bundesverfassung in Einklang bringen lassen."

Vom 15. November 1867 an nahmen die Sitzungen des preußischen Landtags Bismarcks Thätigkeit vielfach in Anspruch. Das preußische Staatsministerium hatte in einer Denkschrift vom 20. September dem Könige die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Anordnung von Neuwahlen empfohlen, weil infolge der bedeutenden Erweiterung, die der preußische Staat im Jahre 1866 erfahren, die am 3. Juli 1866 gewählten Abgeordneten nicht mehr als „die verfassungsmäßige Vertretung des gesamten preußischen Volkes" angesehen werden könnten. Der König hatte am 22., diesen Anträgen entsprechend, die Auflösung des Abgeordnetenhauses und Neuwahlen verfügt, und die letzteren ergaben am 7. November eine große Mehrheit regierungsfreundlicher Abgeordneten. Auch Bismarck hatte sein Wahlrecht im ersten Berliner Wahlbezirk ausgeübt. Der Landtag wurde am 15. November vom König persönlich mit einer Thronrede eröffnet, die „zum ersten Male an dieser Stelle die Vertreter der neuen Landesteile" begrüßte, „welche durch die Ereignisse einer großen Zeit mit dem preußischen Staat vereinigt worden sind." Zum Abgeordnetenhause wie zum Reichstage hatten die neuen Provinzen die hervorragendsten Führer der nationalen Partei gestellt.

Den ersten Anlaß zu Bismarcks Beteiligung an den Beratungen des Abgeordnetenhauses bot am 27. November der Antrag Lasker auf Anerkennung der vollen Redefreiheit der Mitglieder des Landtags, wie solche den Reichstagsabgeordneten zugestanden sei. Bismarck erklärte in einer sehr versöhnlichen Rede, nicht im

Namen des Staatsministeriums, sondern persönlich, daß er den Antrag auch als Mitglied des Herrenhauses gern befürworten wolle, wenn das Abgeordnetenhaus sich entschließen könne zu verhindern, daß persönlich beleidigende Äußerungen, die in den Landtagsdebatten fallen, und die hier mit Rücksicht auf die Redefreiheit des Abgeordneten straflos bleiben könnten, wenigstens nicht in der Presse straflos verbreitet werden dürften. Es war also genau derselbe Standpunkt, den Bismarck schon im Reichstag vertreten hatte. Die Frage kam aber vorerst in Preußen noch nicht zum Austrag, da zwar das Abgeordnetenhaus den Antrag Lasker annahm, das Herrenhaus aber ihn verwarf.

Einen heftigen Konflikt mit Bismarck führte am 29. November die Leidenschaftlichkeit des Abg. Twesten herbei. Am Nachmittage erschien Bismarck in der Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, um dieser die Gesichtspunkte zu entwickeln, unter denen die Regierung beschlossen habe, den im Vorjahre depossedierten Fürsten von Nassau und Hannover in Form von Abfindungsverträgen die Mittel zu standesgemäßer Lebensführung zu gewähren. Der genauere Inhalt dieser Verträge wird später, bei ihrer Verhandlung im Plenum des Abgeordnetenhauses, noch angegeben werden. Bismarck sprach in der Kommission die Meinung aus, daß die Regierung zum Abschluß dieser Verträge ohne Mitwirkung des Landtags berechtigt gewesen sei. Da fuhr der Berichterstatter der Kommission, Twesten, auf und erhob gegen Bismarck den Vorwurf des „Gesetzes- und Vertrauensbruches". Der Ministerpräsident erläuterte an den Thatsachen, wie unbegründet dieser Vorwurf sei, und verlangte dessen Zurücknahme. Als Twesten diese trotzdem verweigerte, verließ Bismarck die Sitzung und richtete am 30. November an den Vorsitzenden der Budgetkommission ein Schreiben, in welchem er erklärte: sein Amt könne ihm unmöglich die Entgegennahme persönlicher Beleidigungen zur Pflicht machen und er werde außer stande gesetzt, seine Aufgabe durchzuführen, wenn er bei ruhiger und sachlicher Diskussion nicht gegen persönliche Invektiven gesichert sei, müsse auch bis auf weiteres darauf verzichten,

an derartigen Beratungen teilzunehmen. Infolge dieses Schreibens erklärte die Budgetkommission auf Antrag des Abg. v. Bennigsen noch am nämlichen Tage mit 21 gegen 2 Stimmen, daß sie sich den von Twesten gebrauchten Ausdruck „Verfassungsbruch" nicht angeeignet habe, und ließ durch den Präsidenten des Hauses, v. Forckenbeck, und zwei Mitglieder dem Grafen Bismarck diese Erklärung persönlich überreichen. Damit war dieser Konflikt beseitigt.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Dezember beantragten die Abgg. v. Bennigsen und Kanngießer: „das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten auf den Etat des Norddeutschen Bundes zu übernehmen und die innerhalb des Norddeutschen Bundes bestehenden preußischen Gesandtschafts- und Konsulatsposten aufzuheben." Statt den Antragstellern zuerst die Begründung ihres Antrages zu überlassen, fühlte sich der Abg. Virchow gedrungen, dies nach dem Maße seiner politischen Einsicht zu thun. Er befürwortete nämlich die Übernahme des Etats des auswärtigen Ministeriums durch den Bund mit der erstaunlichen Ausführung: „Wir, die wir draußen stehen, können uns natürlich nur zwei Möglichkeiten denken. Entweder ist trotz aller Glorie des Norddeutschen Bundes noch nicht der Zeitpunkt gekommen, wo wir im stande sind, das Ausland zur Anerkennung des Norddeutschen Bundes zu bringen und an Stelle der preußischen Gesandten norddeutsche zu setzen, — oder man könnte meinen, daß die finanzielle Grundlage des neuen Bundes eine so enge sei, daß es unmöglich ist, auf die Schultern des Bundes die Diplomatie zu legen. Wenn das letztere der Grund sein sollte, so muß ich sagen, daß ich im Interesse des preußischen Volkes die Dauer des Norddeutschen Bundes möglichst abgekürzt zu sehen wünschte." Bei diesen Worten erhob sich lebhafter Widerspruch im Hause, so daß der anthropologische Staatsmann hinzufügte: daß die Abkürzung ja durch die Erweiterung zu einem gesamt-deutschen Bunde erfolgen könne.

Bismarck strafte das ungewöhnliche Verfahren Virchows, für einen von einer anderen (der nationalliberalen) Fraktion gestellten

Antrag und in einem den Antragstellern völlig entgegengesetzten Sinne das Wort zu nehmen, zunächst durch die Bemerkung: „Ich behalte mir vor, über den Antrag der Herren Bennigsen und Kanngießer einige Worte zu sagen, sobald einer der Herren Antragsteller oder einer der Abgeordneten, welche diesen Herren politisch näher stehen, über denselben gesprochen haben wird.“ Jetzt ergreife er nur das Wort, um „einige Irrtümer zu berichtigen, die der Herr Vorredner hier zu Tage gefördert hat. Ein Mittel, welches der Herr Vorredner angab, um zum Ziele zu kommen, würde die gerade entgegengesetzte Wirkung haben, nämlich das Mittel, in seiner Weise den Norddeutschen Bund abzukürzen dadurch, daß man ihn zu einem gesamt-deutschen erweitert. Die Schwierigkeiten, die Frage über das Gesandtschaftsrecht zu erledigen, würden dadurch nur um so viel größer werden, und dasjenige, was wir jetzt unseren Bundesgenossen gegenüber thun, könnte auf die künftige Entschließung der süddeutschen Staaten von erheblichem aufmunternden oder abschreckenden Einflusse sein (Sehr richtig!). Wenn der Herr Vorredner sich aller der absprechenden und kritisierenden Urteile über die preußische Politik des jetzigen Ministeriums, über die preußische Diplomatie erinnern wollte, die ich in den fünf Jahren, daß ich die Ehre habe auf diesem Platze zu stehen oder zu sitzen, von ihm von jenem Platze her schon gehört habe, und er sich diese ganze Reihe von absprechenden Kritiken vergegenwärtigen will, die sich nicht bestätigt haben: dann wundere ich mich wirklich, wo er den Mut hernimmt, diese Kritiken jetzt fortzusetzen.“ Lebhafter Beifall und selbst Händeklatschen begleitete diese Worte.

Die Abfertigung der wunderbaren Vorstellungen Virchows, als ob der Norddeutsche Bund oder dessen Gesandte vom Ausland nicht anerkannt werden möchten, holte Bismarck alsbald nach. Nachdem nämlich Kanngießer seinen Antrag eingehend begründet hatte, legte Bismarck zunächst den Standpunkt der Regierung zu diesem Antrage dar. Sie halte ihn in seinem ersten Teile — in der Forderung der Übernahme des preußischen Etats des Auswärtigen durch den Bund — „für einen grundsätzlich zweifellos rich-

tigen, indem er das Ziel andeutet, nach welchem die Bundesverfassung in ihrer Entwickelung zu streben hat, und nach welchem die deutsche Politik Preußens strebt (Beifall), aber mit vorsichtiger Schonung der Gefühle unserer Bundesgenossen. Es ist dies eine zarte Frage der dynastischen Empfindlichkeit jeder Zeit gewesen." Die Einheitsbestrebungen von 1848 und 1849, „die sich an den Namen des Herrn v. Radowitz knüpfen," seien „in erster Linie und vorzugsweise an dieser Frage gescheitert. Wenn das Bundespräsidium noch nicht dazu geschritten ist, dem Bunde eine politische Vertretung im Auslande zu geben, so ist es davon nicht abgehalten worden durch die Befürchtung, daß irgend eine der größeren Mächte dem Bunde die Anerkennung versagen könnte. Wir hegen diese Befürchtung nicht, und es ist auch nicht die geringste Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß ein solcher Fall eintreten sollte, da doch die Bundesflagge allseitige Anerkennung gefunden hat und damit schon der Vorgang gegeben ist auch zur Anerkennung des Gesandtschaftsrechtes, und wir erwarten in der That keine Einsprache. Diplomatischer Brauch hält mich davon ab, die Gründe, warum ich es nicht befürchte, näher zu entwickeln (Heiterkeit). Wenn bisher nichts geschehen ist, so hat der Grund lediglich in der Schonung des bestehenden Gesandtschaftsrechtes unserer Bundesgenossen gelegen." Die Frage sei in den letzten Verhandlungen des Bundesrates schon soweit gefördert worden, daß Bismarck, „ohne eine Verletzung bundestreuer Regierungen zu befürchten, bereits mündlich die Zustimmung des Königs zur Ernennung von Botschaftern und Gesandten behufs Vertretung des Bundes erhalten habe, und daß diese Ernennungen also in kurzer Zeit bevorstehen (Beifall)."

Den zweiten Teil des Antrags Bennigsen-Kanngießer ersuchte Bismarck dagegen abzulehnen: „Ich möchte Sie bitten, darin der Geschäftskunde und Erfahrung der Regierung zu vertrauen, wenn ich unumwunden erkläre, die (preußischen) Gesandtschaften innerhalb des Bundes sind uns eine geschäftliche Notwendigkeit und würden es auch bleiben, wenn das Bundesgebiet sich erweiterte. Es sind das Organe, deren das Präsidium und der Bundeskanzler ohne

Nachteil für die Geschäfte nicht gut entbehren kann." Ihre persönliche Einwirkung auf die Regierungen, bei denen sie beglaubigt seien, „in letzter Instanz" auf den dortigen Souverän, sei von großer Wichtigkeit und wahre die preußischen Interessen viel besser, als wenn man Bevollmächtigte zur Verhandlung einer einzelnen Frage, „ad hoc", hinsende oder gar den Vertreter der betr. Regierung im Bundesrate beauftrage, seiner Regierung preußische Anliegen vorzutragen, deren persönlicher Gegner er möglicherweise sei. Diesen Ausführungen Bismarcks entsprechend, wurde dann auch nur der erste Teil des vorliegenden Antrags angenommen, der zweite Teil abgelehnt.

Am 11. Dezember kam der bereits kurz erwähnte „Accessionsvertrag" mit Waldeck-Pyrmont vom 18. Juli 1867 zur Verhandlung im Abgeordneten-Hause. Preußen hatte schon früher das Post- und Telegraphenwesen und die Gerichtsbarkeit Waldecks in höchster Instanz übernommen. Nach dem Julivertrage ging nun die gesamte innere Verwaltung der beiden Fürstentümer an Preußen über, das dafür deren gesamte Landeseinnahmen bezog und sämtliche Landesausgaben zu bestreiten hatte. Auch die Organisation der waldeckischen Justiz- und Verwaltungsbehörden und die Beamtenerneuerung wurde an Preußen übertragen. Aus allen diesen Pflichten erwuchsen Preußen erhebliche Lasten, die durch Zuschüsse zu den ihm überwiesenen Einnahmen der Fürstentümer zu decken waren, und daher der Zustimmung des Landtags bedurften. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Dezember beantragte der Berichterstatter Abg. v. Bunsen zwar die Genehmigung des Vertrages, zugleich aber eine Resolution, in welcher das Haus die Regierung zur baldigen vollständigen Vereinigung der Fürstentümer mit Preußen auffordern sollte.

Bismarck erklärte sich nachdrücklich gegen diese Resolution. Der Vertrag mit Waldeck sei „das Ergebnis einer Kollision zwischen den Einrichtungen des Norddeutschen Bundes und denjenigen, die sich in den deutschen Kleinstaaten vermöge einer krankhaften Entwickelung des Souveränitätsprinzips im Laufe der Jahrhunderte

ausgebildet haben. Indem diese Kleinstaaten sich die Aufgabe stellten, aus ihren eigenen Mitteln und in sich selbst abgeschlossen alle Bedürfnisse einer ausgedehnteren Staatsordnung zu befriedigen, auch bis in die höheren Instanzen hinein, kamen sie mit ihren finanziellen Kräften ins Gedränge." Sie hätten daher, im Vertrauen auf die Heere der beiden deutschen Großmächte, vor allem „die Einrichtungen der Landesverteidigung in den Hintergrund treten" lassen. Nachdem nun aber der norddeutsche Bund von jedem nach seiner Volkszahl gleichviel „für die Landesverteidigung und für die großen gemeinsamen Staatszwecke forderte", so sei das für manche um so härter, „als die Steuerkraft vieler von ihnen nicht den Durchschnitt der größeren Staaten erreicht, weil ihnen die Zentren des Handels und Verkehrs fehlen. Es sind vergleichsweise arme, ackerbauende Bevölkerungen. — Es kam nun darauf an, diesen Übelständen in irgend einer Weise Abhilfe zu verschaffen. Das Radikalste und Nächstliegendste wäre allerdings ihre Einverleibung gewesen." Aber in den finanziellen Lasten wäre damit Preußen natürlich nicht um einen Groschen entlastet gewesen, da es auch aus den einverleibten Fürstentümern nicht mehr an Einkünften hätte ziehen können, als jetzt durch den Accessionsvertrag.

„Es fragt sich nun, warum wir den Weg der Einverleibung nicht unsererseits vorgezogen haben? Bei der Einführung der norddeutschen Bundesverfassung machte sich überall die Besorgnis fühlbar, die kleinen Staaten würden überhaupt die Lasten, die ihnen der Bund auferlege, nicht tragen können; es sei dies ein mittelbarer Zwang zu ihrer Mediatisierung, und das liege auch in der Absicht der preußischen Regierung. Um diesem Vorurteile, um der Besorgnis zu begegnen, die sich auch derjenigen Staaten und Souveräne bemächtigen konnte, welche vollständig entschlossen sind, das mit dem Bundesverhältnisse vereinbare Maß von Souveränität sich zu wahren — war es gewissermaßen eine Ehrenpflicht Preußens, zu zeigen, daß auch die kleineren und ärmeren Staaten mit diesem Verhältnisse bestehen können, und zugleich in gesetzgeberischen Einrichtungen die Mittel darzubieten, welche dieses Bestehen möglich

machen; und zu diesem Behufe haben wir, nach der Analogie der früheren Militärkonventionen und Justizkonventionen, durch welche die kleineren Staaten der zweiten bezw. dritten Instanz entledigt wurden, eine, ich möchte sagen, Administrativkonvention geschaffen, durch welche das naturgemäße Verhältnis, sofern nämlich ein Land zwischen 40—50000 Einwohnern in keiner dieser Beziehungen eine zweite Instanz mit Kollegien tragen kann, einigermaßen hergestellt wurde. Diese Besorgnis, daß die Bundeseinrichtungen eine Schraube sein würden, um die kleineren Souveränitäten zu zermalmen, bei unseren Bundesgenossen zu beseitigen, verpflichtete uns die Politik ebenso wie die Gerechtigkeit. Nach der Bundesverfassung haben wir ebenso, wie alle Bundesgenossen, die Souveränität der einzelnen Staaten garantiert. Es ist dies eine Kollektivgarantie, und daher reicht die Zustimmung eines einzelnen Mitgliedes nicht aus, um eine der Souveränitäten des Bundes verschwinden zu lassen," da dies eine Minderung und daher Änderung der im Art. 1 der Bundesverfassung aufgezählten Bundesglieder wäre. „Politisch bedürfen wir eines Weiteren nicht, als wir von Waldeck haben, und mehr zu erstreben nach dieser Richtung hin, als man bedarf, das hat sich, meiner Überzeugung nach, immer als ein politischer Fehler herausgestellt." Schon die Verminderung der nichtpreußischen Stimmen im Bundesrate und die Vermehrung der preußischen, die mit jeder Einverleibung verbunden wäre, bringe in das Bundesverhältnis ein Mißtrauen, das ihm bisher fremd geblieben sei. Der Referent wollte aus dem Zwitterverhältnis des Accessionsvertrages „gewissermaßen eine Vaterlandslosigkeit der Waldecker herleiten." Darauf entgegnet Bismarck unter lebhaftem Beifall: „Diesen bleibt der Ehrenname von Deutschen, und einen anderen, als einen deutschen nationalen Patriotismus zu pflegen, haben wir allerdings keine Veranlassung; es ist nicht unsere Aufgabe. Ich möchte deshalb anheimgeben, angesichts der größeren politischen Rücksichten, an der Zahl der bestehenden Souveränitäten nicht zu rühren, keine Spur von Gelüst zu zeigen, sie zu mindern."

Als Twesten hierauf aussprach: „Die Natur der Dinge drängt

dahin, daß die Existenz der kleinen Staaten unmöglich ist und immer mehr unmöglich wird", entgegnete ihm Bismarck in seiner „Eigenschaft als Bundeskanzler": „Ich muß im Namen der Bundesverfassung mich dagegen verwahren; wir haben die Existenz dieser Kleinstaaten garantiert, also ist sie möglich (Beifall u. Heiterkeit)." Die kleinlichen Klagen der Abg. Waldeck und Schulze-Delitzsch über die Lasten, welche Preußen mit diesem Vertrag übernehme, brachten aber Bismarcks Beredsamkeit vollends zur Höhe und erfüllten seine Worte mit edlem Zorn und warmer vaterländischer Begeisterung. „Ich höre gerade von dieser Seite" — der Fortschrittspartei — „dieselbe Sprache, die ich acht Jahre lang im Bundestage zu Frankfurt gehört habe", rief er, unter lebhaftem „Hört! hört!" der Versammlung. „Sobald dort von nationalen Einrichtungen die Rede, war immer das erste Wort: sie legen uns Lasten auf. Es waren die Stimmen des Partikularismus, und, m. H., verzeihen Sie mir, es ist auch hier noch die Stimme des preußischen Partikularismus (Beifall). Bringen uns denn diese Lasten nichts ein? Ich wundere mich, sie angegriffen zu sehen von derjenigen Seite, die für die Freiheit, die individuelle Freiheit, wie ich nicht zweifle, jedes Opfer zu bringen bereit ist; sollen wir denn kein Opfer bringen für unsere staatliche nationale Freiheit? In welcher Lage wären wir ohne diese Lasten? Wir müßten, sobald uns politische Gefahren drohten, um Schutz durch Bündnisse suchen, wie wir dies früher gethan haben. Diese Lasten setzen uns in den Stand, daß unsere Bündnisse gesucht werden, und daß wir im stande sind, unsere Freiheit, unsere Ehre durch eigene Kraft zu wahren, ohne um das Wohlwollen anderer Staaten zu werben (Beifall). In diesem Augenblicke geht mir zufällig eine Zuschrift zu aus Caracas in Südamerika von den dort wohnenden Deutschen, 2000 an der Zahl, die darin der freudigen Zuversicht Ausdruck geben, mit welcher sie in der neuen Bundesflagge das Symbol des Schutzes erblicken, den der große, hoffentlich bald alle deutschen Stämme umfassende Bund auch den Deutschen gewähre, welche in dem zuerst von Deutschen betretenen Tropenlande wohnen. M. H.! Ist denn diese Genug-

thuung, die seit Auferlegung dieser Lasten unsere deutschen Landsleute in allen Weltteilen und mit tiefer Bewegung empfunden, so daß man sagen möchte, der deutsche Patriotismus sei in Amerika, in Neu-Südwales u. s. w., ich will nicht sagen, lebendiger, komme aber lebhafter zum Ausdruck, als im engeren Vaterlande, gar nichts wert? (Lebhafter Beifall.) Ist Ihnen das nichts wert, m. H., zu hören, daß unsere Landsleute in so fernen Gegenden jetzt mit uns stolz auf das Vaterland blicken und mit Selbstgefühl sagen: ‚Wir sind Deutsche', während sie früher verschämt die Augen niederschlugen (Beifall). M. H.! Ich gehöre nicht zu denen, die kalt auf die Lasten blicken, die dem Dürftigen auferlegt werden. Ich habe dazu zu lange auf dem Lande gelebt, um nicht zu wissen, was es heißt, wenn der arme Steuerzahler seinen Groschen bringt, und wenn er ihn in der Zeit der Not bringt. Aber, m. H., die Unabhängigkeit, die staatliche Freiheit, die nationale Ehre geht einem Volke wie das unsere über alles; ihr bringen selbst diese Armen freudig ihr Opfer!" „Stürmischer Beifall" folgte diesen erhebenden Worten. Der Vertrag mit Waldeck wurde mit großer Mehrheit angenommen, die Resolution Bunsen verworfen.

Auf gewaltige Erfolge durfte Deutschland und Preußen, durfte vor allem auch der leitende Staatsmann zurückblicken am Schlusse dieses Jahres. Sein halbamtliches Organ, die Provinzialkorrespondenz stellte diese Erfolge am Schlusse des alten und am Beginn des neuen Jahres in eingehenden Aufsätzen zusammen. Da hatte das Zustandekommen und das Inkrafttreten der norddeutschen Bundesverfassung und das segensreiche Einvernehmen zwischen Regierung und Volksvertretung in Preußen, nach Beseitigung des alten Konfliktes, bewiesen, daß Deutschland und Preußen keineswegs, wie dessen Feinde geweissagt hatten, unter dem Eindruck eines „vorübergehenden Siegesrausches" stehe und handle. Der neuen nationalliberalen Partei zollte das halbamtliche Blatt das Lob, daß sie „auf den Gang der Verfassungs-Angelegenheit im verflossenen Jahre einen wichtigen und günstigen Einfluß geübt habe, und gewiß auch künftig, indem sie die nationale Fahne hochhält

und die wirklichen preußischen und deutschen Verhältnisse zur Grundlage ihrer Bestrebungen nimmt, sich einen bedeutenden Anteil an der Staatsentwickelung werde bewahren wollen." Auch die Aufgabe der inneren Verschmelzung der neuen Provinzen mit dem alten preußischen Staate war in diesem Jahre gelöst worden, die preußische Verfassung überall am 1. Oktober in Kraft getreten, jeder Ausnahmezustand aufgehoben. „Das neue vergrößerte Preußen, welches dem Jahre 1866 seine Entstehung verdankt, steht am Schlusse des Jahres 1867 in jeder Beziehung fest gefügt und in voller Entwickelung da. Seine höchste Kraft und Bedeutung aber findet das verjüngte Preußen im Zusammenhange mit dem verjüngten Deutschland." Dieses verjüngte Deutschland seinerseits aber hatte schon in dem halben Jahre seit dem Inkrafttreten der Bundesverfassung „eine Reihe der wichtigsten Reichstagsgesetze zur Hebung von Handel und Verkehr festgestellt und nach allen Seiten die festen Grundlagen für eine ersprießliche Bundesverwaltung geschaffen. Die gemeinsame Heeresmacht des norddeutschen Bundes war auf dem bewährten Grunde der preußischen Heereseinrichtungen sicher und achtunggebietend errichtet." Ja, auch die völkerrechtliche Vertretung des norddeutschen Bundes bei den fremden Mächten, war noch vor Ausgang des Jahres, gemäß den Ankündigungen Bismarcks im Abgeordnetenhause, geordnet. Die preußischen Botschafter und Gesandten in London, Paris, Petersburg, Wien, Florenz, Kopenhagen u. s. w. hatten sämtlich im Dezember den betreffenden Höfen ihre neuen Beglaubigungsschreiben übergeben, nach welchen sie zugleich als Gesandte des norddeutschen Bundes angestellt seien. Die fremden Höfe hatten dabei ihre friedlichen und freundschaftlichen Gesinnungen kundgegeben. Doch auch „die Scheidung, die am Ende des vorigen Jahres zwischen Nord- und Süddeutschland zu bestehen schien, war thatsächlich und im Geiste des deutschen Volkes bereits überwunden." Die Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten hatte zur begeisterten Freude aller guten Deutschen bewiesen, „daß für die Verteidigung der nationalen Güter und der deutschen Unabhängigkeit ganz Deutschland unter

der Führung Preußens durch ein festeres und wirksameres Band umschlungen ist, als es der frühere Bund jemals gewährt hatte. Wenige Monate später war durch die Erneuerung des Zollvereins auf der Grundlage einer nationalen Gesamtvertretung dem deutschen Volke die Zuversicht gewährt worden, daß eine innige Lebensgemeinschaft zwischen Norden und Süden nicht bloß zu Schutz und Trutz, sondern auch für die Pflege friedlichen Gedeihens gesichert ist. Das deutsche Volk in allen seinen Stämmen und Schichten fühlt und weiß jetzt, daß es ein geeinigtes und mächtiges Volk ist, wie nie zuvor — in diesem Bewußtsein wird es auch innerlich vollends immer einiger und für seine nationale Größe begeisterter."

Das Jahr 1868 sollte diese Worte durchaus in Erfüllung bringen. Ein süddeutscher Abgeordneter, Dr. Völk, rief am 18. Mai im deutschen Zollparlament: „Jetzt ist es Frühling geworden in Deutschland!"

Im neuen Jahre nahm Bismarck am 1. Februar im Abgeordnetenhause zum ersten Male wieder das Wort. Es handelte sich damals um die „Abfindungsverträge", welche Preußen am 18. bezw. 29. September 1867 mit den Depossedierten, dem Herzog von Nassau und dem König von Hannover, geschlossen hatte. Jener hatte fast 9 Millionen, dieser 16 Millionen Thaler zur Bestreitung seiner Lebensbedürfnisse von Preußen zugesagt erhalten. Die Regierung gedachte diese Summen auf die vom Landtag am 28. September 1866 bewilligte Anleihe von 60 Millionen Thaler zu verrechnen. Darüber war es, wie früher berichtet worden, zwischen Twesten, der Bismarck „Vertrauensbruch" vorwarf, und letzterem in der Budgetkommission zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Aber nach befriedigender Erledigung dieses Vorfalles und weiteren Erläuterungen Bismarcks in der Kommission, hatte diese die Genehmigung des Abgeordnetenhauses zu beiden Verträgen beantragt, mit einem Vorbehalte, welcher kurzer Erläuterung bedarf. Die preußische Regierung hatte nämlich, wie Bismarck schon am 10. Dezember in der Kommission erklärt hatte, „nicht die Absicht, die freie Verfügung über das Abfindungskapital dem König Georg ein-

zuräumen, da eine solche möglicherweise sowohl die preußischen Interessen, als auch die der beteiligten Agnaten gefährden könnte, es sei vielmehr die bestimmte Absicht, die Mitwirkung der preußischen Regierung bei der Verwaltung des Kapitals zu sichern." Wie das geschehen solle, war zwischen den Vertragschließenden nicht zum Austrag zu bringen gewesen und deshalb im § 4 des Vertrages „die definitive Vereinbarung über diesen Punkt noch vorbehalten" worden. Die Kommission beantragte daher, daß auch „zu den nach § 4 des Vertrages mit dem König Georg vom 29. September 1867 vorgesehenen besonderen Anordnungen und definitiven Vereinbarungen" die Zustimmung der Landesvertretung eingeholt werden müsse. Bismarck war mit diesem Antrage ganz einverstanden.

Die Gründe, welche die preußische Regierung bewogen, so vorsichtig gegenüber dem König Georg zu verfahren, und diesem jedenfalls nur die Zinsen der Abfindungssumme auszuzahlen, sind hier zum Verständnis des Folgenden einzuschalten.*) Schon als die Luxemburger Frage einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich in Aussicht stellte, ließ König Georg in Hannover Werbungen zu einer „Welfenlegion" veranstalten, teilweise unter Verleitung preußischer Soldaten zur Desertion, und diese Legion in Holland sammeln, von wo aus sie im Anschlusse an die Franzosen gegen ihr Vaterland marschieren sollte. Nach der friedlichen Lösung der luxemburgischen Frage begab sich die ganze Schar von Holland nach der Schweiz, verblieb hier in fester militärischer Einteilung, erhielt ihren Unterhalt aus den Mitteln des Königs Georg, wurde aber der schweizer Bevölkerung durch ihr müssiges Umhertreiben und ihren Übermut lästig. Um die zwangsweise Abschiebung zu vermeiden, begaben sich die künftigen Eroberer Hannovers in der für Preußen fürchterlichen Zahl von höchstens 1400 Mann, wovon etwa 500 mit österreichischen Pässen versehen, nach Straßburg im Elsaß, also dicht an die deutsche Grenze, und sollen hier anfänglich von den französischen Behörden mit auffallender Zuvorkommenheit

*) Enthüllungen der Provinzial-Korrespondenz vom 19. Februar 1868.

empfangen worden sein. Bismarck richtete natürlich sofort kräftige Vorstellungen gegen die völkerrechtswidrige Begünstigung dieser Umtriebe nach Wien und Paris und erreichte in Wien die Feststellung der Thatsache, daß die 500 österreichischen Pässe den Hannoveranern auf Verlangen eines Beauftragten des Hietzinger Welfenhofes von der Wiener Polizeidirektion ohne Erlaubnis der Regierung erteilt und nach der Schweiz zugeschickt worden seien. Das habe Anlaß zu einer sehr ernsten Rüge gegeben. Immerhin blieb der Vorgang mit Rücksicht auf die große Anzahl der Pässe, die politische Bedeutung der Sache und die geringe Strafe der Schuldigen höchst auffallend. Die französische Regierung dagegen trennte die Offiziere von den Mannschaften und entfernte die Schar von der deutschen Grenze.

Am 1. Februar aber, als der Abfindungsvertrag mit dem Welfenkönig im preußischen Abgeordnetenhause zur Sprache kam, befand sich die Legion noch in Straßburg und rührte dort die Werbetrommel. Auch waren damals ihre Ruhmesthaten seit der ersten Versammlung auf holländischem Boden schon bekannt. Daß man also in Abgeordnetenkreisen den Welfen mit tiefem Mißtrauen betrachtete und deshalb die ihm zugedachte Abfindung in Preußens Hand belassen wollte, war erklärlich und harmonierte mit den Ansichten der Regierung. Aber die Abgeordneten der Fortschrittspartei gingen viel weiter. Die Abg. Ziegler und Schulze verwahrten sich lebhaft gegen jede Zuwendung, auch von Zinsen, an den blinden König und riefen entrüstet: Bismarck werfe das Geld preußischer Steuerzahler zum Fenster hinaus. Der Ministerpräsident blieb ihnen die Antwort nicht schuldig. Er erinnerte sie an die Jahre, „wo ebenfalls die auswärtige Politik der Regierung in diesem Hause keiner Seite recht war, wo sie angegriffen wurde von allen Seiten. Wir standen vollständig isoliert; jedermann wußte besser, was wir zu thun hätten, als wir selbst; jeder war bereit, uns zu belehren, uns zu tadeln. Wenn ich die Herren von dieser Seite (links), zum Teil persönlich dieselben, die ich mir im Jahre 1863 und 1864 gegenüber sah — reden höre, so sollte man glauben, diese Herren

hätten Hannover erobert, sie hätten, was noch schwieriger war, Europa mit dieser Erwerbung versöhnt, und wir wären es jetzt, die wir uns in dies Geschäft eindrängten, indem wir in einer ziemlich ruchlosen Weise die Gelder des Staates zum Fenster hinauswürfen (Beifall und Heiterkeit rechts)." Wenn man, wie der Abg. Ziegler empfohlen hatte, überwundene Fürsten nach Römerart behandeln wolle — sie an einem Haken zum Fenster hinausziehen und dem Volke zeigen, während der Triumphator auf das Kapitol hinaufstieg — „dann glaube ich, daß die Zahl der in Straßburg eingetroffenen Hannoveraner mit Recht eine stärkere sein würde, als sie es gegenwärtig ist." Von allen Abfindungsarten, die nach Königgrätz und Nikolsburg in Frage kamen, sei die gegenwärtige die für Preußen vorteilhafteste und billigste. Außerdem habe das durch die Einverleibung Hannovers an Preußen gekommene Aktivvermögen des Welfenstaates einen Kapitalwert von 250—300 Millionen, so daß die Abfindung an König Georg Preußen keineswegs „schwere, neue Lasten zu Gunsten Hannovers auferlege." Vor allem aber sei „die Wirkung dieses Abkommens auf die Versöhnung der Gemüter nicht zu unterschätzen." Selbst 10 Millionen mehr seien, wenn dieser Zweck erreicht werde, nicht zuviel. „Es ist ja möglich," fuhr Bismarck fort, „daß wir, nachdem wir 1866 in Bezug auf unsere Einsicht vielleicht über Gebühr gerühmt wurden, jetzt plötzlich von einer geistigen Verblendung befallen und bornierte Verschwender geworden sind, die nicht wissen, was sie thun, die die Schätze des Landes mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen. Aber ich frage Sie, sieht der Herr Finanzminister (v. d. Heydt) so aus wie Einer von dieser Gattung? (Große Heiterkeit.) Ich meine, daß auch ich schon öffentliche Beweise davon gegeben habe, wie ich mich in schwierigeren Geschäften, als dieses ist, daß ich mich nie in dem Maße habe fortreißen lassen, die Berechnungen, das Augenmaß, vollständig verloren hätte. Ist es Ihnen aber mit der Mißbilligung Ernst, dann bitte ich Sie dringend, haben Sie auch den Mut Ihrer Meinung, verwerfen Sie die Sache einfach. Sie werden die Regierung konstitutioneller finden, als Sie vielleicht voraussetzen." Dem Grafen

Bismarck und den übrigen Ministern könne man dann die Fortführung der Geschäfte, nach Verwerfung eines Vertrages, der ihre und des Königs Unterschrift gefunden habe, nicht mehr zumuten, und sechs Monate zu spät würden die Nachfolger vielleicht an den hier nicht mitteilbaren letzten Gründen des Abschlusses erkennen, wie notwendig dieser Vertrag gewesen wäre. Diese Erklärung machte natürlich den tiefsten Eindruck auf die Versammlung, zumal da Bismarck sich gegen verschiedene Redner später nachdrücklich verwahrte, als könne er seine Entlassung jemals „zu einer Komödie fordern, sondern wenn ich sie fordere, will ich auch, bevor ich etwa wieder eintrete, erst sehen, wie es andere an meiner Stelle machen." Danach wurde das Abfindungsgesetz in namentlicher Abstimmung mit 254 gegen 113 Stimmen angenommen und vom Herrenhause am 18. Februar bestätigt.

Zu einer lebhaften Erörterung zwischen Bismarck und der konservativen Partei aber und einer lange nachwirkenden Verstimmung zwischen beiden führten die letzten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses, an denen Bismarck während dieser Session teilnahm, nämlich die über den hannover'schen Provinzialfonds. Der hannover'sche Provinziallandtag, der durch königliche Verordnung vom 22. August 1867 ins Leben gerufen worden war, hatte einmütig beschlossen: „bei der kgl. Staatsregierung darum nachzusuchen, daß das Vermögen der sogen. Domanialablösungs- und Veräußerungsfonds des ehemaligen Königreichs Hannover in dem jetzigen Bestande dieser Fonds dem provinzialständischen Verbande der Provinz Hannover als ein demselben gehörendes und von ihm zu verwaltendes Vermögen" — für die in einem Vertrag vom 25. September 1867 näher bezeichneten Zwecke — „überwiesen werde". Es handelte sich dabei um Bedürfnisse der Provinz, die naturgemäß am besten aus diesem Fonds und von Verwaltern, die mit den mehr lokalen Verhältnissen genau vertraut waren, bestritten wurden: die Kosten des Provinziallandtags und der einzelnen Landschaften der Provinz; die Unterhaltung und Ergänzung von Landesbibliotheken; Leistung von Zuschüssen für öffentliche Sammlungen

der Kunst und Wissenschaft; Unterhaltung und Unterstützung der Irrenanstalten, milden Stiftungen, der Blindenanstalt, der Taubstummen-, Rettungs-, Idioten- und Landarmenanstalten, sowie des jüdischen Schulwesens der Provinz; die Bestreitung der Kosten und Unterstützung für den chausseemäßigen Ausbau von Landstraßen und der Instandsetzung von Gemeindewegen; endlich Bildung eines Fonds für Zuschüsse zu Landesmeliorationen.

Bismarck war nach Anhörung dieses Vortrages sofort entschlossen, den Wünschen der Hannoveraner zu entsprechen. Denn erstens hatte das Verlangen schon einen Vorgang in Kurhessen. „Die fanatische Liebe der Kurhessen zu ihrem Staatsschatz"*) war an das erwünschte Ziel gelangt, zu einer unlöslichen Verbindung zwischen Schatz und Land. Die Hannoveraner konnte man nicht gut schlechter behandeln, zumal da ein großer Teil der Lasten, die Hannover aus den beiden Fonds tilgen wollte, sonst der allgemeinen preußischen Staatskasse zugefallen wäre. Außerdem aber entsprach der Grundsatz der „Dezentralisation", der Selbstregierung und Selbstverwaltung der Provinzen, durchaus Bismarcks Anschauungen. Er hatte seit Jahren in Preußen vergeblich dessen Anbahnung erstrebt und war entschlossen, diesen Grundsatz nun auch auf die altpreußischen Provinzen anzuwenden. Mit alledem zeigte sich das preußische Gesamtministerium, „nach einigen Kämpfen und Schwierigkeiten der verschiedenen Bureaus, die das Gewohnte vertraten," einverstanden, und hocherfreut hierüber berichtete Bismarck nun an den König, der sich damals auf der Insel Mainau im Bodensee aufhielt, mit dem Antrage, zu gestatten, daß der Oberpräsident von Hannover, Graf Stolberg, dem dortigen Provinziallandtage die Erfüllung der geäußerten Wünsche amtlich zusage. König Wilhelm genehmigte

*) Die folgende Darstellung ist den stenographischen Berichten des Abgeordnetenhauses über die Verhandlungen vom 4. bis 6. Februar 1868 und den später zu erwähnenden vertraulichen Briefen in Roons Denkwürdigkeiten entnommen. Auch Sybel, a. a. O. Bd. VI, S. 292 fg. bestätigt nur die im Text, bereits vor dem Erscheinen seines Werkes, niedergeschriebene Darstellung.

das und demgemäß wurde in Hannover verfahren. Zugleich wurde im preußischen Landtage am 6. Dezember 1867 ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Verwendung und Verwaltung der beiden Fonds mit einem jährlichen Zinsenertrage von 550 000 Thalern dem provinzialständischen Verbande von Hannover zu den früher aufgezählten Zwecken überwies.

Die Gründe, welche für Annahme des Gesetzes sprachen, machte Bismarck schon in der Budgetkommission am 18. und 19. Dezember geltend. Hier gewahrte er aber erstaunt, daß seine ältesten politischen Freunde, die Konservativen, dem Entwurfe feindlich gegenübertraten, während die Mehrheit ihm beistimmte und am 20. dessen Annahme beim Abgeordnetenhause mit unbedeutenden Modifikationen beantragte. Die Verhetzung der Konservativen gegen Bismarck war aller Wahrscheinlichkeit nach das Werk des intriguanten früheren Ministers v. Bodelschwingh, der den Parteigenossen vorstellte: Bismarck gerate ganz und gar in den liberalen Strudel; bei der Frage des allgemeinen Wahlrechts und des Indemnitätsgesetzes hätten die Konservativen schon „ungeheure Opfer“ gebracht, ohne jede konservative Gegenleistung der Regierung; nun drohe Bismarck gar mit Ausführung des liberalen Lieblingswunsches, der Selbstverwaltung der Provinzen, mit der „liberalen Kreisordnung“, und damit drohe die Beseitigung der lokalen konservativen Einflüsse und Stützpunkte; endlich behandle Bismarck die alten politischen Freunde überhaupt schlecht und geringschätzig, während er den Nationalliberalen den Hof mache. Unglücklicherweise war der Minister des Innern, Graf Eulenburg, weder besonders gewillt, noch auch angesehen genug, um in dieser Sache bei den Konservativen zu vermitteln. Die natürlichen Vermittler, Roon und v. Blanckenburg, waren abwesend. So brach denn die stark angeschwollene Erbitterung während der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in den Tagen vom 4. bis 6. Februar 1868 durch alle Dämme und hinterließ ein trauriges Bild der Verwüstung alt angebauter und sorgfältig gepflegter guter Beziehungen. Die konservative Opposition führte an den drei Kampftagen vor allem der ehemalige Altliberale Georg v. Vincke, und

zwar entwickelte derselbe eine mit jedem Tag steigende Leidenschaft, ja persönliche Gehässigkeit gegen den Bundeskanzler.

Verhältnismäßig ruhig verliefen noch die Debatten am ersten Tage der Verhandlung, am 4. Februar. Denn hier stellten die Redner der Opposition (v. Vincke, Reichensperger, Stavenhagen) der Vorlage nur juristische Bedenken entgegen, deren Widerlegung Bismarck aus höheren politischen Erwägungen nicht schwer fiel. Eingehend entwickelte er die Gründe, denen die Regierung bei Bildung des hannöver'schen Provinzialfonds gefolgt sei. Indessen gab es schon an diesem Tage einige scharfe Worte auf scharfe Angriffe Vinckes. So entgegnete Bismarck auf Vinckes Zweifel, daß er es mit Zahlen, „mit Angaben en bloc vielleicht nicht so ganz genau nehme, wie man ja wohl in diesem Hause eine rhetorische Berechtigung hat, von der, glaube ich, andere mehr Gebrauch machen wie ich (Heiterkeit)": seine (Bismarcks) Angaben gründeten sich durchaus auf amtliche Aktenstücke, nämlich auf das letzte hannover'sche Staatsbudget für 1865/1866 u. s. w. Und Vinckes Einwand, Hannover werde durch diese Vorlage ungebührlich begünstigt, denn es habe diese Fonds nur aufsparen können, weil es sich bezüglich der Landesverteidigung auf die faule Seite gelegt habe, widerlegte Bismarck mit den bedeutsamen Worten, die das Haus in tiefer Bewegung anhörte: „Ja, m. H., eine schlechte Anstalt für die Landesverteidigung straft sich in sich selbst; dafür, daß Hannover diese vernachlässigte, hat es seine Unabhängigkeit verloren, und so wird es jedem Staate ergehen, der sie vernachlässigt! Das ist damit bezahlt." Vincke hatte ferner bezweifelt, daß Preußen nach 1815 den damals neu erworbenen Provinzen ähnliche Vorteile zugewendet habe. Bismarck bewies das Gegenteil an einer Fülle geschichtlicher Thatsachen und schilderte, unter großer Heiterkeit des Hauses, wie namentlich die Heimatprovinz Vinckes, Westfalen, und die Rheinprovinzen jahrzehntelang nach 1815 bevorzugt worden seien. „Wir in den alten Provinzen haben immer den Eindruck gehabt, als wären dies die verzogenen Schooßkinder der Regierung gewesen, die auf unsere Kosten ausgezeichnet und belohnt wurden

— und das hat gute Früchte getragen; denn diese Rheinprovinzen, die zu der Zeit, wo ich sie zuerst kennen lernte, zu Anfang der dreißiger Jahre, nicht gerade immer ein sehr viel stärkeres Wohlwollen für uns hatten, als viele hannover'sche Partikularisten, sind seitdem durch konsequent fortgesetzte gute Behandlung ebenso gute Preußen geworden (Große Heiterkeit), wie nur irgend in einer der alten Provinzen gefunden werden." Die Bemerkung Vinckes endlich: „Die Vaterlandsliebe läßt sich nicht mit Geld erkaufen" fertigte Bismarck mit den glänzenden Worten ab: „Wir wollen die Provinz Hannover nicht bestechen, ihren Patriotismus und ihre Anhänglichkeit an das neue Gemeinwesen nicht erkaufen. Wir wollen nicht guten Willen kaufen, sondern wir wollen Vertrauen zeigen und Vertrauen erwecken; wir wollen das wieder gut machen, was zornige Reden an dieser Stelle vielleicht verderben. Die Regierung hält an der Vorlage, die sie nicht nur dem Lande Hannover für nützlich, sondern auch im Interesse der gesamten preußischen Politik für nützlich und notwendig hielt, nach wie vor fest, selbst wenn sämtliche hannover'sche Abgeordneten*) wie ein Mann so stimmen würden, als ob sie in der preußischen Residenz gewählt worden wären (Große Heiterkeit)."**)

In der Debatte vom 5. Februar nahm Bismarck zunächst das Wort nach einer Rede des Abg. v. Kardorff, der seiner Freude Ausdruck gab über die Entschiedenheit, mit welcher der Ministerpräsident den wohlbegründeten Anspruch der Nation auf Dezentralisation und Selbstverwaltung anerkannt habe. Er erwiderte demselben: „Darüber ist das Ministerium in sich einig, daß ein Zustand so bald als möglich aufhören müsse, in welchem über jeden Zaun, über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen wird, und daß schließlich die beiden äußersten Pole, die Bezirksgendarmen und die geheimrätlichen Kreise des Ministeriums die eigentlich Entscheidenden in jeder einzelnen Sache sind (Heiterkeit). Diese Aufgabe verstehen wir unter Dezentralisa-

*) Herr v. Vincke war in Minden gewählt.

**) d. h. der Opposition der Fortschrittspartei angehörten.

tion. Wie wir sie verwirklichen können und werden, wollen wir mit Ihnen gern beraten, und keinem Wunsche, keiner Belehrung unzugänglich sein."

Obwohl Bismarck in diesen Worten auf das deutlichste aussprach, daß er jedem Abgeordneten — und selbstverständlich am liebsten seinen alten politischen Gesinnungsgenossen — das Ohr zu leihen bereit sei, und obwohl er damit der konservativen Opposition goldene Brücken schlug zur Verständigung mit ihm und zum Rückzug aus ihrer bedenklichen Stellung, so genügte doch eine einzige und obendrein recht maßvolle Mahnung, die Bismarck nun an die Konservativen richtete, um diese in heftiger Leidenschaft gegen den Minister in den Kampf zu führen. Vincke hatte — wie Bismarck erst aus den Zeitungen ersehen — am Vortage von seinem Standpunkt eines zähen altpreußischen Partikularismus aus die Opposition der Konservativen gegen die Vorlage hauptsächlich mit der Stimmung der Wähler in den östlichen Provinzen rechtfertigen zu sollen geglaubt. Bismarck entgegnete darauf: „Die Zusage der Regierung an die Provinzialstände Hannovers war eine durchaus öffentliche und allseitig bekannte, ehe die Wahlen stattfanden," und kein einziger konservativer Abgeordneter sei unter der Bedingung und dem Versprechen gewählt worden, gegen diese Vorlage zu stimmen. „Vielmehr haben die Kandidaten der in Rede stehenden Partei bei der Bewerbung um ihr Mandat lediglich versprochen die Unterstützung der Regierung, namentlich in allen Fragen, auf welche die Regierung Gewicht legt." Darunter sei natürlich nicht etwa eine blinde Gefolgschaft zu verstehen, welche der Regierung die Leitung der Partei auch dann überlasse, wenn jene die Verleugnung großer politischer Grundsätze fordere; „aber es wird doch immer soviel heißen, daß in Anbetracht einer bedeutenden politischen Maßregel der Regierung, die vor den Wahlen öffentlich bekannt gewesen ist, die Zusage der Unterstützung der Regierung die Unterstützung dieser Maßregel mit einschließt, und daß wir ein Recht zu haben glauben, in dieser Frage auf die Unterstützung der konservativen Partei, als derjenigen Partei, deren Grundlage vorzugsweise das Vertrauen

zur jetzigen Regierung gewesen ist, ganz unbedingt zu zählen. Eine konstitutionelle Regierung ist nicht möglich, wenn die Regierung nicht auf eine der größeren Parteien mit voller Sicherheit zählen kann."

Der Abg. v. Diest (Daber) beharrte jedoch dabei, daß in den alten Provinzen thatsächlich eine große Verstimmung an den Tag trete. Die konservative Partei sei bereit, wo sie irgend könne, der Regierung jedes erdenkliche Opfer zu bringen, sie zu stützen und zu heben mit der ganzen Kraft freier Männer. In dieser Frage aber gebiete den Konservativen das Gewissen, der Regierung nicht zuzustimmen. Bismarck entgegnete: Er gehöre indirekt zu den Urwählern des Abgeordneten und kenne dessen Wahlkreis vielleicht genauer als Herr v. Diest selbst; „ich glaube, daß man mir dort allseitig, wenigstens von Seiten derer, die für den Herrn Vorredner als Abgeordneten gestimmt haben, beipflichten wird, wenn ich behaupte, das Heben und Stützen kann mir nichts helfen, wenn es nicht in der Gesamtheit der Politik geschieht. Ich kann mich nicht partiell heben und stützen lassen, sonst komme ich aus dem Gleichgewicht (Sehr gut!). Die Regierung muß so gehoben und gestützt werden, wie sie in der Gesamtheit vorhanden ist; und wenn der Herr Vorredner sich vor bösen Worten der Wähler in seinem Kreise fürchtet, so empfehle ich ihm nur das Rezept, zu sagen, er habe mit mir gestimmt, und ich bin sicher, man wird ihm verzeihen! (Beifall)."

In Abwesenheit Bismarcks begründete am folgenden Tage, den 6. Februar, der Abg. v. Brauchitsch — der bald nachher Roons Schwiegersohn wurde — die ablehnende Haltung der Konservativen. Nun erst kam ein Teil der oben mitgeteilten tieferen Gründe des Zerwürfnisses zum Vorschein. Bismarck erwiderte, auf Grund dessen, was er von dem Finanzminister v. d. Heydt über den Inhalt der Rede gehört hatte: Wenn eine Sache für die Regierung vor den Wahlen schon ein fait accompli oder doch nicht mehr res integra war, „da habe ich, so lange ich auf jenen Bänken der konservativen Partei saß, niemals der Regierung Verlegenheiten bereitet. Fast für jede Sache lassen sich zwei, drei Wege einschlagen. Welcher der richtige, welcher der fehlerhafte ist, entscheidet

die Zukunft, vielleicht wenn wir alle nicht mehr leben; aber der Weg, auf dem eine Regierung zu Grunde geht, ist der, wenn sie bald dies, bald jenes thut, wenn sie heute etwas zusagt, und dies morgen nicht mehr befolgt. Eine Regierung darf nicht schwanken; hat sie ihren Weg gewählt, so muß sie, ohne nach rechts oder links zu sehen, vorwärts gehen; kommt sie ins Schwanken, so wird sie schwach, und darunter leidet das ganze Staatswesen. Der Herr Abgeordnete hat, wie ich höre, davon gesprochen, wozu die Herren gewählt worden. Ich kann das nicht untersuchen, ich kann nicht in die Seele der Wähler sehen. Aber hätten wir diese konservative Mehrheit heute hier, an Stelle der konservativen Minderheit vor zwei Jahren, wenn diese Regierung nicht am Ruder gestanden hätte? Wie viele von Ihnen wären dann gewählt? Wenn die Regierung gesagt hätte: diese wünschen wir nicht, der und der geht uns zuweit rechts, der ist uns zu konservativ — hätten wir das erklärt, wo wäre die Mehrheit? (Ruf: Sehr wahr!)." Sehr neugierig sei er, fuhr Bismarck fort, was denn die konservative Partei, wie der Vorredner behaupte, der Regierung „geopfert" habe. Doch nur allenfalls das Dreiklassenwahlsystem dem allgemeinen Stimmrecht, aber noch niemand habe das erstere in seinen Konsequenzen „als ein konservatives Wahlsystem hinzustellen gesucht. Und hätte sie dem Ministerium Opfer gebracht — ich will nicht von Opfern sprechen, die das Ministerium gebracht hat, denn wir sind sie dem Lande schuldig; aber, m. H., dafür zeigen wir Ihnen die neuen Provinzen auf, das konsolidierte Königtum, das vereinigte Deutschland; wenn Sie dennoch mit uns abrechnen wollen, so werden Sie uns stark im Kredit finden (Lebhafter Beifall). Wir können hier das Staatsgebilde nicht vom Parteistandpunkte betrachten. Wollen wir konstitutionell regieren, so bedürfen wir einer Mehrheit; verweigern die Herren, die vorzugsweise gewählt sind, mit der Regierung zu gehen, uns ihre Stimmen, so müssen wir eine andere Mehrheit zu finden suchen. Ich kann nicht erwarten, Sie (rechts) verlangen von uns, daß wir uns zum Organ einer einzelnen Fraktion, einer einzelnen Partei machen, um es da=

rauf ankommen zu lassen, ob die ganze für das Land bedrohliche Situation des Konfliktes sich in dieser schwierigen Zeit erneuern soll oder nicht. Daß ich den Konflikt nicht fürchte — m. H., ich habe ihm ehrlich die Stirn gezeigt drei Jahre hindurch, aber ihn zu einer permanenten, nationalen Einrichtung zu machen, ist nicht meine Absicht! (Beifall)."

In maßloser Heftigkeit brauste nun Vincke auf und häufte in einer langen Rede persönliche Angriffe gegen Bismarck. Den höchst unerquicklichen Eindruck der Scene wird uns ein konservativer Abgeordneter alsbald schildern. In vornehmer Ruhe erwiderte ihm Bismarck: Vincke habe „sehr viel auf die Tribüne gebracht, was sich zu privater Besprechung zwischen ihm und mir, bei der langen Bekanntschaft, die zwischen uns besteht, sehr wohl geeignet hätte, was mir aber auf die Tribüne nicht hinzugehören schien (Beifall)." Ebenso ruhig antwortete Bismarck dem Abg. v. Brauchitsch auf dessen Beteuerung, er habe den Minister nicht persönlich angegriffen: „Ich habe auch diese Absicht bei dem Herrn Vorredner nie vermutet. Selbst wenn es der Fall wäre, so glaube ich, habe ich heute das Beispiel gegeben, daß ich auf sehr viel weitergehende und sehr viel unberechtigtere persönliche Angriffe und Insinuationen nach einer dreitägigen Debatte doch nicht antwortete (Lebhafter Beifall)."

Am folgenden Tage nahm das Abgeordnetenhaus die Vorlage in der Fassung Kanngießers mit 200 gegen 168 Stimmen an. Aber mit der Minderheit stimmte die starke Hälfte der Konservativen. Am 18. Februar genehmigte das Herrenhaus den Entwurf nach den Beschlüssen der zweiten Kammer, und am 29. Februar schloß der König die Sitzungen des Landtags.

Bismarck aber hatte schon am 6., voll Unmut über das Verhalten der konservativen Gesinnungsgenossen, Urlaub auf unbestimmte Zeit gefordert und erhalten. In vertraulichen Briefen an Roon*) werden uns höchst lebendige und — unfreiwillig — ergötzliche Schilderungen von diesem wenig glücklichen ersten Feldzuge der Konser-

---

*) Denkwürdigkeiten II, 368—382.

vativen gegen Bismarck und von dem Eindruck der erlittenen Niederlage entworfen. Ein von dem Herausgeber der Roon'schen Denkwürdigkeiten nicht genannter Briefschreiber, der aber als Augen- und Ohrenzeuge der Kammerverhandlungen und nach dem traulichen „Du" seiner Anrede an Roon wohl nicht weit von dessen Schwiegersohn, dem Abg. v. Brauchitsch, zu suchen ist, beginnt am 7. Februar diese Berichte. „Hinter den Koulissen ist viel passiert, was nur innig bedauert werden kann, und was sicherlich nicht geschehen wäre oder doch nicht so schroffe Gegensätze verursacht haben würde, wenn Du oder Blanckenburg hier und Herrn v. Bismarck zur Seite gewesen wärest," heißt es da, nachdem der Ausgang der Abstimmung erzählt ist. Der Briefschreiber mißt Bodelschwingh und Bismarck die Schuld an dem Zerwürfnisse bei, letzterem, weil er „die Partei, welche ihm so unbegrenzt (?) ergeben ist, und mit der er, wenn er sie nur halb so gut behandeln wollte wie die Nationalliberalen, alles machen könnte, mit unbegreiflicher Schroffheit zu behandeln fortfuhr — so daß er die armen Leute, welche gar nicht mehr aus- und einwußten, denen es an Führung, aber nicht an Zuflüsterungen aller Art fehlte, förmlich zur Opposition zwang (?)." Das Auftreten des Herrn v. Vincke am Vortage bezeichnet auch dieser Berichterstatter als ein „rücksichtsloses". „Infolge seiner Maßlosigkeit und Indiskretion hatte er es schließlich doch mit allen verdorben. So endigte die Debatte in der unerquicklichsten Art mit einer großen Verstimmung auf allen Seiten, nur — die Liberalen und besonders die Radikalen lachten sich ins Fäustchen. Die Fortsetzung der Tragödie ist dann auf dem gestrigen großen Balle im Schlosse erfolgt, wo der König Herrn v. Vincke, Diest, Bodelschwingh und andere Konservative auf das heftigste angelassen hat: ‚Ihm hätten sie es ganz allein zu danken, wenn Bismarck, zum Heil des Landes, sich noch einmal dazu verstanden hätte, auf seinem Posten zu bleiben.' — ‚Die konservative Partei wolle allein den Staat regieren', aber das ginge nicht, u. s. w.*)" Bismarck

*) Der Bericht über den Hofball von II, 370 und 372 ist hier zusammengezogen.

habe Urlaub auf unbestimmte Zeit genommen: „er geht also fort — und wird wiederkommen, hoffentlich nachdem er auch seine Fehler, wenigstens sich, zugegeben hat. Es macht seit einiger Zeit den Eindruck, als könne er nirgends und von keiner Seite mehr Widerspruch ertragen. Der mächtige Mann ist seit etwa einem Jahre auch wohl sehr herrisch geworden, die große Last der Arbeit und des Erfolges, die auf ihm ruhen, mögen dies zum Teil erklärlich machen, aber bedauerlich bleibt es um seinet- und der Sache willen."

Bismarcks Jugendfreund und Roons Neffe Moriz v. Blanckenburg auf Zimmerhausen wog die Schuld an dem Zerwürfnis gleichmäßiger ab. Denn am 16. Februar schrieb er aus Zimmerhausen an Roon: „Die Spannung scheint gewaltig gewesen zu sein. Below schrieb mir gleich am Tage der Abstimmung sehr aufgeregt über Ottos (Bismarcks) Herrschsucht, die seit Deinem Abgange unerträglich geworden sei, gar keinen Widerspruch duldend. Eine Menge Landräte lassen sich noch jetzt nicht ausreden, daß alles blinder Lärm sei, daß der „große Sarastro" diese liberale Flöte nur wegen Zollparlament spiele und heimlich sich freue, daß die konservative Opposition ihm seine Stellung Deutschland gegenüber erleichtere!! —? Mir scheint, daß beide Teile verhängnisvolle Fehler gemacht haben. Die Konservativen haben sich durch Bodelschwingh einfangen lassen, in solche Rage gesprochen und fraktioniert, daß kein Bitten mehr half. Der Lange (Bismarck) hat anfangs viele sehr verletzt und zur unrechten Zeit bei Seite stehen lassen, mit den Nationalliberalen kokettierend. Das böse Blut ist dadurch immer höher gestiegen und hat zuletzt alles schwindlig gemacht. Ich bin in großer Sorge, daß noch mehr Übereilungen geschehen. Mit einer wirklich liberalen Mehrheit kann Bismarck noch viel weniger Deutschland regieren — das nimmt ein trauriges Ende. Neue Partei bilden! Ja, wo ist die?" — „Die einfachste, m. E. richtigste Auffassung hat Berge-Peschеln, ich schicke Dir deshalb seine Briefe", hatte Moritz v. Blanckenburg am Anfang geschrieben.

In der That ist das Urteil dieses konservativen Abgeordneten das zutreffendste. Er hatte von Anfang an in der streitigen Frage

auf Bismarcks Seite gestanden und erörtert sie dem Freunde Blanckenburg mit den guten Gründen der Regierung. „Dennoch dieser äußerste Widerstand der Konservativen und Vinckes. Was ist das doch für ein Jammer, die Liberalen nun auf Bismarcks Seite — wie gerne möchte ich heraus! Der ganze biedere Junker macht mit Enthusiasmus die Attacke Bodelschwingh contra Bismarck mit, welche mit einem wahrhaft empörenden Ausfall von Vincke, wie ein Theatercoup mit einem Knalleffekt endet, so daß Bismarck auf Urlaub geht, die konservative Partei aber nach meiner Empfindung auf dem Rücken liegt, mit den Beinen nach oben, in ihrer Mehrzahl ohne zu wissen, was sie will, und ohne zu können, was sie soll! — —“

Bismarck trat übrigens seinen Urlaub „auf unbestimmte Zeit“ eigentlich gar nicht an. Denn täglich hatte er vom 6. Februar an Vorträge beim Könige, Ministersitzungen, Verhandlungen im norddeutschen und im Zollbundesrate. Auch von Berlin entfernte er sich nicht lange, bis er am 18. März die Leitung des auswärtigen Ministeriums wieder übernahm. Der Urlaub trug daher wesentlich den Charakter einer Demonstration gegen die konservative Fronde. Immerhin war der Minister in diesen Wochen von den täglichen Arbeitsmühen des auswärtigen Amtes wesentlich entlastet.

Als Hauptereignis dieser Zeit darf die Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover (des „Welfenfonds“) bezeichnet werden, welche Bismarck und das Staatsministerium mit einer Denkschrift vom 2. März 1868 beim Könige beantragten und erreichten. Hier war ausgeführt, daß der König Georg durch seine Unterschrift unter dem Vertrage vom 29. September 1867 „die notwendigen Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen dieses Vertrages vor ganz Europa anerkannt habe.“ Gleichwohl habe er diese Voraussetzungen und Bedingungen nicht erfüllt, sondern die früher berichteten Feindseligkeiten, die hier aufgezählt werden, fortgesetzt. Am 22. Februar 1868, bei der Feier der silbernen Hochzeit des Königs in Hietzing, hätten außerdem „demonstrative Vorgänge“ stattgefunden: „der König Georg selbst hat in öffentlichen Äußerungen sich zu den feindlichen Bestrebungen gegen den preu-

ßischen Staat, welche von seiner Dienerschaft ins Werk gesetzt sind, bekannt, zur Fortsetzung derselben aufgemuntert und die Treue preußischer Unterthanen zu erschüttern gesucht." Gegen dieses Treiben sei Abwehr für die Sicherheit des Staates und die Ruhe der Bewohner geboten. Die Anklage gegen die Werber und sonstigen Sendlinge des Königs Georg sei eingeleitet. Die Landesgesetze würden auch gestatten, das Strafverfahren auf König Georg zu erstrecken und die unmittelbare gerichtliche Folge würde die Beschlagnahme seines gesamten Vermögens sein. Wenn man nun auch den König, mit Rücksicht auf seine frühere Stellung, mit dieser Anklage verschonen wolle, so müsse doch sein Vermögen, zur Verhinderung seiner staatsfeindlichen Pläne durch eine königliche Kabinettsordre in Kraft eines Gesetzes mit Beschlag belegt werden. Noch am nämlichen 2. März vollzog der König diese Ordre. Die Verhandlungen des preußischen Landtages über dieses Beschlagnahmegesetz werden später berichtet werden.

Bismarcks Beratungen mit den Regierungsvertretern im norddeutschen und im Zoll-Bundesrate hatten inzwischen große nationale Aufgaben für die nächste Zukunft bereit gestellt. Seinen Anteil an den Beratungen des Norddeutschen Reichstags und denen des Deutschen Zollparlamentes in den Jahren von 1868 bis 1870 werden wir darlegen, nachdem wir zunächst seine persönlichen Schicksale während dieser Jahre verfolgt haben werden.

Zweites Kapitel.

Persönliches aus Bismarcks Leben und Stellung, vom Frühjahr 1868 bis zum Kriegsausbruch 1870.

In dem Konflikte mit den Konservativen, bei dem, ungeachtet aller Warnungen und Abmahnungen, zum erstenmal der altpreußische Partikularismus gegen Bismarcks weitblickende deutsche Politik in bewußte Opposition trat, stand Albrecht von Roon, bei aller Entschiedenheit seiner konservativen Gesinnung, doch fest und treu dem befehdeten Freunde zur Seite. Schon am 19. Februar 1868 schrieb Roon aus dem Urlaub, er bedauere schmerzlich, daß die Dinge so verlaufen seien. Am 25. Februar äußerte er (wahrscheinlich an Brauchitsch) des weiteren: „Bismarck kann unmöglich alles selbst thun. Die notwendig gewordene Organisation oder Reorganisation der konservativen Partei ist rite Sache des Ministers des Innern, und weder Bismarck, noch ich, noch Blanckenburg oder sonst jemand hat dazu den amtlichen Beruf. Ist der dazu allein Berufene dazu nicht geneigt oder geeignet, so fehlt ihm etwas Unentbehrliches für sein Amt, und die daraus sich ergebende Folgerung mag man ziehen und danach verfahren. Was durch Bismarcks Verhalten gegen die Konservativen etwa unterblieben, daraus kann man für ihn kaum einen wohlbegründeten Vorwurf ableiten. Wenn man, wie ich, ganz sicher weiß, wie Ungeheures B. zu leisten hat und auch leistet, so kann man ihn billigerweise nicht schelten, daß er nicht auch noch mehr leistet und für seines

Kollegen Versäumnis oder Unfähigkeit eintritt. Übrigens wird der Bruch (mit den Konservativen) heilen, denn er muß heilen; wir können uns auf keine andere Partei in der Hauptsache stützen, aber die Partei muß endlich begreifen, daß ihre heutigen Auffassungen und Aufgaben wesentlich andere sein müssen, als zur Zeit des Konflikts; sie muß eine Partei des konservativen Fortschritts sein und die Rolle des Hemmschuhs aufgeben." Ganz in demselben Sinne schrieb er einen Monat später, am 25. März, auch an Blanckenburg.

Auf den unversöhnlichen Teil der Konservativen blieben freilich auch diese Vorstellungen ohne Eindruck, und sie beharrten von nun an in ihrem Mißtrauen gegen den aus ihren Reihen hervorgegangenen, jetzt aber wie sie ihm vorwarfen, der konservativen Sache abtrünnig gewordenen und ins liberale Lager übergegangenen Staatsmann, der von jetzt ab, sogar im amtlichen Verkehr und selbst mit seinen Kollegen im Ministerium, v. d. Heydt, Eulenburg, Itzenplitz, Selchow u. s. w., um deswillen mancherlei Reibungen zu überwinden hatte, die ihm das amtliche Wirken noch schwerer machten als bisher. Er mußte zum wenigsten, trotz seiner Überbürdung, ihre Politik der toten Hand fortwährend aufrütteln. Kein Wunder, wenn der Ärger und die Überarbeitung in ihm eine Nervenreizung erzeugten, durch welche seine riesenstarke Natur in ihren Grundvesten erschüttert wurde.

Wenn wir unseren Blick auf die persönlichen Verhältnisse Bismarcks während der nächsten Jahre richten, so fallen uns denn auch vor allem ins Auge die wiederholten längeren Erholungsurlaube und ausgedehnten Aufenthalte während derselben auf dem ihm rasch liebgewordenen neuen Landsitze Varzin. Die Rücksicht auf die leidende Gesundheit zwang ihn gebieterisch hierzu — sein feuriger Geist und sein vaterländischer Pflichteifer konnten freilich auch da nicht angestrengter politischer Arbeit entsagen, und das so stille Varzin ward infolgedessen in den Jahren 1868—1870 wiederholt zum Mittelpunkt der deutschen, ja sogar der europäischen Politik.

Den 53. Geburtstag (1. April 1868) verlebte er mit den Seinen in Berlin ziemlich still; am Geburtstag der Gemahlin (11. April) aber wurde die Kanzlerfamilie erfreut durch eine Musik-

aufführung der Berliner Symphoniekapelle in der Rotunde des Auswärtigen Ministeriums. Am 7. Mai brachte ihm selbst, zur Erinnerung an Cohens Attentat, das Musikkorps des zweiten Garderegiments abermals ein Morgenständchen dar. Am 12. Mai konnte er auf Einladung des Fürsten Radziwill noch an einer Trappenjagd in Buckow teilnehmen. Aber die anstrengenden Verhandlungen des Reichstags und Zollparlaments im Frühjahr 1868 nahmen seine erschöpften Kräfte allzusehr in Anspruch. Am 29. Mai, während er zu Pferde der Parade auf dem Tempelhofer Felde beiwohnte, erkrankte er plötzlich an rheumatischer Affektion des Rippenfells, so daß er vom Paradefeld im Wagen nach Hause fahren mußte. Nun erfolgte der erste jener längeren Varziner Aufenthalte, der, mit dem 16. Juni beginnend, fast ein halbes Jahr lang, nämlich bis Anfangs Dezember dauern sollte.

Eine erfreuliche Überraschung ward hier in den ersten Julitagen Bismarck zu teil in Gestalt eines Begrüßungstelegramms deutschgesinnter bayerischer Schwaben aus Immenstadt, die sich dort am 5. Juli 1868 zu Ehren ihres Abgeordneten Dr. Völk versammelt hatten. Der Kanzler antwortete sofort telegraphisch: „Herzlichen Dank für die freundliche Kundgebung der vaterländischen Gesinnung, deren Gemeinsamkeit uns landsmannschaftlich verbindet!" Mit den wackeren Männern des Allgäu wetteiferten die pommer'schen Kreisnachbarn des deutschen Kanzlers in treuer Verehrung desselben, indem ihm die „Immediat- und Kreisstadt" Bütow am 24. Juli das Ehrenbürgerrecht verlieh. Den Dank für jene Bütower Ehrung stattete Bismarck den neuen Mitbürgern persönlich ab, als er in den Tagen vom 10. bis 14. August zu Besuch bei seinem Schwiegervater, Herrn v. Puttkamer, auf Reinfeld bei Bütow verweilte.

Erwähnung verdient aus jenen Wochen auch der Besuch George Hesekiels, des ersten Biographen Bismarcks, der drei Tage lang als Gast in Varzin weilte.

Dann stellte sich der treue Jugendfreund Moritz v. Blanckenburg zu längerem Besuch ein, um Zeuge eines sehr ernsten Vorfalls zu werden, den wir ihn am besten selbst nach seinem Briefe

an Roon schildern lassen.*) Nachdem schon am 21. Juni die geliebte Gattin durch einen Sturz vom Stuhle einen Rippenbruch erlitten und dadurch ihre Umgebung, und am meisten Bismarck selbst, in Schrecken versetzt hatte, trat nun diesem persönlich eine schwere Lebensgefahr jählings nahe. Am 22. August 1868 machte er in Gesellschaft Blanckenburgs und des vertrauten vortragenden Rates v. Keudell vom Auswärtigen Amte in der Gegend von Varzin einen Spazierritt. Die drei Reiter bewegten sich im Trab längs einer großen Rieselei im Walde auf einem aufgeschütteten, anscheinend ganz ebenen und festen Rasenwege — Bismarck voran, unmittelbar hinter ihm Blanckenburg, dann Keudell. „Denke Dir mein Erstarren," schreibt Blanckenburg am 24. August an Roon, „als ich ganz plötzlich folgendes Bild vor mir sich abspinnen sehe: der kleine breite Fuchs, den er (Bismarck) ritt, tritt mit dem rechten Vorderfuß durch die Rasendecke und zwar so tief und energisch, daß er gleich, mit dem linken sich vergebens stützend, nach einigem Stolpern mit der Nase die Erde wühlte. Natürlich flog Otto über den Hals fort und war m. E. erst mit der rechten Hand und dem Gesicht an der Erde, als der zweite Akt erfolgte — nämlich daß der Fuchs vollständig „heesterkopp" schlug und mit dem dicken Pferderücken (10 Zentner Gewicht!) auf die bundeskanzlerischen Schultern prallte. Der dritte Akt folgte ebenso schnell — nämlich daß der Fuchs rechts abfiel und Otto schnell aufsprang und leichenblaß, ohne Atem, ein dumpfes Gestöhn ausstoßend, halb Gewimmer, sich den Magen krampfhaft haltend umherging. Ich war in dem Augenblicke vom Pferde, als er aufsprang, und überzeugte mich bald, daß Knochen nicht zertrümmert waren," — indessen waren drei Rippen gebrochen — „auch erfolgte kein Blutsturz, auch nicht das leiseste Blutspucken, so daß wir bis jetzt hoffen, alles sei ohne weitere Folgen abgegangen. Er ritt noch Schritt eine Viertelstunde und hatte die ersten heftigen Schmerzen, als er einen Wagen nahm. Der Arzt kann nichts finden. — Natürlich wird dies seine Nerven nicht gerade sehr stärken. Vorher machte er mir eigentlich einen

*) Roons Denkwürdigkeiten II, 390 flg.

guten Eindruck, wenngleich er über Schlaflosigkeit klagte. Er trank, wie er sagt, am Tage vor dem Sturz zum erstenmal mit Appetit Sekt und rauchte drei Zigarren. Es machte ihm viel Freude, mir alles selbst auf dieser Herrschaft zu zeigen; augenblicklich interessierte er sich mehr für Schonungen und Kulturen als für Staatssachen. Er hatte eine krankhafte Freude daran, alle Verwüstungen an Wald und Wiesen wieder gut zu machen, die tierischer Unverstand hier angerichtet hat. Du kannst Dir denken, was das für Geld kosten wird! indes mir scheint so, daß er reich genug ist, diesen Riesenluxus*) treiben zu können — Du wärest es nicht gewesen und hättest hier ein sehr schlechtes Geschäft gemacht."

Roon, der, wie hier nachzutragen ist, am 23. Mai wohlbehalten aus dem Süden nach Berlin zurückgekehrt war, hatte schon am 23. August, also vor Eingang des Blanckenburg'schen Berichts, durch den obersten Leiter der Telegraphen die sehr beunruhigende Depesche erhalten: „Graf Bismarck ist mit dem Pferde gestürzt und hat sich erheblich verletzt." Sofort telegraphierte er an den Neffen um weitere Nachricht. Komischerweise hatte der ausfertigende Beamte die Buchstaben der Unterschrift vertauscht, so daß diese statt A. von Roon in Varzin lautete „von Aron". Blanckenburg ließ sich aber nicht irre machen, da er „mit der Familie Aron sonst nichts anzufangen" wisse, und beruhigte den Onkel durch eine Nachschrift: „Die Nacht war heute sehr gut — er ist liegend ganz schmerzfrei — ist aber aufgestanden. Meine Vermutung, daß das Rencontre zwischen den beiden breiten Buckeln mehr noch in schwebender Lage geschah und daher mehr ein Puff war, bestätigt sich immer mehr. Jedenfalls hindert dieser in jeder Beziehung wunder-

*) Nach des Verfassers eigener Kenntnis von Varzin und den Mitteilungen des Fürsten Bismarck beim gemeinsamen Begehen und Durchfahren jener Herrschaft ist von „Luxus" bei allen Neuanlagen und Verbesserungen, die Bismarck geschaffen hat, gar keine Rede, sondern es handelt sich nur um nützliche Anlagen, die allerdings größtenteils erst in der Hand der Erben Zinsen tragen, namentlich um großartige Aufforstungen kahler Höhen und Haiden, die Bismarck hier ausführte.

bare Vorfall die Genesung der Nerven. Ich würde ihn (Bismarck) hier lassen, so lange wie irgend möglich." Sehr bemerkenswert sind noch folgende Worte: „Ein einziges Mal vor dem Sturz fing er mit mir ein wenig Politik an zu sprechen über innere Angelegenheiten, dies war aber mehr wie Einer, der vieles, sehr vieles Gebrechen sieht, aber keine Macht hat, es zu ändern — etwa als wenn ich über dies oder das räsonniere — gar nicht als wenn er Premier und dafür ebenso gut verantwortlich wäre!" — Bismarcks ganz berechtigter Standpunkt war damals eben der, daß er nur für das auswärtige Amt verantwortlich sei, aber nicht für die Fehler und Unterlassungen der preußischen Ressortminister, die er übrigens weit über seine Pflicht im engeren hinaus, wenn auch freilich vielfach vergeblich, wie wir alsbald sehen werden, zur Leistung des Notwendigsten anzutreiben suchte. Doch verfolgen wir einstweilen den glücklichen Verlauf der Genesung Bismarcks von seinem Unfalle zu Ende.

Roon dankte am 26. dem Neffen: „Daß Du an mich gedacht auch ohne das Telegramm von ‚Aron'. Es ist doch gut, wenn ein Mensch dauerhaft gearbeitet ist! Mich hat die erste Nachricht von der ‚Lerche' (die Bismarck bei dem Unfall schoß) sehr alteriert. Gott sei gepriesen, der die Hand zwischen die beiden Rücken gehalten! Gestern abend war auch Keudell bei mir, und ich bin jetzt ganz beruhigt, besonders weil B. nach dem Sturze besser schläft als vor demselben. Für die Nerven, denen der bessere Schlaf sicherlich aufhelfen wird, ist diese Kurmethode jedenfalls neu!" Blanckenburg war inzwischen nach Zimmerhausen zurückgekehrt und sandte von dort das Schlußbulletin an Roon ein, ein Telegramm aus Varzin und die Briefzeilen: „Bismarcks Frau schrieb mir gestern, daß er fortwährend nach dem Sturz besser schläft wie vorher. Er ist und bleibt der Meinung, daß Gott ihm diesen Sturz geschickt hat, damit seine Nerven besser werden."

Die auswärtige und deutsche Politik nahm bis in die Mitte des folgenden Jahrzehnts hinein Bismarcks Thätigkeit und Kraft so vorwiegend in Anspruch, daß er sich in den eigentlich volks-

wirtschaftlichen Fragen, wie er später im Reichstage selbst aussprach, damals fast vollständig der Führung Delbrücks überließ. Aber das hinderte ihn doch nicht — wie die oben mitgeteilte Stelle aus Blanckenburg Brief vermuten lassen könnte — wirtschaftliche Mißstände, wo sie ihm entgegentraten, zu beachten und auch Abhilfe dafür zu suchen.*) Selbst Delbrück erhielt schon damals gelegentlich Beweise der seinem Ressort zugewendeten Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers. So sandte ihm dieser am 1. April 1868 eine wichtige Broschüre über die Auswanderungsfrage mit einem vom Legationsrat Lothar Bucher gefertigten Auszuge. Die Vielseitigkeit der Anregungen, die Bismarck gibt, und der Fragen, denen er sein Interesse zuwendet, ist geradezu erstaunlich. Aus der uns zunächst beschäftigenden Zeitspanne des Jahres 1868 ist zu erwähnen ein Schreiben vom 15. Mai an den Minister Grafen Eulenburg über den Notstand in Preußen, das Erhebungen über die ungerechte Verteilung der für jene notleidenden Landesteile bewilligten Staatsvorschüsse beantragt. Ferner ein Schreiben vom 24. Mai an den Minister v. Selchow und an den Oberpräsidenten v. Scheel-Plessen in Kiel bezüglich der schleswig-holsteinischen Austernfischerei. Aus Varzin richtete Bismarck weiter am 8. August eine Zuschrift an den Kabinettsrat v. Mühler, welche bezweckte, die Bildung von Gesellschaften in der Rheinprovinz zur Pachtung von größeren Gütern in den östlichen (notleidenden) Provinzen anzuregen. Gar sehr aber lag dem Bundeskanzler die gerechtere Verteilung der preußischen und norddeutschen Steuerlasten und die vernünftigere Gestaltung dieses Teiles des Staatsfinanzwesens am Herzen. Nachdem er, von den Folgen des Pferdesturzes völlig genesen, in den Tagen vom 21. bis 27. September 1868 mit dem Legationsrat Grafen Bismarck-

---

*) Wir verdanken die Kenntnis der hierauf bezüglichen Aktenstücke dem verdienstvollen Werke H. v. Poschingers, „Dokumente zur Geschichte der Wirtschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Reich“ (5 Bände, Berlin 1889—1891), wo der Herausgeber u. d. T. „Bismarck als Volkswirt“ auch eine zusammenhängende Darstellung von Bismarcks volkswirtschaftlicher Thätigkeit gegeben hat.

Bohlen in Varzin konferiert hatte, empfing er hier vom 1. bis 5. Oktober einen längeren Besuch des Finanzministers v. d. Heydt selbst.

Als das Ergebnis der mit diesem gepflogenen Beratungen dürfen wir zunächst einen Erlaß betrachten, den Bismarck am 18. Oktober an den Geh. Ober-Regierungsrat Eck über die Finanzmaßregeln zur Bestreitung des Defizits im Budget richtete. Hier schon stellt er die Grundzüge jener Finanzpolitik auf, die er ein Jahrzehnt später selbständig durchzuführen suchte. Denn als Ziel der Finanzpolitik des norddeutschen Bundes bezeichnet jener Erlaß klar und deutlich bereits: die Deckung der Bundesausgaben durch Bundessteuern bis zur vollen Beseitigung der üblichen Matrikularumlagen; als die nächste Aufgabe der Bundespolitik aber: die Befestigung der Bundesinstitutionen durch Kräftigung der gemeinsamen Einrichtungen, während Matrikularumlagen ein Element der Zersetzung seien. Die Voraussicht einer parlamentarischen Niederlage könne keine Rechtfertigung abgeben für die Unterlassung einer an sich zweckmäßig erscheinenden Vorlage. Sodann erörtert er die Maßregeln zur Deckung des preußischen Defizits für den Fall eines ablehnenden Beschlusses des Landtags. Die Finanzvorlagen an den Reichstag seien energisch vorzubereiten, ohne Rücksicht auf die Haltung der süddeutschen Staaten und der ihnen ergebenen Abgeordneten des Zollparlaments.

Am 24. Oktober richtete Bismarck aus Varzin ein weiteres Schreiben an v. d. Heydt selbst, worin er den Gedanken zurückwies, das Defizit, welches sich bei der Aufstellung des preußischen Etats für 1869 ergeben würde, aus dem Aktivvermögen des Staates zu decken.*) „Einmal scheint es mir überhaupt keine gute Wirtschaft, vom Kapital zu zehren, dann aber würde durch eine solche Maßregel die Sachlage bemäntelt und die fehlerhafte Politik derer, welche uns hindern, die Zoll- und Bundeseinnahmen zu erhöhen, nicht in das richtige Licht gesetzt. Daß die Opposition auf Verminderung des Staatsvermögens und auf Verhinderung der Bewilligung dauernder Einnahmen des Staates bedacht ist, wundert mich bei dem

*) Roon, Denkwürdigkeiten II, 396.

Mangel an politischem Instinkt, der dieselbe auszeichnet, keineswegs; Diesen Herren liegt der Gedanke, daß sie selbst einmal für den Staat verantwortlich sein könnten, noch zu fern. Wer aber die Politik als Staatsmann und als Patriot handhaben will, darf m. E. sich auf dergleichen ohne dringende Not nicht einlassen. Das richtige Auskunftsmittel für uns ist Tabak, Petroleum, Gas, Zucker, Branntwein u. s. w.; auf dem Wege dazu verlieren wir ein volles Budgetjahr, vielleicht zwei, wenn wir uns jetzt herbeilassen, mit dem Staatsvermögen als Palliativ vor den Riß zu treten. — Ich kann nur für Festhaltung der Zuschläge zu den direkten Steuern stimmen, ohne an der Unpopularität dieser Maßregel im mindesten zu zweifeln. Gerade diese Unpopularität aber wird es erleichtern, anstatt dieser Zuschläge demnächst vernünftigere Steuern zur Annahme zu bringen. Werden uns die Zuschläge versagt, so müssen wir den Mut haben, die Ausgaben um 5 Millionen herabzusetzen; natürlich kann diese Herabsetzung nicht die Armee, die einzige sichere Bürgschaft des Friedens und der Unabhängigkeit, treffen, also auf Verminderung der Bundesausgaben in der jetzigen politischen Spannung nicht eingegangen werden. — Wenn wir den Notstand der Finanzen zwar nicht vertuschen, aber durch eine mehr österreichische als preußische Maßregel momentan überbrücken, so sehe ich darin kein Mittel, für das nächste Etatsjahr andere Einnahmen flüssig zu machen. Dieses Mittel sehe ich vielmehr nur im strengsten Festhalten an dem altpreußischen Grundsatze, daß die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt werden müssen, solange nicht Gefahr des Vaterlandes eine Abweichung von dem Satze rechtfertigt."

Dieses Schreiben fügte Bismarck folgendem Briefe an Roon vom nämlichen 24. Oktober bei: „Lieber Roon! In der Sorge, welche mir ein tête-à-tête mit dem Goldonkel*) einflößt, schicke ich Ihnen anliegend meine Antwort auf einen Brief von ihm, dessen Inhalt aus der Anlage erkennbar ist. Ich bin überzeugt,

*) d. h. in der Sorge vor der Erneuerung eines Besuches v. d. Heydts (der im Parlament „Goldonkel" hieß) in Varzin.

mit Ihnen einverstanden zu sein, stelle vertrauliche Mitteilung an Se. Majestät anheim. Aus der Stimmung des Finanz-Kollegen entnehme ich dieselben parlamentarisch-geheimrätlichen Einflüsse, die mir aus Eck und Michaelis**) schon entgegengetreten sind. Ich sehe nicht ein, warum wir uns aus Kammerfieber sofort an die Wand stellen, an die gedrängt zu werden noch immer Zeit bleibt. — Ich bin noch nicht in Ordnung, jeder Menschenverkehr raubt mir den Schlaf. Ich werde auch nicht zur Hochzeit“ (der Nichte Bismarcks, des Fräulein v. Arnim, sowie zu dem 24. Jahrestag der Hochzeit der Schwester, Malwine v. Arnim) „nach Kröchlendorf können, obschon ich voraussehe, daß meine Schwester 6 Monate mit mir mucken wird. Schreiben Sie mir nicht? Herzliche Grüße an die Ihrigen v. B.“ In der That reiste die Gräfin Bismarck allein nach Kröchlendorf, wo sie vom 27. Oktober bis 2. November verweilte.

Zwischen diese Sorgen schob sich nun noch eine neue mehr persönliche oder freundschaftliche. Wir wissen, daß Bismarck mit dem früheren Chefredakteur der Kreuzzeitung, Hermann Wagener, nun schon seit zwanzig Jahren in nahem Verkehr stand. Er hatte den alten Freund zum vortragenden Rat im Staatsministerium gemacht, wo er hauptsächlich die offiziöse Presse bediente, auch fast alles, wozu es Phrasen brauchte, verrichtete — wie Bismarck viel später dem Verfasser in Varzin sagte, — zugleich aber war Wagener im Reichstag, Zollparlament und Landtag einer der schlagfertigsten konservativen Redner, der immer mit einem gewissen orakelhaften clair-obscur die Meinung zu erwecken suchte, daß er Bismarcks geheimste Absichten kenne und andeute oder vertrete. Nun flog aber Wageners Ehrgeiz oder persönlicher Lebensanspruch noch höher. Er wollte die Stelle des abgehenden Geh. Rates Costenoble haben, für die ein anderer vortragender Rat des Ministeriums, Wehrmann, ausersehen war. Das Bitterste für Wagener war aber, daß das Staatsministerium ihn beauftragte, für den König gerade den Bericht abzufassen, in dem Wehrmann

**) Beide waren Geheime Ober-Regierungsräte im Bundeskanzleramt unter Delbrück; Michaelis der frühere Abgeordnete.

für jene Stelle empfohlen werden sollte. Da meldete er sich krank und zeigte die Absicht an, seinen Abschied zu fordern.

Bismarck schrieb darüber am 26. Oktober aus Varzin an Roon: „Lieber Roon! Aus einem Briefe von Heydt ersehe ich, daß Wagener wieder einmal, Wehrmanns wegen, den Abschied gefordert hat. Bei meiner Abreise war er über diesen Punkt, obschon durch S. (Senfft-Pilsach, später ausgeschrieben) gehetzt, beruhigt, und ich kann in demselben nichts ändern, da der König Wagener an Costenobles Stelle nicht will. Mir ist Wagener geschäftlich nicht eine solche Hilfe, wie er seiner Begabung nach sein könnte. Unerfahrenheit im Bureaudienst, Eigensinn, Drohungen von Abgang, Nebengeschäfte, und vor allem die Erschütterung meines Vertrauens durch Senffts Drohungen nomine Wagener für den Fall, daß letzterer abginge, treten störend dazwischen. Dennoch ist W. der einzige Redner der konservativen Partei, hart und unbequem, aber doch nötig; und geht er, so schweigt er mindestens, wenn ich ihn auch nicht für so perfide halte, daß er dienstliche Kunde mißbrauchen würde. Aus parlamentarischen Gründen bitte ich Sie, im Staatsministerium diese Frage vor Überstürzung zu behüten, nötigenfalls auch auf Se. Majestät in der Richtung zu wirken. Man muß W. nicht bloß als Ministerrat, sondern auch als Abgeordneten, und als einen Mann von Verdienst um die konservative und Königliche Sache abwägen. Ich weiß nicht, wer ihn in der Kammer ersetzen sollte, und man ist ihm seit 48 Dank schuldig. Lediglich zu dessen Bethätigung habe ich ihn bei Sr. Majestät mit Mühe durchgebracht. Wehrmann ist im Bureau nützlicher, aber ein alter Gegner der Krone, zu dem ich mich, wie zu manchem andern, nur in einem vielleicht übertriebenen Vertrauen zu meiner festen Zügelfaust verstanden habe. — Ich möchte gern bis Dezember hier bleiben, trotz des Hundewetters; vielleicht komme ich dann schlaffähig nach Berlin, und mit drei vollständig geheilten Rippen, während mir jetzt die oberste noch immer nächtlich weh thut. Herzliche Grüße."

Diese „kleine Differenz mit und wegen Wagener" wurde — wie Roon am 3. November an Blanckenburg schreibt — so ziem-

lich“ dadurch ausgeglichen, daß zwar „Wehrmann auf Costenobles Stuhl gesetzt, Wagener aber zum ‚Geheimen Ober‘ (Regierungsrat) ernannt wurde, und dies Pflästerchen scheint die Wunde geheilt zu haben. Denn was jetzt noch an Verstimmung nachgrollt, wird nicht zünden, bis Bismarck wiederkehrt, und dann erst recht nicht — es sei denn, daß neue atmosphärische Strömungen eintreten.“

Inzwischen aber ließ nicht bloß „die oberste Rippe“, ließen fortwährend auch die preußischen Staatsfinanzen Bismarck keine Ruhe. Schon am 27. Oktober schrieb er wieder an Roon aus Varzin: „Lieber Roon, ich bitte nochmals dringend, strecken wir nicht das Gewehr vor der Schlacht. Ich habe Seiner Majestät und Heydt in dem Sinne von neuem geschrieben. Werden die Zuschläge (zu den Steuern) abgelehnt, so sieht das Land doch, wie die Sache liegt (d. h., daß ein Defizit vorhanden ist), und wir können jede Stunde noch auf die Eselsbrücke des Kapitalverbrauchs treten, die vor der Zeit für die Opposition zu bauen die liberalen Geheimräte im Kanzleramt und Finanzministerium uns zumuten; wir können dann die Ausgaben, wenn nicht um 5 Millionen, doch in allem „Nützlichen“ so weit, und, wie Heydt meint, um 2½ Millionen ermäßigen und den Rest aus dem Kapitalvermögen anbieten. Dadurch wird immer eine Lage geschaffen, aus der herauszukommen hundert Landes-Interessen drängen; die brauchen wir, damit die preußischen Zoll-Abgeordneten für neue Zolleinnahmen stimmen. Ich halte die Kapitulations-Politik von Hause aus für einen so groben politischen Fehler, daß ich mich nicht entschließen kann, ihn offenen Auges mitzumachen, und habe dem Goldonkel erklärt, ich käme vor Ostern nicht, wenn er sich nicht aus dem geheimrätlichen Joche losreißt. Von Herzen Ihr sehr posteiliger v. B.“

In Berlin erzeugten diese Mahnungen bei den Beteiligten lebhafte Unruhe und den dumpfen Groll des durch vermeintlich unbefugte Einmischung des mächtigen Mannes gekränkten Ressortbewußtseins. Roon schreibt darüber an Blanckenburg am 3. November: „Die Aufregungen der letzten Wochen sind verrauscht; gegen 60 Gesetzentwürfe (für den Landtag) beraten und fertig ge-

macht, sehr ernste Differenzen mit dem ‚großen Zauberer‘ in V(arzin) ausgeglichen, und morgen — ja morgen beginnt wieder der parlamentarische Leierkasten seine bekannten Melodien zu orgeln. Ja, das Leben ist herrlich! Besonders unter Goldonkels fetten Fittigen!"*) Diese Fittige sollten sich freilich schon binnen Jahresfrist von dannen heben. Denn wenn auch diesmal noch v. d. Heydt die „ernsten Differenzen mit dem großen Zauberer in Varzin" ausglich, so traten doch neue hinzu, die den Finanzminister im Herbst 1869 zum Rücktritt zwangen. Namentlich hatte er auch in der Bundes- und Zollvereins-Finanzpolitik, wie wir sehen werden, keine glückliche Hand.

In jenen Wochen des lebhaften Briefwechsels mit Roon war Bismarck am 18. Oktober, nach Auflösung des Landwehrkavallerieregiments, zum Chef des 1. Magdeburger Landwehrregiments Nr. 26 ernannt und à la suite des Magdeburger Kürassierregiments Nr. 7 gestellt worden. Der Varziner Aufenthalt nahte seinem Ende. Anfang Dezember reiste der Kanzler, nachdem Legationsrat v. Keudell schon am 27. November vorausgeeilt war, über Stettin, wo übernachtet wurde, nach Berlin ab und traf hier am 2. Dezember nachmittags ein. Alles in allem fühlte er sich doch wesentlich gekräftigt und nahm denn auch sofort lebhaft Teil an den Landtagsverhandlungen, von denen im folgenden Kapitel die Rede sein wird.

Am Abend des 10. Dezember begab Bismarck sich alsdann, nachdem er zuvor auf Einladung des Königs an den Hofjagden im Grunewald teilgenommen, in dessen Auftrage nach Dresden, um dem Könige Johann von Sachsen die Glückwünsche seines Herrn zum 67. Geburtstage (12. Dezember) auszusprechen; zugleich drängte es ihn, sich bei König Johann für die im März 1868 erfolgte Verleihung des sächsischen Ordens zur Rautenkrone zu bedanken und demselben bei dieser Gelegenheit als dem zweitmächtigsten und treuen Bundesfürsten seine persönliche Huldigung darzubringen. Bismarck nahm in Dresden im preußischen Gesandt-

*) Als Dienstälterer führte Heydt im Ministerium während Bismarcks Abwesenheit den Vorsitz.

schaftshotel Wohnung und verweilte bei Hofe, von den Ministern und von der Bevölkerung hochgeehrt, bis zum 13. abends in der sächsischen Hauptstadt. Am 15. und 16. konnte er dann seinem Allerhöchsten Herrn bei der Hofjagd in den Gehegen von Wusterhausen die erfreulichen Eindrücke des Dresdener Aufenthaltes eingehend schildern.

Einen erfreulichen Beweis für das Wohlbefinden, das der Bundeskanzler aus Varzin mitbrachte, erkennen wir in der Ausdauer, mit der er sich wiederum den winterlichen Jagdvergnügungen hingab. Nachdem er vom 20. bis 23. Dezember wie im Vorjahr Jagdgast des befreundeten Amtsrates und Reichstagsabgeordneten Dietze in Barby gewesen war, fuhr er zur Jagd nach Holstein. Drei Tage, vom 28. bis 31. Dezember, weilte er daselbst als Gast des Grafen Schimmelmann in Ahrensburg. Vor der Abreise, am Abend des 30. brachten die Einwohner von Ahrensburg und Umgegend dem Befreier Schleswig-Holsteins einen hübschen Fackelzug und gaben ihm das Ehrengeleite zum Bahnhof. Bismarck hielt dabei folgende Ansprache: „Mir ist es eine Freude, daß Sie mich so freundlich als Landsmann begrüßen, und ich danke Ihnen für die Ehre, die Sie mir erweisen; ich sehe darin einen Beweis, daß das Gefühl des Zusammengehörens auch bei Ihnen immer mehr zur Wahrheit geworden, und das werde ich mit Freuden dem Könige berichten. Zusammengehört als Deutsche haben wir ja immer, wir waren ja stets Brüder, wir haben es nur nicht gewußt. Auch in diesem Lande gab es verschiedene Stämme, Schleswig-Holsteiner, Lauenburger, sowie es auch Mecklenburger, Hannoveraner, Lübecker, Hamburger gibt, und sie können alle gern bleiben, was sie sind, in dem Bewußtsein, daß sie Deutsche, daß sie Brüder sind. Und wir hier im Norden sollen es uns doppelt bewußt sein mit unserer plattdeutschen Sprache, die sich hinzieht von Holland bis zur polnischen Grenze; wir sind es uns auch bewußt, haben es uns früher nur nicht gesagt. Daß wir uns aber unserer deutschen Abkunft und Zusammengehörigkeit wieder so freudig und lebhaft bewußt geworden sind, das lassen Sie uns dem Manne danken,

durch dessen Weisheit und Energie das Bewußtsein zu einer Wahrheit, einer Thatsache geworden ist, indem wir auf unsern König und Herrn ein herzhaftes Hoch ausbringen!" In Begleitung des Prinzen Anton Radziwill trat Bismarck alsdann die Rückreise nach Berlin an, wo er am 31. Dezember zum Vortrag beim Könige befohlen war.

Wie des Kanzlers letzte Rede und letzte amtliche Thätigkeit in dem scheidenden Jahre dem König gegolten hatte, so war auch sein erster Schritt im neuen Jahre 1869, wie alljährlich am 1. Januar, nach dem Königsschlosse gerichtet, um dem geliebten Herrn die Glückwünsche des treuesten Dieners darzubringen. Mit dem König war er dann am 8. Januar zur Jagd „hinter dem Kreuzberg"; ferner als Gast des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin am 11. und 12. zur Jagd in Pritzerbe; mit dem Kronprinzen jagte er am 15. auf dem Tempelhofer Felde; als Gast der königlichen Prinzen nahm er am 22. an der Hofjagd auf der Bornstädter Feldmarck teil. Diese Wintervergnügungen schloß am 16. Februar ein Ball bei dem Herzog von Mecklenburg im Schloß Bellevue bei Berlin, dem Bismarck mit Gemahlin und Tochter beiwohnte. Lebhaft beteiligte sich aber Bismarck in den ersten Monaten des neuen Jahres auch an den Beratungen des Landtags und Reichstags, wie im nächsten Kapitel dargestellt werden wird.

Gegen Ende Januar erhielt er wieder einmal, nach längerer Pause, eine jener lächerlichen Todesdrohungen, die ihm zuerst 1863 von den Herren Polen und deren Gesinnungsgenossen zugesendet worden waren. Diesmal aber trat die Warnung in besonders feierlicher Form an ihn heran. Denn die österreichische Regierung ließ durch ihren Gesandten in Berlin, den Grafen Wimpffen, dem Bundeskanzler von einem gegen ihn beabsichtigten Attentat Mitteilung machen. Natürlich hatten die unbekannten Schmiede dieses Planes ebensowenig Mut zu dessen Ausführung wie die polnischen und sozialistischen Galgenstrickversender.

Unter allen in Berlin beglaubigten Vertretern fremder Mächte war der damalige nordamerikanische Gesandte George Bancroft, der

berühmte Geschichtschreiber der Union, von seinem ersten Erscheinen in Berlin an Bismarck in herzlicher Verehrung besonders nahe getreten, und der deutsche Staatsmann hatte diese freundliche Zuneigung aufrichtig erwidert. Bancroft kannte Bismarcks Jugendfreund Motley, den anderen berühmten Geschichtschreiber Nordamerikas, war ein warmer Freund Deutschlands und der deutschen Einheitsbestrebungen und eben deshalb ein freudiger und mit tiefem geschichtlich-staatsmännischem Blick urteilender Bewunderer des deutschen Staatsmanns. Er wußte namentlich wohl zu würdigen, was Deutschland und die Deutschen seit den Tagen Friedrichs des Großen, seit der heldenmütigen Teilnahme der v. Steuben und v. Kalb am nordamerikanischen Unabhängigkeitskriege unter Washington bis zu der aufopfernden Hingabe der Deutschen der Union im Secessionskriege in guten und bösen Tagen für die große Republik jenseits des Ozeans geleistet hatien. Alle anderen fremden Diplomaten in Berlin hatten in deutschen Dingen und über Bismarcks Politik ihre Wenn und Aber, ihr Mißtrauen und Unbehagen, Bancroft niemals. Es ist überhaupt eine interessante Erscheinung, daß die Berichte der nordamerikanischen Gesandten in Europa seit den Tagen der ersten französischen Revolution*) — vielleicht mit Ausnahme der in England beglaubigten — meist die umsichtigsten und unbefangensten Darstellungen und Beurteilungen der von ihnen beobachteten Ereignisse und Zustände enthalten. Bismarck stand der von Bancroft vertretenen Union, ihrem großen Kampfe unter Abraham Lincoln, ihrem vor kurzem gewählten Präsidenten Grant, der als Staatsmann zu vollenden und zu befestigen suchte, was er als tapferer und siegreicher Feldherr errungen hatte, und ihrem geschichtskundigen Gesandten ebenso sympathisch gegenüber. Das gute Einvernehmen der beiden Staatsmänner und Mächte hatte in dem soeben abgeschlossenen deutsch-nordamerikanischen Niederlassungsvertrage, von dem noch später die Rede sein wird, deutlichen Ausdruck gefunden.

*) Ganz besonders diejenigen des damaligen nordamerikanischen Gesandten in Paris, die H. Taine in „L'Origine de la France contemporaine“ mitteilt.

Als ein bezeichnender Zug für die Vertraulichkeit Bancrofts zu Bismarck wurde dem Verfasser im Reichstag 1868 von glaubwürdiger Seite folgendes erzählt. Beide Herren waren zum Diner bei v. d. Heydt, der reich von Haus aus, bei solchen Gelegenheiten gern seinen Reichtum in der Menge und Güte des Gebotenen zeigte. Bismarck hatte damals noch den alten wunderbaren Appetit. Der lange magere Bancroft an seiner Seite sieht mit Staunen und Besorgnis, wie Bismarck von den ersten Gängen den ganzen Teller zweimal belegt. „Dear Count“, sagt er bänglich rasch, ehe die Brandung wiederkehrt, zu Bismarck, „ich glaube, es kommt noch mehr.“ „Das will ich hoffen,“ entgegnet Bismarck fröhlich und erneut beim nächsten Gange das grausame Spiel.

Am 4. März 1869, dem Tage des Amtsantrittes des Präsidenten Grant, war großes Diner bei Bancroft, und hier brachte kein Geringerer als Bismarck den Toast auf den Präsidenten der Union aus. „Erlauben Sie mir, m. H,“ sagte er, „Ihre Unterhaltung durch einige Worte über die Veranlassung, welche uns zusammengeführt hat, zu unterbrechen. Dies ist der Tag, an welchem jenseits des Ozeans der siegreiche Feldherr der Vereinigten Staaten sein Amt als Präsident derselben antritt. Dieses Ereignis, insofern es von der höchsten Wichtigkeit für die Vereinigten Staaten ist, hat auch einen besonderen Anspruch auf das sympathische Interesse unseres Landes, denn es war ein König von Preußen, es war Friedrich II., welcher bei der Entstehung der großen amerikanischen Republik ihre Unabhängigkeit als der erste unter den nicht Krieg führenden Mächten begrüßte. Was die späteren Beziehungen zwischen beiden Ländern betrifft, so gereicht es mir zur großen Freude, nicht nur aus meiner persönlichen Erfahrung als preußischer Minister, sondern auch aus den Archiven der preußischen Geschichte als eine Thatsache hinstellen zu können, daß jenes herzliche Verständnis, welches von Washington und Friedrich begründet worden ist, niemals die geringste Störung erlitten hat. Nicht nur ist niemals eine Schwierigkeit zwischen beiden Ländern hervorgetreten, sondern es hat sich nicht einmal etwas ereignet, was zwischen ihnen auch nur eine

erläuternde Erklärung notwendig gemacht hätte. Es ist deshalb für mich nicht nur eine sehr angenehme, sondern auch eine mir wohlanstehende Pflicht, Sie zu bitten, mit mir in deutschem Weine die Gesundheit des Präsidenten der Vereinigten Staaten, des General Grant, zu trinken.“ Am nämlichen Tage noch sandte Bismarck folgendes Telegramm über den Ozean: „An den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Grant. Meine herzlichsten Glückwünsche an diesem feierlichen Tage. v. Bismarck.“

Schon vor Grants Wahl, aber als gutes Kampfmittel für seine im Mai 1868 zu Chicago von der republikanischen Partei aufgestellte Präsidentschaftskandidatur, war in Springfield (Ohio) ein Werk „Life of General Grant“ erschienen, welches hauptsächlich die Verdienste des Besiegers der Secession in helles Licht setzte. Darauf hatte Grant von Bismarck folgendes Schreiben erhalten: „Verehrtester! Baron Gerolt hat mir ein Exemplar des Werkes über Ihre militärische Karrière zugesandt, welches Sie für mich zu bestimmen so freundlich waren. Ich beeile mich, Ihnen meine Freude über den Empfang eines Buches auszudrücken, welches mich in den Stand setzen wird, mit Genauigkeit einem gigantischen Kampf durch alle seine Stadien zu folgen, dessen verschiedene Phasen ich damals mit dem lebhaftesten Interesse begleitete. Der Gedanke, daß ich das Werk der freundlichen Gesinnung des Mannes verdanke, welcher Vicksbourg und Richmond gewann, wird mich stets mit Freude und Stolz erfüllen. Möge der durch Sie erkämpfte Friede nicht minder Ihnen zum Ruhm, wie Ihrem Lande zum Segen gereichen, und möge dieser Austausch freundlicher Gesinnungen zwischen uns eine gute Vorbedeutung sein für die Fortdauer der Beziehungen, welche auf so befriedigende Weise zwischen Amerika und Deutschland entstanden sind. Ihr ganz ergebener v. Bismarck.“

Höchst bezeichnend aber für die Wertschätzung, die Bismarck auf die Fortdauer dieser guten Beziehungen und auf das Verbleiben Bancrofts in Berlin legte, ja höchst bezeichnend für Bismarcks erhabene Anschauungen überhaupt, ist sein nachstehender Brief an

Motley aus Varzin vom 29. September 1869: „Lieber Motley! Ich höre aus Paris, daß man uns Bancroft nehmen will, weil er angeblich Amerika nicht mit Würde vertrete. Die Behauptung wird in Berlin niemand teilen; Bancroft steht dort bei der ganzen intelligenten Bevölkerung, insbesondere bei der wissenschaftlichen Welt, in der höchsten Achtung, ist am Hof und in den Kreisen der Regierung geehrt und hat das volle Vertrauen. Man weiß, daß er unser Freund ist, er hat das niemals verschwiegen und sich deshalb die Feindschaft aller in- und ausländischen Gegner des jetzigen Zustandes Deutschlands zugezogen. Man hat für das Geld des früheren Königs von Hannover, des Kurfürsten von Hessen und für Rechnung fremder Regierungen gegen ihn intriguiert in der Presse und voraussichtlich auch in Amerika. Aber ich glaube kaum, daß irgend ein Freund Amerikas und Deutschlands, irgend einer von allen denen, welche die brüderlichen Beziehungen zweier freier Kulturvölker mit Vergnügen sehen, an diesen Intriguen beteiligt sein kann. Bancroft ist eine der populärsten Erscheinungen in Berlin, und wenn Du noch das alte Wohlwollen für die Stadt hast, die Du aus den Fenstern von Logiers Hause kennst, so thue was Du kannst, damit wir ihn behalten. Nach den kulturgeschichtlichen Auffassungen, die Du in dem Werke, das Du mir vor einigen Monaten übersandtest, bekundet hast, gehen Deine politischen Bestrebungen mit denen, die Bancroft bei uns vertritt, vollständig parallel, und man würde bei uns glauben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich von diesen Auffassungen lossagte, durch die Rückberufung eines Ministers, der als ihr Vertreter gilt und mit Recht gilt. Er vertritt praktisch denselben großen Entwickelungsprozeß, in welchem Moses, die christliche Offenbarung, die Reformation als Etappen erscheinen, und dem gegenüber die cäsarische Gewalt der alten und neuen Zeit, die klerikale und die dynastische Ausbeutung der Völker, jeden Hemmschuh anlegt, auch den, einen ehrlichen und idealen Gesandten wie Bancroft zu verleumden. Verhindere, wenn Du kannst, daß man ihn opfert, er ist besser als die meisten Europäer, die sein, Dein und mein Gewerbe betreiben, wenn auch die

glatten Lügner des Gewerbes ebenso über ihn reden mögen, wie früher meine intimen Feinde mich den Diplomaten in Holzschuhen nannten.“

Bancroft blieb in der That in Berlin, und sicherlich ist Bismarcks Schreiben zur Erreichung dieses erwünschten Erfolges nicht ohne Einfluß gewesen. Denn ein besseres und wertvolleres Lob, als das Bismarcks, kannte man auch in Amerika nicht. Wir werden der ehrwürdigen Gestalt des nordamerikanischen Gesandten in der für unsere nationale Entwickelung entscheidendsten Stunde, in der Stunde der Kriegserklärung am 19. Juli 1870, wieder begegnen. Für jetzt wenden wir uns, den Gegenstand dieses Kapitels weiter verfolgend, wieder den persönlichen Erlebnissen Bismarcks im Jahre 1869 zu.

Da bescherte ihm denn der Märzmonat große Freude, indem seine beiden Söhne die Maturitätsprüfung bestanden. Wie er darauf am 9. März die Prüfungskommission des Friedrichswerder'schen Gymnasiums zu Tische lud und hier „auf das Wohl seines alten lieben Lehrers, des Direktor Bonnell“, der ihn selbst und nun die Söhne an das Ziel der Gymnasialstudien geführt hatte, ein Hoch ausbrachte „und damit zugleich den Dank an die übrigen Lehrer seiner Söhne verband“, das ist schon früher*) erzählt worden. Beide Söhne bezogen dann die Universität Bonn und traten hier am 1. Oktober als Einjährigfreiwilliger in das Königshusarenregiment ein.

Nur eine Woche aber nach jenem schönen häuslichen Feste, am 16. März 1869, stellte sich nachts bei Bismarck ein starker Anfall von Magenkrampf ein, der von neuem daran gemahnte, daß die Gesundheit des Riesen erschüttert sei. Bei der drangvollen Arbeit jener Wochen — sowohl im Reichstag als in der auswärtigen Politik — gönnte sich Bismarck erst gegen Ende des Monats, am 27. März, einen kurzen Ausflug nach Varzin, der zudem auch wegen geschäftlich-baulicher Anordnungen nötig war. In der hei-

---

*) Band I S. 23.

meligen Stille und im sprossenden Frühlingsweben seiner pommerschen Wälder feierte er am 1. April seinen 54. Geburtstag, kehrte aber noch am Abend dieses Tages in die Hauptstadt zurück. Des Königs zarter und huldvoller Sinn hatte ihm diesmal eine eigentümliche Geburtstagsfreude bereitet, indem zu Ende März eine Kabinettsordre den vier zu einem Gemeindeverband vereinigten Ortschaften Karsy, Bobry, Budy und Zwirjohoslaw im Kreise Pleschen statt dieser bisherigen besonderen Ortsnamen den gemeinsamen Namen Bismarcksdorf beilegte.

Zu einer höchst interessanten Aussprache über seine Politik gegen Frankreich und über die künftigen Aufgaben Frankreichs und Deutschlands bot dem Grafen Bismarck Veranlassung die Zusendung eines Werkes des Grafen Alfred de La Guéronnière auf Schloß Thouron in Frankreich. Bismarck dankte dem Grafen am 26. April 1869 in folgendem (hier aus dem Französischen übertragenen) Schreiben: „Die Botschaft Sr. Majestät in Paris hat mir Ihr Buch über die nationale Politik übersandt, welches Sie gütig für mich bestimmten, und das ich mit jenem Interesse lese, das sich an den Namen seines Verfassers knüpft. Ich bin Ihnen, Herr Graf, sehr verbunden für die Würdigung, die Sie, vom deutschen Gesichtspunkt aus, der Politik angedeihen lassen, als deren Vertreter Sie mich bezeichnen. Diese Würdigung scheint mir jedoch, wie Sie mir zu sagen erlauben mögen, die Wirkungen dieser Politik zu übertreiben, indem Sie meinen, daß sie die Größe Ihres Vaterlandes in Schatten stelle. Ich möchte gerne glauben, daß die Mehrheit Ihrer Landsleute Ihre Anschauung nicht teilt. Die französische Nation ist zu groß, zu stark und zu stolz, um den Befürchtungen zugänglich zu sein, welche Sie ihr zuschreiben. Ich bin überzeugt, Herr Graf, daß die Zukunft, welche Sie voraussehen, wie Sie selbst sagen, nur ein böser Traum ist, welcher vor der Wirklichkeit verschwinden wird, und diese letztere wird Ihnen, nach meiner Ansicht, nur das gute Einvernehmen zweier benachbarter und mächtiger Nationen zeigen, die an der Spitze der Zivilisation marschieren und keine andere Nebenbuhlerschaft kennen als die, welche ihnen die

gemeinsame Pflicht auferlegt, ihre Kraft im Dienste der Humanität nutzbar zu machen. Genehmigen Sie, Herr Graf, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung. v. Bismarck.“ Dieses Schreiben war besonders bedeutsam bei der damaligen Richtung der amtlichen französischen Politik, die, wie wir sehen werden, auf ein Angriffsbündnis mit Österreich und Italien gegen Deutschland jetzt noch eifriger hinarbeitete, als 1867; um so gewichtiger, da sich Stimmen erhoben, welche das Werk des Grafen La Guéronnière als von der Pariser Regierung inspiriert bezeichneten. Mit seiner schrankenlosen Offenheit und Wahrheitsliebe versicherte Bismarck dagegen, daß Deutschland Frankreich gegenüber keinen anderen Ehrgeiz habe, als den des Wetteifers in allen Werken des Friedens und der Kultur. Hätte doch Frankreich dem Manne, der nie gelogen hat, Glauben geschenkt! Welche Flut von Thränen und Blut, wie viele Milliarden an Kriegskosten und Kriegsrüstungen während dreier Jahrzehnte hätten beide Völker erspart, ja ganz Europa mit ihnen!

Auch am 7. Mai 1869 brachte das zweite Garderegiment dem Bundeskanzler aus Anlaß des Jahrestages des Cohen'schen Attentates wieder die übliche Morgenmusik dar. Am 15. Mai ging Bismarck dann wieder auf eine Woche nach Varzin, aber schon am 20. wurde er durch seine Amtspflichten im Parlament und in der auswärtigen Politik zur Rückkehr nach Berlin genötigt. In den Tagen vom 13. bis 20. Juni begleitete er den König auf einer Reise in die neue Provinz Hannover und zur Besichtigung des Jahdebusens. Die Reise ging über Bremen, Bremerhaven, Oldenburg, Hoppens-Wilhelmshaven zur Besichtigung der Jahde, zu Wagen über Sande, Jever, Wikmund nach Aurich, von hier mit der Bahn nach Emden, dann nach Lingen, Bentheim und Osnabrück, von hier nach Berlin zurück. Überall wurden dem Könige und dem Kanzler stürmische Huldigungen dargebracht. In Bremen sprach der König: „Sie haben mir von den Ereignissen gesprochen, welche eine so glückliche Wendung der Dinge in Deutschland herbeigeführt haben, und dabei auch meiner besonders gedacht. Aber auch mir würde es nicht möglich gewesen sein, wenn der Allmächtige mir nicht so

ausgezeichnete Räte und Diener gegeben hätte." Dabei zeigte er auf den Grafen Bismarck. Bei dem Festmahl, welches der Senat von Bremen dem König gab, nannte dieser den Kanzler seinen „Mitstreiter".

Da am 22. Juni Reichstag und Zollparlament geschlossen wurden, so durfte Bismarck nun an eine längere Erholung denken, deren er so dringend bedurfte. Zunächst besuchte er am 25. und 26. Juni wieder einmal den alten Stammsitz Schönhausen, dann aber erbat er am 29. Juni vom Könige gleichwie im vorigen Jahre, behufs Wiederherstellung seiner Gesundheit, einen mehrmonatlichen Urlaub, unter Entbindung vom Vorsitz im Staatsministerium und von der Teilnahme an allen Beratungen desselben sowie unter Übertragung der Vertretung der Bundesangelegenheiten im preußischen Ministerium für die Dauer des Urlaubs an Delbrück. Der König willfahrte diesen Anträgen am 30. Juni in gnädigen Worten, und Bismarck reiste am 1. Juli früh nach Varzin ab. Hier verweilte er abermals über fünf Monate, bis zum 4. Dezember.

Aus diesen glücklichen Monaten stärkender Erholung sind zunächst einige reizende Briefe an Motley zu erwähnen. Am 7. August schrieb Bismarck: „Lieber Motley! Daß Du mir schriebst, war einer der besten Einfälle, die Du seit langer Zeit gehabt hast, und gewiß wirst Du viele gute haben. Deine Beschuldigung aber, daß ich Dir nicht geantwortet haben sollte, klingt mir ganz unglaublich; Du sagst es, also muß es wahr sein, aber das Bewußtsein meiner Tugend ist so stark in mir, daß ich lieber die Regelmäßigkeit des meiner Leitung anvertrauten norddeutschen Postdienstes anzweifle, als an meine persönliche Nachlässigkeit glaube. Keine Post taugt heutzutage etwas, die Welt wird überhaupt immer schlechter. Doubt that the stars are fire u. s. w., aber zweifle nicht an meiner Tugend. Seit drei Wochen lag das Papier fertig, um Dir nach London zu schreiben und Dich zu fragen, ob Du nicht eine Woche oder zwei für mich übrig habest; zur Genugthuung für Deine heimliche Flucht über See solltest Du uns die Freude machen, alle Tinte, Häusermieten und Engländer auf einige Zeit

aus Deinem Sinne zu verbannen und Deinen Wigwam in die pommerischen Wälder zu verlegen. Die Sache ist heute so leicht für einen ozeanischen Reisenden, wie es früher war von Berlin nach Göttingen zu fahren. Du gibst Deiner Frau Gemahlin den Arm und besteigst mit ihr ein Cab, bist in 20 Minuten auf dem Bahnhofe, in 30 Stunden in Berlin und von dort in einem halben Tage hier, um 9 Uhr aus Berlin fahrend, bist Du zu Mittag bei uns. Es wäre reizend; meine Frau, Tochter, ich und Sohn, die ich in zwei Tagen erwarte, würden sich kindisch freuen und wir wollen dann wieder ganz so lustig sein wie in alter Zeit. Ich selbst kann augenblicklich nicht reisen, ohne alle Gründe umzustoßen, aus denen ich Urlaub habe. Sonst sucht' ich Dich auf, um Dich hier in die Backwoods (Hinterwälder) abzuholen; aber bitte komm, wirf alle Sorgen und Bedenken hinter den Ofen, die findest Du da unversehrt wieder bei Deiner Rückkehr, und richte Dich ein auf kurze oder lange Zeit, je länger je lieber, aber mach uns die Freude und komm her. Ich bin so in den Gedanken schon eingelebt, daß ich krank werde, wenn Du nein sagst, und das würde die übelsten Einflüsse auf die ganze Politik haben. Empfehle mich Deiner Frau Gemahlin zu Gnaden. Dein treuer Freund v. Bismarck."

Am Schlusse eines in anderem Zusammenhange schon mitgeteilten weiteren Briefes an Motley aus Varzin vom 29. September, der von Bancrofts Erhaltung in Berlin handelt, schreibt Bismarck: „Mir geht es sonst hier gut, ich schlafe allmählich besser, aber noch zu spät am Tage, um arbeitsfähig zu sein, täglich von vier bis elf, früher nicht. Daß Du uns nicht besuchen kannst, thut mir über alles leid; meine Frau hatte sicher darauf gerechnet; im Winter aber in Berlin rechne auch ich darauf; für uns hausbackene Deutsche bist Du nun schon zu vornehm geworden; behaglicher würdest Du bei uns leben, als dort am Ozean vis-à-vis von zu Haus. Meine herzlichsten Empfehlungen an Deine Frau Gemahlin und dieselben von meinen Damen. Dein v. Bismarck."

Am 10. Oktober endlich schrieb Bismarck dem Freunde aus Varzin: „Mein lieber Motley! Da ich sehr stolz darüber bin, daß

Deine Damen mich photographiert zu sehen wünschen, so beeile ich mich, Dir zwei melancholische Zivilisten und einen fetten melancholischen Herrn, der nicht ein bischen bekümmert scheint durch all die Plage, der Minister und parlamentarische Thätigkeit unterworfen sind. Ich müßte überaus zufrieden sein mit der Ehre ihrer Zulassung in die Albums der Damen; aber wenn Du so gut sein wolltest, mir eine Gegenleistung in männlichen und weiblichen Porträts zu machen, so würde ein solcher Akt von Herzensgüte meine häusliche Autorität vermehren und befestigen. Ich bin Dir für Dein rasches Vorgehen in der Sache Bancrofts sehr verbunden. Von Berlin schreibt man mir, daß nach seiner eigenen Meinung seine heimatliche Stellung eine sichere sei; aber es ist Thatsache, daß französischer Einfluß gegen ihn am Werke ist, und daß man in Paris glaubt, es sei gelungen, ihn abzusetzen.*) Ich verliere so sehr die Gewohnheit englisch zu sprechen, da Loftus in Berlin**) der einzige Mensch ist, der mir dazu Gelegenheit gibt, und schreiben könnte ich es nie ohne Wörterbuch, da ich es nach dem Schall und aus der Übung erlernt hatte. Entschuldige obigen Versuch, den ich als Schulexerzitium für mich ansehe. Ich weiß nicht, ob ich bald nach Berlin gehe, vor dem 1. Dezember schwerlich. Ich möchte gern abwarten, ob mir der Landtag den Gefallen thut, einige meiner Kollegen zu erschlagen; wenn ich unter ihnen bin, so kommt die Schonung, die man mir gewährt, den andern auch zu gut. Unsere Verhältnisse sind so sonderbar, daß ich zu wunderlichen Mitteln greifen muß, um Anbindungen zu lösen, die gewaltsam zu zerreißen mir manche Rücksichten verbieten. Jedenfalls hoffe ich, sobald ich wieder in der Stadt bin, näheres über Deinen Urlaub zu hören und Gewißheit über die Zeit Deines Besuches zu bekommen; dann wollen wir uns einander einmal wieder in Logiers Haus an eine Schachpartie setzen und darüber streiten, ob Byron und Goethe miteinander in Vergleich zu stellen sind. Wir waren damals, glaube ich,

*) Bis hierher ist der Brief in englischer Sprache.

**) der englische Botschafter.

bessere Menschen in besseren Zeiten, d. h. jünger. Empfehle mich Deinen Damen. Dein v. Bismarck."

Tragen die Briefe Bismarcks an den treuen Jugendfreund Motley vor allem das Gepräge des liebenswürdigsten Humors, so sind diejenigen an Roon aus derselben Zeit zwar ebenfalls von den Gesinnungen echtester Freundschaft beseelt, aber natürlich weit ernsteren Inhalts. Den Anlaß zu dem ersten dieser Briefe gab folgender Vorgang in einer Sitzung des Staatsministeriums in Berlin. Hier hatte ein Geheimrat R. die Meinung ausgesprochen, daß die Flottenbeamten auf Grund des Art. 53 der Bundes-Verfassung nicht mehr preußische, sondern lediglich Bundesbeamte seien. Roons preußisches Gefühl sträubte sich gegen diese Auffassung, er wurde aber überstimmt, und da Geheimrat Eck in Vertretung Delbrücks behauptet hatte, daß Bismarck der Auffassung des Geheimrats R. beistimme, so fragte Roon den Freund am 22. August brieflich an, ob Bismarck in der That dieser Ansicht sei, die Roon für so unpreußisch hielt, daß er sein Amt niederlegen wollte, wenn sie bei Bismarck und dem Könige Anerkennung finde. Bismarck antwortete ihm am 27. August aus Varzin: „Lieber Roon! Ihren Brief vom 22. erhielt ich gestern und erbrach ihn in der freudigen Erwartung, welche der lang entbehrte Anblick Ihrer Hand mir in dieser Einsamkeit nach andern weniger sympathischen Schriftzügen erweckte. Leider sah ich bald, daß es sich um eine geschäftliche Frage handelte, von der ich bereits Kenntnis erhalten hatte, ohne ihre Dimensionen so hoch zu veranschlagen, wie sie sich in Ihrer Auffassung darstellen. Ich hätte nicht geglaubt, daß über diese Frage, die staatsrechtliche nämlich, eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns eintreten könnte oder vielmehr vorhanden wäre, noch weniger, daß Sie aus derselben eine Kabinettsfrage machen würden. Die prinzipielle Streitfrage ist in erster Linie eine staatsrechtliche, in zweiter eine juristische. Sie in der zweiten zu beurteilen, bin ich nicht hinreichend geschult und vermag noch nicht auf den Standpunkt zu verzichten, von welchem aus ich die Immunität aller Bundesbeamten gegenüber der preußischen Kommunal-

steuer behaupten möchte, gewissermaßen die Exterritorialität gegenüber den Landesregierungen. Staatsrechtlich aber vermag ich die Bestimmungen der Bundes-Verfassung im Art. 53 nur dahin auszulegen, daß die norddeutsche Marine eine Bundesmarine ist. Wir haben dieses Resultat bei Herstellung der Verfassung sorgfältig und bewußter Weise erstrebt und darin nicht eine Verminderung der Stellung des Königs gesehen, zu der ich gewiß nicht die Hand geboten hätte, sondern einen Verzicht der übrigen Bundesstaaten zu Gunsten Sr. Majestät bezüglich der Flotte, wie er analog in betreff des Post- und Telegraphenwesens und mancher anderen juristischen Gebiete stattgefunden hat. Die Form, in welcher der König Kaiserrechte in Deutschland übt, hat mir niemals eine besondere Wichtigkeit gehabt; an die Thatsache, daß er sie übt, habe ich alle Kraft des Strebens gesetzt, die mir Gott gegeben, und daß unser Herr der Gebieter über die deutschen Seekräfte in vollstem Maße ist, steht außer Zweifel. Sollen wir denen, die nicht den Namen Preußen führen, die Unterordnung, ohne welche die Einheit unmöglich ist, durch äußerliche Formen erschweren? Gewiß nicht; in verbis simus faciles (in Worten seien wir nachgiebig), und in der Sache bleibt es dasselbe, mögen Sie die Flotte preußisch, deutsch oder norddeutsch nennen. Mecklenburg, Oldenburg, die Hansestädte waren 1866 unsere Bundesgenossen, denen wir, nach dem triftigen Entschlusse, den sie zu unseren Gunsten, gegen Hannover und viele Chancen, gefaßt hatten, Gewalt nicht anthun konnten. Sie haben ihrer Seehoheit und vielen anderen Rechten zu Gunsten des jedesmaligen Königs von Preußen bereitwillig entsagt, aber nicht zu Gunsten Preußens, sondern des Bundesoberhauptes. Denken wir uns in die Lage der Leute. Ihre Unterordnung hätte sich erzwingen lassen; aber die freiwillige ist doch ein großer Gewinn, und an der Freiwilligkeit hat der Name einen wesentlichen Anteil. Keiner von ihnen und keiner von uns bestreitet ein Deutscher, und für jetzt, ein Norddeutscher zu sein; aber das partikularistische und dynastische Gefühl widerstrebt der Einbeziehung unter die Benennung als Preußen. Hätten wir 1866 sofort das ‚Deutsch‘ oder auch ‚Nord-

deutsch' dem ‚Preußisch' substituieren können, wir wären jetzt schon um zwanzig Jahre weiter. Wie schwer solche Namen wiegen, das zeigt Ihr eigenes Beispiel, und Sie werden doch zugeben, daß wir beide und unser allergnädigster Herr geborne Norddeutsche sind, während vor etwa 170 Jahren unsere Vorfahren sich in höherem Interesse ruhig gefallen ließen, den ruhmreichen Namen der Brandenburger gegen den damals ziemlich verschollenen der Preußen zu vertauschen, ohne Preußen zu sein. Ich hoffe zu Gott, daß die Zeit kommen wird, wo unsere Söhne es sich zur Ehre rechnen werden, den Söhnen des Königs in einer deutschen Flotte und im deutschen Heer zu dienen. Dazu aber müssen wir uns Freunde mit dem ungerechten (?) Mammon der Redensarten machen*) und nicht als Preußen, wie an jeder anderen Spitze, auch an der des Partikularismus stehen.

„Sie sehen aus Vorstehendem, daß ich in dem ministeriellen Streite nicht, und zwar mit nationaler Schwärmerei grundsätzlich nicht auf Ihrer Seite stehe, obschon oder weil ich mit Begeisterung Preuße und Vasall des Königs, ja des Markgrafen von Brandenburg bin, und bei entstehender praktischer Spaltung bis zum letzten Atemzuge bleiben werde. Aber so lange die Gewässer in demselben Bette, und zwar in dem von uns gegebenen und beherrschten Bette fließen, ist es meines Erachtens nicht unsere Aufgabe, die Scheidelinie zwischen dem gelben Gewässer des Main und dem klaren unseres Rheines durch eine Betonung mit preußischer Flagge zu kennzeichnen. Vor allem aber scheint mir die Frage nicht von Bedeutung, daß Sie vor Gott und Ihrem Vaterlande durch dieselbe berechtigt würden, dem Könige in seinem 73. Jahre den Stuhl vor die Thüre zu setzen und auf ihre Kollegen, mich eingeschlossen, durch Ihr Ausscheiden einen Schatten zu werfen, der in der Armee und in der konservativen Partei die treuen Herzen beirren und zu der Frage berechtigen würde, ob an einer Sache, der der älteste Zeuge für dieselbe den Rücken dreht, nicht aus

*) Lukas 16, 9: „Machet Euch Freunde mit dem ungerechten Mammon".

Müdigkeit, sondern in grundsätzlicher Verurteilung, die königlichen und konservativen Interessen noch den berechtigten Anteil haben. Sie kennen die Leichtigkeit, mit der das Urteil der Massen durch das Beispiel einer Persönlichkeit wie die Ihrige bestochen wird, Sie wissen, wie begierig unter den Besten des Landes der Hang zur Kritik, die Mißgunst, die Beschränktheit jeden Vorwand ergreift, um den lange in der Tasche getragenen Stein auf die Regierung zu werfen, auf eine Regierung, deren Pfade ungebahnt und schwer zu kennen sind, wie die Hannibals über die Alpen. Sie sagen, und ich weiß es, daß Ihre persönliche Freundschaft für mich die alte ist, und als ich im September 62 ohne Bedenken in Ihre Hand einschlug, da habe ich wohl an Kniephof und Sabow gedacht, aber nicht an die Möglichkeit, daß wir nach sieben ruhmreichen Feldzugsjahren über die aktenmäßige Bezeichnung der Flotte in grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten geraten könnten. Was uns damals verband: das Streben, dem Könige in schwieriger Zeit zu dienen, gilt noch heute. Lesen Sie die Losung vom 14. August*) mit weltlicher Auslegung, wie sie sich mir aufdrängt; den Abschied erhalten Sie doch nicht, Sie haben einen Kampf mit dem Könige, aus dem Er als Sieger hervorgeht und Sie als Minister. Einen praktischen Erfolg könnte der Schritt höchstens dann haben, wenn wir seine Spitze nach einer anderen Seite zu wenden vermöchten" (Bismarck meint das Verlangen einer den Gemeindelasten entsprechenden Zulage an die Marinebeamten, um sie dem Landheere gleichzustellen), „dann müssen Sie zum 5. (September) mit dem Könige nach Stettin kommen. Ich würde in dem Falle sicher auch kommen und bitte um telegraphische Nachricht. Aber, wie immer die Sache sich entwickelt, keine Entschließung ab irato, und seien Sie gewiß, daß ich sie, wenn auch als Kollege anderer Meinung, doch als Freund mit Ihnen aus der Welt schaffe, wenn wir uns darüber besprechen können."

Zwei Tage später war Bismarck durch eine von weiblichen

*) Die nebenangeführte Stelle Ev. Lukas 16, 9.

Hofkreisen unterstützte Intrigue, die sich gegen den Generalpostdirektor v. Philippsborn richtete und bei welcher der König beredet worden war, für die Intriganten Partei zu nehmen, hart daran, selbst den Abschied zu fordern. Denn er schrieb am 29. August an Roon: „Verehrter Freund! Wehrmann wird Ihnen schon Mitteilung gemacht haben von der Postbombe, die bei mir einschlug, am Tage, nachdem ich mein bewegliches Schreiben an Sie abgelassen, ohne zu ahnen, wie schnell ich in eine der Ihrigen analoge Lage geraten würde. Ein Konzept zu einem amtlichen in Berlin zu mundierenden Schreiben an Sie wird Ihnen Wehrmann zeigen. Ich habe es eben diktiert, bin todmatt und gallenkrank und nehme daher Bezug auf das Elaborat, unfähig, es hier zu wiederholen. Ich weiß nicht, ob der Kabinets-Mühler einen anderen Postkandidaten in petto hat, oder ob er nur jene frivole Motivierung der allerhöchsten Entscheidung fabriziert hat, um irgend welcher weiblichen Einbläserei . . . den Mantel umzuhängen. Aber ich kann weder mit der Postkamarilla noch mit . . . . Intriguen bestehen, und niemand kann verlangen, daß ich Gesundheit, Leben und selbst den Ruf der Ehrlichkeit oder des gesunden Urteils opfere, um einer Laune zu dienen. Da mag der Kukuk noch ralliierter Hannoveraner sein, wenn die Leute en bloc für minorenn erklärt werden, oder Bundes- resp. Postkanzler, wenn man mit solchen Abfertigungen zur Ruhe verwiesen wird. Wenn der Karren, auf dem wir fahren, zerschlagen werden soll, so will ich mich wenigstens von dem Verdachte der Mitschuld freihalten. Es ist Sonntag, sonst fürchte ich, daß ich mich an Leib und Seele schädigen würde, um meinem Ingrimm Luft zu machen. Wir sind vielleicht beide zu zornig, um die Galeere weiter rudern zu können, man muß Herz und Gewissen aus bergisch-märkischem Aktienpergament haben, um das zu ertragen. Gute Nacht, wollte Gott, ich könnte schlafen. Ihr v. B.“

Die Folgen der Erregung Bismarcks über diesen Vorfall spiegeln sich in einem Schreiben vom 3. September an den Kommerzienrat Stahlberg in Stettin. Darin bedauerte der Minister, wegen erneuerten Unwohlseins die Absicht, beim Empfange des Königs in

Stettin anwesend zu sein, aufgeben zu müssen. Doch hatte sich bis zum 9. September das Leiden des Bundeskanzlers soweit gebessert, daß er an diesem Tage sich wenigstens zur Begrüßung des Königs im Schlosse Pansin bei Stargard einfinden konnte. Am folgenden Morgen um 8 Uhr hatte er Vortrag beim Könige. Um 9 Uhr wohnte er im Geleit des Monarchen dem Manöver bei, dann dem von den Ständen des Saatziger Kreises dargebotenen Festmahl. Nach dem Mahle hielt er dem König abermals Vortrag und ebenso am nächsten Morgen, den 11. September, wieder schon um 8 Uhr. Von Trampke aus kehrte er aber noch am nämlichen Tage nach dem geliebten Varzin zurück. Den Inhalt dieser Vorträge können wir aus seinen eben mitgeteilten und den unten noch folgenden Briefen an Roon vermuten.

Als ein anmutiger Beleg für Bismarcks Leutseligkeit mag hier ein kurzes Schreiben eingeschaltet werden, das er in diesen Tagen, am 3. September, aus Varzin an den Präses des Vohwinkler Landwehrvereins, den Eisenbahnstationsvorsteher Garenfeld richtete: „Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf das gefl. Schreiben vom 15. v. M., daß ich es mir zur Ehre rechnen würde, als Mitglied des Vereins aufgenommen zu werden und Sie bitte, mich dazu vorzuschlagen und den Herren Kameraden meinen verbindlichsten Dank für die Gesinnung auszusprechen, aus welcher Ihr Schreiben und der ehrenvolle Antrag, welchen dasselbe mir macht, hervorgegangen ist. v. Bismarck."

Die bereits angezogene weitere Korrespondenz mit Roon aber betraf in der Hauptsache die immer noch unausgetragenen Meinungsverschiedenheiten mit den „Gespielen" im preußischen Ministerium, namentlich mit v. d. Heydt über wirtschaftliche und finanzpolitische Fragen. Eine erstaunliche Fülle von Anregungen zu Reformen auf diesem weiten Gebiete hatte Bismarck auch 1869 nach allen Seiten hin gegeben. So hatte er bereits am 29. Januar ein Rundschreiben an die deutschen Bundesregierungen gerichtet, in welchem er dieselben Grundzüge für eine deutsche Eisenbahnreform schon andeutet, die er im folgenden Jahrzehnt im Reich und in Preußen durch-

zuführen bemüht war. Vor der Konzessionierung neuer Eisenbahnen möge man ihn von den neuen Eisenbahnprojekten benachrichtigen. Ferner gab er Mittel an zur Herstellung gleichmäßiger und herabgesetzter Gütertarife, indem er den im Art. 45 der Bundes-Verfassung aufgestellten Einpfennigtarif als das vom Gesetz vorgeschriebene Ziel bezeichnete. Am 11. Februar richtete er dann weiter ein Schreiben an den preußischen Minister Grafen Itzenplitz, welches die Beschränkung der Freikarten auf den Staatsbahnen auf ein dem Dienstinteresse entsprechendes Maß verlangte. Am 5. April teilte er dem Reichstag das Ergebnis der Erhebungen mit, welche über die Ausdehnung des Pfennigtarifs auf den Bahnen im Bundesgebiete stattgefunden hatten. Am 11. Juni forderte er von Itzenplitz die Vermeidung eines Wagenwechsels auf der Kreienser Linie zwischen Berlin und Köln und stellte nötigenfalls das Eingreifen des Bundeskanzlers auf Grund des Art. 44 der Bundes-Verfassung in Aussicht. Am 23. Juli folgte aus Varzin eine Rüge an den Minister v. d. Heydt über die mangelhafte Betriebsführung auf den pommerschen Eisenbahnen. Endlich am 11. Dezember richtete er an Itzenplitz ein Schreiben, welches die wirksamere Gestaltung der Bundesgewalt in Eisenbahnsachen behandelte, die Nachteile der Zersplitterung der deutschen Bahnen darlegte und die Notwendigkeit einheitlicher Betriebseinrichtungen und Bahnpolizeireglements, direkter Beförderung im Personen- und Güterverkehr und gleichmäßiger billiger Tarife entwickelte.

Dieselbe Fürsorge wie dem Eisenbahnwesen bewies Bismarck aber auch anderen Zweigen der nationalen Volkswirtschaft, ja sogar solchen, die vielleicht nach landläufiger, wenn auch keineswegs richtiger Ansicht nur eine untergeordnete Bedeutung beanspruchen können, so z. B. dem Fischereiwesen. Er ließ z. B. am 19. Februar 1869 den Ministern v. d. Heydt, Itzenplitz und Selchow eine Denkschrift zugehen, welche die Hebung der Fischerei auf offener See und die Förderung der Austernzucht behandelte, und am 4. März an ersteren noch die besondere Bitte folgen, über die Bedingungen unterrichtet zu werden, welche dem mit dem Korvettenkapitän v. St. Paul ab-

zuschließenden Vertrag über die Austernpacht an der Westküste Ostfrieslands zu Grunde gelegt worden seien. Am 11. März erging alsdann an den preußischen Handelsminister Itzenplitz seitens des Bundeskanzlers das Ersuchen, den Professor Möbius zu Informationen über die Austernfischerei an der französischen und englischen Küste in Begleitung des Bauinspektors Tolle in Norden zu entsenden. Am 12. Mai befürwortete er in einem Schreiben an den Berliner Polizeipräsidenten v. Wurmb das Vorhaben der norddeutschen Eiswerke, Seefische in besonderen Hallen auf Straßen und Plätzen zum Verkauf zu bringen. Ebenso zahlreich sind die Beweise dafür, welch lebhaftes Interesse Bismarck schon damals der deutschen Schiffahrt und dem deutschen Seehandelsverkehr zuwandte. So empfahl er am 25. April 1869 in einer Denkschrift den Ministern v. d. Heydt und Itzenplitz das Projekt einer deutsch-amerikanischen Handelsgesellschaft behufs Förderung der finanziellen und Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den überseeischen Ländern. Am 3. Juni sprach er dem Kaufmann Schulz in Stettin schriftlich sein wohlwollendes Interesse aus an dem Plane, eine direkte Dampfschiffverbindung zwischen Stettin und den Vereinigten Staaten herzustellen. Am 17. Juni begutachtete er in einer Denkschrift an Delbrück zustimmend den Wunsch der britischen Regierung, deutscherseits möge der auf Grund des englischen Seerechts (Sect. 448 der Merchant shipping Act von 1854) fungirende Receiver of wreck (Verwahrer oder Empfänger eines gestrandeten Schiffes) ermächtigt werden, die eidliche Vernehmung zur Feststellung der Ursachen der Strandung auch bezüglich derjenigen deutschen Schiffe zu bewirken, welche in den die britischen Inseln umgebenden Meeren außerhalb des dreimeiligen Küstenrayons verunglücken. Dementsprechend erklärte am 28. Juli Delbrück in einer amtlichen Note das Einverständnis der deutschen Bundesregierungen mit diesem englischen Antrage. Am Schlusse dieser kurzen Aufzählung mag das Schreiben Erwähnung finden, das Bismarck am 1. Oktober an den Rheder Gustav Behn in Hamburg richtete, zur Anerkennung der Energie, mit welcher letzterer und seine Freunde „dafür gear-

beitet haben, dem Versicherungswesen der deutschen Schiffahrt und des deutschen Seehandels in dem Germanischen Lloyd eine vom Auslande unabhängige Grundlage zu geben." Daran wurde der Wunsch geknüpft, daß „deutsche Ausdauer und Geduld die großen äußeren Schwierigkeiten des Unternehmens glücklich überwinden werden."

Begreiflicherweise aber bildete die Steuer- und Finanzpolitik des Bundes und Preußens den Hauptgegenstand der volkswirtschaftlichen Mühen und Sorgen des Bundeskanzlers, und wir sind vollberechtigt und handeln ganz im Sinne seiner späteren Aussprachen in amtlichen Denkschriften und in den Parlamenten, wenn wir diese Mühen und Sorgen und die Vorschläge und Anregungen zu deren Bewältigung zu den Privatangelegenheiten, den „persönlichen Erlebnissen" Bismarcks in jenen Jahren rechnen. Denn amtlich fühlte er sich dazu durchaus nicht berufen und verpflichtet, hielt das vielmehr für das Wirkungs- und Arbeitsgebiet des preußischen Finanzministers und der Räte für Volkswohlfahrt im Bundeskanzleramt. Er nennt in einem Votum im preußischen Staatsministerium am 8. April 1869 zum ersten Male die Börsensteuer und namentlich die Besteuerung ausländischer Wertpapiere als eine der lieblichsten Blüten in einem brauchbaren Steuerbouquet. Wenige Tage darauf, am 12. April, bethätigt er wieder einmal seine rege Sorge für den kleinen Mann, indem er in einem Schreiben an den Färbermeister Sommer in Schweidnitz die Härten der Mahl- und Schlachtsteuer anerkennt. Die Ungeduld und Unzufriedenheit Bismarcks mit der Unthätigkeit oder dem Ungeschick der für diese Reformen verantwortlichen Minister und Räte war erklärlich genug. Denn durch die gewaltigen nationalen und wirtschaftlichen Fortschritte Deutschlands seit 1866 hatten sich die finanziellen Lasten des Bundes, des Zollvereins, der Einzelstaaten, wesentlich erhöht — man denke nur an das einzige bereits erwähnte Bundes-Gesetz, betr. die Kriegsdienstpflicht vom 9. November 1867. Wie dieses eine Gesetz schon die norddeutschen Bundesstaaten nöthigte, je 225 Thaler für ein Prozent der Bevölkerung jährlich aufzubringen, so hatten anderer-

seits die bedeutenden Zollherabsetzungen in dem Handelsvertrage mit Österreich vom 9. März 1868 und der neue freihändlerische Vereinszolltarif vom 25. Mai 1868 die Einnahmen des Zollvereins wesentlich herabgemindert, und zur Deckung für all diese neuen Lasten und Ausfälle waren bis zum Herbst 1869 im norddeutschen Bundesgebiet erst die Salzsteuer, die Einkünfte aus dem neuen Posttarif (Gesetz vom 4. November 1867) und aus der Wechselstempelsteuer (Gesetz vom 10. Juni 1869) bereit gestellt und im Zollgebiete die Tabak- und Zuckersteuer-Erträgnisse (Gesetze vom 26. Mai 1868 und 26. Juni 1869). Alles Übrige war abgelehnt, namentlich der Petroleumzoll und die Erhöhung des Zolls auf auswärtigen Tabak.

Das preußische Budget litt unter diesen Verhältnissen an einem zweifellosen Defizit, und wir sahen Bismarck schon 1868 bemüht, durch das offene Bekenntnis dieser Thatsache und durch Ankündigung direkter Steuerzuschläge die Parlamente zur Bewilligung höherer indirekter Steuern gefügig zu machen. v. d. Heydt hatte bis dahin jedoch diesen finanzpolitischen Ratschlägen des Ministerpräsidenten mit Erfolg Widerstand geleistet und schickte sich jetzt an, das fühlbar mangelnde Geld dadurch rascher in die königlichen Kassen zu bringen, daß er die übliche sechsmonatige Kreditfrist für die Rübenzucker- und Branntweinsteuer auf drei Monate herabsetzte. Für weite landwirtschaftliche Kreise wäre das ein fast vernichtender Schlag geworden, zumal da die Landwirtschaft der östlichen preußischen Provinzen schon seit einigen Jahren unter der Ungunst der Ernten schwer gelitten hatte. Da riß dem Grafen Bismarck die Geduld. Am 15. September richtete er aus Varzin an Wehrmann eine Denkschrift, in der er das Unzulässige dieser Palliativ-Maßregel und die Notwendigkeit dauernder Erhöhung der Einnahmen des norddeutschen Bundes eingehend darlegte. Als das nichts half, verlangte er beim König unmittelbar die Entsendung des Ministers Grafen Eulenburg nach Varzin, um mit diesem zu beraten, was zu thun sei. Die treue Gattin aber ließ gleichzeitig den alten Jugendfreund des Gemahls, Moritz von Blanckenburg,

kommen. Er traf am 30. September in Varzin ein und erstattete von dem, was er hier beobachtet, am 1. Oktober, vor Eulenburgs Eintreffen, dem „Onkel Albert“ (Roon) folgenden Bericht: „B(ismarck) hat mich gebeten, daß Du doch Selchow einen Anstoß geben mögest, daß er sich wenigstens der ländlichen Interessen im Staatsministerium annimmt, die Heydt mit Reduktion der Kreditfristen von sechs Monaten auf drei Monate wiederum schädigen will. B. ist darüber erregt, erstens daß diese Operation allein dazu geschehen soll, das eigentliche Defizit zu verdecken; zweitens ist er auch der Meinung, daß diese Reduktion dem Lande einen empfindlichen Schnitt versetzt, und ärgert sich, daß außer ihm niemand diese Interessen wahrnimmt. Dies alles ist nun aber eine völlige Nebensache in meinen Augen im Vergleich mit der ganzen Situation, die ich hier vorgefunden habe. Ich finde B. fest entschlossen, unter allen Umständen sich ganz auf den Bund zurückzuziehen, wenn der König nicht mindestens Heydt entläßt.“ Nachdem dies näher ausgeführt ist, beklagt Blanckenburg Bismarcks krankhafte, sehr reizbare Stimmung und fährt dann fort: „Mir scheint, daß Du energisch B. helfen mußt, den König zu überzeugen H. zu entlassen, auch womöglich Selchow, wiewohl dies mehr negativ ist. Ich glaube, dann ließe sich der Lappen flicken. Otto will hier bleiben, gar nicht zum Landtag kommen und will wohl nichts lieber, als daß der Landtag alles ablehnt.“

Dem am 1. Oktober in Varzin eintreffenden Grafen Eulenburg muß dann Bismarck ebenso deutlich als dem Freunde Moritz die Notwendigkeit von Heydts Abgang klar gemacht haben. Denn am 8. Oktober schreibt Blanckenburg an Roon aus Zimmerhausen: „Am letzten Abend in Varzin hatte ich noch ein langes Gespräch mit Eulenburg, der mir mitteilte, was man plante, um Heydt zu beseitigen. Ich bin ganz einverstanden, und B. wird auch nicht krank werden, wenn ihm (d. h. v. d. Heydt) der Schwarze Adler umgehängt wird.“ Die Einleitung dieses Vorgehens bildete jedenfalls das energische Schreiben Bismarcks an v. d. Heydt vom 2. Oktober aus Varzin, in welchem die unheilvolle Wirkung einer

Verkürzung der Steuerkreditfristen nachdrücklich entwickelt wurde. Am 26. Oktober kam v. d. Heydt in der That um seine Entlassung ein. Eine Etatsüberschreitung dieses Ministers, für welche Bismarck beim Landtag Indemnität nachsuchen mußte, nötigte ihn am 10. Februar 1870 bei einer Rede im Abgeordnetenhause, auf die zwischen ihm und v. d. Heydt bestandenen Meinungsverschiedenheiten kurz einzugehen. Aber er that das mit größter Schonung: „An seinem Patriotismus, an seiner Redlichkeit werden wir nicht zweifeln, höchstens an seiner Bedachtsamkeit in Fällen wie der hier getadelte. Daß es mir schwer geworden ist, mit dieser offenen Darlegung der Vergangenheit vor Sie zu treten, können Sie mir glauben, nachdem ich mit dem früheren Herrn Finanzminister zusammen ereignisreiche Zeiten im Amte durchlebt habe, und er in einer schwierigen Epoche (1866), wo uns seine einsichtsvolle, rasche und energische und vor der Verantwortlichkeit nicht zurückschreckende Hilfe die wesentlichsten Dienste geleistet (Beifall rechts), keinen Augenblick gezögert hat, einzutreten. Das Andenken an diesen, meines Erachtens in seinen Wirkungen unzerstörbaren, in unserem Staatsleben fortwirkenden großen Dienst, den der frühere Herr Finanzminister uns geleistet, hat mich abgehalten, Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihm und mir über die Verwaltung der Finanzen bestanden, so scharf zu accentuieren, wie Sie vielleicht Ihrerseits erwarten.“ An v. d. Heydts Stelle trat Camphausen.

Der soeben erwähnte Brief Blanckenburgs an Roon vom 8. Oktober 1869 ist auch deshalb von besonderem Interesse, weil er uns Bismarcks damalige Lebensführung genau schildert. Darüber heißt es: „Ich habe ihm (Bismarck) übrigens, da es mir in V(arzin) unmöglich wurde, mich völlig auszusprechen, in diesen Tagen ausführlicher geschrieben. An seine Krankheit kehre ich mich gar nicht mehr — die ist unheilbar, wenn er in V. fortfährt, so ungesund zu leben wie bisher. Sehr spätes Aufstehen und dann wie ein Förster bis 5 Uhr draußen, essen (und wie!) um 5, 6, 7 Uhr anfangend je nachdem, eine halbe Stunde Billard und dann die eigentliche nicht zu vermeidende Arbeit 10, bis 11 Uhr — und

das bewußte kalte Nachtessen — natürlich kein Schlaf bei zerstörter Verdauung."

Bismarcks Befinden war in der That noch gegen Ende Oktober so übel, daß er an der silbernen Hochzeit der geliebten Schwester Malwine in Kröchlendorf nicht teilnehmen konnte. Er mußte ihr am 28. brieflich seine herzlichen Glückwünsche darbringen und sich in den Tagen vom 29. Oktober bis 1. November durch die Gemahlin im Arnim'schen Hause in Kröchlendorf vertreten lassen. Seinen Gesundheitszustand um drei Wochen später schildert er selbst am 20. November in den Worten: „Lieber Roon! Ich wollte Ihnen noch einige Zeilen wegen Delbrücks künftiger Stellung schreiben, um Ihnen ein desfallsiges Anliegen zu empfehlen, welches Wehrmann dem Staatsministerium vortragen soll. Aber ich befinde mich in einem Zustande, den die Ärzte als Karlsbader Krisis bezeichnen und der mich vollständig erschöpft; ich werde zur leeren Flasche, wenn das morgen so beibleibt. Sitzen und Schreiben ist mehr, als ich ohne Übermüdung leisten kann, und der Königliche Herr, durch badische Familienkorrespondenz gestachelt, schreibt mir eigenhändige Briefe, deren Beantwortung einen politisch-historischen Doktorkursus manu propria von mir verlangt. — Ich muß zu Bett und vorher noch où vous savez; ich bitte nur, lassen Sie mir Delbrücks Auditoriat im Staatsministerium und seinen Ministertitel im Bundesrate*) mit Wohlwollen passieren, es gehört beides zu meinem Handwerkszeuge, wenn ich bequemer arbeiten soll. — Wie sind Sie mit Camphausen zufrieden? Ich schließe meine Kur mit heut, soll noch drei Wochen still sitzen und Diät halten (in der Gänsezeit!) und hoffe dann Weihnachten mit Ihnen zu feiern. In alter Freundschaft Ihr v. B."

Höchst bezeichnend für das schöne Verhältnis der beiden Männer ist Roons Antwort vom 23. November: „In Beantwortung Ihres freundlichen in kritischen Zuständen, hoffentlich nicht nach 10 Uhr

*) d. h. Delbrück sollte titulierter Staatsminister werden, zur Erhöhung seines Ansehens im Bundesrate und mit der Befugnis, den preußischen Ministersitzungen ohne Stimmrecht beizuwohnen.

abends (!) geschriebenen Briefleins vom 20. d. M. erwidere ich, daß ich, schon bevor mir Wehrmann Ihre Konzepte zur Einsicht vorgelegt, fest entschlossen war, Ihren Wünschen in Betreff Delbrücks, ungeachtet mancher nicht ermutigenden Erinnerungen an seine Geschäftsführung, unbedingt zuzustimmen. So selbstsüchtig und — unweise bin ich nicht, daß ich nicht bereitwillig die Hand zu allem böte, was Sie erleichtern und uns erhalten kann. Ich bin ein alter Stümper, ein müder Mann, der sich am liebsten mit den Händeln dieser Welt gar nicht abgäbe und der nur aus Pietätsrücksichten auf dem innehabenden Sessel für eine kurze Zeit noch verharret, während die Welt von Ihrer Thätigkeit noch Zeichen und Wunder erwartet und erwarten, ja verlangen kann und muß. Dieser meiner Auffassung gemäß habe ich bereits gestern die Zustimmung des Staatsministeriums kurzer Hand beantragt und erhalten, so daß der Antrag an den König unverweilt abgehen kann, sobald Sie ihn vollzogen haben werden. Auch habe ich mich durch eine vorläufige Besprechung mit Sr. Majestät dessen versichert, daß der Antrag eine gnädige Aufnahme finden wird. — Mit Camphausen bin ich bis jetzt wohl zufrieden, kann Ihnen aber nicht bergen, daß mir das (liberale) Triumvirat Delbrück-Camphausen-Wehrmann in Ihrer nächsten Umgebung Gedanken macht. — Zum Schluß nur noch ein Wort freundlicher Ermahnung aus vollem Herzen. Wenn Sie nun durch das Karlsbader Wasser wirklich wieder zur Reinigung Ihres inwendigen Menschen und zur körperlichen Gesundheit gelangen, so dürfen Sie ohne grobe Versündigung nicht wieder in Ihr altes Lasterleben (Aufstehen zu Mittag, Schlafengehen nach Mitternacht, Massenspeisen am Tage, Arbeiten bei Nacht u. s. w.) verfallen. Sie sollen vielmehr Gott danken und dem Lande dienen mit der ganzen Fülle Ihrer Ressourcen — was Sie aber nicht vermögen, wenn Sie wiederum in den alten Pfuhl geraten. Sollte Ihre Energie nicht hinreichen, um Ihrer extravaganten Natur die Lebensführung eines ehrsamen deutschen Hausvaters aufzunötigen? Das müssen Sie können! Und das erbitte ich mit dem warmen Eifer wahrer Freundschaft als Ihr alter Roon." Diesem Freunde gab Bismarck

in einer längeren Antwort vom 28. November über seinen damaligen Gesundheitszustand folgenden Bericht: „Die Karlsbader Mattigkeit verliert sich langsam, aber seit gestern reite ich wieder und habe mehr Zutrauen. Meine Frau schalt neulich, daß Sie kein Wort von den Ihrigen geschrieben und meinte, Sie pflegten doch sonst nicht ein so herzloser Geschäftsmann zu sein; deshalb füge ich hinzu, daß es meinen Damen gut geht, meinem Schwiegervater etwas matt. Herzlich der Ihrige v. B."

Schon der Schluß dieses Briefes, die Erkundigung nach dem Befinden von Roons Angehörigen, würde uns Bismarcks früher ausgesprochene Absicht bestätigen, noch „bis Weihnachten" in Varzin zu verweilen. Aber eine sehr ernste Nachricht nöthigte ihn und die Seinen zur plötzlichen Abreise. Aus Bonn nämlich kam die Kunde, daß Graf Herbert v. Bismarck an einem Schädelhieb, den er bei einer Mensur erhalten, lebensgefährlich erkrankt sei. Voller Bestürzung eilten Eltern und Schwester nach Berlin, wo sie am Abend des 4. Dezember eintrafen. Da indessen schon hier und am folgenden Tage günstigere Nachrichten einliefen, so gab Bismarck seinerseits die Reise nach Bonn auf und ließ Gemahlin und Tochter dahin allein gehen. Immer bessere Nachrichten kamen dann aus Bonn. In traulichem Verkehr mit dem Freunde Roon, mit Eulenburg und dem Könige verbrachte Bismarck die ersten Tage seines unfreiwilligen Aufenthaltes in Berlin. Am 6. Dezember begleitete er Roon auf dessen neues Rittergut Gütergotz bei Teltow. Am 17. Dezember war er mit dem Könige zur Jagd in den Forstrevieren Grimnitz und Pechteich. Am 20. begab er sich zur Jagd nach Barby in das Revier des Freundes Dietze und schoß hier nicht weniger als 480 Hasen nebst 2 Rebhühnern. Von Barby reiste er am 23. direkt nach Bonn zur Feier des Weihnachtsfestes im Kreise seiner Familie und verweilte daselbst bis zum 29. Dann folgte er mit dem jüngeren Sohne Wilhelm und der Tochter einer Einladung des Herrenhausmitgliedes Grafen Gisbert Fürstenberg nach dem nahegelegenen Schloß Stammheim zur Jagd. Am Sylvesterabend kehrte Bismarck erfrischt mit den Seinigen nach Berlin zurück.

Wer hätte Bismarck weissagen mögen, daß er die nächste Weihnacht, den nächsten Sylvesterabend — in Versailles verleben werde, fern von Gattin und Tochter, fern von den Söhnen, die in Feindesland rühmlich für das Vaterland kämpften, das ihr Vater groß, stark, einig und siegreich gemacht hatte!

Nichts ließ solches ahnen, als die Glocken das Jahr des Heils 1870 einläuteten! In jeder Beziehung ließ sich das neue Jahr so friedfertig und gemütlich für Bismarck an wie irgend eines der früheren. Er brachte dem geliebten König am Neujahrstage seine herzlichen Glückwünsche dar; er jagte mit ihm und dem Hofe am 7. Januar auf der Insel bei Potsdam, am 14. im Grunewald, am 21. mit dem Kronprinzen auf der Britzer Feldmark. Am 16. traf die Gemahlin mit den beiden Söhnen von Bonn in Berlin ein. Wer konnte ein friedfertigeres Dasein und Jahr verlangen?

Einen bedeutsamen nationalen Fortschritt brachte der 1. Januar den Deutschen: das preußische Ministerium des Auswärtigen war auf den Bund übergegangen. Erst recht entbrannte Bismarcks volkswirtschaftlicher Reformeifer aber nun, da er mitten im Wirkungskreise der Hauptstadt sich befand. Da seine Ideen zur Eisenbahnreform bisher bei den preußischen Ministern und den Räten des Bundeskanzleramtes so wenig Gegenliebe gefunden hatten, richtete er am 10. Januar als Vorsitzender des preußischen Staatsministeriums ein Schreiben an sich selbst, als den Kanzler des Norddeutschen Bundes, bezüglich der wirksameren Organisation der Bundesgewalt in Eisenbahnsachen, um eine Kräftigung der nationalen Sympathien für die Bundeseinrichtungen herbeizuführen. Es fehlte also nun — da der Bundeskanzler Graf Bismarck dieser Denkschrift des preußischen Ministerpräsidenten Grafen Bismarck zweifellos zustimmen würde — bloß noch an der Gefügigkeit der übrigen Bundesregierungen. Aber zur Brechung dieses Widerstandes sollte selbst Bismarcks Kraft nicht ausreichen. Indessen wollte er wenigstens, soweit seine Macht reichte, reformieren, und hatte sich hierzu als Feld zunächst die Pommerschen Bahnen erkoren, deren ungenügende Leistungen er aus traurigen eigenen Erfahrungen kannte. Am 21. Januar richtete er ein amtliches Schrei-

ben an Itzenplitz, das den Ausbau des pommerschen Eisenbahnnetzes und die Vereinfachung des dortigen Bahnbetriebes verlangte. Am 24. ließ er eine weitere Denkschrift dem Ministerialdirektor Weishaupt zugehen, welche die Notwendigkeit erheblicher Frachtermäßigungen auf den pommerschen Eisenbahnen und einer kräftigeren Handhabung der Einschreitungsbefugnisse des Norddeutschen Bundes nach den Artikeln 42 bis 45 der Bundesverfassung betonte. Endlich ließ er am 26. Januar an Itzenplitz ein Schreiben ergehen, in welchem er die Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen Ausführung des Nordostseekanals, unter Leitung und auf Kosten der Regierung und unter Mitwirkung der dabei interessierten Staaten des norddeutschen Bundes anregte.

Große Freude bereitete ihm die Erneuerung des Bismarckschen Familientages in Berlin am 14. Februar unter seinem Vorsitz im Hotel de Rome und das Erscheinen der Geschlechtsvettern zum Diner in seinem Hause am 15. Februar.

Auch seine allezeit lebendige Fürsorge für die Interessen der Landwirtschaft bekundete er in jenen Tagen in bemerkenswerter Weise, als am 18. Februar 1870 die norddeutschen Landwirte ihren dritten Kongreß in Berlin abhielten. Bismarck erschien persönlich in dieser Versammlung und sprach sich nachdrücklich zu Gunsten des auf der Tagesordnung stehenden dringlichen Antrages auf Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen im Bundesrate aus. Er erklärte hier mündlich und wiederholte es dem Vorsitzenden des Kongresses, Herrn v. Sänger-Grabowo, am nämlichen Tage noch schriftlich, daß nach seiner persönlichen Auffassung der Anspruch auf Vertretung der Landwirtschaft im Bundesrat und namentlich in dem des Zollvereins ein begründeter sei. „Ich erlaube mir hinzuzufügen," — so schloß dieses Schreiben — „daß ich meine Bemühungen, diesem Anspruche die amtliche Anerkennung und Erfüllung zu gewinnen, bereits begonnen habe und bitte Sie, dem landwirtschaftlichen Kongresse hiervon Mitteilung zu machen!"

Am 14. April 1870 begab sich Bismarck nach Varzin, wo er aber diesmal nur kurze Zeit zu verbleiben gedachte. Seine Absicht,

bald zurückzukehren, hatte er schon dadurch bethätigt, daß er auch in diesem Jahre die Abgeordneten des Reichstags auf jeden Sonnabend zu sich geladen hatte. Doch erkrankte er nach Mitte April in Varzin plötzlich an Gelbsucht, und zwar so heftig, daß der Sanitätsrat Dr. Struck am 18. berufen werden mußte. Die Krankheit war in der Hauptsache glücklicherweise überwunden, als die gefährliche Wendung, welche die Beratungen des norddeutschen Strafgesetzbuchs nach Mitte Mai genommen hatten, Bismarck, plötzlich am 21. Mai nötigte, nach Berlin zurückzukehren, um die wichtigste gesetzgeberische Arbeit der gesamten dreijährigen Legislaturperiode des Norddeutschen Bundes zum Ziele zu führen. Nachdem das zur Zufriedenheit gelungen war und er vom 1. bis 4. Juni den König zum Besuch des russischen Kaisers nach Ems begleitet hatte, schrieb er am 7. Juni aus Berlin an Roon, der in Gütergotz weilte: „Lieber Roon! Ich entfliehe morgen früh den Schlingen, die sich mit jedem Tage meines Bleibens stets von neuem um meine heimwärtsstrebenden Füße legen. Ich hoffe, daß wir uns anfangs August hier so wohl wieder sehen, wie wir es gegenseitig wünschen. Ich habe formell 6 Wochen Urlaub. Mit herzlichem Gruße in Reisehast Ihr von Bismarck.“ Am 8. Juni reiste er nach Varzin, in der festen Überzeugung, mindestens sechs Wochen in seinen pommerschen Wäldern der Ruhe pflegen zu können.

Mit derselben Friedenszuversicht entwickelte Roon in einem fast gleichzeitigen Briefe an den Neffen Blanckenburg (vom 22. Mai) seine Reisepläne bis tief in den Herbst hinein. So weit entfernt waren die beiden Männer, der Leiter der deutschen Politik und der Leiter des deutschen Heeres, auch nur von dem Argwohn, daß drüben im Westen ein Kriegsgewitter heraufziehen könne und daß mit kühlem Blute dort der Frevel vorbereitet wurde, Deutschland mitten im tiefsten Frieden kriegerisch zu überfallen!

Drittes Kapitel.

Bismarcks Anteil an der parlamentarischen Arbeit von 1868 bis Ende Mai 1870.

Der norddeutsche Reichstag trat im Jahre 1868 am 23. März zusammen. Die Thronrede des Königs, deren Verlesung Bismarck beiwohnte, zählte alle die Gesetzentwürfe und Staatsverträge auf, die den Reichstag beschäftigen würden. Am Schlusse hieß es: „Im Einverständnis mit Meinen Verbündeten habe Ich die in der Verfassung vorgesehene Vertretung des Bundes im Auslande hergestellt, und ist dieser Schritt zu Meiner lebhaften Genugthuung allseitig in dem Geiste aufgefaßt und erwidert worden, aus welchem er hervorgegangen war. Er hat die freundschaftlichen Beziehungen gefördert und befestigt, welche zwischen dem norddeutschen Bunde und den auswärtigen Mächten bestehen und deren Pflege und Erhaltung der Gegenstand Meiner unausgesetzten Sorgfalt bleiben wird. Ich darf daher der Überzeugung Ausdruck geben, daß der Segen des Friedens auf den Anstrengungen ruhen werde, welche Sie der Förderung der nationalen Interessen widmen wollen, zu deren Pflege und zu deren Schutz das gesamte deutsche Vaterland sich verbündet hat."

Das Wort ergriff Bismarck in dieser Reichstagssession zum ersten Male am 2. April, bei Beratung des Vertrages mit den Vereinigten Staaten über die Staatsangehörigkeit derjenigen Personen, welche aus dem Gebiete des einen Theiles in das des andern einwandern. Wechselseitig wurde in diesem Vertrage ausgesprochen,

daß jeder Angehörige des einen Gebietes, der in dem anderen fünf Jahre lang ununterbrochen zugebracht und daselbst die Staatsangehörigkeit durch Naturalisation erworben habe, von dem ursprünglichen Heimatstaat als Bürger des anderen Staatsgebietes anerkannt und behandelt werden solle. Wenn dagegen ein in Amerika (im Norddeutschen Bunde) naturalisierter Deutscher (Nordamerikaner) sich wieder in Norddeutschland (in den Vereinigten Staaten) niederließ, ohne die Absicht, nach Amerika (Norddeutschland) zurückzukehren, so sollte angenommen werden, daß er auf seine jenseitige Naturalisitation Verzicht leiste und die ursprüngliche Nationalität wieder annehmen wolle, falls er länger als zwei Jahre in dem ursprünglichen Heimatgebiete verweile. Der Berichterstatter der Kommission, der Abg. H. H. Meier-Bremen, beantragte Genehmigung des Vertrages. Den Sinn des letzteren erläuterte Bismarck, auf die Anfragen verschiedener Redner, dahin, daß ein Norddeutscher, der fünf Jahre ununterbrochen in den Vereinigten Staaten zugebracht und das dortige Bürgerrecht erworben habe, bei seiner Rückkehr nach Norddeutschland keinesfalls mehr zur deutschen Militärpflicht herangezogen werden könne, außer wenn er nach zweijährigem Wiederaufenthalt in Deutschland, und ohne die Absicht nach Amerika zurückzukehren, wieder Norddeutscher werde und sich dann überhaupt noch in einem militärpflichtigen Alter befände. Aber auch in einem derartigen Falle solle keinesfalls eine Bestrafung des wieder Deutsch Gewordenen zulässig sein, auch wenn er ursprünglich ausgewandert wäre, um sich seiner Militärpflicht zu entziehen. „Ich könnte es fast so ausdrücken", erklärte Bismarck, unter großer Heiterkeit, „daß wir die fünf Jahre Abwesenheit in Amerika, verbunden mit der Gewinnung des amerikanischen Bürgerrechts, als eine Erfüllung der Militärpflicht dem Norddeutschen Bunde gegenüber behandeln, wenn der nordamerikanische Bürger nicht durch seine rechtzeitige Wiederkehr eine neue Militärpflicht gegen den Norddeutschen Bund eingeht." — Lebhafter Beifall aber begleitete die Worte, mit denen Bismarck die Aufforderung zur Genehmigung des Vertrages begründete: „Ich bitte Sie, an der versöhnlichen und freundschaftlichen Handhabung

desselben keinen Zweifel zu hegen, sondern deren versichert zu sein zwischen diesem Bunde und dem jenseits des Weltmeeres, mit welchem uns die Bande der Blutsverwandtschaft in dem Maße verbinden, daß in keinem Lande außerhalb Deutschlands auch nur annähernd eine solche Anzahl Deutscher sich befindet, und daß in keinem Lande der Welt die Deutschen, die in allen Ländern der Welt sich als Gäste oder Auswanderer wiederfinden, sich eine so warme Anhänglichkeit an ihre ältere Heimat bewahrt haben, wie dort. Lassen Sie uns den Vorzug, der älteste historische Bundesgenosse des nordamerikanischen Gemeinwesens zu sein, von der ersten Zeit der Unabhängigkeitserklärung her, sehr hoch anschlagen und sehr wert halten!" Der Vertrag ward fast einstimmig angenommen.

An demselben Tage (2. April) gab der von der Fortschrittspartei gestellte und von Waldeck befürwortete Diätenantrag dem Bundeskanzler Gelegenheit zu einer berühmten Rede. Die Gründe für und wider Diäten seien bei Beratung der Verfassung „sehr viel reichlicher" vorgetragen worden, als heute. Er enthalte sich, nochmals darauf einzugehen. Nur müsse er es mit dem Abgeordneten Wedemeyer „als einen Vorzug der Diätenlosigkeit betrachten, wenn diese die Zahl der akademischen, der unpraktischen Vorträge vermindere." „Wenn Zeit gewonnen wird, ist die Anzahl Derer größer, welche überhaupt hieher zu kommen im Stande sind, und sie beschränkt sich nicht, wenigstens soweit sie mit Leichtigkeit kommen können, auf diejenigen, welche zu Hause wenig zu thun haben. Die Leichtigkeit, Abgeordneter zu werden, ist nicht mehr bedingt durch den Mangel an einem regelmäßigen Berufe, sie steht nicht mehr im umgekehrten Verhältnisse der regelmäßigen Beschäftigung außerhalb der Sitzungszeit, und das ist für die Art der Vertretung doch immer ein erheblicher Gewinn." Vor Allem aber werde jetzt, nach kaum zwölf Monaten, das auf Kompromissen von hüben und drüben beruhende Verfassungswerk wieder in Frage gestellt, indem das wieder zurückgezogen werde, was mit der anderen Hand nachgegeben worden sei. „Was würde der Reichstag sagen, wenn die Regierungen ebenso verfahren wollten, indem sie z. B. eine

Verlängerung der Dauer des eisernen Militärbudgets oder eine Verkümmerung der Redefreiheit forderten? Würden Sie nicht sagen, was haben die Regierungen für ein Interesse — wenn ihnen daran liegt, den kaum gestifteten Bund zu erhalten —, jetzt die Fundamente, die wir dafür vor kaum einem Jahre durch Übereinkunft gelegt haben, in Frage zu stellen und daran zu rütteln? Vor diesem Rütteln an den Fundamenten warne ich Sie, meine Herren, in unser Aller Interesse! Die Einrichtungen sind noch nicht so festgewachsen, haben noch nicht so tiefe Wurzeln geschlagen, daß wir heute zurücknehmen und in Frage stellen dürften, was wir vor einem Jahre nach einem mühsamen Kompromisse zu Stande gebracht haben. Wer das Ansehen der Kompromisse nicht ehrt, der ist für eine konstitutionelle Verfassung überall nicht reif; denn das Verfassungsleben besteht aus einer Reihe von Kompromissen; diese heute zu geben und morgen zurückzunehmen, ist keine konstitutionelle Politik (Lebhafter Beifall)."

Selbstverständlich vermochte der höchst konstitutionelle Abg. Waldeck dieser Mahnung nicht zu folgen, da sie in das Grundrecht der Fortschrittspartei eingriff, jederzeit „Verbesserungsanträge" zu stellen. Er meinte aber einen Haupttrumpf auszuspielen, indem er ausführte, die Süddeutschen wollten den Anschluß an den norddeutschen Bund, dem sie nach einer Äußerung des Bundeskanzlers widerstrebten, nur deshalb nicht, weil sie befürchteten, mit der Einheit auch die Freiheit aufzugeben, so lange die preußische Regierung nicht liberal sei. Darauf entgegnete der Bundeskanzler: Der Vorredner habe eine von Bismarck gethane Äußerung, daß die süddeutschen Souveräne oder Regierungen dem Anschlusse an den norddeutschen Bund widerstrebten, so gewendet, „als hätte ich damit zugegeben, daß die süddeutschen Bevölkerungen geneigt wären, sich dem norddeutschen Bunde anzuschließen, und gefolgert, daß diese Geneigtheit erheblich wachsen würde, wenn wir nur etwas liberaler würden. Ich muß mich gegen die Vermutung decken, daß ich eine mit den Thatsachen so wenig übereinstimmende Andeutung meinerseits hätte machen wollen. Warum wollen die Süddeutschen nicht

zu uns kommen? Nicht, weil wir ihnen nicht liberal genug sind, sondern weil wir ihnen viel zu liberal sind (Heiterkeit und Gelächter). Das ist der einzige Grund! Sie lachen, m. H., und sehen den einfachen Thatsachen nicht ins Gesicht. Unter den süddeutschen Staaten ist der liberalste unzweifelhaft das Großherzogtum Baden. Dort finden Sie volle Bereitwilligkeit zum Anschluß. Die liberalen Süddeutschen wollen sich anschließen. Die sich nicht anschließen wollen, sind die reaktionären Parteien. (Ruf: Sehr richtig!) Ich will diese Parteien nicht näher bezeichnen, die jüngsten Wahlen in Süddeutschland*) haben sie klar vor Augen gestellt, und Sie können wohl denken, mit welcher inneren Heiterkeit ich Ihre Heiterkeit ansehe und erwidere, die eine solche Unwissenheit in Bezug auf Thatsachen bezeugt (Große Heiterkeit). Wenn wir diesen Parteien, die in Süddeutschland die Oberhand haben, einige Konzessionen in reaktionärer Richtung machen könnten und machen wollten, vielleicht gewisse Bürgschaften, die augenblicklich vielleicht in dem Nachbarstaate, nach dem alle sehnsüchtig hinblicken,**) zum Fall kommen werden, ihnen geben wollten — und das würde keine liberale Maßregel sein — dann würden wir vielleicht eine süddeutsche Mehrheit für den Anschluß gewinnen können. Ich lasse unentschieden, ob es ein Vorzug ist, liberal zu sein oder nicht (Heiterkeit), aber derjenige muß Süddeutschland mit Ausnahme Badens sehr wenig kennen, der nicht weiß, daß im Liberalismus sie dort — ich will nicht sagen, um ein Menschenalter, wohl aber um diejenige Zeit, die seit der Julirevolution verflossen ist, hinter uns zurück sind." Der Antrag Waldeck wurde darauf mit 5 Stimmen Mehrheit abgelehnt.

Als sehr willkommen erklärte Bismarck am folgenden Tage

---

*) zum ersten deutschen Zollparlament, s. u. S. 134 flg.

**) Der Abg. Schulze-Delitzsch hatte gerufen: in unserem Nachbarstaate (Österreich-Ungarn) werden frische junge Keime des Staatslebens gelegt, und diesem wendet sich im Augenblicke der Geist unserer Nation zu." Mit den „Bürgschaften", deren Beseitigung der österreichische Liberalismus anstrebte, meinte Bismarck offenbar das österreichische Konkordat. Er wollte also sagen, wenn Norddeutschland an Rom tüchtige Zugeständnisse machen würde, so wäre der Süden leicht zu haben.

(dem 3. April) den im Reichstag zur Verhandlung stehenden Antrag der Abg. v. Rabenau und Dr. Stephani, welcher vermeiden wollte, „daß in Zukunft ein gleichzeitiges Tagen von territorialen und Provinziallandtagen mit dem Reichstage“ stattfinde. Er versprach seinen ganzen Einfluß in dieser Richtung zu verwenden und bedauerte, daß der Reichstag seinerseits in der Bewilligung von Urlaubsgesuchen so nachsichtig sei. „Wenn ich die Ehre hätte, Mitglied der hohen Versammlung zu sein, so würde ich fast alle eingegangenen Urlaubsgesuche abgelehnt haben (Heiterkeit), die nicht durch Krankheitsfälle begründet sind, denn m. E., wenn ein Bürger des norddeutschen Bundes die Ehre hat, von seinen Mitbürgern zu ihrem Vertreter hier gewählt zu werden, so hat er keine dringenderen Geschäfte, als hier anwesend zu sein und sein Mandat wahrzunehmen (Beifall).“

Auch den Antrag Lasker auf Gewährung der Redefreiheit an die Einzellandtage, der am nämlichen 3. April den Reichstag beschäftigte, begrüßte Bismarck „als einen Beweis fortschreitenden Vertrauens“ und versprach in Preußen seine Kraft für dessen Durchführung einzusetzen. „Ich halte die Annahme des Antrages an sich für ein Übel, aber für ein solches, welches ich unter Umständen in den Kauf nehme, für den Preis des inneren Friedens in einem großen Lande. Ich würde es noch lieber sehen, wenn der Antrag sich in der Art modifizierte, wie er im zweitgrößten Lande des Bundes, in Sachsen, besteht, wo die Redefreiheit nur beschränkt ist zu Gunsten derjenigen, welche sich außerhalb des Hauses befinden. Es sind also preisgegeben die Mitglieder der Versammlung und die Minister. Die Mitglieder können sich wehren und die Minister auch; sie müssen sich so manches gefallen lassen, sie mögen auch dieses hinnehmen, denn es braucht ja niemand Minister zu werden (Heiterkeit). Aber diejenigen, welche sich außerhalb der Versammlung befinden, würde ich gern beschützen.“ Ebenso sehe er lieber eine Beschränkung des Antrages auf Preußen. Doch erklärte er den Antrag Lasker in seiner ganzen Ausdehnung nicht für unannehmbar. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 119 Stimmen

angenommen. Indessen gelang es erst im Jahr 1870, im § 14 des norddeutschen Strafgesetzbuchs, die Redefreiheit der Einzellandtage gesetzlich zu gewährleisten.

Die V. Abteilung des Reichstags hatte die Wahl des Abg. v. Helldorf wegen Beeinflussung der Wähler von seiten eines Landrates und eines Bürgermeisters für ungültig erklärt. Der Landrat hatte einen Bürgermeister und die Wahlvorsteher aufgefordert, für „gute“ Wahlen zu sorgen; der Bürgermeister hatte den Polizeidiener und den Nachtwächter seines Ortes veranlaßt, konservative Stimmzettel auszutragen und dabei den Wählern zu sagen, die Bestrebungen des liberalen Kandidaten würden zum Kriege, die des konservativen zum Frieden führen. Am 16. April kam die Sache im Reichstag zur Verhandlung. Bismarck fand — und mit ihm auch der Reichstag, da er bei der Abstimmung die Wahl Helldorfs für gültig erklärte — daß diese Thatsachen keine unzulässige Beschränkung der Wahlfreiheit darstellten. Denn auch die Regierung müsse die „Wahlfreiheit“, d. h. das Recht für sich in Anspruch nehmen, offen herauszusagen, welcher Kandidat ihr der genehmste sei. Viele Wähler hätten doch zweifellos die Absicht, für die Regierung zu stimmen, andere gegen sie. Deshalb müssen doch beide Teile „in unzweideutiger Weise darüber aufgeklärt sein, wen sie zu vermeiden und für wen sie zu stimmen haben. Sonst könnte, und der Fall wäre der Regierung sehr peinlich, jemand aus Versehen für die Regierung stimmen, der das gar nicht gewollt hätte.“ Zudem sei aber hier nicht der geringste Versuch einer Beeinflussung vorgekommen. Die Kritik der Abteilung sei geradezu „kleinlich“. „Ein Landrat hat zu dem Bürgermeister gesagt: ‚Es ist Ihre Pflicht, für gute Wahlen zu sorgen.‘ Ja, das ist unzweifelhaft seine Pflicht, es fragt sich nur, welche sind die guten (Große Heiterkeit).“

Zu einem bedauerlichen und tiefgehenden Konflikt zwischen der nationalliberalen Partei und dem Bundeskanzler führten die Beratungen über die Verwaltung der Bundesschulden. Der Gesetzentwurf hatte dem Reichstag schon im Oktober 1867 vorgelegen, sein Zustandekommen war aber damals daran gescheitert, daß der

Reichstag den 16 Paragraphen des Entwurfs einen § 17 hinzugefügt hatte, welcher das Klagrecht gegen die nach § 7 verantwortlichen Beamten bei Verfehlungen gegen das Gesetz sowohl dem Reichstag als dem Bundeskanzler übertrug. Der Bundesrat hatte diesen Zusatzparagraphen gestrichen, da es sich bei Verfehlungen der Beamten der Bundesschuldenverwaltung um einen Klaganspruch des Fiskus gegen diese Beamten handle, und dieser Anspruch allein von dem verfassungsmäßigen Vertreter des Fiskus, dem Bundeskanzler, geltend gemacht werden könne. Aus denselben Gründen fehlte der § 17 auch in dem neuen, im Frühjahr 1868 dem Reichstag vorgelegten Entwurfe. In der Kommission beantragte Twesten, unterstützt durch die liberalen Mitglieder, die Wiederaufnahme des bestrittenen Paragraphen. Bismarck erklärte sich schon in der Kommission am 17. April mit Nachdruck und Lebhaftigkeit gegen diesen Zusatz, der die Fundamente des neuen Baues in ihrer Solidität auf die Probe stelle. „Machtkämpfe führen nicht zum Ziele und nicht zur Einigkeit." Das Amendement berge den Konflikt im Schoße, und bei Annahme desselben werde die Regierung einfach auf die Flottenvermehrung und die Küstenbauten, die aus der 1867 bereits bewilligten Anleihe von zehn Millionen bestritten werden sollten, und auf die Anleihe selbst verzichten müssen. Der Bundesrat habe einstimmig beschlossen, dem Zusatz nicht beizustimmen. Die Kommission verwarf ihn darauf mit Stimmengleichheit und ernannte Moritz v. Blanckenburg zu ihrem Berichterstatter.

Am 20. April brachten jedoch Miquel und die Nationalliberalen den § 17 im Reichstag selbst ein und darüber entbrannte am 22. April die Debatte. Bismarck führte mit Bitterkeit und unter lebhaftem Widerspruch der Mitte und der linken Seite der Versammlung aus: „Wir sollen von Ihnen durch eine Konzession, die wir Ihnen zur Erweiterung der parlamentarischen Macht machen, das Recht, das Land zu verteidigen, erkaufen. Sie machen das Land relativ wehrlos, wenn die Regierungen Ihnen nicht eine Konzession auf dem wohl abgegrenzten Gebiete der gegenseitigen Machtsphäre machen. Einer Zumutung, die unter solchen Formen gestellt wird, sich im

Prinzip zu widersetzen, halte ich für die erste Pflicht einer jeden Regierung, die auf die Dauer der Zustände, die hier geschaffen sind, rechnen will." Zudem sei die Frage „auf das Gebiet der ganz heterogenen Verantwortlichkeit im allgemeinen gespielt worden. Ich könnte mich eher mit dem Grundsatz der Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers oder seiner etwaigen Ministerkollegen vor Gericht vertraut machen, als mit dem Grundsatze, daß die Disziplin der Beamten und ihr Zusammenhang dadurch gelockert werde, daß die unter dem Ministerium stehenden Beamten direkt und unabhängig verantwortlich sind. Damit kann eine geordnete Verwaltung nicht bestehen. Ich würde dann eher hinnehmen können, daß der Bundeskanzler unter den Kreisrichter oder Stadtrichter gestellt wird, aber ich würde dann doch für zweckmäßig halten, den Stadtrichter lieber gleich zum Minister zu machen (Lebhafter Beifall, Heiterkeit), er weiß ja allein genau, wie die Verfassung ausgelegt werden muß, und wenn der Bundeskanzler das vor dem Urteil wissen will, so muß er diesen Kreisrichter gewissermaßen als konstitutionellen Hausarzt konsultieren (Große Heiterkeit)." Die Ausgabe der Darlehenskassenscheine im Jahre 1866 sei auch eine in den Augen des damaligen Landtags und des Kreisrichters verwerfliche Maßregel gewesen, und dennoch hätte die Regierung geradezu Hochverrat begangen, wenn sie damals, aus Furcht vor dem Kreisrichter, nicht Geld angeschafft hätte. Was würde denn der Reichstag sagen, wenn die Regierung „den Spieß umdrehen" und mit Angriffen gegen die Rechte des Reichstags vorgehen, oder anerkannt notwendige Ausgaben von der Nachgiebigkeit des Reichstags in politischen Fragen abhängig machen wollte? „Sie würden das, mild ausgedrückt, nicht hübsch finden (Heiterkeit)." Dann mahnte er den Reichstag, den Weiterbau der Verfassung nicht aufzuhalten durch einen „hartnäckigen Prinzipienkampf auf den Mauern, die eben den Erdboden zu überschreiten anfangen," und erklärte zum Schlusse, daß er: „noch in der heutigen Sitzung im Namen des Präsidiums (des Königs) und der Regierungen die ganze Vorlage zurückziehen werde, wenn das Amendement Annahme findet." Nachdem diese

Annahme gleichwohl in derselben Sitzung mit 131 gegen 114 Stimmen beschlossen war, erhob sich Bismarck und zog die Gesetzesvorlage zurück.

Nach den stenographischen Berichten schließt mit diesem grellen Mißklang anscheinend Bismarcks Anteil an den Beratungen dieses Frühlings-Reichstags. Denn bis zu dem am 20. Juni 1868 erfolgten Schlusse hat der Bundeskanzler nicht mehr das Wort ergriffen. Thatsächlich aber liegt die Sache doch wesentlich anders. Denn zunächst schieben sich in die Wochen vom 27. April bis 23. Mai die Beratungen des ersten deutschen Zollparlaments, die Bismarck lebhaft beschäftigten, und welche die Verhandlungen des Reichstags in der Hauptsache unterbrachen. Dann folgte am 29. Mai nach der Parade im Tempelhofer Felde die plötzliche, im vorigen Kapitel erwähnte Erkrankung Bismarcks, die ihn bis gegen Mitte Juni an Bett und Haus fesselte und dann zur halbjährigen Übersiedelung nach Varzin nötigte. Endlich aber kann der Verfasser aus seiner eigenen Beteiligung an jenen parlamentarischen Arbeiten und auf Grund seiner auf besten Quellen beruhenden damaligen Tagesaufzeichnungen feststellen, daß der Bundeskanzler Graf Bismarck auch an der erfreulichen Lösung des Konfliktes in der Bundesschulden-Verwaltungs-Frage wesentlichen Anteil hat. Als ihm freilich die erste Kunde gebracht wurde, mit den Führern der Nationalliberalen und Konservativen werde über einen provisorischen Ausgleich unterhandelt, durfte er noch nicht sprechen und damals soll er nur durch eine heftige Kopf- und Handbewegung seine Abneigung ausgedrückt haben. Aber die Grundlage der einstweiligen Verständigung fand dann seinen Beifall. Danach sollte die Verwaltung des Bundesschuldenwesens bis zum Erlaß eines „definitiven" Gesetzes der in ganz Europa anerkannten Musterbehörde der preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen werden.*) Am 10. Juni schon wurde dieser Antrag, mit Bismarcks Zustimmung, im Reichstag eingebracht und am 15. Juni angenommen.

Die Schlußthronrede vom 20. Juni dankte ausdrücklich für

*) Näheres bei Blum, Auf dem Wege zur deutschen Einheit, Bd. I S. 262 flg.

diesen Beschluß und zählte die erheblichen Fortschritte auf, welche die nationale Entwickelung Deutschlands den Arbeiten des Reichstags in diesem Frühjahr verdankte: die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Befugnis zur Eheschließung, die Schließung der öffentlichen Spielbanken (in Wiesbaden, Nauheim, Homburg u. s. w.), eine Reihe von Postverträgen mit dem Auslande, das Gesetz über die Quartierleistungen im Frieden, die gesetzliche Regelung der Pensionsansprüche der ehemaligen schleswig-holsteinischen Offiziere, die Maß- und Gewichtsordnung auf der Grundlage des Metersystems, die Gleichmäßigkeit der Besteuerung der wichtigsten Verbrauchsartikel, so daß nun auch Mecklenburg und Lübeck in die gemeinsame Zolllinie eintreten konnten.

Inzwischen hatten die süddeutschen Zollvereinsstaaten ihre Wahlen zum ersten deutschen Zollparlament ausgeschrieben und vollendet. Auch der jüngste Abgeordnete des damaligen Parlaments ist alt geworden seit jenen Tagen, und nach der seitherigen ungeheuren Wandlung der Zeiten und Verhältnisse würde es heute auch im Süden niemanden mehr verletzen, wenn hier die ganze leidenschaftliche Thorheit der Reaktionäre und Partikularisten Bayerns, Schwabens und Badens, die jenen Wahlkampf durchtobte, geschildert würde. Aber das gehört nicht in dieses Werk.*) Wir können uns genügen lassen, das Urteil, welches Bismarck in der oben vorgetragenen Reichstagsrede über den Liberalismus der Süddeutschen und die süddeutschen Zollparlamentswahlen fällte, mit den dortigen Wahlergebnissen zu vergleichen. In Württemberg war, dank dem Eintreten der Minister und Präfekten für die Ultramontanen und Republikaner, nicht ein einziger Abgeordneter der „Deutschen Partei“ gewählt worden. Aus Baden dagegen zogen nur wenige Anschlußgegner in Berlin ein. Ebenso aus Hessen. Die Hauptkräfte des Widerstandes stellte Bayern, zugleich aber auch in dem Fürsten Hohenlohe, in Völk, Marquard Barth, Feustel, Stauffenberg, Marquardsen, Krämer-Doos u. s. w. begeisterte Vorkämpfer der natio-

*) Genaue Einzelheiten bei Blum, Auf dem Wege zur deutschen Einheit, I, 161—177.

nalen Sache. Im ganzen ergaben die süddeutschen Wahlen doch nur 49 Antinationale gegen 36 Anschlußfreunde. Zählte man die abgegebenen Stimmen von diesem Gesichtspunkt aus, so standen sich die beiden tötlich verfeindeten Parteien völlig gleich, ja wenn man die 45000 verlorenen Stimmen der deutschen Partei in Württemberg den deutschgesinnten Abgeordneten zuzählte, so hatten schon die ersten Wahlen zum deutschen Zollparlament in Süddeutschland eine erhebliche Mehrheit für Bismarcks nationale Politik ausgewiesen.

Am 27. April 1868 trat das erste deutsche Zollparlament in Berlin zusammen und wurde vom König im Weißen Saale mit einer Thronrede eröffnet. Sie schilderte in großen Zügen den Werdegang des deutschen Zollvereins seit vierzig Jahren, zählte die Regierungsvorlagen auf und schloß mit den Worten: „Halten Sie das geinsame deutsche Interesse fest im Auge, vermitteln Sie von diesem Gesichtspunkte aus die Einzelinteressen, und ein Erfolg, der Ihnen den Dank der Nation gewinnt, wird Ihre Anstrengung krönen. Die freundschaftlichen Beziehungen, welche die deutschen Regierungen mit allen auswärtigen Mächten unterhalten, berechtigen zu dem Vertrauen, daß der Entwickelung nationaler Wohlfahrt, deren Pflege heute die deutschen Stämme vereinigt, die Segnungen des Friedens gesichert bleiben, zu deren Beschützung die deutschen Staaten sich verbündet haben, und mit Gottes Beistand jederzeit auf die geeinte Kraft des deutschen Volkes werden zählen können."

Der Gegensatz der Parteien im ersten deutschen Zollparlamente lag durchaus nicht auf wirtschaftlichem Gebiete. Man stritt sich nicht um Freihandel und Schutzzoll, um Tabak, Petroleum und Lumpen, wenigstens nur sehr ausnahmsweise und vorübergehend. Der Parteigegensatz lag ausschließlich auf politischem, ja auf nationalem Gebiet und war so vollständig wie möglich. Die 36 Anschlußfreunde aus Süddeutschland waren sämtlich begeisterte Anhänger der deutschen Einheit; sie hatten zeit ihres Lebens dafür gekämpft und gelitten und waren des unerschütterlichen Glaubens, daß keine Macht der Erde die Vollendung dieser Einheit hindern werde. Aber sie hatten warten gelernt und keiner von ihnen huldigte dem kind-

lichen Wahn, daß das letzte Ziel des nationalen Strebens sich in den paar Wochen der Beratungen und Beschlüsse des ersten deutschen Zollparlaments werde erreichen lassen. Aber wohl empfanden sie, wie ihre Wähler, das Bedürfnis, für ihre nationale Gesinnung hier, in dieser seit dem Jahre 1848 ersten gesamtdeutschen Vertretung, vor Deutschland und der Welt laut Zeugnis abzulegen. Hatte das doch selbst die Thronrede des Königs gethan. So gaben Sie denn die Anregung zu dem Beschlusse der nationalen Partei, in Beantwortung der Thronrede eine Adresse an den König zu richten. In der maßvollsten Weise entledigte sich der meisterhafte Entwurf des Abgeordneten Metz-Darmstadt dieser Aufgabe. Unter direkter Bezugnahme auf die Worte des Königs war hier ausgesprochen: „Wir leben der Überzeugung, daß die Macht dieses nationalen Gedankens auch die vollständige Einigung des ganzen deutschen Vaterlandes in friedlicher und gedeihlicher Weise herbeiführen wird. Die seit Jahrzehnten vom deutschen Volke erstrebte und seinerzeit von sämtlichen deutschen Regierungen als unabweisbares Bedürfnis anerkannte nationale Vertretung für alle Zweige des öffentlichen Lebens kann unserm Volke auf die Dauer nicht vorenthalten werden. Die Liebe zum deutschen Vaterlande wird die inneren Hindernisse zu beseitigen wissen. Die nationale Ehre wird das ganze Volk ohne Unterschied der Parteien zusammenführen, falls von außen versucht werden sollte, dem Drange des deutschen Volkes nach größerer politischer Einigung entgegenzutreten. Wir vertrauen, daß es Ew. Majestät vergönnt sein werde, getragen durch die vereinte Kraft der deutschen Nation und im Einverständnis mit Ew. Majestät hohen Verbündeten, den Ausbau des gemeinsamen Werkes zu vollenden, dessen Abschluß Sicherheit, Macht und Frieden nach außen, wie materielle Wohlfahrt und gesetzliche Freiheit nach innen verbürgt."

Die 49 süddeutschen Anschlußfeinde dagegen handelten so, als wollten sie tagtäglich Bismarcks Wort bewahrheiten, daß sie fast um ein Menschenalter hinter den Norddeutschen zurück seien. Für sie hatte das Jahr 1866 keineswegs die Uhr der Entwickelung für ein Jahrhundert auf die richtige Stunde gestellt. Sie wußten über-

haupt nicht, was es damals geschlagen hatte. Sie standen mit feurigem Schwert an der Mainlinie und hielten diese für ein in alle Ewigkeit unübersteigliches Bollwerk. Sie nannten sich „Süddeutsche Fraktion" und sprachen im Parlament immer „Wir Süddeutschen", als gebe es jenseits des Main keine andere Meinung als die ihrige. In der nationalen Frage aber standen sie auf jenem Standpunkt des Herrn von Beust, der noch zu Beginn des laufenden Jahrzehnts unter „Bundesreform" das Verbot verstanden hatte, überhaupt von der deutschen Einheit zu reden. Dieser verflossenen staatsmännischen Weisheit treu, brachten sie gegen den Metzschen Adreßentwurf den Antrag auf einfachen Übergang zur Tagesordnung ein. Es war dies das einfachste und bequemste Mittel, die fatale Rederei von der deutschen Einheit mit Gewalt totzuschlagen; denn nach der Geschäftsordnung des Zollparlaments durfte dann nur der Referent v. Bennigsen für die Adresse sprechen, der Korreferent v. Thüngen dagegen, und dann nur noch ein Redner für und einer gegen den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung. Das Schicksal dieses Antrages, der allein die 87 Mitglieder der nationalliberalen Partei gegen sich hatte, hing von der Haltung der norddeutschen Konservativen ab, — und da erlebte man denn das erstaunliche Schauspiel, daß die preußischen Konservativen sich mit den süddeutschen Partikularisten verbündeten, um diese nationale Adresse zu Fall zu bringen. Zugleich verkündeten sie jedem, der es hören wollte, daß Bismarck ganz ihrer Ansicht sei. Nach dem Treubruch der Nationalliberalen im norddeutschen Reichstage am 22. April suche er sich zuverlässigere Mitstreiter. Das Gerede fand vielfach Glauben, zumal als sein Duzfreund Moritz v. Blanckenburg am 7. Mai die Tribüne bestieg, um für den einfachen Übergang zur Tagesordnung zu sprechen — und in welcher Art und Form! Denn der Grundgedanke seiner Rede war eine grobe Verhöhnung des nationalen Gedankens, eine Witzelei über die heiligsten Interessen Deutschlands. Seine Schlußworte: „Fort an unsere Arbeit und weg mit allem Schwindel", gesprochen mit Bezug auf die an den König gerichtete, von fast 100 Mitgliedern unterschriebene

Adresse, wären bei einem weniger milden Präsidenten, als Simson, wohl dem Ordnungsruf verfallen. Da sich indes auch die sogenannte deutsche Fortschritspartei dem Rütlibund der preußischen Feudalen und der süddeutschen Preußenfeinde, Ultramontanen und Republikaner anschloß, so wurde am 7. Mai der einfache Übergang zur Tagesordnung mit 186 gegen 150 Stimmen beschlossen.

In der Legende, daß Bismarck seit dem 22. April der nationalliberalen Partei den Rücken gekehrt habe, seine nationale Politik hinfort nur noch auf die preußischen Junker und die süddeutschen Preußenfeinde stützen werde und deshalb diese Adresse verwerfe, war freilich wieder einmal bloß der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Denn wie Bismarck in Wahrheit dachte, hatte er am 30. April dem Abgeordneten Bluntschli-Heidelberg, dem berühmten Staatsrechtslehrer und Vorkämpfer des nationalen Gedankens in Baden, mit gewohnter Offenheit ausgesprochen.*) Bluntschli war von der nationalen Partei als Redner gegen den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung bestimmt, und wünschte sich daher vertraulich über Bismarcks Stellung zu dieser brennenden Frage zu unterrichten. Bismarck empfing ihn bereitwillig im Arbeitszimmer „bei einem Glase Bier und Zigarren", und verhehlte ihm im Eingang der Unterredung auch nicht seine tiefe Verstimmung über die Haltung der Nationalliberalen. Sie könnten sich von der Parteieitelkeit und vom Theoretisieren noch immer nicht genugsam befreien und bereiteten ihm dadurch oft sehr erhebliche Schwierigkeiten. Er habe allerdings erklärt: „man setze uns nur in den Sattel, wir werden schon reiten," aber bei der Eigenart der deutschen Verhältnisse solle man von ihm nur nicht verlangen, daß er „als Stallmeister reite", streng nach der Schule. Gegen eine Adresse wolle er sich nicht aussprechen; es sei vielleicht ganz gut, wenn man die verbissenen Partikularisten veranlasse, ihr Gift auszuspritzen und sich in ihrer wahren Gestalt zu zeigen; er wolle sich jedoch für dieselbe nicht allzusehr ins Zeug legen, damit es nicht etwa heiße, die Adresse

*) J. C. Bluntschli, Denkwürdiges aus meinem Leben. (Nördlingen 1884.) Band III, S. 193 ff.

und die Adreßdebatte seien von ihm bestellt. Das Gespräch wandte sich dann „Größerem“ zu. Hier mögen an dieser Stelle nur folgende Bemerkungen Bismarcks Platz finden: „Es wird Ihnen vielleicht phantastisch vorkommen, wenn ich behaupte, es ist unter den Völkern wie in der Natur, die Einen sind männlich, die Anderen weiblich. Die Germanen sind so sehr männlich, daß sie für sich allein geradezu unregierbar sind. Jeder lebt nach seiner Eigenart. Wenn sie aber zusammengefaßt sind, dann sind sie wie ein Strom, der alles vor sich niederwirft, unwiderstehlich. Weiblich dagegen sind die Slaven und die Kelten. Sie bringen es zu nichts aus sich, sie sind nicht zeugungsfähig. Die Russen können nichts machen ohne die Deutschen. Sie können nicht arbeiten, aber sie sind leicht zu verführen. Sie haben keine Widerstandskraft und folgen ihren Herrn. Auch die Kelten sind nichts als eine passive Masse. Erst als die Germanen hinzutraten, erst durch die Mischung entstanden staatliche Völker. So die Engländer und auch die Spanier, so lange noch Gothen an ihrer Spitze waren, die Franzosen, so lange das fränkische Element sie leitete. Die französische Revolution hat dasselbe ausgestoßen und damit der keltischen Natur wieder das Übergewicht verschafft. Das macht die Franzosen geneigt, sich der Autorität zu unterwerfen. Die Westfalen und die Schwaben sind echte Germanen und wenig gemischt, deshalb auch so schwer an den Staat zu gewöhnen. Wenn sie aber von einem nationalen Gedanken erfaßt sind, und dann wild werden, so schlagen sie Felsen zusammen. Das aber ist selten. In der Regel will jedes Dorf und jeder Bauer für sich sein. In den Preußen ist eine starke Mischung von slawischen und germanischen Elementen. Das ist eine Hauptursache ihrer staatlichen Brauchbarkeit. Sie haben etwas von der Fügsamkeit des slawischen Wesens an sich und zugleich etwas von der Kraft und Männlichkeit der Germanen.

„Dazu kommt ein Zweites. Die Hohenzollern haben von Anfang an ein wirkliches Fürstentum aufgerichtet und den widerspenstigen Adel dem Staate unterworfen. Meine Familie gehört zu dem Adel, der auf dem linken Ufer der Elbe wohnte, und auf

der Seite der fürstlichen Macht kämpfte, um den Adel auf dem rechten Elbufer zu bezwingen. Ueberall sonst in Deutschland hat der Adel eine Unabhängigkeit behauptet, mit der kein Staat bestehen kann. Nur in Preußen hat er gelernt, sich dem Staate zu fügen und dem Staate zu dienen. Allerdings haben die Fürsten absolut regiert, aber ihr Absolutismus hat doch dem Staate gedient, nicht ihren Personen. Sie haben zuweilen auch adlige Herren hängen lassen, um zu zeigen, daß niemand in Preußen dem Gesetze entgegenhandeln dürfe. So ist Preußen gewachsen. Wie klein wär es noch unter Friedrich dem Großen, der aussprach, daß der Fürst der erste Staatsdiener sei. Diese Lehre haben die Hohenzollern nicht vergessen. In diesem Geiste werden sie erzogen, und er ist in ihr Blut übergegangen."

Bluntschlis Meinung, daß wir durchaus nicht stille stehen dürfen, sondern in dem (Zoll-)Parlament einen Schritt vorwärts machen müssen, bestätigte er vollkommen: „Wir können nur dann die Dinge sich ruhig entwickeln lassen, wenn wir wirklich für Entwickelung sorgen! Stillstand wäre Rückschritt." Über den Eintritt Badens in den norddeutschen Bund bemerkte Bismarck: „Wir müssen Bayern schonen. Wäre Baden im Nordbunde, so müßte Württemberg nachfolgen. Nun, das hätte soviel nicht auf sich. Aber Bayern würde diese Umarmung als eine Bedrohung empfinden und sich vielleicht dadurch zu falschen Schritten treiben lassen. Am Ende müßten wir dann Bayern mit den Waffen zwingen. Das wünsche ich zu vermeiden. Es soll mit meinem Willen kein deutsches Blut mehr im Kampf von Deutschen mit Deutschen vergossen werden. Wir wollen den Bayern Zeit lassen, daß sie sich besinnen können. Sie müssen inzwischen an den Wänden herumtasten und nach einem Ausweg suchen, sie werden keinen finden. Dann werden sie sich schließlich in ihr Schicksal fügen. Wir haben Zeit, weil wir den Krieg nicht zu fürchten brauchen. Es läßt sich alles friedlich mit Bayern abmachen. Allerdings dürfen wir nicht stille stehen. Es muß vorwärts gehen. Aber schonen wollen wir die Bayern. Ich habe das auch Ihrem Großherzog (von Baden) gesagt."

Der Staatsmann, der am 30. April 1868 so urteilte, war über den Verdacht erhaben, in den seine konservativen Freunde ihn setzten, als sei ihre liebedienerische Gefolgschaft hinter dem Schweife der „Süddeutschen Fraktion“ am 7. Mai in Bismarcks Sinn gewesen. Der Sieg der feudal-partikularistisch-fortschrittlichen Koalition vom 7. Mai machte die „Süddeutsche Fraktion“ aber vollends übermütig. Die siegreiche Losung des 7. Mai war der „Competenzeinwand“ d. h. die Behauptung gewesen: die Adresse, die von etwas anderem handelte, als von Zöllen auf Lumpen, Tabak und Petroleum — und nun gar eine solche an den König von Preußen! — überschreite die „Kompetenz“ des Zollparlaments, verletze den Vertrag vom 8. Juli 1867. In jeder folgenden Debatte wurde dieser „Kompetenzeinwand“ wieder erhoben, und immer wieder siegreich, da Blanckenburg und seine konservativen Gefolgsleute jedesmal mit den „Wir Süddeutschen“ stimmten, um den „nationalen Schwindel“ im Zollparlament tot zu machen. Das deutsche Zollparlament, an welches in ganz Deutschland so große Hoffnungen sich geknüpft hatten, begann zur ängstlichen Beklemmung aller Vaterlandsfreunde, eine lächerliche Rolle zu spielen, sich — wie der Abg. für Mainz, Ludwig Bamberger, in seinen „Zollparlamentsbriefen“ treffend sagte — „als ein ganz einfältiges Zollparlament aufzuführen“. Im In- und Ausland fing man an, über das ‚Parlament douanier‘ der Deutschen Hohn zu lachen.

Auch am 18. Mai, bei der Schlußberatung über den Handels- und Zollvertrag mit Österreich, wurde abermals der beliebte „Kompetenzeinwand“ erhoben, als die Abg. Bamberger, Metz und 29 Genossen beantragten, die herabgesetzten hessischen Weinzölle „mit dem bestehenden System der indirekten Steuern“ in einen dem hessischen Weinbau erträglichen Einklang zu bringen. Diesmal aber wurde der gangbare Einwand nicht bloß von Abgeordneten, sondern von einem der gescheutesten Mitglieder der Zollbundesrates, dem Geh. hessischen Legationsrat Hofmann erhoben. „Nach den Bestimmungen des Zollvereinsvertrages“, sagte er kurz und sicher, „ist das Zollparlament nicht berufen, die Konsequenzen für die innere Besteue-

rung zu ziehen, die aus der Ermäßigung des Eingangszolles zu ziehen sind. Ich halte das hohe Haus nicht für kompetent, über solche Anträge zu beschließen". Der Ton dieser Worte drückte das Gefühl der Unfehlbarkeit aus, d. h. der zuvor ermittelten einstimmigen Gleichgesinntheit des Zollbundesrates.

In diesem Augenblicke erhob sich Bismarck zu seiner ersten Rede im Zollparlament. Doch wohl nur, um diese Zustimmung des Zollbundesrates zu verkünden? Diese Erwartung prägte sich in den lächelnden Gesichtern der Ultramainanen und Konservativen deutlich genug aus. Atemlose Spannung aber ergriff die ganze Versammlung, als Bismarck sagte: „Ich bin natürlich ebensowenig wie mein Großh. hessischer Herr Kollege in der Lage, mich in diesem Augenblicke darüber im Namen des Bundesrates aussprechen zu können, ob derselbe oder seine Mehrheit glauben wird, die Kompetenz zur Beurteilung des mir soeben erst bekannt gewordenen Antrages zu besitzen. Nachdem aber von einem Mitgliede des Bundesrats diese Kompetenz angezweifelt worden ist, ist es mir ein Bedürfnis, festzustellen, daß dies eben die persönliche Ansicht dieses einzelnen Mitgliedes ist, daß wir nicht im stande sind, eine Ansicht im Namen des Bundesrats über diese Frage zu äußern, und daß mein Eindruck prima facie der entgegengesetzte von dem meines großherzogl. hessischen Kollegen ist (Lebhafter Beifall), indem ich mir sehr wohl denken kann, daß der Bundesrat, wenn er glaubt, daß durch die Modalität der Besteuerung diejenige Verkehrsfreiheit im Inlande beschränkt oder gefährdet ist, welche die Institutionen des Zollvereins verbürgen, daß er alsdann kompetent sein könnte, die Remedur eintreten zu lassen (Lebhafter Beifall)."

Der „großherzoglich hessische Kollege" des Grafen Bismarck war indessen nicht der Mann, die vor dem „hohen Hause" empfangene Zurechtweisung ruhig hinzunehmen. Zum ersten Mal gab er das Schauspiel heftigen Zwiespaltes unter den Zollbundesräten. Er belehrte Bismarck des Längeren über den Sinn des Zollvereinsvertrages und beharrte dann bei der Versicherung: „Was die Kompetenzfrage betrifft, so kann darüber gar kein Zweifel obwalten,

daß die inneren Steuern, soweit sie nicht gemeinschaftlich sind, der Landesgesetzgebung unterliegen."

Unmittelbar darauf erwiderte Bismarck: „Ich will, ohne im übrigen einer etwaigen Diskussion im Schoße des Bundesrates vorzugreifen, nur bemerken, daß es sich m. E. hier nicht um die Frage handelt, ob die großherzoglich hessische Gesetzgebung im Widerspruch mit dem Zollvereinsvertrage steht, sondern darum, ob die legislativen Organe des Zollvereins berechtigt sind, mit der Frage, ob dieses der Fall sei, sich zu beschäftigen (Zustimmung)".

Bis dahin hatte sich die Debatte noch immer in den Gebietsgrenzen eines „einfältigen Zollparlaments" gehalten. Aber der Abgeordnete Advokat Probst aus Stuttgart, der „beste Redner aus Schwaben", wie ihn seine ultramontan-republikanischen Wähler triumphierend nannten, hatte das unfreiwillige Verdienst, die Debatte auf die volle nationale Höhe zu bringen, indem er „an die Furcht vor dem Auslande und an die Störung des Friedens appellierte, die eine offene Darlegung des Gegensatzes zwischen Süd- und Norddeutschland im Gefolge haben" müsse.

Bismarck erhob sich sofort zu der Erklärung, daß er alle, auch die Herren aus Süddeutschland zu Zeugen dafür anrufen könne, wie er sowohl, als seine Regierung, als seine „Kollegen vom Nordbunde" alles vermieden habe, was dieselben der Vermutung aussetzen könnte, als wollte man auf die süddeutschen Herren irgend eine Pression, auch nur die leiseste Überredung ausüben, damit sie sich dazu hergeben möchten, die Kompetenz des Zollparlaments zu erweitern. Wie wenig das in seiner Absicht liege, gehe am besten aus seinem Rundschreiben vom 7. September v. J. (s. o. S. 30) hervor. Dann fuhr er fort: „Selbst wenn Sie den Wunsch aussprächen, diese Ihre Selbständigkeit aufzugeben — Sie nennen es so, ich nicht — sich dem norddeutschen Bunde zu nähern, will ich lieber sagen, so müßten Sie diesen Wunsch schon so begründen, daß er auf beiden Seiten dieselbe günstige Beurteilung fände. Sie halten uns für viel empressierter als wir sind (Heiterkeit). Aber wenn ich mich so gegen das Bestreben jeder Kompetenzerweiterung verwahre, so muß ich auch jedem Bestreben, die

vertragsmäßige Kompetenz des Zollvereins zu vermindern, entgegentreten. Ob ein solches Streben hier vorliegt, lasse ich noch unentschieden; dem Herrn Vorredner aber und allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet! (Stürmischer Beifall)."

Mit diesen bedeutenden Worten war der Weg geebnet zu der größten Rede des großen Tages, der größten, die je im deutschen Zollparlament gehalten worden ist, der Rede Dr. Völks aus Augsburg, die mit den Worten schloß: „Noch haben einige Leute Vergnügen daran, sich mit Schneeballen zu bewerfen; aber die Sonne wird mit wachsender Wärme ihnen das Material bald verzehren: ja, meine Herren, es ist Frühling geworden in Deutschland!" Die Rede und dieses Schlußwort waren so völlig frei von Phrase, daß sie unauslöschlich im Ohr und Herzen Bismarcks — des größten Feindes aller Phrase — haften geblieben sind, daß der schlichte bayerische Schwabe, der diese Rede gehalten hatte, Bismarck immer teuer blieb. Als im Jahre 1882 der wackere Völk — viel zu früh für das Vaterland — geendet hatte, da bezeigte der Fürst-Reichskanzler Bismarck der treuen Lebensgefährtin des Heimgegangenen sein tiefes Beileid über den Heimgang „eines der besten Deutschen".

Bei der nach Völks Rede folgenden Abstimmung über den Antrag Bamberger löste sich die unnatürliche Verbindung der norddeutschen Konservativen mit der „Süddeutschen Fraktion" vollständig und für immer. Die wenigen Worte Bismarcks hatten genügt, seine alten politischen Freunde zur Einsicht zu bringen. An wirtschaftlichen Arbeiten des ersten deutschen Zollparlamentes ist anzuführen der Abschluß des Handelsvertrags mit Österreich und die Genehmigung des Tabaksteuergesetzes. Außerdem wurde eine Neuordnung des Zolltarifs in mehr freihändlerischem Sinne gefordert, der Petroleumzoll aber abgelehnt.

Am 21. Mai gab die Berliner Kaufmannschaft den Abgeordneten zum Zollparlament ein Frühstück in der neuen Börse. Nachdem hier Präsident Simson den Toast des Dr. Siemens auf das Zollparlament mit einem Hoch auf den Handels- und Gewerbestand

der Stadt Berlin erwidert hatte, erhob sich Bismarck zu folgenden Worten: „Wenn ich den soeben gebrachten Toast meines verehrten Kollegen, des Vorsitzenden des Zollparlaments“ (während Bismarck Vorsitzender des Zollbundesrates war), „nicht ganz freisprechen kann von einem gewissen Egoismus, indem er eine captatio benevolentiae an die Jury“ (d. h. den Berliner Handels- und Gewerbestand) „richtete, welche nachher über uns zu Gericht sitzen und sagen soll: ‚Ihr habt Eure Sache gut gemacht!‘, wenn ich mich von dieser Klippe fernhalte, so lassen Sie mich dem Gefühl Ausdruck geben, welches uns Norddeutsche dahin leitet, unseren süddeutschen Brüdern einen Scheidegruß zuzurufen. Die kurze Zeit unseres Zusammenseins ist schnell vergangen wie ein Frühlingstag; möge denn die Nachwirkung sein wie die des Frühlings auf die künftige Zeit! Ich glaube, daß Sie nach der Gemeinsamkeit der Arbeit für die deutschen Interessen die Überzeugung mit nach Hause nehmen werden, daß Sie hier Bruderherzen und Bruderhände finden werden für jegliche Lage des Lebens, und daß jedes erneute Beisammensein dieses Verhältnis stärken wird und muß! Lassen Sie uns dies Verhältnis festhalten, lassen Sie uns dies Familienleben pflegen! In diesem Sinne rufe ich den süddeutschen Brüdern ein herzliches ‚Auf Wiedersehen!‘ zu.“ Stürmischer, minutenlanger Beifall begleitete diese Worte.

Auch die Thronrede, mit welcher König Wilhelm am 23. Mai das Zollparlament schloß, wahrte gegenüber der „süddeutschen Fraktion“ nachdrücklich die nationalen Rechte des Präsidiums, des Zollvereins und des deutschen Volkes. Denn zum Schlusse sprach der König: „Nachdem Ich durch den übereinstimmenden und vertragsmäßig bekundeten Willen der dazu berechtigten gesetzgebenden Gewalten unseres deutschen Vaterlandes zu dieser hervorragenden Stellung in demselben berufen bin, betrachte Ich es als Ehrenpflicht, vor den zu diesem Parlamente erwählten Vertretern des deutschen Volkes zu bekunden, daß Ich die Mir übertragenen Rechte als ein heiliges, von der deutschen Nation und ihrem Fürsten Mir anvertrautes Gut in gewissenhafter Achtung der geschlossenen Verträge

und der geschichtlichen Berechtigungen, auf welchen unser vaterländisches Gemeinwesen beruht, handhaben und verwerten werde."

In dem am 4. November 1868 eröffneten preußischen Landtag ergriff Bismarck, da, wie wir wissen, seine Rückkehr aus Varzin erst Anfang Dezember erfolgte, zum erstenmale am 9. Dezember das Wort, als der Etat des Auswärtigen beraten wurde. Er erklärte, daß die Übertragung des Ministeriums des Auswärtigen auf den Etat des norddeutschen Bundes voraussichtlich durch ein Bundesgesetz schon von Anfang 1870 an werde angeordnet werden. Lebhafter Beifall begrüßte diese Erklärung. Der Abgeordnete v. Hoverbeck benützte aber diese Gelegenheit, um von neuem den Wegfall der sämtlichen preußischen Gesandtschaften bei den norddeutschen Bundesstaaten zu beantragen. Bismarck verwies auf seine vorjährigen Beweise für die Notwendigkeit des Fortbestehens dieser diplomatischen Vertretungen und sprach dabei das hübsche Wort: „Die Theorie ist in der diplomatischen Thätigkeit und auf dem diplomatischen Gebiete noch grauer als im gewöhnlichen Leben und kommt noch weniger zur Geltung." Auch der Fraktionsgenosse Hoverbecks, der Abgeordnete Virchow, erteilte aus der Fülle seiner staatsmännischen Einsicht dem Grafen Bismarck einen guten Rat: Der Ministerpräsident möge doch die Sympathien für Österreich, die sich als Frucht der vom Grafen Beust begonnenen liberalen Reformen überall regten, durch liberale Verwaltung und Gesetzgebung in Preußen überwinden. Offenbar hatte Virchow an der Abfertigung, die Bismarck dem Abgeordneten Waldeck in der Frühjahrssitzung des Reichstags auf dieselbe Anregung erteilt hatte (o. S. 128) noch nicht genug. Bismarcks diesmalige Antwort aber mußte auch die weitestgehenden Anforderungen befriedigen, die in Bezug auf gründliche Abfertigung überhaupt gestellt werden konnten. Ironisch fragte der Minister den gelehrten Abgeordneten, ob „wir nun etwa auch (wie Österreich von seinem Reichsrat) eine Armee von 800 000 Mann und einen eisernen Bestand derselben für zehn Jahre fordern sollten? Ich glaube auch nicht, daß der Herr Abgeordnete uns hat empfehlen wollen, die österreichischen Administrativ-Einrichtungen, welche das

Gegengewicht gegen die zu bewilligenden Freiheiten der Kommune bilden, nachzuahmen. Ich darf die inneren Einrichtungen Österreichs, die das Gegengift für die freiheitlichen Institutionen bilden, hier nicht weiter kritisieren. Ich bemerke nur, daß es den Regierungen mit ihrem Liberalismus so geht, wie den Damen: Die jüngste gefällt immer am besten (große Heiterkeit). Österreich ist durch eine langjährige Zurückhaltung in die Lage gebracht worden, heute mit demjenigen Liberalismus Epoche zu machen, der bei uns in der Hauptsache schon seit zwanzig Jahren, in vielen seiner Teile bereits seit fünfzig Jahren zu einem überwundenen Standpunkt gehört (Heiterkeit)."

Am 17. Dezember 1868 hatte der Abgeordnete Loewe-Calbe die Interpellation eingebracht, ob die Regierung die Kartellkonvention mit Rußland von 1857 zu erneuern oder durch eine ähnliche zu ersetzen gedenke? Bismarck lehnte die Beantwortung ab, da er über schwebende Verhandlungen ohne schwere Verletzung seiner Amtspflicht und des Staatsinteresses keine Äußerung machen dürfe. „Denn es liegt ja auf der Hand, daß, wenn man vorher und in verpflichtender Weise die Stellung der Regierung zu den zu verhandelnden Fragen festgelegt hat, von eigentlichen Unterhandlungen in dem einen oder dem anderen Sinne, von irgend einer Verwertung der Sache für das Interesse des Landes nicht mehr die Rede sein kann (Beifall rechts)." Bei der hierauf beschlossenen Besprechung der Interpellation gab Loewe der Sache eine ganz andere Richtung, indem er bei Erneuerung der Konvention den Antrag ankündigte, daß der Vertrag dem Landtage bezw. Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werde. Auf diese ganz neue staatsrechtliche Frage einzutreten, erklärte sich Bismarck nicht vorbereitet. Nur stellte er fest, daß Preußen mit den meisten Staaten, auch mit Österreich, selbst mit Nordamerika, ähnliche Verträge — die alle gemeinsam hauptsächlich die gegenseitige Auslieferung schwerer gemeiner Verbrecher zum Inhalt hätten — abgeschlossen habe, ohne daß diese jemals „den Herren Abgeordneten besonders unbequem geworden" seien. „Nur diese russische Kartellkonvention allein genießt die Ehre, die Basis einer solchen Tendenzpolitik zu bilden. Ich möchte vor Tendenzpolitik wiederholt

warnen. Wer hat nicht die früheren Regierungen und zwar vom Standpunkte der Landeswohlfahrt aus mit Recht getadelt über die Tendenzpolitik, die vor etwa vierzig Jahren für das legitimistische Prinzip mit Spanien und anderen Ländern getrieben wurde, wo nicht das objektive Landesinteresse, sondern, ich möchte sagen, das Urteil über die Regierungsform, die ein fremdes Land sich gegeben hat, die Basis der politischen Beziehungen bildet. Hüten wir uns, dieses Land zu schädigen durch eine ähnliche Tendenzpolitik! Wir sind für die Art, wie die anderen Länder regiert werden, Gott sei Dank, nicht verantwortlich, weder Sie noch ich; wir sind aber alle einigermaßen verantwortlich dafür, wie wir die Wohlfahrt der deutschen und preußischen Gesellschaft wahren, ohne daß wir uns auf den Standpunkt der Kritik fremder Regierungen zu stellen haben."

Der Andeutung Bismarcks im Reichstag entsprechend, daß er vorzöge, die Frage der Redefreiheit der Abgeordneten der Einzellandtage zunächst in Preußen, statt durch Bundesgesetz, gelöst zu sehen, brachte der Abgeordnete Guerard im Abgeordnetenhause den entsprechenden Antrag ein. Darüber beriet das Herrenhaus am 17. Dezember und hier trat Bismarck, und zwar gegen seine frühere Überzeugung, wie er ausdrücklich betonte, für den Antrag ein, mit folgender bemerkenswerten Begründung: „Daß ich, als Minister in einem Verfassungsstaate, mich nicht für berechtigt halte, an meiner eigenen persönlichen Überzeugung auf jede Gefahr hin festzuhalten, sondern unter Umständen die Übereinstimmung der Gewalten und die Herstellung derselben für einen Zweck halte, durch den ich nicht nur berechtigt, sondern in meiner Stellung auch verpflichtet bin, Überzeugungen, von deren Fallenlassen ich einen praktischen und wesentlichen Nachteil für das Gemeinwesen nicht befürchte, im Interesse der Einigkeit, im Interesse des Kompromisses aufzugeben." Das Herrenhaus aber vermochte sich auf diese staatsmännische Höhe nicht zu erheben, sondern verwarf die Redefreiheit mit 73 gegen 41 Stimmen.

Wir übergehen verschiedene Sitzungen des Abgeordnetenhauses im Beginne des Jahres 1869, in denen Bismarck das Wort ergriff.

Dagegen ist zu berichten über die Verhandlung des Abgeordnetenhauses vom 28. Januar 1869, in der es sich um eine andere Einteilung der preußischen Landtagswahlkreise handelte. Dabei hatte der freikonservative Abgeordnete v. Kardorff einen Antrag gestellt, der das „Nebeneinanderbestehen des preußischen Landtags und norddeutschen Reichstags nur als ein Provisorium betrachtete" und daher behufs künftiger Verschmelzung der beiden Körperschaften empfahl: „die Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses in Bezug auf Abgrenzung der Wahlbezirke, Wahlmodus und Zahl der Abgeordneten mit der des Reichstags in Einklang zu bringen." Bismarck erklärte sich aus mannigfachen Gründen gegen dieses Unternehmen, vor Allem bleibe dabei das Herrenhaus ganz unberücksichtigt. Und da dieses von Twesten und Hennig lebhaft angegriffen worden war, so nahm Bismarck, „als einziges Mitglied desselben, das augenblicklich in diesen Räumen das Recht hat, seine Stimme zu erheben", das Herrenhaus, unter dem lebhaften Beifall der Rechten, in Schutz, „mit der Bitte, im Interesse der Entwickelung unseres Verfassungslebens auch die Äußerung fremder Meinungen da, wo sie verfassungsmäßig ganz unstreitig berechtigt sind, mit der Schonung und Anerkennung zu behandeln (sehr gut! Beifall rechts), mit derselben Schonung, die Sie, meine Herren, für Ihre eigenen verlangen (hört! hört! links). Ja, ich empfehle Ihnen (nach links), gehen Sie mit dem Beispiele voran (Heiterkeit), welches Sie befolgt zu sehen wünschen. Es ist ja heute nicht das erste Mal; gehen Sie weiter zurück; es ist ebenso schwer zu untersuchen, wer hier angefangen hat (Heiterkeit), als wie beispielsweise in dem Streite offiziöser Pressen zu ermitteln ist, wer der Urheber gewesen ist (Heiterkeit. Sehr gut!)."

Bismarcks Haupteinwand aber gegen den Plan Kardorffs, das Mandat des Landtags- und Reichstagsabgeordneten mit einander zu verschmelzen, war die Befürchtung, daß dadurch notwendig ein Berufsparlamentariertum gezüchtet werde. Dieses sei „mit einer lebendigen parlamentarischen Entwickelung nicht verträglich." Denn es werde „einem bureaukratischen Elemente allmählig viel näher

kommen, als einer lebendigen, mit dem Volk in ununterbrochener Wechselwirkung stehenden Volksvertretung." Außerdem aber fehlen uns die Leute, die in uneigennütziger, reicher Stellung diesen Beruf üben könnten. „Die Klasse, welche man in England spezifisch Gentlemen nennt, d. h. Leute, die nichts weiter zu thun haben, als zu reisen, wenn sie nicht etwa sich ins Parlament wählen lassen (Heiterkeit), die Klasse ist bei uns glücklicherweise nicht zahlreich, und Jemand, der bei uns noch so reich ist, noch so bedeutend und weiter gar nichts thut, als daß er die Früchte verzehrt, die für ihn wachsen: ich sage es mit Stolz, der würde bei vielen Müttern gewiß Schwierigkeiten haben, die Tochter zur Frau zu bekommen (große Heiterkeit); die vorsichtige Mutter würde sagen: Der Mann ist sehr reich, aber er ist ein Tagedieb (anhaltende Heiterkeit)." Dennoch sei diese Klasse unentbehrlich, wenn man die Thätigkeit des Abgeordneten auf den größten Teil des Jahres ausdehnen wolle. Dem abzuhelfen — d. h. die parlamentarischen Geschäfte wesentlich zu vereinfachen, — „wird nicht sehr schwer sein, sobald wir zu dem idealen Zustande gelangt sind, den die Engländer längst in der Praxis haben: daß die Budgetberatung nur 48 Stunden dauert (Heiterkeit. Lebhafter Beifall)."

Am 29. Januar 1869 beriet das preußische Abgeordnetenhaus über den Antrag seiner Kommission: die königliche Verordnung vom 2. März 1868 zu genehmigen, welche die Beschlagnahme des Welfenfonds verfügt hatte. Als Gegner dieser Genehmigung trat der frühere hannoversche Justizminister, nunmehrige Abgeordnete Windthorst auf, indem er behauptete, daß die Handlungen des Welfenhofes keinerlei Gefahr für die Sicherheit des Staates Preußen erzeugten, und indem er zugleich das Dasein einer zur Zeit unter französischem Schutze stehenden hannoverschen Legion in Abrede stellte. Alles beruhe nur auf unbewiesenen Gerüchten und diene nur als Vorwand für eine Beschlagnahme, die lediglich Willkür und Beugung des Rechtes sei. Bismarck erhielt dadurch die willkommene Gelegenheit, noch in derselben Sitzung die gesamten Umtriebe des Hietzinger Hofes und alle Einzelheiten bezüglich der

Welfenlegion zu enthüllen, die in diesem Werke schon früher mitgeteilt wurden. Er habe nicht geglaubt, daß er dafür noch eine Beweisführung anzutreten hätte — „denn manches, was in den Zeitungen steht, ist denn doch wahr, wenn auch nicht alles (Heiterkeit)." Auch Berichte von Augenzeugen über die welfischen Demonstrationen beim Feste der silbernen Hochzeit des Königspaares verlas Bismarck, namentlich die Schlußworte des Toastes, den König Georg damals ausbrachte: „Ich fordere Euch auf, zu trinken auf die Wiederherstellung des Welfenreiches, des Welfenthrones, auf meine Rückkehr in Eure Mitte. Gott gebe eine baldige Auferstehung des Thrones in Hannover, meine Rückkehr zu einem Volke, dessen Treue und Anhänglichkeit ein leuchtendes Vorbild sein wird für alle Völker der Erde. Ein Hoch auf ein baldiges Wiedersehen im Welfenreiche!" Durch „die fortwährende Unterhaltung der Legion zum Zwecke des Krieges gegen das eigene Vaterland im Bunde mit fremden Mächten und durch das Bestreben, ununterbrochen den Frieden als zweifelhaft darzustellen und auf diese Weise das Vertrauen, dessen Europa bedarf, nach Kräften zu stören . . . durch alles das spielt der König von Hannover fortwährend die Rolle eines kriegführenden Fürsten uns gegenüber. Diese Thatsache allein schon gibt der Staatsregierung das ganz unzweifelhafte Recht der Notwehr gegenüber einer Bestrebung, sie mag klein oder groß sein; darauf, ob wir sie fürchten, kommt es gar nicht an, sondern ich brauche nur den Nachweis, daß der König sich nach wie vor als eine kriegführende Partei seinerseits betrachtet, und dadurch den Vertrag (auf Auslieferung des Welfenfonds an ihn) materiell und moralisch bricht, dadurch sein Eigentum nach Kriegsrecht in die Hände des Gegners liefert, dem es erreichbar ist. . . Wir wollen hier nicht zu Gericht sitzen über den gefallenen Gegner, aber wir wollen Deutschland vor Schaden bewahren, wir wollen diesem Frevel mit dem Frieden einer großen Nation, mit dem Frieden Europas ein Ende machen, gegen diejenigen, welche für persönliche und kleinliche dynastische Interessen sich berufen fühlen, das Glück und die Ehre des eigenen Vaterlandes in Verschwörungen mit dem Aus-

lande zu bedrohen und aufs Spiel zu setzen (lebhafter Beifall)." Die Kommissionsanträge, welche die Beschlagnahme des Welfenfonds genehmigten, wurden darauf mit 256 gegen 70 Stimmen angenommen.

Am 30. Januar folgte dann im Abgeordnetenhause die Beratung über die Genehmigung einer gleichen Maßregel der Regierung gegen den ehemaligen Kurfürsten von Hessen. Denn auch dieser hatte den am 17. September 1866 mit Preußen über sein Vermögen abgeschlossenen Vertrag gröblich gebrochen, so daß dem Landtag, nachdem eine an den Kurfürsten im Februar 1868 gerichtete Warnung erfolglos geblieben war, jetzt ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde, der die Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Kurfürsten verfügte. Schon in der Finanzkommission des Abgeordnetenhauses gab Bismarck eine umfassende Darstellung der Umtriebe des Kurfürsten, dessen Sprache seit 1867 „immer mit dem Wachsen der Kriegsbefürchtungen in Europa eine trotzigere geworden sei, bis der Kurfürst allen früheren Schritten die Krone aufgesetzt" habe durch die im September 1868 erfolgte Versendung einer Denkschrift über „die Auflösung des Deutschen Bundes und die Usurpation des Kurfürstentums durch die Krone Preußen." In dieser Denkschrift erklärte der Kurfürst alle früheren Schritte, in welchen sein Einverständnis mit der neuen Gestaltung der Verhältnisse gefunden werden konnte, als unverbindlich und unwirksam und bekannte sich, unter Bezugnahme auf die Unterstützung fremder Mächte, als Feind der bestehenden staatlichen Ordnung, an deren Umsturz er zur Zeit nur durch die Macht der Verhältnisse gehindert sei. Diese Denkschrift war an „die Fürsten und die freien Städte Deutschlands, sowie an alle europäischen Souveräne" versendet worden, ja Bismarck selbst war mittels eines amtlichen Schreibens des kurfürstlichen Kabinetsrates Schimmelpfeng vom 22. September 1868 mit mehreren Exemplaren bedacht und aufgefordert worden, die Denkschrift dem Könige zu unterbreiten. „Diese Schrift", fuhr Bismarck in der Kommission fort, „unterstütze offen den auch durch die welfische Presse verfolgten Zweck, dem Ausland die irrige

Meinung beizubringen, als ob bei einem Kriegsausbruche die ganze hessische und hannoversche Bevölkerung sich massenhaft erheben würde, um die preußische Herrschaft abzuschütteln. Solchen Vorkommnissen gegenüber sei es nur ein Akt politischer Notwehr, wenn die preußische Regierung dem König Georg wie dem Kurfürsten die ihnen durch die Abfindungsverträge gewährten Mittel zu entziehen suche, welche diese lediglich dazu verwendeten, um die Fackel des Krieges und zwar womöglich eines europäischen Krieges, anzufachen."

Die Kommission empfahl darauf mit 12 gegen 2 Stimmen die Genehmigung der Regierungsvorlage. Diesen Antrag bekämpften jedoch in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. Januar die Abgeordneten v. Mallinckrodt und Herrlein, indem sie die juristische Begründung der Maßregel vollständig vermißten und sie als einen Akt der Gewalt, vielleicht auch der Revanche, jedenfalls von revolutionärem Charakter bezeichneten. Der Abgeordnete Herrlein meinte: das Verfahren der preußischen Regierung, die einige für den Kurfürsten bestimmte „Körbe voll Gemüse und einige Hasen" konfisziert habe, „kritisiere sich von selbst als kleinlich und unpraktisch." Bismarck entgegnete diesen Angreifern: „Über juristische Zwirnsfäden wird die Regierung nicht stolpern in der Ausübung ihrer Pflicht, für den Frieden des Staates zu sorgen; sie wird diese Aufgabe auch nicht auf das Niveau von Gemüsekörben herunterziehen lassen, sondern sie in ihrer ganzen Höhe erhalten und durchführen (Beifall)." Bismarck zählt dann die einzelnen feindseligen Handlungen des Kurfürsten auf. „Je höher die Kriegsgefahr wurde, um so schärfer trat die Beteiligung dieses Herrn selbst hervor; er sprach zuerst davon, ‚den Schild Hessens wieder aufzurichten'; in weiterem Stadium von ‚treu gebliebenen Unterthanen', in noch weiterem Stadium verstieg er sich zu direkten, noch jetzt in Kassel auszuübenden Regierungshandlungen. Der Wechsel in der Tonart des Herrn Kabinetssekretärs Schimmelpfeng, der sich, wie es scheint, vorgenommen hat, den Kurfürsten um sein Vermögen zu schreiben, hielt Schritt mit jenen Steigerungen. Denn die neueste Eröffnung dieses Beamten

an mich schließt: ‚Indem Se. Königliche Hoheit es unter Allerhöchst Ihrer Würde erachtet, mit mehrerem als hierdurch geschieht, in den leicht vorauszusehenden Abschluß einer längst präjudizierten Angelegenheit einzugreifen, behalten sich Allerhöchst Dieselben vor, demnächst diesen neuen Gewaltakt Preußens, sobald er mit der parlamentarischen Weihe ausgestattet sein wird, vor dem Forum der Öffentlichkeit in das gebührende Licht zu setzen‘. Auch hier versichert der Schreiber mich am Schlusse ‚seiner ausgezeichneten Hochachtung‘ (Große Heiterkeit).“

Der Abgeordnete Herrlein hatte*) mit stolzem kurhessischem Legitimätsgefühl gerufen: „Kurhessen hätte die Bahn Bebra-Eschwege längst gebaut, wenn wir nicht Preußen einverleibt worden wären! Was haben wir denn durch Preußen gewonnen?“ Bismarck entgegnete darauf: „Bezüglich der Art, wie die Eisenbahnen in Hessen früher zu Stande kamen, möchte ich den Herrn Vorredner an eine Thatsache erinnern, die . . . in den Akten steht, die wir in Kassel gefunden haben. Ein kurfürstliches Reskript an den damaligen Finanzminister sagt: daß Se. Königl. Hoheit nunmehr seine Einwilligung zum Bau der Hanauer Eisenbahn geben will, weil und nachdem diese Gesellschaft, ich weiß nicht, ob 200 Aktien zu 250 Gulden oder umgekehrt, unentgeltlich zur Verfügung Sr. Königlichen Hoheit gestellt habe (Große Heiterkeit).“ Er sage das nur „zur Gewissensberuhigung des Herrn Vorredners, dessen Motive, so aufzutreten, wie er aufgetreten ist, ich in keiner Weise verkennen will. Leider kann sich das Ausland sagen, daß, wenn eine Armee siegreich bei uns vordränge, sie nicht überall auf denselben feindlichen Widerstand stoßen würde, wie er vielleicht bei jeder anderen geschlossenen europäischen Nation zu erwarten wäre. Die Coriolane sind in Deutschland nicht selten, es fehlt ihnen nur an ‚Volskern‘, und wenn sie Volsker fänden, würden sie sich bald demaskieren; nur den letzten versöhnenden Abschluß Corolians würden alle Frauen

*) Auf die Frage des Abg. Braun-Wiesbaden: ob Hessen wohl von seinem Kurfürsten diese Bahn erhalten haben würde, die jetzt Preußen baute?

Kassels und Deutschlands dann nicht im stande sein, herbeizuführen!*) Es ist sehr zu beklagen, daß dem bei uns so ist. Wenn in Spanien wie in Rußland, in England wie in Frankreich, in Ungarn wie in Dänemark irgend jemand erklärte: er wolle seine partikularistischen Gelüste, seine Familien- oder Parteiinteressen mit ausländischer Hilfe durchführen, er setze seine ganze Hoffnung darauf, und arbeite dahin, daß die Fluren seines Vaterlandes zertreten würden von siegreichen ausländischen Kriegsheeren, daß seine eigene Heimat in dieselbe Unterjochung verfalle, wie wir sie im Anfang dieses Jahrhunderts in Deutschland erlebt haben — was kümmern ihn die rauchenden Trümmer seines Vaterlandes, wenn er nur auf ihnen steht! — nehmen Sie an, daß in allen Ländern bis in das kleine Dänemark hinein, eine Partei, eine Klique die Frechheit hätte, sich zu solchen Bestrebungen offen zu bekennen, solche Leute würden dort überall ersticken unter der zermalmenden Verachtung ihrer Landsleute! Bei uns allein ist das nicht so; bei uns erliegen sie nicht der Verachtung; sie tragen die Stirn hoch, sie finden öffentlich Verteidiger bis in diese Räume hinein. Überall, wo Fäulnis ist, stellt sich ein Leben ein, welches man nicht mit reinen Glacehandschuhen anfassen kann. Dieser Thatsache gegenüber sprechen Sie doch nicht von Spionierwesen! Ich bin nicht zum Spion geboren meiner ganzen Natur nach; aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in die Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben. Damit ist nicht gesagt, daß wir eine halbe Million geheimer Fonds brauchen können; ich hätte keine Verwendung dafür und möchte die Verantwortung für solche Summen nicht übernehmen. Aber machen Sie uns aus dem bedauerlichen Zwange, daß wir Gelder auch zu diesen Zwecken verwenden müssen, keinen

*) Zu vergl. Shakespeares Trauerspiel Coriolan. Der stolze römische Patrizier ging lieber ins Exil zu den Volskern, als sich von dem durch die Tribunen aufgehetzten römischen Volke richten zu lassen. Er führte den feindlichen Stamm gegen Rom heran, ließ sich aber durch die Bitten seiner Mutter und Gattin zum Abzug bewegen.

Vorwurf; probieren Sie selbst erst, ob Sie Pech anfassen können, ohne sich zu besudeln! (Lebhafter Beifall)." Nach dieser gewaltigen Rede wurden die Kommissionsanträge noch in derselben Sitzung mit bedeutender Mehrheit angenommen.

Auch im Herrenhause rechtfertigte Bismarck sowohl vor der Kommission als vor dem Plenum, in dessen Sitzung vom 13. Februar, die Notwendigkeit dieser Beschlagnahme, indem er namentlich ausführte, in welchem Maße die gewerbsmäßigen Unruhestifter durch erfundene, telegraphisch verbreitete Nachrichten, besonders in Frankreich, gegen Deutschland Unruhe und Gährung zu erregen verstünden. Gegen die Wahrheit des Gedruckten habe man sich nach dem Sprichwort: „Er lügt wie gedruckt" doch allmählig mit Mißtrauen gewaffnet. Nun werde man wohl auch dahin kommen, zu sagen: „Er lügt wie telegraphiert." „Schon im Interesse der nationalen Würde sind die Quellen abzuschneiden, aus denen deutsche Blätter besoldet werden, die in schamloser Öffentlichkeit eine starke und kriegstüchtige, aber ebenfalls friedliebende Nation, wie die Franzosen, zum Kriege gegen Deutschland auffordern und offen die Hoffnung aussprechen, das Vaterland, Deutschland, werde in diesem Kriege unterliegen. Mir sind in der Presse Vorwürfe gemacht worden, daß ich solchen Erscheinungen gegenüber die diplomatische Ruhe, die meine Stellung erfordert, nicht zu bewahren vermöchte; ich muß nun aber sagen: wer über solche Niederträchtigkeit nicht in Zorn gerät, hat ein anders organisiertes Nationalgefühl, als mir eigen ist! (Lebhafter Beifall)." Auch das Herrenhaus nahm darauf den Gesetzentwurf mit großer Mehrheit an. Am 6. März wurde der Landtag geschlossen.

Der norddeutsche Reichstag wurde am 4. März 1869 eröffnet. Bei den Beratungen über das norddeutsche Wahlgesetz am 13. März hatte der Abgeordnete Graf v. Schwerin eine Aeußerung Bismarcks nicht ganz richtig wiedergegeben, und Bismarck benutzte das, um daran zu erinnern: „daß schon bei früheren für mich folgenreicher gewordenen Gelegenheiten meine Aeußerungen, durch seinen Mund wiedergegeben, doch eine etwas andere Färbung ge-

wannen; so der bekannte, von mir niemals gebrauchte Ausspruch: ‚Macht ginge vor Recht!‘“ Graf Schwerin bestätigte sofort, daß Bismarck diesen Ausspruch nie gebraucht habe, er selbst aber habe ihn auch nicht gebraucht, sondern nur gesagt: die Aeußerungen des Herrn Ministerpräsidenten kulminierten in dem Satze, daß Gewalt vor Recht gehe. Er habe sich aber auch nicht gescheut, schon früher zu erklären, daß er die damaligen „Intentionen“ des Herrn Ministerpräsidenten falsch aufgefaßt habe. Bismarck erklärte darauf: „Ich werde mich jedenfalls freuen, wenn diejenigen Mißverständnisse, die — ich kann fast sagen in Europa — über meine Aeußerungen herrschten, und die durch die Aeußerung des Herrn Vorredners veranlaßt worden sind, einigermaßen durch die gegenwärtige Erklärung gemildert werden. Gehoben werden sie nur bei denjenigen, die überhaupt sich belehren lassen wollen, was nicht viele sind (anhaltende Heiterkeit).“

Am 16. März beschäftigte den Reichstag der erneute Antrag Lasker auf Gewähr der Redefreiheit der Einzellandtage. Bismarck hatte seit dem Vorjahr erfahren, daß selbst in Preußen, das er zunächst als Versuchsgebiet empfohlen hatte, die authentische Auslegung des Art. 84 der preußischen Verfassung an dem Widerstande des Herrenhauses gescheitert war. Wir wissen aus den früher mitgeteilten Briefen Blanckenburgs und Roons, daß die Verstimmung der Konservativen über Bismarcks „Liberalismus“ sich seit dem Streit über den hannoverschen Provinzialfonds keineswegs vermindert hatte. Dieses Verhältnis wäre augenscheinlich noch wesentlich verschlechtert worden, wenn Bismarck jetzt die Hand dazu geboten hätte, den Widerstand des preußischen Herrenhauses durch ein Bundesgesetz zu beseitigen. Aber der Widerspruch des Herrenhauses verstärkte erheblich auch ein anderes Bedenken, das Bismarck schon 1868 dem Laskerschen Antrag entgegengehalten hatte: die Frage der Kompetenz des Reichstags und des Bundesrates, der verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten. Diese Rücksicht veranlaßte Bismarck am 16. März 1869 zu der Erklärung: Preußen werde sofort seine Stimme für den Antrag abgeben, trotz des Widerspruchs des

Herrenhauses, wenn von den anderen im Bundesrate vertretenen Regierungen eine Anregung dazu käme. Er für seine Person sei ja dem Antrag sehr geneigt, schon um durch die nötige Straflosigkeit jedes Landtagsredners die Illusion der öffentlichen Meinung zu beseitigen, „daß irgend ein Grad von Mut dazu gehöre, einem Minister Unannehmlichkeiten zu sagen (Heiterkeit).“ Aber er könne sich vom Reichstag keinesfalls „vinkulieren“ lassen, „wie er im Bundesrate, oder gar gegen die nichtpreußischen Mitglieder des Bundesrates stimmen solle.“ Gleichwohl wurde der Antrag Lasker mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Gerade einen Monat später, am 16. April, beriet der Reichstag den Antrag der Abgeordneten Twesten-Graf Münster auf Einsetzung verantwortlicher Bundesministerien „für die zur Kompetenz des Bundes gehörigen Angelegenheiten, namentlich für auswärtige Angelegenheiten, Finanzen, Krieg, Marine, Handel und Verkehr.“ Bismarck ergriff erst das Wort, nachdem die Abgeordneten v. Unruh und Graf Bethusy-Huc sich dafür, Abgeordneter v. Blanckenburg und der sächsische Minister v. Friesen sich dagegen ausgesprochen hatten, der letztere mit einem schroffen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Auch Bismarck sprach anfangs mit ziemlicher Schärfe gegen den Antrag, in welchem er nur ein starkes Mißtrauensvotum gegen sich selbst erkennen wollte, da sonst wohl einer der etwa 100 Abgeordneten — der gesamten nationalliberalen und freikonservativen Partei —, die den Antrag unterzeichnet hatten, „mich der Ehre wert gehalten hätte, meine Ansicht zu erforschen.“ Dann untersucht Bismarck, „wie weit die politische Bedeutung des Antrages sich erstrecken solle.“ Die jetzigen Zustände der Bundesverfassung seien ein Chaos, eine Diktatur genannt worden — „der glückliche Träger dieser Diktatur scheine ich zu sein“ — und an die Stelle dieser chaotischen Zustände wolle man verantwortliche Bundesminister setzen, verantwortlich für das, was bisher der Bundeskanzler verantwortet habe, und um „eine geordnete Verwaltung und Aufsicht“ zu führen, als ob diese bisher ungeordnet sei. Wenn aber irgend ein Abgeordneter der Einladung Folge leisten wolle, alle Kassen, Bücher

und Büreaus nachzuprüfen, so werde er „die Gewißheit erlangen, daß wir schon jetzt in dem geordnetsten Zustande von der Welt leben". Denn die Ressorts der Fachminister der Einzelstaaten seien im Bunde bisher durch die verschiedenen Ausschüsse des Bundesrates trefflich vertreten worden: Der Finanzminister durch den Finanzausschuß, der Kriegsminister durch den Militärausschuß (dem Roon obendrein vorsitze) u. s. w. Keiner dieser Ausschüsse habe irgend ein Mißtrauen verdient, und werde doch, ebenso wie das ganze Bundeskanzleramt, durch den Antrag „überflüssig" und beseitigt. Das greife aber aufs tiefste ein in die verfassungsmäßigen Rechte der Bundesstaaten. „Verlangen Sie nicht, meine Herren, daß ich als Bundeskanzler dazu jemals die Hand biete! Ein ähnlicher Antrag auf Schmälerung der Rechte des Reichstags, wie sie hier in Bezug auf die Rechte des Bundesrates beabsichtigt wird, würde einen Sturm der Entrüstung erregen, gegen die die schüchterne Abwehr der Mitglieder des Bundesrates gar keinen Vergleich aushalten würde (Heiterkeit)."

Der Antrag richte aber zugleich eine scharfe Spitze gegen Süddeutschland und sei „eine zweifellose Vertiefung des Mains, als Grenze", denn er schrecke durch seine unitarische Tendenz den Süden vollständig vom Beitritt ab. „Der Süden ist vermöge seiner Stammeseigentümlichkeiten, vermöge seiner Stellung in der früheren Reichsverfassung durch und durch partikularistisch und konservativ, wir sind ihm nicht nur zu liberal, wir sind ihm zu national, also im ganzen zu nationalliberal (große Heiterkeit)." Um nun dem Bundeskanzler die Riesenaufgabe zu erleichtern, zwischen Norden und Süden ein leidliches Einvernehmen herzustellen, „wollen Sie ihm Hände und Füße binden und ihn durch ein Kollegium in das Gängelband nehmen lassen." Vor der „Notwendigkeit, auf eigene Verantwortung Entschließung zu fassen, schreckt zuletzt ein Ministerpräsident nicht zurück, wohl aber vor der Notwendigkeit, sieben Leute zu überzeugen, daß dasjenige, was er will, wirklich das richtige ist. Das ist eine ganz andere Arbeit, als einen Staat zu regieren! Alle Mitglieder eines Ministeriums haben ihre ehrliche, feste Ueberzeugung,

und je ehrlicher und tüchtiger sie in ihrer Thätigkeit sind, um so schwerer werden sie sich fügen. Ein Jeder ist umgeben von einer Reihe streitbarer Räte (Heiterkeit), die auch jeder ihre Ueberzeugung haben. „Je tüchtiger die einzelnen Charaktere sind, um so schwieriger ist natürlich die Einigung unter ihnen; zwei harte Steine mahlen schlecht, das ist ein bekanntes Sprichwort, aber acht harte Steine noch viel schwerer (Heiterkeit)."

Bismarck wirke in der Legislative nur als preußischer Bevollmächtigter zum Bundesrat mit und führe dort die preußischen Stimmen. „Die Instruktion des preußischen Bevollmächtigten wird beschlossen im preußischen Ministerium und geht in letzter Instanz aus nicht von dem Präsidium des Bundes, sondern von Sr. Majestät dem Könige von Preußen. Die schmale Basis der Verantwortlichkeit für die Handlungen des Präsidiums soll ich (nach dem Antrag Twesten) teilen mit so und so vielen Ministern und zwar zunächst aus dem Grunde, den ich vollkommen anerkenne: daß ich nicht alles verstehe, was unter meiner Verantwortung vorgeht. M. H., kommen wir nicht alle mehr oder weniger in diese Lage, namentlich die Herren Abgeordneten? (Heiterkeit. Beifall)" Aber auch der Ressortminister könne nicht alles übersehen, was in seinem Ressort vorgehe. „Ich würde den für einen beneidenswert geschäftslosen Kollegen halten, der ein Viertel von dem lesen könnte, was er zu unterschreiben hat (Beifall. Heiterkeit). Erleichtern würden Sie mir das Geschäft durch ein Kollegium nicht, und Sie haben in mir keinen Bundeskanzler, der einen Kollegen acceptiert! Ich stütze mich auf mein verfassungsmäßiges Recht. Wie das Bundeskanzleramt ausgestattet ist, so habe ich es übernommen — ein Kollege würde an demselben Tage, wo er es wird, mein Nachfolger werden müssen."

Vor allem aber werde der Antrag „das Gefühl des Mißtrauens, der Rechtsunsicherheit unter den verfassungsmäßig berechtigten Faktoren in Deutschland verbreiten." Er sage das auf die Gefahr hin, als wäre er irgend ein Partikularist. „Ist denn überhaupt der Unitarismus die nützlichste und die beste politische Ge-

staltung? Ist er es namentlich in Deutschland? Ist er historisch in Deutschland? Daß er es nicht ist, beweisen ja gerade die partikularistischen Bildungen, die Deutschland nach allen Richtungen hin — nicht bloß räumlich — durchsetzen. Sie haben nicht bloß einen Dorfpatriotismus und einen Stadtpatriotismus, von einer Ausbildung, wie ihn Romanen und Slaven gar nicht kennen, Sie haben einen Fraktionspatriotismus (Heiterkeit. Sehr gut!), Sie haben einen Ressortpatriotismus, der alles außerhalb des eigenen Ressorts als Ausland betrachtet, dem man jeden Schaden zufügen kann, wenn das eigene Ressort Vorteil dabei hat (Große Heiterkeit). So etwas ist nur dem deutschen Charakter möglich. Das hat auch dahin geführt, daß der Deutsche sich nur in einem kleineren Gebiete behaglich fühlt, und daß man nicht wohl thut, ihm von seinem häuslichen Behagen mehr zu nehmen, als absolut zum Zusammenhalten des Ganzen, als zur Wirkung nach außen erforderlich ist. Dieser Partikularismus ist die Basis der Schwäche, aber auch nach einer Seite hin die Basis der Blüte Deutschlands. Die kleinen Zentren haben ein Gemeingut von Bildung und Wohlstand in allen Teilen Deutschlands verbreitet, wie man es in zentralistisch organisierten großen Ländern kaum findet. Die muß man bereist haben, zivilisierte und unzivilisierte, um zu erkennen, wie dort die Provinzen gegen das allgemeine Zentrum um Jahrhunderte in Rückstand bleiben. Die Fehler des Partikularismus, die Schwäche nach außen, die Zerrissenheit im Innern, die Hemmstricke für die Entwickelung von Handel und Verkehr, die hat der Bund im Prinzip vollständig durchschnitten, und sie vollständig zu beseitigen, ist seine Aufgabe. Lassen Sie ihm Zeit dazu. Er ist noch jung, er wird es zu stande bringen, und wir werden dabei einträchtig zusammenwirken zu einem positiven und von der ganzen Nation, wenn es erreicht wird, dankend anerkannten Ziele . . . Die Zentralisation ist mehr oder weniger eine Gewaltthat und ist ohne einen — mindestens am Geiste der Verfassung sich versündigenden Bruch kaum durchzuführen und ein solcher Bruch, mag er auch in der Form gedeckt oder gerechtfertigt erscheinen, hinterläßt Stellen, die innerlich bluten, und wie

lange sie nachbluten, das weiß kein Mensch und kann keiner kontrollieren. Ich glaube, man soll sich in den germanischen Staaten nicht fragen, wenn man es der Bevölkerung recht machen will: was kann gemeinsam sein? wie weit kann der große Mund des Gemeinwesens hineinbeißen in den Apfel? — sondern man muß sich fragen: was muß absolut gemeinsam sein? und dasjenige, was nicht gemeinsam zu sein braucht, das soll man der speziellen Entwickelung überlassen. Damit dient man der Freiheit, damit dient man der Wohlfahrt . . . Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachstum hindern und sie verderben . . . Wir können den Lauf der Zeit nicht dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhren vorstellen. Ich sollte denken, diese Maschine (des Bundes) hier, an der wir sitzen, hat zwei Jahre lang recht gut und recht förderlich gearbeitet — so gut, daß es Sie fast schon langweilt, daß es so gut geht. Sie fühlen das Bedürfnis, die Uhr einmal aufzumachen, ein Rad herauszuholen und zu sehen, ob es denn vielleicht nicht noch besser geht (Heiterkeit)."

In freundlich versöhnlichen Worten läßt Bismarck diese große Rede ausklingen: „Ich bin mir vollständig bewußt, mit fast allen, vielleicht mit allen Antragstellern über das Ziel, das wir verfolgen, ganz einig zu sein (Beifall), wir wollen Deutschland diejenige Gestaltung geben — im Norden und im Süden, wenn wir können —, in der es am stärksten und am einigsten ist, und in der es die meisten Bedingungen seiner Wohlfahrt vereinigt. Ueber die Wege und Mittel, die dazu führen, können wir sehr verschiedener Meinung sein. Bewahren wir uns aber das Bewußtsein, daß wir diesem gemeinschaftlichen Ziele mit gleicher Treue und mit gleicher Hingebung hüben wie drüben zustreben, und machen wir aus Meinungsverschiedenheiten über die zu ergreifenden Mittel und Wege keine persönlichen Vorwürfe; verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verständnis oder an seinem guten Willen zu zweifeln (Lebhafter Beifall)."

In demselben versöhnlichen Sinne antwortete der Abg. Lasker. Der Antrag bezwecke nur, dem Bundeskanzler die Arbeit zu erleichtern. Zudem könne er sich ein „Bundesministerium nur denken, wie es etwa in England ist: der eine leitende Minister ist die Seele des Ministeriums, und er hat darauf zu achten, daß jeder aus dem Ministerium scheide, der mit seiner leitenden Politik sich nicht in Einklang zu setzen weiß (Beifall links. Heiterkeit rechts). Das ist die Absicht unseres Antrags." Bismarck erklärte darauf zum Schlusse: Durch Laskers Äußerung sei ihm „die Tendenz des Antrags viel näher gerückt. Ich habe nicht weiter gehen wollen, als der Herr Abgeordnete nach dem Beispiel der englischen Einrichtungen gehen will, aus welchen ich schließen darf, daß wir im Grunde ganz einer Meinung über die einheitliche Spitze sind. Wir sind vielleicht über viele Dinge einverstanden, ohne daß wir es für den Augenblick wissen (Heiterkeit auf allen Seiten). Ich würde die englische Stellung eines Ministerpräsidenten überall für ausreichend halten, um die nötige Einheit der Leitung herzustellen. Davon sind wir aber nach unserer Verfassung und unseren Gebräuchen weit entfernt. Änderungen in der Scenerie erfordern einen Aufwand von Kraft und Reibung, den gewöhnlich niemand Zeit hat zu leisten. Aber im Bundeskanzleramte sind die Einrichtungen gerade so, wie sie der Herr Vorredner zu erhalten wünscht; es fehlen bloß einige Ministertitel, und damit würde ich gar nicht so sehr ängstlich sein (Große Heiterkeit), sobald nur die einheitliche Leitung durch die Ansprüche, die sich an diese Titel knüpfen, nicht zersplittert wird (Erneute Heiterkeit)."

In namentlicher Abstimmung wurde hierauf der Antrag Twesten-Münster mit 110 gegen 100 Stimmen angenommen. Die bei dieser interessanten Verhandlung von Bismarck festgestellte Thatsache, daß er und die Abgeordneten „vielleicht über viele Dinge einverstanden seien, ohne daß wir es für den Augenblick wissen," veranlaßte den Bundeskanzler zu dem allseitig mit lebhafter Freude begrüßten Schritt, alle Abgeordneten, Bundesräte und Mitglieder des Bundeskanzleramtes für jeden Sonnabend während der noch übrigen Tagung zu

„parlamentarischen Abenden" und zu freier ungezwungener vertraulicher Aussprache bei sich einzuladen.

In der Budgetberatung am 22. April sprach der Abgeordnete Twesten den Wunsch aus, der Bundeskanzler möge doch die mitteilbaren amtlichen Aktenstücke der auswärtigen Bundespolitik dem Reichstage regelmäßig vorlegen, wie dies in England durch die „Blaubücher" geschehe. Er begründete dieses Verlangen damit, daß die auswärtige Politik nicht mehr eine Politik der Kabinette, sondern der Völker sei, und daß Preußen und Deutschland infolge seiner Zurückhaltung in der Mitteilung diplomatischer Aktenstücke während der Luxemburger Krisis von Frankreich gegen Holland verdächtigt worden sei und von Herrn v. Beust noch jetzt bei den Ungarn verdächtigt werde, als hetze es die Rumänen gegen Ungarn auf. Bismarck erwiderte darauf: das Verlangen nach Blaubüchern sei im wesentlichen ein „parlamentarisches Bedürfnis" (Heiterkeit). Beschließe der Reichstag so, so werde dem Bundeskanzler „das Geschäft erschwert", weil er zu „doppelter Buchführung" genötigt würde. Er müsse dann „über denselben Gegenstand zweierlei Depeschen schreiben, einmal solche, die wirklich in der Diplomatie ihre praktische Geltung haben sollen, und dann solche, die ich beabsichtige zu veröffentlichen (Heiterkeit)." Die Rücksicht auf die Diskretion verbiete die Veröffentlichung der Depeschen fremder Regierungen gegen deren Willen unbedingt. Was von den eigenen Depeschen mitgeteilt werden könne, erfordere eine sehr genaue, durch den Bundeskanzler persönlich auszuübende Sichtung und Revision jeder einzelnen Depesche. „Sollten die Herren darauf bestehen, so will ich versuchen, für das nächste Jahr etwas Unschädliches zusammenzustellen (große Heiterkeit)." Bei brennenden Fragen aber erfolge die Veröffentlichung der Depeschen auch ohnehin „Schlag auf Schlag, um sich die Teilnahme der öffentlichen Meinung schnell in der Richtung, in der man ihrer bedarf, zu sichern", und „da nach dem heutigen Stande der Zivilisation es unmöglich ist, aus heimlichen, vielleicht später von der Geschichte zu erratenden Kabinettsgründen große politische und vielleicht sogar kriegerische Aktionen vorzunehmen.

Man kann nur noch aus nationalen Gründen — aus Gründen, welche in dem Maße national sind, daß ihre zwingende Natur von der großen Mehrheit der Bevölkerung anerkannt wird, Krieg führen, wenigstens meiner Auffassung nach." Wenn also „etwa empfindliche Depeschen anfangen in die Öffentlichkeit zu kommen, so ist das ein Symptom sehr ernster Art, wenn es zwischen ernsten Regierungen vorkommt. Es wäre mir lieber, Sie beständen nicht darauf; ist aber der Wunsch ein allgemeiner, so werden wir sehen, was wir geben können, teils eine etwas frühere Publikation einer Zeitgeschichte von Daten, welche auf die augenblickliche Lage keinen verwirrenden Einfluß mehr ausüben können, teils solche Depeschen, welche geschrieben zu haben wir für die Männer angesehen zu werden wünschen." Damit war, da kein Antrag vorlag, diese Angelegenheit erledigt. Nur schloß sich daran noch ein Nachspiel, das Bismarck sehr geschickt mit dem von Twesten angeregten Stoff in Verbindung brachte. Als nämlich der Abgeordnete v. Hoverbeck in derselben Sitzung die Streichung der Zulage von 6000 Thaler für den preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg beantragte, verwies Bismarck zunächst auf die von ihm bereits im preußischen Abgeordnetenhause schon seit Jahren und immer mit Erfolg entwickelten Gründe für die Notwendigkeit dieser Zulage und sagte dann: „Wenn ich nicht irre, hat der Herr Vorredner vorher bei der Debatte über etwaige Blaubücher doch auch zugegeben, daß diese eine stets genaue Rechenschaft von allem, was passiert, nicht würden geben können. Aus analogen Gründen würde ich bitten, nicht den Anspruch an mich zu stellen, daß ich alle Gründe, welche für die Beibehaltung dieser Stelle sprechen, öffentlich entwickeln soll. Ich sollte meinen, in Sachen, welche ganz speziell den technischen Betrieb meiner diplomatischen Aufgaben betreffen, können Sie mir immerhin bis zum Belauf von 6000 Thalern Glauben schenken (Heiterkeit)."

Zwei Tage später, am 24. April, fand dann der erste „parlamentarische Abend" bei Bismarck statt.*) Für den Verfasser, der

*) Eingehender Bericht des Verfassers darüber (anonym) in der Garten=

mit ganzem Herzen sich dem Abend entgegenfreute, stand zur Frage, ob er die auf 9 Uhr angesetzte Empfangsstunde pünktlich einhalten solle oder nicht. Alles ging im Tagewerk des Bundes auf den Schlag der Minute. Der Berliner Chic dagegen verlangte bei Einladungen bedeutend späteres Erscheinen, um dem Wirt zu beweisen, daß der Gast keine dringende Eile empfinde, sich einzustellen. Zwischen diesen beiden Gegensätzen wählte der Verfasser die goldene Mittelstraße in dem so bewährten „akademischen Viertel" und betrat pünktlich um ¼10 Uhr das schmucklose Palais an der Wilhelmstraße. Die Garderobenummer 164 belehrte ihn aber, daß schon viele vor ihm pünktlicher gewesen seien. Das hohe Haus war also vollkommen „beschlußfähig". Trotz dieser Fülle aber erhielt der Verfasser bald den Beweis, daß der liebenswürdige Wirt sein Auge mit der gleichen Huld wie früher dem Verfasser zuwandte.*) Denn bei der ersten Gelegenheit zu einem vertrauten Wort sagte Bismarck: „Sie sind seit dem Vorjahr wieder erheblich stärker geworden. Sie sollten reiten." „Das würde ich gern thun", erwiderte der Verfasser, „aber am Geburtstag Ew. Exzellenz, am 1. April d. J., bin ich Advokat geworden, und wenn mich der Leipziger reiten sähe, so würde er sagen" — mit sächsisch-provinzieller Betonung: „Der Advogade had nischd zu dhun." Bismarck lachte.

Gleich bei der ersten Begrüßung mit dem Gastgeber hörte man ihn sagen: „Ich habe die Herren gern einmal bei mir sehen wollen. Man kann sich da so viel leichter sprechen und verstehen, als im Reichstag. Und außerdem, wenn Sie das Bedürfnis empfinden, mich oder einen Bundesrat oder Regierungskommissar zu interpellieren, so macht sich das hier in längstens fünf Minuten in einer Ecke ab." Er wurde aber beim Worte genommen. Denn

---

laube 1869 Nr. 20, neu abgedruckt bei Poschinger, „Fürst Bismarck und die Parlamentarier", Band I S. 22—31. Einiges daraus, ohne Quellenangabe, auch bei v. Unger, Unterredungen mit Bismarck.

*) Hier zum erstenmal erzählt, da der Verfasser in dem Bericht an die Gartenlaube, mit Rücksicht auf seine Abgeordneteneigenschaft, wie bemerkt anonym zu schreiben für angemessen hielt.

der „rote Becker", Abgeordneter Becker-Dortmund, Mitglied der Fortschrittspartei, später Oberbürgermeister von Köln, der an diesem Tage eine köstliche Rede über die landesherrlichen Mißbräuche der Porto- und Telegraphenfreiheit im Reichstag gehalten hatte, pflanzte sich jetzt als lebendiger, sehr umfangreicher Fragebogen nach diesem heiklen Thema vor Bismarck auf. Herzlich lachend, sprach dieser: „Glauben Sie mir" —, und zwar offenbar nicht bloß bis zu 6000 Thalern! — „ich weiß noch viel tollere Dinge." — „Nun, so erzählen Sie doch, Exzellenz", mahnte der ‚rote Becker' mit sichtlichem Behagen. — „Ja, das kann ich nicht," erwiderte Bismarck, „denn ich habe die Mitteilungen vom Generalpostdirektor v. Philippsborn, — der weiß noch viel tollere Dinge als ich."

Natürlich brachte Bismarck an diesem Abend auch die „Blaubücher" auf die Tagesordnung. Er that dies in ergötzlicher Weise, indem er schilderte, wie der englische Botschafter in Berlin, Lord Loftus, ihm ein langes, eigenhändig geschriebenes Manuskript seines Ministers, Lord Clarendon, verliest und eingehende Antwort mündlich erbittet, dann aber nach fünf Tagen mit einem dickbäuchigen amtlichen Schreiben wiederkehrt, das er zu lesen beginnt. Für Bismarck sind das „olle Kamellen" und er säumt nicht, den edlen Lord zu unterbrechen mit der Bemerkung, das habe er schon vor fünf Tagen gehört. — „Ja, aber jetzt soll die Depesche ins Blaubuch", entgegnet Lord Loftus, — „da soll ich Ihnen wohl auch noch einmal dieselbe Antwort für Ihr Blaubuch geben?" fragt Bismarck. — „Gewiß, wenn Ew. Exzellenz nichts dagegen haben, wird diese Antwort gar nicht zu umgehen sein." — „So brauche ich denn", erklärte Bismarck seinen Gästen, „noch einmal eine Stunde, nur um des Blaubuches willen, und dabei muß ich dem Engländer noch oft sagen: ‚Aber diese Stelle meiner Erklärung bringen Sie nicht in Ihr Blaubuch — z. B. die, daß ich das Blaubuch überhaupt für ein sehr zeitraubendes und überflüssiges Institut ansehe.'"

Über die zahlreichen weiteren öffentlichen Reden, die Bismarck im Laufe dieser Reichstagssession hielt, können wir rascher hinweggehen, da sie meist nur abgethane Fragen jener Zeit berühren.

Erwähnung verdient jedoch zunächst der „Fall Mende". Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fritz Mende — bei einer Nachwahl in Freiberg (Sachsen) gewählt — hatte seine Reichstagsthätigkeit mit einem dreitägigen Urlaub begonnen und diesen Urlaub zu einer Revolutionierungsreise benützt. Nachdem er in Gladbach die dortigen Arbeitermassen zum Widerstand gegen die Staatsgewalt und zum Landfriedensbruch aufgehetzt hatte, war er auf frischer That ergriffen und in Untersuchungshaft genommen worden. Nun machte er seine Unverletzlichkeit als Abgeordneter geltend und verlangte auf Grund des Art. 31 der Reichsverfassung seine Freilassung. Obwohl die zur Beratung dieses „Falles" eingesetzte Kommission selbst beantragte, die Untersuchungshaft des Abg. Mende fortdauern zu lassen, so beschloß der Reichstag doch schließlich, auf Antrag des Abg. v. Bennigsen, mit 107 gegen 9 Stimmen, die Freilassung des Abg. Mende, weil dieser Vertreter einer verschwindenden Minderheit und der arbeitenden Klassen sei. Höchst bemerkenswert ist dabei, daß Bismarck dem Reichstag die Entscheidung völlig anheimgab und sie, wie sie immer fallen möge, sofort zu vollziehen versprach. Er beschränkte sich darauf, das zur Zeit, am 28. April, vorhandene amtliche Aktenmaterial dem Hause wörtlich vorzutragen — „ich gebe, was ich habe" — und ließ nur dann und wann einige sarkastische Bemerkungen über Herrn Mende und die Art der Vertretung der Arbeiter durch die sozialdemokratischen Führer einfließen: „Ich hätte nur lebhaft gewünscht, daß der Herr Abg. Mende die Interessen der Arbeiter hier auf dem Boden der Gesetzgebung, statt in Gladbach auf dem Boden der Agitation vertreten hätte (Sehr wahr!), daß er vorgezogen hätte, sich hier an den schwierigen Fragen der Gewerbeordnung, die sich gerade in diesen Tagen vorzugsweise mit den Arbeitern beschäftigte, zu beteiligen, als in Gladbach tumultuierende Polizeibeamte zu beruhigen*) (Lebhafter Beifall, Heiterkeit)." Wenn der Reichstag die Freilassung Mendes beschließen sollte, so werde Bismarck annehmen, „daß diese

*) So hatte nämlich Mendes Gesinnungsgenosse, der Abg. v. Schweitzer, nach bekanntem sozialdemokratischem Rezept, den Vorgang dargestellt.

Versammlung — die erste in Norddeutschland — ihr Zeugnis dafür einwerfe, daß der Sache der Arbeiter mit tumultuarischen Agitationen nicht gedient sei, sondern daß ihr am besten durch Arbeit hier inmitten dieser Versammlung gedient werde (Sehr richtig! Beifall).“ Da aber mit Mende zugleich 22 von ihm verführte Arbeiter verhaftet worden waren, „voraussichtlich Familienväter und Leute, die ihre Verhaftung und die Folgen, die sich daran knüpfen, sehr viel schwerer empfinden werden, als Herr Mende,“ so sagte Bismarck: „Wenn ich mich an die Stelle des Herrn Mende denke, so würde ich das Bedürfnis fühlen, das Schicksal dieser Leute zu teilen und das meinige nicht von dem ihrigen zu trennen.“ Am nächsten parlamentarischen Abend, am 1. Mai, erzählte Bismarck dem Verfasser, in Anlehnung an diese Reichstagsdebatte und die Versprechungen, die Mende seinen Freiberger Wählern vor der Wahl gemacht haben sollte: „Einer meiner politischen Gegenkandidaten hat einmal jedem seiner Wähler jenes ländlichen Wahlkreises eine Kuh versprochen; Herr Mende wird es wohl bei einer Ziege bewenden lassen.“

Wir wissen aus dem vorigen Kapitel, wie sehr die Deckung des preußischen Defizits von etwa 10 Millionen Bismarck am Herzen lag, und daß er die Deckung aus indirekten Steuern (Verbrauchsabgaben) des Bundes anstrebte, Minister v. d. Heydt aber und dessen Räte die Hand nicht rührten. Das Budget des norddeutschen Bundes, das Heydt vorgelegt, und das der Reichstag ohne den Abstrich eines Pfennigs binnen wenig Tagen genehmigt hatte, verriet von diesen Bedürfnissen und der Anmeldung neuer Steuern kein Wort. Infolge von Bismarcks persönlichem Drängen in Berlin, fühlte sich v. d. Heydt nun aber am Schlusse der Session plötzlich doch veranlaßt, in einer sehr mangelhaft begründeten Vorlage noch eine Bundes-Branntwein- und Bundeswechselstempelsteuer zu verlangen und sechs weitere Verbrauchssteuerprojekte anzukündigen. Dem Reichstag konnte nicht verargt werden, daß er diesem plötzlichen, mangelhaft begründeten und nach dem Abschluß der Budgetberatung ganz unverhofften Verlangen dauernder Mehrbelastungen des Volkes

in Höhe von vielen Millionen mißtrauisch und ablehnend gegenübertrat, und nur die Wechselstempelsteuer noch bewilligte. Freilich ebenso berechtigt in ihrer Art war Bismarcks vorwurfsvolle Klage in der Sitzung des Reichstags vom 21. Mai: „M. H., wir verlangen von Ihnen Brot, und Sie geben uns Steine! Diese Steine bestehen zum Teil in Kritiken der Bundesverfassung; daraus kann ich kein Geld zur Befriedigung des Bedarfs entnehmen. Es ist ein Fels, aus dem selbst Moses mit seinem Stabe kein Wasser schlagen würde. Sie verweisen uns ferner — und auch das rechne ich zu den Steinen — auf Ersparnisse. Wo und wann sollen wir diese Ersparnisse machen? Der erste Herr Redner (v. Benda) hat gesagt: Maaßen*) würde es anders gemacht haben, aber wie Maaßen es gemacht haben würde, hat er uns sorgfältig verschwiegen (Heiterkeit). Sie beschließen in der Fraktion im voraus dasjenige, über was Sie abstimmen wollen, unter dem Einflusse der bedeutendsten Redner unter ihnen; es ist die Rednergabe etwas sehr Gefährliches, das Talent hat seine hinreißende Macht, ähnlich wie bei der Musik und der Improvisation. Es muß in jedem Redner, der auf Zuhörer wirken soll, ein Stück von einem Dichter stecken, und soweit das der Fall ist, soweit er als Improvisator Sprache und Gedanken beherrscht, hat er die Gabe, auf seine Zuhörer zu wirken. Ist aber der Dichter oder Improvisator gerade derjenige, dem das Steuerruder des Staates, welches volle kühle Überlegung fordert, anzuvertrauen wäre? Ein anderer Stein, der uns hingehalten worden ist, besteht in dem Vorwurf der Systemlosigkeit. Ich kann den nicht acceptieren. Mir wenigstens schwebt das System, in welches diese Steuern hingehören, vollkommen klar vor. Die gegebenen Grundlagen einer Steuer in dem heutigen zivilisierten Staate sind meines Erachtens diejenigen Genüsse, die massenhaft genug verbraucht werden, um einen finanziellen Ertrag zu geben, der sich über den Ertrag der sog. reinen Luxussteuern erhebt, die so wenige Steuerobjekte haben, daß sie kaum die Aufsichtskosten lohnen, sondern

*) Der berühmte preußische Finanzminister, der den Zollverein ins Leben rief, 1816 bis 1834 in maßgebenden Ämtern thätig.

es sind die massenhaft verbrauchten — Luxusgegenstände mag ich sie nicht nennen — aber doch Genußmittel, als da sind: Bier, Branntwein, Wein, Tabak, Thee, Kaffee: das sind Gegenstände, die sich einer augenblicklich versagen kann, wenn ihm seine Kassenfonds dieselben nicht zugänglich machen. Es ist nicht wünschenswert, aber es bleibt möglich, sie sich zu versagen.“

Es ist derselbe Steuerplan, den Bismarck ein Jahrzehnt hindurch beharrlich festhielt und dann mit großem Erfolg durchführte. Am folgenden Tage, dem 22. Mai, griff der sächsisch-partikularistische Abg. Oehmichen „auf das wohlfeile Wahlprogramm von 1860, die zweijährige Dienstzeit“ zurück, und meinte, damit ließen sich Millionen und alle neuen Steuern sparen. Bismarck erklärte Ersparnisse am Militäretat für völlig unzulässig. „In einem anderen Lande,“ sprach er, „ist von amtlicher Stelle ausgesagt worden: der Friede Europas beruhe auf dem Degen Frankreichs. Ich beziehe mich ausdrücklich auf diese Äußerung, um keine eigene auf einem Gebiete zu thun, auf dem ich sehr ungern spreche; aber daß dieselbe Äußerung auf jeden Staat anwendbar ist, daß jeder Staat, dem seine Ehre und Unabhängigkeit lieb ist, sich bewußt sein muß, daß sein Friede und seine Sicherheit auf seinem eigenen Degen beruht — ich glaube, m. H., darüber werden wir alle einig sein (Beifall).“ Als dann der Abg. Löwe — 14 Monate vor Ausbruch der französischen Krieges — mit dem „ceterum censeo“ die Tribüne verließ, daß die „Verminderung der Armee, die sogenannte Entwaffnung“ Deutschlands Wehrkraft durchaus nicht beeinträchtige, dagegen viele Millionen „unproduktiver“ Ausgaben spare, entgegnete Bismarck: „Der Herr Vorredner scheint sich durch das, was ich gestern über die siegreiche Gewalt der Beredsamkeit gesagt habe, vorzugsweise persönlich getroffen zu fühlen (Heiterkeit). Ich würde die Bürgschaft, die der Herr Vorredner bei Verminderung unserer Wehrkraft persönlich für die Sicherheit zu übernehmen bereit schien, meinerseits acceptieren, wenn ich glaubte, daß eine siegreiche feindliche Armee an der Grenze durch die Macht der Beredsamkeit aufgehalten werden könnte (Heiterkeit). Ich muß doch

wiederholt davor warnen, im Publikum die Meinung zu verbreiten, daß die Ausgaben für die Armee unproduktive Ausgaben seien, und ich bin überzeugt, die Herren würden an diesem Bau nicht so oft rütteln, wenn sie nicht ganz sicher wären, daß sie ihn nicht einreißen. Unproduktiv in demselben Maße wie die Armee sind etwa Dämme, die eine Niederung vor Überschwemmung schützen. Die Kosten daran zu sparen, kann sehr teuer werden. Gerade wie ein Dach vor dem Wetter schützt, ein Deich vor Überschwemmung, so schützt auch unsere Armee unsere Produktivität in ihrem ganzen Umfange."

Scheiterte nun auch in dieser Session des Reichstags Bismarcks Steuerreform — und zwar vorwiegend an v. d. Heydts Langsamkeit und Ungeschick bei Einbringung der Vorlage — so waren doch die Ergebnisse dieser Tagung von hoher nationaler Bedeutung. Denn auf Antrag der Abg. Twesten-Lasker (und der übrigen nationalliberalen Abgeordneten) war beschlossen worden: die Rechtseinheit des Bundes auszudehnen auf das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren, einschließlich der Gerichtsorganisation. Sofort ließ Bismarck zur Ausführung dieses Beschlusses eine Kommission von Gelehrten zur Vorberatung eines norddeutschen Strafgesetzbuchs zusammentreten. Die Civilprozeßordnungskommission war schon geraume Zeit (seit dem 6. Januar 1868) an der Arbeit. Ferner wurde die Errichtung eines Bundesoberhandelsgerichtes in Leipzig beschlossen und das Handels- und Wechselrecht zu Bundesgesetzen erhoben, auch ein Gesetz der Gewährung gegenseitiger Rechtshilfe im Bunde angenommen, endlich die Gleichberechtigung der Konfessionen bundesgesetzlich ausgesprochen. Von den volkswirtschaftlichen Arbeiten des Reichstags von 1869 verdient in erster Linie das Zustandekommen der norddeutschen Gewerbeordnung Erwähnung. Bismarck sprach den Abgeordneten an den parlamentarischen Abenden wiederholt lebhafte Anerkennung dafür aus, daß sie „zur Zeit der Fliederblüte" durch die Junihitze sich keine Stunde lang von der Vollendung dieses großen Werkes abziehen ließen. Daneben wurden fünf Postverträge (mit Schweden, Italien, dem

Kirchenstaat und den Niederlanden) genehmigt, eine Konsularkonvention mit Italien, ein Literarvertrag mit Italien und der Schweiz, der Militärvertrag mit Baden, eine Zentral-Aichungskommission in Berlin eingesetzt, der Rinderpest durch ein Gesetz gesteuert und die Beschlagnahme des Dienstlohns bundesgesetzlich verboten. Am 22. Juni wurde der Reichstag vom König selbst geschlossen.

Am 3. Juni schon hatte Delbrück die zweite Tagung des deutschen Zollparlaments eröffnet. Bismarck konnte hier, infolge seiner im vorigen Kapital erwähnten hannoverschen Reise in Begleitung des Königs, und infolge seines körperlichen Befindens erst in der Schlußsitzung vom 21. Juni das Wort nehmen, in welcher die Entscheidung über die von der Regierung geforderte Petroleumsteuer fallen sollte. Den Gegnern entwickelte er „das Ideal reiner Finanzzölle“ ganz in demselben Sinne, wie er das am 21. Mai im Reichstag gethan hatte. „Ich werde jedesmal von einem gewissen Bedauern ergriffen, daß wir nicht mit voller sachlicher Offenheit uns gegen einander aussprechen, wenn ich gefühlvolle Klagen zu hören bekomme über den armen Mann, der sein Petroleum, sein Augenlicht, seine Intelligenz, der sein Pfeifchen Tabak besteuert sehen soll, aus demselben Munde, der sein Ja zur Besteuerung von Mehl, von Brot, unter Umständen von Feuerungsmaterial, von Fleisch und Salz, ganz ohne Gewissensbedenken auf Kosten desselben armen Mannes ausspricht.“ Gleichwohl wurde der Petroleumzoll abgelehnt. Dagegen kam in dieser Tagung zu stande ein neues Vereinszollgesetz, die Genehmigung der mit Japan und der Schweiz geschlossenen Handelsverträge und die Zuckersteuer. Die Tarifreform scheiterte an der Ablehnung des Petroleumzolles. Am nämlichen 22. Juni, da der Reichstag geschlossen wurde, hielt der König auch dem Zollparlament die Schlußrede. Die Abgeordneten waren zu den parlamentarischen Abenden, die Bismarck während der Tagung des Zollparlaments abhielt (am 5. und 12. Juni) miteingeladen. Ein hochinteressantes Gespräch Bismarcks mit Völk vom 12. Juni wird im folgenden Kapitel mitgeteilt werden.

Der preußische Landtag wurde am 6. Oktober 1869 eröffnet.

Bismarck aber, der, wie wir früher sahen, erst am 4. Dezember aus Varzin zurückkehrte, konnte sich an dessen Verhandlungen nicht vor dem Januar 1870 beteiligen. Aus seinen hier gehaltenen Reden ist das Erforderliche — namentlich die Charakterisierung des inzwischen zurückgetretenen Finanzministers v. d. Heydt — schon im vorigen Kapitel mitgeteilt worden. Der Landtag wurde am 12. Februar 1870 geschlossen, und zwei Tage später, am 14. Februar, die Frühjahrssitzung des norddeutschen Reichstags — wie man glaubte die letzte Tagung dieser Körperschaft, deren Mandatsdauer verfassungsmäßig Ende August ablief, — eröffnet.

Bismarck beteiligte sich an den Verhandlungen des Reichstags zum erstenmal am 24. Februar, als der Antrag Lasker auf baldigsten Anschluß Badens an den norddeutschen Bund zur Beratung stand. Bismarcks Gründe gegen den Antrag sind in anderem Zusammenhang schon früher vorgetragen worden (s. o. S. 48). Hier mögen nur folgende Stellen der großen Rede stehen: „Ich hatte zuerst, als ich den Antrag las, das Gefühl, daß den Herrn Antragstellern so etwa zu Mute war, wie Shakespeare den Heißsporn Percy schildert, der nachdem er ein halbes Dutzend Schotten umgebracht hat, über das langweilige Leben klagt: es passiere eben nichts, es muß etwas Leben hineingebracht werden! Gründung staatlicher Gemeinschaften, großartige Reformen, durchgreifende Gesetzgebungen, das alles erschöpft den Thatendrang nicht: es muß etwas geschehen! Liegt das nicht in einer gewaltigen Unterschätzung des wirklich Erreichten? Haben wir nicht in Bezug auf Süddeutschland ein kostbares Stück nationaler Einheit erreicht? Ich kann dreist behaupten: übt nicht das Präsidium des norddeutschen Bundes in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt, wie es im Besitze der deutschen Kaiser seit fünfhundert Jahren nicht gewesen ist? (Hört! Sehr wahr!) Wo ist denn — seit der Zeit der ersten Hohenstaufen — ein unbestrittener Oberbefehl im Kriege, eine unbestrittene Sicherheit der Gemeinschaft, denselben Feind und denselben Freund im Krieg zu haben, in deutschen Landen vorhanden gewesen? Wo ist denn eine wirtschaftliche Einheit vorhanden ge-

wesen, an deren Spitze der deutsche Kaiser gestanden hätte? Der Name macht es nicht! Ich kann behaupten, das Haupt des Nordbundes hat in Süddeutschland eine Stellung, wie seit dem Kaiser Rotbart ein deutscher Kaiser nicht gehabt hat, und dieser doch auch nur, wenn sein Schwert gerade siegreich war, vertragsmäßig und allgemein anerkannt nicht. Also unterschätzen wir dies nicht, und drängen Sie nicht so auf neue Etappen: genießen Sie doch einen Augenblick froh, was Ihnen beschieden, und begehren Sie nicht, was Sie nicht haben! (Sehr gut! Anhaltende große Heiterkeit.) Ich werde es daher von denjenigen, die Vertrauen zu meiner Leitung der Geschäfte haben, als eine Bekundung desselben ansehen, wenn sie für diesen Antrag nicht stimmen!"

Diesmal verdarb Miquels leidenschaftliche Beredsamkeit vollends die Sache. „Nein", „das ist nicht richtig", „halt, halt!" rief Bismarck zwischen Miquels Worte hinein. Doch als dieser geendet hatte, sagte er ruhig: „Über den Zweck sind wir einig; aber über die Mittel sind die Herren der Meinung, daß sie die Auswahl der Mittel und des Zeitpunktes (für den Anschluß Badens an den Bund) besser verstehen als ich, und ich bin der Meinung, daß ich das besser verstehe als Sie, nur darüber können wir uns nicht einigen. Solange ich aber Bundeskanzler und auswärtiger Minister bin, so muß die Politik nach meiner Einsicht gemacht werden (Sehr richtig!). Verstehen Sie die Sache besser, so müssen Sie Bundeskanzler werden, so ist es ganz unrichtig, daß Sie dort sitzen, denn die öffentliche Politik Deutschlands kann von den Stühlen nicht geleitet werden, sie muß von hier geleitet werden; wissen Sie alles besser wie ich, so setzen Sie sich hierher, und ich werde mich auf jene Stühle setzen und will diejenige Kritik üben, die mir eine zwanzigjährige Erfahrung in den Geschäften deutscher Politik an die Hand geben wird (Große Heiterkeit); aber ich versichere Sie, meine Vaterlandsliebe wird mich schweigen lassen, wenn ich fühle, daß Sprechen zur Unzeit ist (Lebhafter Beifall)." Der Antrag Lasker wurde darauf vor der Abstimmung zurückgezogen.

Die wichtigste Vorlage, welche den Reichstag im Frühjahr 1870

beschäftigte, war der Entwurf eines norddeutschen Strafgesetzbuchs. Bismarck hatte dem großen Werke schon in dem Stadium der Vorberatung die lebhafteste Teilnahme geschenkt. So ließ er dem Professor John in Göttingen, der Anfang Juni 1869 einen Entwurf zu dem Gesetze eingereicht hatte, am 31. Juli 1869 ein Dankschreiben zugehen, in welchem gerühmt wurde, John habe „in der Wissenschaft dem nationalen Gedanken, ein einheitliches Strafrecht für den norddeutschen Bund zu schaffen, durch seinen Entwurf einen thatsächlichen Ausdruck gegeben." Am 24. September 1869 richtete Bismarck ferner an den Vorsitzenden der Vorberatungs-Kommission des Entwurfes, den preußischen Justizminister Dr. Leonhardt, ein Schreiben aus Varzin, in welchem er bedauerte, den Beratungen der am 1. Oktober zusammentretenden Kommission nicht beiwohnen zu können, „um so mehr, je höher ich die Aufgabe stelle, zu deren Lösung sie berufen ist. Der Erlaß eines Strafgesetzbuchs für den norddeutschen Bund ist ein so bedeutungsvoller Schritt zur Herstellung eines gemeinsamen öffentlichen Rechts im gesamten Bundesgebiete und bildet eine so notwendige Ergänzung anderer Bundeseinrichtungen, daß jeder, dem die organische Entwickelung des Bundes am Herzen liegt, die Beratungen der Kommission nur mit seinen lebhaftesten Wünschen begleiten kann. Für einen günstigen Erfolg dieser Beratungen bürgt die Zusammensetzung der Kommission unter Ew. Excellenz Leitung, und ich bin gewiß, daß ein Teil des Erfolges von einem raschen Abschluß der Beratungen abhängt. Der Bundesrat ist bei dem Beschlusse, auf Grund dessen die Kommission zusammengetreten ist, von diesem Gesichtspunkte ausgegangen, indem er den Jahresschluß für den Abschluß der Arbeit in Aussicht nahm, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es der ersten Legislaturperiode des Bundes vorbehalten sein wird, ein gemeinsames Strafgesetzbuch zu stande zu bringen. Ew. Excellenz ersuche ich, den Herren Mitgliedern der Kommission von Vorstehendem gefälligst Kenntnis geben zu wollen." Für die Leistungsfähigkeit dieser auf dem Gebiete nationaler deutscher Arbeit fruchtbarsten Epoche unserer Tage ist nichts bezeichnen-

der, als die Thatsache, daß dieses großartige Werk, mit allen seinen bedeutsamen wissenschaftlichen Anlagen und Motiven in der That in dem unglaublich kurzen Zeitraum von drei Monaten ausgearbeitet wurde. Was das heißt, lehrt ein Vergleich mit viel länger geeinten Völkern. So besitzt z. B. die Schweiz, die schon seit 1848 zu einem Bundesstaate zusammengeschlossen ist, noch heute kein gemeinsames Strafgesetzbuch. Als daher der Minister Leonhardt dem Grafen Bismarck gegen Ende Dezember 1869 anzeigte, daß die Vorbereitungskommission ihre Arbeiten noch vor Ende des Monats beschließen werde, antwortete dieser am 29. Dezember aus Bonn: „Die verbündeten Regierungen verdanken dieses für das Gelingen des Gesetzbuchs verheißungsvolle Ergebnis der unermüdlichen Hingebung, welche sämtliche Herren Mitglieder der Kommission in voller Erkenntnis der vielseitigen Bedeutung des ihnen anvertrauten Werkes der Vollendung desselben gewidmet haben. Es bedurfte der angestrengtesten Thätigkeit, um in einem Zeitraum von drei Monaten eine Arbeit zum Abschluß zu bringen, deren Umfang schon bei ihrem Beginne groß war, und in ihrem Verlaufe durch das in erfreulicher Weise von allen Seiten herbeiströmende Material eine ungeahnte Ausdehnung gewann. Ich bin gewiß, im Sinne des Bundesrates zu handeln, indem ich den Herren Mitgliedern der Kommission den lebhaften Dank der verbündeten Regierungen für ihre aufopfernde Thätigkeit ausspreche."

Begreiflicherweise nahm also Bismarck auch an der Beratung dieses Gesetzes im Reichstag eifrig Anteil. Er that dies zuerst in der Sitzung vom 1. März 1870, als die Frage in zweiter Lesung zur Entscheidung stand, ob die Todesstrafe im Gesetze beibehalten werden solle oder nicht. Daß von dieser Frage — wie sich später herausstellte — das Zustandekommen des Gesetzes abhänge, deutete er am 1. März nur flüchtig an; hierüber fehlte damals noch die letzte Entscheidung des Königs Wilhelm. Vielmehr verlangte Bismarck die Beibehaltung der Todesstrafe, wie deren Gegner ihre Abschaffung, hauptsächlich aus sachlichen Gründen, ja aus innerster Überzeugung von ihrer Notwendigkeit. Er erwarte allerdings nicht,

die Gegner durch seine Gründe erschüttern zu können, begann er. Wenn er aber den Eindruck ihrer Ausführungen zusammenfasse, „so ist es einmal der einer Überschätzung des Wertes, welchen sie dem Leben in dieser Welt, und der Bedeutung, welche sie dem Tode beilegen. Ich kann mir denken, daß jemandem, der an eine Fortsetzung des individuellen Lebens nach dem leiblichen Tode nicht glaubt, die Todesstrafe härter erscheint, als demjenigen, der an die Unsterblichkeit der ihm von Gott verliehenen Seele glaubt; aber wenn ich der Frage näher ins Auge sehe, so kann ich das kaum annehmen. Für jemand, der des Glaubens nicht ist — zu dem ich mich von Herzen bekenne —, der Tod sei ein Übergang von einem Leben in das andere, und wir seien im stande, auch dem schwersten Verbrecher auf seinem Grabe die trostreiche Verheißung zu geben: mors janua vitae*) — für jemand, der diese Überzeugung nicht teilt, müssen die Freuden dieses Lebens einen solchen Wert haben, daß ich ihn fast um die Empfindungen, die sie ihm bereiten, beneide. Wer aber darüber mit sich einig ist, daß diesem Leben kein anderes folgt, der kann dem Verbrecher, für den der Tod die Ruhe, der Schlaf ist, derjenige Schlaf, den Hamlet ersehnt, der traumlose, nicht zumuten, bei solcher Auffassung in der engen Zelle eines Gefängnisses, beraubt von allem, was dem Leben Reiz verleihen kann — um die Worte eines Gelehrten zu gebrauchen —, das Phosphoreszieren seines Gehirns noch eine Zeit lang fortzusetzen. Ich habe hier das Gefühl gehabt, daß das Wort des Dichters, daß ‚das Leben der Güter höchstes nicht ist‘, bei uns in eine merkwürdige Vergessenheit geraten, in einem Wust von, m. E., falscher Sentimentalität begraben worden ist. Ich habe ferner den Eindruck gehabt, daß die gegnerische Auffassung von einer gewissen krankhaften Neigung geleitet war, den Verbrecher mit mehr Sorgfalt zu schonen und vor Unrecht zu schützen, als seine Opfer.“

Dabei verführen die Anhänger dieser Anschauung aber nicht einmal folgerichtig. Denn in Kriegszeiten, bei dem Heer und der

*) Der Tod ist die Pforte des Lebens.

Marine, bei Standrecht und Belagerungszustand, bei der Niederwerfung bewaffneten Aufruhrs oder bei Handhabung der Grenzpolizei gegen Leute, welche schmuggeln oder die Rinderpest einschwärzen, solle die Tötung, d. h. also die Todesstrafe, erlaubt sein; gegen die allerschwersten Verbrecher dagegen nicht. Warum werde denn da die Todesstrafe für jene Fälle beibehalten? „Doch wohl, weil Sie dieser Strafart eine noch energischere Wirkung zuschreiben, als der Aussicht auf eine Einsperrung mit möglicher Begnadigung oder Befreiung! Wenn Sie aber zugeben, daß nur um eines Haares Breite mehr Schutz für den friedlichen Bürger darin liegt, dann sind Sie ihm schuldig, daß sie ihm dieses Mehr von Schutz, welches die Gesetzgebung gegen Räuber und Mörder geben kann, auch geben (Beifall).“

Aber den letzten Grund derjenigen, die gegen die Todesstrafe sich aussprechen, sucht Bismarck „noch auf einem anderen Gebiete. Es ist eine der Krankheiten unserer Zeit die Scheu vor der Verantwortung, auf eigene Überzeugung hin ein Todesurteil auszusprechen; von Seiten der Geschworenen, auf eigene Verantwortung hin einen Wahrspruch zu geben, von dem sie nach dem Gesetze annehmen können, daß er die Tötung des Verbrechers zur Folge hat. Diese Furcht vor der Verantwortlichkeit ist eine Krankheit, die unsere ganze Zeit durchsetzt, eine Krankheit, die bis in die höchsten Spitzen der menschlichen Hierarchie hinaufreicht; selbst dem Souverän ist die Verantwortlichkeit im höchsten Maße beschwerlich und empfindlich, die er mit der Handhabung des Richtschwerts übernimmt — um wie viel mehr dem Richter, der weniger daran gewöhnt ist, Interessen von solcher Schwere, wie die Streichung eines seiner Nebenmenschen aus der Reihe der Lebendigen, auf seine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Und diese schwächliche Abneigung, das Richteramt bis in seine höchste Potenz zu üben, sie beruht auf einem Mißverständnis. Denn ist nicht die Verantwortlichkeit ebenso schwer, wenn ich einen Menschen Zeitlebens einsperre, ja, ich gehe weiter, ist nicht die Verantwortung moralisch dieselbe, wenn ich einen Menschen auf acht Tage ungerecht einsperre, als wenn ich ihn zum

Tode verurteile? Ich möchte also an die Herren Juristen die Aufforderung richten: schrecken Sie Angesichts der hohen Aufgabe, die Ihnen von der Vorsehung auferlegt ist, nicht vor Erfüllung derselben in ihrem höchsten Stadium zurück und werfen Sie das Richtschwert nicht von sich. Sie können sich dazu nur gedrungen fühlen, wenn Sie Ihrem Arm in seiner Handhabung lediglich menschliche Kraft zutrauen. Eine menschliche Kraft, die keine Rechtfertigung von oben in sich spürt, ist allerdings zur Führung des Richtschwerts nicht stark genug! (Lebhafter Beifall.)“ Am Schlusse dieser Sitzung beschloß der Reichstag gleichwohl die Abschaffung der Todesstrafe in zweiter Lesung mit 118 gegen 81 Stimmen.

Von den vielen Äußerungen Bismarcks im Reichstage bei der Beratung anderer Angelegenheiten, die vor der letzten Entscheidung über das Strafgesetzbuch eingeschoben wurden, braucht hier nur eine einzige erwähnt zu werden. Sie fiel bei der dritten Lesung des Gesetzes, betr. die Ausgabe von Banknoten, am 24. März. Drei Tage vor der ersten Beratung dieses Gesetzes, welches die fernere Ausgabe von Banknoten seitens einzelner Landesregierungen nur noch durch Bundesgesetz zulassen wollte, hatte nämlich plötzlich die Regierung von Reuß ä. L. eine Notenbank in Greiz mit der Befugnis errichtet, für 2 Millionen Thaler Banknoten zu fabrizieren. Dieser „Mißbrauch des Souveränitätsrechtes schlimmster Art“ — wie er im Reichstag genannt wurde, erregte allgemeinste Entrüstung und rief eine Menge Anträge zur Abwendung der Folgen dieser Unthat hervor. Bismarck erklärte: „Es kann im Ganzen nicht vorausgesetzt werden, daß einzelne verbündete Regierungen diejenige amtliche Kenntnis, die sie von den Verhandlungen im Bundesrat und von der Vorbereitung der Gesetze haben, dazu benutzen werden, um in der Zwischenzeit, bevor das Gesetz in Kraft tritt, noch Handlungen zu vollziehen, welche den Absichten des beratenen Gesetzes zuwiderlaufen. Der Fall, der hier vorliegt, ist nicht nur in der Vergangenheit der einzige analoge, sondern ich bin fest überzeugt, daß er auch in Zukunft isoliert bleiben wird, und das einzige, was ich persönlich glauben würde, dagegen thun zu können, wäre,

der Fürstl. Reußischen Regierung zu schreiben, daß die Beratung Sr. Durchlaucht des Fürsten für die Zukunft so eingerichtet werden möchte, daß die übrigen verbündeten Regierungen das durch dieses Verfahren gestörte Vertrauen zur Fürstl. Regierung wieder gewinnen können (Beifall)." Darauf wurde der von Bismarck am angemessensten bezeichnete Antrag von Sybel mit großer Mehrheit angenommen und die fürstlich reußische Banknotenpresse konnte überhaupt nicht in ihre verhängnisvolle Thätigkeit treten.

Mit Beginn der dritten Maiwoche stand endlich die wichtigste Arbeit der ganzen Tagung, das Strafgesetzbuch, zur letzten Entscheidung. Wir wissen aus dem vorigen Kapitel, daß Gesundheitsverhältnisse den Bundeskanzler während der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes zum unfreiwilligen längeren Aufenthalt in Varzin genötigt hatten. Er glaubte auch keine Veranlassung zur Rückkehr nach Berlin zu haben, da die preußischen Minister und die große Mehrheit des Bundesrates nach wie vor an der Todesstrafe festhielten, und nicht minder der König, dessen ritterlicher Sinn namentlich dabei beharrte, die Todesstrafe auch für das Verbrechen des Attentates gegen Bundesfürsten beizubehalten, damit man dem Könige nie vorwerfen könne, er habe seine Mitfürsten Mordanschlägen schutzlos preisgegeben. Beim Beginn der dritten Lesung, am 11. Mai, erklärte der Minister Leonhardt amtlich, daß die Bundesregierungen die Beibehaltung der Todesstrafe auf Mord und auf den Mordversuch gegen Bundesfürsten als unerläßliche Bedingung für die Annahme des Gesetzes stellten.*) Der letzte Versuch, der unternommen wurde, um die Gegensätze zu versöhnen, war der denkbar unglücklichste, von nationalen Männern kaum begreiflich, — der Antrag Planck-Stephani. Darnach sollte die Todesstrafe in den Ländern abgeschafft bleiben, in denen sie bereits abgeschafft sei (Sachsen, Oldenburg, Bremen). Fand dieser Antrag Annahme, so war das Gesetz keines der Opfer

*) Das Nachfolgende nach Tagesaufzeichnungen des Verfassers in den Fraktionssitzungen der nationalliberalen Partei, 21. bis 23. Mai 1870. „Auf dem Wege zur deutschen Einheit" II, S. 129 f./142.

wert, die von allen Parteien für sein Zustandekommen gebracht worden waren. Denn man durchlöcherte die deutsche Rechtseinheit in schlimmster Weise. Und dennoch hatte jener Antrag anfangs alle Aussicht auf Annahme. Namentlich wollten die Vertreter der preußischen Regierung diese Brücke zur Versöhnung betreten und für den Antrag im Bundesrate stimmen. Noch am Abend des 21. Mai (einem Sonnabend) verbreitete sich in den zu den letzten Entschlüssen versammelten Fraktionen des Reichstags die Nachricht, daß dies der Beschluß des preußischen Ministerrates sei. Glücklicherweise hatte aber auch Bismarck von diesem Beschlusse Kenntnis erhalten, und noch am Nachmittag des 21. Mai traf er plötzlich in Berlin ein. Selbst seinen Kollegen im preußischen Ministerium ward seine Ankunft erst ruchbar, als er sie am Sonntag, den 22. Mai, zu einer Ministersitzung entbot, welcher mittags 1 Uhr eine Sitzung des Bundesrates folgte. Schon Sonntag abends erfuhren die versammelten Fraktionen, was Bismarcks Ankunft bedeute: Der Antrag Planck-Stephani war abgelehnt. In der entscheidenden Sitzung des Reichstags, am Montag den 23. Mai, rechtfertigte Bismarck diesen Beschluß in einer denkwürdigen Rede vor der ganzen Nation. Es genügt, folgende Stellen daraus mitzuteilen: „Die Regierungen haben den Beweis gegeben, daß sie die eigene Überzeugung, die eigene Rechtsansicht dem höheren nationalen Zwecke zu opfern sich entschließen können; nur ein Opfer können sie diesem Zwecke nicht bringen: das ist das Prinzip dieser nationalen Einheit selbst (Lebhafter Beifall). Hierin liegt der Grund, der sie hindert, dem Amendement der Abg. Planck und Gen. ihre Zustimmung zu erteilen. Es ist für mich eine absolute Unmöglichkeit, es wäre ein volles Verleugnen meiner Vergangenheit, wollte ich einem Gesetze hier zustimmen, welches den Grundsatz heiligt, daß durch den Bund zweierlei Recht für die Norddeutschen geschaffen werden soll (Sehr richtig!), daß gewissermaßen zweierlei Klassen von Norddeutschen geschaffen werden sollen (Sehr gut!). Das Verlassen unserer Grundprinzipien in Bezug auf die Einheit, die wir in Deutschland zu schaffen haben, das läßt sich niemals wieder gut machen. Ich kann von diesem

Standpunkte aus hier kein Oldenburg, kein Preußen kennen; ich kenne nur Norddeutsche! (Lebhafter Beifall). Unsere Aufgabe ist, die Gleichheit vor dem Gesetz für alle norddeutschen Bürger zu schaffen. Wir haben unverrückt unser nationales Ziel im Auge behalten; wir haben nicht links, nicht rechts gesehen, ob wir jemandem wehe thäten in seiner teuersten Überzeugung. M. H., aus diesem Geiste haben wir unsere Kraft, unsere Macht geschöpft, zu handeln wie wir gethan. Wir werden die Quelle, aus der wir die Berechtigung schöpften hart zu sein und mit eisernem Schritt zu zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht entgegenstand . . . (Lebhafter Beifall. Von den Plätzen der sozialdemokratischen Fraktion: Oho! Erneuter stürmischer Beifall). M. H., ich freue mich des Zeugnisses, das mir durch die Mißbilligung der Gegner deutscher Einheit und deutscher Größe gegeben wird. (Widerspruch auf den Plätzen der sozialdemokratischen Partei. Ruf auf der Rechten: Sehr gut! Lebhafter Beifall von allen Seiten des Hauses) . . . Beweisen Sie durch Ihre Abstimmung, daß da, wo es auf die geheiligte Sache unserer nationalen Einheit ankommt, der Deutsche seinen alten Nationalfehlern zu entsagen weiß, indem Sie über Ihre augenblicklichen Gegner hinweg Ihren Blick auf das große Ganze erheben und diesem großen Ganzen einen Dienst erweisen, welcher für die deutsche Zukunft das Pfand bilden wird, daß die Neubildung unserer Verfassung frei sein werde von einem großen Teil der Schlacken, welche den alten Guß spröde, brüchig gemacht und zerrissen haben! (Lebhafter Beifall)."

Nach dieser Rede zog Planck seinen Antrag zurück und nun folgte die namentliche Abstimmung über den entscheidenden § 1, die Todesstrafe, unter lautloser Stille — die nur bei der bejahenden Abstimmung des Verfassers durch ein banausisches Geheul der Sozialisten unterbrochen wurde. 127 Abgeordnete stimmten für, 119 gegen die Todesstrafe. Das wichtigste Gesetz war also gerettet! Unmittelbar nach diesem Ergebnis ließ Graf Bismarck den Verfasser nach dem Privatzimmer des Bundeskanzlers hinter dem Sitzungssaal entbieten und hielt demselben hier jene herzbewegende An-

sprache, die im ersten Bande unseres Werkes S. 152 ff. mitgeteilt ist. Der Leser kann sich aber nun vollends deutlich machen, wie beglückt und ergriffen der Verfasser sich durch diese liebevolle Auszeichnung fühlen mußte, da sie ihm in jener großen Stunde zu teil wurde!

Das Ergebnis nationaler Fortentwickelung, das Deutschland dieser Reichtagssession dankte, war abermals sehr bedeutend. Denn außer dem Strafgesetzbuch war auch das Urheberrechtsgesetz zu stande gekommen, das schon erwähnte Banknotengesetz, der Vertrag mit Baden auf Gewährung gegenseitiger Rechtshilfe, das Gesetz, welches die Bundes- und Staatsangehörigkeit aller Norddeutschen gleichmäßig regelte, zugleich ein norddeutsches Heimatsgesetz („über den Unterstützungswohnsitz"), dann das in der vorigen Session verlangte Gesetz über die Beseitigung der Doppelbesteuerung, die Aufhebung der Elbzölle, die Regelung der Abgaben von Flößerei, ein neues Aktiengesetz, endlich ein Gesetz, welches die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes von Bundesangehörigen im Auslande regelte.

In der letzten Sitzung des Reichstags, am 25. Mai, kam der einzige Gegenstand auswärtiger Politik zur Beratung, der Gesetzentwurf, welcher der Schweiz einen Beitrag des Norddeutschen Bundes von 10 Millionen Franken für den Bau der Gotthardbahn zuwandte. Jetzt erfüllte sich die kühne Weissagung, die der Schöpfer der italienischen Einheit, Graf Cavour, schon 1846 ausgesprochen hatte: Die Eisenbahnen würden die Verbindung schaffen „zwischen dem ernsten und tiefen Deutschland und dem geistvollen Italien." Denn der Schöpfer der deutschen Einheit, Graf Bismarck, begründete den Entwurf mit den denkwürdigen Worten: „Gewiß müssen die verbündeten Regierungen tief von der Überzeugung durchdrungen sein, daß die politischen Interessen es empfehlen, zwischen Deutschland und Italien eine Verbindung zu schaffen, welche lediglich von dem neutralen Zwischenlande, der Schweiz, abhängig ist und nicht im Besitze einer der großen europäischen Mächte sich befindet (hört, hört!)." Denn beinahe ohne Beispiel werde dieser Vorgang sein,

daß eine deutsche Regierung eine erhebliche Geldausgabe zu einer außerhalb Deutschlands liegenden Eisenbahn der Volksvertretung zumute. Die Rücksichten aber, „welche zu diesem ungewöhnlichen Verfahren bestimmen, sind so auf der Hand liegend, so oft erwogen und zum Teil auch so delikater Natur, daß ich Sie bitte, mich davon zu dispensieren, sie hier nochmals darzulegen. Für uns ist das Hauptinteresse, eine fast direkte Verbindung mit dem befreundeten und, wie wir glauben, auf die Dauer befreundeten Lande (Italien) zu haben (hört!)." Diese Andeutungen genügten dem Reichstag, um mit großer Mehrheit die Vorlage anzunehmen. In Frankreich aber riefen sie, auch in den Kammern, ein so lautes Kriegsgeschrei wach, daß der neue „liberale" französische Minister Ollivier sich nach einiger Zeit gedrungen fühlte, Deutschland und Europa die Ruhe wiederzugeben durch die amtliche Erklärung: Der Friede Europas sei nie gesicherter gewesen, als jetzt. Auch die Schlußthronrede des Königs Wilhelm vom 26. Mai lautete durchaus friedlich. Nachdem er die gewaltigen Ergebnisse der vier Reichstagssessionen seit dem Herbst 1867 aufgezählt hatte, sagte er: „Diese Erfolge werden auch im Auslande die Gewißheit gewähren, daß der Norddeutsche Bund in der Entwickelung seiner inneren Einrichtungen und seiner vertragsmäßigen nationalen Verbindung mit Süddeutschland die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens ausbildet."

Nicht ganz zwei Monate waren verstrichen, nachdem diese Worte aus vollster Überzeugung gesprochen würden, als Frankreich den frevelhaftesten der Kriege entzündete! Wie das kam, werden die nächsten Kapitel darzustellen versuchen.

Viertes Kapitel.

Bismarcks auswärtige Politik vom Frühjahr 1868 bis zum Kriegsausbruch 1870.

Wir besitzen aus Bismarcks eigenem Mund eine Darstellung der Beziehungen Deutschlands zu allen Mächten Europas, zu Anfang der Zeitspanne, die unser Kapitel umfaßt. Diesen Umblick that er in jenen Tagen, da das deutsche Zollparlament im April 1868 zum ersten Male zusammentrat, und der Abgeordnete und Staatsrechtslehrer Bluntschli mit dem norddeutschen Bundeskanzler in vertrautem Gespräch verkehrte (s. o. S. 138 flg.). Ihm gegenüber äußerte der Leiter der deutschen Politik am 30. April 1868 Folgendes: „Die Scheu vor Frankreich hält mich keinen Augenblick von weiterem Vorgehen in der deutschen Sache ab. Ich fürchte Frankreich nicht. Wir sind den Franzosen weit überlegen, allerdings vor einem Jahre noch mehr als jetzt, aber auch jetzt. Ich sage das nicht, um zu renommieren. Das ist mir ganz fremd! Wir haben die Sache ganz genau überlegt. Alle unsere Generäle haben dieselbe Meinung. Freilich können die Franzosen durch einen raschen Überfall bis nach Mainz und Coblenz kommen. Dann aber ist's aus, und sie stoßen auf einen Widerstand, den sie nicht brechen. Sie haben nicht mehr als 300 000 Mann zum Angriff, und wir können ihnen an jedem entscheidenden Punkte eine größere Macht entgegensetzen. Im letzten Kriege hatten wir 640 000 Mann in den Waffen, und noch immer war Stoff vorrätig. Gegen die Franzosen marschieren Alle, bis auf die 36 jährigen Männer, wenn es nicht anders sein kann. Es

ist etwas anderes, für den eigenen Heerd streiten, als in ein fremdes Land eindringen.

„Möglich, daß die Franzosen durch Überraschung im Süden vordringen. Ich glaube es zwar nicht, denn in diesem Fall brauchen sie dafür doch jedenfalls 50 000 Mann, die sie dann an andern Orten entbehren müssen, wo es zur Entscheidung kommt. Aber für diesen Fall empfehle ich Ihnen: Lassen Sie die Franzosen wegnehmen, was sie kriegen können, aber geben Sie ihnen nichts. Unterhandeln Sie nicht, machen Sie keine Zugeständnisse. Im äußersten Falle gehen einige Orte und Personen zu Grunde, aber das Ganze wird schließlich gewinnen, und die Verluste werden Ihnen reichlich ersetzt werden. Wenn nicht Gott uns ungünstig und den Franzosen günstig ist, so werden wir einen französischen Angriff abschlagen und nach dem Siege nach Paris marschieren. Napoleon weiß, daß wir so stark sind; deshalb behalten wir den Frieden. Ich rechne mit Zuversicht darauf. Das deutsche Volk, militärisch geeinigt, ist die größte Macht der Welt und hat nichts zu fürchten.

„Österreich wird unter allen Umständen neutral bleiben. Abgesehen von seinen Finanzverhältnissen, kann es keinen Krieg führen. Alle seine Interessen sind dagegen. Die Deutschösterreicher wissen, daß der Krieg, der für Österreich einen günstigen Verlauf nähme, sie wieder um ihre nationalen und parlamentarischen Errungenschaften bringen würde. Die Ungarn wissen ebenso, daß ein siegreiches österreichisches Heer sie wieder um ihre Verfassung brächte. Die österreichischen Slawen sind den russischen Einwirkungen ausgesetzt. Im Notfall halten wir mit Rußland Österreich gänzlich im Schach. Sie werden nicht wagen, das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Ein paar Erzherzöge freilich wären dazu immer bereit. Aber was hat Österreich für ein Interesse, seine Existenz aufs Spiel zu setzen? Es wäre verloren, sogar dann, wenn Frankreich siegte, denn dann stünde es völlig ohnmächtig vor dem französischen Sieger und müßte thun, was dieser vorschriebe.

„Den Russen brauchen wir gar nichts zu geben für ein eventuelles Bündnis in einem Kriege mit Frankreich. Ihre schwache

Seite ist Polen. Ein französisches Bataillon würde Polen in Aufstand bringen. Die Russen können die Franzosen als Verbündete nicht brauchen, ohne daß diese sie in ihren wichtigsten Interessen bedrohen würden. Die Polen sind genötigt, in ähnlicher Weise auf uns zu sehen und sich an uns anzulehnen, wie die Ungarn. Das wird sich ganz von selber so machen und ist schon heute wahrnehmbar. Wenn die Russen fortfahren, die Polen zu vernichten, so wird das nur um so bälder kommen.

„Mit England stehen wir ausgezeichnet. Die Engländer hatten sich früher auf Österreich gestützt, weil sie darin eine Sicherheit gegen Frankreich fanden, und weil sie glaubten, daß Österreich in Deutschland die leitende Macht sei. Seit dem Kriege von 1866 haben sie als praktische Leute auf eine andere Karte gesetzt. Sie haben nichts gegen eine nationale Gestaltung von Deutschland einzuwenden. Sie ist ihnen ganz recht.

„Der Empfang des (preußischen) Kronprinzen in Italien" — der kurz zuvor beim Besuche des italienischen Königshofes mit unendlicher Begeisterung begrüßt worden war — „hat Niemanden überrascht — als den Kronprinzen selber. Der König hat ihn hingeschickt, weil wir wußten, daß er enthusiastisch empfangen würde, und weil wir ein Ministerium Lamarmora verhindern wollten. Das hat gewirkt. Ein uns feindliches Ministerium ist nun nicht möglich. Sie sehen, wir sind unserer Sache sicher, und wir wollen im Frieden an der Entwickelung von Deutschland arbeiten."

Diese Aussprache Bismarcks von Ende April 1868 beweist, daß sein genialer staatsmännischer Scharfsinn schon damals die Haltung der großen europäischen Mächte in einem französisch-deutschen Kriege genau so bemaß, wie sie zwei Jahre später bethätigt wurde. Und diese großartig sichere Berechnung der europäischen Staatsinteressen zu Gunsten Deutschlands blieb immer noch richtig, obwohl sich im Laufe dieser zwei Jahre Ereignisse und Bestrebungen zu Ungunsten Deutschlands einstellten, die Bismarck am 30. April 1868 keineswegs vorhersehen konnte. Dahin gehört die spanische Revolution von 1868, die welfisch-kurhessische

Verschwörung gegen Deutschland, der Sturz des Ministers Hohenlohe in Bayern, die geheimen Bündnisverhandlungen Napoleons mit den Herrschern von Österreich und Italien und endlich der Versuch der Aufrichtung jesuitischer Weltherrschaft durch das vatikanische Konzil. Trotz alledem aber ist Bismarcks staatskundige Berechnung vom 30. April 1868 auch für die Zeit vom Juli 1870 bis Januar 1871 richtig geblieben und hat in jenen weltentscheidenden Monaten — um einen Börsenausdruck zu gebrauchen — gewissermaßen die Decharge des Aufsichtsrates der Weltgeschichte erhalten! Denn Österreich blieb, trotz aller Werbungen Napoleons beim Kaiser Franz Joseph, und trotz der Todfeindschaft des Herrn v. Beust gegen ein mächtiges Preußen, in jenem schweren Völkerringen „unter allen Umständen neutral", und zwar obendrein — wie Herr v. Beust später selbst gestand — genau aus den Gründen, die Bismarck am 30. April 1868 dem Abgeordneten Bluntschli angab. Es fühlte sich durch Rußland „in Schach gehalten" und wagte deshalb nicht, „das Schwert aus der Scheide zu ziehen." Außerdem aber vermochte alles Volk in Österreich-Ungarn auch nicht das geringste Interesse zu entdecken, für Frankreich und gegen Deutschland „seine Existenz aufs Spiel zu setzen." Dieselbe Logik hielt Italien klüglich ab, nach dem Ausbruche des Krieges von 1870 das von Napoleon so heiß begehrte geheime Bündnis mit Frankreich abzuschließen. Denn ein Deutschland feindliches Ministerium war in Italien, wie Bismarck schon am 30. April 1868 vorausgesagt hatte — nach dem Staatsinteresse und der Volksstimmung überhaupt nicht mehr möglich. Übrigens hatte Bismarck die erneute Befestigung des Bündnisses beider Völker der höchst sympathischen Erscheinung und Einwirkung des Kronprinzen nicht allein überlassen, sondern im April 1868 eine Note an Usedom nach Florenz gerichtet, in welcher er mit Meisterhand die Naturnotwendigkeit der Bundesgenossenschaft Italiens mit Deutschland entwickelte und andererseits die Notwendigkeit fortwährender Rivalität Frankreichs mit Italien, da Frankreich schon den natürlichen Anspruch Italiens auf die Vorherrschaft im Mittelmeer keinesfalls anerkennen werde und könne. Auch Ruß-

land und England hielten im Kriege von 1870 die von Bismarck 1868 vorausverkündete Haltung ein, wenn auch England durch Lieferung von Kriegskontrebande an Frankreich und durch diplomatische Einmischung eifrig aber erfolglos danach trachtete, den deutschen Siegespreis zu schmälern. Erfolglos, da auch damals Bismarcks kundige Hand die deutsche Politik leitete.

Nur in einem einzigen Punkte sollte sich Bismarck in den Erwartungen täuschen, die er am 30. April 1868 gegen Bluntschli aussprach. Damals hörten wir ihn sagen: „Napoleon weiß, daß wir so stark sind; deshalb behalten wir den Frieden. Ich rechne mit Zuversicht darauf.“ Das war keine auf Verhüllung der wirklichen Überzeugung des Bundeskanzlers berechnete rhetorische Wendung, sondern seine damalige innerste Überzeugung selbst. Noch viel später, in der großen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 und dann wieder Ende Oktober 1892 in Varzin gegen den Verfasser, hat sich Bismarck ebenso ausgesprochen. Nur das haltlose Schwanken und die Unberechenbarkeit des Kaisers Napoleon hat hier einen andern Ausgang herbeigeführt, als ihn Bismarck erwartete. Und der letzte Grund der verhängnisvollen Richtung der französischen Politik nach dem Kriege hin war Napoleons Nachgiebigkeit an die chauvinistische Anmaßung und Überhebung des französischen Volkes.*) Hätte er nach dem Ratschlag, den Bismarck in Paris während der Weltausstellung von 1867 dem Kaiser erteilte, die Volksleidenschaften durch eine freie Verfassung versöhnt, und dem liberalen Parlament in einem starken, eng mit dem Kaiserhause verbundenen Heere ein unerschütterliches Gegengewicht gegeben, so hätte er sich und seine Franzosen an die Überzeugung gewöhnen können, daß auch ein völlig einiges Deutschland unter Preußens Leitung keine Kränkung und Gefährdung der nationalen französischen Rechte und Ehren bedeute. Denn auch französischen Köpfen wäre schließlich die einfache Thatsache beizubringen gewesen, daß das

*) Die ganze Entwickelung dieser kriegerischen französischen Politik ist zum erstenmal erschöpfend dargestellt von Sybel, a. a. O. Bd. 7 S. 65 bis 233.

deutsche Volk ebenso berechtigt sei, sich zu einigen und die ihm gutdünkende Gesamtverfassung sich zu geben, als das französische; daß dagegen der seit Jahrhunderten bethätigte deutsche Volkscharakter sich bei weitem weniger eroberungslustig und kriegslüstern gezeigt habe, als der französische. Einflußreiche französische Politiker hatten dies, trotz des Geschreis ihrer Landsleute ‚Rache für Sadowa‘, auch bald erkannt. So hatte Rothan schon im Mai 1867 und dann auch der liberale Führer Ollivier dem Kaiser geraten: er möge rückhaltlos die neuen Zustände in Deutschland anerkennen und auf jeden Einspruch und Widerstand gegen die Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem Nordbunde verzichten. Dadurch werde er sich die große deutsche Macht, die größte Europas, dankbar verpflichten und freundlich verbinden. Dazu aber konnte Napoleon sich nicht entschließen, da er meinte, er werde damit seinen inneren Feinden nur neue Waffen liefern. Freilich hätte andrerseits gerade die Furcht vor der Macht und dem Einfluß der inneren Opposition den Kaiser vor jeder kriegerischen Politik warnen sollen. Das erkannte der kluge Mérimée schon mitten in der chauvinistischen Aufregung seiner Landsleute über den Luxemburger Handel. Treffend schrieb er am 4. April 1867 an Panizzi: „Liegt es denn in unserm Interesse, ja kann man es überhaupt vernünftig nennen, eine drohende Politik zu führen, in dem Zustande der Zerklüftung, in dem wir uns befinden?“ Auch der scharf beobachtende französische Militärbevollmächtigte in Berlin, auf den der Reorganisator des französischen Heeres, der Kriegsminister Marschall Niel, das größte Vertrauen setzte, auch Baron Stoffel, berichtete, daß er von Bismarcks Friedensliebe überzeugt sei. So am 20. November 1868, nach einer Unterredung mit Bleichröder, der eine Woche lang bei Bismarck in Varzin gewesen war*): der Bundeskanzler wünsche den Frieden lebhafter als je, er denke nicht an die Beschleunigung des Anschlusses der Südstaaten an den Nordbund, denn das werde sich von selbst machen. Dagegen liege ihm die Beseitigung der Kriegsbesorgnisse am Herzen, und am besten scheine hiezu eine Zusammen-

*) Rapports militaires écrits de Berlin (Paris 1871) p. 131.

kunft Napoleons mit dem König Wilhelm geeignet, was auch Baron Stoffel seinerseits bestätigt und befürwortet.

Obwohl nun Kaiser Napoleon diese Zusammenkunft ganz unauffällig — als einfachen Gegenbesuch für des Königs Erscheinen in Paris 1867 — hätte bewilligen können, so unterblieb doch selbst dieser von Baron Stoffel dringend empfohlene Versuch der Verständigung. Denn zu leicht konnte hier die von Bismarck und Baron Stoffel gleichmäßig erwartete Wirkung eintreten: der Kaiser konnte sich von der ehrlichen Friedensliebe des Königs und Bismarcks überzeugen lassen, und dann jeder kriegerischen Politik entsagen. Das wäre aber ganz gegen die Pläne der in den Tuilerien immer einflußreicheren Ultramontanen und der ehrgeizigen chauvinistischen Streber der äußersten Rechten, der „Arkadier", gewesen, die nur auf den Krieg mit Deutschland hinarbeiteten. So wurde denn alles was in Deutschland oder sonstwo in der weiten Welt Verdrießliches geschah, dem Kaiser als das Erzeugnis bismarckischer Tücke und Niedertracht dargestellt. Mochte Baron Stoffel noch so überzeugend einerseits die Furchtbarkeit und Überlegenheit der deutschen Armee und andrerseits die Friedensliebe Bismarcks versichern — in beiden Punkten zuckte man über den Leichtgläubigen die Achsel. Zudem hatte schon Marschall Niels Heeresorganisation die französische Heeresmacht seit 1866 verdoppelt, auf über 800 000 Mann gebracht, die berühmte allgemeine Wehrpflicht der Deutschen auch in Frankreich nachgeahmt. Außerdem war das Chassepot-Gewehr in der Einführung begriffen, das bei Mentana „Wunder gethan" hatte, und der Kaiser selbst hatte die Mitrailleusen erfunden. Wie sollten die „Preußen" da Stand halten können? Nur schade, daß dies alles vorläufig bloß auf dem Papier stand. Was aber vollends von den durch Stoffel vermittelten Versicherungen Bismarcks zu halten war, daß dieser leibhaftige Bösewicht eine Politik des Friedens betreibe, dafür hatte man in den Tuilereien, wie man meinte, sehr deutliche Beweise.

Denn im Herbst 1868 wurde die fromme Königin Isabella von Spanien durch ein „Pronunciamento" abtrünniger Generale

plötzlich entthront. Sie war immer die festeste Stütze der Politik des Tuilerienhofes, namentlich in klerikaler Richtung gewesen, und gerade vor ihrem Sturz hatte sie dem französischen Kaiserpaare einen Besuch in Biarritz verheißen, wo bindende Abmachungen dahin getroffen werden sollten, daß Spanien die Schutztruppe beim Vatikan und zur Behauptung der päpstlichen Herrschaft in Rom stellen werde, falls Napoleon seine dortigen Truppen zu anderen Zwecken abberiefe. Und nun war die treffliche Königin plötzlich entthront, verjagt, eine verbannte Schutzflehende am französischen Hofe. Diese Niedertracht konnte nur Bismarck verübt haben. Tout Paris kannte genau die Summen, die er zur Bestechung der abtrünnigen Generale in Spanien verausgabt hatte und die Namen der Ehrlosen, welche diese Summen in Empfang genommen und weiter befördert hatten.

Eine zweite, für Frankreich ebenso verdrießliche Angelegenheit hatte dasselbe Ergebnis. Auch hier konnte man nur Bismarcks Umtrieben den französischen Mißerfolg zuschreiben. Das war folgender Vorgang. Da bisher die französischen Gelüste auf belgische und holländische Gebiete an Bismarcks Widerspruch und „dilatorischer Behandlung“ gescheitert waren, so schlug die französische Regierung nun einen anderen Weg zu diesem Ziele ein, indem sie kurzer Hand durch die französische Ostbahngesellschaft luxemburgische und belgische Bahnen ankaufen ließ und der Ostbahn dafür die Zinsgarantie von 4½ Prozent leistete. Nicht bloß sollten damit die nördlichen Nachbarstaaten in finanzielle und handelspolitische Abhängigkeit von Frankreich gebracht, sondern auch die Möglichkeit geschaffen werden, auf diesen Eisenbahnen durch neutrales Gebiet plötzlich französische Truppen in die rechte Flanke preußischer Heere zu werfen. Da Belgien damals glücklicherweise noch eine liberale, nicht eine ultramontane Regierung besaß, wie heute, so betrieb der Ministerpräsident Frère-Orban, zur Abwehr der Gefahr, daß das neutrale Belgien selbst unfreiwillig zum Kriegsschauplatz werde, schleunigst die gesetzliche Abhilfe gegen diese Anschläge. Er ließ nämlich die Kammern Anfang 1869 beschließen: jeder Besitzwechsel der Eisenbahnen erfordere die Genehmigung der Regierung. Die

von dem festen beharrlichen Manne bis April 1889 in Paris geführten Kommissionsverhandlungen ergaben dann schließlich seinen vollen Sieg. Nur Verkehrserleichterungen, die Führung der direkten Züge nach Antwerpen und Rotterdam mit französischem Beamtenpersonal, wurden zugestanden; alle politischen Pläne dagegen entgleisten vollständig. Natürlich hatte abermals nur Bismarck und die von ihm beeinflußte Diplomatie die Belgier in ihrem unerwarteten Widerstand gestärkt und dem stolzen Frankreich den nagenden Verdruß dieses Mißerfolges bereitet. Kein Mensch in Frankreich dachte daran, daß jeder ehrliebende, patriotische und verstandesklare belgische Minister, auch ohne irgendwelche Einwirkung Bismarcks, nur so handeln konnte und mußte wie Frère-Orban gethan.

Lange vor diesen — seiner Meinung nach unleugbaren — Beweisen für Bismarcks schreckliche Hinterhaltigkeit und Verschlagenheit, hatte Kaiser Napoleon übrigens seinerseits schon Bundesgenossen gesucht für den großen Krieg gegen „Preußen", den die ihn schiebenden Personen und Parteien zur Erhaltung seiner Dynastie wie für Frankreichs Ehre und Macht als unvermeidlich ansahen. Nach dem Abkommen von Salzburg, und solange Beust in Österreich Minister und Fürst Metternich Botschafter in Paris waren, glaubte Napoleon auf Österreichs Willfährigkeit sicher rechnen zu dürfen. Er schlug daher im Juli 1868 durch Metternich dem Grafen Beust vor, eine Art von Sommation wegen der immer deutlicher hervortretenden preußischen Antriebe zur Beseitigung der Mainlinie nach Berlin zu richten.*) Herr v. Beust hatte aus der Zeit, da er sich als Wortführer der nationalen Bestrebungen Deutschlands aufspielte, doch soviel Kenntnis des deutschen Volkscharakters nach Österreich mitgenommen, daß er in Paris vorstellte, eine solche Sommation würde das beste Mittel sein, Süddeutschland dem Nordbund in die Arme zu treiben. Napoleon möge lieber seinerseits in Berlin erklären, er werde die neue französische Heeresorganisation nicht zur

*) Beust II, 340.

Ausführung bringen, wenn Preußen verspreche, den Prager Frieden streng festzuhalten und auszuführen. Da aber Beust selbst schon bezweifelte, daß Bismarck eine derartige Erklärung abgeben werde und könne, welche Frankreich zum Wächter der Mainlinie eingesetzt hätte, so hütete sich Napoleon wohl, in diese Falle zu gehen, die ihn zum „Geprellten" gemacht und ihm den Kriegsfall gegen den gesamten furor teutonicus aufgezwungen hätte, falls Bismarck, wie ja Herr v. Beust selbst erwartete, Nein sagte. Der Kaiser wollte lieber erst von den von ihm umworbenen Staaten etwas Schriftliches haben, ehe er losschlug. Er zog daher einen „Austausch von Gedanken und Denkschriften" mit Österreich und Italien vor, um den von ihm ersehnten Dreibund mit den beiden Mächten herbeizuführen. Mit Österreich zogen sich diese Verhandlugen bis in den Juni*) oder September**) 1869 hin. Wir werden das Ergebnis sofort feststellen. Italienischerseits hatte König Viktor Emanuel geheime Bündnisverhandlungen mit Frankreich schon 1868 in Gang gesetzt, da ihm daran lag, Frankreichs Zustimmung zu der Lösung der römischen Frage im Sinne der italienischen Einheit zu gewinnen. Keiner der italienischen Minister ahnte etwas von den zahllosen Briefen der Souveräne, die 1868 und 1869 zwischen Florenz und Paris hin und hergingen. Frankreich und Österreich — Rouher und Beust — hatten für die künftige Dreibund-Allianz folgende Grundlage vorgesehen und sich darüber geeinigt***): „Die drei Mächte schließen ein Verteidigungsbündnis zum Zwecke der Erhaltung des europäischen Friedens; bei jeder vorkommenden Frage wird eine gemeinsame diplomatische Aktion eintreten; Österreich (Italien) behält sich die Erklärung seiner Neutralität vor, falls Frankreich sich genötigt sähe, einen Krieg zu beginnen." Graf Beust meinte, durch diese Fassung die Gefahr beschworen zu haben, daß Frankreich ohne Einverständnis mit seinen Bundesgenossen Krieg gegen Deutschland beginne. Denn von einem solchen Kriege fürchtete er Österreichs

*) Prinz Napoleon in der Révue des deux Mondes vom 15. April 1878

**) Beust in einem Bericht an Andrassy vom 28. April 1874.

***) Sybel, a. a. O. Bd. VII, S. 95 flg.

vollständige Abhängigkeit von Frankreich, da er Frankreichs Sieg über Deutschland für sicher hielt. König Viktor Emanuel seinerseits schätzte die deutsche Heeresmacht etwas richtiger. Er meinte, die Kräfte der beiden Kriegführenden würden sich etwa gleich stehen, in jedem Falle aber müsse dieser Krieg dem mit Frankreich verbündeten Italien Rom verschaffen. Dieses sein Lebensziel suchte Viktor Emanuel in den Bündnisverhandlungen mit Frankreich sicher zu stellen. Er zog den leitenden Minister Menabrea ins Vertrauen, der auch nach seinem durch die Neuwahlen im Jahre 1869 erzwungenen Rücktritt als Generaladjutant dem Könige besonders nahestehend blieb, und beide, von Beust bei Napoleon lebhaft unterstützt, erklärten sich nach langen Verhandlungen schließlich bereit, dem Dreibund beizutreten, wenn die Franzosen Rom alsbald räumen würden. Dagegen versprach Italien, keine Vergewaltigung des Papstes zu begehen oder zuzulassen. Napoleon aber wollte die Räumung erst dann verheißen, wenn er die Sicherheit des Papstes für zweiffellos ansehe. Schon die von Menabrea im Juni 1869 erforschte Stimmung der italienischen Minister — geschweige denn die franzosenfeindliche des italienischen Volkes — ließ den Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich unter so unbestimmten Zusagen Napoleons bedenklich erscheinen. So unterblieb denn die Unterschrift des Königs Viktor Emanuel einstweilen. Kaiser Napoleon seinerseits legte die unvollzogene Urkunde mit großer Gemütsruhe vorläufig zurück. Solange König Viktor Emanuel in Italien regierte und Graf Beust österreichischer Reichskanzler blieb, meinte er der Freundschaft und Unterstützung beider Staaten auch ohne geschriebenes Bündnis unter allen Umständen sicher zu sein. Sybels Forschungen und Darstellungen danken wir die durch Gramonts unwahre Tendenzschrift bisher verdunkelte Gewißheit, daß das Verhältnis der drei Staaten auch bis zum Ausbruche des Krieges im Juli 1870 kein intimeres geworden, irgend ein verpflichtendes Bündnis von Italien und Österreich mit Frankreich nicht abgeschlossen war. Dem Kaiser genügte die Überzeugung von der allgemeinen Interessengemeinschaft der drei Reiche. Auf so schwankender Grund-

tage wagte Napoleon den Krieg mit der stärksten Waffenmacht Europas. Wie unendlich viel bedächtiger und sorgfältiger sahen wir Bismarck die Beziehungen zu allen Mächten klar und unzweifelhaft feststellen, ehe er auch nur gegen das kleine Dänemark — und nur mit Einsatz eines Zehntels der preußischen Streitmacht — den Krieg begann!

Neben diesen Verhandlungen Frankreichs mit Österreich und Italien gingen von Paris auch fortwährende Antriebe aus, um die übrigen Staaten mit Mißtrauen gegen die Politik Bismarcks zu erfüllen und dieser Politik Schwierigkeiten aller Art zu bereiten. Wir werden alsbald einige Beispiele dafür aufzählen. Daneben täuschten sich die Depossedierten von Hannover und Kurhessen und der Tuilerienhof in ergötzlicher Weise gegenseitig über das Maß ihrer Streitkräfte, über die Sicherheit ihrer Bündnisse u. s. w., wie man namentlich aus den verdienstvollen und zuverlässigen Angaben in Medings Memoiren erkennt. Der König Georg von Hannover hatte in dem einen Jahre 1868 auf 1869 über eine Million Thaler von seinem nach Hietzing geretteten Vermögen an einen Hochstapler verloren, der dem blinden König vorspiegelte, daß er das Welfenreich und das Kurfürstentum Hessen auf dem Wege großartiger Bankagiotage wieder herzustellen vermöge. Die armen verführten Söldner der Welfenlegion wurden nach dieser großen Einbuße, die ihr König an seinem Vermögen erlitten, mit einem armseligen Notpfennig von einigen hundert Franken ausgerüstet und zur Auswanderung nach Amerika aufgefordert. Als aber der Regierungsrat Meding und das Offizierkorps der Welfenlegion für diejenigen Mannschaften, die nicht auswandern wollten, die Mildthätigkeit in Frankreich lebender wohlhabender Hannoveraner anriefen und ihren armen Landsleuten, namentlich in Algier, einträgliche bürgerliche Beschäftigung zu verschaffen suchten, da wurde Meding*) nach Thun in der Schweiz „verbannt“, und König Georg ließ über das Offizier-

*) Er lebte bereits in der „Verbannung“ in Paris und wundert sich daher mit Recht, daß die ihm feindlichen Hofleute ihn nicht wenigstens nach Sibirien weiter „verbannten“.

korps ein „Kriegsgericht" nach Salzburg berufen, das seine possenhafte Thätigkeit mit dem für die königliche Kasse höchst bequemen, aber für die königliche Ehre höchst nachteiligen Spruch beendete: keiner der Offiziere habe mehr etwas vom Könige zu fordern! So wurden denn diese armen, braven Leute, deren Treue zu dem vertriebenen Könige Alles geopfert hatte, Heimat, Laufbahn, Vermögen, Familie, plötzlich in der kalten Fremde ins Elend gestoßen! Das war Welfentreue, Welfendank! Wie dagegen Bismarck an ihnen, seinen und Preußens Feinden, handelte, wird später erzählt werden. Bis zum Ausbruche des Krieges 1870 hatte er von diesen Vorgängen so wenig klare Kenntnis, wie der Tuilerienhof. Hier wiegte man sich vielmehr nach wie vor in dem süßen Wahn, beim ersten Kanonenschuß am Rhein werde das „Volk" von Hannover und Kurhessen sich begeistert für den angestammten König Georg und den edlen Prince Électeur erheben und Tausende von Streitern im Rücken der deutschen Heere stellen. Außerdem aber setzte man in Paris große Hoffnungen auf Bayern, nachdem der national gesinnte Ministerpräsident Hohenlohe am 7. März 1870 dem vereinten Ansturm der Partikularisten und Ultramontanen erlegen war. Dem Verfasser teilte Fürst Hohenlohe selbst am 12. November 1870 mündlich mit, daß noch am Tage seiner Entlassung die Führer der bayerischen Ultramontanen den französischen Gesandten in München ermächtigt hätten, an den Kaiser Napoleon zu telegraphieren: nun könne Frankreich im Kriegsfall auf Bayern zählen. Endlich — und nicht am wenigsten — traute Napoleon auf die unendlichen Hilfskräfte, welche die streitbare römische Kirche allerwärts gegen das protestantische „Preußen" entfesseln würde nach jenem vatikanischen Konzil, das am 29. Juni 1868 ausgeschrieben und am 8. Dezember 1869 eröffnet wurde.

Soweit Bismarck von diesen kriegerischen Umtrieben des französischen Hofes unterrichtet war, ließ er sich doch durch nichts aus seiner friedfertigen Politik herausdrängen. Der sicherste Gegenzug gegen alle geheimen französischen Anschläge — die dann und wann direkt oder aus bestimmten Anzeichen zu Bismarcks Kunde drangen

— blieb eben immer die Politik, die Bismarck seit 1866 unablässig verfolgte: Deutschland in sich selbst so stark, wehrkräftig und einig zu machen, als möglich; in den auswärtigen Beziehungen aber durch treues, wenn auch kräftiges Festhalten an den Verträgen von 1866 und 1867 jede fremde Einmischung in deutsche Dinge abzuwenden. Wie vorsichtig und versöhnlich Graf Bismarck dabei im Laufe dieser Jahre allezeit verfuhr, zeigt u. a. sein Verhalten in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 9. Dezember 1868. Damals verschaffte der Abgeordnete Wölfel durch eine scharfe Aussprache über die dem Grafen Bismarck persönlich gehässige Politik des Grafen Beust, dem Ministerpräsidenten freie Gelegenheit, sich, wenn er gewollt hätte, über den österreichischen Widersacher und dessen Politik ganz unumwunden auszusprechen. Bismarck aber lehnte „sowohl die Anklage als Verteidigung" des österreichischen Reichskanzlers und seiner Politik entschieden ab: „Ich glaube, daß ich auf dieser Stelle weniger als Andere dazu berufen bin", sagte er. Vielmehr versäumte er keine Gelegenheit, nachdrückliche Beweise für die Friedfertigkeit seiner Politik beizubringen. Zunächst in seiner Einwirkung auf Rumänien, dessen Minister Bratianu, von Rußland unterstützt, mit hochfliegenden Plänen die Pforte, Österreich und Ungarn bedrohte und alle seine Streiche auf Bismarcks Rechnung setzte — wenigstens wurden sie in den Tuilerien ohne weiteres auf Bismarcks großes Schuldkonto gebucht. Solange die Umtriebe des rumänischen Ministers nur Beusts Aufmerksamkeit vom Prager Frieden und Süddeutschland ablenkten, sah Bismarck diesen Wühlereien gelassen zu. Aber als nun die treuen Freunde Preußens, die Ungarn, auch meinten, Bismarck sei im Spiele, wenn der Unruhstifter in Bukarest die Hand nach Provinzen der Stephanskrone ausstreckte, da hatte Bismarcks Geduld ein Ende. Am 22. November 1868 wies der Bundeskanzler den Gesandten in Bukarest, Grafen Kayserlingk, einfach an, von dem Fürsten Karl die sofortige Entlassung seines Ministeriums zu fordern und im Weigerungsfalle die Pässe zu verlangen und abzureisen. Der Fürst willfahrte, wenn auch mit schwerem Herzen. Bratianu wurde ent-

lassen und Europa hatte Ruhe*) — der vermeintliche Unruhestifter Bismarck hatte sie erwirkt, nicht Frankreich oder Österreich, noch weniger Rußland. Kurze Zeit darauf enthüllte Bismarck in einer Kammerrede, wie nahe man infolge der rumänischen Wirren vor seinem Eingreifen einem europäischen Kriege gestanden sei.

Seine friedfertige Politik offenbarte sich dann weiter in dem Bestreben, die Wirren, die der Aufstand auf der Insel Kandia gegen die dortige türkische Bedrückung im Gefolge hatte, beizulegen. Die Kandioten wurden von Griechenland offen unterstützt, und Rußland stand der Bewegung sympathisch zur Seite, während Österreich und Frankreich mehr zur Türkei hielten. Bismarck machte deshalb am 19. Dezember 1868 im stillen Einverständnis mit Rußland den Vorschlag, gemäß dem Pariser Frieden von 1856 einen europäischen Kongreß zur Friedensvermittelung nach Paris zu berufen, da am nämlichen Tage die Türkei die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland abgebrochen hatte. Der Konferenzvorschlag fand sofort Rußlands Zustimmung und wurde daher den Mächten von Preußen und Rußland gemeinsam unterbreitet. Am 23. Dezember erklärte England seine Geneigtheit zur Teilnahme. Am folgenden Tage wurde in eingehender Besprechung zwischen Bismarck und Benedetti der Wortlaut der Einladung zur Konferenz in Paris, unter bestimmter Bezeichnung ihrer Aufgabe, festgestellt und noch am nämlichen Tage vom französischen Minister Lavalette telegraphisch gutgeheißen. Am 9. Januar 1869 trat die Konferenz zusammen und hatte schon am 20. ihre Aufgabe gelöst, indem sie eine Aufforderung an die griechische Regierung richtete, sich künftiger Friedensstörungen zu enthalten. Am 6. Februar zeigte die griechische Regierung ihre Anerkennung dieser Erklärung und zugleich die Entlassung der bisherigen kriegslustigen Minister an. Damit war, Dank Bismarcks Eingreifen, auch diese schwere Gefahr für die Störung des Friedens im Orient abgewendet.

Mit besonderer Freude empfing Bismarck in denselben Wochen

*) Diese Darstellung nach Sybel, a. a. O. Bd. VI, S. 344—374.

— am 2. Januar 1869 — den von dem österreichischen Minister Andrassy nach Berlin entsendeten Grafen Seherr-Thoß mit dem Auftrage, für Einstellung des zwischen der deutschen und österreichischen Presse entbrannten Federkrieges zu wirken. Dieser Wunsch Andrassys entsprach durchaus Bismarcks friedfertig-versöhnlichem Sinn. Dagegen werden wir alsbald feststellen, wie wenig Herr v. Beust dieses löbliche Streben seinerseits ermunterte.

Mit der größten Schärfe rügte Bismarck gelegentlich dänische Aufhetzungen und Verleumdungen. Zum Vermittler der letzteren machte sich sogar der damalige preußische Geschäftsträger in Kopenhagen, der Freiherr v. Loë (einer der besten ultramontanen Feinde Bismarcks, wie wir noch weiter sehen werden), und zwar — wie er selbst eingesteht*) —, um Bismarck zu ärgern. Der Hergang war der folgende: Bismarck hatte über Agitationen eines geheimen dänischen Agenten in Hannover geklagt. Die dänische Regierung bezog diesen Vorwurf auf sich selbst und beschwerte sich darüber in Berlin. Bismarck wies nun den Frhrn. v. Loë an, dem leitenden dänischen Minster Frijs zu erklären, daß unter dem dänischen Agenten in Hannover nicht ein von Dänemarck angestellter und bezahlter, sondern nur ein Agent dänischer Nationalität verstanden werde. Der dänische Minister nahm die Mitteilung anscheinend wohlwollend entgegen, äußerte dann aber zu einem Mitgliede des diplomatischen Korps: „Graf Bismarck werde bei den in Kopenhagen vertretenen Kabinetten Europas als falscher Denunziant und Verleumder registriert werden.“ Herr v. Loë erfuhr von der Äußerung und gönnte sich die Freude, sie seinem Chef wörtlich mitzuteilen. Darauf erhielt er am 11. Januar 1869 von Bismarck folgende Abfertigung, die zugleich der freiherrlichen Vertretung Preußens in Kopenhagen ein Ende machte: „Ew. scheinen sich keine Rechenschaft darüber gegeben zu haben, daß Sie mir eine so grobe persönliche und amtliche Beleidigung nicht zu den Akten mitteilen konnten, wenn Sie nicht im stande waren, hinzuzufügen, wie Sie

*) v. Loë, Fürst Bismarck, S. 151 flg.

dieselbe geahndet oder auch nur zurückgewiesen hatten. Andernfalls mußten Sie der Mitteilung unter Nennung des Beleidigers ausschließlich den Charakter einer Anzeige zur dienstlichen Beschwerde über denselben geben. Ew. mußten sich sagen, daß Sie, solange Sie den Namen des Urhebers verschweigen, die Verantwortung für die von Ihnen aktenmäßig reproduzierte Beleidigung mir gegenüber selbst übernehmen, worüber ich mir ein weiteres vorbehalte. Diese Wahrnehmung nötigt mich zu dem Schlusse, daß Ew. bisher nicht alle zur selbständigen Leitung der Geschäfte einer königlichen Gesandtschaft unentbehrlichen Eigenschaften besitzen, und ich habe daher den Gesandten ersucht, sofort auf seinen Posten zurückzukehren."

Im März 1869 hatte, wie wir sahen, König Viktor Emanuel seinen Ministern die erste Kenntnis von den geheimen Verhandlungen mit Frankreich und Österreich gegeben und sofort hatte Graf Usedom darüber nach Berlin berichtet. Bismarck fragte darauf den Botschafter Benedetti bei dessen nächstem Besuche am 21. März ganz offen: was diese geheimen Verhandlungen zu bedeuten hätten? Benedetti vermochte, da nur ganz wenige Personen in Paris ins Vertrauen gezogen waren, z. B. nicht einmal der französische Botschafter in Wien, Herzog v. Gramont, auf diese Frage keine Auskunft zu geben. Das machte den Grafen Bismarck natürlich nicht weniger argwöhnisch, und von diesem Zeitpunkt an war er gefaßt auf den Fortgang verborgener Wühlarbeit Frankreichs in Österreich und Italien, wenn er auch seinerseits alles aufbot, um die Franzosen von der Thorheit des „bösen Traumes" zu überzeugen, als ob Bismarcks Politik „die Größe ihres Vaterlandes in Schatten stelle" und als ob ein kriegerischer Zusammenstoß beider Völker eine unausweichliche Notwendigkeit sei. In diesem Sinne schrieb er, wie wir uns erinnern, am 26. April 1869 an den Grafen de La Guéronnière (s. o. S. 100).

Begreiflicherweise wuchs dagegen in Paris das Mißtrauen gegen Preußen wieder außerordentlich, als hier Ende März die Nachricht einlief, der spanische Gesandte am Wiener Hofe, Rancès y Villanueva, verhandle in Berlin mit Bismarck über eine Kandi-

datur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen — von der mediatisierten katholischen Nebenlinie des Hauses Hohenzollern — auf den spanischen Königsthron. Die Nachricht war falsch.*) Bismarck war in Varzin. Und Herrn v. Thile gegenüber hatte Rancès nur die Kandidatur des Herzogs von Montpensier erwähnt. Thile konnte dem Grafen Benedetti auf Ehrenwort versichern, daß er bis dahin absolut nichts von solchen Dingen vernommen habe. Bismarck hätte selbst nur das nämliche versichern können. Denn keine Silbe war bis dahin aus Madrid über die Besetzung des spanischen Throns nach Berlin oder an den Prinzen Leopold gekommen. Erst nachdem im April 1869 sowohl der König Ferdinand von Portugal als der König Viktor Emanuel für seinen zweiten Sohn, den Herzog von Aosta, den spanischen Königsthron ausgeschlagen hatten, erließ der spanische Regent, General Prim, eine Anfrage an den Vater, Fürsten Anton von Hohenzollern in Düsseldorf, ob Prinz Leopold auf ein Angebot der spanischen Krone eingehen würde. Umgehend kam auch von hier eine runde Ablehnung. Der Fürst, König Wilhelm und auch Graf Bismarck waren über diese Ablehnung angesichts der wenig vertrauenerweckenden Zustände, die in Spanien herrschten, zunächst völlig einverstanden.

Bald darauf reiste Benedetti nach Paris und äußerte hier zum Kaiser, Bismarck habe vielleicht Herrn v. Thile nicht in alle Geheimnisse eingeweiht, er wolle deshalb nächstens den Kanzler selbst um die Sache fragen. Napoleon war damit einverstanden und meinte: man müsse die Kandidatur Hohenzollern mit Rücksicht auf die Stimmung des Landes verhindern, welches diesen Plan als „antinational" ansehen werde. Gerade von diesem Ausspruch des Kaisers sagte aber Benedetti kein Wort, als er am 11. Mai mit Bismarck über die Sache sprach. Dagegen folgte er der Weisung seines Monarchen, jeden Schein zu vermeiden, als wenn Frankreich Händel suche. Bismarck sagte mit gewohnter Offenheit alles was er wußte. Denn mehr als was Benedetti nach Paris berichtet, war in der Sache nicht geschehen. Nach diesem Bericht bemerkte Bismarck dem Botschafter: die Unsicherheit des spanischen Thronbesitzes, die schwere

Belastung des hohenzollern'schen Vermögens durch die von dem jüngeren Prinzen Karl in Rumänien übernommene Fürstenrolle, endlich die eigenen ehrgeizigen Absichten der spanischen Staatsmänner, ließen die Annahme der Wahl durch den Erbprinzen, ja die Wahl selbst, höchst unwahrscheinlich erscheinen. Dann fährt Benedettis Bericht über diese Unterredung wörtlich fort: „Ohne mir zu verhehlen, daß er Gelegenheit gehabt, über die Sache mit dem Könige Wilhelm und Fürst Anton zu sprechen, beschränkte sich Herr v. Bismarck auf die vorstehenden Andeutungen. Ich bemerkte, daß der Prinz den Wünschen der Cortes nicht ohne Zustimmung des Königs werde nachgeben können, und daß Se. Majestät in einem solchen Falle dem Prinzen sein Verhalten vorzuschreiben haben würde. Herr v. Bismarck erkannte das an; aber statt mir die Versicherung zu geben, daß der König dem Prinzen unbedingt die Enthaltung vorschreiben würde, sprach Herr v. Bismarck nochmals von den Gefahren, welchen der neue Souverän vom ersten Augenblicke an ausgesetzt sein würde." Daß der deutsche Staatsmann in jenem Gespräche anerkannt haben sollte, der König könne dem Prinzen von Hohenzollern sein Verhalten vorschreiben, ist ganz unglaubhaft, da es einfach eine Unrichtigkeit gewesen wäre. Dazu war der König hausgesetzlich gar nicht im stande.*) Aus dem Gespräche geht vielmehr hervor, daß Bismarck, wenn die Wahl überhaupt erfolgte und der Prinz die Annahme der Wahl erklärte, die Genehmigung des Königs für höchst wahrscheinlich und nur die Annahme der Wahl seitens des Prinzen aus den entwickelten Gründen für zweifelhaft hielt. Ja, „er erwähnte noch" — so berichtet Benedetti zum Schlusse — „daß Prinz Friedrich Karl nicht abgeneigt sein würde, das Abenteuer in Spanien zu versuchen —, doch sei für ihn seine protestantische Konfession ein unüberwindliches Hindernis."

Völlig einleuchtend ist die Wichtigkeit des Berichtes Benedettis über diese Unterredung für die Beurteilung des von Frankreich

*) Vgl. Sybel, a. a. O. VI, 347 fg. und VII, 245.

vierzehn Monate später, wegen derselben Thronkandidatur und wegen ihrer „Zulassung“ durch König Wilhelm, gestellten Kriegsfalles. Denn nach jenem Vorgang im Jahre 1869 kennzeichnet sich dieser Kriegsvorwand selbst als der frivolste und ruchloseste Friedensbruch. Zunächst beweist der Vorgang von 1869 nämlich die dreiste Unwahrheit der Erfindung, mit welcher vierzehn Monate später zunächst das feurige Blut der Franzosen bis zur Kriegsfurie erhitzt wurde: Preußen habe in tiefer Heimlichkeit die Kandidatur des Hohenzollernprinzen betrieben. Denn schon im Mai 1869 hatte Bismarck alles, was vorgekommen war, ganz offen erzählt. Ferner war schon am 11. Mai 1869 durchaus klar gestellt, daß der Erbprinz von Hohenzollern kein „preußischer Prinz“ sei, wie dem unwissenden französischen Volke ein Jahr später vorgegaukelt wurde, und daß der König Wilhelm nicht als Oberhaupt des preußischen Staates, sondern höchstens als Familienoberhaupt bei dieser Kandidatur mitzureden habe. Selbst wenn der König also seine Zustimmung damals schon gegeben hätte, wäre seine Entscheidung nur eine häusliche Privatangelegenheit und keineswegs bindend für den Prinzen gewesen. Endlich aber — und das bleibt die Hauptsache — war den Franzosen schon am 11. Mai 1869 kein Zweifel gelassen, daß der König unter gewissen Voraussetzungen seine Zustimmung keineswegs zu versagen gedenke, wenn er auch weit entfernt davon war, dem Prinzen zuzureden. War das für die französische Ehre unerträglich und darum ein gerechter Anlaß zu einem großen Kriege, so lag dieser Anlaß schon am 11. Mai 1869 vor — aber kein Wort der Art ließ sich damals aus Paris hören!

Auch Graf Beust seinerseits sorgte inzwischen nach Kräften dafür, alle Welt mit Mißtrauen gegen die preußische Politik zu erfüllen. Er erreichte damit indessen nur dreierlei: einmal kräftige Abfertigungen, die Bismarck ihm in der Presse und durch den Staatssekretär v. Thile angedeihen ließ; zweitens die erhebliche Steigerung des Argwohnes, den Bismarck bezüglich geheimer Umtriebe Beusts mit Frankreich hegte; endlich, daß alle Welt mit unverhohlenem Mißtrauen die gehässige und unruhige Geschäftigkeit

des Herrn v. Beust verfolgte, das gute Einvernehmen mit Preußen zu zerstören.

Der erste dieser Versuche des österreichischen Reichskanzlers ging dahin, die Stimmung in Deutschland und Italien gegen Preußen und die Bismarck'sche Politik aufzuhetzen. Zu diesem Zwecke ließ Herr v. Beust zu, daß im vierten Bande des amtlichen Werkes des österreichischen Generalstabes über den Krieg von 1866 eine geheime Chiffredepesche Bismarcks an den Botschafter v. d. Goltz vom Juli 1866 veröffentlicht, diese Depesche allein aber schon vorher durch die „Neue Freie Presse" abgedruckt wurde. Die Entstehung, der Inhalt und die Absicht dieser Depesche ist im dritten Bande dieses Werkes S. 364 dargelegt worden. Sie enthielt die Mitteilung an Goltz, daß der König „die Bedeutung eines norddeutschen Bundesstaates geringer anschlage" als Bismarck „und vorwiegenden Wert auf direkte Annexionen lege". Es war mit einem Worte eine geheime Instruktion an Goltz für dessen Verhandlungen mit dem Kaiser Napoleon, der sich bekanntlich zum Friedensvermittler aufgeworfen hatte, und der durch diese Depesche über die Grundzüge der preußischen Friedensbedingungen unterrrichtet werden sollte. Österreich konnte nur durch einen doppelten Vertrauensbruch zur Kenntnis dieser Depesche gelangt sein, nämlich erstens durch den Bruch des Telegraphengeheimnisses seiten der beteiligten Beamten und zweitens durch den auf unredlichem Wege erlangten Verrat des Chiffregeheimnisses. Die Veröffentlichung eines auf solche Weise erworbenen geheimen Schriftstückes einer dem österreichischen Staate zur Zeit der Veröffentlichung, im April 1869, befreundeten Regierung in einem amtlichen Werke einer hohen Behörde war durchaus ungewöhnlich und unziemlich. So etwas pflegten sich Kulturstaaten sonst nur unmittelbar vor dem Ausbruch eines Krieges zu leisten. Aber die gehässige Absicht dieser Veröffentlichung wurde noch erhöht durch zwei wesentlich erschwerende Umstände: erstens durch den schon erwähnten Abdruck dieser Depesche in der nicht sehr preußenfreundlichen „Neuen Freien Presse" noch vor dem Erscheinen des betreffenden Bandes — und dann durch die Fälschung einiger Stellen

der echten Depesche. In Deutschland sollte damit eine allgemeine Annexionsfurcht vor der preußischen Habgier und Treulosigkeit, in Italien aber die Meinung hervorgerufen werden, daß Preußen 1866 den italienischen Bundesgenossen kaltsinnig preisgegeben habe. Bismarck ließ dieses beispiellose Verhalten der österreichischen Regierung in der „Provinzialkorrespondenz" vom 28. April 1869 gebührend brandmarken.*) Graf Beust aber wußte darauf nichts zu entgegnen, als daß er am 6. Mai in einem Rundschreiben an die österreichischen Missionen versicherte: „es sei nicht zuzugeben, daß mit dieser Veröffentlichung ein Verrat oder etwas Verletzendes für Preußen geschehen sei. Die wesentliche Genauigkeit der Depesche könne nicht bestritten werden."

Gleich darauf stellte Bismarck eine neue Intrigue des österreichischen Reichskanzlers fest. Schon länger hatte nämlich der norddeutsche Bundeskanzler den Grafen Beust im Verdachte, derselbe habe bei dem früher erzählten französischen Anschlage, die belgisch-holländischen Bahnen in die Gewalt Frankreichs zu bringen, die Hand mit im Spiel gehabt. Eine Depesche des Grafen Beust vom 1. Mai 1869 an die österreichischen Missionen, u. a. auch an den Botschafter Grafen Wimpffen in Berlin, von welcher Bismarck übrigens nicht durch Wimpffen, sondern durch die belgische und englische Regiegierung Kenntnis erhielt, lieferte hiefür den vollsten Beweis. Denn in dieser Depesche hieß es: es sei für Belgien von Nutzen, „sich für alle Fälle des Wohlwollens eines Nachbarstaates zu versichern, der vermöge seiner Macht wie seiner geographischen Lage nach der gefährlichste Feind oder die treueste Stütze der belgischen Nation und ihrer Neutralität werden kann. Schon bestehen zwischen Frankreich und Belgien in Ansehung der Sprache, der Sitten, des Handels und der Industrie so viele Bande, daß es ganz natürlich wäre, wenn letzteres (Belgien) in ersterem (Frankreich) eine Stütze suchte, ohne deshalb seiner davon ganz verschiedenen und unabhängigen politischen Existenz das geringste (!) zu vergeben." Bis-

*) Der Wortlaut des scharfen Artikels bei Hahn, Bd. I, S. 859/61.

marck, der die geheimen Anschläge Frankreichs gegen Belgien aus dem Jahre 1866 in Benedettis eigener Handschrift unter seinen Papieren verwahrte, wußte natürlich ganz genau, wohin „die treueste Stütze" Belgiens, Frankreich, mit diesen Eisenbahnkaufsprojekten ziele, und wie viel daher der „unabhängigen politischen Existenz Belgiens vergeben" sein würde, wenn jene Pläne gelungen wären. Aber auch ohne Kenntnis dieser geheimen früheren Anschläge mußte jeder Politiker klar erkennen, daß Belgiens Unabhängigkeit durch diese neuen französischen Pläne aufs höchste gefährdet sei, und wenn Herr v. Beust das Gegenteil zu behaupten für gut fand, so stellte er den Empfängern seiner Depesche vom 1. Mai nur zur Wahl, ihn, den Grafen Beust entweder für völlig einsichtslos, oder aber für einen Mann zu halten, der wissentlich die Unwahrheit sagte.

Bismarck säumte nicht, die deutschen Regierungen von diesem Vorgange zu verständigen, der ja für sich selbst so deutlich sprach, daß der Kanzler sich jedes Urteils darüber enthalten konnte. Aus Dresden aber hörte Beust, Bismarck habe das Verfahren des österreichischen Reichskanzlers „im Lichte eines der französischen Regierung geleisteten und mit ihr abgekarteten Liebesdienstes erscheinen lassen". Statt nun recht vorsichtig still zu schweigen, richtete Graf Beust am 8. Juli vielmehr eine Depesche an den österreichischen Gesandten in Dresden,*) in welcher er — der sogar den Abdruck einer geheimen, der preußischen Regierung gestohlenen, und obendrein verfälschten Depesche zu beschönigen verstand — „ein Gefühl gerechter Verwunderung" darüber ausdrückte, daß man sich in Berlin seiner „vertraulichen Depesche an den Grafen Wimpffen vom 1. Mai bedient zu haben" scheine, um „selbst auf das Urteil der Kgl. Sächsischen Regierung im Sinne einer uns ungünstigen Auffassung des Herganges Einfluß zu nehmen." Darauf erhielt indes Herr v. Beust zunächst am 18. Juli eine sehr kräftige Abfertigung von seinem vormaligen sächsischen Ministerkollegen v. Friesen, in welcher sich der österreichische Reichskanzler sagen lassen mußte:

*) Wortlaut bei Hahn, Bd. I S. 861/62. Ebenda S. 862/63 die im Text weiter erwähnten Depeschen.

„Jene Vermutung, daß Preußen versucht habe, das sächsische Kabinet unter dem beirrenden Einfluß derartiger Insinuationen zu lassen, ist gänzlich unbegründet, und von keiner Seite her der Versuch gemacht worden, in dem vorausgesetzten Sinne hier einzuwirken." Aber noch schärfer schrieb in Bismarcks Auftrag Herr v. Thile nach Wien: „Wir können dem Grafen Beust nicht die Befugnis einräumen, unsere Behandlung der Mitteilungen dritter Regierungen zum Gegenstande amtlicher Bemerkungen zu machen. Was die österreichische Depesche vom 1. Mai betrifft, so wird sich der Herr Reichskanzler erinnern, daß er dieselbe uns weder durch Vorlesen noch schriftlich hat mitteilen lassen, und uns daher nicht in die Lage versetzt hat, rücksichtlich derselben eine Indiskretion zu begehen. Die Berechtigung der Kritik des Herrn Reichskanzlers gegen unsere angeblichen Mitteilungen an den königl. sächsischen Minister von Friesen müssen wir schon aus allgemeinen national-politischen Gründen abweisen. Unsere Mitteilungen an deutsche Regierungen entziehen sich jeder Kontrolle auswärtiger Kabinette, und in noch höherem Grade vermöge der Solidarität der norddeutschen Bundesdiplomatie diejenigen, die wir nach Dresden richten."

Selbst diese herbe Zurechtweisung hielt indessen Herrn v. Beusts Gehässigkeit nicht lange im Zaum. Denn schon Anfang August that er in den österreichischen Delegationen die Äußerung*): „Die Beziehungen zwischen Österreich und Preußen sind unbefriedigend, weil Preußen durch die Schließung der Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten den Prager Frieden Österreich gegenüber von Anbeginn alteriert hat." Bismarck ließ darauf den Staatssekretär v. Thile am 4. August eine Note an den Botschafter in Wien abfassen, welche Herrn v. Beust belehrte: „daß der Prager Friede absolut nichts enthält, was auch nur einen Vorwand dazu bieten könnte, den souveränen Staaten Süddeutschlands oder uns die volle Freiheit, einen jeden Vertrag, welcher beiden Teilen zusagen möchte, einzugehen, im mindesten zu beschränken; im Gegen-

*) Wortlaut bei Hahn I, 864 flg., in der ebenda stehenden Depesche Thiles.

teil, der Prager Friede enthält sogar am Schlusse des Art. 4 die Aufforderung, eine nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland zum Gegenstande näherer Verständigung zu machen. Die Angabe des Herrn Reichskanzlers, daß die Bündnisse mit dem Friedensvertrage in Widerspruch ständen, muß daher als eine unbegründete in amtlicher Form zurückgewiesen werden."

Damit aber nicht genug. Vielmehr hatte Herr v. Beust sich auch erkühnt, in den Delegationen zu behaupten: „Er habe sich stets redlich bemüht, mit diesem Nachbarstaate (Preußen) nicht bloß dem Wesen nach Frieden und Freundschaft zu bewahren, sondern auch in den äußeren Formen innigere Beziehungen herbeizuführen. Dieses sei jedoch bis jetzt, trotz aller Bemühungen nicht gelungen, da man diesen seinen Bestrebungen von seiten Preußens nicht entgegenkomme. Die Lage Österreichs sei die eines Mannes, dessen zur Freundschaft dargereichte Hand keine Entgegnung finde." Bismarck ließ darauf durch Herrn v. Thile entgegnen: „Mir ist nicht bekannt, daß uns von dem kaiserlichen Kabinet auch nur die leiseste Andeutung, welche auf eine Absicht uns entgegen zu kommen, schließen ließe, geschweige denn ein Entgegenkommen wirklich bekundet worden. Wir haben nicht den Beruf, nach Gründen der Zurückhaltung zu forschen, welche die Politik Österreichs unter Leitung des Grafen Beust Norddeutschland gegenüber beobachtet, und welche sich durch die Thatsache kennzeichnet, daß Graf Wimpffen seit dem Frühjahr 1868 niemals den Wunsch nach einer Unterredung mit dem Grafen Bismarck geäußert, also auch eine solche in dieser ganzen Zeit nicht gehabt hat. Es läßt sich nicht annehmen, daß ein so absoluter Verzicht auf jeden geschäftlichen Verkehr mit dem Leiter unserer auswärtigen Angelegenheiten" —, während der Wiener Botschafter die Beziehungen regelmäßig mit dem Grafen Beust unterhielt — „nicht auf ausdrücklicher Weisung des letzteren beruhen sollte. Auch aus seinen diplomatischen Veröffentlichungen erinnere ich mich keiner für Preußen entgegenkommenden oder auch nur wohlwollenden Mitteilung." Graf Beust hatte auf diesen amtlichen Beweis der Unwahrheit seiner in den Delegationen gethanen

Äußerungen nur die armselige Erwiderung (in einer Depesche an Wimpffen vom 15. August): „Er bestreite der preußischen Regierung das Recht, ihn über Äußerungen in den Delegationen, die ihm die Zeitungen in den Mund legen, zur Rede zu stellen“ und erklärte sich bereit, auf Wunsch Preußens, „einen Schriftenwechsel zu eröffnen über die Frage, ob und in welcher Weise in den letztverflossenen Jahren von seiten der beiden Regierungen ein von der anderen Seite vielleicht verkanntes Entgegenkommen stattgefunden habe.“ Selbstverständlich hatte Bismarck zu einem so nutzlosen „Schriftenwechsel“ weder Lust noch Zeit. Wie wenig er aber, trotz aller dieser Umtriebe des österreichischen Reichskanzlers, sein Herz gegen Österreich verschloß, das bewies er beim Empfang des Erzherzogs Karl Ludwig am Berliner Hofe im Januar 1870. In zwei Noten an den General v. Schweinitz in Wien vom 31. Januar und 9. Februar 1870 sprach er da seine lebhafte Freude aus über den wohlthuenden Eindruck des erzherzoglichen Besuches in Berlin und aufrichtigen Dank für die durch diesen Besuch bewiesene freundliche Gesinnung der österreichischen Regierung.

Gewiß wollte und erstrebte also Bismarck mit aller Macht die Erhaltung des Friedens. Aber andererseits handelte er auch nach der alten Weisheit der Römer: „Wenn Du den Frieden willst, rüste den Krieg.“ Wie umsichtig und gründlich Alles in Deutschland vorbereitet war, um jedem feindlichen Angriff siegreich zu begegnen, das beweisen ja am glänzendsten der Beginn und Verlauf des deutsch-französischen Krieges, Moltkes nachgelassene Schriften u. s. w. Aber auch ein sehr merkwürdiges Gespräch Bismarcks mit dem Zollparlamentsabgeordneten Dr. Joseph Völk gibt ebensowohl von der Friedensliebe als von der sicheren Bereitschaft Deutschlands zum Verteidigungskriege Zeugnis. Der edle bayerische Volksmann zeichnete dieses Gespräch dem ihm befreundeten Verfasser dieses Werkes 1870 eigenhändig auf. Es fand am 12. Juli 1869 auf Bismarcks parlamentarischer Soiree statt. Der zweite Abend, an welchem Bismarck das Zollparlament in seinen gastlichen Räumen „tagen“ ließ, war schon bis über zehn Uhr vorgeschritten. Völk

wollte in Begleitung seines Freundes, des Abgeordneten Professor Marquardsen aus Erlangen, eben durch die kleine Thür, die aus dem Gobelinzimmer unmittelbar auf den Gang führt, sich französisch drücken und verschwinden. Man verschwindet da lautlos und rasch. Die Ministerien Manteuffel, Schleinitz und andere sind alle durch diese kleine Thür verschwunden. Ohnedies hatte Völk heute abend schon etwas sehr dankenswertes geleistet, indem er eine Vereinigung süddeutscher nationaler Abgeordneter ins Leben gerufen hatte, welche er bezeichnend „die Mainbrücke" nannte. Er durfte also Feierabend machen. Da, als er und Marquardsen eben im Begriff waren, zur Thür hinauszugehen, hörten sie Bismarcks Stimme hinter sich rufen: „Halt, meine Herren, Sie dürfen noch nicht heim, Sie müssen noch Eins trinken auf ‚die Mainbrücke!'" Wenn solch ein Pate wie Bismarck sich zur Taufe dieses jüngsten Sprößlings von Josef Völk einfand, so durfte diesem Kinde gewiß alles Gute verheißen werden. Natürlich wurde aber nicht mit Wasser, sondern mit Bier getauft. So verstrichen fünfviertel Stunden im heitersten Gespräch, als Bismarck plötzlich still und tief-ernst wurde, nachdem die Bayern ihre Verwunderung darüber ausgesprochen hatten, daß er bei der Luxemburger Frage nicht losgeschlagen und den französischen Übermut gezüchtigt habe. Da sagte Bismarck, während rasche Blitze aus seinen Augen zuckten: „Ich bin eine lange, schwere Woche — sie hat aber nur von Dienstag bis Freitag gedauert — über der Frage des Krieges mit Frankreich gesessen. Nicht die Möglichkeit einer Niederlage war es, was mich beschäftigte — denn Moltke hatte versichert, daß wir siegen werden. Aber die Frage war zu entscheiden, ob wir Krieg mit Frankreich anfangen sollten, selbst im Falle der Gewißheit oder höchsten Wahrscheinlichkeit des Sieges. Diese Frage haben wir verneint und uns entschlossen, den Krieg nur zu führen, wenn wir dazu gezwungen würden. Wir haben all die ungeheuren Verluste, all den Jammer und das Elend in den Tausenden von Familien erwogen. Ja, meine Herren, schauen Sie mich immer groß an, meinen Sie, ich habe nicht auch ein Herz? Glauben Sie mir, ich habe ein Herz, das genau so fühlt wie das

Ihrige. Krieg bleibt immer Krieg — das Elend der vom Kriege ausgesogenen Länder, all der Jammer der Wittwen und Waisen — das ist Alles so schrecklich, daß ich für meine Person nur im alleräußersten Notfalle zu diesem Mittel greife."

Nach einem tiefen Zuge fuhr er fort: „Wir glaubten, es könne der Krieg, je länger er verschoben werde, vielleicht ganz vermieden werden, sei es durch gewisse Ereignisse in Frankreich, oder indem das französische Volk zu der Einsicht komme, daß die beiden großen Nationen wahrlich besseres zu thun hätten, als sich um Grenzen zu streiten. Wir glaubten namentlich, daß Gebietserwerbungen nur den Keim zu neuen Kämpfen enthielten, und daß die beiden Völker — wenn man sie einmal widereinander führte — sich wie Bulldoggen ineinander verbeißen und verbluten könnten. Wir wollen Herren sein im eigenen Hause, aber die einmal gewonnenen Grenzen nicht weiter vorrücken."

Endlich sagte er mit der ihm eigenen zornigen Kurzatmigkeit, wenn er besonders erregt ist: „Wenn man freilich unsere Friedensliebe nicht anerkennen will, und wenn uns der Krieg aufgezwungen wird, so werden wir ihn mit aller Kraft führen, und Sie — die Bayern — dürfen und werden sich sehr beeilen, daß Sie bei der Entscheidungsschlacht, die voraussichtlich bei Metz geschlagen wird, schon dabei sein können.*) Wir aber werden schon in dieser Schlacht den Franzosen an Zahl wie an anderen Dingen bedeutend überlegen sein."

Wie sehr übrigens Bismarck sich angelegen sein ließ, jeden Anlaß zu französischer Empfindlichkeit zu vermeiden, lehrt auch folgender kleiner Vorfall. Anfang November 1869 war der französische Militärbevollmächtigte Oberst Baron v. Stoffel bei der Revision seines Gepäckes mit den Vereinszollbeamten in bedauerlichen Konflikt gekommen. Sofort richtete da Bismarck aus Varzin

*) Bekanntlich wollte Moltke dem französischen Heer schon bei Metz das Schicksal von Sedan bereiten, und das wäre auch der Fall gewesen, wenn General Steinmetz nicht plan- und befehlswidrig bei Spicheren am 6. August angegriffen hätte.

am 5. November ein amtliches Schreiben an den neuen Finanzminister Camphausen, in welchem dieser Vorgang scharf gerügt und die Abstellung der Mißbräuche bei der Gepäckrevision verlangt wurde.

Wie auf dem politischen Gebiete zeigt sich Bismarck aber auch auf dem kirchlichen bemüht, den Frieden zu wahren und das seiner Leitung anvertraute Staats- und Volkswesen wehrhaft und stark zu machen gegen etwaige Friedensstörungen. Dieser Richtung folgt Bismarcks Politik gegenüber dem vatikanischen Konzil von dessen Anfängen an. Sehr deutlich hatte sich das halbamtliche Organ des römischen Stuhls, die „Civiltà cattolica", schon am 6. Februar 1869 über die Absichten ausgesprochen, die mit diesem Konzil verfolgt werden sollten. Da hieß es: „Die Katholiken wünschen, das Konzil möge die Lehren des Syllabus verkünden und werden mit Freuden die Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit durch das künftige Konzil entgegennehmen." Der Syllabus aber, an dessen „Licht und Wahrheit" die Welt sich fortan erfreuen sollte, war jenes Verdammungsurteil des Papstes Pius IX vom 8. Dezember 1864, welches 80 Irrlehren der Religion, Wissenschaft und des bürgerlichen Lebens verzeichnete und die völlige Unterordnung des Staates und der Wissenschaft unter die Oberhoheit des Papstes forderte. Daß die beabsichtigte Verkündung der päpstlichen Unfehlbarkeit denselben Zweck anstrebte, sprach zuerst ein Katholik, der Bruder eines Kardinals, nämlich der damalige bayerische Ministerpräsident Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, in einem Rundschreiben an die Mächte vom 9. April 1869 aus, in welchem er die hohen Gefahren dieses Vorhabens darlegte: „Denn die Verkündung der päpstlichen Unfehlbarkeit reicht weit über das religiöse Gebiet hinaus und ist hochpolitischer Natur, da hiermit auch die Gewalt der Päpste über alle Fürsten und Völker (auch die im Bekenntnis getrennten) in amtlichen Dingen entschieden und zum Glaubenssatz erhoben wäre." Fürst Hohenlohe regte daher bei den Regierungen „die ernste Frage an, ob und in welcher Form sie teils die ihnen untergebenen Bischöfe", teils später das Konzil selbst hinzuweisen hätten auf die bedenklichen Folgen, welche eine solche

berechnete und grundsätzliche Zerrüttung der bisherigen Beziehungen von Staat und Kirche herbeiführen müßte, um den römischen Hof über die dem Konzil gegenüber von ihnen einzunehmende Haltung nicht im Ungewissen zu lassen."

Österreich und Frankreich lehnten eine Mitwirkung an einem derartigen Vorgehen ab. Graf Beust antwortete am 15. Mai: „Heute läßt sich schwerlich schon ein Urteil darüber gewinnen, ob die Gefahr vorhanden sei." Bismarck seinerseits sprach zwar in einem Erlasse vom 2. Mai 1869 an den preußischen Gesandten beim römischen Stuhl, Grafen Harry v. Arnim, aus: „Gegen Beschlüsse des Konzils, welche einseitig und ohne Beratung mit den Staatsgewalten gefaßt werden möchten, schon jetzt Verwahrung einzulegen, ist unthunlich." Aber wie nahe dennoch Bismarcks Standpunkt demjenigen des Fürsten Hohenlohe war, erhellte aus der weiteren Depesche des Bundeskanzlers an den Grafen Arnim vom 26. Mai, nachdem Arnim am 14. Mai seinen Vorschlag eines allgemeinen präventiven Protestes gegen die Konzilsbeschlüsse wiederholt und den phantasievollen Antrag hinzugefügt hatte, der Staat möge beim Konzil den Anspruch auf Zulassung eines oder mehrerer Oratores — als Wortführer der Staatsinteressen — „erheben, und zwar in der Person eines oder mehrerer Botschafter des vereinigten oder zu diesem Zwecke verbündeten Deutschlands." Darauf antwortete Bismarck, der dem Grafen das Rundschreiben Hohenlohes eingesandt hatte: „Rom wird den Anspruch protestantischer, d. h. ketzerischer Regierungen auf Vertretung zum Konzil nicht anerkennen; eine Forderung aber zu stellen, welche nicht durchgesetzt werden kann, würde die Regierungen nur in eine schiefe Lage bringen, ihrem Protest aber sicherlich keine größere Kraft verleihen. Protest einzulegen, ist immer eine undankbare Mühe und hat nur dann Bedeutung, wenn es in der Macht des Protestierenden liegt, dasjenige zu verhindern, wogegen er protestiert. Die Teilnahme der Staatsgewalten an einem Konzil würde auf einem ganz fremden, für uns nicht mehr vorhandenen Boden, auf einem der Vergangenheit angehörigen Verhältnisse des Staates zur Kirche beruhen. Für Preußen

gibt es verfassungsmäßig wie politisch nur einen Standpunkt: den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen und der entschiedenen Abwehr jedes Übergriffs auf das staatliche Gebiet. Zu der Vermischung beider selbst die Hand zu bieten, wie es durch die Absendung von Oratores geschehen würde, darf die Staatsregierung sich nicht gestatten." Bismarck sei vielmehr vom König ermächtigt, mit Bayern und den übrigen süddeutschen Staaten in vertrauliche Verhandlungen zu treten, „um womöglich im Namen des gesamten Deutschlands gemeinsame Einwirkungen auf die Kurie zu versuchen, welche ihr Gewißheit geben würden, daß sie bei etwa beabsichtigten Ausschreitungen einem entschiedenen Widerstande der deutschen Regierungen begegnen würde."

Während der Sitzungen des Zollparlaments vom 3. bis 22. Juni 1869 verhandelte dann Fürst Hohenlohe, der als Abgeordneter nach Berlin gekommen war, „oft und eingehend über diese Sache mit dem Grafen Bismarck" — wie er seinen Kulmbacher Wählern 1874 selbst erzählte. „Er wisse daher, mit welcher bangen, immer wachsenden Sorge der Kanzler dem Herannahen des Konfliktes, dessen traurige Bedeutung er nicht unterschätzte, entgegengesehen habe." Am 11. August 1869 konnte Bismarck dem Fürsten Hohenlohe mitteilen: „Daß schon jetzt die Besprechungen der deutschen Regierungen untereinander, wie sie auf die von Bayern ergangene Anregung stattgefunden, in Rom im Sinne der Vorsicht und des Friedens nicht ohne Wirkung geblieben sind." Dann fuhr Bismarck fort: „Es gibt in Rom eine Partei, welche mit bewußter Entschlossenheit den kirchlichen und politischen Frieden Europas zu stören bestrebt ist, in der fanatischen Überzeugung, daß die allgemeinen Leiden, welche aus Zerwürfnissen hervorgehen, das Ansehen der Kirche steigern werden, anknüpfend an die Erfahrungen von 1848 und auf der psychologischen Wahrheit fußend, daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eifriger sucht, als die irdisch befriedigte. Wir haben ohne Zweifel in der parlamentarischen Gesetzgebung, in Norddeutschland wenigstens, eine durchschlagende Waffe gegen jeden ungerechten Angriff der geistlichen Gewalt. Aber

besser ist es gewiß, wenn wir nicht gezwungen werden, von derselben Gebrauch zu machen, und ich halte es daher für eine Wohlthat, die den geistlichen wie den weltlichen Obrigkeiten erwiesen wird, wenn sich der Konflikt zwischen beiden durch die von uns besprochenen Warnungen und Vorsorgen verhüten läßt." So friedlich und maßvoll war Bismarck gesinnt. Nur „gezwungen" — durch die Kurie und das Zentrum gezwungen — griff er später zu den „durchschlagenden Waffen" des Staates.

Derselbe Standpunkt kennzeichnet sich in einer Depesche, die im Auftrage Bismarcks der Staatssekretär von Thile am 12. November an den Grafen Arnim nach Rom richtete, wo es heißt: „Nur bei etwaigen Versuchen der Störung des konfessionellen Friedens auf dem äußeren Gebiete, welche wir übrigens nicht erwarten, werden die Regierungen mit fester Hand einzuschreiten haben, von welcher Seite dieselben auch kommen mögen. Für uns kommen nur die Beziehungen der Kirche zum Staate und dasjenige gewissermaßen Grenzgebiet in Betracht, in welchem diese beiden Mächte Berührungspunkte haben."

Nachdem dann am 3. Januar 1870, trotz aller Warnungen der deutschen und österreichischen Bischöfe und der deutschen Regierungen, 369 Mitglieder des Konzils an den Papst die Bitte gerichtet hatten, die Unfehlbarkeit zu beschließen, gab Bismarck am 5. Januar dem Grafen Arnim folgende Weisungen: „Wir haben die Gewißheit, auf dem Felde der Gesetzgebung, unterstützt von der Macht der öffentlichen Meinung und dem ausgebildeten staatlichen Bewußtsein der Nation, die Mittel zu finden, um jede Krisis zu überwinden und die gegnerischen Ansprüche auf das Maß zurückzuführen, welches sich mit unserm Staatsleben verträgt. Wir können nur wünschen, daß der Organismus der katholischen Kirche, auf dessen Grunde sich bisher gedeihliche Beziehungen zwischen Staat und Kirche gebildet haben, nicht gestört oder unterbrochen werde. Aber jede Aktion (gegen die Unfehlbarkeit) auf dem Konzil muß nur von den Bischöfen, d. h. womöglich den deutschen, in Verbindung mit den österreichischen und ungarischen, eventuell auch den

französischen und den einzelnen Elementen in anderen Nationalitäten, ausgehen. Es wird für jetzt mehr nicht thunlich sein, als daß wir die deutschen und die ihnen zustimmenden Bischöfe ermutigen und moralisch unterstützen, und ihnen die Zuversicht geben, daß wir auch im schlimmsten Fall ihre Rechte im eigenen Lande wahren würden. Ihnen gegenüber werden Sie aber auch hervorheben können, daß tief eingreifende Änderungen in dem Organismus der katholischen Kirche, wie sie durch die absolutistischen Tendenzen der Kurialpartei angestrebt werden, allerdings auch nicht ohne Einfluß auf die Beziehungen der Kirche zum Staat und damit auf ihre eigene Stellung der Regierung gegenüber bleiben würden. Diese Beziehungen und das bisher von der Staatsregierung gezeigte wohlwollende Entgegenkommen für die Bedürfnisse und Wünsche der Kirche beruhen auf dem bestehenden Organismus der Kirche und auf der anerkannten Stellung der Bischöfe in demselben. Werden diese alteriert, so werden auch die Pflichten der Regierung andere, nicht nur in moralischer, sondern auch in juristischer Hinsicht, und letztere muß sich fragen, ob die veränderte Stellung der Bischöfe, welche ihr gegenüber die nächsten Vertreter und Organe der Kirche sind, nicht eine veränderte Behandlung in gesetzgeberischer und administrativer Hinsicht erforderlich mache." Die von dem Könige ausdrücklich genehmigte „Instruktion" an Arnim faßt Bismarck am Schlusse nochmals in die Worte zusammen: „Dem Konzil und der Kurie gegenüber eine vollkommen ruhige und abwartende Stellung zu bewahren, und vertraulich, in Übereinstimmung mit Ihren gleichgesinnten Kollegen, eine möglichst ermutigende und stärkende Einwirkung auf die Bischöfe geltend zu machen."

Während Bismarck so in mustergültiger Ruhe und Mäßigung verharrte, zeigte Ende Januar 1870 der Sturm der Volksmassen auf ein neues Klostergebäude in Moabit bei Berlin, wie sehr das römische Konzil auch protestantische Kreise und selbst die in konfessionellen Fragen sonst gewiß nicht sehr leidenschaftlichen Berliner erbittert hatte. Am 2. Februar trat wegen dieses Vorfalls ein Ministerrat unter Vorsitz des Königs zusammen. Gegen weiter=

gehende Vorschläge zur Abwehr derartiger Exzesse durch künftige Vermeidung ihrer Herausforderung von katholischer Seite, verkündete der König seine Meinung dahin: Korporationsrechte an Vereine seien nur mit größter Vorsicht zu gewähren, und zwar nur bei offenbarem Gewinn für die Armen- und Krankenpflege, auch sei das Vereinsgesetz gegen geistliche Gesellschaften strenger als bisher zu handhaben, namentlich in Bezug auf Ausländer. Bismarck trat dem Könige vollständig bei, in folgendem berühmten Votum*): „Nach seiner Ansicht seien andere als die von des Königs Majestät bezeichneten Mittel nicht da. Er könne auch aus politischen Gründen nicht raten, darüber hinauszugehen, müsse vielmehr davor warnen, etwa in der Diskussion eine Stellung einzunehmen, welche — in Abweichung von dem Grundsatz Friedrichs des Großen, daß jedermann in Preußen nach seiner Façon selig werden könne — das Vertrauen der Katholiken in der Freiheit und Sicherheit ihres Kultus erschüttern könne. Die Katholiken in Preußen haben sich in den Jahren 1848 und 1866 als treue Unterthanen bewährt; eine Erschütterung des Vertrauens der acht Millionen Katholiken würde ein Nachteil für die Dynastie sein: die Mitglieder einer bedrückten oder Bedrückung besorgenden Kirche ließen sich leicht fanatisieren. Je weniger solche Beschwerden vorkommen, desto mehr schwinden die Klagen, welche früher die Bevölkerung der Rheinprovinz bewegt haben. Die Gefahren, welche von den katholischen geistlichen Gesellschaften drohen, seien nach seiner Überzeugung nicht so groß, als sie Sr. Majestät vielleicht vorschweben. Die Proselytenmacherei sei ein schlechtes Geschäft geworden; denn die Zahl der Evangelischen, welche katholisch werden, sei viel geringer, als die Zahl der Katholiken, welche zur evangelischen Kirche übertreten. Eine Stärkung der nihilistischen Elemente, welche ein scharfes Einschreiten gegen die Katholiken fördere, sei an sich nicht ratsam; man würde aber dabei auch voraussichtlich die Erfahrung machen, daß die äußerste Linke selbst für die Jesuiten eintrete, wenn man die

*) Nach dem von der „Norddeutschen Allg. Ztg." am 3. November 1888 mitgeteilten Protokoll jener Sitzung.

Vereinsgesetze antasten wolle.*) — Lautet dieser Spruch nicht, als hätte Bismarck vorausgewußt, wie die „äußerste Linke“ 1872 und 1894 bei dem Jesuitengesetze stimmen werde?

Bis zum Schlusse des vatikanischen Konzils zügelt Bismarck immer in maßvoller Zurückhaltung des Grafen Arnim ungestüme Einmischungsgelüste. So zeigt er Arnim am 13. März 1870 an, daß die norddeutschen Regierungen zu den Konzilsbeschlüssen eine neutrale Haltung bewahren würden und bewahren müßten. Am 15. März erklärt er Arnim weiter: „Er sei nicht veranlaßt, Entschließungen des Königs über gemeinsame Schritte der Mächte gegen die Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas zu extrahieren, da kein beteiligter katholischer Hof auch nur die leiseste Andeutung über eine Geneigtheit für Schritte zu Zweien oder Mehreren kundgegeben habe, die preußische Initiative aber ausgeschlossen sei.“ Als dagegen die französische Regierung mittels einer amtlichen Note vom 4. April in Rom warnende Vorstellungen gegen die Verkündigung der Unfehlbarkeit richtete, ließ Bismarck durch Herrn v. Thile an den Grafen Arnim die Weisung ergehen: „Der französische Schritt gegen die Unfehlbarkeit ist nach dem Maße seiner Ausführung zu unterstützen. Schriftliche Aussprache erfolgt nur, wenn die preußischen Bischöfe einer solchen geneigt sind.“ Trotz dieses Erlasses und der früher empfangenen klaren Instruktionen zum Maßhalten, richtete Graf Arnim jedoch am 23. April eine scharfe Note an den Kardinal-Staatssekretär Antonelli, die er mit großer Genugthuung nach Berlin einsandte. Darauf aber erhielt er im Auftrage Bismarcks von Herrn v. Thile am 2. Mai die Depesche: Die Wirkung des von Arnim an den Kardinal gerichteten „sehr starken Schreibens“ ist vor weiteren Schritten beim Papste abzuwarten. Daran schloß sich die eindringliche Frage: ob dieses Schreiben denn die Billigung der preußischen Bischöfe erhalten habe? Und am 6. Mai folgte ein Telegramm an Arnim folgenden Inhalts: Der Graf habe sich nach der ihm erteilten Instruktion des Eindruckes seines Schreibers an den Kar-

*) Bismarck hatte damals noch nicht die Beweise für die deutschfeindlichen Umtriebe der Jesuiten u. s. w., die er später besaß und mitteilte.

dinal auf die preußischen Bischöfe vor Übergabe desselben versichern sollen. „Die preußische Regierung hat kein eigenes Interesse an dem Unfehlbarkeitsdogma. Für jetzt ist ruhig abzuwarten."*)

Diese friedliche Losung erteilte Bismarck, obwohl ihm schon an jenem 6. Mai 1870 das eifrige Zusammenwirken der Jesuitenpartei in Rom mit der Pariser Kriegspartei verdächtig erschien. In der That war es kein bloßer Zufall, daß die endgültige Annahme und feierliche Verkündigung der Unfehlbarkeit am 18. Juli und die französische Kriegserklärung an Deutschland am 19. Juli kaum 24 Stunden auseinanderlagen! Am 4. Dezember 1874 sagte Bismarck darüber im Reichstage: „Daß der Krieg von 1870 im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist; daß man damals in Rom, wie auch anderswo, auf den Sieg der Franzosen ganz sicher rechnete; daß am französischen Kaiserhof gerade die katholischen Einflüsse den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben; daß der feste Beschluß Frieden zu halten, umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Grundsätzen nachgewiesen ist, über alles das bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können."

Auch die letzte amtliche Thätigkeit Bismarcks vor dem plötzlichen Ausbruche des Krieges war nur dem Frieden geweiht, der Befestigung der ohnedies unerschütterlichen Freundschaft mit Rußland. Am Abend des 1. Juni 1870 reiste Bismarck mit König Wilhelm nach Ems, um dort den Kaiser Alexander von Rußland zu begrüßen, der daselbst zur Kur weilte. Der Besuch war kein bloßer Höflichkeitsbesuch. Die eingehenden Gespräche und Verhandlungen, welche zwischen Bismarck und dem Zaren geführt wurden, galten insbesondere der wichtigen und schon damals nur zu nahe liegenden Frage — denn die Gerüchte über den Abschluß eines gegen Preußen gerichteten Dreibundes wollten nicht zur Ruhe kommen —, wie Rußland bei einer etwaigen kriegerischen Verwickelung

*) Selbst nach Annahme der Unfehlbarkeit, am 20. Juli telegraphierte Bismarck an Herrn v. Arnim noch, dieser solle sich jeder „ostensibeln Demonstration" enthalten. „Die Infallibilität ist uns augenblicklich ohne Interesse."

Preußens sich verhalten werde. Es ist kein Zweifel, daß der Zar, wenn nicht seinen Beistand, so doch eine wohlwollende Neutralität unter der Voraussetzung versprach, daß Deutschland durch einen Angriff von außen zum Kriege gezwungen werde, und daß keinerlei Zwang gegen die süddeutschen Staaten geübt werde. An den beiden Tagen des Emser Aufenthalts war Bismarck mit seinem Könige Tafelgast des ihm, wie wir wissen, seit langem höchst gewogenen Zaren. Am 4. kehrte er mit dem König nach Berlin zurück, und am 7. schrieb er jenes schon früher erwähnte Billet an Roon: „Ich entfliehe morgen den Schlingen, die sich mit jedem Tage meines Bleibens stets von neuem um meine heimwärtsstrebenden Füße legen. Ich hoffe, daß wir uns Anfang August hier wiedersehen.“ Dann reiste er in der That am 8. Juni mit sechswöchentlichem Urlaub nach Varzin. Dieser Urlaub sollte aber viel eher zu Ende gehen. Denn andere hatten inzwischen keine so friedfertige Politik getrieben wie Bismarck!

Fünftes Kapitel.

Bismarck beim Kriegsausbruch (1870).

Noch einmal drängt sich uns vor Darstellung der Katastrophe, die den Krieg herbeiführte, die natürliche Frage auf: was wäre damals aus Deutschland geworden, wenn nicht Bismarck die Jahre zuvor die deutsche Politik geleitet hätte, oder wenn er der vermeintlich überlegenen Einsicht der ihn meisternden Gegner hätte folgen wollen? Zu den allerklügsten dieser Art gehörte nun schon seit acht Jahren, wie wir wissen, Herr Virchow, und deshalb soll auch er uns die Antwort auf unsere Frage geben in seinen letzten staatsmännischen Thaten vor dem Juli 1870.

Am 13. Januar 1869 hatte Bismarck in jener Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses, da die Beschlagnahme des Vermögens des Kurfürsten von Hessen auf der Tagesordnung stand, den Ausspruch gethan: „Es gab eine Zeit bei uns, wo der Friede bedroht schien. Wenn ich das sage, so setze ich mich zwar wiederum der Gefahr aus, daß ein geehrter Abgeordneter hier, den ich auf seinem gewöhnlichen Platze unerwarteter Weise in diesem Augenblicke nicht sehe (Virchow), mich für einen Schwarzseher hält und findet, ich spräche von einer Degenspitze, die auf unsere Brust gerichtet ist, und die er nicht sieht. Es ist mein Trost, daß dieser Herr Abgeordnete seiner Zeit (1866) Hunderttausende von Bajonetten, als sie schon erkennbar in der Luft schwebten, auch nicht gesehen hat (Sehr gut!) Der schlaftrunkene Kämmerling des Königs Duncan sah den Dolch des Macbeth auch nicht; die Aufgabe der Regierung

eines großen Landes ist es aber, die Augen offen zu haben und wach zu sein (Beifall)." Von einem Mann, dessen Einsicht in Bezug auf drohende Anschläge feindlicher Mächte derjenigen des „schlaftrunkenen Kämmerlings des Königs Duncan" als so ähnlich bezeichnet wurde, hätte man wohl erwarten können, daß er mit dieser Einsicht öffentlich hinfort recht vorsichtig umgehen werde. Aber das Gegenteil geschah. Denn am 21. Oktober 1869 brachte der Abg. Virchow im preußischen Landtage — wohin die Sache obendrein gar nicht gehörte — an der Spitze der Fortschrittspartei einen Abrüstungsantrag ein, der, wie die Beschlüsse des französischen Konvents zur Zeit der ersten Revolution durch sogenannte „Erwägungen" gestützt wurde. Eine dieser „Erwägungen" lautete: „daß die dauernde Erhaltung der Kriegsbereitschaft in fast allen Staaten Europas nicht durch die gegenseitige Eifersucht der Völker, sondern nur durch das Verhalten der Kabinette bedingt wird." Der Antrag selbst aber enthielt die Aufforderung an die Regierung: „Die Ausgaben der Militärverwaltung des norddeutschen Bundes entsprechend zu beschränken und durch diplomatische Verhandlung eine allgemeine Abrüstung herbeizuführen." Der staatskundige Anthropologe rechtfertigte diesen in jeder Hinsicht billigen Antrag damit, daß er versicherte, das französische Volk sei viel zu gebildet und friedfertig, um in absehbarer Zeit an einen Krieg gegen Deutschland auch nur zu denken! Leider war Bismarck damals in Varzin, so daß der entrüstete Abrüster nur mit der glimpflichen Niederlage davon kam, seinen volkstümlichen Antrag mit 215 gegen 99 Stimmen abgelehnt zu sehen.

Aber wir fragen noch einmal, was wäre aus Deutschland im Jahre 1870 geworden, wenn diese verschlafenen Kämmerlings-Abrüstungs-Duseleien, die bis in die kronprinzlichen Kreise hinein sehr sympathisch begrüßt wurden,*) bei Bismarck Anhalt gefunden

*) Schon deshalb, weil England zu Beginn des Jahres 1869 in Berlin zweimal einen Abrüstungsantrag Frankreichs unterstützt hatte. Bismarck hatte darauf am 8. März kurz erklärt: „Von der Annahme eines Vorschlages solcher Art könne unter keiner Bedingung die Rede sein."

hätten. Die Antwort auf diese Frage sollen uns viel ernstere Dinge geben, als Virchow'sche Anträge: die Begebenheiten in Frankreich zu Anfang Juli 1870.

Am 30. Juni hatte der französische Minister Ollivier im gesetzgebenden Körper noch erklärt: „Zu keiner Zeit war die Aufrechterhaltung des Friedens mehr gesichert als jetzt. Wohin man auch blickt, kann man nirgends eine Frage entdecken, die Gefahr in sich bergen könnte." Am 2. Juli berichtete der österreichische Geschäftsträger in Berlin nach Wien: „daß in der politischen Welt fast ausnahmslose Ruhe herrsche." Und nach dem Bericht, welchen der englische Premier Earl Granville am 11. Juli im Parlament erstattete, herrschte noch bis zum 5. Juli (am 6. übernahm Granville das Siegel des Auswärtigen Amtes) „eine solche politische Stille, wie sie dem erfahrenen Staatssekretär Mr. Hammond während seiner langen Praxis noch nicht vorgekommen ist."

Die hohenzollern'sche Thronkandidatur war inzwischen von Spanien aus immer von neuem angeregt worden.*) Denn nirgends wollte sich ein Liebhaber für den Thron Karls V. finden. Schon Mitte September 1869 war im tiefsten Geheimnis der spanische Staatsrat Salazar, der seine Landsleute in einer eindringlichen Broschüre zuerst auf den Erbprinzen Leopold aufmerksam gemacht hatte, auf Schloß Weinburg in der Schweiz (wo damals Fürst Anton weilte) persönlich erschienen, um das Thronanerbieten zu erneuern. Die Bedingungen des Fürsten kamen indes auch jetzt einer Ablehnung gleich. Doch schon im Februar 1870 erfolgte ein drittes Anerbieten, da das spanische Ministerium sich in großer Verlegenheit befand. Diesmal sandte General Prim den Unterhändler Salazar zunächst nach Berlin und gab ihm Privatbriefe an König Wilhelm und Bismarck

*) Die von Sybel, a. a. O. VII, S. 246/65 gegebene Darstellung der Geschichte der hohenzollern'schen Thronkandidatur wird im einzelnen mehrfach nicht unerheblich berichtigt durch die in den „Aufzeichnungen eines Augenzeugen aus dem Leben König Karls von Rumänien" (Stuttgart 1894) kürzlich in die Öffentlichkeit getretenen Briefe des Fürsten Anton von Hohenzollern an den Fürsten Karl von Rumänien aus jener Zeit. Das Endergebnis bleibt nach unserer Auffassung gleichwohl im wesentlichen dasselbe.

mit. Der König weigerte sich, Salazar zu empfangen, berief jedoch die Hohenzollernprinzen nach Berlin zu einem Familienrat, zu welchem er auch Bismarck zuzog. Bei Bismarck waren, seitdem die politischen Zustände in Spanien unzweifelhaft einer Befestigung entgegengingen, die früheren Bedenken gegen die Annahme der Krone durch den Erbprinzen Leopold um so mehr zurückgetreten, je standhafter die Spanier selbst auf der Hohenzollernkandidatur beharrten. In einer dem König Wilhelm vorgelegten Denkschrift hob er insbesondere die wirtschaftliche und handelspolitische Bedeutung hervor, welche die Berufung eines Hohenzollernprinzen auf den spanischen Thron für Deutschland haben würde. Auch im Familienrat sprach er sich ent-entschieden für die Annahme aus. König Wilhelm betonte nur, daß der Prinz dem Rufe gerne folgen müsse. Das Ergebnis war gleichwohl eine dritte Ablehnung durch letzteren. Die Anfang April erfolgte Entsendung Lothar Buchers in Begleitung des Majors Versen vom Großen Generalstab nach Spanien, um die Aussichten der Thronkandidatur an Ort und Stelle zu prüfen, beweist indes, daß die Sache damit noch nicht für abgethan galt, und sie war es schon deshalb nicht, weil Fürst Anton auf die Möglichkeit hingewiesen hatte, daß sein drittgeborener Sohn Friedrich geneigter wäre. Bismarck selbst, der, wie wir wissen, bis zum 21. Mai krank in Varzin weilte, schrieb Ende Mai einen Privatbrief an Prim: die Kandidatur Hohenzollern sei zwar eine treffliche Sache, man müsse sie aber nicht mit König Wilhelm und der preußischen Regierung, sondern lediglich mit den Hohenzollernprinzen verhandeln.

Die Spanier sahen darin eine Vertröstung auf die Zukunft aus dem mächtigsten Munde Europas. Und schon am 14. Juni 1870 reiste Salazar von neuem zum Fürsten Anton nach Sigmaringen. Dieser nämlich hatte sich, wie seine nun veröffentlichten Briefe aus jener Zeit kundthun, schon seit dem Besuche Salazars in Weinburg im Herbst des vergangenen Jahres mehr und mehr für die seinem Hause eröffneten Aussichten erwärmt, und Bismarcks nachdrückliche Ausführungen in dem Familienrate scheinen gleichfalls nicht ohne Eindruck bei dem anfangs entschieden abgeneigten Erbprinzen ge-

blieben zu sein. Auch die Berichte, welche Lothar Bucher und Versen einsandten, lauteten ermutigend. So mag sich die bedeutsame Entscheidung erklären, die jetzt getroffen wurde. Der Fürst und sein Sohn nahmen am 20. Juni das Kronanerbieten an, ohne zuvor die Meinung des Königs Wilhelm nochmals einzuholen. Nur als „ein Akt der Courtoisie“ — so nennt es Salazar — wurde dem König die Mitteilung von dem Vorgang durch den Prinzen nach Ems gemacht, wo der König am nämlichen Tage zur Kur eingetroffen war. König Wilhelm war sehr überrascht, antwortete jedoch, er könne einem inneren Berufe des Prinzen keinen Widerspruch entgegensetzen.

In Paris erfuhr man plötzlich am 3. Juli offiziös aus Madrid die öffentliche Verkündung der Kandidatur des Prinzen Leopold, und schon am 4. Juli erschien im Pariser „Constitutionel“ ein Communiqué des französischen Ministeriums, welches das spanische Thronangebot an einen „preußischen Prinzen“ eine „Intrigue“ nannte — natürlich war eine Intrigue von Bismarck gemeint — und mit den Worten schloß: „Wir könnten ein Gefühl des Erstaunens nicht unterdrücken, wenn wir das Scepter Karls V. einem preußischen Prinzen anvertraut sähen!“ Fortan wird in der französischen Presse das traurige spanische Regierungsinventar nur mit dem stolzen Namen des „Scepters“ oder „Thrones Karls V.“ ausgerufen und Prinz Leopold hartnäckig als „preußischer Prinz“ bezeichnet. An demselben 4. Juli konnte dagegen der Staatssekretär v. Thile in Berlin dem französischen Geschäftsträger Le Sourd — Benedetti war nach Wildbad beurlaubt — wahrheitsgetreu (denn die Beteiligung König Wilhelms und Bismarcks an den Verhandlungen war bisher eine rein private, beziehungsweise außeramtliche) versichern, „daß die preußische Regierung von der Angelegenheit nichts wisse und daß dieselbe für sie nicht existiere.“*) Napoleon hatte bisher nur ein einziges Mal — im Jahre 1869 (s. o. S. 203 f.) — Veranlassung genommen, in Berlin die spanische Frage zu berühren und Benedetti hatte damals lediglich betont, daß die kaiserliche Regierung an derselben das „stärkste Interesse“ nehme. Von Drohungen für

*) Dep. Gramonts an Le Sourd v. 3. Juli u. dessen Antwort v. 4. Juli.

den Fall der Annahme der spanischen Krone durch den Prinzen Leopold verlautete damals keine Silbe. Jetzt freilich lagen die Dinge — nicht etwa in Spanien und Deutschland, sondern in Frankreich — anders. Denn hier war seit dem Mai 1870 der ebenso deutschfeindliche als klerikale, ebenso unfähige als unbedachte Herzog v. Gramont Minister des Auswärtigen geworden, als Mitglied des „liberalen" Ministeriums Ollivier. Gegen dieses aber liefen „die Arkadier", die äußerste Rechte der Kammer, Sturm und suchten es durch kriegerische Verwickelungen Frankreichs zu stürzen. Gleichzeitig aber waren einflußreiche klerikale Tendenzen in die französische Regierung eingedrungen, mit solchem Erfolge, daß diese Fanatiker in den Vorgemächern der Tuilerien im Juli 1870 ungescheut die Losung ausgeben durften: „Lieber die Preußen in Paris, als die Italiener in Rom."*)

Die weitere Haltung Frankreichs in der von ihm heraufbeschworenen Krisis machte das deutlich: Am 5. Juli hatte der Deputierte Cochéry, der öfters die dem Ministerium wünschenswerten Interpellationen nach Maß und Anprobe lieferte, angezeigt: „Ich wünsche das Ministerium wegen der spanischen Thronkandidatur zu interpellieren." Daß das bestellte Arbeit war, verriet schon die fast umgehende Antwort des Ministers Gramont am 6. Juli. Er sagte unter wahren Beifallsstürmen: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes (Spanien) uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht (Preußen), indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vorteil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte derangiere und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird. Sollte es aber anders kommen, so würden wir unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben." Diese anscheinend höchst übereilte und unüberlegte Erklärung des französischen Ministers des Auswärtigen war keineswegs improvisiert, sondern „im Ministerrate beschlossen," wie der Minister des Innern, Emile Ollivier, in

*) Vgl. über die innerpolitischen Vorgänge in Frankreich Sybel Bd. VII S. 65—113 und S. 192—233, ferner S. 267 ff.

derselben Sitzung zum Staunen ganz Europas amtlich feststellte. Er verstärkte aber noch den erregenden Eindruck der Worte seines Kollegen, indem er hinzusetzte: „Wenn Sie über diese Erklärung nachgedacht haben, so werden Sie sich überzeugen, daß sie keine Ungewißheit über den Gedanken der Regierung läßt, insofern es sich darum handelt, ob sie den Frieden will, oder den Krieg herbeiführt."

Gramont hatte das schwere Wort „Krieg" wenigstens noch vermieden. Sein liberaler und friedliebender Kollege mit dem „leichten Herzen" aber sprach es ungescheut aus. Und tout Paris, ja ganz Frankreich, die gesamte Presse, hallte davon wieder. Der amtliche Moniteur schrieb am 8. Juli: „Nachdem die preußische Regierung vier Jahre lang mit unserer Geduld Mißbrauch getrieben, hat sie nun alle Grenzen überschritten. Es ist Zeit, solcher Anmaßung ein Ziel zu setzen." Der offiziöse „Constitutionel" erklärte: „Frankreich hat sich erhoben — glühend und bereit, zu marschieren." Der ministerielle Pays sagte: „Das kaudinische Joch ist bereit für Preußen. Sie werden sich beugen, und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie nicht wagen, einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausfall nicht zweifelhaft ist. Unser Kriegsgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben. Die Echos des deutschen Rheins sind noch stumm. Hätte uns Preußen die Sprache gesprochen, die Frankreich spricht, so wären wir schon lange unterwegs." Die „Liberté" endlich verlangte: „daß man den Rhein wegnehme, wenn man ihn brauche, Preußen für sein Auftreten gegen Dänemark und Österreich strafe und es dahin bringe, daß es in Zukunft nicht mehr zu fürchten sei!"

Bismarck, der seit der ersten Juniwoche wieder in Varzin weilte, hatte vom König über den Annahme-Entschluß des Prinzen Leopold alsbald Mitteilung erhalten und dachte nicht entfernt an Krieg. Er war der Ansicht, daß die Spanier das Recht hätten, sich einen Herrscher nach eigenem Ermessen zu wählen; sei ihre Wahl auf einen Prinzen aus dem Hohenzollernhause gefallen, so war dafür nicht Preußen verantwortlich, und Napoleon mochte sich mit den Spaniern darüber auseinandersetzen. Er befürchtete von jenem aber der vollendeten Thatsache gegenüber um so weniger einen nachhal-

tigen Einspruch, als Fürst Anton von Hohenzollern, der Vater des Prinzen Leopold, durch seine Mutter und Schwiegermutter mit dem französischen Kaiserhause nahe verwandt war und mit Napoleon III. auch persönlich auf vertrautem Fuße stand. Die Wahl des Prinzen Karl auf den Thron von Rumänien hatte Napoleon selbst vor vier Jahren mit größtem Eifer betrieben. Wenn Prinz Leopold sich ganz als Spanier gebe und so mit dem Kaiser in Paris unterhandle, werde dieser, so meinte Bismarck, ohne weiteres dessen Wahl zustimmen. Ein Zwist sei also gar nicht zu besorgen. Wenige Tage nachdem der Kanzler aus Ems die Kunde von der Annahme erhalten, sagte er am 25. Juni zu dem ihm befreundeten Diplomaten Kurt v. Schlözer: wie er sich freue, daß man einem völlig ruhigen Sommer entgegengehe. Um so überraschter war er nun, als schon drei Tage nach Bekanntwerden der Kandidatur des Prinzen Gramonts Rede in gröblichster Weise den Verzicht auf dieselbe oder Krieg zur Wahl stellte und nun der Chauvinismus in ganz Frankreich schwelgerische Orgien feierte. Aber dennoch blieb er kühl. Seine ruhige Furchtlosigkeit hatte schon mehrmals seit 1866 die wilden Wasser der chauvinistischen französischen Hochflut eingedämmt und zum Sinken gebracht. Nur zu dem Einen war er fest entschlossen: mit Gramont kein Wort zu verhandeln, ehe dieser seine Herausforderung vom 6. öffentlich zurückgenommen habe. So ließ denn Bismarck am 7. Juli in seinem Organ, der „Norddeutschen Allg. Ztg.", fast humoristisch schreiben: „Die Interpellation Cochéry über die spanische Thronfolge hat gestern im französischen gesetzgebenden Körper stattgefunden, und das Ergebnis der ministeriellen Antwort war das Sinken der Rente um zwei Francs. Uns ist die Antwort des Herrn Ministers ebenso unverständlich wie das Resultat dieser Antwort. Ebensowenig verstehen wir das Wort „Krieg", welches später Herr Ollivier in die Diskussion hineinwarf." Am folgenden Tage erließ Bismarck ein Rundschreiben an die Vertreter des Norddeutschen Bundes und an Herrn v. Thile, in dem es hieß: „Wie die deutschen Regierungen hat sich insbesondere die preußische bisher jeder Einwirkung auf die spanische Königswahl und auf deren Annahme oder Ab-

lehnung durch einen der zu Wählenden enthalten, wird sich auch ferner derselben enthalten, da sie diese Angelegenheit als eine ausschließlich Spanien und demnächst den gewählten Thronkandidaten persönlich angehende jederzeit betrachtet und behandelt hat. Freundschaftlichen Erörterungen darüber hätten wir uns nicht entzogen, aber Gramonts Drohungen verschließen uns den Mund, unsererseits werden wir wegen derselben keine Händel beginnen, wollen aber die Franzosen uns angreifen, so werden wir uns wehren — wehren, daß ihnen die Augen übergehen." Am 10. Juli ließ Bismarck eine gleichartige Erklärung auch an den Bundesrat folgen. Ruhig das Weitere abwartend, blieb er in Varzin.

Immerhin hatte auch Gramonts Erklärung vom 6. Juli in der französischen Kammer die Brücken zum Frieden noch nicht völlig abgebrochen, da der Minister den Kriegsfall dann als beseitigt bezeichnet hatte, wenn der spanische Thron nicht mit einem „preußischen Prinzen" besetzt würde. Dasselbe erklärte Gramont — jedenfalls auf besonderen Wunsch oder Befehl des Kaisers — am 8. Juli dem englischen Botschafter in Paris, Lord Lyons: „Der Prinz von Hohenzollern könnte seine Prätensionen auf den spanischen Thron aus eigenem Antrieb aufgeben. Ein solcher freiwilliger Rücktritt seitens des Prinzen würde eine höchst glückliche Lösung schwieriger und verwickelter Fragen sein." Er bat die englische Regierung daher: „allen ihren Einfluß aufzubieten, um eine solche Lösung herbeizuführen." Die englische Regierung that auch sofort ihr bestes in dieser Richtung. Weit hinterhaltiger hatte sich aber Gramont schon am 5. Juli — dem Tage, an welchem die Interpellation Cochéry bestellt wurde — gegen den ihm vertrautesten Diplomaten in Paris, den österreichischen Botschafter Fürsten Metternich, ausgesprochen. Ihm eröffnete er: „Der Schlag ist geführt. Aus dieser Angelegenheit wird ein schlagender Beweis von Preußens Übelwollen hervorgehen, welcher nicht mehr vergessen werden kann, selbst wenn es gegenüber der kategorischen Aufforderung, welche ich an dasselbe richten werde, nachgeben sollte." In gleichem Sinne ließ Gramont noch zu der Zeit, als alle Welt glaubte, daß mit

der Thronentsagung des Prinzen Leopold der ganze Streitfall abgethan sein werde, den französischen Vertreter in Wien, den Marquis von Cagaux, „in akademischer Weise" mit dem Grafen Beust die Kriegsfrage besprechen, zum höchsten Erstaunen und Verdrusse des letzteren, der in einer Depesche vom 6. Juli nach Berlin den Rücktritt des Prinzen Leopold als „die einfachste Lösung der Frage" bezeichnet hatte. Beusts Besorgnis, das gar nicht schlagfertige Österreich könne widerwillig durch Frankreich in einen Krieg mit Preußen und Deutschland verwickelt werden, wuchs aber noch erheblich, als er von Cagaux weiter erfuhr, Gramont habe im französischen Ministerrate bereits als zweifellos verkündet: Österreich werde im Falle eines Krieges ein Beobachtungskorps in Böhmen aufstellen. Da machte Beust in einer vertraulichen Depesche an Metternich vom 11. Juli seinem gepreßten Herzen Luft, indem er, wie alle anderen Mächte, Frankreich die ungeheure Verantwortung für den Ausbruch eines Krieges in den Worten auflud: „Wenn der Krieg notwendig wird, so wird es vor Allem durch die von Frankreich seit dem ersten Augenblicke angenommene Haltung der Fall sein, die zu dem Glauben an einen vorbedachten Plan, den Krieg um jeden Preis herbeizuführen, berechtigt." Österreich werde neutral bleiben. Bismarck erhielt am 8. Juli in Varzin die Nachricht, daß Frankreich Pferdeankäufe in Ungarn mache. Sofort richtete er an den deutschen Botschafter in Paris, Herrn v. Werther, in einer Depesche die Aufforderung, von der französischen Regierung Aufklärung über diese auffallende Maßregel zu fordern. Werther aber war von Gramont am 4. unterrichtet worden, daß Frankreich die Kandidatur Hohenzollern als Kriegsfall werde betrachten müssen, wenn der Prinz nicht freiwillig dem ihm angebotenen Thron entsage, und hatte diese Erklärung am 5. dem König Wilhelm in Ems überbracht, wohin Werther sich ohnehin hatte begeben wollen. Hier verblieb der Botschafter zunächst. Ems wird nun für etwa acht Tage der Hauptschauplatz der Begebenheiten in dieser spannenden Krisis.

Denn am 8. Juli abends 11 Uhr traf auch Graf Benedetti in Ems ein. Er war hierher aus Wildbad vom Minister Gramont

befohlen worden in einem Telegramm, das in der Nacht vom 7. zum 8. abging: „Reisen Sie nach Ems. Ein Attaché, den ich morgen früh abreisen lasse, wird Ihnen Instruktionen dahin bringen.“ Völkerrechtlich hatte Benedetti, wie ihm wohlbekannt war, in Ems gar nichts zu suchen. Denn er war nicht beim Könige von Preußen, sondern bei der preußischen Regierung beglaubigt. Der verantwortliche Leiter dieser Regierung war nicht in Ems, sondern in Varzin. Alle Audienzen und Gespräche, die Benedetti also in Ems etwa beim Könige oder Anderen haben würde, waren reine Privathandlungen, ohne allen amtlichen Charakter.*) Daß der König bei der von ihm gewünschten Einwirkung auf den Erbprinzen Leopold nur höchstens als Oberhaupt des Hauses Hohenzollern thätig werden könne — und auch nur unmaßgeblich, „aus Courtoisie“, nicht gebietend — das hatte Bismarck schon 1869 nachdrücklich betont und hielt der König selbst unabänderlich fest. Er handelte und konnte dabei nur handeln als Privatmann, als Familienhaupt. Zu diesem Standpunkt paßte nun zwar Benedettis Besuch in Ems vortrefflich. Seltsam aber war, daß keinem der französischen Staatsmänner einfiel, wie sie eigentlich den preußischen Standpunkt in der Streitfrage schon dadurch vollkommen anerkannten, daß sie den Privatmann Benedetti zu dem Kurgast König Wilhelm nach Bad Ems sandten. Von all den Erklärungen und Handlungen, die sie hier vom Könige nacheinander forderten, wäre keine einzige — wenn der König sich auch den Franzosen gefügt hätte — eine amtliche, eine königliche Staatshandlung gewesen.

Etwa gleichzeitig mit Benedetti traf in Ems der junge Baron Bourqueney aus Paris ein, der jenem Gramonts offizielle „Instruktion“ überbrachte. Diese lautete ziemlich harmlos: „Der König sei aufzufordern, wenn nicht durch einen Befehl, so doch durch einen Ratschlag den Prinzen zum Rücktritt zu bewegen.“ Gleichzeitig aber erhielt Benedetti ein Privatschreiben Gramonts, in dem es hieß: „Die einzige Antwort, welche den Krieg verhindern kann, ist diese: ‚die königlich preußische Regierung billigt die Annahme

*) Bluntschli, Modernes Völkerrecht S. 159 flg., 170 fg., 190 fg.

des Prinzen nicht und befiehlt ihm, diesen Entschluß zurückzunehmen, den er ohne ihre Erlaubnis gefaßt hat.' Wir haben es sehr eilig, weil wir im Fall einer unbefriedigenden Antwort einen Vorsprung gewinnen und mit den Truppenbewegungen am Sonnabend (d. h. am 9. Juli) beginnen müssen, um binnen 14 Tagen im Felde zu sein." Durch den Widerruf sichre der König den Frieden Europas: „Wenn nicht, so ist es der Krieg!" Benedetti hielt die amtliche Instruktion für verständiger als das private Schreiben. Der Widerspruch zwischen beiden war so groß, daß er in der für den 9. Juli beim Könige nachgesuchten Audienz nur eine von beiden „Forderungen" stellen konnte. Daß der Minister beide gleichzeitig erhob, lieferte Benedetti ein deutliches Bild von den schwankenden Stimmungen des Ministers, der bereits durch die von ihm selbst aufgereizten Massen und die kriegerische Rechte der Kammer mehr geschoben wurde, als selbst schob. Ein noch seltsamerer Beweis hierfür gesellte sich aber hinzu, ehe Benedetti die erste Audienz beim König hatte. Es war ein in Paris um ein Uhr morgens am 9. Juli aufgegebenes Telegramm Gramonts, welches anzeigte: aus Madrid werde gemeldet, Prim wolle den Rücktritt des Prinzen erleichtern, wenn dieser den ersten Schritt thue. Da Gramont annahm, der Prinz sei in Ems, so fuhr er in der Depesche an Benedetti fort: „Sagen Sie das dem Könige und nötigenfalls auch dem Prinzen selbst!" Benedetti mochte sich bei diesen Worten erstaunt an die Stirne greifen. Hatte der Duc überlegt, was er sagte? Sowie Benedetti mit dem Prinzen verhandelte, ließ man ja den König und Preußen ganz aus dem Spiele. Das war ja der preußische Standpunkt, den Bismarck schon 1869, den Herr v. Thile am 3. Juli gegenüber Le Sourd so klar ausgesprochen hatte!

Benedetti hielt sich also bloß an seine amtliche Instruktion und sagte dem Könige bei der ersten Audienz am 9. Juli drei Uhr nachmittags gar nichts vom Inhalt des privaten Schreibens Gramonts und der nächtlichen Depesche. An den Äußerungen des Königs erkannte er, wie klug er gehandelt hatte. Denn der Monarch entwickelte ihm noch einmal mit hoher Würde und Bestimmtheit

den uns bekannten preußischen Standpunkt. Er habe selbst als Familienhaupt nur eine negative Rolle gespielt, indem er dem Prinzen die Annahme nicht untersagt habe. Von den vorausgehenden spanischen Verhandlungen mit dem Prinzen habe er gar nichts gewußt. Jetzt könne er unmöglich seine Stellung als Familienhaupt dahin geltend machen, den Prinzen zum Rücktritt zu nötigen. Frankreich möge seine Anstrengungen nach Madrid richten, um die dortige Regierung zum Verzicht auf das Vorhaben zu bestimmen. Unter der Hand erklärte jedoch der König seine Bereitwilligkeit, sich mit dem Vater des Prinzen in Verbindung zu setzen, um dessen Ansichten über die Sache zu hören, da der Prinz eben auf einer Alpenreise begriffen und dessen Aufenthalt unbekannt sei.

So berichtet Benedetti amtlich über diese Unterredung. In einem Privatschreiben an Gramont fügte er noch bei: der König habe mit großem Nachdruck Gramonts Sprache vor der Kammer am 6. Juli als sehr ungerechtfertigt bezeichnet, da sie fast einer Provokation gleichkomme. Aber im ganzen scheine der Monarch doch den freiwilligen Rücktritt des Prinzen ernstlich zu wünschen. Da König Wilhelm den französischen Botschafter freundlich zum Diner zurückhielt, so konnte dieser Telegramm und Bericht über jene Gespräche erst am Abend des 9. Juli absenden. Zu Hause fand er aber einen neuen Beleg dafür, daß er klüger gehandelt habe als der Minister. Denn hier war in einer Depesche Gramonts vom 9. nachmittags halb drei Uhr gesagt: „Sie dürfen den Prinzen von Hohenzollern nicht aufsuchen; der Kaiser will ihm gegenüber keinen Schritt thun." Das war also der klare Widerruf des in der Depesche vom frühen Morgen vorgeschriebenen Verhaltens. Und fast jede kommende Stunde brachte nun dem Botschafter Depeschen seines Chefs, die gleichfalls in Flammenschrift davon Zeugnis gaben, in welchem Maße der angebliche Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs von den Leidenschaften, die er entfesselt hatte, willenlos und haltlos mit fortgerissen wurde. Am 10. Juli kamen nicht weniger als drei solcher Telegramme. Das erste am Morgen, unmittelbar nach Eingang der Berichte Benedettis vom 9. abends. Da heißt es: „Sie

müssen Alles daran setzen, um definitive Antwort zu erhalten. Wir können nicht warten, wenn uns Preußen in den Vorbereitungen nicht zuvorkommen soll. Der heutige Tag darf nicht zu Ende gehen, ohne daß wir anfangen." Wenige Stunden später telegraphierte Gramont: „Schreiben Sie nur eine Depesche, die ich den Kammern vorlegen oder veröffentlichen kann, in der Sie darlegen, daß der König die Annahme seitens des Prinzen gekannt oder gebilligt hat, und sagen Sie namentlich, daß er verlangt hat, sich erst mit dem Prinzen ins Vernehmen zu setzen, ehe er Ihnen seinen Entschluß mitteilt." Diese letztere Erklärung hätte Benedetti sofort wahrheitsgetreu durch den Draht abgeben können. Aber nach ein paar Stunden genügte auch sie der Pariser Siedehitze, von der Gramont gleichfalls ergriffen war, nicht mehr. Denn in einem dritten Telegramm dieses Tages gebot der Minister: „Während der König Sie von Stunde zu Stunde hinhält, unter dem Vorwand, sich mit dem Prinzen von Hohenzollern zu verständigen, ruft Preußen die Reserve ein" — eine platte Lüge! — „und gewinnt uns gegenüber einen kostbaren Vorsprung. Um keinen Preis dürfen wir unseren Gegnern dieselben Vorteile lassen, welche im Jahre 1866 so verhängnisvoll für Österreich wurden. Überdies entflammt die öffentliche Meinung immermehr und überflutet uns. Wir müssen anfangen! Wenn der König dem Prinzen nicht die Entsagung anraten will — nun denn, so haben wir sofort den Krieg, und in wenigen Tagen sind wir am Rhein."

Benedetti hatte nach dem Empfang dieser Depeschen, die eine immer steigende, immer blindere Kriegswut verrieten, schweren Stand. Den König hatte er erst am Abend des 10. Juli kurz sprechen können, und da der Monarch noch keine Nachricht aus Sigmaringen hatte, so war der Botschafter auf den 11. zur Audienz beschieden worden. Benedetti mahnte dringend zur Vorsicht. Am Abend des 10. Juli telegraphierte er: „Der Krieg würde unvermeidlich sein, wenn wir offen mit militärischer Vorbereitung begännen." Aber die Mahnung war vergeblich. Denn morgens ein Uhr am 11. Juli telegraphierte Gramont zurück: „Wir sind durch die öffentliche Mei=

nung von allen Seiten überflutet. Wir zählen die Stunden. Sie müssen unbedingt darauf bestehen, die Antwort vom König zu erhalten: Ja oder Nein! Wir brauchen sie für morgen (am 12.) — übermorgen wäre es zu spät!" Benedetti kannte die Deutschen und kannte namentlich Bismarck besser als Gramont. Es war sicher, hier um so weniger auszurichten, je mehr er den „Preußen" Einblick gestattete in die Haltlosigkeit und Drangsal seiner Regierung, in deren „Überflutung" durch die Chauvinisten der „öffentlichen Meinung" und der kriegslustigen Rechten des Parlaments. Er verstärkte also zwar, wie er selbst glaubhaft berichtet, in der Audienz vom 11. Juli mittags seine Sprache. Aber der König blieb ruhig und würdevoll dabei, daß der Verzicht vom Prinzen selbst ausgehen müsse und sagte, nach Benedettis eigenem Bericht an Gramont: „Da er nur einen kurzen Aufschub verlange, um sich der Absichten der beiden Prinzen von Hohenzollern zu versichern, so müsse ihm unser Drängen den Eindruck machen, als sei es von uns auf einen Konflikt abgesehen." „Ich kenne," sagte der König wörtlich, „die Vorbereitungen, welche in Paris getroffen werden, und verhehle Ihnen nicht, daß ich auch meinerseits Maßregeln treffe, um nicht überrascht zu werden." Gleichwohl aber äußerte er, nach Benedettis Bericht, Zuversicht auf Erhaltung des Friedens, wenn man ihm nur Zeit gönnen wolle. Spätestens morgen werde er eine Antwort vom Prinzen Leopold erhalten und dann endgültige Antwort geben. Benedetti möge das sogleich an Gramont telegraphieren.

Zugleich aber erließ der König zwei Befehle, von denen Benedetti nichts wußte. Gleich nach dieser Audienz, in der Benedetti die gegen Gramont gerühmte „stärkere Sprache" geführt hatte, ordnete König Wilhelm an, daß Baron Werther sofort auf den Pariser Posten zurückkehre, und daß Graf Bismarck — wozu dieser sich aus Varzin am 10. Juli selbst angeboten hatte, da seine Gesundheit ihm wieder erlaube zu reisen — wegen der Dringlichkeit der politischen Verhältnisse so bald als möglich nach Ems komme. Bismarck hatte seine Anwesenheit hier für höchst notwendig erachtet. Denn die Emser Verhandlungen erfüllten ihn mit größter Besorgnis.

Er wußte, daß die Friedensliebe des Königs von dessen Umgebung eifrig genährt wurde und fürchtete, daß dem Frieden zu Liebe Preußen und Deutschland etwas in Ems vergeben werden könne. Schon die Annahme Benedettis dort, ohne daß Gramont zuvor die gegen Preußen geschleuderten Beleidigungen zurückgenommen, fand Bismarck stark. Noch bedenklicher erschien ihm, daß der König dem Botschafter von seinem Verkehr mit dem Fürsten Anton, von seiner anfänglichen Zustimmung zu der Kandidatur, von seiner Bereitwilligkeit, den Rücktritt zu billigen, Kenntnis gegeben und Herrn Benedetti gar versprochen habe, ihm von dieser Billigung „Mitteilung" zu machen! Bismarck reiste daher sofort von Varzin ab. In Angermünde traf er am Nachmittag des 12. Juli mit der Schwester, Frau v. Arnim, zusammen, die sich nach Norderney begeben wollte; er nahm sie mit nach Berlin, damit sie hier die wahrscheinlich friedlicheren Nachrichten abwarte. In Berlin hatte er sogleich eine Unterredung mit dem Tags zuvor aus Gütergotz zurückgekehrten Freunde Roon und dem Minister des Innern, Grafen Eulenburg. Diesen sandte er sofort nach Ems voraus, um dem König beizustehen, aber auch vorzustellen, daß die von den Franzosen in Ems angezettelten Verhandlungen völkerrechtlichen Gewohnheiten nicht entsprächen, so lange Bismarck sie nicht selbst führe. Am Spätabend dieses Tages aber traf eine Depesche der Botschaft in Paris ein, nach welcher der spanische Gesandte in Paris dem Herzog von Gramont amtlich den Verzicht des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron angezeigt habe, und deshalb gab Bismarck die Reise nach Ems vorläufig auf. Denn damit hielt er den von Frankreich überaus plump aufgestellten Kriegsfall für beseitigt. Freilich sah er diese Art der Erledigung keineswegs für eine rühmliche oder auch nur tröstliche an. Denn Gramonts unverschämte Drohungen blieben nun unvergolten. Wenn die Hauptsache beigelegt war, so konnte man deshalb allein nachträglich keinen diplomatischen Feldzug beginnen. Vor allem aber peinigte ihn die Frage: ob nicht in Ems irgend etwas geschehen sei, was die Franzosen mit Grund als eine Demütigung Preußens

würden ausgeben können. Wäre das der Fall, so wollte Bismarck keinesfalls ferner als Leiter einer solchen Politik erscheinen. An die in Varzin zurückgebliebene Gemahlin schrieb er daher: sie möge nicht nachkommen; vermutlich werde er in wenigen Tagen nach Varzin zurückkehren; ob noch als Minister, sei eine andere Frage. Nicht um seines Schicksals, sondern um Deutschlands Ehre willen erwartete er die nächsten Nachrichten aus Ems und Paris mit höchster Spannung.*)

Wie Bismarck hielt auch in Frankreich alles, was noch gesundes Urteil sich bewahrt hatte, nach dem Verzicht des Erbprinzen die Streitfrage für erledigt. Als die Rücktritts-Depesche am Nachmittage des 12. Juli im gesetzgebenden Körper bekannt wurde, ging der Minister Ollivier auf Thiers zu und sagte: „Wir haben nun, was wir wünschen, es bleibt Friede." In der That war das Olliviers Wunsch, und er wurde nur durch die mit dem Kriegsgeschrei auf seinen Sturz hinarbeitende Rechte gezwungen, mit den Wölfen zu heulen. Auch Thiers, der sonst die Regierung wegen ihrer Schwäche gegen Deutschland immer getadelt hatte, aber nun vom Kriege abriet, weil er die „preußische" Heeresmacht für stärker ansah, erwiderte dem Minister: „Jetzt müssen Sie sich ruhig verhalten." Kaum aber war Olliviers Meldung vom Inhalte dieser Depesche und seine Erklärung: „daß man nie mehr von Preußen verlangt habe und mithin der ganze Zwischenfall damit erledigt sei," auch unter die Rechte des Hauses gedrungen, als Clément Duvernois die Interpellation ankündigte: „welche Bürgschaften sich das Kabinet ausbedungen habe oder ausbedingen werde, um die Wiederkehr fortwährender Verwickelungen mit Preußen zu verhüten?" Diese Interpellation war ohne Wissen und Willen des Kaisers gestellt. Denn er hatte hinter dem Rücken seines Ministeriums durch den König der Belgier selbst auf den Rücktritt des Prinzen hingewirkt und faßte nun die Lage, die dieser Rücktritt geschaffen hatte, ebenso auf, wie Ollivier und Thiers. Gegen die Botschafter Österreichs und Italiens äußerte er am Nachmittag des 12. Juli:

*) Immediatbericht Bismarcks vom 23. September 1888 über das Tagebuch des Kaisers Friedrich.

„Ich bedauere zwar, daß es nicht zum Kriege kommt, denn die Gelegenheit ist gut gewesen; indes alles in allem ist der Friede doch eine sicherere Partie; Sie können den Zwischenfall als beendigt ansehen."

Ganz anders Gramont, dessen leidenschaftlicher Preußenhaß ihn noch viel leichter zu den von der Kriegspartei verlangten Maßlosigkeiten bereit machte, als den Minister Ollivier. Es ist im höchsten Grade wahrscheinlich, daß Gramont die Depesche, die den Verzicht des Erbprinzen meldete, bereits kannte, als er am 12. Juli nachmittags um 2 Uhr 15 Minuten an Benedetti „sehr vertraulich" telegraphierte: „Wenden Sie Ihre Geschicklichkeit, ich möchte sogar sagen Ihre Schlauheit an, um festzustellen, daß der Verzicht des Prinzen Ihnen durch den König oder seine Regierung" — die in Ems gar nicht vertreten war! — „angekündigt, mitgeteilt oder zugegangen ist. Das ist für uns von höchster Wichtigkeit. Die Beteiligung des Königs muß von ihm um jeden Preis zugestanden werden oder in greifbarer Form*) sich aus den Thatsachen ergeben." Um diese Stunde, sagen wir, hatte Gramont aller Wahrscheinlichkeit nach bereits Kenntnis vom Rücktritt des Erbprinzen, da derselbe sogar in der Kammer bereits um 2 Uhr 20 Minuten bekannt wurde. Gramont hatte aber von der Thatsache des Verzichtes des Erbprinzen weit früher Kenntnis, da er selbst zugibt, daß die nicht chiffrierte Depesche des Vaters Fürsten Anton v. Hohenzollern an Prim und Olizaga, in welcher dieser den Verzicht des Erbprinzen anzeigte, beim Durchgang durch das Pariser Telegraphenamt kopiert und dem Minister Gramont mitgeteilt wurde. Demnach ist wohl zweifellos, daß Gramont bei Absendung der Depesche an Benedetti, in welcher dieser aufgefordert wurde, mit Geschicklichkeit und Schlauheit „eine greifbare Beteiligung des Königs" an dem Verzicht des Erbprinzen „um jeden Preis festzustellen", also Nachmittags etwa um 2 Uhr, schon sicher wußte, daß der Verzicht ohne diese „greifbare Beteiligung" sich bereits vollzogen hatte, daß also dieser ganze

*) „D'une manière saisissable" sagt Gramont selbst S. 103. Benedetti dagegen, der Frankreich in seinem Werke als Unschuldslamm darzustellen bestrebt ist, schwächt den Ausdruck S. 365 ab in „d'une manière suffisante".

schöne „Zwischenfall“ schon erledigt war, ohne daß die französische Politik den geringsten Triumph über Preußen davongetragen hatte, ohne daß sie nun irgend eine weitere Handhabe zum Bruch besaß. Daß dies Gramonts Gedanken damals waren, verrät er noch zwei Jahre später bei Abfassung seines Werkes. Denn da klagt er (S. 112) bei Erwähnung des erbprinzlichen Verzichtes: „Nicht ein Wort von Frankreich! Nicht ein Wort von Preußen!“

Er, wie die kriegslustige Rechte der Kammer, sannen mithin nur darauf, durch neue Zumutungen Preußen zu demütigen oder zum Kriege zu treiben. Am Vormittag des 12. Juli war der deutsche Botschafter Baron Werther wieder in Paris eingetroffen und hatte hier sofort um eine Audienz bei Gramont nachgesucht. Diese fand nachmittags 2 Uhr 45 Minuten statt, als der Botschafter Olizaga hereintrat und amtlich Mitteilung von dem Verzicht des Prinzen machte. Da Gramont diese Thatsache, wie wir vermuten, bereits kannte, so fiel es ihm nicht schwer, sie en bagatelle zu behandeln. Als ob die Lage vor und nach diesem Verzichte ganz dieselbe sei, erklärte er Herrn v. Werther in gleichgültigem Tone: „Er sehe die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron als Nebensache an, denn seine Thronbesteigung hätte die französische Regierung doch niemals zugelassen. Vielmehr müsse der Keim der Verstimmung zwischen beiden Ländern beseitigt werden. Und dazu erscheine dem Herzog als richtiger Ausweg, wenn König Wilhelm dem Kaiser Napoleon in einem Briefe ausspreche: ‚Indem der König den Prinzen ermächtigt habe, die spanische Krone anzunehmen, habe er nicht gemeint, den Interessen oder der Würde des französischen Volkes zu nahe zu treten. Er schließe sich jetzt dem Verzichte des Prinzen an und spreche den Wunsch aus, daß damit jede Ursache eines Mißverständnisses zwischen seiner Regierung und der des Kaisers beseitigt sein möge.“ Seinen Gepflogenheiten gemäß, setzte Gramont diesen Entwurf gleich eigenhändig auf. Werther war schwach genug, diese freche Zumutung an den König nach Ems zu berichten — er und Gramont hatten damit aber den stärksten und am besten bewehrten Ritter gegen jede Herabwürdigung

des Königs und Preußens zur Abwehr herausgefordert — den Grafen Bismarck.

Selbst dem Kaiser Napoleon erschien übrigens die Unverschämtheit Gramonts, vom König von Preußen einen Entschuldigungsbrief zu fordern, zu stark. Benedetti sollte davon nichts erfahren, vielmehr mit der Nachricht vom Verzicht des Prinzen nur die Weisung erhalten: „Damit diese Verzichtleistung ihre volle Wirkung übe, ist notwendig, daß der König sich derselben anschließe, und uns die Versicherung gebe, daß er die Kandidatur nicht von neuem genehmigen werde.“ Gramont telegraphierte das am 12. Juli 7 Uhr abends an Benedetti mit dem Zusatz: „Gehen Sie sofort zum König.“ Bald nach Abgang dieser Depesche traf aber von Benedetti die Nachricht ein: der König habe ihn vor 6 Uhr abends von neuem empfangen und ihm gesagt, die Antwort des Fürsten Anton v. Hohenzollern sei ihm für den folgenden Morgen telegraphisch angezeigt; gleich nach ihrem Empfang werde er den Botschafter rufen lassen. Bald nach der Rückkehr vom Könige am 12. Juli erhielt Benedetti seinerseits die Abenddepesche Gramonts und suchte daher, ohne die zugesagte Einladung des Königs zur Audienz abzuwarten, am frühen Morgen des 13. Juli den Adjutanten Prinzen Radziwill auf, um recht bald eine Audienz beim Monarchen zu erhalten.

Der König hatte um diese Stunde seine Brunnenpromenade schon angetreten, und Benedetti wurde daher, wenn er den Monarchen treffen wolle, „auf die Promenade“ verwiesen und folgte dem Winke. Als König Wilhelm den Botschafter in der Allee bemerkte, ging er auf ihn zu und sagte ihm — offenbar verwundert über die dringende Eile des Franzosen — er habe noch keine amtliche Anzeige vom Rücktritt des Prinzen, dagegen soeben ein Extrablatt der Kölnischen Zeitung erhalten, welches ein Privat-Telegramm aus Sigmaringen über den Verzicht des Prinzen enthalte. Er übergab das Blatt Benedetti. Dieser erwähnte nun, daß er schon gestern Abend die Nachricht vom Verzicht aus Paris erhalten habe, und darauf bemerkte der König, daß er damit die Sache als erledigt ansehe.

Nun aber trat Benedetti, nach dem telegraphisch erhaltenen Auftrage Gramonts, plötzlich mit der Zumutung auf: „Der König solle die Rücktrittserklärung des Prinzen ausdrücklich billigen und die bestimmte Versicherung aussprechen, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben werde, wenn diese Kandidatur wieder aufleben sollte.“ Der König lehnte eine solche Erklärung bestimmt ab und blieb dabei, als Graf Benedetti wiederholt und immer dringender auf seinen Antrag zurückkam. Damit endete diese Unterredung.

Als der König von seiner Promenade zurückgekehrt war, liefen bei ihm zwei Berichte ein. Zunächst der Werthers aus Paris, welcher dem Könige das unverschämte Ansinnen einer schriftlichen Abbitte an den Kaiser Napoleon vermittelte. Und dann, gegen 1 Uhr mittags, die schriftliche Anzeige des Fürsten Hohenzollern, daß sein Sohn dem spanischen Thron entsagt habe. Minister Eulenburg wie der Geheime Rat Abeken vom Auswärtigen Amt stellten dem gütigen Monarchen eindringlich vor, daß er, nachdem jene durch Werther vermittelte freche Zumutung gestellt sei, den französischen Botschafter zur Mitteilung des Sigmaringer Schreibens nicht mehr empfangen könne. Denn abgesehen von der beleidigenden Unverschämtheit jener Forderung selbst, mußte man annehmen, daß auch Benedetti inzwischen die Weisung erhalten habe, die schriftliche Abbitte des Königs an den Kaiser zu verlangen. Benedetti selbst erkennt in seinem Werke (Ma Mission en Prusse S. 382) unbefangen an, daß der König, nach jenem dem Botschafter am 13. Juli noch unbekannten Vorfall, den Gramont und Werther eingerührt hatten, ihn nicht mehr habe empfangen können. Der König war, nach den Vorstellungen seiner Berater, durchaus derselben Meinung und sandte daher „gegen zwei Uhr nachmittags“ (wie Radziwill in seinem amtlichen Berichte sagt) seinen Adjutanten zu Benedetti, um diesem das Schreiben des Fürsten Hohenzollern vorzulegen mit dem Bemerken: „Der König sehe hiermit diese Angelegenheit als abgemacht an.“

Benedetti hatte bei der Heimkehr von der Promenade eine Nachtdepesche seines Ministers vorgefunden, in welcher dieser wieder-

holt auf das vom König geforderte Versprechen drang. Der Botschafter ersuchte daher den Flügeladjutanten des Königs um eine neue Audienz, um ihm die Wünsche der französischen Regierung vorzutragen: „Daß der König die Verzichtserklärung des Prinzen Leopold ausdrücklich billige und die Versicherung erteile, daß auch in Zukunft diese Kandidatur nicht mehr aufgenommen werde.“ Darauf ließ der König durch den Prinzen Radziwill erwidern: „Er könne sich nur auf das beziehen, was Er am Morgen dem Botschafter selbst gesagt habe, das sei Sein letztes Wort,“ er könne also in dieser Angelegenheit den Grafen Benedetti nicht mehr empfangen. Von den Emser Verhandlungen bis zu diesem Tagesabschnitte wurde Graf Bismarck unterrichtet durch ein in Ems am 13. Juli um 3 Uhr 40 Minuten nachmittags von Abeken aufgegebenes Telegramm, dessen Wortlaut alsbald mitgeteilt werden soll: die berühmte „Emser Depesche“. Die gesamten Verhandlungen und Ereignisse in Paris und Ems sind auch deshalb so ausführlich dargestellt worden, um die Legende des Herrn Liebknecht und anderer Undeutschen zu widerlegen, als habe Bismarck durch „Fälschung“ dieser Emser Depesche und durch Veröffentlichung dieser „Fälschung“ das bereits völlig beruhigte unschuldige Frankreich zum Kriege gereizt und damit einen neuen Kriegsfall geschaffen, während der alte mit dem Verzicht des Prinzen, auch nach der Meinung der französischen Regierung, erledigt gewesen sei. „Verfolgen wir,“ um ein Wort Bismarcks zu gebrauchen, „diese giftigen Reptile bis in ihre Höhlen!“

Bismarck hatte, wie berichtet wurde, schon am Abend des 12. Juli die Nachricht von dem Verzicht des Prinzen erhalten und deshalb seine Reise nach Ems vorläufig aufgegeben. An demselben Abend noch oder am 13. morgens erhielt er aus Paris, und zwar nicht durch den schwachen Werther, sondern von einem zuverlässigen Vertrauten*) — nämlich durch eine Notiz der russischen Botschaft in Paris**) — die Nachricht, „daß die Lösung der spanischen Schwierigkeit nicht hinreichen werde, die französische Regierung zu-

*) Mitteilung Bismarcks an Lord Loftus, den 13. Juli.

**) Tagebuch Kaiser Friedrichs vom 13. Juli 1870.

frieden zu stellen, und daß diese neue Ansprüche geltend machen wolle." Durch Werther selbst wurde Bismarck am Morgen des 13. Juli weiter auch davon unterrichtet, daß unter diesen „neuen Ansprüchen" sich die Forderung eines Entschuldigungsschreibens des Königs Wilhelm an Napoleon befinde, und daß Werther diese Unverschämtheit nach Ems berichtet habe. Noch eine Woche später, am 20. Juli, konnte der Verfasser als Ohrenzeuge aus Bismarcks Rede im Reichstag die aufwallende Erregung nachfühlen, mit welcher der Kanzler, nachdem er von dieser Schwäche des deutschen Botschafters Kenntnis erhalten, an diesen am 13. Juli schrieb: „Ich bin überzeugt, daß Sie die mündlichen Eröffnungen des französischen Ministers mißverstanden haben; Eröffnungen dieser Art scheinen mir absolut unmöglich, und jedenfalls weigere ich mich als verantwortlicher Minister, diesen Bericht Sr. Majestät zur amtlichen Verhandlung vorzulegen. Wenn die französische Regierung uns Mitteilungen der Art zu machen hat, so mag sie sie selbst redigieren und uns durch den Botschafter Frankreichs hier in Berlin überreichen." Daran schloß sich die Aufforderung an den Botschafter, sofort aus Gesundheitsrücksichten Paris zu verlassen. Die beiden neuen französischen Unverschämtheiten aber veränderten die Lage vollkommen. Denn sie gaben Deutschland neue Gelegenheit, vollkommene Genugthuung für die plumpen und groben Beleidigungen der letzten zehn Tage zu fordern. Bismarck war entschlossen, das gründlich zu besorgen. Schon sein nächster Besuch sollte das erfahren.

Am Vormittag des 13. Juli stellte sich nämlich auch der englische Botschafter Lord Loftus bei Bismarck ein, um ihm zur Lösung der schwebenden Krisis Glück zu wünschen.*) Bismarck aber sprach Zweifel darüber aus, ob Frankreich den Verzicht des Prinzen als Lösung anerkennen werde. Die vom Könige bewiesene Mäßigung gegenüber dem drohenden Tone der französischen Regierung habe in Preußen allgemeines Befremden hervorgerufen. Außerdem mache die französische Regierung jetzt neue Ansprüche geltend. Sei das der Fall, so liege klar zu Tage, daß die spanische Thronfolge=

*) Loftus an Lord Granville, 13. Juli. Hahn, II, S. 36 fg.

frage ein bloßer Vorwand gewesen, und der wirkliche Zweck Frankreichs die Rache für Königgrätz sei. Er habe genaue Nachrichten über französische Kriegsrüstungen. Würden diese fortgesetzt, so werde er von Frankreich Aufklärung über deren Zweck und Bedeutung verlangen. Ferner müsse er von Frankreich die Erklärung fordern, daß es die Krisis mit dem Rücktritt des Prinzen für abgethan ansehe und weitere Forderungen nicht stelle. Frankreich müsse auch die drohende Sprache des Herzogs von Gramont am 6. Juli zurücknehmen und befriedigende Erklärungen darüber abgeben. „Es scheint mir gewiß,“ schließt Lord Loftus zusammenfassend den Bericht über diese Unterredung, „daß Graf Bismarck und das preußische Ministerium die Haltung des Königs dem Grafen Benedetti gegenüber bedauern, und daß sie angesichts der öffentlichen Meinung in Deutschland entscheidende Maßregeln zur Wahrung der nationalen Ehre für notwendig erachten.“

Diese in ganz Deutschland tiefempfundene Notwendigkeit mußte nun am 13. Juli durch die Scenen in Ems auch dem friedensseligsten deutschen Gemüte deutlich werden. Am Nachmittage des 13. Juli saß Graf Bismarck mit den treuesten Paladinen des Königs und Vaterlandes, mit Roon und Moltke, allein zu Tisch.*) Da traf nach 6 Uhr die „Emser Depesche“ ein. Daß ihr wirklicher Wortlaut endlich am 17. November 1892 vom Grafen Caprivi dem ganzen deutschen Volke im Reichstag kund gethan wurde, daran hat auch der Verfasser, ohne jede Selbstüberhebung, einiges Verdienst. Denn er hatte schon im Mai 1891 in der Magdeburgischen Zeitung aus allem damals bekannten amtlichen Material die Liebknecht'sche Legende von Bismarcks „Fälschung“ der Depesche so überzeugend widerlegt, daß Fürst Bismarck in einem Briefe an ihn vom 1. Juni 1891 keine einzige der Angaben des Verfassers be-

*) So Roons Denkwürdigkeiten im Maiheft der „Deutschen Revue“ 1891 und dessen Sohn in der Kreuzzeitung vom 14. Mai 1891. Die bloß konjekturalen davon abweichenden Angaben in Kohls Regesten, I, 396 können dem gegenüber nicht in Betracht kommen, zumal auch Sybel a. a. O. Bd. VII S. 329 den Vorgang bestätigt.

richtigte und diesem anerkennend dankte. Am 14. November 1892 hielt dann der Verfasser im Nationalliberalen Verein in Leipzig einen öffentlichen Vortrag, „die Wahrheit über die Emser Depesche“ (auch als Broschüre gedruckt), der in der gesamten deutschen Presse solches Aufsehen erregte, daß Graf Caprivi schließlich wenige Tage später sich förmlich gezwungen sah, das Aktenstück, mit dessen Geheimhaltung alle Feinde Bismarcks und des Deutschen Reiches 22 Jahre lang hausieren gegangen waren, zu veröffentlichen. Den Wortlaut der echten, von Caprivi im Reichstag verlesenen Emser Depesche stellen wir hier im Druck unmittelbar neben den Text, den Bismarck daraus „verfälscht“ haben soll, und zwar indem wir die von Bismarck weggelassenen Worte in Sperrsatz genau feststellen, um die Fälschungslegende in ihrer vollendeten Dummheit und Niedertracht zu brandmarken.

Echte „Emser Depesche“ von Geh. Rat Abeken an Graf Bismarck.

Ems, 13. Juli 1870, nachmittags 3 Uhr 40 Minuten. Seine Majestät schreibt mir: „Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn ermächtigen, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei, als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.“ Se. Majestät hat inzwischen ein Schreiben des Fürsten (Karl Anton) bekommen, und da Se. Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchst Derselbe mit Rücksicht auf obige Zumutung auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern nur durch den Adjutanten sagen lassen, daß

Angebliche „Fälschung“ dieser Depesche durch Bismarck.

Nachdem die Nachricht von der Entsagung des Prinzen Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt worden, stellte der Botschafter in Ems an den König die Forderung, ihn zu ermächtigen, daß er nach Paris telegraphiere: der König verpflichte sich für alle Zukunft, niemals wieder zuzustimmen, wenn die Hohenzollern auf diese Kandidatur zurückkämen. Der König lehnte jedoch ab, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen,

Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Se. Majestät stellt Ew. Excellenz (Bismarck) anheim, ob nicht diese neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich, sowohl unseren Gesandten als auch in der Presse mitgeteilt werden sollte.

und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen: „Se. Majestät habe dem Botschafter weiter nichts mitzuteilen."

Durch diese Nebeneinanderstellung der beiden geschichtlichen Texte der „Emser Depesche", des — wie Fürst Bismarck dem Verfasser schon am 1. Juni 1891 schrieb — im Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin ruhenden Urtextes, den Graf Caprivi, infolge der douce violence des Verfassers, endlich Mitte November 1892 zu Tage förderte, — und der verkürzten „Emser Depesche", die Bismarck veröffentlichte, wird die Fälschungslegende in der That auf das Gründlichste zerstört. Denn die einzigen, durch vorstehenden Druck genau bezeichneten Abweichungen von der Urdepesche, die Bismarck sich erlaubte, waren zweierlei Art. Erstens solche, welche die Ausdrücke der Urdepesche milderten, um die Franzosen nicht durch scharfe Worte zu reizen. Die Lügner und Verleumder, welche Bismarck vorwerfen, er habe durch seine „Fälschung" die echte Emser Depesche ruchlos verschärft, um die Franzosen tötlich zu beleidigen und dieses gemütliche friedliebende Volk widerwillig in den Krieg zu treiben, stellen also die Dinge einfach auf den Kopf. In dem ganzen nichtswürdigen Intriguenspiel der französischen Machthaber in Ems ging deren höchstes Streben ja immer danach, ein eigenes Wort des Königs zu erlangen — das sie in ihrem maßlosen Dünkel sich allerdings als ein Wort der Demütigung dachten —, nicht etwa, um dann den Kriegsfall aufzugeben, sondern nur um noch schimpflichere Demütigungen von „Preußen" zu verlangen. Nun ist aber für jeden Vernünftigen kein Zweifel, daß Bismarck die blinde Wut und Hetzerei der französischen Kriegsfanatiker sehr erheblich gefördert haben würde, wenn er die von ihm unterdrückten eigenen Worte des Monarchen in der echten Emser Depesche — die oben durch Sperrsatz hervorgehoben wurden — veröffentlicht hätte: „Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um zuletzt in sehr

zudringlicher Art von mir zu verlangen“ . . . „Ich wies ihn etwas ernst zurück“, „obige Zumutung“ u. s. w. Bismarck wäre zu der Veröffentlichung dieser scharfen Stellen, nach dem Schlußsatz der Depesche, vollkommen berechtigt gewesen. Durch ihre Weglassung milderte er den Text sehr erheblich.

Die übrigen Weglassungen, die Bismarck am Emser Urtext vornahm, betrafen teils nur Nebendinge, die schon bekannt waren — den Verzicht des Prinzen Leopold — oder Dinge, die nicht mitgeteilt werden konnten, wie die Worte des Königs selbst, die Beratung der Vertrauten mit ihm und der Schlußsatz, der dem Bundeskanzler — mindestens als einen Wunsch des Monarchen — „anheimstellte, diese neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als auch in der Presse mitzuteilen“. Bismarck beachtete diesen Wunsch seines Königs aber auch mit Freuden. Denn nun konnte er auf königliche Anweisung dem deutschen Volke und dem Auslande dasselbe kund thun, was er am Vormittag dem Botschafter Englands als eigene Überzeugung ausgesprochen hatte. Er verfuhr dabei auch mit dem Wortlaut der Depesche höchst gewissenhaft. Denn Roon bezeugt in seinen Aufzeichnungen von jenem denkwürdigen Tage: In seiner und Moltkes Gegenwart an der Tafel des Bundeskanzlers habe dieser „das, was unwesentlich oder zur Veröffentlichung nicht geeignet erschien, an der Emser Urdepesche gestrichen. Das übrige ließ er, ohne irgend einen Zusatz gemacht zu haben, sogleich veröffentlichen. Die gekürzte Fassung hatte er vorher seinen Gästen vorgelegt und beide damit einverstanden gefunden.“ Aber obwohl Bismarck nur die schärfsten Stellen und die für das Publikum nicht geeigneten oder interesselosen Sätze aus der Emser Urdepesche wegließ, so konnte doch Moltke nach dieser Redaktionsarbeit mit Recht ausrufen: „Vorhin war's eine Chamade, jetzt ist es eine Fanfare!“ „Vorhin“, d. h. bei ihrem Eintreffen aus Ems, waren der Ton und die Stimmung der Depesche die einer unter gedämpftem Trommelklang geführten Parlamentärverhandlung mit dem Feinde („Chamade“). Namentlich auf Roon und Moltke war der erste Eindruck der De-

pesche ein sehr niederdrückender gewesen. Wie, sagten sie, außer der von Werther gemeldeten Unverschämtheit noch diese zweite? Und der König wendet in seiner milden Gutherzigkeit dem Überbringer einer solchen Botschaft nicht gleich beim ersten Worte den Rücken, rechtfertigt die eigene Regierung und berät, ob er den Mann nicht nochmals empfangen soll? Und das alles soll veröffentlicht werden? „Das klingt besser,“ sagte Roon, als Bismarck seine „Redaktion“ vorlas. Er hatte Recht. Denn jetzt, nach den Strichen und Zusammenziehungen, die Bismarck vorgenommen hatte, war ein hellschmetternder, alle deutschen und französischen Herzen durchzitternder freudiger Trompeten- und Hörnertusch daraus geworden („Fanfare“). Bismarck reihte die einfachen Thatsachen aneinander, die jedes deutsche Herz empören und entflammen mußten: „Nachdem der Prinz von Hohenzollern auf den Thron verzichtet hat, stellte der französische Botschafter in Ems plötzlich die neuen Forderungen an den König, diesen Verzicht zu billigen und niemals wieder seine Genehmigung zu der hohenzollern'schen Thronkandidatur zu geben. Der König lehnte es ab und weigerte sich, den Botschafter Frankreichs nochmals zu empfangen.“ Die Abfertigung des zudringlichen Franzosen durch den König erscheint nun als der letzte Abschluß einer das deutsche Nationalgefühl seit fünf Tagen erregenden Verhandlung. Bismarck wußte, daß ganz Deutschland diese einfache Aneinanderreihung der ganz außerordentlichen Emser Vorgänge so aufnehmen werde, wie sie von französischer Seite ausgesonnen und ins Werk gesetzt waren: als den Versuch einer Beschimpfung und Demütigung Deutschlands in der ganz Deutschland teuersten und höchsten Person, des greisen preußischen Königs und deutschen Bundesfeldherrn. Je einfacher, kürzer und schlichter diese Vorgänge erzählt wurden, um so tiefer mußte die deutsche Volksseele davon ergriffen werden und ein millionenstimmiges Zeugnis dafür ablegen, daß sie zu ihrem tapferen König Wilhelm stehe, der sich der französischen Fallstricke mannhaft erwehrt hatte. Das war die von Bismarck erhoffte Wirkung seiner „Fanfare“. Wie ein ungeheuerer Gewittersturm durchbrauste es nun ganz Deutschland. Da gab es keine Mainlinie mehr —

da wurden die schwäbischen und bayerischen Franzosenfreunde, welche Württemberg und Bayern neutral erklären und am Kriege nicht teilnehmen lassen wollten, hinweggefegt wie Spreu vom Winde. Da war mit einem Male der Gedanke unwiderstehlich geworden, der aus der Saat auf den blutigen Schlachtfeldern Frankreichs zur Wiedererneuerung von Kaiser und Reich heranreifte und den kämpfenden deutschen Helden Not und Tod leicht machte:

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr!

Bismarck wußte ferner genau, daß die Wirkung der von ihm veröffentlichten Depesche auch im Auslande dieselbe sein werde, wie in Deutschland. Das ganze Ausland mußte erkennen und erkannte in der That an, Deutschland habe sich, zur Erhaltung des Friedens, bis an die letzten Grenzen, welche die nationale Ehre setzte, nachgiebig gezeigt und mit bewunderungswürdiger Geduld die französischen Kriegsdrohungen, seit den wüsten Auftritten in der Kammer vom 6. Juli bis zu den Unverschämtheiten in Ems am 13. Juli, langmütig ertragen. Bismarck ließ die Emser Depesche daher auch — wie ihm der König „anheimstellte“ — an alle Vertreter Preußens im Ausland versenden, um Frankreich im Urteil aller Kulturvölker ins Unrecht zu versetzen. Ja, Bismarck zog bei Veröffentlichung der Emser Depesche auch in Berechnung, daß diese Veröffentlichung und ihr Inhalt die Franzosen zwingen werde, die Bahn ihrer Verblendung bis zum Ende zu schreiten, ihnen vollends alle Besinnung rauben, sie dazu reizen werde, die ungeheure Schuld des Kriegsbeginnes auf sich zu nehmen. So griffen sie taumelnd zum Schwert — und Deutschland wuchs einmütig zusammen in Kampf und Not, für immer verbunden durch den unlöslichen Kitt seines Blutes, seiner Waffenthaten, seiner brüderlichen Gesinnung — zu Kaiser und Reich!

Wenige Stunden ehe der Verfasser am 14. November 1892 seinen Vortrag über die Emser mit vorstehenden Worten und Ergebnissen abschloß, erhielt er von bestunterrichteter Seite einen Eilpostbrief, welcher anheimgab, für den Vortrag noch das Nachstehende

zu verwerten, das wohl Bismarcks letzte Gründe für die Veröffentlichung und Fassung jener Depesche enthalten dürfte. Die Zuverlässigkeit dieser Mitteilungen war um so größer, als der Inhalt derselben sich teilweise fast wörtlich deckte mit den Äußerungen, die Bismarck am Vormittag des 13. Juli 1870 zu Lord Loftus gethan hatte. Als diese letzten Gründe Bismarcks wurden etwa folgende angeführt: „So schwere Blutopfer uns dieser Krieg auch gebracht hat, unausbleiblich war er doch später oder früher. Unschwer läßt sich ermessen, welche Folgen damals eine feige Nachgiebigkeit an Frankreich für die Entwickelung unserer nationalen Bestrebungen und Bedürfnisse gehabt hätte. Aus den Verhandlungen der französischen Kammern, aus der französischen Presse und den Reden und Erklärungen der Minister war völlig klar geworden, daß der Lärm über die spanische Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern nur leerer Vorwand war, daß Frankreich vielmehr die „Revanche für Sadowa“ nehmen, den jungen norddeutschen Bund lähmen, wenn möglich auflösen und zertrümmern, Preußen schwächen und demütigen, allen sonderbündlerischen und reichsfeindlichen Bestrebungen in Deutschland künftig eine feste Stütze bieten wollte. Diese Politik bezeichnete selbst der beredteste und klügste Redner der französischen Opposition, der gegen den Krieg sprach, der alte Thiers, als „die unverbrüchliche französische Politik seit den Tagen Ludwigs des Vierzehnten“ und bekannte sich mit vollem Herzen zu dieser Politik.“

In frischer Erinnerung an dieses Wort erwiderte Graf Bismarck wenige Monate später dem weinerlichen französischen Friedensunterhändler Jules Favre auf die wehmütig-anklagende Frage: Mit wem Deutschland denn überhaupt nach Sedan und nach dem Sturze des Kaiserreichs in Frankreich noch Krieg führe? — „Mit Ludwig dem Vierzehnten!“ — „Wenn Deutschland sich also 1870 vor den französischen Drohungen und Beschimpfungen zurückgezogen hätte, so konnte es keineswegs unter den alten Verhältnissen zu seiner nationalen Arbeit zurückkehren. Der norddeutsche Bund und Preußen hätten dann in der Überzeugung aller Freunde der deutschen Einheit

und Macht eine unheilvolle Niederlage, einen verhängnisvollen Stoß erlitten. Mit unverhohlener Schadenfreude und im Vertrauen auf Frankreichs — dem norddeutschen Bunde anscheinend bei weitem überlegene — Macht und Stütze hätte die unselige deutsche Sonderbündelei, die „germanische Libertät", die seit dem dreißigjährigen Kriege bis zum Rheinbund, ja bis 1866, mit Frankreich gemeinsame Sache machte, von neuem das Haupt erhoben, und die deutsche Zwietracht und Zerrissenheit verewigt. Die Möglichkeit eines deutschen Bürgerkrieges unter französischer Mitwirkung lag dann nicht außerhalb der so gestalteten Geschicke unserer Zukunft. Die Möglichkeit eines mit aller deutschen Kraft, mit allen deutschen Stämmen, unter Einer Führung, bei erneuter Herausforderung Frankreichs, geführten Nationalkrieges dagegen lag, bei solcher Entwickelung der deutschen Dinge, nicht mehr im Bereiche wahrscheinlicher Berechnung."

Vor alledem hat uns Bismarck behütet, indem er die Emser Depesche in der von ihm veranstalteten kurzen volkstümlichen Fassung veröffentlichte — und wer ihm daraus einen Vorwurf, oder gar — wie Herr Liebknecht — ein „Verbrechen" macht, der bekundet damit unzweideutig, daß er keine Spur von dem im Leibe hat, was wir anderen deutsches Ehrgefühl und deutsche Vaterlandsliebe nennen!

Indessen bot natürlich die Veröffentlichung der Emser Depesche in der „Nordd. Allg. Z." am Abend des 13. Juli und die Versendung dieses Zeitungsartikels an die Vertreter Preußens im Auslande selbst der bis zur Siedehitze gesteigerten gallischen Kriegsfurie keinen völkerrechtlich irgendwie greifbaren und brauchbaren Vorwand zum Kriege. Die am Abend des 13. Juli in Paris bereits bekannte Depesche blieb daher dort sogar anfangs ziemlich unbeachtet, und am wenigsten fand das französische Volk das darin, was der im Punkte des französischen Ehrgefühls äußerst kitzliche Herr Liebknecht später darin entdeckte — nämlich eine tötliche, nur durch Blut und Krieg zu sühnende Beleidigung Frankreichs in der Person des Botschafters in Ems. Ebensowenig Graf Benedetti selbst. Denn er telegraphierte am 13. Juli vielmehr an Gramont: er finde es ganz natürlich, daß der König ihn über die abgethane Sache

nicht nochmals zur Audienz zugelassen habe. Er blieb auch in Ems und verabschiedete sich am 14. Juli bei der Abreise des Königs von diesem kurz und freundlich am Bahnhof. Auch in den Sitzungen des Pariser Ministerrates, die fast den ganzen 14. Juli hindurch unter des Kaisers Vorsitz andauerten, wurde die Emser Depesche kaum erwähnt. Die für den Krieg ausschlaggebenden Antriebe waren vielmehr zunächst noch andere: Die Versicherung des Kriegsministers Leboeuf, daß das französische Heer überbereit (archiprête) sei; die kriegerische Ungeduld der Kaiserin, welche ihrem Gemahl zurief: „Votre trône tombe dans la boue!" (Dein Thron sinkt in den Kot) und Tags darauf einem Vertreter triumphierend verkündete: „C'est ma guerre, à moi!" (Dieser Krieg ist mein Werk!); endlich aber legte Gramont dem Ministerrate, als dieser um zehn Uhr abends am 14. Juli nochmals zusammentrat, neue Depeschen angeblich „sehr aufregender Natur" vor, die nicht bekannt geworden sind, zu denen die seit dem 13. abends in Paris bekannte Emser Depesche also nicht gehört haben kann. Es ist im höchsten Grade wahrscheinlich, daß diese „höchst aufregenden" Depeschen einzig und allein in einer kurzen, in fetter Schrift gedruckten Notiz der Nordd. Allg. Z. bestanden, welche besagte, Benedetti habe die Regeln des diplomatischen Anstandes so weit aus den Augen gesetzt, daß er sich nicht enthalten, den König in der Badekur zu stören, ihn auf der Promenade zu interpellieren und ihm Erklärungen abdringen zu wollen.*) Daneben wurde zwei Telegrammen aus Bern und München jene „höchst aufregende Natur" zugeschrieben, welche der Kriegsvorwand an sich tragen mußte. Diese beiden Telegramme brachten die Nachricht, daß die preußischen Gesandten in Bern und München das an sie gesandte Extrablatt der Nordd. Allg. Z., welches die Emser Depesche enthielt, amtlich mitgeteilt hätten. Und darin wurde nun plötzlich eine Beleidigung Frankreichs gefunden. Auch Benedetti, der am Vormittag des 15. Juli wieder in Paris eintraf, und sofort an

*) Sybel a. a. O. Bd. VII, S. 343.

dem Ministerrate teilnahm, welcher der entscheidenden Kammersitzung voranging, scheint dem Plane nicht entgegengetreten zu sein, die Mitteilung der Emser Depesche an auswärtige Regierungen als eine Beleidigung Frankreichs auszulegen, obwohl er später in seinem Werke „Ma Mission en Prusse“ mit Nachdruck dargelegt hat, daß es in Ems weder einen Beleidiger noch einen Beleidigten gegeben habe, und demnach auch die Verbreitung der dortigen Vorgänge in der ganzen Welt keine Beleidigung für Frankreich enthalten konnte. Natürlich hüteten sich die Minister wohl, den Kammern den Wortlaut dieser „höchst aufregenden“ Depeschen mitzuteilen, so ungestüm auch alle ruhigen Köpfe der Versammlung diese Vorlegung verlangten. Vielmehr waren am 15. Juli selbst diese erhitzten Kammern zum Kriege nur fortzureißen durch drei faustdicke Lügen. Die Minister behaupteten nämlich: 1) der norddeutsche Botschafter (der seinen bereits zu Anfang des Monats bewilligten Urlaub angetreten hatte) sei abberufen, d. h. der diplomatische Verkehr mit Frankreich von Deutschland in verletzender Form abgebrochen, während Graf Solms zur Vertretung Werthers ruhig in Paris zurückblieb; 2) Deutschland habe bereits mobil gemacht und 3) wurde das an die preußischen Vertreter versandte Zeitungstelegramm der Emser Depesche zu einer „amtlichen preußischen Note an die europäischen Kabinette“ aufgebauscht und umgestempelt. Diese Lügen waren in einer „ministeriellen Erklärung“ niedergelegt, welche Gramont im Senat, Ollivier im gesetzgebenden Körper verlas. Darauf beschlossen beide Kammern den Krieg. Bismarck sagte über diese in der ganzen Weltgeschichte fast beispiellose Verlogenheit der Leiter einer Regierung gegen ihr eigenes Volk am 20. Juli im Reichstag*): „Die gedruckten Mitteilungen, welche ich dem Reichstage überreiche, enthalten zunächst das bekannte Zeitungstelegramm, welches dem französischen Ministerium als schließlich einzige Ursache des Krieges“ — nach dem Wortlaut der französischen Kriegserklärung — „übrig geblieben ist, und auch nur dadurch zu diesem

*) Stenogr. Ber. S. 9/10.

Zwecke benutzt werden konnte, daß man es als eine Note bezeichnet hat (Hört! Hört!), die von Seiten der königlichen Regierung an andere Regierungen erlassen ist. Ich will mich auf die Definition von Noten nicht einlassen, aber die Mitteilung eines Zeitungstelegramms, die dazu bestimmt war, unsere Vertreter bei den deutschen und den anderen Regierungen, die wir uns befreundet hielten, darüber zu orientieren, wie die Entwickelung der Sache augenblicklich liegt und wie unsere Stimmung eine festere sei, als auf anderer Seite vielleicht geglaubt wurde, nachdem wir an den Grenzen, die uns die nationale Ehre zieht, angekommen zu sein glaubten — eine solche Zeitungsmitteilung hat das französische Ministerium öffentlich als Note qualifiziert. Die Herren haben sich wohl gehütet, dem Drängen der wenigen besonnenen Oppositionsmitglieder in Paris nachzugeben und dieses Aktenstück vorzulegen (Hört! Hört!); denn das ganze Gebäude, die ganze Unterlage der Kriegserklärung wäre in Nichts verflogen, sobald die Volksvertretung dieses angebliche Aktenstück gekannt hätte und namentlich seine Form — es war kein Aktenstück, es war ein benachrichtigendes Telegramm!"

Die ungeheure Wirkung dieses „benachrichtigenden Telegramms" in Deutschland, im Ausland, in Frankreich, ist bereits geschildert. Wie Bismarck die weltgeschichtliche Bedeutung und Folge seiner That im voraus richtig berechnet hatte, so stand er nun in der Hochflut des nationalen Stromes, dessen donnerndes Brausen er seit langem kommen sah, am ruhigsten und sichersten unter allen, als der erprobte Deichhauptmann Deutschlands. Alles mit einem Male erfaßte und ordnete sein ruhiger, fester, klarer Blick, Gegenwärtiges und Künftiges, Kleines und Großes, Persönliches und Allgemeines. Sehr bezeichnend hiefür ist das herzliche Dankschreiben an die Kommission zur Ausarbeitung einer Zivilprozeßordnung für den Norddeutschen Bund, welches er mitten in der ungeheuren Bewegung dieser Tage, am 14. Juli, an den Justizminister Leonhardt richtete, nachdem dieser dem Bundeskanzler angezeigt hatte, die Kommission werde in den nächsten Tagen den Entwurf vollendet haben. „Ich würde lebhaft wünschen, die Sitzungen der Kom-

mission, welche ich am 3. Januar 1868 zu eröffnen die Ehre hatte, jetzt nach Beendigung ihrer mühevollen Arbeiten schließen zu können," schreibt er. „Ich bin jedoch der Erfüllung dieses Wunsches so wenig sicher, daß ich Ew. Excellenz ganz ergebenst zu ersuchen habe, meine Stelle zu vertreten. Ich bitte Sie, den Herren Mitgliedern der Kommission zu sagen, daß ich der vollen Zustimmung des Bundesrats versichert bin, indem ich ihnen den lebhaften Dank der verbündeten Regierungen für die hingebende Thätigkeit ausspreche, welche sie dem großen gesetzgeberischen Werke, zu dessen Ausarbeitung sie berufen waren, gewidmet haben. Ich vertraue, daß das soeben vollendete Werk bestimmt sein wird, ein bleibendes Denkmal für die Thätigkeit der Kommission zu bilden." So sicher war Bismarck des deutschen Sieges, daß ihm kein Wort des Zweifels daran aufstieg: dieses Friedenswerk werde, durch keinerlei kriegerisches Ereignis gestört, dereinst zum gesetzgeberischen Abschluß gebracht werden.

Für ihn selbst aber und die Seinen bedeutete der Ausbruch des Krieges die völlige Aufhebung der traulichen Gemeinschaft — an der sein Herz mit allen Fasern hing — bis zu dem einstigen Frieden, den die deutschen Waffen, sein Kopf und seine Feder jetzt erkämpfen mußten. Schon am 14. hatte er deshalb der Gattin nach Varzin die Losung zum Aufbruch erteilt. Sie telegraphierte ihm am 15.: „Soll vollständiger Aufbruch mit Leuten, Pferden, Koffern, Kisten, oder nur teilweise auf Wochen? Johanna." Er antwortete in den zwei Worten: „Vollständiger Aufbruch." Dabei stellte er in dem Heere des Königs seine beiden jugendlichen Söhne als „Einjährige" ins Feld. Aber keinen Augenblick gewannen persönliche Rücksichten einen Einfluß auf sein öffentliches Handeln. Noch am 15. Juli wies er die ungebührlichen Zumutungen der englischen Friedensvermittler nachdrücklich zurück, er möge den Vorschlag zur Kenntnis des Königs bringen, daß dieser seine förmliche Zustimmung zu dem Verzichte des Erbprinzen von Hohenzollern ausspreche. Bismarck gebot dem Botschafter Grafen Bernstorff in London am 15. Juli, „der englischen Regierung sein Bedauern auszusprechen, daß diese einen Vorschlag gemacht habe, den Bis-

marck dem Könige unmöglich zur Annahme empfehlen könne. Preußen habe unter einer öffentlichen Drohung von Frankreich eine Ruhe und Mäßigung gezeigt, welche jede weitere Konzession als eine Demütigung erscheinen lassen müsse, und die öffentliche Meinung in Deutschland beweise, daß ein Krieg selbst unter den schwierigsten Verhältnissen einem Nachgeben seitens des Königs vor den ungerechtfertigten Forderungen Frankreichs vorzuziehen sei."

An demselben 15. Juli, da die französischen Kammern in Paris durch Lug und Trug zum Kriegsbeschlusse entflammt wurden, kehrte König Wilhelm von Ems nach Berlin zurück. Die ganze Reise war ein beispielloser, begeisternder Triumphzug. Mit dem Kronprinzen, mit Roon und Moltke fuhr Bismarck dem Monarchen bis Brandenburg entgegen. Der König war überrascht, die Herren schon in Brandenburg zu finden; und als ihm Bismarck auf der Fahrt nach Berlin die Notwendigkeit sofortiger Mobilmachung entwickelte, blieb der friedliebende Herr diesen Vorstellungen fürs erste noch unzugänglich und hielt an der Hoffnung fest, dem Lande den Krieg vielleicht doch ersparen zu können. (Bismarcks Bericht vom 23. September 1888.) Auf dem kleinen Bahnsteig des damaligen provisorischen Potsdamer Bahnhofes in Berlin*) hatten sich die Personen versammelt, welche den König bei dessen Heimkehr amtlich zu empfangen hatten. Vor dem Bahnhofe aber standen undurchdringliche Menschenmauern. Mit Mühe bahnte sich der Staatssekretär v. Thile den Weg bis zum Bahnsteig, um hier die im Auswärtigen Amte inzwischen eingelaufenen hochwichtigen Depeschen dem König und Bismarck vorzutragen, deren Inhalt auch letzterem noch unbekannt war, da der königliche Zug seit Brandenburg die Fahrt nicht unterbrochen hatte: die Erklärungen der französischen Minister in den Kammern, die jubelnde Aufnahme dieser Erklärungen durch die ungeheure Mehrheit der Kammern, die Einberufung der französischen Reserven. Beim Einlaufen des Zuges umringten die auf dem Bahnsteig Anwesenden den König und Bismarck so

*) Das Folgende nach Roons Denkwürdigkeiten II, S. 425–427. Damit übereinstimmend Sybel a. a. O. Bd. VII, 354 flg.

dicht, daß Herr v. Thile zu ihnen nicht durchzudringen vermochte und daher dem Minister Roon leise Mitteilung vom Inhalte der Depeschen machte. „Nun, dann wollen wir es ihnen bestens besorgen," war Roons von den Umstehenden vernommene Antwort. Und nun folgte in dem unscheinbaren Raume, welchen der provisorische Bahnhof als königliches Wartezimmer darbot, und zwar in der Mitte desselben, unter dem historischen Kronleuchter, der sich jetzt im Hohenzollern-Museum in Berlin befindet, eine kurze Beratung. Um den König waren Bismarck, Roon und Moltke gruppiert, Thile in der Nähe Bismarcks. „Der Kronprinz, halb seitwärts neben dem Könige stand da wie ein flammender Kriegsgott, das Urbild teutonischen Zornes, mit zurückgeworfenem Haupte und drohend erhobener Rechten. Die meisten der dort gewechselten Worte blieben freilich unhörbar für die ferner Stehenden; doch zuweilen vernahm man Roons so besonders tiefe und dröhnende Stimme: ‚Ja wohl, Majestät!' — ‚das hat keine Schwierigkeiten' — ‚es ist Alles vorbereitet, Majestät!' — und nun sah man den Kronprinzen leuchtenden Auges hinauseilen zu der brausenden Menge da draußen, welche seinen Zuruf: ‚Die Mobilmachung der Armee ist befohlen!' mit tausenden von Stimmen weiter fortpflanzte, so daß die Fensterscheiben zitterten. In der That hatte der greise Kriegsherr soeben diese Entscheidung ausgesprochen." Spät abends folgte dann noch ein Kriegsrat beim Könige, als dessen Ergebnis um Mitternacht noch der kurze von Roons Hand geschriebene Befehl durch den Telegraphen in alle deutschen Gauen hinausgetragen wurde: „Die Armee ist planmäßig mobil zu machen."

Von nun an folgten tägliche Beratungen Bismarcks mit dem Könige. Am 16. Juli erwirkte er die königliche Genehmigung zur Berufung des Reichstags nach Berlin auf den 19. Juli. Die auswärtigen Abgeordneten wurden aber diesmal nicht durch den Staatsanzeiger, sondern persönlich von der Einberufung unterrichtet in folgendem, als „wichtige Staatsdepesche" an jeden Einzelnen am 17. Juli bestellten Telegramm: „Der Reichstag des Norddeutschen Bundes tritt den 19. Juli mittags 1 Uhr in Berlin zusammen. Der

Bundeskanzler v. Bismarck." Diese Depesche gehört zu den wertvollsten geschichtlichen Besitztümern des Verfassers. Ferner erließ Bismarck am 16. Juli — zur Hinderung des Einlaufens der französischen Flotte in die deutsche Nordsee — eine Bekanntmachung, welche die Aufnahme der Seezeichen, die Einziehung der Feuerschiffe und die Löschung der stehenden Feuer an der Nordseeküste befahl. Sodann machte er im Bundesrate die ersten Mitteilungen über die politische Lage und die Entwickelung des Kriegsfalles bis zum 15. Juli. Er schloß mit den Worten: „Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg oder die der französischen Regierung obliegende Bürgschaft gegen Wiederkehr ähnlicher Androhung des Friedens und der Wohlfahrt Europas."*) Und der sächsische Minister v. Friesen erklärte darauf im Namen seiner Regierung und aller übrigen Bundesregierungen: „Das Einverständnis mit allen bisherigen Schritten des Bundespräsidiums und mit der von Preußen kundgegebenen Auffassung der Sachlage. Frankreich will den Krieg. Möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden!" Endlich erließ Bismarck am 16. Juli noch die Weisung an den Grafen Arnim in Rom, die französischen Truppenbewegungen dort genau zu beobachten und jedes Anzeichen von Räumung Roms durch die Franzosen sofort zu melden.

Am 17. Juli richtete Graf Bismarck eine Depesche nach Luxemburg, welche der dortigen Regierung zusicherte, daß der Norddeutsche Bund die Neutralität Luxemburgs solange achten werde, als dies französischerseits geschehe. Am folgenden Tage erklärte er in einem Schreiben an Lord Loftus die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Annahme der abermals angebotenen englischen Friedensvermittelung, falls „durch vorgängige Feststellung die Bereitwilligkeit Frankreichs gewonnen" wäre. Frankreich aber wies diese Vermittelung unbedingt zurück. Am 17. Juli erließ Bismarck ferner jene berühmten zwei Rundschreiben an die Vertreter des Norddeutschen Bundes, von denen das erstere die französischen Erfindungen und

*) Wortlaut bei Hahn, II S. 51—54.

Entstellungen zurückwies, welche bezweckten, die Schuld an dem Konflikt und Kriegsausbruche Preußen zuzuschieben, und von denen das zweite die Emser Vorgänge im besonderen darstellte.*) Die erste dieser Denkschriften gelangte zu dem Schlusse: „Als bewegende Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung" — der französischen Kriegshetzerei — „können wir leider nur die schlechtesten Instinkte des Hasses und der Eifersucht auf die Selbständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands erkennen, neben dem Bestreben, die Freiheit im eigenen Lande durch Verwickelung desselben in auswärtige Kriege niederzuhalten." Endlich richtete Bismarck am 18. Juli an die Minister Itzenplitz und Camphausen ein Schreiben, in welchem er die Gründung von Darlehnskassen zur Deckung der dem Einzelnen durch den Krieg auferlegten Lasten und Verluste verlangte.

Am 19. Juli aber trat der Reichstag zusammen, und über die Vorgänge und Eindrücke dieses Tages mögen einige Stellen aus den damaligen Aufzeichnungen des Verfassers folgen.**)

Es war der 60. Jahrestag des Todes der Königin Louise, und Kaiser Wilhelm kam vom Grabe seiner edlen Mutter, vom Mausoleum in Charlottenburg her, zum Gottesdienst gefahren, welcher der Eröffnung des Reichstags voranging. Bisher war die kirchliche Feier bei Eröffnung der Reichstagssitzungen für die protestantischen Abgeordneten, Bundesräte und den Hof immer in der Schloßkapelle abgehalten worden. Heute aber hätte dieser Raum bei weitem nicht alle Teilnehmer fassen können; deshalb fand dieser erhebende Gottesdienst in der Domkirche statt. Die Predigt des Oberhofpredigers Dr. Hoffmann — eines geborenen Württembergers —, über den Bibeltext „Mit Gott wollen wir Thaten thun", war eine des großen Augenblickes würdige, begeisternde Rede. Der greise König war tief bewegt, und leuchtenden Auges blickte Bismarck, der über den Bundesräten auf der Emporkirche um Haupteslänge hervorragte, auf die in diesem ehrwürdigen Gotteshause Versam-

*) Der Wortlaut beider Denkschriften bei Hahn, II, S. 45 fg. u. S. 32.

**) Vollständig in Blum, Auf dem Wege zur deutschen Einheit, Bd. II, S. 144—169.

melten, deren Vereinigung hier zu dieser Stunde und zu dieser Andacht ein ergreifendes Gesamtbild seines Lebenswirkens darstellte: die segensreiche und unverbrüchliche Eintracht zwischen König und Volk, der starken preußischen Vormacht mit allen ihr verbündeten Fürsten, freien Städten und deutschen Volksstämmen, die begeisterte Entschlossenheit aller hier vor Gott Versammelten, wetteifernd, um unter dem Höchsten Thaten zu thun, die Abgeordneten nicht minder, als die Leiter des Staates und der deutschen Heere! Alle Fraktionen des Reichstags hatten schon am 18. abends beschlossen, alle Vorlagen der Regierung debattelos zu bewilligen. Unmittelbar nach der Kirche fand die feierliche Eröffnung des Reichstages im Weißen Saale des Schlosses statt. Die Thronrede, die Bismarck verfaßt hatte, war eine der bedeutendsten Staatsschriften der gesamten deutschen Geschichte. Der König las sie mit tiefbewegter Stimme. Neunmal wurde sie vom jubelnden Beifall der Versammlung und der Tribünen unterbrochen — ein beispielloser Vorgang, so einzig wie diese große Stunde! Da sprach der König u. A.: „Die spanische Thronkandidatur hat dem Gouvernement des Kaisers der Franzosen den Vorwand geboten, in einer dem diplomatischen Verkehre seit langer Zeit unbekannten Weise den Kriegsfall zu stellen und denselben, auch nach Beseitigung jenes Vorwandes, mit jener Geringschätzung des Anrechtes der Völker auf die Segnungen des Friedens festzuhalten, von welcher die Geschichte früherer Beherrscher Frankreichs analoge Beweise bietet. Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechtes und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug sie es nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet; wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat. Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, Alles was Ehre und Würde gestatten, gethan zu haben, um Europa die Seg-

nungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor Aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden wir uns, gestützt auf den einmütigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Aufrufe zur Verteidigung seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit. Wir werden nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampfe, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war."

Aus dem Schlosse begaben sich die Bundesräte und Abgeordneten sofort nach der Leipziger Straße zur ersten Reichstagssitzung, die schon um zwei Uhr nachmittags begann. Graf Bismarck fuhr eben dahin, machte aber auf dem Wege in seinem Palais kurzen Halt. Es mochte etwa halb zwei Uhr sein, als er hier anlangte und ihm dort der französische Geschäftsträger Le Sourd gemeldet wurde. Dieser hielt das für sein Land verhängnisvollste Schriftstück in der Hand: Die Kriegserklärung Frankreichs, die Bismarck, höflich wie immer, entgegennahm. Der Reichstag hatte die erste Sitzung pünktlich begonnen. Von 280 Abgeordneten waren 230 anwesend, trotz der in diesen Tagen sehr erschwerten Reisegelegenheit. Präsident Simson verweilte noch bei den geschäftlichen Mitteilungen, die er stets zu Anfang der Sitzung vortrug, als Bismarck eintrat, mit jugendlicher Raschheit, hochaufgerichtet; aus den Augen leuchtete ihm stolze Freude. Kaum war er an seinem Sitze angelangt, so verlangte er das Wort. Unter lautloser Stille begann er den einzigen Satz: „Ich teile dem hohen Hause mit, daß mir der französische Geschäftsträger heute die Kriegserklärung Frankreichs überreicht hat." Aber sowie das Wort Kriegserklärung ausgesprochen war, verschlang hundertstimmiger, begeisterter, unbeschreiblicher Jubel jedes weitere Wort. Beifall, Händeklatschen, Hurrahruf erbrauste minutenlang und immer von neuem wieder im Saale und von den

Galerien. Dabei hatten sich Alle mit einem Male von den Sitzen erhoben. In der Diplomatenloge droben hielt sich der ehrwürdige Bancroft ein Tuch vor die feuchten Augen und vor die edlen Züge, so daß nur sein weißes Haar zu sehen war. Der Geschichtsschreiber der Vereinigten Staaten mochte in dieser Stunde jenes Tages gedenken, da sein eigenes Vaterland die letzte Entscheidung faßte, in einem Kampfe um Alles seine Freiheit und Unabhängigkeit zu begründen. Endlich trat wieder lautlose Stille ein, weil man Bismarck reden lassen wollte. Aber er sprach abermals nur einen einzigen Satz: „Nach den Worten, die Se. Majestät soeben an den Reichstag gerichtet hat, füge ich der Mitteilung dieser Thatsache nichts weiter hinzu.“ Und „begeistertes Bravo auf allen Seiten“ folgte diesen schlichten Worten.

Am 20. Juli, nachdem der Reichstag in der Vormittagssitzung die von Miquel verfaßte Adresse einstimmig angenommen und der König noch am Vormittag diese Adresse huldvoll dankend entgegengenommen hatte, hielt Bismarck in der Nachmittagssitzung des Reichstags jene berühmte Rede über die Entstehung und den Verlauf des Konfliktes mit Frankreich, unter Verlesung aller Aktenstücke, welchen die Darstellung jenes Konfliktes in dem vorliegenden Kapitel hauptsächlich entnommen ist. Hier brauchen daher nur folgende Sätze angeführt zu werden: „Wir haben von der kaiserlich französischen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mitteilung erhalten: es ist dies die gestrige Kriegserklärung (hört! hört!). Alle Besprechungen, die der Graf Benedetti, mag er seine Eigenschaft als französischer Botschafter dabei geltend gemacht haben oder nicht, die er an einem Badeorte unter vier Augen mit Sr. Majestät gehabt hat, sind, wie jedem Kenner internationaler Verhandlungen ohne Versicherung geläufig sein wird, Gespräche persönlicher und privater Natur, die für internationale Verhältnisse keine amtliche Bedeutung haben. Auch alle persönlichen Erklärungen, die man von Sr. Majestät dem Könige dort im Wege anscheinend wohlmeinender Privatkonversation zu erlangen versucht hat und vielleicht, wenn Se. Majestät nicht die eigene Festigkeit

des Charakters auch auf die Haltung im Privatleben übertrügen, hätten erreicht werden können, würden doch niemals staatliche Akte gewesen sein, sondern persönliche Äußerungen." Am Schlusse der Rede dankte dem Kanzler stürmischer Beifall für die unvergleichlich geschickte und würdevolle Leitung der deutschen Politik, von welcher die mitgeteilten Urkunden Zeugnis gaben.

Bis zum Nachmittage des 21. Juli hatte der Reichstag alle Vorlagen der Regierungen erledigt, namentlich die Kriegsanleihe von 120 Millionen Thalern einstimmig — mit Ausnahme der beiden Franzosenfreunde Liebknecht und Bebel — beschlossen, nicht minder seine eigene Legislaturperiode bis zum Ende des Krieges, jedoch nicht über den 31. Dezember 1870 hinaus, verlängert. Die Allerhöchste Botschaft, welche den Schluß des Reichstags aussprach, verlas Bismarck in der Nachmittagssitzung des 21. Juli im Reichstag selbst, mit Rücksicht auf die für Jeden „dringende Zeit". Dann sagte er: „Nach den Worten, welche Se. Majestät der König zu zwei wiederholten Malen an den Reichstag gerichtet hat, würde es mir nicht geziemen, denselben irgend etwas hinzuzufügen, wenn Se. Majestät der König mir nicht ausdrücklich befohlen hätte, dem Reichstage seinen warmen und herzlichen Dank für die Schnelligkeit und Einmütigkeit auszusprechen, mit welchen derselbe seinerseits den Bedürfnissen des Vaterlandes zu Hilfe gekommen ist." Unmittelbar nach ihm sprach der Präsident Simson: „Die Arbeit der Volksvertretung ist somit für diesmal vollbracht. Nun wird das Werk der Waffen seinen Lauf nehmen! Möge der Segen des allmächtigen Gottes auf unserem Volke ruhen auch in diesem heiligen Kriege! Der oberste Bundesfeldherr der deutschen Heere, König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch!" Begeistert stimmte der Reichstag dreimal in diesen Ruf ein. Dann aber traten die Meisten, auch der Verfasser, an den Bundeskanzler heran, um Abschied von ihm zu nehmen. Mit heißem Segenswunsche reichten sie dem großen Staatsmanne die Hand, der die Geschicke Deutschlands in diesen entscheidenden Tagen leitete! Dann rüsteten sie sich „in dieser dringenden Zeit" zur sofortigen Heimkehr. Binnen

drei Tagen hatte der norddeutsche Reichstag seine nationale Pflicht voll und ganz erfüllt.

Mit fester Zuversicht konnte schon die Thronrede vom 19. Juli sich auch, „auf den einmütigen Willen der Regierungen des Südens gestützt", an die Vaterlandsliebe des gesamten deutschen Volkes wenden. Denn in ergreifenden Telegrammen an den König Wilhelm hatten die Könige von Bayern und Württemberg schon am 19. Juli die Mobilmachung ihrer Truppen befohlen und sie dem Oberbefehl des Bundesfeldherrn unterstellt. Am nämlichen Tage wurde in der zweiten Kammer in München die von der ultramontanen Mehrheit des Ausschusses beantragte „bewaffnete Neutralität" Bayerns verworfen, vielmehr der Bündnisfall anerkannt und mit großer Mehrheit, im Reichsrat aber mit Einstimmigkeit, die Kriegsanleihe genehmigt. Der Kriegsminister v. Prankh hatte zuvor die bedeutsamen Worte gesprochen: „Bayern muß jetzt beweisen, daß es als selbständiger Staat nicht vergißt, daß es auch ein deutscher Staat ist. Halten wir zu Deutschland, sonst sind wir verloren, sonst sind wir das Objekt, über das die Streitenden sich sehr schnell einigen werden. Aus dem Frieden, der uns aus dem Kriege erblüht, möge noch etwas Schöneres hervorgehen: der innere Frieden, die allgemeine Versöhnung, das allseitige Vertrauen. Es hat ein echter Bayer, aber auch Deutscher zu Ihnen gesprochen." In demselben Sinne rief Minister Varnbüler namens des württembergischen Ministeriums am 21. Juli in der zweiten Kammer: „Für Deutschlands Unversehrtheit und Ehre rechtzeitig, ohne Schwanken und mit aller Kraft einzutreten, halten wir für Pflicht. Wir sind deshalb der Ansicht, daß auf Preußens Frage, ob wir in diesem Kriege ihm uns anzuschließen gesonnen seien, mit einem offenen Ja geantwortet werden muß. Zeigen Sie Europa durch einen raschen kräftigen Beschluß, daß ein selbständiger deutscher Stamm aus freier Entschließung mit männlicher Kraft und freudigem Mute eintritt in den Kampf um deutsches Land, um deutsche Ehre!" Am nämlichen Tage wurde die Kriegsanleihe von der zweiten Kammer mit 58 gegen 1 Stimme, und ebenso in der ersten Kammer angenommen.

Von dem treuen Baden brauchen wir nicht erst zu berichten. In Hessen schwankte einzig und allein Bismarcks ältester Argwohn, Herr v. Dalwigk, eine Zeitlang, wie er seine alte Zuneigung zu Frankreich in diesem Kriege am besten bethätigen könne, bis ihn durch eine kleine Besprechung, die Bismarck am Abend des 19. Juli mit dem hessischen Bundeskommissar Hofmann und den hessischen Abgeordneten Grafen Solms-Laubach, Nordeck zu Rabenau und Buff hielt, jedes Gelüste dieser Art gründlich ausgetrieben wurde.

Wir sahen, daß Bismarck auch dem schwachen Luxemburg die Neutralität für so lange unbedingt gewährleistet hatte, als Frankreich sie achten werde. Bei weitem bestimmter lautete seine Zusage an die Schweiz, von der er wußte, daß sie den letzten Mann an ihre Unabhängigkeit setzen werde. Am 21. Juli telegraphierte Bismarck nämlich an den deutschen Gesandten in Bern, General v. Röder: „Die Neutralität der Schweiz steht vertragsmäßig fest. Wir haben zur Wahrung derselben durch die eidgenössischen Streitkräfte volles Vertrauen, und unsere Vertragstreue und Deutschlands freundnachbarliches Verhältnis zur Schweiz bürgen für die Achtung dieser Neutralität durch Deutschland.“ So Bismarck, der Leiter der deutschen Politik. Aus dem mit der Gehässigkeit des Renegaten gegen sein deutsches Vaterland geschriebenen Werke des schweizerischen Obersten Rüstow über den deutsch-französischen Krieg entnehmen wir dagegen die bei dieser Gehässigkeit doppelt glaubhafte Thatsache, daß zu derselben Zeit, da Bismarck in so herzlichen und vertrauensvollen Worten die Achtung der schweizer Neutralität verbürgte, der französische Gesandte in Bern dagegen dem schweizer Bundesrat vorstellte, daß die Schweiz wohl kaum zur Wahrung ihrer Neutralität (im französischen Sinne) im stande sein werde, und daß man ihr deshalb anrate, die Truppenmacht der Schweiz gleich jetzt unter den Befehl französischer Generale zu stellen!

Wenige Tage später, am 25. Juli, richtete Bismarck ein anderes Telegramm an den deutschen Gesandten in Bern, das einer kurzen Erläuterung bedarf. Von der Auflösung der Welfenlegion infolge des früher erzählten Wiener Bankkraches, bei welchem König

Georg von Hannover einer Million Thaler nachweinte, und von der Lösung aller Beziehungen der in Frankreich weilenden Mannschaften und Offiziere des Welfenkönigs zu diesem und dessen Hofe hatte man in Berlin keine bestimmte Kenntnis. Gegen die Möglichkeit, daß diese Soldaten und Offiziere etwa in dem bevorstehenden Kriege unter französischen Fahnen gegen Deutschland fechten könnten, nahm Bismarck schon am 19. Juli mit voller Schärfe Stellung in einer amtlichen Bekanntmachung, in der alle im französischen Heere dienenden Norddeutschen zur ungesäumten Rückkehr aufgefordert wurden, unter Hinweis auf die Strafen, „mit denen die Gesetze denjenigen bedrohen, welcher die Waffen gegen das Vaterland trägt.“ Dem Bundeskanzler war es mit dieser Bekanntmachung blutiger Ernst. Er war entschlossen, jeden Deutschen kriegsgerichtlich erschießen zu lassen, der in den Reihen des feindlichen Heeres ergriffen wurde. Aber sein menschliches und deutsches Gefühl war aufs peinlichste bewegt bei der Vorstellung, daß es auch nur in einem einzigen Falle, geschweige denn vielleicht in hunderten, zu einer Vollstreckung solcher Art kommen könne. Er wußte, daß der hannoverische Regierungsrat a. D. O. Meding zur Zeit in Oberhofen am Thuner See weilte — die Ursache dieses Aufenthaltes kannte er nicht — und deshalb richtete er am 25. Juli ein Telegramm an den Gesandten v. Röder in Bern, das Herrn Meding zu einer sofortigen Reise nach Berlin entbot. Meding hatte anscheinend keine Kenntnis von Bismarcks Bekanntmachung vom 19. Juli. Sein natürliches deutsches Gefühl sagte ihm aber, daß unter den jetzigen „Verhältnissen für keinen Deutschen von irgendwelcher Verbindung mit Frankreich mehr die Rede sein“ könne.

Trotz der Geringfügigkeit der Mittel, welche die Ungnade des Königs Georg ihm gelassen hatte, reiste er daher am 24. Juli, „in der Besorgnis um die Zukunft seiner Freunde und Schicksalsgenossen“ nach Paris.*) Von Basel aus durchquerte er die ganze im Aufmarsch begriffene französische Armee und gewahrte mit Erstaunen

*) Das Folgende nach Meding, Memoiren III, 492 flg.

und Entsetzen die überall herrschende grenzenlose Verwirrung. Er fand die hannover'schen Offiziere in Paris „zwar in der trostlosesten Stimmung", sie versprachen ihm aber fest, „sich still zu verhalten und jede Handlung und Beziehung zu vermeiden, welche auch nur als eine Feindseligkeit gegen Deutschland gedeutet werden könne." Freilich sprachen sie dabei das furchtbare Wort aus: „Was bleibt uns aber übrig, als uns irgendwie mit Ehren totschießen zu lassen?" Gerade jetzt jedoch, sagt Meding, „sollte uns die Rettung aus unserer traurigen und fast verzweifelten Lage von einer Seite kommen, von der wir sie am wenigsten hatten erwarten können". Angeekelt durch „den verhängnisvollen Wahnsinn, welcher ganz Paris von den höchsten Regionen bis in die untersten Schichten des Volkes erfaßt hatte, denn man hatte keine Ahnung von dem Ernste des Kampfes, in den man sich stürzte", kehrte Meding nach Oberhofen zurück und erfuhr hier erstaunt, daß der deutsche Gesandte v. Röder dort gewesen sei, um ihn aufzusuchen. Auf der Stelle reiste Meding nach Bern und erhielt hier Bismarcks Depesche mitgeteilt. Mit einem Geleitschein des Gesandten, welcher schnelle Fahrt verbürgte, fuhr Meding darauf am 28. Juli von Bern ab, durch die in musterhafter Ordnung und Sicherheit aufmarschierenden deutschen Heere hindurch, einer der wenigen, vielleicht der einzige, der „unmittelbar vor dem gewaltigen Kampfe die beiden Heere gesehen hatte".

Meding kam am 30. Juli in Berlin an und wurde noch am späten Abend von Bismarck empfangen. Der Kanzler erfuhr hier erst, daß Meding und die Offiziere der Legion seit vielen Monaten vom König Georg völlig getrennt seien, und daß die Offiziere Meding in Paris die strengste Zurückhaltung versprochen hätten. Bismarck war um so erfreuter über diese Mitteilung, je aufrichtiger er zuvor „alle Hannoveraner tief beklagt hatte, welche sich aus irregeleiteter Anhänglichkeit an den König Georg zu feindseligen Schritten gegen Preußen würden hinreißen oder gebrauchen lassen." Und nach Medings Bericht über dessen Pariser Reise fügte Bismarck die milden und erhebenden Worte hinzu: „Die Hannoveraner befänden sich seit 1866 in einem tragischen Konflikt, und

es sei eben die Natur des tragischen Konfliktes, daß jeder von seinem Standpunkte aus Recht zu haben glaube. Er achte jeden Gegner, der seiner Überzeugung gemäß handle, und gerade deshalb wünsche er die Hannoveraner alle vor den schweren und unabänderlichen Folgen verhängnisvoller Handlungen zu retten." Er bewies auch sofort, wie ernst ihm diese Worte seien. Denn nachdem ihm Meding die verzweifelte Lage der hannover'schen Offiziere in Paris geschildert und deren trostloses Wort vom Totschießen berichtet hatte, malte sich tiefe Bewegung in Bismarcks Antlitz und er sagte fest: „Ich will Ihnen helfen; was ich für sie thun kann, vermag ich Ihnen heute noch nicht zu sagen. Ich muß darüber meinem Herrn, dem Könige, Vortrag halten, aber seien Sie überzeugt, ich werde thun was möglich ist."

Am folgenden Tage — dem 31. Juli, an dem Tage, da Bismarck mit dem Könige zu der langen Kriegsreise aufbrach — gab der von den Welfen bestverschrieene Mann dem Regierungsrat a. D. Meding den Bescheid, was er bei dem Könige für die vom Welfenhause mitleidslos ins Elend verstoßenen Offiziere erwirkt hatte. Außer der vollen Amnestie, welche ihnen schon der hochherzige, später am 3. August veröffentlichte Erlaß des Königs gewährte, sollte jeder dieser Braven, die für ihren König alles geopfert hatten, ohne Unterschied des Ranges, von dem „räuberischen" Preußen eine jährliche lebenslängliche Pension von 1200 Thalern, Meding diejenige eines hannover'schen Gesandten erhalten. So handelte Bismarck im Gegensatze zum Welfenkönige! Wenige Tage später eröffnete der General v. Röder sämtlichen nach Bern beschiedenen hannover'schen Offizieren amtlich die Verfügung des Königs Wilhelm. „Die sämtlichen Herren waren fast sprachlos vor Erstaunen und Rührung über eine solche Großmut", erzählt Meding, „an welche sie bis zur offiziellen Erklärung des Gesandten noch immer nicht glauben wollten und welche sie dem Vaterlande und einem neuen Leben wiedergab. Dies ist die einfache Geschichte der preußischen Pensionen, welche so vielfach zu hämischen und böswilligen Verdächtigungen gegen die Offiziere der Legion und mich

benutzt worden ist.“ Mit keiner edleren Großthat als dieser konnte Bismarck zum großen Kriege gegen Frankreich von Berlin aufbrechen.

In Paris aber hatten sie, ihrer Meinung nach, inzwischen auch Großthaten vollbracht! Wir meinen damit nicht die schmähliche Austreibung aller Deutschen, die in Frankreich Arbeit thaten oder vergaben, die andere nicht thun oder vergeben konnten. Wir meinen das geheime Bündnis zwischen Frankreich, Italien und Österreich, das Napoleon zu stande gebracht zu haben meinte, alsbald nachdem der norddeutsche Reichstag in Berlin versammelt war und das — nach der Versicherung seines Ministers Gramont — die Bundesgenossen Frankreichs verpflichtete, ihre Heere zu Anfang September für Frankreich marschieren zu lassen — vorausgesetzt, daß Frankreich zuvor über den Rhein angreifend vorgegangen wäre! Aber selbst diese Versicherung Gramonts war eine Lüge. Bis zum September mußte sich ja das Schicksal des Krieges in der Hauptsache entschieden haben. Ja gewiß! Denn an der Schwelle des September stand das Wort Sedan! Und kein Österreicher und Italiener marschierte mehr für Frankreich, selbst wenn er dazu verpflichtet gewesen wäre. Aller Lug und Trug, auf den dieser große Krieg von Paris aus unternommen ward, brach überhaupt nichtig zusammen: Die „Überbereitheit“ des französischen Heeres, die behauptete Gunst aller neutralen Mächte, die angeblich französische Gesinnung der süddeutschen Staaten — namentlich aber der Marsch der Franzosen über den Rhein! Nur das beste Wort des ersten Biographen Bismarcks, G. Hesekiel, blieb wahr:

Ein Wetter kommt gezogen
Herauf mit Donnerton —
Der Teufel hat dich belogen,
Neffe Napoleon!

Achtes Buch.

Bismarck erneuert Kaiser und Reich.

Vom Kriegsausbruch (19. Juli 1870) bis zum Frankfurter Frieden (10. Mai 1871) und Reichstagsschlusse (15. Juni 1871).

Erstes Kapitel.

Bismarck im ersten Abschnitt des Krieges bis zu den Verhandlungen mit Jules Favre in Schloß Ferrières (September 1870).

Als die Märzstürme des Jahres 1848 Deutschland durchbrausten, schrieb der Deichhauptmann von Schönhausen, Otto v. Bismarck, „an eine Magdeburgische Zeitungs-Redaktion": „Ich hätte es erklärlich gefunden, wenn der erste Aufschwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen" (Bd. I S. 138 dieses Werkes). Bei der ersten großen Regung des nationalen Gedankens seit den Freiheitskriegen richtete dieser tapfere Mann also schon die Augen der Landsleute auf den Wiedererwerb jener schönen Südwestmark Deutschlands, die dem Reiche zur Zeit der tiefsten Ohnmacht von Frankreich geraubt worden war. Einen so kühnen Gedanken faßte der macht- und einflußlose Junker Bismarck schon im Alter von 33 Jahren und bei einem Zustande des Vaterlandes, der eine große Kraftentfaltung gegen das Ausland keineswegs sicher stellte. Wir sind daher zu der Annahme berechtigt, daß er nun beim Kriegsausbruche im Juli 1870, da er zum Leiter der gesamtdeutschen Politik emporgestiegen war, dieses hohe Ziel seiner Jugendtage mit willensstarker Begeisterung ins Auge faßte. Seiner vorsichtigen Natur entsprechend, verriet er freilich erst Mitte August, nach den großen Siegen bei Weißenburg, Wörth, Spicheren und Courcelles das erste Wort da-

18*

von, daß dieses hohe Ziel ihm vorschwebe. Denn wie in seiner ganzen politischen Laufbahn hielt er auch jetzt an der Richtschnur fest, der Staatsmann dürfe nur das Notwendige und Erreichbare erstreben. Was gegen Frankreich erreichbar sein werde, hing aber in erster Linie ab vom Erfolg der deutschen Waffen. Das für die nationale Politik Erreichbare dagegen, das erwünschte engere Band zwischen Süd- und Norddeutschland, war bedingt durch die freien und selbständigen Entschließungen der süddeutschen Regierungen und Landsleute. Jeder Gedanke an Zwang und Nötigung gegen die süddeutschen Bundesgenossen lag dem Kanzler des norddeutschen Bundes jetzt so fern wie je zuvor. „Wenn man sich verständigen will, darf man nicht drohen," sagte er in jenen Tagen zu Moritz Busch. Dabei dachte er allerdings zunächst an Gramont und dessen verhängnisvolle Drohrede vom 6. Juli. Aber von demselben Grundsatz war sein Verhalten gegen Süddeutschland unerschütterlich beherrscht.

Das ganze neutrale Europa — dessen Haltung im Verlauf des Krieges die Erreichung der deutschen Friedensziele erheblich erleichtern oder erschweren konnte — war Mitte Juli 1870 einig darüber, daß Frankreich allein den Ausbruch des Krieges verschuldet und zu verantworten habe. Bismarck säumte nicht, ihre lebhafte Entrüstung zu verstärken durch die Enthüllung der von niemandem geahnten wiederholten französischen Anschläge auf Belgien im Jahre 1866 und später. Auch nach der Luxemburger Frage 1867 hatte Benedetti im Auftrage seines Ministers und Kaisers diese Zumutungen fortgesetzt. Die Schriftstücke vom 5. bezw. 20. August 1866 (s. o. Bd. III S. 396 f. und S. 413), beide in der Handschrift des französischen Botschafters und auf dem amtlichen Papier dieser Behörde geschrieben, veröffentlichte Bismarck jetzt, am 25. Juli 1870, in den „Times", versandte sie aber auch in photographischer Wiedergabe an alle Kabinette und stellte den in Berlin beglaubigten diplomatischen Vertretern der Empfänger die Einsicht der Urschriften in Berlin zur Verfügung. Diese Enthüllungen, die überall den tiefsten Eindruck machten, wurden erläutert in einem begleitenden Rundschreiben Bismarcks vom 29. Juli, in welchem es hieß: „Die Be-

strebungen der französischen Regierung, ihre begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheingrenze mit preußischem Beistande durchzuführen, sind schon vor 1862, also vor meiner Übernahme des Auswärtigen Amtes, an mich herangetreten. Von der Zeit an hat Frankreich nicht aufgehört, uns durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen. Die Unmöglichkeit, auf irgend welche Anerbietungen der Art einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft; wohl aber hielt ich es im Interesse des Friedens für nützlich, den französischen Staatsmännern die ihnen eigentümlichen Illusionen so lange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgendwelche, auch nur mündliche Zusage zu machen, möglich sein würde." Durch die scheinbare Unvermeidlichkeit des Krieges habe er sich nicht abhalten lassen, über diese Zumutungen zu schweigen und „dilatorisch zu verhandeln". Denn „so sicher durchschaut niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Übel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß." Lord Loftus, der englische Botschafter in Berlin, habe sich von der Echtheit des in den Times veröffentlichten Entwurfs am 27. Juli durch Einsichtnahme der Urschrift persönlich überzeugt.

Die laute Entrüstung der ganzen gesitteten Welt über diese französische Treulosigkeit suchte Graf Benedetti in einer Denkschrift an Gramont vom 30. Juli zunächst dadurch zu entkräften, daß er das Märchen erfand, er habe den Vertragsentwurf vom Jahre 1866 „gleichsam unter dem Diktat des Herrn v. Bismarck aufgezeichnet", und dieser sei der Urheber jenes ruchlosen Anschlages gegen Belgien, den der Kaiser sofort zurückgewiesen habe. Darauf besaß Gramont den Mut, am 3. August ein Rundschreiben zu erlassen, in welchem er dieses Märchen Benedettis als lautere Wahrheit in Europa kolportierte und wörtlich sagte: „Diese Idee gehört dem Herrn v. Bismarck an; sie war eines jener Hilfsmittel der Politik ohne Scrupel, welche, wie wir hoffen, ihrem Ende nahe ist." Die armen Lügner, die sich mit solchen Mitteln für einen Tag lang noch das gläubige Zutrauen der Kulturwelt zu erkaufen suchten! Sie forderten damit

lediglich eine weitere, sie und den Kaiser völlig vernichtende Enthüllung Bismarcks heraus. In einem Rundschreiben vom 10. August 1870 ließ der eiserne Kanzler den Begleitbrief vom 5. August 1866 mitteilen, in welchem Benedetti bekannte, jenen Vertragsentwurf vom Kaiser aus Vichy erhalten zu haben! (s. o. Bd. III S. 387). Auch dieser Brief wurde in photographischer Nachbildung beigefügt und dazu bemerkt: Benedetti habe die in dem Vertragsentwurfe des Kaisers enthaltenen Forderungen durch die Drohung des Krieges für den Fall der Ablehnung unterstützt. „Der gleichwohl meinerseits ausgesprochenen Ablehnung folgte das Verlangen nach Luxemburg und dem Mißlingen dieses Geschäftes der größere, Belgien umfassende Vorschlag, welcher in dem von der Times veröffentlichten Vertragsentwurfe des Grafen Benedetti formuliert ist."

Nun verstummte die französische Geschichtsentstellung in diesem Punkte etwa ein Jahr lang. Als aber Graf Benedetti in seinem Werke „Ma Mission en Prusse" 1871 die französischen Zumutungen vom 5., 7. und 20. August 1866 in eine einzige zusammenzuziehen und zu behaupten wagte, 1867 habe Frankreich keinen Anschlag auf Belgien mehr unternommen, belehrte ihn im Oktober 1871 Bismarck im „Staatsanzeiger", daß auch diese Behauptungen sich mit den gegenteiligen Beweisen in den preußischen Staatsarchiven nicht vereinigen ließen. „Graf Benedetti hat offenbar nicht gewußt, welche Teile der geheimen französischen Archive im Verlaufe des Krieges in die Hände der deutschen Truppen gefallen sind; sonst würde er in seinen Veröffentlichungen vorsichtiger gewesen sein. Bis wir von neuem genötigt werden, uns der Aufgabe zu unterziehen, die falschen Auffassungen über die deutsche Politik zu berichtigen, werden wir der Versuchung widerstehen, das reichhaltige und lehrreiche Material, welches zu unserer Verfügung steht, ausgiebiger zu benutzen."

An diesen starken moralischen Beweisen für Preußens friedfertige und ehrliche Politik, welche jene Enthüllungen vom Juli 1870 überzeugend lieferten, ließ Bismarck sich aber nicht genügen. Am 9. August verpflichtete er sich England gegenüber schriftlich, die Neutralität Belgiens so lange unverbrüchlich zu achten, als

Frankreich sie anerkennen werde. Frankreich mußte dann notgedrungen dasselbe thun. Etwa gleichzeitig vernahm die ganze Welt mit Bewegung, der Papst Pius IX. habe sich noch nach dem Ausbruche des Krieges in einem Schreiben an den König Wilhelm vom 22. Juli zum Vermittler des Friedens erboten, und darauf habe der König am 30. geantwortet: „Sehr erhabener Papst! Ich war nicht erstaunt, sondern tief bewegt, als Ich die von Ihrer Hand aufgezeichneten rührenden Worte las, um Mich die Stimme des Gottes des Friedens hören zu lassen. Wie könnte Mein Herz einen so mächtigen Ruf nicht hören! Gott ist Mein Zeuge, daß weder Ich noch Mein Volk den Krieg gewünscht oder hervorgerufen haben. Wenn Ew. Heiligkeit Mir von Seiten dessen, welcher den Krieg so unvermutet erklärt hat, die Versicherung aufrichtig friedlicher Gesinnungen und Bürgschaften gegen die Rückkehr eines ähnlichen Angriffes auf den Frieden und die Ruhe Europas geben könnten, so würde ich sicher Mich nicht weigern, sie aus den verehrungswürdigen Händen Ew. Heiligkeit zu empfangen, mit der Ich durch die Bande der christlichen Liebe und einer aufrichtigen Freundschaft verbunden bin." In Frankreich aber dachte natürlich niemand daran, „Versicherungen friedlicher Gesinnung und Bürgschaften" für die Zukunft zu geben, und so nahmen denn die Werke der Waffen ihren Lauf!

Der schon im Winter 1868/69 entworfene wundervolle Kriegsplan Moltkes war ein leuchtendes Zeugnis für die unvergleichliche Kunst dieses Schlachtenmeisters. Als nächstes Operationsziel war in dem Plane bezeichnet: „Die Hauptmacht des Gegners aufzusuchen, und wo man sie findet, anzugreifen." Als leitender Gedanke läßt sich, schon von den ersten Bewegungen an, das Bestreben erkennen, die feindliche Hauptmacht in nördlicher Richtung von ihren Verbindungen mit Paris abzudrängen. Die Denkschrift entwickelte dann vollständig den Plan zu den Operationen auf dem ersten Kriegstheater zwischen der Saar und Straßburg, wie derselbe im Sommer 1870 unverändert die Grundlage für die bei dem plötzlich entbrannten Kriege zunächst zu treffenden Anordnungen gebildet hat.

Am 25. Juli erließ König Wilhelm, zum Dank für die er-

hebenden Beweise der Hingebung und Opferfreudigkeit, aus allen Stämmen des deutschen Vaterlandes, aus allen Kreisen des deutschen Volkes, selbst jenseits des Meeres, eine öffentliche Ansprache, in der er sagte, daß es Ihm ein unabweisliches Bedürfnis sei, diesen Einklang des deutschen Geistes öffentlich zu bezeugen und dem Ausdruck Seines königlichen Dankes die Versicherung hinzuzufügen, daß Er dem deutschen Volke Treue um Treue entgegenbringe und unwandelbar halten werde. „Die Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, die einmütige Erhebung der deutschen Stämme und ihrer Fürsten hat alle Unterschiede und Gegensätze in sich beschlossen und versöhnt, und einig, wie kaum jemals zuvor, darf Deutschland in seiner Einmütigkeit, wie in seinem Recht, die Bürgschaft finden, daß der Krieg ihm den dauernden Frieden bringen und daß aus der blutigen Saat eine von Gott gesegnete Ernte deutscher Freiheit und Einigkeit sprießen werde." Wie die großen Helden unseres Volkes gesinnt waren, aus deren Herzen solche Worte hervorquollen, das schildert kurz und ergreifend der Herzog Ernst von Coburg, der beim Kriegsausbruch aus Südtirol sofort nach Berlin eilte: „So traf ich am 22. Juli den König, den Kronprinzen, Bismarck, Moltke, Roon, alle in einem großen ernsten Geiste einig und vereint, im Rechtsgefühl erstarkt, im Pflichtbewußtsein hoch, in begeisterter Entschlossenheit mit Hunderttausenden verbunden, das Leben einzusetzen für des Reiches Ehre." In tiefster heiligster Andacht traten am 27. Juli, an dem für Gesamtdeutschland angesetzten Bettag, die Deutschen vor ihren Gott, an ihrer Spitze der fromme König Wilhelm und seine Paladine. Am folgenden Tage stand der greise Oberfeldherr der Deutschen am Taufbecken seiner Enkelin, der jüngsten Tochter seines einzigen Sohnes, des Kronprinzen, der Prinzessin Sophie in Potsdam. Auch Bismarck war zugegen. Alle Teilnehmer erschienen schon im Feldanzug mit hohen Reitstiefeln und in voller Kriegsrüstung. Der König war zu ergriffen, um sein Enkelkind über die Taufe zu halten, die Königin hielt es an seiner Stelle. „Ernste Feier", schreibt der Kronprinz in sein Tagebuch, „wer von uns wird wiederkehren? Aber wir siegen."

Auf den 31. Juli nachmittags 6 Uhr hatte der König die Abreise von Berlin, zunächst nach Mainz, angesetzt. Graf Bismarck sollte ihn begleiten. Der Kanzler hatte einige Tage zuvor auf seinem Zimmer mit den Seinen das Abendmahl genommen. Jetzt, am 31. Juli, begab er sich nachmittags halb sechs Uhr, in Begleitung seiner Gemahlin und Tochter, von dem Palais an der Wilhelmstraße nach dem Bahnhof. Er trug den Stahlhelm auf dem Haupte, als er sich unterhalb der beiden Sphinxe der Treppenwangen von seinen treuen Mitarbeitern im Auswärtigen Amt verabschiedete und mit seinen Damen in den Wagen stieg. Tausendstimmiger Jubel begleitete ihn bis zum Bahnhof.

Am 2. August zeigte der König von Mainz aus in einem Armeebefehl an, daß er heute das Oberkommando über sämtliche deutschen Heere übernommen habe: „Ich ziehe getrost in einen Kampf, den unsere Väter in gleicher Lage einst ruhmvoll bestanden. Mit Mir blickt das ganze Vaterland vertrauensvoll auf Euch. Gott der Herr wird mit unserer gerechten Sache sein." Am folgenden Tage erließ der Hochsinn des Königs eine umfassende Amnestie, namentlich für politische Vergehen. Und wieder einen Tag später, am 4. August, traf schon die Siegesnachricht vom ersten ruhmvollen Kampfe der deutschen Heere bei Weißenburg ein. In Leipzig befeuerte sie die Banketreden, die eben zur Feier der Eröffnung des Bundesoberhandelsgerichtes gehalten wurden. Mit keineswegs unbedingtem Vertrauen auf die seiner Führung anvertrauten süddeutschen Truppen war der Kronprinz von Preußen ins Feld gezogen. Am Tauftage seiner jüngsten Tochter, der Prinzessin Sophie, hatte er in sein Tagebuch geschrieben: „Große Unternehmungen werde ich schwerlich ausführen können." Am 29. Juli trug der Oberbefehlshaber der III. Armee in Karlsruhe die sonderbaren Worte in sein Tagebuch ein: „Unser Hauptgedanke ist, wie man nach erkämpftem Frieden den freisinnigen Ausbau Deutschlands weiterführe!" Am 30. Juli nimmt er in Speier sein Hauptquartier und schreibt in sein Tagebuch: „Bayerisches Bivouak, tüchtige Soldaten, etwas schwerfällig, aber man muß das preußische Auge ablegen." Am 2. August

folgt die Tagebuchsnotiz: „Befehl, meine Armee zusammenzuziehen, die Bayern sind ziemlich fertig.“ Am 4. August aber erstritt er schon mit diesen nur „ziemlich fertigen“ bayerischen Truppen, und ohne „das preußische Auge ablegen“ zu müssen, da sie in treulich brüderlichem Ringen Schulter an Schulter mit dem preußischen fünften Korps ihre Schuldigkeit thaten, den ruhmvollen Sieg von Weißenburg.

Dieselbe beglückende Erfahrung erneute er am 6. August bei Wörth, in der Schlacht, die der sogenannten „Rheinarmee“ Mac Mahons den Garaus machte und sie kampfunfähig bis Châlons zurückwarf. Auch hier thaten gleichmäßig die Preußen und Süddeutschen (Bayern, Württemberger, Badener) ihre volle Schuldigkeit, und die Klage des Tauftages: „Große Unternehmungen werde ich schwerlich ausführen können“ war nach den Leistungen dieses Heeres glücklicherweise als grundlos dargethan. Statt sich aber dieses Wandels der eingebildeten Wirklichkeit zu freuen, klagte der Kronprinz am Abend dieses ruhmvollen Tages tiefergriffen zu Gustav Freytag über sein Schicksal: „Aus einem Krieg in den andern, von einem Schlachtfeld über das andere geführt zu werden“ — natürlich durch Bismarck!? — „und durch Menschenblut zu waten, ehe er den Thron seiner Väter besteige. Das ist ein hartes Loos.“*) Was ein „hartes Loos“ sei, hat der herrliche Dulder am Ende seiner Tage mit Wehmut erfahren und dann in stolzer Freude an den Tag von Wörth zurückgedacht.

Am 6. August hatten die Deutschen aber auch bei Spicheren ruhm- und siegreich gegen die in fast uneinnehmbarer Hochstellung verschanzten Franzosen gestritten. Die „Rheinarmee“ war nach diesen drei Kampftagen weit von Metz nach Westen abgedrängt, das Korps, welches die Saar bedroht hatte, gegen Metz geworfen. In den nächsten Tagen schon ward die Besatzung der lothringischen Festung selbst von den deutschen Heeren angegriffen, umschlossen.

Ehe der König die französische Grenze überschritt, erließ er am 11. August aus Saarbrücken eine „Proklamation an das französische Volk“, in der es hieß: „Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs.

*) Freytag, Der Kronprinz und die Kaiserkrone, S. 16.

Diese werden demnach fortfahren, einer vollkommenen Sicherheit ihrer Person und ihres Eigentums zu genießen, und zwar so lange, als sie mich nicht selbst durch feindliche Unternehmungen gegen die deutschen Truppen des Rechts berauben werden, ihnen meinen Schutz angedeihen zu lassen." Auf das klarste war hier die Grenze dieses auch den „Bürgern" des Feindeslandes verheißenen königlichen Schutzes gezogen: sie endete überall da, wo diese „Bürger" sich zu „feindlichen Unternehmungen gegen die deutschen Truppen" hinreißen ließen. Gleichwohl beschuldigte ganz Frankreich, unterstützt durch die vaterlandslosen Franzosenfreunde im Lager der deutschen Sozialdemokratie, sofort nach dem Sturze des Kaiserreiches am 4. September den ehrwürdigen königlichen deutschen Feldherrn des Wortbruches, weil derselbe die deutschen Heere nicht bei Sedan umkehren ließ. Denn nun versicherte plötzlich ganz Frankreich, „friedlicher Bürger" zu sein, während doch in Paris die „Regierung der nationalen Verteidigung" den „Krieg bis zum Äußersten" verkündete. Ja, noch mehr! Man deutete das deutsche Königswort so, als ob der edle französische „Bürger" auch in keiner Weise das Ungemach, die Leiden und Schrecken des von ihm mitverschuldeten Krieges am eigenen Leibe und an seinem Besten, dem Geldbeutel, verspüren dürfe. Ja, immer noch mehr! Das deutsche Königswort sollte auch den im Bauern- und Bürgerkleide einherstrolchelnden Meuchelmörderbanden der Franctireurs, den Sprengkolonnen, welche im Rücken der deutschen Heere Brücken, Schienen und Tunnels zerstörten, endlich dem unter Garibaldi zusammengelaufenen internationalen Revolutionsgesindel „den Schutz des Königs" sichern! Und dennoch war in der nämlichen Verkündung des Königs vor allen derartigen Ausschreitungen deutlich gewarnt durch die Worte: „Die Generale, welche die einzelnen Korps kommandieren, werden die Maßregeln festsetzen, welche gegen Gemeinden oder einzelne Personen, die sich in Widerspruch mit den Kriegsgebräuchen setzen, zu ergreifen sind, sie werden in gleicher Weise alles, was sich auf Requisitionen bezieht, festsetzen, welche durch die Bedürfnisse der Truppen als nötig erachtet werden."

Noch am gleichen Tage, da der König seine gewichtigen Worte an das französische Volk richtete — 11. August — überschritt das große Hauptquartier und mit ihm auch Bismarck und sein diplomatischer Stab die Grenze. Den Bundeskanzler begleiteten vom auswärtigen Amt die Wirklichen Geheimräte Abeken, v. Keudell und Graf Hatzfeld sowie Legationsrat Graf Bismarck-Bohlen, und außer mehreren Sekretären noch infolge besonderer Einladung des Bundeskanzlers Dr. Moritz Busch, dem wir das bekannte inhaltreiche Buch verdanken.*) Dieses mobile auswärtige Amt bildete auf dem Marsch und im Quartier gleichsam eine Familie, deren Glieder, wenn es die Verhältnisse irgend gestatteten, mit ihrem Haupt, dem Kanzler, zusammenquartiert und von ihm auch gewöhnlich zur Tafel gezogen wurden. In St. Avold, dem ersten Quartier auf französischem Boden machte Bismarck sofort Bekanntschaft mit jener französischen Unsitte, nach welcher der wohlhabende Teil der Bevölkerung beim Anmarsch der deutschen Barbaren verduftete. Sein Quartierwirt, ein ehemaliger Offizier namens Laity, war noch am 11. August ausgerissen und hatte bei seiner eiligen Flucht alle Schränke voll Wäsche zurückgelassen. „Wenn nach uns etwa ein Lazaret hierher kommt," sagte Bismarck am Abendtisch zu seinen Tischgenossen, „so wird man die schönen Hemden der Frau des Hauses zu Charpie und Binden zerschneiden und zwar von Rechtswegen. Dann aber wird's heißen, der Graf Bismarck hat sie mitgenommen." Ebenda sprach der Kanzler über den deutschen Aufmarsch und sagte, General Steinmetz habe sich dabei ungehorsam gezeigt — wie später auch das Kriegswerk des großen Generalstabs zu verstehen gab. „Er wird," schloß Bismarck, „mit seiner Eigenmächtigkeit trotz seiner Lorbeeren von Skalitz noch Schaden nehmen." Später, nachdem die Schlacht von Gravelotte geschlagen war, urteilte Bismarck noch schärfer: Steinmetz mißbraucht die wahrhaft ungeheure Bravour unserer Truppen — Blutverschwender!"

*) „Graf Bismarck und seine Leute während des Krieges mit Frankreich" (Leipzig 1878). Die persönlichen Erlebnisse und Gespräche Bismarcks während des Krieges geben wir großenteils nach diesem Buche.

Am 12. August machte Bismarck den Versuch, auf einem weiten Ritt seine Söhne zu erreichen, die noch ohne Charge als einjährige Gardedragoner in Reih und Glied standen. Doch erfuhr er, daß die deutsche Reiterei schon bis an die obere Mosel vorgeschwärmt sei. Am 13. August rückte das Hauptquartier weiter nach Faulquemont (Falkenberg), am 14. nach Herny, wo auch am 15. noch verweilt wurde. Bismarck benützte diesen Rasttag, um mit dem König das Schlachtfeld von Courcelles in Begleitung von Steinmetz zu besuchen, dessen Korps hier am 14. die außerhalb der Festung Metz stehenden Franzosen in diese hineingeworfen hatten. Man hatte den Kanonendonner in Herny deutlich gehört.

Als das große Hauptquartier am folgenden Tage, den 16. August, nachmittags in der Moselstadt Pont-à-Mousson eingetroffen war, ertönte abermals bis zum Einbruch der Nacht heftiger Kanonendonner von Metz her — es war der Donner einer der blutigsten Schlachten des ganzen Feldzuges, der Schlacht von Vionville-Mars-la-Tour. Am 17. fuhr Bismarck schon um vier Uhr morgens von Pont-à-Mousson weg, dem Schlachtfeld des vorangegangenen Tages zu, auch um das Schicksal seiner Söhne zu erkunden, die beide an dem weltgeschichtlichen Todesritt der deutschen Reiterei bei Vionville teilgenommen haben mußten. Der ältere Sohn, Graf Herbert, war, wie Bismarck bald erkundete, bei diesem heldenmütigen Angriff verwundet worden, während über das Schicksal des jüngeren, „Bill" (Wilhelm) noch nichts Gewisses verlautete. Den verwundeten Sohn fand der geängstigte Vater endlich in einem Gehöft von Mariaville auf einem Hügel jener Gegend, wo auch zahlreiche andere Verwundete lagen. Herbert hatte im Kampfgewühl drei Schüsse erhalten, einen durch das Bruststück des Rockes, einen auf die Uhr, und einen durch das Fleisch des Oberschenkels. Dieser letzte Schuß hatte ihn kampfunfähig gemacht, der erste ihn nur gestreift. Die Verpflegung aller dieser Verwundeten hatte, als Bismarck dort anlangte, ein Oberarzt übernommen, der aber kein Wasser heranzuschaffen wußte, und die Puten und Hühner, die auf dem Hofe umherwandelten, für seine Kranken „aus einer Art von Prüderie"

nicht anrühren lassen wollte. „Er sagte, er dürfe nicht", berichtete der Kanzler hierüber seiner Tafelrunde. „Vorstellungen in Güte, die ihm gemacht wurden, halfen nichts. Da drohte ich ihm erst, die Hühner mit dem Revolver totzuschießen; dann gab ich ihm 20 Frcs., dafür sollte er 15 Stück kaufen. Zuletzt besann ich mich, daß ich ja preußischer General war, und jetzt befahl ich ihm, worauf er gehorchte. Das Wasser aber mußte ich selber suchen und in Fässern heranschaffen lassen." Diese Scene bietet nicht bloß einen rührenden Beleg dafür, wie Bismarck für die verwundeten Soldaten sorgte, sondern auch eine köstliche Widerlegung der französischen Legende vom Plündern, Rauben und Sengen der deutschen Barbaren. Der Verfasser, der Ende August 1870 eine Mission des deutschen großen Generalstabs an das große Hauptquartier übernahm und nach deren Erledigung in Reims, auf Einladung seines „Reichstagskollegen" Moltke, monatelang beim großen Hauptquartier verweilte*), kann dieselbe Wahrnehmung hundertfach bestätigen. In den Wochen, da unsere Truppen auf den großen und anstrengenden Märschen gegen Paris Mangel litten, erfreuten sich selbst die zahlreichen Kaninchen ihrer Quartierwirte meist vollkommener Sicherheit.

Bismarcks zweiter Sohn war in der Schlacht von Mars-la-Tour in der That unverletzt geblieben. Erst einen Monat später, am 17. September, als „Bill" einige Meilen von Meaux bei seinem Regimente stand, konnte der Vater aus dem Munde des Sohnes Genaueres über dessen Anteil an dem Todesritt hören. Darnach war Bill bei dem Angriff der deutschen Reiter auf die französischen Infanteriemassen etwa fünfzig Schritt vor dem feindlichen Quarré mit seinem Pferde über einen plötzlich vor ihm niedergesunkenen toten oder verwundeten Gaul gestürzt. „Er rappelte sich nach einigen Augenblicken wieder auf und führte seinen Braunen im Kugelregen zurück, da er nicht aufsteigen konnte. Dann fand er einen verwundeten Dragoner, setzte ihn auf sein Pferd, und gelangte, indem er sich mit dem Roß gegen das Feuer von der einen Seite deckte, zu seinen Leuten zurück. Das Pferd fiel tot nieder, nachdem Deck-

*) Näheres bei Blum, Auf dem Wege z. deutsch. Einheit, II, S. 175—358.

ung erreicht war.“ Mit gerechtem Stolz durfte übrigens Bismarck am 28. August seiner Tafelrunde sagen, daß die niedrige Charge seiner Söhne nach nahezu einjähriger Dienstzeit und tadelloser Führung aufs Beste beweise, „wie wenig Nepotismus bei uns herrscht.“

Am 18. August fuhr der Bundeskanzler mit dem Könige schon früh 3 Uhr von Pont-à-Mousson weg. Heute sollte ja die entscheidende Hauptschlacht vor Metz geschlagen werden. An diesem Tag geriet Bismarck wieder wie bei Königgrätz gleich dem Könige in ernste Lebensgefahr. Letzterer hatte sich mit seiner Begleitung gegen Abend in der Richtung von Gravelotte zu weit vorbegeben. Bismarck hatte zum Unglück gerade seine Pferde zu Wasser geschickt und stand in der Abenddämmerung bei einer feuernden deutschen Batterie, als die Franzosen, deren Geschütze man demontiert glaubte, plötzlich ein ganz fürchterliches Feuer mit Granaten, Shrapnels und Vollkugeln abgaben. Roon ritt nun mit dem König zurück, und der unberittene Kanzler war alsbald von dem königlichen Gefolge „abgeklemmt“. Wenn die französische Infanterie jetzt einen Vorstoß machte, so blieb ihm, um der Kriegsgefangenschaft zu entgehen, nur ein Sitz auf dem nächsten Protzkasten zu eiliger Flucht. Aber diesen Vorstoß konnte die zum Tode getroffene feindliche Macht nicht mehr leisten. Endlich kamen auch die Pferde wieder, und nun ritt Bismarck durch das Granatfeuer wieder zum König. „Aber wir waren aus dem Regen in die Traufe geraten,“ erzählt er selbst. „An der Stelle, wo wir hinritten, schlugen gerade die Granaten ein, die vorher über uns weggeflogen waren. Am anderen Morgen sahen wir die Schweinskuhlen, die sie gewühlt hatten. So mußte denn der König noch weiter zurück, was ich ihm sagte, nachdem die Offiziere mir das vorgestellt hatten.“

König Wilhelm war am Ende von dem Dorfe Rezonville vom Pferde gestiegen, und es war Nacht geworden. Da ist denn, während der Monarch auf einer Leiter saß, deren eines Ende auf einem toten Pferde auflag, von Bismarck, auf des Königs Diktat, jenes weltgeschichtliche Telegramm niedergeschrieben worden, das der Königin und der Welt die Kunde gab von einem der denkwürdigsten Waffensiege des Jahrhunderts. Aber die hohen Helden, die hier kämpften

und siegten, waren auch nur Menschen. Der ruhmreiche König mußte gestehen, daß er Hunger leide und gern etwas essen möchte. Doch nur Wein und schlechter Rum von einem Marketender nebst trockenem Brot war zur Stelle. Endlich trieb man im Dorfe Rézonville ein paar Kotelettes für ihn auf, aber nichts für seine Umgebung. Bismarck hatte den ganzen Tag nur etwas Soldatenbrot und Speck gehabt. Als endlich ein paar Eier kamen, zerschlug er sie an seinem Degenknopf und schlürfte sie roh. Da in Rézonville alle Häuser mit Verwundeten angefüllt waren, erlangte der Kanzler erst nach langem Suchen eine Unterkunft in einem Oberstübchen, dessen drei Strohmatratzen er mit seinem Vetter Bismarck-Bohlen und dem Tags zuvor im Hauptquartier eingetroffenen amerikanischen General Sheridan teilte. Der letztere murmelte während des Schlafes, in hingebender Bismarck-Verehrung wiederholt: „O dear count.“ Am Morgen des 19. erhielt Bismarck seit 36 Stunden durch General Göben den ersten „warmen Löffel“, allerdings „nur eine Erbswurstsuppe, sie schmeckte aber ganz vortrefflich.“ Erst am späten Abend des 19. kehrten der König und der Kanzler nach Pont-à-Mousson zurück, von wo sie am frühen Morgen des 18. ausgeritten waren.

Am 20. August vormittags elf Uhr erhielt Bismarck in Pont-à-Mousson den Besuch des von Nancy herübergekommenen Kronprinzen, der in längerem Gespräche dem Bundeskanzler gegenüber zum ersten Male die „Kaiseridee“ anregte. Neun Tage früher, als er auf dem Kamme der Vogesen in dem Gebirgsörtchen Petersdorf sein Quartier gehabt, hatte der Kronprinz schon Gustav Freytag mit dieser Idee überrascht, die er zugleich einigermaßen theatralisch inscenierte.*) Denn, indem er „gehoben auf dem Dorfanger von Petersdorf dahinschritt, hatte er seinen Generalsmantel so umgelegt, daß er wie ein Königsmantel seine hohe Gestalt umfloß, und um den Hals die goldene Kette der Hohenzollern geschlungen, die er doch sonst in der Nähe des Lagers nicht zu tragen pflegte. Er war erfüllt von dem fürstlichen Stolz, der das Höchste für sich begehrte, und höchste irdische Stellung war für ihn die unter der

*) Freytag, Der Kronprinz und die Kaiserkrone, S. 20—27.

Kaiserkrone. So tief war diese Forderung in seinem Wesen begründet und so eng verbunden mit seiner Auffassung von fürstlicher Hoheit, daß alles weitere Einreden" — an dem Freytag es nicht hatte fehlen lassen — „nichtig sein mußte." Schon der Kaisertitel hatte Freytags Bedenken erregt, noch mehr thaten dies die staatsrechtlichen Ansprüche, die der Kronprinz an diese Würde knüpfte. Denn dieser dachte sich den Kaiser als den Gebieter des zum Einheitsstaat umgestalteten Deutschen Reiches, die Reichsregierung durch verantwortliche Reichsminister unmittelbar ausübend. Den bisherigen souveränen Bundesfürsten aber wollte er nur Sitz und Stimme im künftigen deutschen „Oberhaus" neben den Grafen und Herren anweisen. Als Freytag diesem Anspruch ehrfurchtsvoll entgegenhielt, daß die süddeutschen Könige sich wohl schwerlich mit einer derartigen Stellung begnügen würden, da entgegnete der Kronprinz, der ihre Truppen gegen den Feind führte: „Die Macht sei da, die Widerstrebenden zu zwingen!" Ähnliche Äußerungen finden sich auch in des Kronprinzen 1888 von Geffcken veröffentlichtem Kriegstagebuch.

Bismarck ist schon bei der ersten Offenbarung dieser „Ideen" am 20. August ihrer gewaltsamen und bundeswidrigen Verwirklichung aufs Schärfste entgegengetreten. Denn wenn er schon in den Jahren 1867 bis 1870 jeder Überbrückung der Mainlinie durch irgendwelchen Druck oder Zwang auf die süddeutschen Staaten unbedingt widerstrebte, so war ihm vollends undenkbar, daß sein König den süddeutschen Mitfürsten, die ihm und Deutschland das Waffenbündnis treu gehalten und die das Blut ihrer Landeskinder in Strömen hatten fließen lassen, die redliche Bundestreue mit rechtloser Gewaltthat sollte vergelten können! Als im September 1888 diese Gewaltpläne des Kronprinzen aus dessen Tagebuch der Öffentlichkeit enthüllt wurden, da ließ Bismarck in der Nordd. Allg. Ztg. am 15. Oktober schreiben: „Das Deutsche Reich, welches in der freiwilligen Mitwirkung aller Stämme und Dynastien die feste Basis der Einheit fand, wäre schon durch den Verdacht gewaltthätigen Druckes gegen Bundesgenossen unmöglich geworden, und der latente Bürgerkrieg, das Welfentum, übertragen auf 10 Mil-

lionen süddeutscher Landsleute, würde das Ergebnis einer unehrlichen Gewaltthat gewesen sein. Aus ihr hätte eine nationale Entwickelung des Kaisertums niemals hervorgehen können, selbst wenn die Gewaltthat gelungen wäre." Zu diesen für sich allein schon vollkommen durchschlagenden Bedenken kamen aber noch die sehr gewichtigen Rücksichten auf die neutralen Mächte. Ihre Einmischung in den deutsch-französischen Streit wäre bei so revolutionärem Vorgehen Preußens gegen die nord- und süddeutschen Bundesgenossen höchst wahrscheinlich, ja fast unvermeidlich gewesen, da vor allem Rußland, wie wir sahen, bei den Verhandlungen in Ems anfangs Juni 1870 seine wohlwollende Neutralität von Preußens vertragstreuer Haltung gegen Süddeutschland abhängig gemacht hatte. Rußland aber hielt wieder Österreich und England in Schach, deren Regierungen wir alsbald mit wenig wohlwollenden Einmischungsversuchen hervortreten sehen werden, obwohl ihnen Bismarcks vertragstreue Haltung zu den süddeutschen Bundesgenossen auch nicht einen Schatten von Vorwand dazu lieferte.

Nach einer zweiten Unterredung mit dem Kronprinzen in Donchéry am 3. September hielt Bismarck, wie er in seinem amtlichen Bericht über des Kronprinzen Tagebuch vom 23. September 1888*) selbst sagt, den Kronprinzen überzeugt, daß nur „das Erreichbare" für die Würde und Rechte des Kaisers angestrebt werden dürfe. „Ebenso war die Oberhausidee in Donchéry am 3. September zwischen uns abgethan und Se. Königl. Hoheit überzeugt, daß die deutschen Könige und Fürsten für eine Annäherung ihrer Stellung an die der preußischen Herrenkurie nicht zu gewinnen sein würden." Aber wenn der Kronprinz von da an auch nicht mehr offen mit seinen Ideen Bismarck gegenübertrat, so beweist sein Tagebuch und Verhalten doch, daß er weit entfernt davon war, sie aufzugeben. Denn nur die inzwischen verlautbarten Gedanken des Kronprinzen konnte der bayerische Minister v. Bray meinen, als er am 24. Oktober dem Grafen Bismarck in Versailles klagte: ein

*) Abgedruckt auf Befehl Kaiser Wilhelms II. im Staatsanzeiger vom 27. September 1888.

Oberhaus, in dem die Könige mit Grafen und Herren auf einer Bank sitzen sollten, sei unmöglich, über diese Frage allein schon würden der Kaiser und die Einigung ins Stocken geraten.

Diese Angelegenheit mußte hier im Zusammenhang dargestellt werden, um zu zeigen, mit welchen Schwierigkeiten Bismarck bei seiner redlichen und maßvollen nationalen Politik schon zu kämpfen hatte, als die kriegerische Aktion gegen Frankreich noch das alleinige Interesse des Königs, der Heerführer, Staatsmänner und des ganzen Volkes in Anspruch nahm. —

An eben jenem 20. August, da Bismarck sein erstes Gespräch über die Kaiseridee mit dem Kronprinzen hatte, richtete er, auf die Bitte des Vorstandes der Kasseler Industrieausstellung um Überlassung einer eroberten französischen Mitrailleuse, das Telegramm nach Kassel: „Mitrailleuse wird aus Berlin geschickt werden.“ Am nämlichen Tage ließ er an die deutschen Vertreter in London, Brüssel und Luxemburg die telegraphische Aufforderung ergehen, an die dortigen Regierungen die Anfrage zu richten, ob sie die Beförderung der Verwundeten von Saarlouis über Luxemburg nach Aachen mit den Grundsätzen der Neutralität vereinbar hielten.

Am 21. August wurde Bismarck von einem glücklicherweise nur leichten Dyssenterieanfall heimgesucht, wogegen er die Freude hatte, seinen verwundeten Sohn Herbert bei sich in Pont-à-Mousson eintreffen zu sehen. Der Vater ließ ihm in seinem eigenen Zimmer ein Lager auf dem Boden bereiten und blieb bis zum 23. morgens mit dem Sohne vereint. Als dann das Hauptquartier des Königs den Marsch nach Westen bis Commercy fortsetzte, war Bismarck von seinem Unwohlsein wieder völlig hergestellt. Er konnte aus dem Wagen steigen. Eine Viertelstunde lang ging er in seinen großen Aufschlagstiefeln an Moltkes Seite zu Fuß auf der Landstraße einher — der größte Kriegsmeister an der Seite des größten Staatsmannes auf dem Marsch gegen Paris. In Commercy spielte die Militärmusik vor dem Hause des Königs, der schon in den Freiheitskriegen in dieser Stadt Quartier genommen hatte, und die Straßenjugend hielt dabei den Musikern vergnügt die Notenblätter. Am Abend bei Tische sagte Bismarck: „Ich

hoffe jetzt, daß ich von meinen Jungen wenigstens den einen behalte — ich meine Herbert, der jetzt auf der Reise nach Deutschland sein wird. Er hat sich übrigens im Felde ganz gut gewöhnt. Als er verwundet bei uns in Pont-à-Mousson lag und gemeine Dragoner ihn besuchten, verkehrte er mit ihnen freundlicher wie mit Offizieren." Am 24. wurde die Fahrt bis Bar-le-Duc fortgesetzt. Unterwegs machte Bismarck dem Kronprinzen in Ligny einen Besuch und wurde zum Frühstück eingeladen. „Auch der Augustenburger war da," erzählte Bismarck am Abend seiner Tafelrunde, „er trug bayerische Uniform, so daß ich ihn erst gar nicht erkannte, und machte, als er mich gewahr wurde, ein verlegenes Gesicht." In der Nacht fragte Bismarck die vor seiner Thür stehende Schildwache, wie es ihr ginge, und wie es mit dem Essen stünde. „Und da erfuhr ich," berichtete er andern Tags seinen Tafelgenossen, „daß der Mann seit 24 Stunden nichts gegessen hatte. Da ging ich hinein und suchte die Küche und schnitt ihm einen tüchtigen Knust Brot herunter und trug's ihm hinaus, was ihn sehr vergnügt zu stimmen schien." In Bar-le-Duc, der größten und reizvollsten Stadt, die das Hauptquartier bis dahin berührt hatte — der Franzose nennt sie nicht mit Unrecht Bar-la-Coquette —, blieb das Hauptquartier bis zum 26. August, „wie in Capua," sagte Bismarck scherzend.

Inzwischen war zur Gewißheit geworden, daß die Armee Mac Mahons von Chalons aus, statt nach Paris zu ziehen — im Norden der gegen Chalons herandringenden deutschen Heere — direkt nach Osten sich gewendet habe, um Bazaine in Metz zu entsetzen. Die bisher gegen Paris vorrückenden deutschen Heere hatten daher plötzlich den berühmten Rechtsabmarsch nach Norden und Nordosten angetreten, um Mac Mahon aufzuhalten und zu umfassen. Das große Hauptquartier folgte ihnen am 26. in dieser neuen Richtung und drang bis Clermont en Argonne vor. Unterwegs begegnete Bismarck einem Trupp gefangener Freischärler, die einen Ulanenoffizier tags zuvor meuchlings erschossen hatten. Er las ihnen sehr ernstlich die Leviten und schloß: „Ihr werdet alle gehangen werden, ihr seid Mörder." „Der Eine fing dann laut zu flennen an."

In Clermont quartierte sich Bismarck mit seinem Gefolge im Schulhaus ein, dessen Parterre zugleich auch das Bureau des Kriegsministeriums oder Generalstabes aufnahm. In den zwei Schulstuben schrieben da Fouriere und Soldaten auf den Schultischen und dem Katheder. An den Wänden hingen noch die Schultafeln mit Rechenexempeln und Sinnsprüchen, darunter einem, den ganz Frankreich in diesen Tagen sich ins Stammbuch schreiben konnte: „Lernet die Geduld und versteht der Vernunft nachzugeben.“ Das Schlafzimmer der Mitarbeiter Bismarcks lag im höheren Geschoß und mußte zugleich als Bureau des Auswärtigen Amtes, als Speisesaal und Theezimmer dienen. Der Kanzler selbst schlief auf einfacher Matratze am Fußboden, den Revolver neben sich, und arbeitete in der Ecke neben der Thür an einem Tischchen, auf dem kaum beide Ellbogen ruhen konnten. Von Sopha, Lehnsessel u. s. w. war gar keine Rede. Hier wurde bis zum 29. vormittags verweilt. Am 27. war Bismarck Gast an der königlichen Tafel. Während das Hauptquartier hier am Fuße des Argonnerwaldes verweilte, wurde in Paris am 28. das berüchtigte Dekret des neuen „Machthabers“ von Paris, des General Trochu, erlassen, welches alle Deutschen aus Frankreich auswies. Es war die gallische Antwort auf die edle Proklamation des Königs Wilhelm vom 11. August, daß er mit keinem friedlichen französischen Bürger Krieg führe!

Am 29. August erreichte das große Hauptquartier Grand-Pré im Argonnerwald. Wie in Bar-le-Duc machte Bismarck hier furchtlos im Abenddunkel einen einsamen Spaziergang durch die Gassen, auch wo sie menschenleer und sonst zu einem Attentat geeignet waren. Am 30. morgens 9 Uhr, da Nachricht einging, daß die Truppen Mac Mahons Heer gefaßt hätten und es zum Schlagen kommen werde, fuhr Bismarck über Busancy dem Kanonendonner entgegen. Er traf den König, umgeben von Fürstlichkeiten und Generälen, bereits am Platze. Die Schlacht von Beaumont hatte begonnen, die das große weltgeschichtliche Kesseltreiben von Sedan einleitete. Bismarck konnte nun bis zum sinkenden Abend im Stab des Königs deren immer deutlicher hervortretende siegreiche Wendung beobachten.

Mit Einbruch der Dunkelheit, als die Schlacht entschieden war, kehrte das Hauptquartier nach Busancy zurück. Bismarck war am anderen Morgen erkältet. Er habe, erzählte er, die Nacht Krampf im Beine bekommen, was ihm häufig begegne. Er hälfe sich dann damit, daß er aufstünde und mit bloßen Füßen eine Weile in der Stube auf und ab ginge, und dabei erkälte er sich. So auch diesmal. Am 31. August wurde zwischen 9 und 10 Uhr aufgebrochen. Während der Fahrt erzählte Bismarck dem auf seine Einladung ihn im Wagen begleitenden Busch, die Franzosen seien gestern „am hellen Morgen von einer Schleichpatrouille schwerer Artillerie im Lager überfallen" worden. „Wir werden's heute sehen: die Pferde liegen erschossen an den Piquetpfählen, viele Tote in Hemdsärmeln, ausgepackte Koffer, Schüsseln mit gekochten Kartoffeln, Kessel mit halbgarem Fleische und dergleichen mehr." In der That sahen sie alsbald die ersten grauenvollen Spuren dieses den Franzosen völlig unerwarteten Überfalles mit Granaten. Nahe an Beaumont stieg man zu Pferde und Bismarck schloß sich nun dem Könige an zur Besichtigung des Schlachtfeldes vom vorigen Tage. „Bei der Kirche bemerkte der König", erzählte Bismarck später, „einen Musketier, der verwundet war. Obwohl der Mann von der Arbeit des vorigen Tages ziemlich unsauber aussah, reichte er ihm die Hand — ohne Zweifel zur großen Verwunderung der dabei stehenden französischen Offiziere — und fragte, was er für einen Beruf habe? — Er wäre Doktor der Philosophie. — ‚Nun, dann werden Sie gelernt haben, Ihre Verwundung philosophisch zu ertragen,' sagte der König. — Ja, antwortete der Musketier, das habe er sich schon vorgenommen." Später holte Bismarcks Wagen in einem Dorfe marode Bayern ein, die sich in der Sonnenglut langsam fortschleppten. „Heda, Landsmann!" rief der Bundeskanzler dem einen zu. „Wollen Sie einmal Cognac trinke?" Natürlich wollte er, und ein Zweiter machte auch sehnsüchtige Augen, ein Dritter nicht minder, und so tranken sie und andere denn aus Bismarcks Feldflasche und dann aus der von Busch und erhielten männiglich noch eine „rechtschaffene Zigarre".

Die Nacht zum 1. September brachte das Hauptquartier in dem westlich vom Schlachtfeld gelegenen Vendresse zu.

Schon am Tage von Beaumont hatte Bismarck an den norddeutschen Gesandten in Brüssel telegraphiert, die belgische Regierung sei auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß französische Truppen die belgische Grenze überschreiten könnten, und für diesen Fall sei ihr die Erwartung einer sofortigen Entwaffnung der Franzosen auszusprechen. Aus jenen Tagen stammt wohl auch die Korrespondenz Bismarcks mit einem der Führer der demokratischen italienischen Aktionspartei, Cucchi, die letzterer im September 1889 in einem offenen Briefe bekannt machte. Bismarck versprach da, Deutschland werde die vollzogene Thatsache der Besetzung Roms durch Italien sofort anerkennen, das etwaige Dazwischentreten Österreichs zu Gunsten des Papstes zu verhindern und die Anerkennung Roms als Hauptstadt Italiens auf seiten der anderen Mächte zu erleichtern bestrebt sein.

Mit dem ersten Morgengrauen des 1. September begann nun die Riesenschlacht um Sedan, der Kampftag, von dem die deutsche Heeresleitung mit Zuversicht erwartete, daß er das Schicksal der Armee Mac Mahons besiegeln werde. Wie der König, brach auch Bismarck schon am zeitigen Morgen auf, um Zeuge der Entscheidungsschlacht zu sein. Busch begleitete den Kanzler auch heute. Von der Höhe von Fresnois überblickte der königliche Feldherr der Deutschen, umgeben von Fürsten, Generalen, Staatsmännern, unter ihnen natürlich auch Bismarck, die gewaltige Schlacht. In der Begeisterung der Stunde offenbarte Busch ziemlich laut einem älteren Hofbeamten seine Ansichten über den Stand der Schlacht. Da winkte ihn Bismarck zu sich heran und sagte: „Herr Doktor, wenn Sie strategische Ideen entwickeln, so wäre es gut, wenn das weniger vernehmlich geschähe; sonst fragt der König, wer das ist, und ich muß Sie ihm dann vorstellen.“ Dann wurde Busch für einige Stunden mit Entzifferung von Depeschen beschäftigt. Als er um 1 Uhr zur Höhe von Fresnois zurückkehrte, war Bismarck vom Pferd gestiegen, saß auf einem Stuhl und las im Toben der Schlacht ein dickes Aktenstück. Busch fragte ihn, ob er etwas zu essen und zu

trinken wünsche, wir wären damit versehen. Er lehnte ab mit den Worten: „Ich möchte wohl, aber der König hat auch nichts.“

Etwas vor Sonnenuntergang war das gewaltige Ringen zu Ende. Auf der Festung Sedan wurde die weiße Fahne aufgezogen. Um halb sieben Uhr abends erschien der General Reille als Parlamentär seines Kaisers, von dessen Anwesenheit in Sedan die Deutschen erst am Nachmittag Gewißheit erlangt hatten, mit dem bekannten Briefe Napoleons an König Wilhelm: „Mein Herr Bruder! Nachdem mir nicht vergönnt war, in der Mitte meiner Truppen zu sterben, bleibt mir nur noch übrig, meinen Degen in die Hände Eurer Majestät niederzulegen. Ich bin Eurer Majestät guter Bruder Napoleon.“ Der König reichte das Schreiben zunächst Bismarck und ersuchte diesen, die Antwort zu entwerfen. Bismarck las den Brief dem Kronprinzen, Roon und Moltke vor und diktierte dann dem Grafen Hatzfeldt die Antwort: „Mein Herr Bruder! Mit Bedauern über die Umstände, unter denen wir zusammentreffen, nehme ich den Degen Ew. Majestät an und bitte Sie, einen Ihrer Offiziere ernennen zu wollen, der bevollmächtigt wird, über die Ergebung der Armee zu unterhandeln, die sich unter Ihren Befehlen so tapfer geschlagen hat. Meinerseits habe ich den General v. Moltke dazu bestimmt. Ew. Majestät guter Bruder Wilhelm.“

Als Reille mit dieser Antwort fort war, umarmte der König den Kronprinzen und reichte dann Bismarck die Hand mit den Worten: „Dies weltgeschichtliche Ereignis, fürchte ich, bringt uns den Frieden noch nicht.“ Damit sprach er ganz Bismarcks eigene Ansicht aus. Dieser aber fuhr auf Befehl des Königs und nach der mit Moltke getroffenen Verabredung, alsbald in Begleitung des letzteren nach Donchéry hinab, um hier die französischen Unterhändler zu erwarten. Schon auf dem Wege nach Donchéry wurden Bismarck und Moltke darüber einig, daß man den Franzosen keine andere Bedingung gewähren könne, als die Niederlegung der Waffen und die Kriegsgefangenschaft des ganzen Heeres. Die Offiziere sollten zwar die Waffen behalten, aber gleichfalls Kriegsgefangene werden.

Etwa um zehn Uhr abends fanden sich die französischen Unter-

händler in Bismarcks Wohnzimmer in Donchéry ein: die Generale Wimpffen, Castelnau und Faure. Von den Deutschen erschienen alsbald Graf Bismarck, die Generale Moltke und Blumenthal und einige Offiziere, unter diesen der Rittmeister Graf Nostitz als Stenograph. Auf Wunsch Reilles eröffnete Moltke den Franzosen die mit Bismarck zuvor verabredeten Kapitulationsbedingungen, welche Wimpffen zunächst mit Rücksicht auf seine eigene unglückliche Lage zu mildern bat, da er erst heute, direkt aus Afrika gekommen, an Stelle des verwundeten Mac Mahon den Oberbefehl übernommen habe. Als Moltke jedoch unerschütterlich fest blieb, drohte Wimpffen mit einem erneuten Durchbruchsversuch, und nachdem ihm Moltke die Unmöglichkeit eines solchen dargethan, warnte Wimpffen vor so harten Bedingungen, weil dadurch das französische Selbstgefühl verletzt, „alle schlechten Triebe wieder aufgeweckt werden, welche der Fortschritt der Gesittung eingeschläfert hatte, und sie werden zwischen Frankreich und Deutschland endlosen Krieg entflammen."

Nun aber sprach Bismarck: „Ihre Schlußfolgerung, Herr General, ist in Wahrheit nur bestechend und hält keiner Prüfung stand! Im allgemeinen muß man auf Dank sehr wenig, auf die Dankbarkeit eines Volkes aber gar nicht rechnen. An die Dankbarkeit eines Souveräns, im Notfall an die seiner Familie kann man glauben, unter Umständen sogar mit aller Zuversicht darauf zählen, aber ich wiederhole, von der Dankbarkeit einer Nation muß man nichts erwarten. In Frankreich sind außerdem seit achtzig Jahren die Regierungen so wenig dauerhaft, so buntscheckig gewesen, sie haben so rasche und unberechenbare Wechsel durchgemacht, daß man in Ihrem Lande auf nichts bauen kann. Überdies wäre es ja sinnlos, sich einzubilden, Frankreich könnte uns jemals unsere Erfolge verzeihen. Sie sind ein reizbares, neidisches Volk, eifersüchtig und neidisch bis zum Übermaß. Seit 200 Jahren hat Frankreich dreißig Mal an Deutschland den Krieg erklärt: und dies Mal haben Sie ihn uns erklärt, wie immer aus Eifersucht, weil Sie uns unsern Sieg bei Sadowa nicht vergeben konnten, und doch hat Sadowa Ihnen nichts gekostet und konnte Ihren Ruhm

nicht schmälern. Aber es schien Ihnen, als wäre der Sieg ein Erbe, auf das außer Ihnen niemand ein Recht hätte; als wäre der Waffenruhm für Sie ein Monopol. Sie konnten nicht ertragen, daß an Ihrer Seite eine Nation entstand ebenso stark wie Sie. Sadowa haben Sie uns nicht verziehen, wo weder Ihre Interessen und Ihr Ruhm im Spiel waren. Und Sie sollten uns Ihren Zusammnbruch bei Sedan vergeben? Niemals! Heute ist es endlich genug! Frankreich muß gezüchtigt werden für seinen Dünkel und seine ewig friedhässige Angriffslust. Endlich wollen wir die Sicherheit unserer Kinder feststellen, und dazu brauchen wir ein Glacis zwischen Frankreich und uns; wir brauchen ein Land, Festungen und Grenzen, die uns für immer gegen jeden Überfall von seiner Seite sicher stellen."

Wimpffen entgegnete darauf, Frankreich habe sich seit 1815 sehr geändert und man dürfe die Gesinnung seiner Bewohner nicht nach den Artikeln einiger Zeitungsschreiber beurteilen. Da rief aber Bismarck unterbrechend: „Nein, Frankreich hat sich nicht geändert, es hat selbst den Krieg gewollt, und um diesem Ruhmeswahn im nationalen Interesse zu schmeicheln, hat Kaiser Napoleon uns herausgefordert. Wir wissen sehr wohl, daß der vernünftige und besonnene Teil der Nation nicht zum Kriege trieb. Aber der Teil Frankreichs, der zum Kriege trieb, ist eben derjenige, der die Regierungen macht und wieder stürzt. Bei Ihnen ist es das Gesindel und auch die Journalisten, und die wollen wir züchtigen, deshalb müssen wir nach Paris. Wir wollen den Frieden, einen dauerhaften Frieden und unter den Bedingungen, die ich Ihnen schon angegeben habe; zu diesem Zwecke müssen wir Frankreich unfähig machen, uns zu widerstehen."

Darauf erklärte Winpffen, er werde eine solche Kapitulation nicht unterzeichnen und die Schlacht von neuem beginnen. Nun eröffnete General Castelnau, er habe eine Botschaft des Kaisers auszurichten. „Wir hören, General", bemerkte Bismarck. Castelnau sagte darauf: der Kaiser habe persönlich seinen Degen dem Könige zugesandt und diesem sich ergeben, in der Hoffnung, daß

der König dies Opfer würdigen und der Armee eine ehrenvollere Kapitulation bewilligen werde. „Wessen Degen ist denn eigentlich der, welchen der Kaiser Napoleon übergeben hat?“ fragte da Bismarck mit durchdringendem Scharfsinn. „Ist es der Degen Frankreichs oder nur sein eigener Degen? Ist es der Degen Frankreichs, so könnten die Bedingungen sehr erheblich gemildert werden, und Ihre Botschaft wäre dann von ganz außerordentlicher Bedeutung.“ — „Es ist nur der Degen des Kaisers“, erwiderte Castelnau. Unmutig brachen jetzt die Deutschen die Unterhandlungen ab. Denn vor ihren Augen lag nun klar, daß der Kaiser mit dem Angebot seines Degens ein trügerisches Spiel gespielt hatte. Der König sollte meinen, er halte den Degen Frankreichs in der Hand, während Napoleon das ungeheure Gottesgericht von Sedan nur mit seiner jetzt macht- und bedeutungslosen Person bezahlen wollte! Gegen ein Uhr nachts trennte man sich. Moltke hatte den Franzosen mit kühler Ruhe angekündigt, daß früh 4 Uhr die deutschen Flammenschlünde das Bombardement auf die umschlossene Festung und Alles, was darin lebte, wieder eröffnen würden. Auf die Vorstellung der Franzosen, daß bis dahin kein Kriegsrat berufen und abgehalten werden könne, wurde die Frist bis 9 Uhr morgens am 2. September verlängert. So trennte man sich.

Schon beim Morgengrauen*), gegen 6 Uhr, rief Bismarcks Kammerdiener Engel vor dessen Thür: „Excellenz, Excellenz, s'ist ein französischer General da, unten vor der Thür; ich verstehe nicht, was er will.“ Darauf stand Bismarck rasch auf und eilte an's Fenster. Er gewahrte unten den General Reille und hörte von diesem, daß der Kaiser Napoleon den Kanzler zu sprechen wünsche und sich bereits auf dem Wege von Sedan hierher befinde. Reille kehrte sofort zurück, um dem Kaiser zu melden, daß Bismarck Reille

---

*) Das Folgende nach Busch, a. a. O. I, S. 125—126, Bismarcks amtlichem Bericht an den König, Hahn, II, 109—112 und Bismarcks Brief an die Gemahlin vom 3. September. Dieser letzter Brief war mit der ganzen deutschen Post vom 3. September durch Franctireurs abgefangen worden und wurde einige Jahre später vom Figaro in Paris facsimiliert veröffentlicht.

folge, und der Kanzler ritt, wie er der Gemahlin am 3. September von Vendresse schreibt, „ungewaschen und ungefrühstückt gegen Sedan.“ Er stieg, so erzählte Bismarck seiner Tafelrunde am Abend dieses Tages, „in alter Mütze und mit den großen Schmierstiefeln“, beschmutzt und staubig, wie er war, zu Pferde. Er fand den Kaiser schon drei Kilometer vor Donchéry, bei Fresnois, auf der Chaussee. Napoleon saß im offenen Wagen mit drei Offizieren, drei andere ritten zu Pferde an der Seite. Von den Begleitern des Kaisers waren Reille, Castelnau, Moscowa und Vaubert Bismarck bekannt. Er saß ab und grüßte Napoleon — wie er der Gemahlin schreibt — „ebenso höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen.“ Der Kaiser nahm die Mütze ab, die Offiziere gleichfalls, und Bismarck zog auch die seinige, „obwohl das gegen das Reglement ist.“ Napoleon sagte: „Couvrez vous donc“ und fügte hinzu, er wünsche den König zu sehen. Der Kanzler entgegnete: das sei unmöglich, da Seine Majestät drei Meilen weit entfernt, in Vendresse, sein Quartier habe. „Ich wollte aber nicht, daß Napoleon eher mit ihm zusammenkäme, als bis wir mit der Kapitulation mit ihm ins Reine wären. Dann fragte er, wo er bleiben könne, was darauf hindeutete, daß er nicht nach Sedan zurückkehren konnte, indem er dort Unannehmlichkeiten erfahren hatte oder befürchtete. Die Stadt war voll betrunkener Soldaten, die den Einwohnern sehr beschwerlich fielen. Ich bot ihm mein Quartier in Donchéry an, welches ich sogleich räumen lassen wolle. Er nahm es an und fuhr, von seinen sechs Franzosen, von mir und von Carl (Legationsrat Bismarck-Bohlen), der mir inzwischen nachgeritten war, geleitet, durch den einsamen Morgen nach unserer Seite zu. Vor dem Ort (Donchéry) wurde es ihm aber leid, wegen der möglichen Menschenmenge, und er hielt einige hundert Schritt vor der in die Stadt führenden Maasbrücke vor einem einsam gelegenen Arbeiterhause an und fragte mich, ob er nicht dort absteigen könne. Ich ließ das Haus durch Carl besichtigen, der meldete, es sei ärmlich und unrein. „N'importe“, meinte Napoleon, und ich stieg mit ihm eine gebrechliche enge Stiege hinauf. In einer Kam-

mer von 10 Fuß Gevierte, mit einem fichtenen Tisch und zwei Binsenstühlen, saßen wir eine Stunde, die anderen waren unten. Ein gewaltiger Kontrast mit unserm letzten Beisammensein 67 in den Tuilerien. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten. Er beklagte zuerst diesen unseligen Krieg, den er nicht gewollt habe. Er sei zu ihm durch den Druck der öffentlichen Meinung genötigt worden. Ich entgegnete, auch bei uns hätte niemand und am wenigsten der König den Krieg gewünscht. Wir hätten die spanische Sache eben als eine spanische angesehen und nicht als deutsche. Dann kam er auf die gegenwärtige Lage zu sprechen. Er wollte vor allen Dingen eine günstigere Kapitulation. Ich erklärte, auf Verhandlungen hierüber nicht eingehen zu können, da dies eine rein militärische Frage sei, bei der Moltke entscheiden müsse. Dagegen ließe sich über einen etwaigen Frieden sprechen. Er antwortete, er sei Gefangener und folglich nicht in der Lage, hier sich zu entscheiden, und als ich darauf fragte, durch wen seiner Ansicht nach die Staatsgewalt Frankreichs gegenwärtig vertreten werde, verwies er mich an die Pariser Regierung. Ich bemerkte ihm, daß sich dann die Dinge seit gestern nicht geändert hätten, und daß wir darum auf unseren alten Forderungen in betreff der Armee in Sedan bestehen müßten, um ein Pfand dafür zu haben, daß die Resultate der gestrigen Schlacht uns nicht verloren gingen. Moltke, der mittlerweile, von mir benachrichtigt, eingetroffen war, war derselben Meinung und begab sich zum Könige, um das zu sagen.

„Der Kaiser begab sich demnach ins Freie und lud mich ein, mich vor der Thür des Hauses neben ihn zu setzen. Er stellte mir die Frage, ob es nicht möglich sei, daß wir die in Sedan eingeschlossenen Korps über die belgische Grenze gehen und dort internieren und entwaffnen ließen. Ich ging unter Anführung der bereits oben angedeuteten Motive" — daß dies Sache der Militärs und Napoleon Gefangener ohne Regierungsgewalt sei — „auch auf die Besprechung dieser Modalität nicht ein. Inzwischen hatte

man nach einem besseren Unterkommen für ihn gesucht und die Offiziere des Generalstabes hatten gefunden, daß das Schlößchen Bellevue bei Fresnois, wo ich ihm zuerst begegnet war, zu seiner Aufnahme geeignet, auch noch nicht mit Verwundeten belegt sei. Ich sagte ihm das und riet ihm, dahin überzusiedeln, da es in dem Weberhause unbequem sei, und er vielleicht der Ruhe bedürfe. Wir würden den König benachrichtigen, daß er dort sei. Er ging darauf ein, und ich ritt nach Donchéry zurück, um mich umzukleiden." In blankem Stahlhelm und Waffenkleid nahte Bismarck hierauf wieder dem Kaiser. „Dann geleitete ich ihn mit einer Ehreneskorte, welche eine Schwadron des ersten Kürassierregiments stellte, nach Bellevue. Bei den Verhandlungen, die hier begannen, wollte der Kaiser den König haben — er dachte wohl an Weichheit und Gutmütigkeit —, doch wünschte er auch, daß ich teilnehme. Ich dagegen war entschlossen, daß die Militärs, die härter sein können, das allein abmachen sollten, und so sagte ich, als wir die Treppe hinaufgingen, zu einem Offizier leise, er möge mich nach fünf Minuten abrufen — der König wolle mich sprechen, was denn auch geschah. In betreff des Königs teilte man ihm mit, daß er diesen erst nach Abschluß der Kapitulation sehen könne. So wurde die Angelegenheit zwischen Moltke und Wimpffen geordnet, ungefähr wie wir es am Abend vorher gewollt hatten. Dann kamen die beiden Majestäten zusammen. Als der Kaiser danach wieder heraustrat, standen ihm die dicken Thränen in den Augen. Gegen mich war er ruhiger und durchaus würdig gewesen."

Den Brief an die Gattin schloß Bismarck, nach Aufzählung dieser Thatsachen und der Ergebnisse der Kapitulation, mit den Worten: „Es ist ein weltgeschichtliches Ereignis, ein Sieg, für den wir Gott dem Herrn in Demut danken wollen, und der den Krieg entscheidet, wenn wir auch letzteren gegen das kaiserlose Frankreich fortführen müssen. Heut früh ging der Kaiser mit all seinen Hofleuten, Pferden und Wagen nach Wilhelmshöhe bei Kassel ab. Ich muß schließen. Mit herzlicher Freude ersah ich heut aus Deinen und Marias Briefen Herberts Eintreffen bei Euch. Bill sprach ich

gestern, wie schon telegraphiert, und umarmte ihn angesichts Sr. Majestät vom Pferde herunter, während er stramm im Gliede stand. Er ist sehr gesund und vergnügt. Leb wohl, mein Herz. Grüße die Kinder. Dein v. B." Über seine Begegnung mit dem zweiten Sohne „Bill" während der Schlacht von Sedan erzählte Bismarck seiner Tafelrunde noch: „Ich entdeckte an ihm eine neue rühmliche Eigenschaft: er besitzt ausnehmende Geschicklichkeit im Schweinetreiben. Er hatte sich das fetteste ausgesucht, da die am langsamsten gehen und nicht leicht entwischen. Zuletzt trug er's fort auf dem Arme wie ein Kind. Es wird den gefangenen französischen Offizieren komisch vorgekommen sein, einen preußischen General einen gemeinen Dragoner umarmen zu sehen."

Am Tage nach der Kapitulation von Sedan wurde Graf Herbert Bismarck zum Offizier ernannt. Der König aber, der an diesem großen Ruhmestage seinen Gästen — unter ihnen auch Bismarck — zum ersten Mal in diesem Kriege Champagner vorsetzen ließ — er war für den Kaiser Napoleon bestimmt gewesen und als Kriegsbeute weggenommen — feierte bei der Tafel das Heer und seine Paladine in den denkwürdigen Worten: „Wir müssen heut aus Dankbarkeit auf das Wohl Meiner braven Armee trinken. Sie, Kriegsminister v. Roon, haben unser Schwert geschärft; Sie General v. Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf v. Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Höhepunkt gebracht. Lassen Sie uns also auf das Wohl der Armee, der drei von Mir Genannten und jedes Einzelnen unter den Anwesenden trinken, der nach seinen Kräften zu den bisherigen Erfolgen beigetragen hat."

In so schlichten Worten sprachen unsere hohen Helden von dem ruhmvollsten Siege, dessen Jahrestag das deutsche Volk seither als Nationalfesttag feiert. Und mit Recht! Als unsere siegreichen Krieger in der überwundenen Festung Sedan einzogen, da fanden sie über dem Thore eine kaum mehr erkennbare Inschrift: „Içi nâquit Turenne" — hier wurde Turenne geboren. Sie erinnerte an den bedeutendsten und menschenfreundlichsten Feldherrn Ludwigs XIV.

Aber doch gerade unter ihm war die Rheinpfalz barbarisch verwüstet worden, das herrliche Schloß zu Heidelberg in Trümmer gesunken — unter ihm hatten die Schweizerregimenter zu Speier die ehrwürdigen Gebeine deutscher Kaiser als Kegel aufgestellt und mit den Kaiserschädeln danach geschoben. An so alte große, unverjährbare Schuld des überwundenen Landes und Volkes gemahnte Sedan! Den Finger des allmächtigen Gottes sah der fromme König und mit ihm das ganze deutsche Volk in der wunderbaren Fügung, daß hier der Kaiser Napoleon als Kriegsgefangener abgeführt wurde, der Neffe jenes korsischen Welteroberers, der Deutschland in die tiefste Schmach gestoßen und erbarmungslos ausgesogen und niedergetreten hatte. Und nicht minder wunderbar war die Fügung, daß diesen entscheidendsten Sieg des ganzen Feldzuges die Krieger aller deutschen Stämme gemeinsam erstritten hatten, jeder mit dem andern wetteifernd in todesmutiger Hingebung. Da schien über dem Eingang zur überwundenen Veste eine andere Schrift zu leuchten in unvergänglichen goldenen Lettern, von Geisterhand geschrieben: „Hier ward das Deutsche Reich geboren!“ Das war der Ruf der Sieger von Sedan, das war der Trost an den offenen Gräbern, der Trost der edlen Dulder in den Lazareten, des ganzen Volkes, der gesamten nationalen Presse daheim. Und der Mann, dessen weise und mutige Staatskunst, nach des Königs eigenem Zeugnis, Deutschland zu diesem herrlichen Siege geführt hatte, Graf Bismarck, hatte sich auch in dieser heiligsten Herzensangelegenheit unseres Volkes wieder als der treue Dolmetsch und Vorkämpfer der Deutschen erwiesen. Denn schon am Abend des 1. September hörten wir ihn dem General Wimpffen erklären, daß Deutschland das Schwert nicht ablegen könne, bis es von Frankreich Grenzen erhalten habe, die dem deutschen Volke den Frieden dauernd sichern würden. Früher wurde auch berichtet, daß Bismarck schon am 3. September mit dem Kronprinzen eingehend über die künftige Einheit Deutschlands verhandelte.

Aber auch in Frankreich konnte natürlich die Bedeutung des Sieges, den die Deutschen bei Sedan erkämpft hatten, nicht lange verborgen bleiben. Als Gefangener war der Kaiser Napoleon am

3. September von Fresnois abgeführt worden. Ehe er in Kassel anlangte, war er und seine Dynastie auch entthront, die Kaiserin mit dem Prinzen auf der Flucht nach England begriffen, die Republik ausgerufen und die neue provisorische „Regierung der nationalen Verteidigung" eingesetzt, unter dem Vorsitz des Generals Trochu, während die oppositionellen und radikalen Abgeordneten von Paris, Emanuel Arago, Cremieux, Jules Favre, Jules Ferry, Gambetta, Garnier-Pagès, Glais-Bizoin, Pelletan, Picard, Rochefort und Jules Simon ihr als Mitglieder angehörten. Alles das vollzog sich schon am 4. September. Gleich die ersten Handlungen dieser neuen Regierung zeigten aber bereits, wie richtig Bismarck das französische Volk beurteilt hatte, als er am Abend des 1. September dem General Wimpffen sagte: Nun müßten die deutschen Heere nach Paris marschieren, um Paris und Frankreich zu züchtigen, denn eher gönne man dort den Deutschen keinen haltbaren Frieden, — und als er am 3. an die Gattin schrieb: „Wir müssen den Krieg auch gegen das kaiserlose Frankreich fortführen." Denn schon in der ersten Proklamation der neuen Pariser Gewalthaber vom 4. September hieß es: „Die Republik hat die Invasion im Jahre 1792 besiegt; die Republik ist proklamiert. Morgen werdet Ihr mit der Armee die Rächer des Vaterlandes sein." Am 6. September folgte eine Proklamation an die Armee: „Heute wie vor achtzig Jahren bedeutet der Name Republik innige Eintracht von Armee und Volk für Verteidigung des Vaterlandes." Am nämlichen Tage erklärte Gambetta in einem Rundschreiben an die Präfekten: „Verteidigung des Landes vor Allem! Mit einem Worte, denken Sie nur an den Krieg und an die Maßregeln, welche dieser erzeugen muß!" In einem Rundschreiben Favres endlich vom 6. September an die diplomatischen Vertreter Frankreichs fand sich der großartige Ausspruch: „Wir überlassen keinen Fingerbreit Erde, keinen Stein unserer Festungen!"

Aber auch die ganze weite Welt war tiefergriffen und erschüttert von dem großen Gottesgericht bei Sedan. Höchst bedenklich schüttelten die biederen Neutralen die sorgenschweren Häupter über diese fürchterlichen deutschen Erfolge, denen nun der allergrößte

zugesellt war. Binnen Monatsfrist hatte Deutschland alle kaiserlichen Heere geschlagen, überwunden, gefangen, der in Metz umschlossenen Armee Bazaines die letzte Hoffnung auf Entsatz abgeschnitten, den Kaiser auf Wilhelmshöhe interniert und seine Dynastie hinweggefegt. Das europäische Gewissen und die edle Fürsorge für das europäische Gleichgewicht, die sich in England immer werkthätig regen, wenn es Anderen zu wohl geht, hatten schon vor der weltgeschichtlichen Katastrophe von Sedan ihr bestes gethan, um die deutschen Kriegserfolge nicht zu ebenso ungeheuerlichen Friedenserfolgen anschwellen zu lassen. Gleich nach Ausbruch des Krieges hatte England erklärt, daß es die Ausfuhr von Kohlen und Waffen nach Frankreich nicht für „Kontrebande", also mit den Pflichten einer neutralen Macht vereinbar halte! Und schon in den Tagen vom 17. und 23. August hatte England ferner mit Österreich einen förmlichen Vertrag in der Richtung zu stande gebracht: „daß keine der sich verbindenden Mächte einen vereinzelten Vermittelungsversuch machen werde, ohne sich mit den anderen zu verständigen" — die Mehrzahl „Mächte" war gewählt, weil man irrig auch auf den Beitritt Rußlands hoffte. Aber ganz in Englands Sinn regte Graf Beust nach Sedan auch eine „gemeinsame Bemühung zur Wiederherstellung des Friedens" an, um „Europa aus der Art von Betäubung heraustreten zu sehen, in die es angesichts einer großen Umwälzung gefallen ist, und im Geiste" (soll wohl heißen unter der Maske) „wohlwollender Unparteilichkeit die Forderungen des Siegers zu mäßigen." Schon die erste Kunde von diesen Einmischungsversuchen des Auslandes erweckte in ganz Deutschland einen Sturm der Entrüstung. Ende August 1870 wurde in Berlin und allen größeren Städten ein „Aufruf an das deutsche Volk" und eine Adresse an den König Wilhelm zur Unterschrift ausgelegt, welche trotz aller Gegenbemühungen der neutralen Neider „ein einiges Reich und geschützte Grenzen" verlangten. Das war nun natürlich ganz nach dem Sinne Bismarcks. Und als am 4. September das treffliche Blatt der Nationalen Schwabens, der „Schwäbische Merkur", mit einem Leitartikel im Hauptquartier einlief, der aussprach: Beim Ausbruche des Krieges

da hätten die Neutralen gerufen, man möge die Kämpfer nur allein lassen und den Krieg lokalisieren, nun hätten wir den Krieg allein geführt und wollten deshalb auch den Frieden allein vorschreiben, ihn lokalisieren, da sagte Bismarck zu Busch: „Dieser Artikel muß Junge kriegen", und er bekam Junge.

Aber die sogenannten ‚Neutralen' beschränkten sich keineswegs auf das edle Streben, das Herr v. Beust in die schönen Worte gefaßt hatte: „Die Forderungen des Siegers zu mäßigen." Vielmehr begünstigten sie Frankreich in einer das Völkerrecht gröblichst verletzenden Weise. England führte — wie bereits bemerkt — fortwährend Schiffsladungen voll Waffen, Munition, Kohlen und anderes Kriegsmaterial in Frankreich ein, so daß Bismarck dem betriebsamen Handelsvolke mit dem großen sittlich-entrüsteten neutralen Mundwerke in einem Erlaß an Bernstorff den völkerrechtlichen Standpunkt am 1. September überaus klar machen ließ. Ebenso entschieden nahm Bismarck Stellung gegen die unfreundliche Haltung der Belgier und Luxemburger, die namentlich die armen deutschen Verwundeten ihren Deutschenhaß bitter empfinden ließen. Dahinter vermutete Bismarck wohl nicht mit Unrecht „ultramontane Hetzerei." Beide Staaten fristeten ihr selbständiges Dasein außerhalb der französischen Grenzen — nach dem, was wir wissen — zur Zeit überhaupt nur aus Deutschlands Gnade, vielleicht sogar nur aus Bismarcks Gnade, und der Kanzler ließ sofort in der Presse andeuten: „Den Belgiern, die einen solchen Haß gegen uns und eine so heiße Liebe zu Frankreich zur Schau tragen, könnte unter Umständen geholfen werden. Auch Arrangements mit der jetzigen Regierung seien nicht völlig ausgeschlossen, durch welche dieser Neigung der Belgier zu Frankreich Befriedigung zu verschaffen wäre."

Wir kehren nun zunächst zu Bismarcks persönlichen Erlebnissen am Ausgang des großen Ringens um Sedan zurück. Ehe der Kanzler am 3. September Donchéry verließ, entbot er Moritz Busch zu sich an sein Bett und ersuchte ihn, an „unsere Verwundeten" 500 Stück Zigarren zu verteilen, die Bismarck eben

bekommen hatte. Busch entledigte sich dieser Aufgabe gern, aber die zwischen den Deutschen gebetteten Franzosen machten so sehntüchtig entsagende Gesichter, und ihre deutschen Nachbarn auf dem Stroh baten so schön für sie — ‚sie dürfen nicht zusehen‘ — ‚sie haben Alles mit uns geteilt‘, — daß Busch die Zigarren ihres großen Feindes „Mr. de Bismarck“, auch an die Franzosen mit austeilte.

Am 4. September rückte das große Hauptquartier bis Rethel, am 5. bis Reims vor. Hier erreichte es auch der Verfasser und blieb bis zum November bei demselben. In Reims sprach Bismarck am 6. September zum ersten Male darüber, wie er sich die künftige staatsrechtliche Verfassung von Elsaß-Lothringen denke, wenn sie einmal zu Deutschland gehörten. Er meinte, das Klügste sei, diese Provinzen zu „Reichsland“ zu machen, sie also weder Preußen noch einem süddeutschen Staate anzugliedern, noch ihnen einen besonderen Landesherrn zu geben. So, als Reichsland, würden sie nicht zu einem Gegenstande des Neides und der Verstimmung der Verbündeten Preußens, sondern zu einem Vereinigungspunkte und Bindemittel des Südens mit dem Norden. Tags zuvor war die Nachricht von der Umwälzung in Paris eingelaufen. Bismarck ließ, als die Reimser Blätter die oben erwähnten ersten Erlasse der neuen „Regierung der nationalen Verteidigung“ abdruckten, und damit diese Regierung anerkannten, ihnen ein „Communiqué“ des Inhaltes zugehen: „Da die Stadt von deutschen Truppen besetzt sei, könne man aus dem ungehinderten Abdruck dieser Pariser Erlasse in den beiden Reimser Zeitungen schließen, daß diese Blätter ihre Meinung unter dem Einverständnisse deutscher Regierungen aussprächen. Dies ist indes nicht der Fall. Die deutschen Regierungen achten wie daheim so auch hier die Freiheit der Presse. Sie haben aber in Frankreich bis jetzt eine andere Regierung als die des Kaisers Napoleon nicht anerkannt. Sie können daher bis auf weiteres auch nur die kaiserliche Regierung als eine zu internationalen Verhandlungen berechtigte ansehen.“ Dieselbe Mitteilung wurde dem von dem Abgeordneten Ludwig Bamberger in Nancy gegrün-

deten französischen Blatte zugesandt. Diesen Standpunkt hielt Bismarck fest, bis Frankreich durch die Neuwahlen zur Nationalversammlung in Bordeaux und die Beschlüsse dieser Versammlung selbst sich thatsächlich und rechtlich eine neue Verfassung und Regierung gegeben hatte. Alle Verhandlungen, welche Bismarck inzwischen mit Favre und Thiers, aber auch mit den Abgesandten der Kaiserin Eugenie und des Kaisers Napoleon (der sich in Kassel Graf Pierrefonds nannte) führte, trugen nur einen provisorischen Charakter. Wie zutreffend und klug dieser Vorbehalt war, sollte sich später zeigen, als es galt, die friedhässige und gewaltthätige Politik Gambettas durch die provisorische französische Regierung selbst verleugnen und beseitigen zu lassen. Denn hätte Bismarck jene unverantwortlichen und vollmachtlosen Volkstribunen vom 4. September ohne weiteres als rechtmäßige Regierung Frankreichs anerkannt, so wäre der Rechtsgrund schwer zu finden gewesen, warum der nicht minder eigenmächtige kampflustige Diktator von Tours und Bordeaux nicht als ebenso vollberechtigter Herrscher Frankreichs anzuerkennen sei. In strenger Wahrung dieses Standpunktes weigerte sich Bismarck anfangs, am 10. September, überhaupt, Herrn Jules Favre zu Verhandlungen zu empfangen, da die von diesem vertretene französische Regierung nicht rechtmäßig sei.*) Gegen seine Tafelrunde äußerte Bismarck in diesen Tagen: „Frankreich zerfällt gewissermaßen in zwei Nationen: Pariser und Provinziale, und diese sind die freiwilligen Heloten der andern. Es gilt jetzt die Emanzipation Frankreichs, die Befreiung Frankreichs von der Herrschaft der Pariser. Wer sich draußen in der Provinz fühlt, wer sich was werden zu können traut, der siedelt nach Paris über, wird dort in die herrschende Klasse aufgenommen und herrscht dann mit. Frankreich ist eine Nation von Nullen, eine Herde; sie haben Geld und Eleganz, aber keine Individuen, kein individuelles Selbstgefühl — nur in der Masse. Es waren dreißig Millionen gehorsame Kaffern, jeder Einzelne von ihnen ohne Klang und Wert. Es war leicht, aus

*) Bericht Favres vom 21. September 1870.

diesen Person- und Charakterlosen eine schockweise Masse zu bilden, welche die andern erdrückte, so lange sie noch nicht einig waren." Zu Roon, den Bismarck am 9. September besuchte — der treffliche Freund hatte bei Sedan einen Sohn verloren — sagte Bismarck auf Roons Bemerkung, daß König Wilhelm jetzt in Reims die Königsgemächer der alten französischen Könige bewohne, scherzend: „Der König könne sich ja hier zum Kaiser von Deutschland und König von Frankreich krönen lassen, das würde keine besonderen Schwierigkeiten haben — wer wollte es uns verwehren?"

In amtlicher Form wurde Bismarcks Rechtsstandpunkt der englischen Regierung in einer Depesche Bismarcks an Bernstorff vom 12. September zu erkennen gegeben. In dieser Depesche hieß es: „Die preußische Regierung kann von der durch Frankreich selbst noch nicht anerkannten Regierung in Paris keinerlei Eröffnungen annehmen, da für die auswärtigen Mächte formell Kaiser Napoleon der alleinige Träger der Souveränität ist." Favre, „der für uns nicht existiert," erzählte Bismarck am Abend des 11. seiner Tafelrunde, „hat auf dem Umwege über London anfragen lassen, ob man bei uns auf Waffenstillstand und Unterhandlungen einzugehen geneigt sei. Er scheint es eilig damit zu haben, wir nicht." Am 13. September telegraphierte der Kanzler an Bernstoff: Er sei bereit, Friedensunterhandlungen — nicht Waffenstillstandsverhandlungen allein — einzuleiten, frage aber seinerseits bei England nach den Garantien an, welche für die Annahme der eventuell getroffenen Abreden durch Frankreich oder auch nur durch die französischen Truppen in Metz und Straßburg geboten werden könnten.

Am nämlichen 13. September erließ Bismarck aus Reims jenes berühmte Rundschreiben an die deutschen Vertreter im Auslande, welches zum erstenmal amtlich die deutschen Friedensforderungen namhaft machte. Nachdem das Schreiben im Eingang nachgewiesen, wie das ganze französische Volk den Krieg gegen Deutschland gefordert habe, und demnach „der Kaiser Napoleon Sr. Majestät keine Unwahrheit gesagt haben dürfte, wenn er noch heut behauptet,

daß der Stand der öffentlichen Meinung ihn zum Kriege gezwungen habe," zieht Bismarck folgende Schlüsse: „Angesichts dieser Thatsache dürfen wir unsere Garantien nicht in französischen Stimmungen suchen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir uns infolge dieses Krieges auf einen baldigen neuen Angriff von Frankreich und nicht auf einen dauerhaften Frieden gefaßt machen müssen, ganz unabhängig von den Bedingungen, welche wir an Frankreich stellen möchten. Es ist die Niederlage an sich, es ist unsere siegreiche Abwehr ihres frevelhaften Angriffs, welche die französische Nation uns nie verzeihen wird. Wenn wir jetzt ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Kriegsentschädigung, ohne irgend welche Vorteile als den Ruhm unserer Waffen aus Frankreich abzögen, so würde doch derselbe Haß, dieselbe Rachsucht wegen der verletzten Eitelkeit und Herrschsucht in der französischen Nation zurückbleiben, und sie würde nur auf den Tag warten, wo sie hoffen dürfte, diese Gefühle mit Erfolg zur That zu machen. Nachdem man uns zu dem Kriege, dem wir widerstrebten, gezwungen hat, müssen wir dahin streben, für unsere Verteidigung gegen den nächsten Angriff der Franzosen bessere Bürgschaften als die ihres Wohlwollens zu gewinnen. Diese Bürgschaften haben wir nicht von einer vorübergehenden Regierung Frankreichs, sondern von der französischen Nation zu fordern, welche gezeigt hat, daß sie jeder Herrschaft in den Krieg gegen uns zu folgen bereit ist, wie die Reihe der seit Jahrhunderten von Frankreich gegen Deutschland geführten Angriffskriege unwiderleglich darthut. Wir können deshalb unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche Grenze, und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen."

Am folgenden Tage schrieb die Provinzial-Korrespondenz am Schlusse eines längeren Artikels, der dieselben Gedanken wiedergab: „Die Art, wie Frankreich in Zukunft regiert sein soll und will, ist

lediglich seine innere Angelegenheit; wir haben uns nicht darein gemischt und werden es nicht thun; wir haben einen Wechsel der Regierung als Siegespreis nicht gefordert, und können ihn uns als solchen nicht anrechnen lassen. Unser Ziel ist ein Frieden, welcher unserer blutigen Opfer wert ist und wahrhaft feste Bürgschaften für eine friedliche und segensreiche Zukunft gibt. Einen solchen Frieden werden wir, so Gott will, vor Paris erringen."

Das große Hauptquartier rückte an diesem 14. September nach Château-Thiérry, am 15. nach Meaux vor, wo es bis zum 19. verweilte. Hier erfuhr Bismarck, daß Adolf Thiers auf Ansuchen Favres und der neuen Pariser Regierung eine Rundreise an die neutralen Höfe Europas angetreten habe, um diese zur Vermittelung des Friedens und zur Einmischung in die Friedensbedingungen zu bewegen. Zuerst war Thiers in London eingetroffen (am 13. September), hatte aber bei Lord Granville nichts erlangen können, als die Zusage, daß dieser eine Unterredung Favres mit dem Grafen Bismarck vermitteln wolle. Zu diesem Zwecke erschien am 15. September der junge Sir Edward Malet, Sekretär der englischen Botschaft in Paris, bei Bismarck in Meaux. Der Kanzler gab ihm, unter Mitteilung der Depesche an Bernstorff vom 12. September, ein Schreiben an den britischen Gesandten in Paris, Lord Lyons, mit, in welchem Bismarck vertraulich aufs neue seine Bereitwilligkeit zu Friedens-, aber nicht zu Waffenstillstandsverhandlungen erklärte.

Am 16. September aber erließ der Kanzler von Meaux aus ein neues Rundschreiben an die auswärtigen deutschen Vertreter, in welchem es hieß: „Herr Thiers wird es sich bei seiner vertraulichen Mission an einige auswärtige Höfe zur Aufgabe machen, einerseits den Glauben an die Friedensliebe der jetzigen Pariser Regierung zu erwecken, andrerseits die Intervention der neutralen Mächte zu Gunsten eines Friedens zu erbitten, welcher Deutschland der Früchte seines Sieges berauben und jeder Friedensbasis, welche eine Erschwerung des nächsten französischen Angriffs auf Deutschland enthalten könnte, vorbeugen soll. An die ernstliche Absicht

der jetzigen Pariser Regierung, dem Kriege ein Ende zu machen, können wir nicht glauben, solange dieselbe im Innern fortfährt, durch ihre Sprache und ihre Akte die Volksleidenschaft aufzustacheln, anstatt durch eine ruhige und dem Ernst der Lage Rechnung tragende Sprache das Volk auf den Frieden vorzubereiten, wenn sie ehrliche Friedensverhandlungen mit uns beabsichtigte. Die Zumutung, daß wir jetzt einen Waffenstillstand ohne jede Sicherheit für unsere Friedensbedingungen abschließen sollten, könnte nur dann ernsthaft gemeint sein, wenn man bei uns Mangel an militärischem und politischem Urteil oder Gleichgiltigkeit gegen die Interessen Deutschlands voraussetzt. Daneben besteht ein wesentliches Hindernis für die Franzosen, die Notwendigkeit des Friedens mit Deutschland ernstlich ins Auge zu fassen, in der von den jetzigen Machthabern genährten Hoffnung auf eine diplomatische oder materielle Einmischung der neutralen Mächte zu Gunsten Frankreichs. Kommt die französische Nation zu der Überzeugung, daß, wie sie allein den Krieg willkürlich heraufbeschworen hat, und wie Deutschland ihn allein hat auskämpfen müssen, so sie auch mit Deutschland allein ihre Rechnung abschließen muß, so wird sie dem jetzt sicher nutzlosen Widerstand bald ein Ende machen. Es ist eine Grausamkeit der Neutralen, wenn sie zulassen, daß die Pariser Regierung unerfüllbare Hoffnung auf Einmischung nähre und dadurch den Kampf verlängere. Wir sind fern von jeder Neigung zur Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs. Unsere Friedensbedingungen sind ganz unabhängig davon, wie und von wem die französische Nation regiert wird, sie sind uns durch die Natur der Dinge und durch das Gesetz der Notwehr gegen ein gewaltthätiges und friedloses Nachbarvolk vorgeschrieben. So lange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist, im Besitze Frankreichs, eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitz gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als zwanzig Kriegen nie-

mals die Angreifer gegen Frankreich gewesen. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten."

Was nun die durch England vermittelten Verhandlungen mit Jules Favre anlangt, so hatte Bismarck in seiner Depesche nach London vom 13. September die Garantie gefordert, daß etwaige politische Abmachungen von einer sofort einzuberufenden Nationalversammlung genehmigt und die militärischen von allen französischen Heerkörpern und Bürgern unweigerlich befolgt würden. Beides hatte Favre zugesichert. Ohne den übrigen Mitgliedern der Regierung etwas von seinem Vorhaben zu sagen, verließ derselbe am 18. Paris, um den norddeutschen Bundeskanzler aufzusuchen. In Villeneuve St. Georges wurde er vom Kommandanten des deutschen VI. Korps freundlich empfangen und richtete von hier aus einen Brief an Bismarck, der mit den Worten begann: „Herr Graf! Ich habe immer geglaubt, daß, ehe die Feindseligkeiten unter den Mauern von Paris einen ernsten Anfang nehmen, es unmöglich sei, daß nicht vorher eine ehrenvolle Transaktion versucht werde. Ich bitte daher um eine Unterredung." Da die Boten hin und her, bei den starken deutschen Anmarschbewegungen, nur langsam vorwärts kamen, erhielt Favre die Antwort Bismarcks erst am 19. früh um 6 Uhr. Der Kanzler entbot Favre nach Meaux; dieser setzte sich um 9 Uhr in Bewegung und gelangte um drei Uhr nachmittags in die Nähe von Meaux, erfuhr hier jedoch, daß das große Hauptquartier sich um 12 Uhr desselben Tages über Lagny nach dem Rothschildschen Schlosse Ferrières in Bewegung gesetzt habe. Glücklicherweise wurde Bismarck bald unterrichtet, daß Favre, von einer Seitenstraße einlenkend, das Hauptquartier verfehlt habe, ritt eilig zurück und traf mit Favre im Schlosse Haute Maison zusammen. Ein württembergischer Dragoner und ein französisches Bäuerlein standen vor dem Schlosse Wache.

Über den Inhalt dessen, was hier zwischen Bismarck und Jules Favre besprochen und verhandelt wurde, besitzen wir einen

sehr weitläufigen Bericht des Letzteren vom 21. September*), der von Bismarck aus Ferrières am 27. September in einer Zirkular-Depesche an die Vertreter des Norddeutschen Bundes berichtigt worden ist.**) Wir folgen der wesentlich kürzeren und klareren Darstellung Bismarcks: „Im allgemeinen läßt sich der Darstellung des Herrn Jules Favre die Anerkennung nicht versagen, daß er bemüht gewesen ist, den Hergang der Sache im Ganzen richtig wiederzugeben," heißt es da. „Wenn ihm dies nicht überall gelungen ist, so ist dies bei der Dauer unserer Unterredungen und den Umständen, unter welchen sie stattfanden, erklärlich. Gegen die Gesamttendenz seiner Darlegung kann ich aber nicht unterlassen zu erinnern, daß nicht die Frage des Friedensschlusses bei unserer Besprechung im Vordergrunde stand, sondern die des Waffenstillstandes, welcher jenem vorausgehen sollte. In Bezug auf unsere Forderungen für den späteren Abschluß des Friedens habe ich Herrn J. Favre gegenüber ausdrücklich festgestellt, daß ich mich über die von uns beanspruchte Grenze erst dann erklären würde, wenn das Prinzip der Landabtretung von Frankreich überhaupt öffentlich anerkannt sein würde. Hieran anknüpfend ist die Bildung eines neuen Mosel-Departements, mit den Arrondissements Sarburg, Château-Salins, Saargemünd, Metz und Thionville, als eine Organisation von mir bezeichnet worden, welche mit unseren Absichten zusammenhänge. Keineswegs aber habe ich darauf verzichtet, je nach den Opfern, welche die Fortsetzung des Krieges uns in der Folge auferlegen wird, anderweitige Bedingungen für den Abschluß des Friedens zu stellen. Straßburg, welches Herr Favre mich als den Schlüssel des Hauses bezeichnen läßt, wobei es ungewiß bleibt, ob unter letzterem Frankreich gemeint ist, wurde von mir ausdrücklich als der Schlüssel unseres Hauses bezeichnet, dessen Besitz wir deshalb nicht in fremden Händen zu lassen wünschten.

„Unsere erste Unterredung im Schlosse Haute Maison bei Montry hielt sich überhaupt in den Grenzen einer akademischen

*) Hahn, II, S. 133 134.

**) Ebenda S. 137 f.

Beleuchtung von Gegenwart und Vergangenheit, deren sachlicher Kern sich auf die Erklärung des Herrn Favre beschränkte, jede mögliche Geldsumme (tout l'argent que nous avons) in Aussicht zu stellen, Landabtretungen dagegen ablehnen zu müssen. Nachdem ich letztere als unentbehrlich bezeichnet hatte, erklärte er die Friedensverhandlungen als aussichtslos, wobei er von der Ansicht ausging, daß Landabtretungen für Frankreich erniedrigend, sogar entehrend sein würden. Es gelang mir nicht, ihn zu überzeugen, daß Bedingungen, deren Erfüllung Frankreich von Italien verlangt" (durch Abtretung von Nizza und Savoyen), „von Deutschland gefordert habe" (1866, s. o. Band III), „ohne mit einem der beiden Länder im Kriege gewesen zu sein, Bedingungen, welche Frankreich ganz zweifellos uns auferlegt haben würde, wenn wir besiegt worden wären, und welche das Ergebnis fast jeden Krieges auch der neuesten Zeit gewesen wären, für ein nach tapferer Gegenwehr besiegtes Land an sich nichts Empfindliches haben könnten, und daß die Ehre Frankreichs nicht von anderer Beschaffenheit sei als diejenige aller anderen Länder. Ebensowenig fand ich bei Herrn Favre dafür ein Verständnis, daß die Rückgabe von Straßburg bezüglich des Ehrenpunktes keine andere Bedeutung als die von Landau oder Saarlouis haben würde, und daß die gewaltthätigen Eroberungen Ludwigs XIV. mit der Ehre Frankreichs nicht fester verwachsen wären, als diejenigen der ersten Republik oder des ersten Kaiserreichs." Damit endete diese Verhandlung. Als Bismarck aus dem Schlosse wieder heraustrat, fragte er den württembergischen Dragoner, der Wache stand, woher er sei. — „Aus Schwäbisch-Hall." — „Na, Sie können sich was darauf einbilden, bei der ersten Friedensverhandlung in diesem Kriege Wache gestanden zu haben."

Die Verhandlungen wurden am nämlichen Abend von halb zehn bis nachts halb ein Uhr im Schlosse zu Ferrières fortgesetzt. Am folgenden Tage (20. September) reihte sich noch eine dritte lange Besprechung an. Auch über diese beiden Unterredungen schweift Favres amtlicher Bericht vom 21. und vollends sein Werk „Le Gouvernement de la Défense nationale" (Bd. I S. 164

bis 188) ins Unendliche. Wir folgen auch hier am besten der knappen Darstellung Bismarcks in seinem berichtigenden Rundschreiben vom 27. September. Da sagt er: „Eine praktische Wendung nahmen unsere Besprechungen erst in Ferrières, wo sie sich mit der Frage des Waffenstillstands beschäftigten und durch diesen ausschließlichen Inhalt schon die Behauptung" (Favres in seinem Bericht vom 21.) „widerlegen, daß ich erklärt hätte, einen Waffenstillstand unter keinen Umständen zu wollen". Es sei überhaupt nicht Bismarcks Art, sich „selbstredend einzuführen", sondern „stets nur von den Absichten und Forderungen der Regierungen zu sprechen", deren Geschäfte er zu führen habe. Von beiden Seiten wurde bei diesen Unterredungen anerkannt, daß ein Waffenstillstand notwendig sei, um die französische Nationalvertretung einzuberufen, welche allein den endgiltigen Frieden genehmigen könne. Aber Bismarck machte geltend, daß Deutschland diesen Waffenstillstand nur gegen militärische Gegenleistungen Frankreichs gewähren könne. Als solche bezeichnete er die Übergabe von Straßburg, Toul und Bitsch. Denn Straßburg werde ohnehin bald fallen, ebenso Toul, und die deutschen Heere müßten, da der Waffenstillstand ihre „Verpflegungsperiode" verlängere, die Hindernisse ihrer Verpflegung beseitigen. Auf Metz würde die Waffenruhe nicht ausgedehnt werden. Angreifer und Verteidiger würden dort ihren Operationen ungehindert nachgehen. Für Paris endlich stellte Bismarck zwei Möglichkeiten zur Wahl. Entweder die Übergabe „eines dominierenden Teiles der Festungswerke", namentlich des Mont Valérien, an die deutschen Heere, und in diesem Falle die volle Freigebung des Verkehrs mit Paris durch den eisernen Ring der Deutschen und der Verpflegung von Paris während des dreiwöchigen Waffenstillstandes. Oder aber Aufrechterhaltung „des militärischen status quo" vor Paris, ohne Verkehr und ohne Verpflegung. Favre lehnte die erste Alternative, die Überlassung beherrschender Forts, unbedingt ab und kehrte daher am 20. September nach Paris zurück, um seinen Kollegen in der Regierung der Nationalverteidigung das deutsche Angebot einer dreiwöchigen Waffenruhe, zum Zwecke der Wahl einer National-

versammlung unter folgenden Bedingungen zu überbringen: „1. In und vor Paris Aufrechterhaltung des militärischen status quo. — 2. In und vor Metz Fortdauer der Feindseligkeiten. — 3. Übergabe der Festungen Straßburg, mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung; von Toul und Bitsch mit freiem Abzug derselben."

Noch am nämlichen 20. September erließ die neue Pariser Regierung eine „Proklamation", in der sie sagte: „Man hat das Gerücht verbreitet, daß die Regierung daran denke, die Politik aufzugeben, infolge deren sie auf den Posten der Ehre und der Gefahr gestellt werde. Diese Politik kennzeichnet sich in dem Worte: Weder einen Zoll unseres Landes, noch einen Stein unserer Festungen! Die Regierung wird sie bis zu Ende aufrecht erhalten." Auch Jules Favre hatte diesen Erlaß unterschrieben. Am folgenden Tage lehnte Jules Favre auch in einem persönlichen Schreiben an Bismarck namens der neuen Regierung dessen Waffenstillstandsbedingungen ausdrücklich ab. Am Schlusse hieß es: „Gott, der uns richtet, wird über unsere Geschicke entscheiden: ich glaube an seine Gerechtigkeit." Dieser Glaube trog nicht — aber die Entscheidung mußte notwendig gegen das frevelmütige Frankreich ausfallen.

So waren denn die ersten Versuche einer Friedensunterhandlung gründlich gescheitert. Aber auch bei diesem Ausgang ist das Urteil von Bedeutung, das jeder der beiden Unterhändler über den anderen fällte. Jules Favre, der Bismarck bis dahin nur aus den entstellten Berichten der Pariser Presse kannte, sagt über ihn: „Sein hoher Wuchs, sein mächtiger Kopf, seine ausdrucksvollen Züge gaben ihm ein Aussehen, das zugleich gebietend und hart, dennoch gemildert wurde durch eine natürliche Schlichtheit, die fast bis zur Treuherzigkeit ging. Sein Benehmen war höflich und ernst, durchaus frei von Ziererei und Rauheit. So wie das Gespräch nur begonnen war, nahm er eine Miene wohlwollender Redseligkeit an, die ihn während der ganzen Dauer derselben nicht verließ. Ich war betroffen von der Klarheit seiner Gedanken, der Schärfe seines Verstandes, der Ursprünglichkeit seiner Geistesart. Seine gänzliche Anspruchslosigkeit war nicht weniger auffallend. Er er=

schien mir als politischer Geschäftsmann allem überlegen, was man nur ersinnen kann; rechnend nur mit dem, was ist, einzig bedacht auf positive und praktische Lösungen, gleichgültig gegen alles, was nicht zu einem nützlichen Ziele führt. Die große Macht, die er über sich ausübt, erzeugt in ihm weder Dünkel noch Schwindel; aber er hält sie in fester Hand und bemüht sich durchaus nicht, die Opfer zu verbergen, die er bringt, um sie nicht zu verlieren." Das war allerdings ein wesentlich anderer Mann, als der „Monsieur de Bismarck" der Pariser Presse.

„Sicherlich betrachtete er mich als einen Unterhändler, der tief unter ihm stehe, aber er war zu höflich, um das merken zu lassen," urteilt Favre u. a. In dem vertrauten Kreise seiner Tafelrunde aber brauchte sich Bismarck diese höfliche Zurückhaltung nicht aufzuerlegen. Schon am 21. erzählte er den Getreuen belustigt, daß Favre sich bei der Erwähnung von Landverlust höchst erregt gebärdet, Seufzer ausgestoßen, die Augen gen Himmel gewendet und patriotische Thränen zu vergießen versucht und anscheinend weggewischt habe. Da Favre dieser Thränen sich in seinem amtlichen Berichte vom 21. September besonders rühmte, so sagte Bismarck am 27. vor seinen Tafelgästen weiter: „Es ist wahr, er sah so aus, und ich versuchte ihn einigermaßen zu trösten. Wie ich mir ihn aber genauer betrachtete — ich glaube ganz bestimmt, daß er nicht eine Thräne herausgebracht hatte. Er dachte vermutlich, mit Schauspielerei auf mich zu wirken wie die Pariser Advokaten auf ihr Publikum. Ich bin fest überzeugt, daß er in Ferrières auch weiß geschminkt war — besonders das zweite Mal. An diesem Morgen sah er viel grauer aus, um den Angegriffenen und Tiefleidenden vorzustellen. Es ist auch möglich, daß es ihm wirklich nahe geht, aber er ist kein Politiker, er sollte wissen, daß Gefühlsausbrüche nicht in die Politik gehören. Als ich was von Straßburg und Metz fallen ließ, machte er ein Gesicht, als ob das Scherz von mir wäre. Ich hätte ihm da erzählen können, wie ich einmal mit meiner Frau zu dem großen Kürschner in Berlin ging — wie heißt er gleich? —, um nach einem Pelze zu fragen, und da nannte er mir

für den, der mir gefiel, einen hohen Preis. Sie scherzen wohl, versetzte ich. Nein, erwiderte er, in's Geschäft nie."

Bismarck richtete sich nach dem Scheitern dieser ersten Friedensverhandlungen auf den scharfen Kampf mit Paris und den dortigen neuen Machthabern ein, ebenso mit der „Delegation" dieser neuen Regierung in Tours, an deren Spitze, nach einer Luftballonfahrt aus Paris, am 10. Oktober Leon Gambetta trat, überhaupt zur Mürbemachung des ganzen noch nicht überwundenen Teiles des französischen Landes und Volkes. Der Verfasser dieses Werkes darf sich zu hoher Ehre anrechnen, daß Bismarck in diesen entscheidenden Tagen auch an ihn, der mit der zweiten Staffel des großen Hauptquartiers in Lagny lag, einen Boten sandte, um ihn an dem Werke der Mürbemachung Frankreichs, in der Stellung eines Präfekten oder Souspräfekten in Melun oder Fontainebleau, zu beteiligen. Der Verfasser hatte sich, von Moritz Busch in Ferrières dazu aufgefordert, dem Grafen Bismarck sofort zu beliebiger Verfügung gestellt und wurde darauf zweimal vom Kanzler deshalb nach Ferrières beschieden. Die Sache scheiterte aber daran, daß der Verfasser in der ihm zugedachten Stellung nicht Untergebener des Kanzlers, sondern des Grafen Eulenburg geworden wäre. Und dazu konnte Bismarck, wie es schien, etwa wie jener Rabbiner zu seiner Leichenrede dritter Güte, selbst nicht raten.*) Dagegen hatte er dem Verfasser zuvor durch Herrn v. Keudell sagen lassen: „Ich würde für Sie jeden Wechsel ausstellen, aber ich weiß nicht, ob Graf Eulenburg ihn acceptieren wird."

Noch bei weitem ungebärdiger als die Pariser Regierung benahm sich die „Delegation in Tours" nach dem Scheitern der Verhandlungen von Ferrières. Sie behauptete nämlich in einer Proklamation vom 24. September: „Preußen will den Krieg fortsetzen und Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges herabsetzen. Preußen will Elsaß und Lothringen bis Metz kraft des Eroberungsrechtes. Für die Gewährung eines Waffenstillstandes

*) Das Nähere über diese Angelegenheit in Blum, „Auf dem Wege zur deutschen Einheit", Bd. II, S. 252/57.

wagt Preußen die Übergabe von Straßburg, von Toul und vom Mont Valérien zu fordern. Das erbitterte Paris würde sich eher unter seinen Trümmern begraben. Auf so unverschämte Ansprüche antwortet man nur durch den Kampf bis aufs Äußerste. Frankreich nimmt diesen Kampf auf und rechnet auf alle seine Kinder." Bismarck gab ihnen die gebührende Antwort in einem Rundschreiben an die deutschen Vertreter im Ausland vom 1. Oktober. Darin bezeichnete er die Phrase, er habe erklärt, Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges hinabdrücken zu wollen, als „eine Äußerung, die nur in den Kreisen auf eine Wirkung berechnet sein kann, welche weder mit der Sprache internationaler Verhandlungen, noch mit der Geographie Frankreichs näher bekannt sind." Dann aber sagte er weiter: Die nach den Unterredungen mit Favre in Ferrières „von uns erstrebte Abtretung von Straßburg und Metz bedingt in ihrem territorialen Zusammenhange eine Verminderung des französischen Gebietes um einen Flächeninhalt, welcher der Vermehrung desselben durch Savoyen und Nizza ziemlich gleichkommt, die Bevölkerung dieser von Italien erworbenen Landesteile aber um etwa 3/4 Millionen Einwohner übertrifft. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß Frankreich nach dem Zensus von 1866 mit Algerien 42 Millionen Einwohner zählt, so liegt auf der Hand, daß eine Verminderung von 3/4 Millionen der letzteren an der Bedeutung Frankreichs dem Auslande gegenüber nichts ändert, diesem großen Reiche vielmehr dieselben Elemente der Machtfülle läßt, durch deren Besitz es im orientalischen, wie im italienischen Kriege einen so entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Europas auszuüben im stande war."

Daß Bismarck aber die Drohungen Gambettas mit dem Schlagwort des „Kampfes bis aufs Äußerste" im Grunde auch nicht für gar so gefährlich erachtete, zeigt ein Tischgespräch, das uns Busch aus Ferrières berichtet. Bismarck gelangte bei einem Vergleich des französischen Heeres mit dem deutschen auf deren moralische Eigenschaften zu folgendem Ergebnis: „Der Unteroffizier hat doch im ganzen dieselbe Ansicht und dasselbe Pflichtgefühl wie

der Leutnant und der Oberst bei uns Deutschen. Das geht bei uns überhaupt sehr tief in alle Schichten der Nation. Die Franzosen sind eine leicht unter einen Hut zu bringende Masse, die dann sehr mächtig wirkt. Bei uns hat jeder seine eigene Meinung. Aber wenn sie einmal in großer Zahl dieselbe Meinung haben, ist viel mit den Deutschen anzufangen. Wenn sie sie alle hätten, wären sie allmächtig. Das Pflichtgefühl des Menschen (Deutschen), der sich einsam im Dunkeln totschießen läßt, haben die Franzosen nicht. Und das kommt doch von dem Reste von Glauben in unserem Volke, davon, daß ich weiß, daß jemand ist, der mich auch dann sieht, wenn der Leutnant mich nicht sieht."

Die Verhältnisse, unter denen Bismarck in Ferrières lebte, waren übrigens nichts weniger als sonderlich üppige. Er mußte sich in dem fürstlichen Riesenschloß Rothschilds mit den allernotwendigsten Räumen begnügen, die er zum Arbeiten, Schlafen, für sein Bureau und zum Empfang von Unterhändlern oder fürstlichen Besuchen brauchte. Als eines Tages ganz ungeniert der Hoffourier des Kronprinzen in Ferrières erschien und hier die Zumutung stellte, daß den fünf Herren von der Begleitung des Kronprinzen das Bureau und der große Salon neben der Wohnstube des Kanzlers eingeräumt werden solle, antwortete Bismarck gelassen: „Das Bureau, nein, das geht nicht, wegen der Geschäfte." Den Salon brauche er auch zum Empfang amtlicher Besuche. Aber das Zimmer, in dem er sich wusch, stellte er zur Verfügung, wollte auch den General Blumenthal und den Grafen Eulenburg in sein Schlafgemach aufnehmen. Der Quartiermacher zog mit langem Gesichte ab; er hatte wohl ein unbedingtes freudiges Ja für selbstverständlich gehalten. Bei der Ankunft in Ferrières hatte der „Regisseur" oder Haushofmeister des Herrn Barons v. Rothschild — welch letzterer bis vor kurzem Generalkonsul Preußens in Paris gewesen! — dem deutschen Bundeskanzler den Wein verweigert, obschon derselbe, wie jede andere Lieferung, bezahlt werden sollte. Der Kanzler ließ den frechen Patron vor sich citieren. Hier leugnete derselbe erst, überhaupt Wein im Hause zu haben. Dann gab er zu, „ein paar

hundert Flaschen Petit Bordeaux im Keller zu haben" — in Wahrheit lagen etwa 17000 darin —, weigerte sich aber beharrlich, etwas davon abzugeben. Bismarck fragte den Frechling nun kurz und bündig, ob er wisse, was ein Strohbund sei. Nun wurde der Mensch blaß und schwieg. Dann folgte die Erläuterung: ein Strohbund sei ein Ding, auf welches halsstarrige und freche Regisseure so gelegt würden, daß ihre Rückseite oben sei, und das weitere könne er sich vielleicht denken. Sofort erschien der Wein und wurde stets mit dem dafür geforderten Preis und noch einem Pfropfengeld bezahlt, so daß auch diesmal sichtlich Gottes Segen bei Rothschild weilte. Denn bis an das Ende des Krieges, und noch längst nachdem das große Hauptquartier am 5. Oktober nach Versailles abgezogen war, erfreute sich Schloß Ferrières einer fast zauberhaften Verschonung mit jeder deutschen Requisition. Zum Dank für diesen beispiellosen Edelmut verbreitete der so geschonte Baron und preußische Generalkonsul a. D. v. Rothschild schon im September 1870 die Schaudermär in der Pariser Gesellschaft: die Preußen hätten seinen Regisseur in Ferrières prügeln wollen, weil die Fasanen, die er ihnen vorgesetzt, nicht getrüffelt gewesen seien!

Bismarcks Urteil über Rothschilds berühmtes Schloß ist so charakteristisch für die Denkungsweise des deutschen Kanzlers, daß es hier eine Stelle finden möge: „Alles recht teuer, aber wenig schön und noch weniger behaglich. So ein ausgebautes, fertiges Besitztum wie das hier könnte mir keine Befriedigung gewähren. Es wäre von andern gemacht, nicht von mir. Es ist zwar manches daran recht schön, aber es fehlt die Freude des Neuschaffens, des Umgestaltens. Auch ist es etwas ganz anderes, wenn ich fragen muß: sollst du fünf- oder zehntausend Thaler auf diese oder jene Verbesserung verwenden? als wenn man nicht auf die Mittel zu sehen hat. Immer genug und mehr als genug haben, ist langweilig zuletzt."

Als am 27. September die große Kunde in Ferrières einlief, daß die Italiener am 20. Rom fast ohne Schwertstreich besetzt hätten, und der Papst und die Diplomaten im Vatikan zurückgeblieben

seien, sagte Bismarck: „Souverän muß der Papst bleiben. Nur fragt sich's, wie? Man würde mehr für ihn thun können, wenn die Ultramontanen nicht überall so gegen uns aufträten. Ich bin gewohnt, in der Münze wiederzuzahlen, in der man mich bezahlt."

Nicht lange nach Jules Favres erfolgloser Anwesenheit in Ferrières traf daselbst ein anderer Franzose ein, — diesmal ein Parteigänger des abgesetzten Kaisers, Namens Régnier. Derselbe suchte — auf eigene Faust — für die Kaiserin Eugenie und Napoleon zu vermitteln. Da der Mann indes nur eine Photographie des kaiserlichen Prinzen mit dessen Unterschrift als Legitimation vorweisen konnte, so konnte ihn Bismarck nicht als ausreichend bevollmächtigt ansehen. Madame Carette*) erklärt ihn ohne weiteres für einen Schwindler, ohne jedoch über seine Beweggründe eine sichere Aufklärung geben zu können. Über den Inhalt seiner Verhandlungen mit Bismarck und das Urteil des letzteren über diesen Franzosen gibt folgender Vorgang die besten Aufschlüsse. Régnier wurde später (September 1874) durch ein französisches Kriegsgericht „als deutscher Spion" in contumaciam zum Tode verurteilt. Er lebte damals in London. Noch ehe das Urteil erlassen war, bat er den Fürsten Bismarck in einem Briefe vom 22. September, gegen diese unwahre Anschuldigung mit seinem gewichtigen Zeugnis einzutreten. Bismarck antwortete darauf am 2. Oktober**): Mein Herr! Auf Grund des Urteils, welches ein Kriegsgericht soeben gegen Sie erlassen hat, richten Sie die Bitte an mich, meine Auffassung Ihrer Handlungsweise schriftlich auszusprechen. Ich glaube zwar nicht, daß mein Zeugnis für Sie ganz den Nutzen haben wird, den Sie sich davon versprechen; die Erregung der Gemüter ist noch zu heftig, und die große Anzahl derjenigen Ihrer Landsleute, welche mich immerfort verleumden und mich mit Unrecht als einen Feind Frankreichs betrachten, würde Ihnen einen Vorwurf aus jedem Worte machen, das ich zu Gunsten Ihrer Persönlichkeit sagen könnte. Trotzdem trage ich kein Bedenken, zu wieder-

---

*) Souvenirs intimes de la Cour des Tuileries (Paris 1889 f.) I, 217.

**) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, I, S. 123/126.

holen, daß Ihre Handlungsweise mich niemals einen anderen Beweggrund hat voraussetzen lassen, als ein mutiges und patriotisches Gefühl für die Interessen Ihres Landes, die Sie als identisch mit denjenigen der kaiserlichen Dynastie betrachteten. Ich habe damals die Ausführung Ihrer Pläne begünstigt, weil ich der Ansicht war, daß dieselben im Falle des Gelingens den Friedensschluß beschleunigen könnten, indem sie der kaiserlichen Regierung, der einzigen, die wir damals anerkannt haben würden, mit der Armee von Metz, die ihr allein treu geblieben zu sein schien, eine Verbindung eröffneten. Wäre diese Verbindung hergestellt und befestigt worden, so hätten wir uns einer hinreichend gekräftigten Regierung gegenüber befunden, um Verhandlungen zu eröffnen und Frieden schließen zu können. Ich kann auf mein Ehrenwort versichern, daß Sie einen persönlichen Vorteil von unserer Seite weder empfangen noch gefordert haben, und daß ich, indem ich Sie nach Metz gelangen ließ, Ihnen eine gleichzeitig patriotische und im Interesse des Friedens nützliche Handlung zu erleichtern glaubte."

Am 2. Oktober hatte Bismarck die Freude, seinen Sohn Bill, der am 27. September ebenfalls Offizier geworden war, in Ferrières zum Besuch zu sehen. Vater und Sohn konnten hier vergnügt die am 28. September erfolgte Kapitulation von Straßburg feiern. Am 5. Oktober rückte dann das große Hauptquartier von Ferrières bis nach Versailles weiter. Hier nahm Bismarck für viele Monate Quartier in dem Hause der wohlhabenden Witwe Jessé, auf der Rue de Provence Nr. 14. Die Dame war mit ihren Söhnen geflüchtet und hatte nur ihren Gärtner und dessen Frau zurückgelassen. Bismarck teilte sich mit seinen treuen Mitarbeitern in die Räume der nicht großen Villa, die nur fünf Fenster Straßenfront hatte, ein hohes Parterre, ersten Stock und französisches Mansardendach besaß, aber in stiller Gegend lag und hübsche Gartenanlagen umfaßte. Hier sollte Bismarck noch die Vogelstimmen und den Knospentrieb des zeitigen Pariser Frühlings erleben!

Des Kanzlers mühevolle Arbeit ist während dieser Monate und bis zum Friedensschlusse auf dieselben drei Hauptziele gerichtet,

wie seit dem Kriegsausbruch. Zunächst nämlich auf die thunlichst rasche und auf die für die kämpfenden Truppen sowohl als für das deutsche Vaterland möglichst vorteilhafte Beendigung des Krieges. Demgemäß zweitens auf die Zurückweisung aller ungebührlichen Einmischungen und Thathandlungen des Auslandes zu Gunsten Frankreichs und auf die Förderung der Deutschland freundlichen Staaten in ihrem Interesse. Endlich drittens auf die Vollendung der deutschen Einheit, als den vornehmsten Preis der deutschen Siege und des großen nationalen Ringens gegen den Erbfeind des deutschen Volkes. Diesen hohen Zielen strebt Bismarck bis zum Abschlusse des Friedens mit der ganzen gesammelten Kraft seiner Fähigkeiten und Erfahrungen entgegen.

Zweites Kapitel.

Bismarck in Versailles. Die Bundesverträge mit den süddeutschen Staaten (Ende September bis Ende Dezember 1870).

Wir hörten den Grafen Bismarck schon in seinem berühmten Rundschreiben aus Meaux am 16. September aussprechen: „Es ist eine Grausamkeit der Neutralen gegen die französische Nation, wenn sie zulassen, daß die Pariser Regierung im Volke unerfüllbare Hoffnungen auf Intervention nähre und dadurch den Kampf verlängere.“ Als Bismarck das schrieb, hatte Herr Thiers soeben in London die bittere Erfahrung gemacht, daß das einmischungslustigste neutrale Kabinet, das englische, seine ganze Hilfe darauf beschränkte, Herrn Favre eine Audienz bei dem deutschen Bundeskanzler zu erwirken. Da das den neuen französischen Machthabern natürlich bei weitem nicht genügte, so richtete Favre nach dem Scheitern der Verhandlungen in Ferrières am 27. September folgenden, mittelst Ballonbriefes aus Tours datierten Hilferuf Frankreichs an die Neutralen: Preußens Prätensionen seien derart, daß Frankreich sich ihnen niemals fügen könne. Er fühle sich daher berechtigt, an die übrige Welt um Hilfe zu appellieren. Die Zeit für bloße Vermittelung sei vorüber. Die Mächte sollten jetzt zu Preußen in einem Tone sprechen, der nicht mißverstanden werden könnte, und sie sollten Maßregeln ergreifen, welche dafür bürgten, daß man ihnen Gehör schenke. Es sei nicht sein (Favres) Fehler und auch nicht der Fehler Frankreichs, wenn der Krieg fortdauere, und er

fühle sich berechtigt, mit Vertrauen die aktive Intervention Europas — d. h. das bewaffnete Einschreiten Aller gegen „Preußen" — anzurufen. Dieses wahrhaft kindliche Vertrauen offenbarte die staatsmännische Unreife des damaligen Leiters Frankreichs ebenso deutlich wie sein wunderbares Ungeschick, das durch diesen „Hilferuf" die verzweifelte Schwäche Frankreichs der ganzen Welt und natürlich auch „Preußen" offen kund that. Im Vergleiche zu dieser, einem Staatsmann fast nicht zuzutrauenden Leistung, erinnern wir uns an die von Bismarck durch die acht schweren Jahre seines Wirkens am Bundestage allezeit fortgesetzte Mahnung: das erste und notwendigste Erfordernis einer Erhebung Preußens sei, daß es den Gegnern und den lauen Freunden keinerlei Schwäche zeige. Und damals besaß doch Preußen noch nicht entfernt die Machtmittel, die Frankreich auch jetzt, nach all seinen Niederlagen, noch zur Verfügung hatte.

Als dieser Hilferuf in Wien anlangte, befand sich Herr Thiers schon auf der Reise zwischen Wien und Petersburg. In Wien hatte er nur eine einzige Unterhaltung mit dem Grafen Beust gehabt und dabei die Hoffnung ausgesprochen*), Rußland werde Vermittlungsvorschläge machen, denn „das Kabinet von St. Petersburg sei am ersten in der Lage, sich in Berlin vernehmen zu lassen." Beust erklärte ihm darauf: „man würde Österreich-Ungarn immer bereit finden, sich den Bemühungen anzuschließen, die von Rußland versucht werden dürften, um dem Elend des Krieges Grenzen zu setzen." Es kam also alles darauf an, wie Rußland handeln würde. Anfangs (6. Oktober) gab Thiers von Petersburg die besten Nachrichten nach Tours: „Rußland werde niemals seine Zustimmung zu unbilligen Bedingungen geben, die Preußen Frankreich auferlegen würde. Demzufolge würde auch die Sanktion der übrigen Mächte ausbleiben und die Gewaltschritte (éxactions) Preußens würden daher der europäischen Bürgschaft entbehren. Aber ganz abgesehen davon, daß Bismarck unter dieser „Entbehrung" durchaus nicht

*) Diese ganze Darstellung nach den bei Hahn a. a. O. II, S. 149/153 wörtlich enthaltenen Depeschen und Urkunden.

litt, da er vielmehr im Gegenteil Frankreich den Frieden ohne jede „europäische Bürgschaft“ und Einmischung diktieren wollte, vermochte Herr Thiers weder vom Kaiser Alexander noch vom Fürsten Gortschakoff irgend eine bestimmte Äußerung herauszulocken, welche Friedensbedingungen sie für billig oder unbillig halten würden, noch auch irgend eine bestimmte Erklärung zu Gunsten der Erhaltung der Unversehrtheit des französischen Gebietes.

Als Thiers dann aber wenige Tage später wieder in Wien eintraf, war er sehr entmutigt von den Eindrücken in St. Petersburg, bekannte das dem Grafen Beust ganz offen und meinte, das vereinzelte und obendrein sehr maßvolle Einschreiten Rußlands könne Frankreich nichts nützen. Notwendig dagegen sei ein gemeinschaftliches Handeln der Neutralen. „Ich sagte ihm“, berichtet Beust am 12. Oktober an den österreichischen Botschafter in Petersburg, Grafen Chotek, „daß ich in diesem Punkte seine Ansicht vollkommen teile. Die Thatsache ist (aber), daß man nirgends Anzeichen einer Vermittelung wahrnimmt, und besonders vermag ich kein Europa mehr zu erkennen. Es ist klar, daß die dem Frieden günstigen Stimmungen täglich mehr Boden gewinnen.“ Eben deshalb — meint der alte Feind der deutschen Einheit, Macht und Größe unter Preußens Führung — „sollte das vermittelnde Europa eintreten, ehe es den deutschen Heeren gelungen sein werde, zwei Plätze ersten Ranges, wie Paris und Metz, zu nehmen. Die Vorzüge eines gemeinsamen Handelns von Europa scheinen mir also außer Zweifel und sollte ich in der Wüste predigen, ich werde nicht aufhören, sie hervorzuheben.“ Als Bismarck über Petersburg vom Inhalt dieses Erlasses Kenntnis erhielt, mag er heiter gelächelt haben. Denn zu keiner Zeit war ein gemeinsames wirksames Vorgehen der Neutralen zur Hemmung des deutschen Siegeslaufes unmöglicher als gegenwärtig. Englands Thatenscheu folgte auch diesmal der üblichen Losung „hands off!“ — weg mit der Hand —, wo es ein Feuer brennen sah. Am 4. Oktober sprach das ein Erlaß des Premiers Lord Granville an Lord Lyons in Tours klar aus in den Worten: „Offenbar verfolgt die provisorische Regierung Frank-

reichs das Ziel, die neutralen Mächte sollten etwaige Vorstellungen an Preußen mit Gewalt unterstützen. Die Regierung Ihrer Majestät ist aber nicht vorbereitet, einen solchen Weg einzuschlagen oder den anderen Mächten zu empfehlen." Rußland dachte gar nicht daran, jetzt Preußen und Deutschland durch unziemliche Einmischung zu verletzen, da es eben daran ging, die ihm lästigen Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 mit deutscher Hilfe und zum großen Ärger Englands zu beseitigen. In der deutschen und ungarischen Bevölkerung Österreichs selbst aber regten sich mehr und mehr so lebhafte Sympathien für das sieghafte Deutschland, daß Graf Beust seinem Sturze, der ihn vollends zum „Prediger in der Wüste" machte, schon näher war, als er ahnte. Und in Italien war von nun an beim König, bei den Ministern, bei dem ganz überwiegenden Teile des Volkes der Gedanke an eine auch nur diplomatische Einmischung gegen Deutschland zu Gunsten Frankreichs völlig unmöglich. Denn wie die preußischen Siege im Jahre 1866, trotz der italienischen Niederlagen zu Lande und zur See, Italien den Besitz von Venetien verschafft hatten, so hatte jetzt das italienische Volk die ewige Hauptstadt Rom den deutschen Siegen gegen Frankreich zu danken. Es war daher ein neuer Beweis der verträumten Politik Jules Favres, daß dieser in einer Depesche aus der ersten Oktoberwoche der Regierung in Tours vorklagte, „die europäischen Kabinette ließen Frankreich im Stich" und daß er seine Kollegen in Tours anwies, „eine bestimmte Forderung um Waffenhilfe (concours armé) an Italien zu richten." Darauf mußte sich der Leiter der französischen Politik am 11. Oktober von Lord Granville durch Lord Lyons in Tours dahin belehren lassen: „Die englische Regierung hege die Ansicht, unter den gegenwärtigen Kriegsumständen sei das zähe Festhalten des Herrn Favre an den Bedingungen, ‚keinen Zoll breit Landes und keinen Stein einer Festung' abzutreten, ein großes Hindernis für den Frieden."

Bismarck hatte die Unmöglichkeit eines Zusammenwirkens der Neutralen gegen Deutschland, das Herr v. Beust als „Prediger in der Wüste" so sehnsüchtig wünschte, durch seine weise Politik

schon seit Jahren geschaffen. Wenn es zu diesem Ziele „kein Europa mehr gab“, wie Herr v. Beust seufzend schrieb, so war das Bismarcks Werk. Namentlich die entscheidende Zurückhaltung Rußlands, welches die neutrale Meute schon beim ersten Bellen an die kurze Leine nahm. Nicht minder die laute und eindringliche Freundschaftsbezeigung der Deutschösterreicher und Ungarn, die Bismarck durch seine maßvollen Bedingungen von Nikolsburg und Prag 1866 gewonnen hatte. Ebenso die freudige Dankbarkeit Italiens. Lange ehe Bismarck die oben mitgeteilten Depeschen kannte, welche deutlich machten, daß die Reise des Herrn Thiers an die neutralen Höfe vollständig mißlungen sei, war er nach seiner eigenen politischen Vorarbeit und nach seiner genauen Kenntnis aller Verhältnisse doch dieses Ausganges sicher. Kühn und kraftvoll verfolgte er daher seine hohen Ziele: die kriegerische Bezwingung Frankreichs und die Vollendung der deutschen Einheit. Jeder kriegerische Erfolg mußte ja ohnedies die Einmischung unfreundlicher Neutraler erschweren. Im Interesse einer raschen und schneidigen Kriegführung richtete er am 4. Oktober aus Ferrières eine Denkschrift an alle norddeutschen Vertreter im Ausland, welche den einmischungslustigen Neutralen deutlich machte, daß der aussichtslose Widerstand der Regierung der französischen Nationalverteidigung in Paris einfach Hunderttausende dem Hungertod preisgebe, da die deutschen Belagerer, wenn sich die Pariser Besatzung bis zur Erschöpfung ihrer Lebensmittel wehre, die Lebensbedürfnisse für eine Bevölkerung von zwei Millionen erst aus weiter Ferne heranschaffen müsse. Am 9. Oktober ließ er den Pariser Machthabern durch die im deutschen Hauptquartier weilenden amerikanischen Generale Sheridan und Burnside sogar von neuem einen Waffenstillstand anbieten, obwohl inzwischen Straßburg und Toul gefallen waren und das jungfräuliche Metz der Bezwingung nahe stand. Bismarck wollte damit den Franzosen Zeit gewähren, die Wahlen zur neuen Nationalversammlung vorzunehmen, die sicher den Frieden beschlossen hätte. Aber Paris mußte noch viel härter gezüchtigt werden, um der Vernunft Gehör zu schenken. Die Vermittler gaben daher ihre Arbeit

sofort auf. Darauf machte Bismarck am 10. Oktober dem päpstlichen Nuntius und den übrigen noch in Paris weilenden Mitgliedern der auswärtigen Diplomatie die Mitteilung, daß sämtliche Einwohner von Paris fortan dem Gange der militärischen Ereignisse unterworfen seien. Nicht minder zeigte er am 11. Oktober der englischen Regierung an, Preußen müsse jede Verantwortung für die Folgen ablehnen, welche ein bis aufs äußerste fortgesetzter Widerstand der Festung Paris für die Bevölkerung der Stadt haben müsse.

Den Leiden dieser Bevölkerung hatte sich, wie bereits erwähnt, am 10. Oktober das mit dem Munde tapferste Mitglied der neuen Regierung, Herr Leon Gambetta, durch den Luftballon entzogen. Gambetta hatte sofort nach seiner Ankunft in Tours eine jener Proklamationen erlassen, wie sie fortan sintflutartig über Frankreich sich ergossen, deren Inhalt nach einigen Wochen oder Monaten durch die Weltgeschichte immer Lügen gestraft wurde. Da hieß es denn u. a.: „Paris ist uneinnehmbar! Es kann weder durch Gewalt noch durch Überraschung erobert werden. Zwei andere Mittel blieben den Preußen: der Aufstand und die Hungersnot; aber weder zu dem einen noch zu dem andern wird es in Paris kommen." Die Departements hätten also Zeit, ihren Brüdern in Paris zu Hilfe zu kommen und würden keinen anderen Gedanken haben als den Krieg. Schon am 11. Oktober ging jedoch Orleans verloren und die siegreichen deutschen Truppen näherten sich dem Zufluchtsort des französischen Diktators. Die Leidenschaften, die er entfesselte, scheuten offenbar den ehrlichen Kampf; denn am 12. berichtete Bernstorff aus London: „in Tours habe sich ein ‚Komite' gebildet zur Ermordung des Königs, des Kronprinzen und des Bundeskanzlers." Bismarck legte die feige Drohung lächelnd zu ihren zahlreichen Vorgängern.

Aber nicht bloß an der Loire drangen die deutschen Heere siegreich vor. Auch das feste Bollwerk im Osten, Metz, wankte, vom Hunger bezwungen. Hier waren für die große, in der Stadt eingeschlossene Armee nur noch etwa für zwölf Tage Lebensmittel vorhanden. Marschall Bazaine hielt daher am 10. Oktober einen

Kriegsrat und entsandte am folgenden Tage den General Boyer nach Versailles mit dem Auftrage, für die Rheinarmee freien Abzug von Metz mit kriegerischen Ehren zu fordern, die Bedingungen der Kapitulation von Sedan aber unbedingt abzulehnen. Bazaine hoffte Bismarck für diese Vorschläge zu gewinnen, indem er in einer Denkschrift vorstellte, daß die dem Kaiser treue Rheinarmee die einzige Gewalt sei, die in Frankreich „die Ordnung wieder herstellen und die Gesellschaft in Schutz nehmen" könne.*) Auf Bismarck aber machte das gar keinen Eindruck. Vielmehr regte die Denkschrift des Marschalls von selbst die erste Frage an, die dem General Boyer in Versailles vom Bundeskanzler gestellt wurde: welche Persönlichkeit in Frankreich bei der augenblicklichen Lage des Landes berechtigt sei, für dasselbe einen bindenden Vertrag zu schließen? Boyer erklärte: die Rheinarmee halte an dem dem Kaiser geleisteten Eid fest und erkenne daher nur die von demselben eingesetzte Regentschaft (der Kaiserin) an. Die letztere aber hatte bereits die Anknüpfung von Verhandlungen abgelehnt, und außerdem vermißte Bismarck jede Bürgschaft dafür, daß Frankreich ihren etwaigen Abmachungen sich fügen werde. Er forderte also als Vorbedingung jeder weiteren Eröterung: die Kaiserin müsse sich zur Unterzeichnung eines Vertrages bereit erklären, und die Rheinarmee sich bestimmt verpflichten, der Regentschaft zu gehorchen. Mit diesem mageren Ergebnis reiste Boyer nach Metz zurück. Seine Generaluniform war von dichten Scharen der Versailler immer mit dem lauten Rufe: „Vive la France!" begrüßt worden. Sie ahnten nicht, daß er die Übergabe von Metz und die Wegfegung der ganzen republikanischen Herrlichkeit angeboten hatte. Bald nachher begab sich der General mit Zustimmung des Metzer Kriegsrates zur Kaiserin nach England. Eugenie ließ darauf dem König Wilhelm eröffnen, sie verlange einen Waffenstillstand von zwei Wochen und Verproviantierung von Metz, werde aber in eine Schmälerung des französischen Gebietes niemals willigen. Natürlich

*) Bazaine, Episodes und Hahn, a. a. O. II, S. 171—177.

führten diese ganz unannehmbaren Forderungen auch zum Abbruche der Verhandlungen mit Metz. Der König versicherte der Kaiserin am 25. Oktober seine Friedensliebe, erklärte aber die Fortsetzung von Verhandlungen nutzlos, da keinerlei Gewißheit dafür geboten sei, daß das französische Volk und die Rheinarmee etwaigen Vereinbarungen Folge leisten würden. Metz stand nun dicht vor dem Fall.

Ebendarum aber regte sich von neuem heftig die englische Gönnerschaft für die Franzosen. In einer Note an Lord Lyons vom 20. Oktober rief Lord Granville alle die ethischen edeln Empfindungen der Menschlichkeit an — die England in seinen Kriegen niemals geachtet hatte —, um die Schrecken der Hungersnot und des Bombardements von Paris fern zu halten. Äußerst kühl antwortete Fürst Gortschakoff darauf in Petersburg am 23. Oktober: der Zar behalte sich vor, seine Ansichten hierüber in seiner Privatkorrespondenz mit dem König Wilhelm auszusprechen. Und das offiziöse Journal de Petersbourg schrieb am 28. Oktober noch kühler: „den Kriegführenden allein käme es zu, die Friedensbedingungen untereinander festzustellen." Herr v. Beust dagegen war geradezu hingerissen von dem Edelmut der englischen Einmischung. „Wir wünschen Lord Granville Glück," schrieb er am 27. Oktober — gerade am Tage des Falles von Metz — „diese Initiative ergriffen zu haben, und werden England segnen, wenn es die Regierungen zu dieser Richtschnur hinführt." Als der Kanzler der österreichisch-ungarischen Monarchie das schrieb, war er freilich selbst schon ein bald abgehender Mann. Bismarck aber legte am 28. Oktober in einem Erlaß an den Grafen Bernstorff dar, daß alle bisherigen Versuche der Deutschen, die Schrecken der Kriegführung gegen Paris durch die Berufung einer französischen Nationalvertretung zu beseitigen, an dem Widerstande der Machthaber in Paris und Tours gescheitert seien, und daß daher die Einmischung des Lord Granville nur eine Wirkung erzeugen könne, die gewiß das Gegenteil seiner Absichten sei, nämlich „die Illusion einer Unterstützung durch die neutralen Mächte und dadurch eine Ermutigung zu weiterem Widerstande."

Einen Tag vor Absendung dieses Berichtes — am 27. Oktober — war Metz mit seiner gewaltigen Besatzung und seinen ungeheuren Kriegsvorräten in deutsche Hand gefallen — für immer! Franzosen, in erster Linie Herrn Gambetta, blieb es vorbehalten, die heldenmütigen Verteidiger der lothringischen Festung, die schreckliche Hungerqualen vor der Übergabe erduldet hatten, zu besudeln durch den schimpflichen Vorwurf: „Bazaine hat Verrat geübt.“ (Proklamation aus Tours vom 29. Oktober.) Daneben stand die billige Phrase: „Unter der Ägide der Republik werden wir weder im Innern noch im Äußern kapitulieren lassen.“ Unter dieser „Ägide“ sollte noch beides redlich gelernt werden, den Deutschen und der Pariser Kommune gegenüber. Vorläufig aber gab auch ein Franzose, der General Boyer, von Brüssel aus am 31. Oktober dem unbeschämten Landsmann die zutreffende Antwort: „Beleidigungen und gewaltsame Angriffe sind die einzigen Gründe, über welche Herr Gambetta verfügen kann. Im Namen der ganzen Rheinarmee und ihres ruhmvollen Führers erkläre ich, daß Herr Gambetta das öffentliche Gewissen ebenso wie unsere tapferen Soldaten verleumdet hat. Wir haben nicht kapituliert mit der Pflicht, nicht mit der Ehre, wir haben kapituliert mit dem Hunger.“

Die Wirkung dieses Ereignisses war eine tiefgehende, namentlich bei allen Franzosen, die noch kühler Überlegung fähig waren. Hatte Metz kapituliert, wie sollte Paris den Deutschen widerstehen können, wo Hunderttausende unnützer Esser eingeschlossen waren? Schon am 21. Oktober hatte Herr Thiers die englische Diplomatie um einen Passierschein für sich durch die deutsche Belagerungslinie nach Paris bei Bismarck ersuchen lassen und ihn gewährt erhalten. Jetzt, nach dem Falle von Metz, erschien Thiers am 30. Oktober in Versailles, um Bismarck mitzuteilen, er gedenke sich zunächst mit den verschiedenen Mitgliedern der Regierung der nationalen Verteidigung in Paris und Tours in Verbindung zu setzen, und dann Waffenstillstandsverhandlungen im deutschen Hauptquartier anzuknüpfen. Am 30. begab sich deshalb Herr Thiers nach Paris hinein und kehrte von da am 31. ins Hauptquartier zurück. Bis-

marck empfing ihn mit achtungsvollem Entgegenkommen und widmete diesen Verhandlungen reichlich vier Tage, der beste Beweis für die Ernstlichkeit der Bemühungen des Bundeskanzlers, diesmal ein Ergebnis zu stande zu bringen.*) Mit dem Könige und den leitenden Militärs hatte er zuvor erwogen, daß ein Waffenstillstand von vierwöchiger Dauer, wie ihn Herr Thiers wünschte, um die Wahlen und Beratungen einer französischen Nationalversammlung inzwischen zu ermöglichen, wie jeder Waffenstillstand „an und für sich für Deutschland alle die Nachteile bedingt, mit denen für eine Armee, deren Verpflegung auf weit zurückgelegenen Hilfsquellen beruht, jede Verlängerung des Feldzuges verbunden ist. Dagegen würde der Waffenstillstand Frankreich die Möglichkeit gewährt haben, die eigenen Hilfsquellen zu entwickeln und beim etwaigen Wiederbeginn der Feindseligkeiten uns widerstandsfähige Truppenkörper entgegenzustellen, welche jetzt noch nicht vorhanden sind.“ Gleichwohl wurde Bismarck vom Könige ermächtigt, einen Waffenstillstand von 28 Tagen „auf Grund des einfachen militärischen status quo am Tage der Unterzeichnung“ zu gewähren und selbst im Elsaß die Wahlen völlig frei zu gestatten.

„Ich war erstaunt“, erklärt Bismarck in seinem Rundschreiben vom 8. November, „als der französische Unterhändler diese Vorschläge, bei welchen alle Vorteile auf französischer Seite waren, ablehnte, und erklärte, einen Waffenstillstand nur dann annehmen zu können, wenn derselbe die umfassende Verproviantierung von Paris einschließe. Ich erwiderte, daß diese Zulassung eine so weit über den status quo und jede billige Erwartung hinausgehende militärische Konzession enthalte, daß ich ihn fragte, ob er ein Äquivalent dafür zu bieten im stande sein werde und welches?“ Als solches bezeichnete Bismarck die Übergabe von einem oder zwei Pariser Forts. Thiers verneinte bestimmt und erklärte, er müsse die Forderung der Verproviantierung von Paris stellen, ohne dafür etwas anderes bieten zu können, als die Bereitwilligkeit der französischen

*) Rundschreiben Bismarcks vom 8. November. Hahn, *II*, S. 163/170. Thiers' Rundschreiben S. 166/170.

Regierung, der französischen Nation die Wahl einer Vertretung zu gestatten, mit welcher wahrscheinlich über den Frieden unterhandelt werden könne. Dieses vorläufige Ergebnis legte Bismarck dem König und dessen militärischen Ratgebern vor. „Seine Majestät war mit Recht befremdet über so ausschweifende militärische Zumutungen", berichtet Bismarck weiter, „die unglaubliche Forderung, daß wir die Frucht aller seit zwei Monaten gemachten Anstrengungen und errungenen Vorteile aufgeben, und daß die Verhältnisse auf den Punkt zurückgeführt werden sollten, auf welchem sie beim Beginn der Einschließung von Paris gewesen waren, konnte nur von neuem den Beweis liefern, daß man in Paris nach Vorwänden, der Nation die Wahlen zu versagen, suchte, aber nicht nach einer Gelegenheit, dieselben ohne Störung zu vollziehen." Das zeigte sich besonders klar, als die Herren Favre und Trochu am 5. November bei einer Besprechung mit Thiers in der Vorpostenlinie auch die letzten Vorschläge Bismarcks zur Vermeidung erneuter Feindseligkeiten abwiesen: entweder einen kürzeren Waffenstillstand, oder die Ausschreibung und Vollziehung der Wahlen ohne Waffenstillstand, in welchem Falle Bismarck „die freie Zulassung und die Gewährung aller mit der militärischen Sicherheit irgendwie vereinbaren Erleichterungen" zugesagt hatte. Am 7. November reiste Thiers nach Tours. So waren auch diese Waffenstillstandsverhandlungen gescheitert, obwohl die Deutschen am 30. Oktober bei Le Bourget abermals siegreich gegen die Pariser Besatzung gefochten hatten, und bald nachher, am 30. November und 2. Dezember, auch den Plan Ducrots zu nichte machten, bei Brie sur Marne und Champigny die sächsisch-württembergischen Linien zu durchbrechen, um den von Orleans her erwarteten Befreiern die Hand zu reichen, nachdem Orleans am 9. November wieder von den Franzosen besetzt worden war. Die Pariser Machthaber standen eben damals schon, wie ein blutiger Straßenkampf vom 31. Oktober bewies, unter der drohenden Schreckensherrschaft der Kommune.

Um so eindringlicher verlangte Bismarck deshalb den baldigen Beginn des Bombardements von Paris. Dessen Verzögerung bil-

det viele Wochen lang — leider viele Wochen lang! — den vornehmsten Gegenstand seiner Sorgen und Kümmernisse und macht ihn längere Zeit sogar körperlich krank.

Am 30. November ist er darüber so verärgert, daß er ernstlich vorhat, seine Entlassung zu fordern.*) Seine Äußerungen berechtigten Unmutes gegen die Tafelrunde und Gelegenheitsgäste sind zahllos. Immer und immer wieder fordert er die Beschießung von Paris gerade aus Gründen der Menschlichkeit, d. h. aus Fürsorge für die armen deutschen Soldaten und Landwehrleute, die täglich den zahllosen Geschossen der Pariser Forts ausgesetzt sind, solange diese selbst nicht unter Feuer genommen werden, und da die deutschen Krieger unter höchst ungünstigen Verhältnissen die Belagerung während der Wintermonate fortsetzen müssen, während ein energisches Bombardement die französische Hauptstadt — wie der spätere Erfolg zeigte — binnen wenig Wochen zur Kapitulation zwingen, und damit dem Kriege selbst ein Ende machen würde. Die Regungen von Menschlichkeit, welche sehr hohe Damen gegen das Bombardement zu Gunsten der Pariser ins Feld führten, und zwar leider mit dem Erfolge, daß ihnen zu Liebe das Bombardement wesentlich verzögert wurde, vermochte Bismarck natürlich als berechtigt nicht anzuerkennen; im Gegenteil klagte er seinen Getreuen oft und bitter darüber, wieviel Unberufene sich „in sein Geschäft" drängten und wie unendlich schwer es falle, mit ihnen fertig zu werden. Außerdem aber war die lange Verschiebung des Bombardements in Bismarcks Augen vor allem ein schwerer politischer Fehler, da die deutsche Kraft und Leistungsfähigkeit dadurch bei den Franzosen wie beim Ausland in ein übles Licht gesetzt, der Kampf à outrance ermuntert und die Gefahr der Einmischung des Auslandes wesentlich erhöht und verlängert wurde. Die Gründe, welche das Werk des Generalstabes und selbst die nachgelassenen Schriften Moltkes für den späten Beginn der Beschießung von Paris anführen, werden nicht viele überzeugen, zumal da wir aus Roons Denkwür-

*) Busch, a. a. O. Bd. II, 47.

digkeiten*) wissen, daß die hohe Autorität dieses trefflichsten Kriegsministers im scharfen Gegensatze zu Moltkes Auffassung stand — der noch bis Mitte Dezember meinte, Paris allein durch Hunger zwingen zu können — und daß Roon schon in Ferrières (am 25. September) die Hoffnung auf die baldige Eröffnung der Beschießung von Paris ausgesprochen hatte. Am 14. Oktober schreibt er, die Kanonen würden nun wohl in 14 Tagen gegen Paris donnern. „Hier schießen wir noch immer nicht. Weßhalb?" klagt er der Gattin am 28. November. „Es wird eben jetzt ein letzter Versuch gemacht, die Angelegenheit in Gang zu bringen, um ein würdiges Punktum zu setzen, und nicht statt dessen einen kolossalen schmutzigen Klecks, der die glorreiche Geschichte dieses Feldzuges verunzieren und die errungenen Lorbeeren der deutschen Waffen verunglimpfen würde. Wenn doch die sonst so vorlaute Presse einmal diese Unthätigkeit und Faulheit tüchtig geißeln möchte! Aber Ihr wißt nicht, wer dahinter steckt." Am 10. Dezember schreibt er weiter: „Die Aussichten auf den lange verschobenen Artillerie-Angriff sind immer noch weit aussehend und die Lust zum Knacken dieser harten Nuß scheint in gewissen Kreisen noch immer — Unlust zu sein. Ich glaube das Meinige gethan zu haben. Genug davon — ich habe vielleicht ohnehin schon zu viel gesagt, weil man nicht alles sagen darf, was wahr ist." Nachdem dann endlich am 17. Dezember auch Moltke der Beschießung zugestimmt hat, die „in etwa 14 Tagen" beginnen soll, meldet Roon das der Gattin, setzt aber hinzu: „Freilich kann ich nicht wissen, welche Hindernisse die Politik des passiven Widerstandes inzwischen ersinnen wird, um die Ausführung der königlichen Befehle ferner hinauszuschieben. Ich habe in dieser Frage meine Stellung so unzweideutig genommen, daß mich niemand mehr als mitverantwortlich für diese Versäumnis halten kann." — „Bismarck ist mit meinen Ansichten vollkommen einverstanden", heißt es am Schlusse eines Weihnachtsbriefes Roons an die Gemahlin. „Er hält mich überhaupt jetzt ziemlich warm,

*) Bd. II, S. 498/99, 510/11, 515/16, 524 u. s. w.

weil seine Spannung mit Moltke (und besonders mit dessen Planeten) seitdem bedenklich zugenommen hat." Als dann endlich am 27. Dezember das deutsche Geschützfeuer zunächst auf den Mont Avront eröffnet wurde, zeigte sich sofort die gewaltige Wirkung. Denn dieses Fort wurde von den Franzosen „fast im Galopp geräumt"*), und des Verfassers jüngster Bruder nahm als erster deutscher Offizier Besitz davon.

Endlich bethätigte Bismarck seine energische Politik der Kriegführung auch in der schonungslosen Brandmarkung des Ehrenwortbruches französischer Offiziere — die er in einem Rundschreiben vom 14. Dezember alle namentlich aufführte, an ihrer Spitze die Generale Ducrot, Barral und Cambriels — und in der öffentlichen aktenmäßigen Feststellung aller völkerwiderrechtlichen Barbareien und Verbrechen der französischen Kriegführung. Dies wurde namentlich in einer Zirkulardepesche vom 9. Januar 1871 gründlich besorgt. Mit seiner Anregung freilich, diese Schandthaten mit dem Tode oder doch mit entehrenden harten Strafen zu ahnden, drang er bei der „Menschlichkeit" sentimentaler Berater des Königs nicht durch. Doch er mochte es als einen tröstenden Erfolg seiner Beharrlichkeit betrachten, daß wenigstens die deutschen Geschütze den Parisern die Musik zum neuen Jahre aufspielten. Die neueren Ausfalls- und Durchbruchsversuche der Pariser Besatzung waren sämtlich zurückgewiesen. Überdies war die französische Nordarmee am 27. November bei Amiens geschlagen, die Loire-Armee, nachdem die Deutschen am 4. Dezember Orleans wieder genommen, in unaufhaltsamem Zurückweichen begriffen. Offenbar hatte man es nur noch mit den letzten verzweifelten Zuckungen des französischen Widerstandes zu thun.

Mitten in diesen kriegerischen Sorgen und Mühen hielt Bismarck auch stets die Augen scharf auf die Haltung der Neutralen gerichtet. England und Luxemburg durften sich eine Sammlung höchst deutlicher und kräftiger Noten Bismarcks anlegen, in welchen sämtliche Verletzungen der Neutralität seitens dieser Staaten —

*) Roon, Denkw. II, 499.

Englands Handelssinn betrieb (wie schon öfter erwähnt) namentlich Waffensendungen nach Frankreich — scharf gerügt wurden. Auf der anderen Seite aber bewies er den noch mehr feindseligen als lauen „Neutralen", wie viel Deutschlands Freundschaft wert sei und wie treu sie dem Freunde gehalten werde. Als Freund Deutschlands hatte sich seit dem Ausbruche des Krieges nur Rußland erwiesen. Seit Jahren schon hatte Rußland die demütigende Bedingung des Pariser Friedens von 1856 bitter empfunden, welche dem Zarenreiche gebot, auf dem Schwarzen Meere nur eine ganz geringe Zahl von Kriegsschiffen zu halten. Wir wissen, daß Bismarck schon seit Jahren bereit war, dem befreundeten Staate bei Beseitigung dieser unerträglichen Beschränkung hilfreiche Hand zu leisten. Sicherlich ist diese Angelegenheit auch bei den Besprechungen in Ems Anfang Juni 1870 zur Sprache gekommen, und gewiß hat Fürst Gortschakoff sie nicht ohne Bismarcks ausdrückliche Zustimmung während des deutsch-französischen Krieges auf die europäische Tagesordnung gesetzt. Aber freilich geschah das in einer wenig europäischen Form. Am 19. Oktober zeigte nämlich Fürst Gortschakoff den Mächten einfach an: daß der Zar „an die Verpflichtungen des Pariser Vertrages von 1856, insoweit dieselben seine Souveränitätsrechte im Schwarzen Meer einschränken, sich nicht länger mehr gebunden erachten kann." Vielleicht war jedoch auch diese Form nicht ohne Bismarcks Wissen gewählt. Denn wenn Rußland in diesen kriegerischen Zeiten den Wunsch einer Revision des Vertrages von 1856 auf einer europäischen Konferenz geäußert hätte, so würden alle anderen Mächte wahrscheinlich abgelehnt haben. Durch die einseitige russische „Kündigung" dieses Vertrages aber waren namentlich England und Österreich vor die Frage gestellt, ob sie sich etwas derartiges bieten lassen könnten, ohne als Mitunterzeichner des Pariser Friedens von 1856 von ihrer Großmachtstellung abzudanken, oder aber den Krieg zu beginnen. Lord Granville redete in seinen Antworten in der That von Krieg. Er redete wenigstens davon.*) Herr v. Beust holte die stärksten Ausdrücke,

*) Noten und Aktenstücke bei Hahn, II, S. 183—192.

welche die ihm angeborene sächsische Höflichkeit zuließ, aus seinem diplomatischen Wörterbuche. Er sprach von „peinlichem Bedauern", von „der schweren Verantwortlichkeit der kaiserlich russischen Regierung", von „einer Erregung der Geister im westlichen Europa, die der Sache des Friedens sehr abträglich ist". Natürlich erklärte nun Gortschakoff am 8. November, daß er nicht daran gedacht habe, Europa zu umgehen und zu beleidigen. Gern sei er bereit, den Mächten das russische Verlangen auf einer Konferenz vorzulegen. Sofort schlug Bismarck am 23. November Konstantinopel oder Petersburg, wenige Tage darauf aber London zum Sitze dieser Konferenz vor. Für England und Österreich war Krieg gegen Rußland — wegen dieser geringfügigen Pontusfrage obendrein — ein böses Wort, und sie willigten daher ohne weiteres in Bismarcks Vorschlag. Vergebens suchte Lord Lyons in Tours die dortigen französischen Machthaber zur Beschickung der Konferenz zu bewegen, da dann der englische Standpunkt in London eine europäische Stimme mehr gezählt hätte. Vergebens stellte er Herrn v. Chaudordy vor, daß „eine Zusammenkunft der Vertreter der Großmächte, unter denen auch Frankreich nicht fehle, gerade in dem Augenblick für dasselbe vorteilhaft sein würde." Herr v. Chaudordy blieb bei seinem Sprüchel: „Die französische Regierung könne an einer Konferenz nicht teilnehmen, welche auf Preußens Anlaß und unter den Auspizien Preußens stattfinden solle. Auch könne die Regierung in Tours keine Entscheidung ohne Verhandlung mit der Regierung in Paris treffen." Am 27. Dezember hatte die Regierung in Tours und Paris sich aber doch schlüssig gemacht, Herrn Jules Favre nach London zu entsenden, und dieser ersuchte den Grafen Bismarck um einen Geleitschein durch die deutschen Linien, unter der Angabe des Zweckes seiner Reise.*) Bismarck erwiderte (am 16. Januar 1871), er könne den erbetenen Geleitschein nicht erteilen, nachdem Favre ihm amtlich den Zweck seiner Sendung mitgeteilt habe, den er den Vorposten hätte verschweigen können, worauf er seinen Paß

*) Die Aktenstücke bei Hahn, II, S. 210—215.

erhalten haben würde. „Denn“, sagte Bismarck, „ich würde auf eine amtliche Verhandlung nicht haben eingehen können, welcher die Voraussetzung zu Grunde lag, daß die Regierung der nationalen Verteidigung völkerrechtlich in der Lage sei, im Namen Frankreichs zu handeln, solange sie nicht mindestens von der französischen Nation selbst anerkannt ist.“ Außerdem aber gab er dem tapferen Franzosen, der das Wort „Kein Zoll breit unseres Landes, kein Stein unserer Festungen!“ erfunden hatte, zu bedenken: „ob es ratsam ist, daß Sie Paris und Ihren Posten als Mitglied der dortigen Regierung jetzt verlassen. Ich kann kaum annehmen, daß Ew. . . . in der kritischen Lage, an deren Herbeiführung Sie einen so wesentlichen Anteil haben, sich der Möglichkeit werden berauben wollen, zu einer Lösung mitzuwirken, wofür die Verantwortlichkeit auch Sie trifft.“ Jules Favre verzichtete hiernach auf seine Teilnahme an der Londoner Konferenz, und Bismarck hatte eine Woche später, als Favre zu Kapitulationsverhandlungen in Versailles erschien, die Freude, aus seinem Munde zu hören, er habe die Mahnung an seine patriotische und verantwortliche Pflichterfüllung dankbar aufgenommen. Die Pontuskonferenz in London aber, die bis zum 13. März 1871 dauerte, erfüllte alle Wünsche Rußlands.

Sehr wichtig für die Beurteilung Bismarcks im späteren „Kulturkampf“ ist endlich die Thatsache, daß der Kanzler auch inmitten der Überarbeit dieser Kriegsmonate dem Oberhaupte der katholischen Christenheit, dem Papste, seine lebhafteste Sympathie zuwandte. Schon als Graf Arnim aus Rom namens des Kardinalstaatssekretärs Antonelli anfragte, ob der Papst, falls er Rom verlassen wolle, auf die Unterstützung des Königs von Preußen dafür rechnen könne, daß man ihn ungehindert und in schicklicher Form abreisen lasse, antwortete Bismarck am 8. Oktober aus Versailles bejahend. Am nämlichen Tage richtete er an den norddeutschen Gesandten in Florenz telegraphisch die Weisung, der italienischen Regierung die Hoffnung auszusprechen, daß sie „die Freiheit und Würde des Papstes unter allen Umständen und auch dann achten werde, wenn der Papst wider Erwarten eine Verlegung seiner

Residenz beabsichtigen sollte. Se. Majestät der König hält den norddeutschen Bund nicht für berufen zu unaufgeforderter Einmischung in die Verhältnisse anderer Länder, glaubt aber den norddeutschen Katholiken gegenüber zur Beteiligung an der Fürsorge für die Würde und Unabhängigkeit der katholischen Kirche verpflichtet zu sein." Italien gab darauf die bündigste Zusage. Freilich dachte Bismarck, indem er so schrieb, nicht entfernt daran, den preußischen Staat und das Deutsche Reich etwa der römischen Hierarchie unterzuordnen, oder dem Papste wieder zu seinem Kirchenstaate zu verhelfen. Eben dahin aber suchten schon damals einige ultramontane deutsche Bischöfe zu drängen. So forderte Bischof Ketteler von Mainz in einem Schreiben an den Bundeskanzler vom 1. Oktober die Ausdehnung der berufenen Kirchenartikel der preußischen Verfassung auf das ganze Deutsche Reich, da nur so der Bekenntnisfrieden der Katholiken zu wahren sei. Der streitbare Bischof verwechselte dabei wohl nicht unabsichtlich Kirchengewalt und Religionsfrieden. Denn er forderte die ganz erhebliche Steigerung der ersteren, und zwar in dem Maße, daß alle Gesetze und Verträge, welche insbesondere in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen diese Gewalt weise beschränkten, aufgehoben werden sollten. Bismarck hielt gegen die süddeutschen Staaten jeden Zwang selbst zu Gunsten der wichtigsten nationalen Interessen für unzulässig. Noch viel weniger konnte er ihn also für ultramontane Interessen ausüben. Ebensowenig Erfolg hatte der Erzbischof Ledochowski von Posen, der am 8. November 1870 dem Bundeskanzler in Versailles persönlich eine Adresse zu Gunsten der Wiederherstellung des Kirchenstaates überreichte, wogegen der Papst sich verpflichten wolle, bei der französischen Regierung für Deutschlands Interessen zu intervenieren. Bismarck vermochte sich weder von dieser Intervention Pius IX. bei den schnöden Voltairianern der französischen Regierung etwas zu versprechen, noch namentlich die Behauptung der von Ledochowski überreichten Adresse als richtig anzuerkennen: „Die Regierung Italiens müsse wieder herausgeben, was nicht Eigentum Italiens, sondern der Katholiken sei, und das Machtwort, durch

das nur der König Wilhelm das bewirken könne, sei er den vielen Millionen Christen schuldig, die unter seinem glorreichen Scepter lebten.“ Diese ultramontanen Übertreibungen hatte Bismarck schon Anfang Oktober durch einen Untergebenen im Bundeskanzleramt zu Berlin, „der ganz in Savignys Stricken“ war, sattsam kennen gelernt, und gelassen dazu bemerkt: „Er ist außer sich, daß wir den Papst nicht gerettet haben.“ Die Verhandlungen mit Ledochowski setzte Bismarck auch am 9. November fort, aber sie hatten nicht mehr die Wiederherstellung des Kirchenstaates zum Gegenstande, sondern das Asyl des Papstes, falls dieser etwa Rom verlasse. Bismarck erzählte darüber seiner Tafelrunde am Abend jenes Tages: „Der Papst wird vielleicht doch aus Rom gehen müssen. Wohin aber? Nach Frankreich kann er nicht, da ist Garibaldi. Nach Österreich mag er nicht. Nach Spanien? Ich habe ihm — Bayern vorgeschlagen.“ Nach einem Augenblicke des Nachsinnens fuhr er fort: „Es bleibt ihm nichts als Belgien — oder Norddeutschland. Es ist in der That schon angefragt, ob wir ihm ein Asyl gewähren könnten. Ich habe nichts dagegen einzuwenden — Köln oder Fulda. Es wäre eine unerhörte Wendung, aber doch nicht so unerklärlich, und für uns wäre es recht nützlich, wenn wir den Katholiken als das erschienen, was wir in Wirklichkeit sind, als die einzige Macht gegenwärtig, die dem obersten Fürsten ihrer Kirche Schutz gewähren könnte und wollte. Für die Opposition der Ultramontanen hörte jeder Vorwand auf — in Belgien, in Bayern. Mallinckrodt träte auf die Seite der Regierung. In Deutschland, wo man den Papst vor Augen hätte als hilfesuchenden Greis, als guten alten Herrn, als einen der Bischöfe, der wie die andern ißt und trinkt, eine Prise nimmt, wohl gar auch seine Zigarre raucht — da hat's keine große Gefahr. Na, und schließlich, wenn nun auch etliche Leute in Deutschland wieder katholisch würden — ich werd's nicht —, so hätte das nicht viel zu bedeuten, wenn sie nur gläubige Christen wären. Die Konfessionen machen's nicht, sondern der Glaube. Man muß toleranter denken.“

Wir verfolgen nunmehr die auf den Ausbau Deutschlands im

Sinne eines Nationalstaates gerichtete große politische Arbeit Bismarcks während der letzten Monate des Jahres 1870. Gerade zu Beginn dieser Zeitspanne hatte er zunächst wieder einmal Gelegenheit, jene ihm eigentümliche politische Duldsamkeit zu beweisen, die keinen verächtlichen Teil seines nationalen Programms bildete. Der Generalgouverneur der deutschen Küstenlande Vogel v. Falckenstein hatte einige Führer der radikalen und sozialdemokratischen Partei, welche sich nach Sedan für sofortigen Friedensschluß mit Frankreich und gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen öffentlich erklärten, verhaften und nach der Festung Lötzen abführen lassen, darunter am 20. September den Abgeordneten Johann Jacoby. Dieser wandte sich beschwerend und mit der Bitte, seine Freilassung zu bewirken, an Bismarck, welcher seinerseits am 3. Oktober antwortete: er vermöge zwar, da der Wirkungskreis des General-Gouverneurs der Küstenlande außerhalb der amtlichen Zuständigkeit des Bundeskanzlers liege, einen direkten Einfluß nicht auszuüben. Falckenstein habe jedoch die Einsendung von Schriftstücken zur Beurteilung des Falles zugesagt, die noch nicht vorlägen. „Sobald dieselben eingegangen, werde ich mich freuen, wenn die Überzeugung, die ich von der Sachlage gewinne, mir gestattet, für die Erfüllung Ihrer Wünsche thätig zu sein.“ Das geschah dann in der That, und zuvor bereits verurteilte Bismarck das Vorgehen Falckensteins vor den Versailler Getreuen in harten Worten, namentlich die politische Unklugheit der Maßregel. Als einer der Herren Freude darüber äußerte, daß man „den faulen Schwätzer eingespunden“, entgegnete Bismarck nachdrücklich: „Ich freue mich darüber ganz und gar nicht. Der Parteimann mag das thun, weil seine Rachegefühle dadurch befriedigt werden. Der politische Mann, die Politik kennt solche Gefühle nicht. Die fragt nur, ob es nützt, wenn politische Gegner mißhandelt werden.“

Dieselbe maßvolle Haltung zeigte Bismarck aber auch in den wichtigsten nationalpolitischen Verhandlungen jener Monate, in denen mit den süddeutschen Staaten. Der mächtigste Fürst Süddeutschlands, der König Ludwig von Bayern, hatte zuerst, schon im Sep-

tember, seine Geneigtheit ausgesprochen, dem norddeutschen Bunde beizutreten. Darauf hatte zunächst Minister Delbrück in München längere Zeit verhandelt. Die übrigen süddeutschen Staaten folgten natürlich dem gegebenen Beispiel, und vom 19. Oktober an trafen die süddeutschen Minister in Versailles ein, um mit Bismarck persönlich über die Bedingungen des Beitritts ihrer Staaten zum Nordbund, sowie über die künftige Gesamtverfassung Deutschlands zu verhandeln. Diese Beratungen begannen am 25. Oktober und wurden zunächst mit jedem Staate gesondert gepflogen. Bayern war in die Münchener Besprechungen anfangs mit der Forderung eingetreten, daß die norddeutsche Bundesverfassung im föderativen Sinne wesentlich umgestaltet und gelockert werden müsse, sah sich aber schon damals von den drei anderen süddeutschen Regierungen in diesem Streben allein gelassen und gab es darum auf. In Versailles suchte es nur noch thunlichst viele und wichtige „Reservatrechte" für sich zu erhalten. Mit Württemberg, Baden und Hessen kam man rascher vorwärts. Dagegen hemmten die kronprinzlichen Ideen vom „freisinnigen Ausbau" der deutschen Reichsverfassung nach dem unbrauchbaren englischen Vorbilde — mit Reichsministern und Oberhaus — die Verhandlungen sehr, da sie Bayern mit Grund argwöhnisch machten gegen völlig unannehmbare Bedingungen und Verfassungsgrundlagen. Am 3. November schrieb der Kronprinz in sein Tagebuch: „Delbrück meint, man habe doch einen neuen Bundesgenossen wie Bayern im gegenwärtigen Augenblick nicht mit Gewalt zum Eintritt zwingen können, ich aber behaupte, daß wir uns unserer Macht gar nicht bewußt sind, folglich (!) in dem gegenwärtigen weltgeschichtlichen Augenblick das, was wir wollen, auch zweifellos können, nur Gott sei es geklagt, fragt es sich, was wir wollen, und wer jetzt etwas ernstlich will." Bismarck hatte sich auch einige konservative Vertraute, namentlich den alten Freund Moritz von Blanckenburg, nach Versailles verschrieben, um deren Wünsche bezüglich der künftigen deutschen Reichsverfassung zu vernehmen. Wir werden diese wunderlichen Wünsche bald kennen lernen. Aber man kann sich denken, wie sehr Bismarck durch alle diese schlechthin un-

vereinbaren und unannehmbaren Vorschläge, Verlangen und Einreden in seinem großen nationalen Einigungswerke aufgehalten und ermüdet wurde. Tiefe Klagen strömten da im engen Kreise Vertrauter oft über seine Lippen. So rief er am Spätabend des 9. November: „Ich dachte eben wieder einmal, was ich oft schon gedacht habe, wenn ich doch nur einmal auf fünf Minuten die Gewalt hätte, zu sagen: So wird es und so nicht. Daß man sich nicht mit Warum und Darum abzuquälen, zu beweisen und zu bitten hätte bei den einfachsten Dingen. Dieses ewige Reden- und Bettelnmüssen!"

Doch Bismarck überwand alle diese Schwierigkeiten. Am 15. November traten Baden und Hessen dem „deutschen Bunde" bei — wie das deutsche Reich anfangs genannt wurde, am 23. auch Bayern, am 25. Württemberg. Als der Vertrag mit Bayern am 23. abends nach 10 Uhr in Bismarcks Quartier in Versailles unterzeichnet war, trat er mit einem Becher an den Tisch seiner Getreuen im Nebenzimmer, setzte sich zu ihnen und sagte bewegt: „Nun wäre der bayerische Vertrag fertig und unterzeichnet. Die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch." Er ließ eine Flasche Champagner bringen. „Es ist ein Ereignis. Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemußt, und er kann recht haben — mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren — was sind Verträge? Wenn man muß! — und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind. — Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber er ist so fester. Ich rechne ihn zu dem wichtigsten, was wir in diesen Jahren erreicht haben. Was den Kaiser betrifft, so habe ich ihnen den bei den Verhandlungen damit annehmbar gemacht, daß ich ihnen vorstellte, es müsse für ihren König doch bequemer und leichter sein, gewisse Rechte dem deutschen Kaiser einzuräumen, als dem benachbarten Könige von Preußen." Die

Erfahrung von 24 Jahren hat diesen weisen Worten und dieser maßvollen Bundesfreundlichkeit des Kanzlers vollständig Recht gegeben, und auch in den nationalsten Kreisen scheute man bald vor der Verantwortlichkeit zurück, die Versailler Verträge zu verwerfen, um etwas vollkommneres an deren Stelle zu setzen, da dann die deutsche Einheitsbewegung ins Stocken geraten und dem Ausland, namentlich Österreich, die Lücke gezeigt worden wäre, wo man den Keil zum Auseinandertreiben hätte einsetzen können. Besonders Fürst Hohenlohe wirkte persönlich unter den Abgeordneten des am 24. November zusammentretenden norddeutschen Reichstages in diesem Sinne. Am 23., an demselben Tage, da in Versailles der Abschluß des Vertrages mit Bayern erfolgte und Bismarck die obigen denkwürdigen Worte sprach, fuhr der Verfasser im nämlichen Koupé mit dem Fürsten Hohenlohe von Leipzig nach Berlin. Auch Ludwig Bamberger that sein Bestes in der Richtung, die Abgeordneten zur unveränderten Annahme der Verträge zu bestimmen. Er kam zu diesem Zwecke anfangs Dezember direkt von Bismarck aus Versailles nach Berlin. In der kurzen Zeit vom 24. November bis 10. Dezember beriet und genehmigte der norddeutsche Reichstag alle Vorlagen, die Verträge nur mit einer einzigen — vom Minister Delbrück genehmigten bedeutsamen Abänderung, daß nämlich an die Stelle der Vertragsworte „Bundes-Oberhaupt" und „Deutscher Bund" Kaiser und Reich gesetzt werde.

Abermals war es bekanntlich der König von Bayern gewesen, der in dem berühmten Schreiben an König Wilhelm von Ende November den Vorschlag gemacht hatte: „Daß die dem Bundespräsidium nach der Verfassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Ew. Majestät im Namen des gesamten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben." Wir wissen heute, daß Bismarck auf bayerischen Wunsch den Entwurf dieses Schreibens selbst verfaßt, und daß König Ludwig in Hohenschwangau ihn unverändert hat abschreiben lassen und unterzeichnet hat. Graf Holnstein, der Oberstallmeister

des bayerischen Königs, brachte den Entwurf und die königliche Ausfertigung des Schreibens in der für die damaligen Verkehrsverhältnisse unglaublich kurzen Zeit von sechs Tagen von Versailles nach Hohenschwangau und von da nach Versailles zurück.

Im Laufe des Monats Dezember erfolgte dann auch die Genehmigung der Verträge durch die süddeutschen Kammern, am 30. Dezember in der Kammer der bayerischen Reichsräte. Am Jahresschlusse stand nur noch die bayerische Abgeordnetenkammer mit ihrer Entscheidung aus. Indessen wurden auch hier die Verträge am 21. Januar 1871 mit 102 gegen 48 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit genehmigt.

Am 16. Dezember abends traf die Reichstagsdeputation in Versailles ein, welche unter der Führung des Präsidenten Dr. Simson dem künftigen deutschen Kaiser die vom Reichstag beschlossene Adresse überreichen sollte. Die Deputation wurde vom König Wilhelm, der von einer großen Zahl deutscher Fürsten und preußischer sowie deutscher Prinzen umgeben war, am 18. Dezember in dem Königsschlosse Ludwigs XIV. empfangen. In tiefbewegenden Worten wies Präsident Simson auf die weltgeschichtliche Wandlung hin, die schon in dieser Thatsache liege. Auch der König berührte in seiner von Bismarck verfaßten Erwiderung an die Deputation „die wunderbare Fügung der göttlichen Vorsehung, die uns hier in der alten französischen Königsstadt zusammengeführt.“ Mit dem Dank an den Reichstag für die fast einmütige Genehmigung der Versailler Verträge verknüpfte der König die Bemerkung: „Der Reichstag hat, gleich den verbündeten Regierungen, diesen Verträgen zugestimmt in der Überzeugung, daß das gemeinsame staatliche Leben der Deutschen sich um so segensreicher entwickeln werde, als die für dasselbe gewonnenen Grundlagen von unseren süddeutschen Bundesgenossen aus freier Entschließung, nach Maßgabe ihrer eigenen Würdigung des nationalen Bedürfnisses, bemessen und dargeboten worden sind.“

Bismarcks klarer Blick hatte also erkannt, daß die norddeutsche Bundesverfassung als Hauptgrundlage der Verfassung des

deutschen Reiches festgehalten werden müsse, um alle die widerstreitenden Ansichten und Wünsche zu versöhnen, die sich, wie gezeigt wurde, bei den Versailler Verhandlungen geltend machten. Vor allem war auf dieser bewährten Verfassungsgrundlage der uralte deutsche Machtstreit zwischen Kaiser und Reichsfürstentum, zwischen Haupt und Gliedern, Zentralgewalt und Landeshoheit, in genial-einfacher Weise geschlichtet und gelöst. Dieser meisterhaften realpolitischen Staatskunst gegenüber nehmen nun die Rezepte, welche die preußischen Altkonservativen bei Behandlung der deutschen Verfassungsfrage verschrieben, ein fast humoristisches Gepräge an. Wir wissen, daß Bismarcks hochkonservative ehemalige Gesinnungsgenossen ihm bitter grollten, weil er seit 1866 „zu weit nach links gegangen" sei. Die preußische Indemnitätsvorlage, den hannöverschen Provinzialfonds, die Vorbereitung einer „liberalen preußischen Kreisordnung", die vermeintliche Bevorzugung der Nationalliberalen, vor allem aber auch „das Aufgehen Preußens in Deutschland" konnten sie ihm nicht vergeben. Gegen seine nationale Politik bäumte sich das partikularistische Selbstbewußtsein und das Standesinteresse der altpreußischen Junker grimmig auf. Einer ihrer Führer, der vormalige preußische Justizminister Graf Lippe, seit seinem Sturze im Dezember 1867 einer der schärfsten Gegner der Politik Bismarcks, wagte schon 1869 im Herrenhause den Antrag einzubringen: die Errichtung eines Bundesoberhandelsgerichtes für verfassungswidrig zu erklären; und dieser wundersame Antrag wurde nicht nur in der Kommission angenommen, sondern wäre zweifellos auch im Plenum durchgedrungen, wenn Bismarck nicht von Varzin aus am 13. November 1869 an den Vicepräsidenten des Herrenhauses, Fürsten Putbus, ein Schreiben gerichtet hätte, in welchem gesagt war: „In der deutschen Politik sind der Regierung so feste und tiefe Geleise vorgezeichnet, daß sie ohne schwere Schädigung des Staatswagens gar nicht aus denselben heraus kann. Wir werden durch den Antrag an eine Wand gedrängt, die gar kein Ausweichen gestattet, und hinter dem drängenden preußischen Herrenhause stehen Frankreich und Österreich, die sächsischen und süddeutschen Partiku-

laristen, die Ultramontanen und die Republikaner, Hietzing und Stuttgart. Die Regierung, wenn sie nicht die Politik von 1866 aufgeben will, kann nicht weichen, sie muß den Handschuh aufnehmen, und jedes Ministerium, welches dem jetzigen folgt, muß dies in verstärktem Maße thun. Außerdem ist der Beschluß ein Schlag ins Wasser, an den der Bund sich nicht kehren wird, der aber die Regierung und die gesamte Bundespolitik gezwungener Weise in Opposition mit dem Herrenhause bringt und zwischen beiden Häusern des Landtags einen Konflikt erzeugt, in welchem Flut und Wind mit der ganzen Kraft des deutschen Nationalgefühls zu Gunsten des Hauses der Abgeordneten und gegen das Herrenhaus laufen. Wenn es dem Grafen Lippe gelänge, seine Ansicht in dieser die ganze Lage beherrschenden Prinzipienfrage zur maßgebenden zu machen, so müßte er auch bereit sein, unsere Politik im Sinne seines Antrags weiter zu führen. Kann und will er das nicht, so treibt der Antragsteller und die, welche mit ihm stimmen, mit den höchsten Interessen des Landes ein strafbares und leichtsinniges Spiel."

Um die Wünsche des einsichtigen Teiles der alten Parteifreunde vor Abschluß des gesamtdeutschen Verfassungswerkes zu hören, hatte Bismarck, wie erwähnt, den Jugendfreund Moritz v. Blanckenburg nach Versailles kommen lassen. Aber nur mit Lächeln und Verdruß mag er die seltsamen Vorstellungen und Forderungen angehört haben, die Blanckenburg bezüglich der künftigen deutschen Reichsverfassung aussprach und dann in seiner Korrespondenz mit Roon in selbstgefälliger Breite niederlegte — und dabei erfreute sich Blanckenburg im ganzen der Zustimmung des sonst so klaren, aber freilich auch sehr altpreußisch-konservativen Roon. Da schreibt Blanckenburg, nach seiner Rückkehr von Versailles und dem wiedergewonnenen Straßburg nach Zimmerhausen, am 8. November an Roon:*) „Finster und traurig denke ich an die politische Zukunft. Ich habe in Berlin Itzenplitz, Eulenburg, Wagener und einen ganzen Haufen Freikonservative gesprochen. Auch die letzteren erschrecken über den kopf-

*) Denkwürdigkeiten, II, S. 503 fg.

losen Eintritt von Hessen, Württemberg, Baden in den Bund und sehen es als eine ausgemachte Sache an, daß die Mehrheit des neuen Reichstags vollständig verlaskern muß, da es unmöglich ist, von dort (aus Süddeutschland) andere Elemente zu bekommen. Was machen wir, wenn alles der Mehrheit des neuen Reichstages überantwortet wird? Am Militäretat zu sparen und die Dienstzeit herunterzusetzen, das bleibt das Streben aller Liberalen, so honigsüße Worte sie auch geben. Ja, eine innere Notwendigkeit drängt sie, sie müssen alles daransetzen, nach dem Frieden das Heer zu entwaffnen. Von 1871 an (da hilft keine Interpretationskunst) haben sie die Macht dazu. Ein Konflikt rettet dann nicht mehr wie 1861. Jetzt ist es noch Zeit, dem vorzubeugen. Man kann es, wenn man das Tabakmonopol mit als conditio in den neuen Bund bringt. Bismarck hat Unrecht, der Umformung des Bundesrates zu widerstreben. Ohne deutschen Kriegsminister ist die neue Armeeeinheit ein Unsinn. Es muß ein zweites (Parlament) geschaffen werden, wenn die Dinge nicht bleiben sollen, wie sie jetzt sind, d. h. unfertig, mit dem Keime des Todes in sich: 1/3 Bundesrat wie jetzt, 1/3 Fürstenwahl, d. h. Wahl der Regierungen der Staaten, und 1/3 aus der Wahl der Vertretungen. Ausschüsse ihnen vorsitzend. Da entsteht eine die Exekutive mithabende senatartige Korporation, die ein Gegengewicht gegen den alles sonst aufreibenden Reichstag gewinnen muß und gewinnen wird. Die Fürsten sehen sich so vertreten und behalten das Bewußtsein, daß sie mitregieren!" Wahrlich, diese deutsche Idealverfassung des biederen Junkers von Zimmerhausen hätte Deutschland zweifellos zu einem Ebenbilde Frankreichs gemacht, wie es der Kanzler und Geschichtschreiber Ludwigs des Elften, Philippe de Comines, schildert: zu „einer von der Vorsehung speziell regierten Konfusion." Der fernere Gang der nationalen Entwickelung Deutschlands wäre dann etwa der einer Uhr gewesen, welcher ein phantasievoller Windmüller zu jedem bestehenden Rade noch ein zweites hinzufügt. Da hätten wir beschert erhalten: süddeutsche Staaten, die nicht „kopflos", sondern jeder mit einem Sacke voll „Reservatrechten" dem Reiche

beigetreten wären; ferner das Tabakmonopol als narkotisches Kronrecht zur Betäubung aller Budgetrechtsgelüste des „verlaskerten" Reichstags; ferner, jedenfalls zu Bismarcks unaussprechlicher Freude und Bequemlichkeit, einen ihm gleichberechtigten „deutschen" Kriegsminister; endlich zur Bewältigung der „honigsüßen Worte" der bösen Liberalen ein „zweites" Parlament, bestehend aus einem „senatartigen" Gewimmel von Fürstenräten, Bundesstaatsräten und Kammerräten (d. h. von den Herrenhäusern Deutschlands gewählten Vertretern); diese „senatartige Korporation", die „den Keim des Todes" erstickt hätte, würde ihrerseits wieder alles und noch einiges andere haben treiben dürfen, nämlich erstens als „Gegengewicht gegen den sonst alles aufreibenden Reichstag" und zweitens als eine „die Exekutive mithabende senatartige Korporation", also zugleich als Parlament, Ministerium und Regierung. Offenbar hielt sich Blanckenburg durch seinen Umgang mit Bismarck für befähigt zu dieser staatsrechtlichen Offenbarung, dachte dabei aber nicht der bescheidenen Verse des Königs Ludwig I von Bayern:

So wie der Mond wär' dunkel, erstrahlte darauf nicht die Sonne,
So mein Liedchen, auch es, glänzte die Krone nicht drauf.

Aber selbst Roon, Bismarcks treuer Freund und Streitgenosse, einer der einsichtsvollsten Konservativen, blickte mit schweren konservativ-altpreußischen Sorgen in die Zukunft, da ihm Bismarcks nationale Politik, wie er später gestand, schon seit 1866 gegen den altpreußischen Strich ging. So schrieb er am 6. Februar 1871*) an Blanckenburg: „Das soll das letzte Stück sein, in dem ich mitspiele. Mag ein anderer Akteur meine Rolle übernehmen. Ein alter Kerl wie ich kann sich nur schwer in dem neu auf-, aber noch nicht ausgebauten kaiserlichen Schauspielhause zurechtfinden, in welchem Dekorationen, Bühne, Stichworte, Licht, Luft u. s. w. dem bisher Gewohnten und erträglich Befundenen widersprechen. Denn die National- und sonstigen Liberalen haben ganz recht, daß mit dem nun zu Ende gehenden Kampfe und dem errungenen Siege

*) Denkwürdigkeiten II, 544, mit dem falschen Datum 6./12. 71 (aus Versailles!).

eine ‚neue Aera‘ — wie sie es nennen — ‚freiheitlicher Entwickelung‘ anheben muß, in welcher die alten Fahnen und Schlagworte nichts mehr bedeuten als eine geschichtliche Erinnerung. Ich vermisse den Boden, auf dem eine konservative Partei der Zukunft fußen könnte, nachdem die bisherigen Vorkämpfer derselben wissend oder unwissend mit Blut und Leben dahin gewirkt haben, die alten Heiligtümer zu zerstören und den neuen Tempel zu bauen, dessen Oberpriester (Bismarck) selbst den alten Kultus aufzuopfern trachtet, um neuen Gottheiten Altäre zu bauen. Mit dem Hauptregisseur der neuesten Ära (Bismarck) bin ich daher vielfach grundsätzlich nicht im Einverständnis, aber dennoch ebensowenig in Uneinigkeit und Hader. Das will sagen: wiewohl ich fernere Lebensfähigkeit der patriarchalisch-konservativen Staatsidee, die uns einst gemeinsam war, bezweifeln muß, so wurzele ich doch mit meinem ganzen Fühlen und Denken zu sehr darin, als daß ich die Lossagung davon praktisch mitmachen könnte! Ich kann daher in einer meiner Vergangenheit nicht entsprechenden Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse wohl noch mitleben, aber nicht mitschaffen.“

Ebenso aufrichtig mißvergnügt über Bismarcks Politik schrieb Roon an Blanckenburg am 21. Mai 1874*): „Die Erfolge von 1866 oder vielmehr die an diese Erfolge geknüpften Illusionen von allgemeiner Versöhnung der Gegensätze haben uns das erste Bein gestellt, so daß unsere Politik ins bedenklichste Stolpern und Schwanken geraten, woraus uns zu erretten der Heldensprung von 1870/71 nicht gedient hat: die damit verknüpfte Berauschung verhinderte die Rückkehr zu gesunder Nüchternheit, und so taumeln wir denn an Abgründen hin weiter.“ Früher schon, am 8. Oktober 1873, hatte Roon geschrieben: „Durch Bismarcks Verdeutschung à tout prix ist mir mein preußisches Programm unbrauchbar geworden.“ Ebenso bezeichnend sind seine Äußerungen aus Versailles an die Gattin. Am 18. November 1870 schreibt er dieser nämlich u. a.: „Hierorts sind wir mehr in politischen als in mili-

*) Die nachstehend angeführten Briefstellen in Denkwürdigkeiten II, 638, 599.

tärischen Nöten. Ob es zu lebendigen oder zu bloßen Fehlgeburten kommen, ob das Kaiserhühnchen wohlgestaltet aus dem Ei kriechen wird, wer weiß das bis jetzt schon sicher?" Und am 17. Dezember: „Jetzt ist die Ankunft der Kaiser- (Adreß-) Deputation (des Reichstags) Tagesspräch. Ob ich dieser Titelvermehrung zujubele? Ach nein! Ich glaube indessen, daß sie eine unvermeidliche Folge unserer seit Jahren getriebenen Politik war, und daß man sich darüber jetzt weder zu wundern noch zu beklagen hat." So weit überragte Bismarck auch die einsichtigsten und erprobtesten Freunde! „Auch die Kreisrichter vermochten den Schritt der Weltgeschichte nicht aufzuhalten", wurde ihm aus Berlin telegraphiert, als der Reichstag die Versailler Verträge genehmigt hatte. Die altpreußischen Konservativen sollten dieselbe Erfahrung machen, aber sie ließen leider, wie später berichtet werden wird, den Kanzler den Grimm über ihre Ohnmacht bitter fühlen.

Wie am Abend des Sieges von Königgrätz, so war auch nach dem Abschluß und der Genehmigung der Versailler Verträge Bismarcks erster Gedanke: die Erneuerung der Freundschaft mit Österreich. Er teilte am 14. Dezember den Wortlaut der Verträge nach Wien mit, indem er diese Mitteilung begründete „nicht allein mit Rücksicht auf den Prager Frieden, sondern auch mit dem Wunsche, mit dem mächtigen und uns befreundeten Nachbarreiche Beziehungen zu pflegen, welche der gemeinsamen Vergangenheit ebenso wie den Gesinnungen und Bedürfnissen der beiderseitigen Bevölkerung entsprechen. Die bevorstehende Befriedigung der nationalen Bestrebungen und Bedürfnisse des deutschen Volkes wird der weiteren Entwickelung Deutschlands eine Stetigkeit und Sicherheit verleihen, welche von ganz Europa und besonders von den Nachbarländern Deutschlands nicht allein ohne Besorgnis, sondern mit Genugthuung wird begrüßt werden können. Deutschland und Österreich-Ungarn, wir dürfen es zuversichtlich hoffen, werden mit den Gefühlen gegenseitigen Wohlwollens aufeinander blicken und sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen." Selbst Graf Beust konnte nicht umhin, am

26. Dezember, auf Befehl seines Kaisers, entgegenkommend zu antworten. Freilich ging die Fähigkeit, die schönen Worte in Thaten umzusetzen, fast über seine Naturanlage, und so wurde er denn am 6. November 1871 plötzlich entlassen, um dem aufrichtig deutschfreundlichen Grafen Andrassy Platz zu machen.

Am Schlusse dieses Kapitels mögen einige persönliche Erlebnisse und Äußerungen Bismarcks während der Versailler Herbstmonate eingeschaltet werden. Da ist zunächst erwähnenswert eine Unterredung, die er am 21. Oktober mit dem Maire von Versailles, Rameau, hatte. Die Stadt war, weil sie dem Kurier des Königs nicht rechtzeitig einen Wagen gestellt hatte, in 100 Francs Strafe genommen worden. Da Rameau der Ansicht war, daß die Gemeindeverwaltung hiebei keine Schuld treffe, so weigerte er sich zu zahlen und verlangte von Bismarck selbst und persönlich den Erlaß der Strafe. Nachdem die Herren lebhaft ihre gegenteiligen Meinungen ausgesprochen hatten, erzählte der Maire zum Beweise dafür, „daß trotz der Heftigkeit des Kampfes die Humanität auf beiden Seiten noch nicht ihre Rechte verloren hat," der Gemeinderat von Versailles habe eben eine Belohnung von 50 Francs für einen preußischen Unteroffizier beschlossen, welcher beim Löschen eines Brandes sich rühmlich hervorgethan habe, und ferner habe ein Versailler Namens Poidevin einen preußischen Soldaten, der bei einem Sturz vom Wagen das Bein gebrochen, aufgehoben und verbunden. „Nun," sagte Bismarck, „wenn dieser Poidevin es brauchen kann, so geben Sie ihm die 100 Francs, welche Sie uns als Entschädigung schuldig sind, und die Sache mag damit erledigt sein." Poidevin erhielt in der That das Sümmchen.

Der badische Minister Jolly hatte dem Bundeskanzler, im Auftrage des Goldwarenfabrikanten Bissinger in Pforzheim, eine Goldfeder übersandt zu Unterzeichnung des Friedens. Bismarck war über das Kunstwerk sehr erfreut und zeigte es am 30. Oktober seiner Tafelrunde. Er fand es sehr schön, besonders die Fahne. Diese war oben etwa sechs Zoll lang und zu beiden Seiten mit kleinen Brillanten besetzt. Am 13. November dankte Bismarck dem freund-

lichen Geber für das „schöne und kunstreiche Geschenk" und fuhr fort: „Ich finde mich in einiger Verlegenheit, wie ich meinen Dank dafür aussprechen soll; in einer Zeit, wo das Schwert der deutschen Nation so ruhmreiche Thaten vollbracht hat, thun Sie der Feder beinah zu viel Ehre an, indem Sie dieselbe so kostbar ausstatten. Ich kann nur hoffen, daß der Gebrauch, zu welchem Sie diese Feder im Dienste des Vaterlandes bestimmen, dem letzteren zu dauerndem Gedeihen in einem glücklichen Frieden gereichen möge; und ich darf unter Gottes Beistand versprechen, daß sie in meiner Hand nichts unterzeichnen soll, was deutscher Gesinnung und des deutschen Schwertes nicht würdig wäre."

„Grob darf man nur gegen seine Freunde sein," sagte Bismarck in diesen Wochen einmal, als von der Behandlung der Feinde die Rede war. Und er selbst folgte einigermaßen diesem Worte, so oft er von den guten italienischen Freunden sprach, die mit und bei Garibaldi unter französischen Fahnen jetzt den Dank abstatteten, den sie und ihr Vaterland Preußen seit 1866 schuldeten. Als Garibaldi „auch seine Keile weg hatte" und Italiener in deutsche Gefangenschaft geraten waren, sagte Bismarcks Vetter Bohlen: man solle sie in Käfige setzen und öffentlich zeigen: „Nein," erwiderte der Kanzler, „ich hätte einen andern Plan. Man sollte die Gefangenen nach Berlin bringen, dort müßte ihnen ein Plakat von Pappe angehängt werden, auf dem stünde: ‚Dankbarkeit' — oder: ‚Venedig — Spandau' — und so würden sie durch die Stadt geführt" und dann nach Spandau geschafft.

So hart diese Worte klingen, so entsprangen sie doch nur dem lebhaften sittlichen Empfinden Bismarcks, das ihn die Dankbarkeit als unverbrüchliche und selbstverständliche Pflicht erachten ließ, die Undankbarkeit daher als schimpfliche Verletzung des Sittengesetzes. Wie tief er selbst von Dankbarkeit — insbesondere gegen die armen deutschen Verwundeten — durchdrungen war, bezeugte er mehrfach in Versailles in rührender Weise. So besuchte er am 1. Dezember die Verwundeten, die in den einstigen Prunksälen des Königsschlosses Ludwigs XIV. untergebracht waren. Er fragte

etwa ein Dutzend, ob sie mit der Verpflegung zufrieden seien, und als sie klagten, schritt er sehr entschieden beim Chefarzt persönlich ein. Namentlich tadelte er auch, daß man, mit Rücksicht auf die an den Wänden hängenden Bilder, nicht genügend einheize. „Als ob das Leben eines einzigen von unseren Soldaten nicht mehr wert wäre als der ganze Bilderkram im Schlosse." Infolge von Bismarcks Einschreiten wurde eine sehr genaue Untersuchung dieser Verhältnisse angestellt, die ergab, daß die gerügten Mängel in den reglementarischen preußischen Bestimmungen über die Verpflegung von Kranken und Verwundeten lagen. Der knappe preußische Etat war eben nicht auf die Verpflegung der Verwundeten in einem überwundenen feindlichen Lande vom Wohlstande Frankreichs zugeschnitten. Aber daß den Verwundeten in diesem Maßstabe fortan aus den Hilfsquellen des Landes mehr zufloß, das dankten sie Bismarcks Menschenfreundlichkeit und Gerechtigkeitssinn. Am folgenden Tage, am 2. Dezember, machte er, von einer Wagenfahrt in sein Quartier zurückkehrend, — wie er seiner Tafelrunde erzählte — die Entdeckung, daß die Mannschaft, welche das von ihm bewohnte Haus bewachte, „bisher ihr Lokal in der unheizbaren Wagenremise der Madame Jessé gehabt habe. Das ging aber nicht mehr (da jetzt einige Grad Frost waren), und so befahl ich dem Gärtner, ihnen die Hälfte des Warmhauses einzuräumen. ‚Da werden aber die Pflanzen von Madame erfrieren', erwiderte die Gärtnersfrau. ‚Schlimm', sagte ich, ‚aber besser, als wenn es den Soldaten so geht'." Als am 16. Dezember Fürst Putbus Bismarcks Gast war und erzählte, Fürst Pleß sammle für die Verwundeten in den Versailler Lazareten unter den Fürstlichkeiten und Spitzen des Hauptquartiers Geldbeiträge zu einer Weihnachtsbescherung, bemerkte Bismarck: „Nun, mir werden Sie die Beteiligung daran doch auch gestatten."

Am 9. Dezember erkrankte Bismarck an Podagra, an der „Aderkrankheit", wie er selbst sein Leiden nannte, und wurde davon bis zur ersten Januarwoche gepeinigt. Die letzten Tage des Jahres mußte er sogar im Bett arbeitend zubringen. Wenn er schlafen

konnte, träumte er öfters von Varzin, das ihm „ganz deutlich, bis ins Kleinste erschien, wie ein großes Bild, mit allen Farben sogar — grüne Bäumen, Sonnenschein auf den Stämmen, blauer Himmel darüber. Ich sah jeden einzelnen Baum.“ An der Tafelrunde aber, an welcher „der Chef“ fehlte, erzählte Lothar Bucher den Mitarbeitern: Bismarck fühle sich in Varzin, fern von Geschäften und Verdruß aller Art, gar wohl. Am liebsten sei er in Wald und Feld. „Glauben Sie mir,“ hätte die Gräfin einmal zu Bucher gesagt, „eine Wrucke (Feldrübe) interessiert ihn mehr als Ihre ganze Politik.“ Bismarck sei überhaupt ein großer Freund der Natur und malerischer Gegenden. Mehrmals habe Bucher mit ihm die Nachbarschaft vor Varzin durchstreift, und dabei habe er gewöhnlich zu Ende gesagt: „Sie werden uns jetzt zum Essen erwarten, aber sehen Sie dort den Hügel, da müssen wir noch hinauf, da gibt's noch eine Aussicht.“ Ganz ähnliche Wahrnehmungen hat der Verfasser gemacht, als Bismarck mit diesem die Varzin krönenden Wälder durchschritt und durchfuhr.

In jenen Tagen zu Versailles erzählte Bismarck seiner Umgebung einige interessante Vorgänge aus seinem Leben. Den ersten aus den Stunden, die dem Abschlusse des Vertrages von Gastein vorhergingen (s. o. Bd. III S. 206): „Es war, wie ich den Vertrag von Gastein mit Blome schloß. Damals habe ich zum letzten Mal in meinem Leben Quinze gespielt. Obwohl ich sonst gar nicht mehr spiele — schon lange nicht mehr —, spielte ich da so leichtsinnig darauf los, daß sich die anderen nicht genug verwundern konnten. Ich wußte aber, was ich wollte. Blome hatte gehört, daß man beim Quinze die beste Gelegenheit hätte, die Menschen kennen zu lernen, und wollte das jetzt versuchen. Ich dachte, sollst ihn schon kennen lernen. Ich verlor damals ein paar Hundert Thaler, die ich eigentlich als im Dienste Seiner Majestät verwendet hätte liquidieren können. Aber ich machte ihn damit irre, er hielt mich für waghalsig und gab nach.“ — Die andere Geschichte spielte in Nikolsburg 1866 während der dortigen Friedensverhandlungen. Da ging Graf Bismarck eines Tages in Zivil aus und stieß auf

zwei Gendarmen, die einen Mann arretierten. „Ich fragte, was er verbrochen hätte, bekam aber als Zivilist natürlich gar keine Antwort", erzählte er. „Da erkundigte ich mich bei ihm selber, und er sagte mir, es wäre, weil er sich über den Grafen Bismarck unehrerbietig geäußert hätte. Beinahe hätten sie mich auch mit fortgenommen, weil ich sagte, das hätten wohl viele gethan." — „Das erinnert mich daran, daß ich mir einmal selbst habe ein Hoch ausbringen müssen. Es war sechsundsechzig, nach dem Einzuge der Truppen, abends. Ich war gerade krank, und meine Frau wollte mich nicht ausgehen lassen. Ich ging aber doch — heimlich — und wie ich beim Palais des Prinzen Karl wieder über die Straße (nach dem eigenen Palais an der Wilhelmstraße hinüber) will, ist da ein großer Haufen Menschen beisammen, der mir eine Ovation bringen will. Ich war in Zivil und muß ihnen mit meinem breiten Hute, den ich in die Stirn gedrückt hatte, ich weiß nicht wessen verdächtig vorgekommen sein, und welche machten eine feindliche Miene, so daß ich fürs Beste hielt, in ihr Hurrah einzustimmen."

Viel Arbeit und Sorge, aber auch viel Freude und Ehre war Bismarck in diesen Versailler Krankheitswochen beschieden. Da ernannte ihn am 11. Dezember die Stadt Worms zum Ehrenbürger und er sprach am 24. seinen Dank aus für die hohe Ehre. „Ich sehe darin ein Zeichen der Anerkennung meiner Bestrebungen für die große Sache unseres Vaterlandes, welches mir besonders wohlthut. Der Name der alten Kaiserstadt Worms ist unzertrennlich von den großen Erinnerungen der deutschen Nation an die alte Reichsherrlichkeit. Die späteren Schicksale und die Leidenszeit der altehrwürdigen Stadt bezeichnen die Tage des Verfalls und der Erniedrigung Deutschlands. Ihr alter herrlicher Dom und das neue (Luther-) Denkmal erinnern an geschichtliche Momente von größter und folgenreichster Bedeutung für das Leben der Nation. Daß die Stadt jetzt in so freudigem, verständnisvollem Sinn an dem Aufschwung der deutschen Nation teilnimmt, ist ein Zeichen des Geistes, der das deutsche Volk durchweht. Ich werde stolz

darauf sein, dieser Stadt als Ehrenbürger anzugehören". — Am nämlichen Tage, da Bismarck das schrieb, verlieh ihm der Dank des Königs das Eiserne Kreuz erster Klasse. Er selbst aber übersandte am letzten Tage des Jahres den Dank des besten deutschen Mannes dem wackeren Professor Dove in Göttingen, weil dieser im Namen der Bismarck immer teuren Georgia Augusta-Universität eine „würdige und deutsche Antwort" auf die irische Anmaßung der Akademie zu Dublin gegeben hatte: daß alle Universitäten einen Monstreprotest erheben sollten gegen die Beschießung von Paris, welche die wissenschaftlichen und die Kunstschätze dieser Stadt bedrohe.

Nun rauschten über Bismarcks müdem Haupte die französischen Glocken, die das neue Jahr einläuteten. Das für Deutschland wie für Bismarck so ruhmreiche Jahr 1870 war zu Ende. „Le nouvel an" kam herauf, „das neue Jahr", die neue Zeit Deutschlands, die Zeit von Kaiser und Reich!

Drittes Kapitel.

Bismarck bis zum Abschlusse des Vorfriedens von Versailles (Januar bis Anfang März 1871).

In dem „allen Ruhmesthaten Frankreichs“ geweihten Königsschlosse zu Versailles hielt König Wilhelm am 1. Januar 1871 Neujahrsempfang und versammelte dann ebenda die anwesenden deutschen Fürsten, Prinzen, die obersten Führer der deutschen Heere und den bewährten Steuermann der deutschen Politik um sich. Der König erhob sein Glas „auf die Krönung des Werkes, einen ehrenvollen Frieden“. Sein Schwiegersohn, der Großherzog von Baden, ließ „König Wilhelm den Siegreichen“ hoch leben.

Für einen baldigen ehrenvollen Frieden sorgten nun Bismarck, Moltke und Roon aufs kräftigste. Am 3. Januar begann die Beschießung der Ostforts von Paris, am 5. folgte das Bombardement der Südforts. Natürlich erhob sich darob in der ganzen neutralen gesitteten Welt ein Schrei der Entrüstung über die deutschen Barbaren. Der Regierung in Luxemburg gab Bismarck zunächst ausreichende andere Beschäftigung, indem er sie in einer Note vom 6. Januar peremtorisch aufforderte, Kommissare zu benennen, die vereint mit deutschen Bevollmächtigten die luxemburgischen Neutralitätsverletzungen feststellen würden. Am 12. Januar gab Luxemburg demütig hierüber seine Freude zu erkennen. Dann besorgte Bismarck am 9. die Widerlegung eines Rundschreibens des Grafen Chaudordy, Mitgliedes der Regierung von Tours, in welchem erfundene deutsche Barbareien gebrandmarkt wurden. Der Kanzler

zählte dagegen in seinem Rundschreiben noch einmal alle die Vergehen gegen das Völkerrecht und die Genfer Konvention auf, die Frankreich seit dem Beginn des Krieges verschuldet hatte. Am 12. ließ er ein weiteres Rundschreiben an die deutschen Gesandten folgen, in welchem diese aufgefordert wurden, den fremden Mächten mitzuteilen, daß Deutschland, nachdem Frankreich die friedliche deutsche Seeschiffahrt durch Kaperei belästigt und geschädigt habe, nunmehr Retorsion üben und auch französische Schiffe wegnehmen werde.

Auf eine „Bitte und Beschwerde" der in Paris accreditierten Gesandten der neutralen Mächte (Schweiz, Schweden, Dänemark, Belgien, Niederlande, Vereinigte Staaten u. s. w.) an Bismarck vom 13. Januar: „daß den Grundsätzen und anerkannten Bräuchen des Völkerrechts entsprechend, Maßregeln ergriffen werden, um ihren Angehörigen zu gestatten, sich und ihr Eigentum (während des Bombardements von Paris) zu schützen," antwortete Bismarck am 17.: „Ich bedauere, mich nicht überzeugen zu können, daß diese Reklamation in dem Völkerrechte ihre Begründung findet. Die ungewöhnliche, in der neueren Geschichte einzig dastehende Maßregel, die Hauptstadt eines großen Landes in eine Festung und ihre Umgebung mit fast drei Millionen Einwohnern in ein verschanztes Lager zu verwandeln, hat allerdings für die letzteren ungewöhnliche und sehr bedauernswerte Zustände zur Folge. Dieselben sind von denen zu verantworten, welche diese Hauptstadt und ihre Umgebung zur Festung und zum Schlachtfelde gewählt haben, in jeder Festung aber von denen zu tragen, welche in einer solchen freiwillig ihren Wohnsitz nehmen und im Kriege beibehalten." Übrigens sei „deutscherseits geschehen, was geschehen konnte, um den unbewaffneten neutralen Teil der Pariser Bevölkerung vor den Nachteilen und Gefahren der Belagerung zu bewahren." Denn sowohl durch ein Rundschreiben des Staatssekretärs v. Thile vom 26. September als durch eine Note Bismarcks selbst vom 10. Oktober 1870 wurde das gesamte diplomatische Korps „daran erinnert, daß die Einwohner von Paris fortan dem Gange der militärischen Ereignisse unterworfen seien." Der französische Völkerrechtslehrer

Vattel halte sogar die völlige Zerstörung einer feindlichen Stadt durch Beschießung derselben für erlaubt. Das deutsche Bombardement aber bezwecke nicht einmal die Zerstörung von Paris, sondern nur die Unhaltbarmachung der „festen zentralen Stellung, in welcher die französischen Armeen ihre Angriffe auf die deutschen Truppen vorbereiten und nach deren Ausführung Deckung finden.“ Außerdem sei monatelang allen Neutralen gestattet worden, durch die deutschen Linien hindurchzukommen, wenn sie Paris verlassen wollten. Man höre aber, daß die Pariser Regierung jetzt weder die dort accredidierten Gesandten noch die neutralen Einwohner hinauslasse. Die Herren möchten sich also mit ihren Beschwerden an die Pariser Machthaber wenden. „Ihre zahlreichen Landsleute den von der Belagerung einer Festung unzertrennlichen Gefahren zu entziehen, habe ich gegenwärtig zu meinem Bedauern kein anderes Mittel mehr als die Übergabe von Paris. Wir befinden uns in der traurigen Notwendigkeit, die militärische Aktion nicht unserem Mitgefühl für die Leiden der Zivilbevölkerung von Paris unterordnen zu können: unser Verfahren ist uns streng vorgezeichnet durch das Gebot des Krieges und die Pflicht, die deutschen Heere gegen neue Angriffe der Pariser Armee zu sichern.“ Auf die Klage der neutralen Gesandten endlich: „Frauen, Kinder, Kranke sind von den in das Innere der Stadt gedrungenen Geschossen getroffen worden,“ erwiderte Bismarck: „Daß die deutsche Artillerie nicht absichtlich auf Gebäude schießt, welche zum Aufenthalt von Frauen, Kindern und Kranken bestimmt sind, braucht kaum versichert zu werden, bei der Gewissenhaftigkeit, mit welcher unsererseits die Genfer Konvention auch unter den schwierigsten Verhältnissen beobachtet worden ist.“

Inzwischen warfen die deutschen Waffen auch die letzten französischen Heere aus dem Felde, die Gambettas leidenschaftliche Energie zu den Fahnen der Republik aufgeboten hatte. Nach Gambettas Plan sollte Faidherbe von Norden, Chanzy von Westen her den Parisern zu Hilfe zu kommen, im Südosten aber Bourbaki mit reichlich hunderttausend Mann Belfort entsetzen, Werders Korps zersprengen und durch rasches Vordringen im Mosel-

gebiete die Deutschen vor Paris und Orleans zum Rückzug nötigen. Doch auf allen Seiten mißlang dieser Plan. Prinz Friedrich Karl machte die französische Westarmee in siebentägigem Ringen vor Le Mans, vom 6. bis 12. Januar, vollständig kampfunfähig. Der König sandte seinem Kanzler nach elf Uhr nachts am 12. die Nachricht von dem großen Siege auf einem abgerissenen Stück Papier in seinen eigenhändigen Bleistiftzeilen, und sichtlich erfreut und gerührt durch diese Aufmerksamkeit, sagte Bismarck zu Busch: „Er denkt, daß die Militärs mir's nicht zukommen lassen, da schreibt er's selber." Am 19. schlug Göben auch die französische Nordarmee bei St. Quentin so nachdrücklich, daß sie in die französischen Nordfestungen flüchten mußte. Im Südosten hatte General Werder in heldenmütigem dreitägigem Kampfe, vom 16. bis 18. Januar, an der Lisaine Stand gehalten und die der Zahl nach übermächtigen Heersäulen Bourbakis zurückgeworfen, als plötzlich General v. Manteuffel mit dem 2. und 7. deutschen Korps, die er in Eilmärschen von der Seine bis in die Thäler des Doubs und Ognon geführt hatte, im Rücken Bourbakis erschien und dessen Heer am 1. Februar, noch immer in der Stärke von 80000 Mann, aber in der elendesten Verfassung, zum Übertritt in die Schweiz nötigte, wo es entwaffnet und interniert wurde.

Diese gewaltigen Erfolge, auch die im Norden und Südosten, ließen sich schon ahnen, als sich in Versailles der große Weiheakt vollzog, der die alte deutsche Kaiserherrlichkeit erneute. Am 14. Januar erließ König Wilhelm ein Rundschreiben an die deutschen Fürsten, in welchem er erklärte, daß er die deutsche Kaiserkrone annehme, jedoch „nicht in dem Sinne der Machtansprüche, für deren Verwirklichung in den ruhmvollsten Zeiten unserer Geschichte die Macht Deutschlands zum Schaden seiner inneren Entwickelung eingesetzt wurde, sondern mit dem festen Vorsatze, soweit Gott Gnade gibt, als deutscher Fürst der Schirmherr aller Rechte zu sein und das Schwert Deutschlands zum Schutze desselben zu führen." Die Feier zur Verkündung der neuen Würde war auf den 18. Januar, den Tag des preußischen Krönungs- und Ordensfestes, angesetzt.

Die Huld des Königs ernannte Bismarck am Morgen dieses Tages zum Generalleutnant. Mittags 12 1/4 Uhr fand dann der oft geschilderte Weiheakt der Kaiserproklamation in dem „Spiegelsaale" des französischen Königsschlosses zu Versailles statt, den Anton von Werners Gemälde auch bildlich den Deutschen vertraut gemacht hat. Hinter den zahlreichen Fürsten und ihnen zur Seite standen die Minister und Generale. An der Spitze des linken Flügels der Bundeskanzler Graf Bismarck. Der Kaiser schritt durch die Reihen der Versammlung auf die Estrade, verlas hier vor den Fahnen der deutschen Regimenter die Verkündung des Kaiserreichs und gab dann dem Bundeskanzler den Befehl zur Verlesung der „Proklamation an das deutsche Volk". Aus dieser Urkunde mögen nur die ewig denkwürdigen Sätze hier stehen: „Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung." Mit lauter Stimme rief darauf der Großherzog von Baden, den Helm hoch emporhebend: „Seine Majestät der Kaiser Wilhelm lebe hoch!" Unter den Klängen der Volkshymne stimmte die Versammlung dreimal begeistert ein.

Nach der Festtafel vollzog der Kaiser die Ernennung des Bundeskanzlers Grafen Bismarck zum Reichskanzler in höchst eigentümlicher Weise. Er pflegte nämlich die Briefumschläge, in denen die Minister ihm dienstliche Mitteilungen sandten, in seiner sparsamen Art gleich zur Antwort zu benutzen, indem er die Aufschrift nur durch Umstellung der Worte „an" und „von" änderte. Bismarck hatte ihm die auf die Ereignisse des Tages bezüglichen Papiere in einem Umschlag gesandt, der die Aufschrift trug: „An des Kaisers Majestät vom Bundeskanzler." Der Kaiser sandte sie ihm zurück, indem er die Aufschrift dahin abänderte: „Von des

Kaisers Majestät an den Reichskanzler." Dieser Titel war Bismarck schon Tags zuvor in den Vorberatungen über die neuen Titulaturen zugeteilt worden, und da hatte er mit seiner gewohnten Offenheit geäußert: „Eine mit dem Grafen Beust gleichnamige Bezeichnung sei ihm höchst widerwärtig; er käme dadurch in eine zu schlechte Gesellschaft."

Am folgenden Tage, dem 19. Januar, fand der letzte große Ausfall der Pariser Besatzung statt. Es war nur noch eine Ehrenprobe vor der unvermeidlichen Waffenstreckung und Kapitulation, da Paris sowohl durch Mangel an Nahrungsmitteln als durch das Bombardement aufs äußerste erschöpft war. General Trochu erkannte das am besten, obwohl er noch am 6. in einer Proklamation verkündet hatte: „Er werde niemals kapitulieren." Diesen Ausfall aber hatte er selbst für völlig aussichtslos gehalten und nur auf das Drängen seiner Mitregenten und Gambettas führte er am 19. Januar persönlich hunderttausend Mann vom Fuße des Mont Valérien nach Westen, wo jedoch das fünfte preußische Korps den Angriff mit furchtbaren Opfern für die Franzosen in heldenmütiger Ausdauer zurückwies. Bismarck schaute vom Aquädukt von Marly aus dem Verlauf des Kampfes zu. Als am folgenden Morgen die ungeheuren Verluste dieses Ausfalls in Paris bekannt wurden und die deutschen Geschütze nun auch von St. Denis her ihre Bomben in die dicht bevölkerten Arbeiterquartiere der nordöstlichen Vorstädte hineinwarfen, wo die Roten und Internationalen hausten, die bis dahin jede Kapitulation für Verrat erklärt hatten, da fiel auch diesen der Mund zu, und eine ungeheure Entmutigung bemächtigte sich der französischen Hauptstadt. Zunächst war natürlich auch General Trochu ein „Verräter", und wurde infolge von gefährlichen Unruhen der vaterlandslosen roten Vaterlandsfreunde abgesetzt. An seine Stelle trat General Vinoy. Ihm fiel nur noch dieselbe peinliche Aufgabe zu, die dem General Wimpffen bei Sedan beschieden war.

Denn am 23. Januar schon ließ Jules Favre bei Bismarck anfragen, ob der Reichskanzler ihn empfangen wolle, um über die

Kapitulation von Paris und über einen Friedensschluß in Unterhandlungen zu treten. Bismarck bejahte unter der Bedingung, daß die abgethane Frage der Beschickung der Londoner Konferenz nicht weiter berührt werde. Darauf traf Jules Favre noch am 23. abends 8 Uhr in Begleitung seines Schwiegersohnes, Martinez del Rio, und des Ordonnanzoffiziers Grafen d'Hérisson in Versailles ein und erbat sich sofort eine Audienz bei Bismarck, die über zwei Stunden dauerte. Als Favre die Unterredung mit den Worten begann: er komme, um die Verhandlungen von Ferrières wieder aufzunehmen, gab ihm Bismarck die scharfe Antwort: „Die Lage ist nicht mehr dieselbe, und wenn Sie Ihren Grundsatz von Ferrières festhalten: ‚nicht einen Zoll, nicht einen Stein', so brauchen wir gar nichts weiter zu sprechen. Meine Zeit ist kostbar, die Ihrige auch. Ich sehe keine Notwendigkeit, sie zu verlieren."*) Bismarck führte dann weiter aus, es sei geradezu ein Verbrechen der republikanischen Regierung gewesen, die ungeübten französischen Spießbürger und Bauern im Kampfe mit den erprobten, feldtüchtigen deutschen Truppen hinopfern zu lassen. Die deutsche Leitung der Politik habe auch schon „weit vorgeschrittene Unterhandlungen" mit den Bonapartes angeknüpft und denke an deren Wiedereinsetzung in Frankreich, sei es des Kaisers, oder des kaiserlichen Prinzen unter einer Regentschaft, oder des Prinzen Napoleon (Plon-Plon). Jules Favre weissagte als Folge dieses Unternehmens in Frankreich die Anarchie. „Sind Sie dessen so sicher?" warf Bismarck gelassen ein. „Und wenn auch, inwiefern könnte der Bürgerkrieg uns, den Deutschen, schaden?" Nach dieser Unterredung begab sich der Reichskanzler noch nachts elf Uhr zum Kaiser, dessen Quartier in der nicht weit entfernten Präfektur an. Als er von da noch zu seinen Getreuen an den Theetisch kam, sah er äußerst vergnügt aus und fragte seinen Vetter Bismarck-Bohlen: „Kennst du das?", indem er das Halali pfiff. „Ich denke, die Sache ist gemacht."

*) Wir besitzen über diese Unterredung Berichte in des Grafen d'Hérisson Werk „Journal d'un officier d'ordonnance", Paris 1885, S. 331 fg. und in Favres Gouvernement d. l. d. n. II, S. 382 fg.

Am 24. Januar erschien Bismarck vormittags elf Uhr bei Favre zu einem halbstündigen Besuch und begab sich dann zum Kaiser in den Kriegsrat, dem auch der Kronprinz, Moltke, Roon und v. Boyen beiwohnten. Halb zwei Uhr nachmittags stellte sich dann Favre wieder bei Bismarck ein und verhandelte mit ihm zwei Stunden. Aus einem Briefe Roons von diesem Tage an die Gemahlin*) wissen wir, daß den Parisern schon an jenem Nachmittage der nachgesuchte Waffenstillstand nur gegen Übergabe der Festungswerke von Paris und Kriegsgefangenschaft der Garnison u. s. w. in Aussicht gestellt wurde. Am Ende dieser Unterredung kehrte Favre mit del Rio nach Paris zurück. An beiden Tagen hatte Bismarck die Herren als seine Tischgäste behandelt, Favre aber anfangs sich gesträubt, von dem Feinde Speise und Trank anzunehmen, während seine Pariser Mitbürger hungern und darben müßten. Bismarck redete dem edlen Dulder jedoch die Gewissensbedenken aus und erzählte: „Der Hunger wird mir beigestanden haben; denn er aß ganz wie jemand, der lange gefastet hat." Zu Roon sagte er: „Ja, Favre hat viel gegessen, selbst wenn ich meinen persönlichen Maßstab anlege."

Schon am Abend des 25. Januar kam Favre von Paris wieder zurück; diesmal, außer mit seinem Schwiegersohn und dem Ordonnanzoffizier Graf d'Hérisson, noch mit einem höhergestellten militärischen Begleiter versehen, da Bismarck dem französischen Unterhändler bewiesen hatte, daß ihm „militärische Dinge schwer begreiflich zu machen seien." Dieser Begleiter war der General de Beaufort d'Hautpoul. Diesmal wurden Bismarcks Tafelgenüsse nicht verschmäht, im Gegenteil der General Beaufort stärkte sich am Sekt in einem Maße, daß er persönlich ungenießbar wurde und erheblich schwankte, als er in den Wagen stieg. Am folgenden Tage kam noch der General de Valdau hinzu, und d'Hérisson wurde bei den Verhandlungen als Schriftführer verwendet. Wir danken ihm einen sehr lebendigen und anschaulichen Bericht darüber.**) Namentlich fesselte

*) Denkwürdigkeiten II, 541 flg.

**) A. a. O. S. 348 flg.

ihn der Gegensatz, den die Gestalten und Charaktere der beiden Unterhändler boten. Bismarck in glänzender Kürassieruniform, „mit breiter Brust, mächtigen Schultern, strotzend von Gesundheit und Kraft, erdrückte durch seine Nähe den gebeugten, magern, langen, trostlosen Advokaten, dessen Überrock überall Falten schlug und auf dessen Kragen die weißen Haare hinabrieselten. Nur einen Blick brauchte man auf die beiden Unterhändler zu werfen, um den Sieger und den Besiegten, den Starken und den Schwachen zu erkennen." Den jungen geistvollen Offizier, der an seinen Staatsmännern immer eine sentimentale Feierlichkeit gewöhnt war, überraschte namentlich Bismarcks „gründliche Heiterkeit", die auch in die ernstesten Verhandlungen ein Scherzwort oder einen Witz einstreute. Favre dagegen gab sich auch hier als „Thränenurne" oder „Trauerweide".

Längere Zeit kostete die Verhandlung über das Schicksal der Nationalgarde. In ihren Reihen hatte der Kommunismus seine Anhänger untergebracht und auf Staatskosten füttern und bewaffnen lassen. Dieses Gesindel erwarb sich durch stetes Ausreißen vor dem Feind das Anrecht, in Paris alle Nichtkommunisten für Vaterlandsverräter zu erklären und dann zur Zeit der Kommune die Gewalt- und Schreckensherrschaft an sich zu reißen. Schon bei des Verfassers Anwesenheit in Versailles kennzeichnete dessen Quartierwirt, ein republikanischer französischer Kollege (Advokat), ihre Verdienste in den Spottversen der dreißiger Jahre:

Vive la garde nationale,
L'arc en-ciel de nos libertés!
Si elle ne fait pas du bien, elle ne fait pas de mal,
Voilà pourquoi elle a mon amitié.*)

Bismarck sah in aller Welt keinen Grund ein, warum diese Truppe nicht ebenso wie die Linie und die Mobilgarde entwaffnet werden solle. Favre entgegnete aber, das werde eine Empörung, ein Blutbad geben; nur wenn sie die Waffen behalte, werde sie

*) Deutsch etwa:
Heil unsern Stadtsoldaten,
Der Freiheit Regenbogen,
Sie stiften nicht Nutzen noch Schaden,
Drum bleib' ich ihnen gewogen.

den Waffenstillstand erträglich finden. Darauf gab der Kanzler den wehmütigen Bitten Favres schließlich nach, aber mit den prophetisch-warnenden Worten: „Es sei, aber Sie werden sehen, Sie begehen eine Thorheit. Früher oder später werden Sie mit den Gewehren zu rechnen haben, die Sie so unbedachter Weise jenen Feuerköpfen erhalten wissen wollen."

Paris sollte außerdem eine besondere Kriegsbuße zahlen. Bei Bemessung derselben sagte Bismarck: „Paris sei eine so große Dame und obendrein so reich, daß man sie beleidigen würde, wenn man weniger als eine Milliarde forderte." In seinen weinerlichsten Tönen beteuerte Favre darauf: „Das könne Paris niemals bezahlen. Denn es sei durch den Krieg völlig zu Grunde gerichtet. Mit Mühe werden wir 100 Millionen aufbringen." Gleichwohl mußte es sich schließlich zu 200 Millionen Francs aufschwingen. Aber diesmal hatten Favres Thränen der Stadt ein gutes Geschäft besorgt. Denn insgeheim war er ermächtigt gewesen, 500 Millionen zu bewilligen.

Als nach dem Mittagessen die Verhandlungen fortgesetzt wurden, bot Bismarck auf einer Untertasse Havannazigarren an. Favre erklärte, er rauche nie. Bismarck entgegnete: „Sie haben unrecht. Die Zigarre ist eine Ablenkung; der blaue Rauch, der in Ringeln aufsteigt, erfreut uns, stimmt uns versöhnlicher. Man ist glücklich, das Auge ist gefesselt, die Hand ist beschäftigt, der Geruchssinn befriedigt. Man ist geneigt, sich Zugeständnisse zu machen. Und unser, der Diplomaten, ganzes Geschäft besteht ja darin, sich fortwährend gegenseitig Zugeständnisse zu machen. Wenn Sie nicht rauchen, haben Sie vor mir einen Vorteil: Sie sind geweckter; Sie haben aber auch einen Nachteil vor mir: Sie sind geneigter aufzubrausen und der ersten Bewegung nachzugeben." Nach diesen Worten kam die Rede auf Garibaldi und dessen bei Dijon stehende Armee. Mit blitzenden, zornfunkelnden Augen verlangte Bismarck, ihm „den da und seine Armee zu überlassen. Er ist keiner der Ihrigen. Möge er sich gegen unsere Truppen allein herauswickeln." Favre rief, das sei unmöglich. Man habe Garibaldis freiwillig

angebotene Dienste anfangs abgelehnt, aber nachdem er nun einmal zum französischen General ernannt und in die Falten der dreifarbigen Fahne aufgenommen sei, könne man ihn nicht im Stiche lassen. Bismarck wurde erregter. Er legte die Zigarre weg, schlug mit dem Zeigefinger auf den Tisch und rief: „Und ich muß ihn doch haben, denn ich will ihn in Berlin umherführen lassen mit der Inschrift auf dem Rücken: ‚Das ist die Dankbarkeit Italiens.‘ Wie! Nach allem, was wir für diese Leute gethan haben. Es ist unanständig!“ Da reichte Graf d'Hérisson dem Zürnenden, mit halb lächelndem, halb bittendem Ausdruck, die Untertasse mit den zwei übrigen Zigarren hin. Einige Augenblick sah Bismarck erstaunt auf diese Bewegung. Dann verstand er, was der Graf meinte. Die Zornesflamme erlosch in seinem Auge. „Sie haben recht, Herr Hauptmann,“ sagte er, „es ist überflüssig, sich zu ärgern. Das führt zu nichts — im Gegenteil!“ Bekanntlich wurde dann der südöstliche Kriegsschauplatz, also die Armee Garibaldis und Bourbakis, in der That vom Waffenstillstand ausgenommen, wenigstens bis zum 1. Februar, wo sich ihr Schicksal bereits entschieden hatte.

In einer der zahlreichen Reden, mit denen Favre die sachlichen Verhandlungen aufhielt und von der Tagesordnung abschweifte, pries er auch die Vorliebe Frankreichs für die Republik. Bismarck widersprach entschieden und versicherte, es wäre für die Deutschen nichts leichter gewesen, als das Kaisertum in Frankreich wieder aufzurichten, und die große Mehrzahl der Franzosen würde es anerkannt, ihm zugestimmt haben. „Wenn wir gleichwohl mit den Bonapartes nicht abgeschlossen haben,“ setzte er mit erstaunlicher Offenheit hinzu, „so lag der Grund darin, daß wir vorteilhafter fanden, mit Ihnen abzuschließen.“ Daran knüpfte dann Bismarck die bereits im ersten Bande dieses Werkes zitierte, die Franzosen sehr überraschende Mitteilung, daß er selbst als junger Mensch Republikaner gewesen und nur durch praktische politische Arbeit, Studien und Erfahrungen konservativ geworden sei. Ebenso offen sprach er zu den Franzosen, die am 30. Januar seine Tischgäste

waren, über den Wandel seiner Ansichten und Ziele mit der wachsenden Erfahrung und Erkenntnis.*) Er habe sich dann nicht gescheut, seine Wünsche teilweise oder auch ganz den Bedürfnissen des Tages zu opfern, um zu nützen. Man müsse dem Vaterlande nicht seine Neigungen und Wünsche aufdringen: La patrie veut être servie et pas dominée." Die klassische Form dieses Ausspruches imponierte den Franzosen gewaltig. Favre rief: „Das ist sehr richtig, Herr Graf, das ist tief." „Ja, meine Herren, das ist ein tiefes Wort!" äußerte ein anderer Franzose begeistert. Nun aber ließ Favre die platte Phrase folgen: „Gleichwohl ist es ein schönes Schauspiel, einen Mann zu sehen, der seine Grundsätze nie gewechselt hat." Tiefer bemerkte ein zu den Schlußverhandlungen mit zugezogener französischer Eisenbahndirektor: Bismarcks Wort, daß man dem Vaterlande nur dienen, es aber nicht meistern solle, laufe hinaus auf die Unterordnung des Genies unter den Willen und die Meinung der Mehrheit, und die Mehrheiten hätten stets wenig Verstand, wenig Sachkenntnis und wenig Charakter besessen. Bismarck antwortete darauf sehr schön, und hob schließlich das Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit vor Gott als einen seiner Leitsterne hervor, dem Rechte des Genies, welches der Franzose hatte hochhalten wollen, setzte er die Pflicht — den kategorischen Imperativ — als das Vornehmere und Mächtigere entgegen.

Am 26. Januar abends gelangten die Verhandlungen zu dem vorläufigen Ergebnis der beiderseitigen Einstellung der Beschießung von nachts 12 Uhr bis zum Morgen um 6 Uhr. In diesen Stunden sollten sich die Pariser Machthaber über die Annahme der deutschen Bedingungen entscheiden. Das Schweigen des Geschützfeuers am Morgen des 27. verriet, daß sie sich endlich gebeugt hatten. In unablässigen Beratungen zwischen Bismarck, Moltke und den Franzosen wurden dann bis zum 28. die Waffenstillstandsbedingungen urkundlich festgestellt und am 28. unterschrieben. Sie sind jedem Deutschen bekannt, und daher ist hier nur zu er-

*) Busch, nach Lothar Buchers Mitteilungen, a. a. O. II, 303 flg.

innern, daß der Waffenstillstand 21 Tage dauern, also am 19. Februar mittags enden sollte. Während dieser Zeit sollten die kriegführenden Heere ihre durch eine vereinbarte Demarkationslinie bezeichneten Stellungen unverändert beibehalten. Als Zweck des Stillstandes wurde bezeichnet: „der Regierung der Nationalverteidigung die Berufung einer frei gewählten Versammlung zu gestatten, die über die Frage zu entscheiden haben wird, ob der Krieg fortgesetzt oder unter welchen Bedingungen Frieden geschlossen werden soll. Die Versammlung tritt in Bordeaux zusammen. Alle Erleichterungen zur Wahl und zum Zusammentritt der Abgeordneten werden seitens der Befehlshaber der deutschen Heere gewährt werden." „Alle Forts der äußeren Verteidigungslinie von Paris wie ihr Kriegsmaterial werden dem deutschen Heere übergeben. Während des Waffenstillstandes wird das deutsche Heer Paris nicht betreten. Die Besatzungen (Linienheer, Mobilgarden, Seetruppen) von Paris und der Forts sind kriegsgefangen, bis auf eine Division von 12000 Mann, welche die Militärbehörde in Paris für den inneren Dienst behält. Die kriegsgefangenen Truppen geben ihre Waffen ab, bleiben in der Stadt und dürfen die Enceinte während des Waffenstillstandes nicht überschreiten. Die Nationalgarde behält ihre Waffen." Die übrigen Bestimmungen handeln von der Ernährung von Paris, dem Verkehr der Bewohner nach außen und der Kriegsbuße von 200 Millionen. Es war ein ungeheuerer Erfolg, der den baldigen Frieden sicher verbürgte. Denn schon der Besitz aller Pariser Forts, die den Deutschen nach Austausch der Ratifikationsurkunden am 29. Januar „ohne alle Widersetzlichkeit und Störung, einschließlich St. Denis"*) übergeben wurden, und die Gewalt über alle Zufuhren zur Hauptstadt, mußte die Erneuerung der Feindseligkeiten innerhalb und außerhalb von Paris, wenn sie von französischer Seite ausging, zu einer wahnsinnigen Handlung stempeln.

Dennoch schien Gambetta die Franzosen zu dieser That des

---

*) Depesche des Kaisers an die Kaiserin vom 30. Januar.

Wahnsinns aufstacheln zu wollen. Sowie nämlich die Kunde von dem Vertrage vom 28. Januar nach Bordeaux gedrungen war, erließ er am 31. eine Proklamation an das französische Volk, in welcher ein Gewirr toller Phrasen mit einem gellen Waffenruf abschloß. „Noch im Falle hat uns Paris den Preis seiner heroischen Opfer hinterlassen", hieß es da. „Paris verdanken wir, daß wir zu patrotischem Handeln entschlossen sind. In unseren Händen haben wir alles, was nötig ist, um Paris zu rächen und uns zu befreien. Wir müssen, koste es was es wolle, handeln, um die perfiden Kombinationen der Feinde Frankreichs zu Schanden zu machen. Bieten wie alles auf, daß an Stelle der von den Fremden erhofften reaktionären und feigen Kammer, eine wahrhaft nationale und republikanische Versammlung zusammentritt, welche den Frieden will, wenn derselbe die Ehre und die Integrität unseres Landes sichert, die aber ebenso fähig und bereit ist, den Krieg zu wollen, um zu verhindern, daß ein Meuchelmord (assassinat) an Frankreich begangen wird. Die Fremden werden darauf verzichten müssen, Frankreich zu verstümmeln; denn nicht ein einziger Franzose wird sich finden, einen so ehrlosen Vertrag zu unterzeichnen. Zu den Waffen! Es lebe Frankreich! Es lebe die eine unteilbare Republik!"

Der Diktator an der Garonne hatte keine Ahnung davon, daß in den Stunden, da diese Proklamation in Versailles bekannt wurde, sein Schicksal und sein Leben und das Schicksal dieser „einen und unteilbaren Republik" an einem bloßen Augenzucken Bismarcks hing. Denn Bismarck hatte Jules Favre die volle Wahrheit gesagt, als er ihm am 26. Januar vertraute, daß er auch mit den Bonapartisten eingehende Verhandlungen über deren Wiedereinsetzung geführt habe. Gerade in den Tagen, da Favre aus Paris ab und zu nach Versailles kam, war ein neuer Unterhändler von Napoleon aus Wilhelmshöhe eingetroffen, der sich Duparc nannte. Allerdings hatte Bismarck „es für vorteilhafter gefunden", mit der ohnmächtigen Republick, als mit dem in Europa bündnisfähigen Kaiserreich abzuschließen. Aber der Waffenstillstand verfolgte aus-

schließlich den Zweck, eine freigewählte französische Nationalversammlung völlig frei darüber entscheiden zu lassen, sich über Krieg und Frieden, d. h. über die Wahl unnützen Blutvergießens oder die Annahme der deutschen Friedensbedingungen zu entscheiden, und daß die letzteren eine „Verstümmelung“ Frankreichs enthalten würden, war schon seit Bismarcks Rundschreiben aus Meaux vom 16. September und seit den Verhandlungen in Ferrières zweifellos und weltbekannt. Selbstverständliche Voraussetzung für Bismarcks Gebundenheit an den Vertrag vom 28. Januar war auch, daß die Filiale der Pariser Regierung in Bordeaux diesen Vertrag in jedem Worte sofort anerkennen und ausführen werde. Mit dem Inhalt, dem Zweck und den Folgen dieses Vertrages setzte sich dagegen Gambettas Manifest in den schneidendsten Widerspruch, indem es jede Versammlung als ehrlos brandmarkte, die einen Frieden auf Grundlage der deutschen Forderungen schließen würde. Bismarck wäre daher vom politischen wie sittlichen Standpunkt aus vollkommen berechtigt gewesen, nun wieder mit den Bonapartisten anzuknüpfen, da die „eine und unteilbare Republik“ sich zwieträchtig und niederträchtig zeigte. „Die Franzosen lassen sich von Abenteurern (wie Boulanger) sofort mitreißen,“ sagte Bismarck etwa zum Verfasser in Varzin am 31. Oktober 1892. „Ich erinnere mich eines Falles aus dem Anfang des Jahres 1871, als Gambetta die Anerkennung des Pariser Waffenstillstands-Vertrages verzögern wollte, da kam eines Tages ein bekannter Bonapartist*) zu mir und sagte: Er sei entschlossen, nach Bordeaux zu reisen und dort Gambetta mit dem Revolver niederzuschießen, dann werde er an den Knopf drücken und den Dienern befehlen: ‚Ramassez ce cochon!‘ (Schafft das Schwein hinaus) und den Besitz der Regierung ergreifen für den Kaiser. Er brauche nur sechs Leute, die so dächten wie er, um unter dem ersten Schrecken die Macht zu ergreifen. Ich glaube, daß der Mann recht hatte. Wir ließen uns aber doch auf das Abenteuer nicht ein. Denn jede Monarchie in Frank-

*) Vermutlch der eben genannte Herr Diuparc.

reich ist in Hinsicht des Friedens für Deutschland gefährlicher als die Republik. Die Monarchie findet leichter Bündnisse mit monarchischen Staaten, namentlich mit Rußland, und besitzt in sich selbst mehr kriegerischen Explosionsstoff." Bismarck hätte also eigentlich an Herrn Gambetta eine zweite Lebensrettungsmedaille verdient, und unbewußt war Gambetta damit zum Kollegen des Reitknechtes Hildebrandt von Lippehne erhoben worden.

Der leidenschaftliche Südfranzose aber, der von alledem keine Ahnung besaß, schritt in seiner Verblendung weiter bis zum Abgrund. Hatte er in der Kundgebung vom 31. Januar ausgesprochen, wie die französische Nationalversammlung sich entscheiden müsse, so sorgte er am 1. Februar durch mehrere Wahldekrete auch dafür, daß nur Leute seiner Farbe gewählt würden. Denn hier wurden von der Wählbarkeit alle diejenigen ausgeschlossen, welche in der Zeit vom 2. Dezember 1851 (dem Staatsstreich Napoleons) bis zum 4. September 1870 (dem Sturz des Kaiserreiches) jemals die Stelle eines Ministers, Senators, Staatsrates oder Präfekten bekleidet hätten, ferner alle, die seit 1851 jemals als offizielle oder gouvernementale Kandidaten aufgestellt worden seien! Bismarck sandte dem Diktator am 3. Februar einen kräftigen telegraphischen Protest: „gegen die von Ihnen erlassenen Verfügungen, welche zahlreiche Kategorien französischer Bürger des Rechtes berauben, in die Versammlung gewählt zu werden. Durch Wahlen, die unter der Herrschaft der Unterdrückung und der Willkür stattfinden, können die Rechte nicht erworben werden, welche der Waffenstillstandsvertrag freigewählten Abgeordneten zuerkennt." Das war abermals eine hübsche und sprechende Widerlegung von Bismarcks „Junkertum", daß er, als siegreicher Barbar im gesitteten Frankreich, die Wahlfreiheit der französischen Bürger schützte gegen „die Unterdrückung und Willkür" eines republikanisch-despotischen Diktators!

An demselben 3. Februar richtete Bismarck aber auch eine lange Depesche an Favre, in welcher er diesem von Gambettas Wahldekreten Kenntnis gab und die zuversichtliche Erwartung aussprach, daß die Pariser Regierung diese Dekrete vernichten werde,

da Favre selbst bei den Verhandlungen dem Kanzler „die förmliche Versicherung gegeben habe, daß kein Druck auf die Wähler ausgeübt, und daß die vollste Freiheit der Wahlen gesichert werden solle.“ Favre benahm sich höchst ehrenhaft, stellte sich ganz auf Bismarcks Standpunkt und sicherte den Widerruf der Dekrete Gambettas zu. Diese vernichtende Erklärung erließ die Pariser Regierung schon am 4. Februar. „Wir haben Frankreich berufen, frei eine Versammlung zu wählen, welche in dieser äußersten Krisis seinen Willen zu erkennen geben wird. Wir erkennen niemandem das Recht zu, ihm einen aufzudrängen, weder für den Frieden, noch für den Krieg. Eine von einem mächtigen Feinde angegriffene (?) Nation kämpft bis zum äußersten; aber sie wird stets beurteilt nach der Stunde, in welcher der Widerstand aufhört möglich zu sein. Die Regierung weist mithin das widergesetzlich von der Delegation von Bordeaux erlassene Dekret zurück und annulliert es.“ In einem Erlaß vom 4. Februar versuchte die Filiale in Bordeaux Gambettas Wahldekrete gleichwohl noch aufrecht zu erhalten. Aber als am 6. die Mitglieder der Pariser Regierung, Arago, Garnier-Pagès und Pelletan, in Bordeaux eingetroffen waren und den Annullierungsbeschluß vom 4. vorlegten, war Gambettas Widerspruch gebrochen. Er reichte am nämlichen Tage seine Entlassung ein, die bereitwilligst angenommen wurde. Damit war der letzte ernsthafte Gegner eines vernünftigen Friedens beseitigt.

Bismarck hatte es mit zu den „Wundern der Zeit gerechnet“ und humorvoll das „wunderliche Verhältnis“ ertragen, daß er den Franzosen die Wahlfreiheit zurückverschaffen müsse „gegenüber diesem Gambetta und seinem Gehilfen und Bundesgenossen Garibaldi.“ „Sie können auch daran erinnern,“ sagte er am 4. Februar zu Busch, „daß Thiers mich nach meinen Verhandlungen mit mir einen ‚liebenswürdigen Barbaren‘ genannt hat. Jetzt nennen sie mich in Paris einen ‚verschlagenen Barbaren‘ und nun werde ich vielleicht der ‚konstitutionelle Barbar‘ sein.“ Aber auch Herrn Jules Favre, der durch seine korrekte und ehrenhafte Haltung in der Wahldekretsache Bismarck erfreut hatte, ließ Bismarck durch Busch

„gegen gewisse Anklagen der gestrengen Gesinnung verteidigen, welche einige französische Blätter redigiert.“ „Die Pariser Journale machen Favre zum Vorwurf, daß er bei mir gegessen hat,“ sagte Bismarck. „Ich hatte Mühe, ihn dazu zu bringen. Aber es ist doch ganz unbillig, zu verlangen, daß er, nachdem er acht bis zehn Stunden bei mir gearbeitet hat, entweder als gesinnungsvoller Republikaner hungern oder in ein Hotel gehen soll, wo ihm die Leute nachlaufen und die Straßenjungen ihn angaffen.“

Wie schon bei den Versailler Verträgen mit den Südstaaten, so machte übrigens auch jetzt gerade die nationale Presse Deutschlands Bismarck zum Vorwurf, daß er in dem Waffenstillstandsvertrage nicht mehr erreicht, daß er, wie dort die Bayern und Württemberger, hier die Franzosen, insbesondere die Pariser, zu glimpflich behandelt habe. Vor allem hätte man der überwundenen Hauptstadt einen deutschen Triumphzug, einen „Einzug mit Glanz“ auferlegen müssen. Bismarck bemerkte dazu, anfangs gegen seine Tafelrunde und später auch in der ihm zur Verfügung stehenden Presse: „Das beruht auf vollständiger Unkenntnis der Lage hier vor und in Paris. Bei Favre hätte ich's durchsetzen können, aber die Bevölkerung. Sie hatten gewaltige Barrikaden und dreimalhunderttausend Mann, von denen gewiß hunderttausend gekämpft hätten. Es ist Blut genug geflossen — deutsches — in diesem Kriege. Hätten wir Gewalt brauchen wollen, so wäre noch viel mehr vergossen worden bei der Erhitzung der Bevölkerung drin. Und bloß, um ihnen noch eine Demütigung zuzufügen, das wäre zu teuer erkauft. Und wer sagt ihnen denn, daß wir nicht noch einziehen und einen Teil von Paris selbst besetzen? Warten wir eine Weile, bis die Umstände sich geändert haben, bis man in Paris kühler geworden ist. Der Einzug mit Glanz, die Besetzung eines Teils von Paris, ist durch die Konvention vom 28. Januar keineswegs ausgeschlossen, sie ist in ihr sogar angedeutet. Art. 4 sagt nur: ‚Während des Waffenstillstandes wird das deutsche Heer Paris nicht betreten.‘ Der Waffenstillstand wird aller Wahrscheinlichkeit nach verlängert werden müssen, und dabei läßt sich als Gegen=

leistung für unsere Einwilligung die Bedingung stellen, daß wir in Paris einrücken, und dies wird dann, in etwa drei Wochen, ohne Kampf und Verlust auf unserer Seite ausgeführt werden können."

Diesen Tagen gehört auch eine Korrespondenz zwischen dem General Trochu und Bismarck an, die hier kurz erwähnt werden muß.*) Der Reichskanzler hatte seine Proteste an Gambetta und die Machthaber in Paris gegen des ersteren Wahldekrete sofort veröffentlicht. Nachdem die Pariser Regierung sich diesen Protesten gefügt und die Wahldekrete des Diktators annulliert hatte, erfuhr sie von Bismarcks Veröffentlichung. General Trochu, der nur dem Oberbefehl entsagt hatte, aber Mitglied der Regierung geblieben war, stellte dem Reichskanzler in einem Schreiben vom 8. Februar freimütig vor, dieser habe durch jene Veröffentlichung „die moralische Autorität der Regierung zerstört. Die Gegner der Regierung, welche sich der von Ihnen gebotenen Waffen bemächtigt haben, drücken die Regierung darnieder. Unsere patriotische Hingebung wird uns nicht mehr angerechnet. Wir erscheinen als gelehrige Werkzeuge Ihrer Politik, was doch der Wirklichkeit durchaus widerspricht. In der That sind und bleiben wir Ihre Feinde, aber loyale Feinde, treu den Verpflichtungen, welche wir eingegangen sind, um Frankreich vor größeren Drangsalen zu bewahren. Ich vertraue in diesem Schreiben von ganz persönlichem Charakter Ihrer Ehre das Geheimnis meines tiefen Schmerzes an." Bismarck antwortete sofort: „Ich danke Ihnen für diesen Beweis Ihres Vertrauens, dessen Freimütigkeit ich vollkommen schätze. Die Ereignisse haben eine schwierige Lage geschaffen, indem sie das Ansehen der Regierung und jeder anderen, welche Frankreich sich geben könnte, geschwächt haben. Es liegt mir nicht ob, auf den Ursprung zurückzugehen und festzustellen, wie weit jeder für dieses Ergebnis verantwortlich ist. Aber mein Verhalten kann sich nur nach meinem Urteil über die politischen Interessen richten, welche mir anvertraut sind und welche mir erwünscht machen, daß die von Ihnen zu be-

*) Im Wortlaut findet sich diese Korrespondenz in den von Poschinger anonym herausgegebenen „Neuen Bismarckbriefen" I, 95 fg.

kämpfenden Schwierigkeiten nicht vermehrt werden." Dann führt er aus, daß die sofortige Veröffentlichung seiner Proteste dringend notwendig war, nachdem Gambetta zuvor auch seine Wahldekrete veröffentlicht hatte, und schließt: „Ich hege auch weiter gern die Hoffnung, daß es den Bemühungen der Regierung der Nationalverteidigung gelingen wird, den Frieden herbeizuführen und den deutschen Regierungen die Enthaltung von jeder Einmischung in die Angelegenheiten der inneren Politik Frankreichs möglich zu machen."

Endlich gehört noch ein Vorgang hieher, der für Bismarcks Menschlichkeit ein schönes Zeugnis ablegt.*) Die Demarkationslinie vom 28. Januar durchschnitt die Stadt St. Denis in der Weise, daß sie die größere Hälfte derselben in die neutrale Zone fallen ließ. Die Bewohner dieser Hälfte konnten nach dem Waffenstillstandsvertrage ohne Zertifikat keine Lebensmittel in der deutschen Zone erlangen und auch nach Paris nicht mehr hineinkommen. So entstand denn in der ohnehin hartgeprüften, armen Stadt eine schreckliche Teuerung. Die bedürftige, hungernde Bevölkerung umlagerte in Scharen den Posten der mit Prüfung der Zertifikate beauftragten deutschen Offiziere. Von diesem Stande der Dinge benachrichtigt, wandte sich Bismarck sofort an die deutschen Militärbehörden und veranlaßte sie, der Bevölkerung von St. Denis vorläufig und in Gestalt eines Geschenkes Lebensmittel zukommen zu lassen. Der Kaiser erteilte infolgedessen den Befehl, zu diesem Zwecke 15000 Portionen aus den Magazinen der deutschen Armee zu verteilen. Bismarck aber richtete am 9. Februar folgendes Schreiben an Favre: „Die Gemeinde von St. Denis sieht sich durch die Demarkationslinie in der Weise in zwei Teile geschnitten, daß die größere Hälfte in die neutrale Zone fällt. Bis zu der Zeit der Konvention wurden die Lebensmittel von der Stadt Paris geliefert und durch Vermittelung der Mairie von St. Denis verteilt. Jetzt sehen die Einwohner, welche zur neutralen Zone gehören, sich von Paris ausgeschlossen, welches ihnen nichts mehr liefert, und es ist

*) Busch, a. a. O. II, 360 flg.

ihnen untersagt, sich außerhalb der Demarkationslinie mit Lebensmitteln zu versehen. Daraus ist für diese unglückliche, bereits schwer vom Kriege heimgesuchte Bevölkerung ein Zustand hervorgegangen, dem man im Interesse der Menschlichkeit abhelfen muß. Ich habe die Ehre, die Aufmerksamkeit Ew. Excellenz auf diesen Punkt zu lenken und Sie zu bitten, die Maßregeln zu ergreifen, die nötig sind, um dem Teil der Bevölkerung von St. Denis, der in der neutralen Zone wohnt, die Mittel zum Leben zu sichern." Zum Schlusse erfolgt die Mitteilung von der auf Bismarcks Veranlassung, zur dringendsten Aushilfe, erfolgten einstweiligen deutschen Lebensmittelschenkung.

Die in Bismarcks Brief an Trochu ausgesprochene Hoffnung, „daß es den Bemühungen der Regierung der Nationalverteidigung gelingen wird, den Frieden herbeizuführen", fand durch den Ausgang der Wahlen vom 8. Februar zur französischen Nationalversammlung wesentliche Unterstützung. Denn Dank der Annullierung der Gambettaschen Wahldekrete, die — nach Bismarcks Ausdruck — „das ganze amtliche Frankreich bis auf dreizehn Republikaner" ausgeschlossen hätten, ergaben diese Wahlen in der ungeheuren Mehrheit entschlossener Friedensfreunde einen treuen und unverfälschten Ausdruck der öffentlichen Meinung des Landes. „Niemals", sagte Thiers später am 10. März in der Kammer, „ist ein Land aufrichtiger gefragt worden und niemals hat es aufrichtiger Antwort gegeben als bei diesem Anlaß. Zum Teil war das Land besetzt und wo das der Fall war, hat sich der Feind in keiner Weise in die Wahl gemischt. Einige Präfekten hätten das gern gethan, aber sie haben keine Zeit dazu gehabt." Bismarck hielt die Verpflichtungen des Vertrags vom 28. Januar so streng, daß er selbst dem ehrenwortbrüchigen General Ducrot in Paris, der nach Bordeaux gewählt war, den Geleitschein zugehen ließ.*) Die Versammlung wurde am 12. Februar eröffnet und ernannte schon

*) Die Korrespondenz zwischen Ducrot und Bismarck im Wortlaut bei Poschinger, Neue Bismarckbriefe II, 57.

am 17. Herrn Thiers, der in 26 Departements gewählt worden war, zum „Haupt der vollziehenden Gewalt der französischen Republik.“ — Die endgiltige Verfassung und Staatsform des Landes blieb späterer Beschlußfassung vorbehalten. Am 13. hatte die Regierung der Nationalverteidigung ihr Amt niedergelegt.

Am nämlichen 17. Februar, da sich Frankreich ein neues Oberhaupt gab, hatten zuvor die Abgeordneten von Elsaß-Lothringen, unter Führung ihres heißblütigsten Chauvinisten, der den echt französischen Namen Keller trug, den Versuch gemacht, bei der Versammlung einen Protest gegen die Abtretung von Elsaß-Lothringen zum Beschluß zu erheben, und dadurch der neuen Regierung in dem wichtigsten Punkte die Hände bei den Friedensverhandlungen zu binden. Da hatte Thiers zu hinreißender Rede sich erhoben und gefragt: „Wollen Sie Ihren Unterhändlern, die ich nicht kenne, einen Befehlauftrag (mandat impératif) erteilen, oder wollen Sie ihnen die Freiheit der Unterhandlung lassen? Würdig ist Ihrer, ist Frankreichs, ist eines rechten Patriotismus nur, daß Sie Ihren Beschluß auf der Stelle fassen. Haben Sie den Mut Ihrer Meinung: entweder der Krieg oder der Friede. Wenn ich über Ihr Geschick etwas vermag, so verspreche ich Ihnen, dem Dienst des Landes meine Anstrengungen zu weihen, so lange ich ihm nützlich sein kann, aber das sage ich Ihnen gleich von vornherein, nicht annehmen kann ich einen Auftrag, den ich als ehrlicher Mann und guter Bürger nicht ausrichten könnte.“ Sofort zogen sich die Abteilungen zur Beratung zurück und nach einer Stunde schlug der Berichterstatter Beulé eine Erklärung vor, die mit allen gegen eine Stimme angenommen ward: „Die Nationalversammlung, indem sie mit wärmster Teilnahme die Aussprache der Abgeordneten Keller und Genossen entgegennimmt, verläßt sich auf die Weisheit ihrer Unterhändler.“ Die Wahl des Herrn Thiers zum Staatsoberhaupt war nach diesem Vorgang doppelt bedeutsam und bezeichnend. In der Rede, mit der Thiers am 19. Februar seine neue Regierung vorstellte (darunter Jules Favre als Minister des Auswärtigen), bezeichnete er als dringendste Sorge und Pflicht der Landesvertretung:

„Friedenstiftung, Neubau, Hebung des Kredits, Wiederbelebung der Arbeit, das ist die einzig mögliche und selbst begreifliche Politik in diesem Augenblick." Das war um so unbestreitbarer, als inzwischen am 15. Februar der Waffenstillstand nur bis zum 24. verlängert, und am 16. auch die starke Wehr des Südostens, Belfort, gefallen war. Auf Antrag Favres ward nun ein parlamentarischer Ausschuß von 15 Abgeordneten gewählt, um den Friedensunterhändlern ratend beizustehen. Noch am Abend des 19. reiste Thiers mit Favre nach Paris ab, wo sie am Abend des 20. eintrafen. Gleichzeitig lud Bismarck die süddeutschen Minister zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen ein.

Am 21. Februar kam zunächst Herr Thiers allein nach Versailles, um bei Bismarck, zunächst aber bei dem Könige zu hören, was die Deutschen forderten. Vermutlich dachte er, der Kaiser werde milder sein als der Kanzler, eher mit sich reden lassen. Aber so huldvoll auch Kaiser Wilhelm den französischen Staatsmann aufnahm, wies er ihn doch bezüglich aller politischen Erörterungen an den Reichskanzler Grafen Bismarck. Dieser empfing Herrn Thiers ebenso liebenswürdig, bewilligte auch ohne weiteres die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zur Mitternacht des 26. Februar, stellte aber folgende Friedensbedingungen als Ultimatum auf: Ganz Elsaß mit Belfort, Stadt und Festung Metz mit einem beträchtlichen Teil des Departements der Mosel und Meurthe, Zahlung von sechs Milliarden und den Einzug der Deutschen in Paris. Bekanntlich gelang es den Franzosen in den Unterhandlungen, die bis zum 26. Februar Tag für Tag fortgesetzt wurden, eine Milliarde abzuhandeln — da niemand damals eine Ahnung von der Unermeßlichkeit der französischen finanziellen Hilfsquellen hatte — und außerdem den deutschen Verzicht auf Belfort zu erwirken, da Moltke diese Festung nicht für so unentbehrlich erklärte als Straßburg und Metz. Die Schilderungen, die Favre von dem Verhalten Bismarcks bei diesen Verhandlungen gibt, erscheinen wenig glaubhaft, da er den Kanzler unter der herzbezwingenden Beredsamkeit des Herrn Thiers in einem fort „erschüttert" sein läßt. Dagegen erzählte

Bismarck selbst am 22. Februar Folgendes:*) „Als ich Herrn Thiers eine bestimmte Forderung stellte, fuhr er, der sich sonst sehr wohl zu beherrschen weiß, in die Höhe und sagte: ‚Mais c'est une indignité!‘ (Aber das ist unwürdig). Ich ließ mich dadurch nicht irre machen, sprach aber von jetzt an deutsch mit ihm. Er hörte eine Weile zu und wußte augenscheinlich nicht, was er davon halten solle. Dann sagte er in kläglichem Tone: ‚Aber, Herr Graf, Sie wissen ja, daß ich nicht deutsch kann.‘ Ich erwiderte ihm — jetzt wieder französisch: ‚Als Sie vorhin von indignité redeten, fand ich, daß ich nicht genug französisch verstehe, und so zog ich vor, deutsch zu sprechen, wo ich weiß, was ich sage und höre.‘ Sogleich begriff er, was ich wollte, und schrieb als Zugeständnis hin, was ich gefordert, und was er zuvor als eine Unwürdigkeit hingestellt hatte. Und gestern sprach er von Europa, das sich hineinmischen würde, wenn wir unsere Forderungen nicht ermäßigten. Da erwiderte ich ihm aber: ‚Sprechen Sie mir von Europa, so spreche ich Ihnen von Napoleon.‘ Er wollte daran nicht glauben, von dem hätten sie nichts zu fürchten. Ich aber sagte ihm, er solle an das Plebiscit denken, an die Bauern und Soldaten. Die Garde könnte nur unter dem Kaiser die Stellung wieder haben, die sie gehabt hätte, und es könnte ihm bei einigem Geschick nicht schwer fallen, von den Soldaten, die Gefangene in Deutschland wären, hunderttausend für sich zu gewinnen, und wir brauchten sie dann bloß bewaffnet über die Grenze gehen zu lassen, so wäre Frankreich wieder sein. Wenn sie uns gute Friedensbedingungen zugeständen, so ließen wir uns am Ende auch einen Orleans gefallen, obwohl wir wüßten, daß mit denen der Krieg in zwei bis drei Jahren wieder losginge. Wo nicht, so mengten wir uns hinein, was wir bis jetzt vermieden hätten, und sie kriegten Napoleon wieder. Das muß doch auf ihn gewirkt haben; denn heute, wo er wieder von Europa anfangen wollte, hielt er plötzlich inne und sagte: ‚Entschuldigen Sie.‘ Übrigens gefällt er mir recht gut, er ist ein

---

*) Busch, a. a. O. II, S. 372,74.

feiner Kopf, hat gute Manieren und weiß sehr hübsch zu erzählen. Auch dauert er mich manchmal, denn er ist in einer schlimmen Lage. Aber es kann alles nichts helfen."

Das „Europa", von dem Bismarck aus dem Munde des Herrn Thiers nichts hören wollte, that aber den seinigen um so weiter auf, um Deutschland die reife Friedensfrucht wegzuschnappen oder anzubeißen, wenigstens England. In derselben Stunde, da der neue französische Botschafter, der Herzog von Broglie, in London (am 24. Februar) seine Beglaubigung und seine Schmerzen vorbrachte, war auch Lord Granville schon ganz sicher, „daß es der Regierung Frankreichs unmöglich sein würde, eine solche Summe (6 Milliarden) zu zahlen", und erklärte er „Ihrer Majestät Regierung gewillt, Deutschland über den Betrag dieser Entschädigung Vorstellungen zu machen." Bismarck hatte längst etwas derart erwartet — die Wünsche des Duc de Broglie gingen sogar auf Verlängerung des Waffenstillstandes, um Europa Zeit zur Einmischung und Anmaßung schiedsrichterlicher Entscheidung zu geben — und deshalb hatte Bismarck, wie s. Z. in Nikolsburg, auf raschesten Abschluß gedrängt. Als jetzt, am 26. Februar, Sir Odo Russell bei ihm in Versailles erschien, ließ er ihm sagen, er sei mit den französischen Unterhändlern zu beschäftigt, um ihn zu empfangen — und schloß den Vorfrieden von Versailles ab. Bei der Unterzeichnung bediente er sich der goldenen Feder aus Pforzheim. Ganz in derselben Weise hatte er sich, wie wir uns erinnern, den Anliegen des Grafen Benedetti in Nikolsburg entzogen. Unverzüglich nach Ratifikation des Vorfriedens durch die Nationalversammlung in Bordeaux sollten die eigentlichen Friedensverhandlungen in Brüssel beginnen. Die rasche Zustimmung in Bordeaux hatte Bismarck durch die Vertragsbestimmung gesichert, daß die am 1. März in Paris einziehenden deutschen Truppen solange dort verweilen sollten, bis die Nationalversammlung den Vorfrieden genehmigt haben würde.

In tiefster Rührung umarmte und küßte der Kaiser seine Paladine, als dies große Werk am 26. Februar gelungen war. „Mit tiefbewegtem Herzen, mit Dankbarkeit gegen Gottes Gnade"

telegraphierte er der Kaiserin und den deutschen Mitfürsten das weltgeschichtliche Ereignis, auch dem treuen Freunde auf dem russischen Kaiserthrone. Am Schlusse dieser letzteren Depesche sagte er: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat. Möge Gott Sie dafür segnen." Zar Alexander antwortete dankend: „Ich bin glücklich, im stande gewesen zu sein, Ihnen als ergebener Freund meine Sympathien zu beweisen. Möge die Freundschaft, welche uns verbindet, das Glück und den Ruhm beider Länder sichern."

Am 1. März fand dann der Einzug der deutschen Truppen in Paris statt. Die grenzenlose Eitelkeit und Selbstsucht dieser hauptstädtischen Bevölkerung hatte sich wieder einmal offenbart, als ihr die Bedingungen des Vorfriedens von Versailles bekannt wurden. Den Verlust von Elsaß-Lothringen und von fünf Milliarden trug sie leicht — n'importe — aber die „Schmach", daß das „heilige", das „unbesiegliche" Paris durch die Anwesenheit und das Eindringen der „preußischen Barbaren besudelt" werden solle, das war das Äußerste der Demütigung „Frankreichs". Thiers, Favre und Picard mußten die Unvernunft des „Hauptes und Herzens der Welt" bei allem Heiligen beschwören, keine Dummheiten zu machen, da die Preußen immer noch scharf schössen, wenn sie gereizt würden. Die Sache verlief denn auch so friedlich, wie sich das von Leuten, die immer nur mit dem Mundwerk und mit der Feder drohen, erwarten ließ. Nach einer glänzenden Parade vor dem Kaiser auf dem Felde von Longchamps erfolgte der Einzug. Nur ein deutscher Schlachtenbummler wurde von den Blusenmännern beinahe gehängt. Bismarck trabte munter mit nach Paris hinein und wurde vom Volke erkannt. Ein Mensch schnitt ihm dabei ein besonders finsteres Gesicht. Sofort ritt er freundlich auf ihn zu und bat ihn um Feuer zur Zigarre. Bereitwillig wurde dem Wunsche entsprochen.

Der „große Schmerz", der tout Paris durch diesen Einzug bereitet wurde, war zum Glück für die Qualen der Hauptstadt von kurzer Dauer. Denn in eben den Stunden, da Deutschland der

eiteln Lutetia den Fuß auf den Nacken setzte, nahm die Nationalversammlung in Bordeaux den Versailler Vorfrieden mit 546 gegen 107 Stimmen an. Die Deutschen zogen also sofort wieder in ihre alten lieben Quartiere ab. Am 2. März schon fand in Versailles der Austausch der Ratifikationen statt. Der Kaiser meldete der Gemahlin sofort das Ereignis und fügte hinzu: „Der Herr der Heerscharen hat überall unsere Unternehmungen sichtlich gesegnet und daher diesen ehrenvollen Frieden in Seiner Gnade gelingen lassen. Ihm sei die Ehre! Der Armee und dem Vaterlande mit tief erregtem Herzen Meinen Dank."

Damit war Bismarcks große Aufgabe in Versailles aufs glänzendste gelöst, und er wie das große Hauptquartier durften sich jetzt mit dem besten Gewissen zur Heimreise rüsten und getrost wieder vor den Landsleuten sehen lassen. Aber ehe wir ihn dorthin geleiten, müssen wir aus seinem amtlichen Wirken und persönlichen Leben in Versailles noch einiges nachholen, das in der zusammenhängenden Darstellung der Kriegsereignisse und Friedensverhandlungen keinen Raum fand. Dahin gehört vor allem der Erlaß vom 23. Januar 1871, welcher die Wahlen zum deutschen Reichstag auf den 3. März ausschrieb. Dann weiter der Erlaß vom 26. Februar, welcher den Zusammentritt des Reichstags auf den 21. März ansetzte. In der Zwischenzeit machte Bismarck Wahrnehmungen, die ihm eigentümliche neue Erscheinungen im neuen Reiche verhießen. Daß die vaterlandslose deutsche Sozialdemokratie, deren Führer sich nicht geschämt hatten, im Juli 1870 im Reichstag die Kriegsanleihe gegen Frankreich zu verweigern und im Dezember 1870 den Dank des französischen Konsuls Lefebvre in Wien für diese Heldenthat vor dem Reichstag entgegenzunehmen, eine geschworene Feindin des Deutschen Reiches sein werde, das war sonnenklar. Aber nicht lange vor den deutschen Reichstagswahlen, am 4. Februar, kam ein Artikel der ultramontanen Kölnischen Volkszeitung in Versailles an, der arglos enthüllte, daß die Ultramontanen den Sozialdemokraten Geldunterstützung angeboten hatten, wenn sie für die Wahl klerikaler Kandidaten wirken würden.

Neu war die Erfahrung nicht, da Herr Bebel schon 1868 für die Ultramontanen in Mainz gewühlt hatte. Der Herr war freilich auch, ehe er Sozialistenführer wurde, Agitator der katholischen Gesellenvereine im Salzburgischeu gewesen! Auf jede sozialdemokratische Feindseligkeit war Bismarck also eingerichtet. Die ultramontane aber kam ihm einigermaßen überraschend, da er, wie wir sahen, die römische Partei bisher mit größter Vorsicht und ihr Oberhaupt, den Papst, mit größter Freundlichkeit behandelt hatte. Von dem Artikel der Kölnischen Volkszeitung sprach er zu Busch. Und dieser trug in sein Tagebuch ein: „Wir werden uns das merken und gelegentlich in der Presse von einer Partei Savigny-Bebel oder von der Fraktion Liebknecht-Savigny sprechen."

Bismarck aber handelte immer noch so, als sei das nicht geschehen. So empfing er mit vollendeter Liebenswürdigkeit am 18. Februar den Bischof Ketteler von Mainz, der eine von 56 Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses unterzeichnete Adresse überreichte, in welcher der Kaiser um Wiederaufrichtung der weltlichen Herrschaft des Papstes aufgefordert wurde. Auch ein französischer Prälat, der Kardinal Bonnechose, der am 12. Februar nach Versailles gekommen war, um mit Bismarck über den Erlaß einer dem Bezirk der unteren Seine auferlegten Kontribution zu unterhandeln, hatte sich der zuvorkommendsten Aufnahme zu erfreuen. Freilich sah die Adresse der 56 preußischen katholischen Abgeordneten, welche als erste That des neuen Deutschen Reiches einen Römerzug gegen Italien verlangte, schon wie eine Art von Mobilmachung der klerikalen Partei aus. Auch deren treueste Schildknappen, die Polen, machten sich dem Kanzler unangenehm bemerklich, indem ihm am 11. Februar die gesamte polnische Fraktion eine Beschwerde übersandte, weil einige Polen aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen worden seien. Bismarck antwortete dem Obmann Dr. Szumann kurz: „daß die deutsche Administration von Elsaß und Lothringen Ausweisungen nur insoweit verfügt hat, als sie die militärischen Rücksichten für geboten erscheinen ließen. Es ist mir jetzt nicht bekannt, daß unter den Ausgewiesenen sich auch preußische

Unterthanen befinden; mögen sich dieselben nur unseren Behörden anvertrauen, und dieselben werden ihnen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen bereitwillig Schutz gewähren."

Nach allen Seiten und auf allen Gebieten waren Bismarcks Augen auch in Versailles offen, um die nationale Bewegung und Gesinnung zu stärken, die nationale Wohlfahrt zu fördern. Mit besonderer Freude beantworte er am 7. Februar die Zuschrift des englischen Parlamentsmitgliedes Sir T. Sinclair, der auf dem Kriegsschauplatz gewesen war und sich zur Aufgabe gestellt hatte, in England Sympathie für die deutsche Sache im Kriege gegen Frankreich zu erwerben. „Ich habe mit lebhafter Befriedigung wahrgenommen," schrieb Bismarck dem Baronet, „daß Sie in England die Ideen verbreiten, welche das deutsche Volk für gerecht und billig hält." Als ein beredtes Zeugnis für das Fortschreiten der nationalen Idee durfte Bismarck seiner Tafelrunde zu Anfang Februar auch die Thatsache anführen, „daß er selbst jetzt auch als sächsischer und Hamburger Bürger aufgenommen sei," denn aus Anlaß der Kapitulation von Paris hatte ihm Leipzig am 28. Januar, Hamburg am 1. Februar das Ehrenbürgerrecht verliehen. Bismarck schrieb am 4. Februar an den Stadtrat zu Leipzig: „Mit lebhafter Freude und aufrichtigem Danke habe ich Ihre Mitteilung vom 28. v. M. entgegengenommen. Die hervorragende Stellung im Vaterlande und die Bedeutung, welche Leipzig seinem Namen über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus errungen hat, machen die Anerkennung, die Sie meinem politischen Streben gewähren, zu einer um so wertvolleren, je mehr ich mich mit dem Rat und der Gemeinde Leipzigs einig weiß in dem Gedanken, daß die gewaltigen Kämpfe und Siege unserer Heere nur dem künftigen Frieden, der Einheit und der Freiheit Deutschlands dienen sollen. Die Verleihung Ihres Ehrenbürgerrechts wurde beschlossen am 28. Januar, dem Tage der Kapitulation von Paris, und die Stadt Leipzig, auf deren Siegesfeld vor einem halben Jahrhundert die Befreiung Deutschlands erstritten wurde, erweist mir eine hohe Ehre, indem sie die Verleihung ihres Ehrenbürgerrechts an den Abschluß der

Einigung unseres großen Vaterlandes knüpft." Am 11. Februar aber bemerkte er in dem Dankschreiben an den Senat der Stadt Hamburg: „Ich begrüße es als Gewähr der Zukunft, daß das Deutsche Reich im Bürgertum und namentlich in dem der freien Städte, welchen es dank der Intelligenz und Thatkraft ihrer Bürger und Leiter gelungen ist, die Traditionen und den Gedanken der alten Hansa in sich lebendig und wirksam zu erhalten, eine breite sichere Grundlage gewonnen hat. Ihre Seeleute werden die ersten sein, auch auf fernen Meeren zu verkünden, daß Deutschland seine Einheit und seinen Kaiser wiedergefunden hat."

So hell und freudig

Wie über dir, im blauen Raum verloren,
Ihr schmetternd Lied die Lerche singt,

schlagen diese Worte an unser Ohr, als die echten Naturlaute der Gesinnung und Stimmung unseres Volkes in den größten Tagen seiner modernen Geschichte. Doppelt ergreifend aber wirken diese Worte auf uns, da sie aus dem Herzen des Mannes dringen, der unser Volk auf diese Höhe seines Ruhmes, an dieses herrliche Ziel seiner Einheit geführt hatte. Mit jugendfrischer Begeisterung, mit Frühlingshoffnung und in Lenzesfreude ging er den neuen großen Aufgaben der neuen Zeit entgegen.

Viertes Kapitel.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck bis zum Abschlusse des Frankfurter Friedens und dem Schlusse der ersten Reichstagssession (März bis Mitte Juni 1871).

Am 6. März 1871, einem wunderschönen Morgen, verließ Bismarck Versailles, um in die Heimat zurückzukehren, mit Gattin und Tochter wieder vereinigt zu sein. Die Söhne hatte er in Versailles öfters bei sich gesehen. Bill, mit dem eisernen Kreuz geschmückt, hatte schon am 10. Januar vom Vater in Versailles Abschied genommen, da der junge Graf mit Manteuffel nach Südosten zog, um an dem kühnen winterlichen Marsch teilzunehmen, der den Plan verfolgte, dem General von Werder beizustehen und die Armee Bourbakis zu vernichten. In den Tagen vom 6. bis 9. Februar war dann auch Graf Herbert, wieder vollständig gesundet, der Gast des Vaters in Versailles gewesen. Als der Kanzler jetzt, nach fünfmonatigem Aufenthalt in Versailles, von der französischen Königsstadt Abschied nahm, schmetterten Drosseln und Finken ihre Lieder zu seinem Abzuge. Anfangs auf demselben Wege ging es jetzt heimwärts, auf dem das Hauptquartier am 5. Oktober nach Versailles gezogen war: über Villa Coublay, die Seinebrücke von Villeneuve St. Georges, Charenton und die Fasanerie nach Lagny, wo man nach sieben Uhr abends anlangte und auf dem rechten Ufer der Marne, Lagny gegenüber, etwa dreihundert Schritt oberhalb der zusammengesunkenen Brücke in zwei Garten-

häusern Quartier bezog. Am 7. März wurde die Reise mit der Bahn fortgesetzt, in einem Sonderzuge, der abends Metz erreichte. Hier nahm Bismarck beim Grafen Henckel v. Donnersmarck in der Präfektur Quartier. Kurz vor elf Uhr vormittags wurde am 8. März wieder der Bahnzug bestiegen, der den Kanzler über Saarbrücken und Kreuznach nach Mainz und von dort spät abends nach Frankfurt brachte. Obwohl die Bevölkerung der von dem Zuge berührten Stationen erst wenige Stunden vor dessen Ankunft erfuhr, daß der Zug den Reichskanzler Grafen Bismarck heimwärts trage, und dieser fast ohne Unterbrechung von Metz bis Berlin fuhr, so wurden dem Kanzler doch, trotz des kurzen Aufenthaltes, von der altdeutschen Grenze an auf jedem Haltepunkt begeisterte und stürmische Kundgebungen der Dankbarkeit und Verehrung dargebracht. Namentlich in Saarbrücken und Mainz war der Empfang enthusiastisch. In Frankfurt dagegen war es, für die Größe der Stadt, ziemlich still. Von hier ging es in der Nacht noch weiter, und am 9. März früh halb acht Uhr war Berlin erreicht. Am Bahnhof umarmte Bismarck Gattin und Tochter. Auch Minister Graf Eulenburg und der Legationsrat v. Landsberg hatten sich zur Begrüßung hier eingefunden. Die Provinzialkorrespondenz vom 9. März berichtete zwar, daß der Reichskanzler Versailles nur „mit Rücksicht auf die wichtigen und dringenden Aufgaben, welche ihn in der Heimat erwarteten, früher als das große Hauptquartier verlassen habe“, aber der Verfasser hat gute Gründe zu der Annahme, daß an dieser früheren Abreise auch Anteil hat Bismarcks zarte Rücksicht für seinen kaiserlichen Herrn, dem er alle Huldigungen der an den Bahnstationen Zusammenströmenden allein zuwenden wollte.

In Berlin nahm Bismarck die stattliche Last seiner Amtsgeschäfte sofort in vollem Umfang wieder auf. Schon die Vorlagen an den Reichstag und die Vorberatung der Einzelbestimmungen des Endfriedens mit Frankreich erforderten fast tägliche Ministerberatungen. Auch das Interesse des Kanzlers an den volkswirtschaftlichen Fragen, das sogar während des Feldzuges nicht geruht hatte, trat sofort wieder in den Vordergrund. Noch in Versailles hatte er sich am

9. Februar — als in englischen Blättern behauptet wurde, Deutschland werde Frankreich im Friedensvertrage Pondichery wegnehmen, um den Anfang eines deutschen Kolonialbesitzes zu begründen — zur Frage, ob das neue Deutsche Reich seinen Blick auf Kolonialerwerb richten solle, geäußert: „Ich will auch gar keine Kolonien.*) Die sind bloß zu Versorgungsposten gut. Für uns in Deutschland — diese Koloniegeschichte wäre für uns genau so wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben." Mit dieser Äußerung steht auch Bismarcks spätere Kolonialpolitik, die überall nur mit dem deutschen Reichsschutz eintrat, wo deutsche Privatunternehmungen in fernen Ländern vertragsmäßig Kolonialbesitz erworben und ertragsfähig gemacht hatten, keineswegs in Widerspruch.

Gleichfalls noch in Versailles hatte Bismarck am 19. Februar an den Vorstand des deutschen Fischereivereins geschrieben, daß er eventuell die Übernahme der in Hüningen am Rhein befindlichen Anstalt zur künstlichen Fischzucht auf das Reich beantragen werde, was dann später bekanntlich auch geschah. Und als der deutsche Fischereiverein zwei Delegierte nach Hüningen entsandte, ersuchte Bismarck am 24. Februar von Versailles aus den Civilkommissar v. Kühlwetter in Straßburg telegraphisch, er möge diesen Delegierten alle Unterstützung angedeihen lassen.

Nach Berlin zurückgekehrt, beschäftigte sich Bismarck zunächst vorwiegend mit der Frage, wie die handelspolitischen Beziehungen zu Frankreich im Friedensvertrage zu gestalten seien. Am 14. März faßte er seine Ansichten hierüber in einer interessanten Denkschrift zusammen, die u. a. folgende Sätze enthält: „Zollkonzessionen im Friedensvertrage zu erzwingen, erscheine wie ein Attentat auf die Unabhängigkeit und Souveränität einer Nation und erinnere an den Vertrag Englands mit China über den Opiumhandel. Man werde daher wohl nur die einfache Erneuerung des früheren Handelsvertrages erstreben können. Ob Frankreich sich dazu bereit zeigen

*) Nämlich keine, die nach dem französischen Kolonialsystem erworben und regiert werden.

werde, sei zweifelhaft. Thiers sei Schutzzöllner; derselbe habe davon gesprochen, daß Frankreich genötigt sein werde, ein starkes Finanzsystem einzuführen, um das Geld wieder im Lande anzuhäufen; er werde also vermutlich beabsichtigen, den Handelsvertrag mit England zu kündigen und unsern Vertrag zu modifizieren. Andrerseits komme in Betracht, daß man sich bei der jetzigen Feindseligkeit und bei dem Charakter der Franzosen auf übeln Willen und chikanöse Behandlung der deutschen Kaufleute (in Schätzung der Waren, Handhabung der Förmlichkeiten u. s. w.) gefaßt zu machen habe. Es frage sich daher, ob uns solchen Chikanen gegenüber nicht die Freiheit nützlicher sei, die französischen Waren durch hohe Zölle vom deutschen Markt ausschließen zu können. Vielleicht sei es ratsam, gegenüber den neuesten, nach Abschluß der Friedenspräliminarien vorgekommenen Feindseligkeiten gegen Deutsche in Paris alsbald aggressiv vorzugehen, z. B. durch die Verdreifachung des Zolls auf französischen Wein, um schon während der Friedensverhandlungen in Brüssel den Franzosen zu zeigen, welche Folgen ihr Verfahren hat." Bekanntlich wurde diese wichtige Frage im Frieden von Frankfurt (Art. 11) schließlich dahin geregelt: „Da die Handelsverträge mit den verschiedenen Staaten Deutschlands durch den Krieg aufgehoben sind, werden die französische und die deutsche Regierung zur Grundlage ihrer Handelsbeziehungen den Grundsatz der gegenseitigen Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen nehmen. In dieser Regel sind einbegriffen die Eingangs- und Ausgangsrechte, der durchgehende Verkehr, die Zollformalitäten, die Zulassung und Behandlung der Unterthanen beider Nationen und der Vertreter derselben. Sind jedoch ausgenommen von obiger Regel die Begünstigungen, welche eine der vertragschließenden Parteien durch Handelsverträge anderen Ländern als den folgenden gewährt hat: England, Belgien, Niederlande, Schweiz, Österreich, Rußland." — Am nämlichen 14. März regte Bismarck auch bereits die Erwerbung der Elsaß-Lothringen berührenden Strecke der französischen Ostbahn für Deutschland an — und zwar ebensosehr im wirtschaftlichen als politisch-strategischen Interesse.

Auch diese Anregung hat dann im „Zusatzartikel“ zum Frankfurter Frieden volle Beachtung gefunden.

Die gewaltige Zeit hatte auch bei der vorwiegend fortschrittlichen Stadtvertretung von Berlin endlich einer richtigen Würdigung der Verdienste Bismarcks Bahn gebrochen. Das bekundete der Beschluß des Berliner Magistrats vom 16. März, dem Reichskanzler Grafen Bismarck das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu verleihen: „nachdem Er in ernster Vorbereitung für den öffentlichen Dienst, in treuer und einsichtsvoller Führung desselben die Kräfte und Lebensbedingungen des preußischen Staates mit seltener Klarheit erkannt hatte, — von Seinem Könige an die Spitze der Regierung und zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten berufen — erfüllt von glühendem Patriotismus, geleitet von sicherem Verständnis der Geschichte, getragen von der schöpferischen Kraft seines Genius, der preußischen Politik die höchsten Ziele stellte; mit Weisheit die Wege zur Erreichung derselben vorbereitete, die eröffneten Bahnen mit unerschütterlichem Mute verfolgte; — durch die von glänzenden Waffenthaten des preußischen Heeres unterstützten Siege Seiner Staatskunst die nordalbingischen Grenzlande für Preußen gewann, Österreich aus Deutschland ausschloß und den Norddeutschen Bund gründete; während des gewaltigen Kampfes gegen Frankreich, für den Er in weiser Voraussicht den Norden und Süden zur Waffengemeinschaft verbunden hatte, mit kluger und rascher That die politische Vereinigung sämtlicher Deutschen Fürsten und Stämme herbeiführte und dem unter den ehrwürdigen Formen von Kaiser und Reich zusammengefaßten deutschen Volke die Wirklichkeit eines nationalen Lebens wiedergab, in dankbarer Anerkennung dieser Verdienste um das Vaterland, welche die Mitwelt bewundert, die Nachwelt erst in ihren vollen Wirkungen erkennen wird.“ In seinem Dankschreiben vom 31. März sagte Bismarck: „Es ist eine hohe Ehre für mich, zu den Ehrenbürgern der Hauptstadt des Landes gezählt zu werden, und die nähere Beziehung, in welche ich dadurch zu Berlin trete, ist mir um so wohlthuender, als ich seit 50 Jahren den größeren Teil meines Lebens in den verschiedensten Phasen

desselben in Berlin zugebracht habe, und die Residenz mir thatsächlich zur Heimat geworden ist."

Am 17. März war Bismarck beim Eintreffen des Kaisers in Berlin auf dem Potsdamer Bahnhofe zugegen und Zeuge des unermeßlichen Jubels, mit welchem die Reichshauptstadt das ehrwürdige Reichsoberhaupt, den geliebten Landesherrn wieder daheim begrüßte. Dann folgten in den nächsten Tagen eingehende Beratungen Bismarcks mit dem Kaiser, welche namentlich auch das Verhalten Deutschlands zu der neuen Wendung in Paris betrafen. Denn hier bereiteten die vaterlandslosen Kommunisten, welche sich schon während der Belagerung, wie wir sahen, zweimal gegen die Regierung der Nationalverteidigung empört hatten, einen neuen Aufstand gegen die neue gesetzliche Gewalt des Herrn Thiers vor, weil dieser (am 10. März) die Regierung nach Versailles, nicht nach Paris verlegt habe und die Herstellung einer reaktionären Monarchie beabsichtige. Nun ging Bismarcks Prophezeihung in Erfüllung, daß Jules Favre bald bereuen werde, den sansculottischen Nationalgarden die Waffen gelassen zu haben. Am 18. März bemächtigten sich die Kommunarden der Gewalt in Paris, ermordeten zwei Generale, vertrieben die regierungstreuen Truppen aus der Stadt und kümmerten sich um die Bestimmungen des Vorfriedens von Versailles fast gar nicht. Bismarck telegraphierte darauf am 20. oder 21. März an Jules Favre: „Ich beehre mich, Ihnen anzuzeigen, daß das Oberkommando der Armee von Paris angesichts der Ereignisse, welche sich in Paris zutragen, und welche die Konvention fast nicht mehr sicher stellen, die Annäherung an unsere Linien, d. h. an die von uns besetzten Forts untersagt hat. Ich verlange, daß die in Pantin zerstörten Telegraphenlinien innerhalb 24 Stunden wiederhergestellt werden, und werde die Stadt Paris als Feind behandeln, wenn Paris die mit den Friedenspräliminarien in Widerspruch stehenden Vorgänge noch fortsetzen sollte. Dies würde eine Eröffnung des Feuers seitens der Forts zur Folge haben." Selbstverständlich war diese Note zur Abschreckung der Kommunarden, und damit indirekt zur Stütze der

Regierung des Herrn Thiers erlassen. In diesem Sinne war Bismarck auch weiter thätig, indem er der Versailler Regierung soweit, als er ohne Verletzung der Neutralität gehen durfte, nach Kräften die Niederwerfung der Kommune erleichterte. Zu diesem Zwecke gestattete er ihr die Heranziehung einer bedeutend größeren Truppenmacht vor Paris als nach dem Vorfrieden zulässig gewesen wäre, und entband Frankreich von der Verpflichtung, seine geübtesten Soldaten, nämlich die von Deutschland in großen Massen entlassenen Kriegsgefangenen, hinter der Loire festzuhalten. Weiter durfte Bismarck nicht gehen, um nicht — wie er später im Reichstag am 1. April treffend bemerkte — „alle Teile gegen uns, ich will nicht sagen, zu einigen, aber doch einander zu nähern." Doch dankte die Versailler Regierung schon diesem Entgegenkommen Bismarcks die Verfügung über 100000 kampfgeübte Truppen zur Bewältigung der frevelhaften Pariser Empörung.

Auch am 21. März, vor der Reichstagseröffnung, war Bismarck beim Kaiser zum Vortrag erschienen. Da überraschte der huldvolle Monarch den Reichskanzler Grafen Bismarck mit dem höchsten Beweise seiner Dankbarkeit, indem er ihn in den Fürstenstand erhob. „In der denkwürdigen Stunde, wo sich die Vertreter des neuen Deutschen Reiches zum ersten Male um den Thron des Deutschen Kaisers versammelten, ist der Bundeskanzler Graf v. Bismarck zum Fürsten erhoben worden", schrieb am folgenden Tage die Provinzialkorrespondenz. „Kaum hätte zur Verleihung dieser Würde ein bezeichnenderer Tag gewählt werden können, denn mit der Wiedererstehung des Deutschen Reiches wird der Name Bismarck für alle Zeiten innig verknüpft sein, und in dem großen weltgeschichtlichen Akte, welcher heute im Schlosse unserer Könige vollzogen wurde, durfte der neue Fürst-Reichskanzler die Frucht seines langjährigen Wirkens und Schaffens erblicken."

Besonders prunkvoll wurde diesmal die Reichstagseröffnung vollzogen. In der Thronrede, die der Kaiser selbst verlas, lag der Nachdruck auf folgenden Sätzen: „Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und

deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwickelung. Der Geist, welcher in dem deutschen Volke lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen, bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauche seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren." Mit „besonderer Genugthuung" hob die Thronrede dann die Ergebnisse der Londoner Konferenz hervor, bei welcher „die Stimme Deutschlands inmitten des schweren Krieges im Geiste des Friedens geltend gemacht worden" sei. Unter den Vorlagen, welche die Thronrede ankündigte, waren die wichtigsten: die Redaktion der Reichsverfassung, die Beteiligung der einzelnen Bundesstaaten an den laufenden Ausgaben des Reiches, die Verfügung über die französische Kriegsentschädigung, die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen der Gefallenen durch Pensionen. Die Thronrede schloß: „Möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfrieden folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen. Das walte Gott!"

Die Zusammensetzung des ersten deutschen Reichstags nach den Wahlen vom 3. März 1871 trug das Gepräge jener großen Tage, in welchen die nationale Idee überall in Deutschland sich urkräftig regte. Die nationalliberale Partei war mit 120 Abgeordneten zur stärksten des Reichstags geworden. Von den ihr nächst verwandten Fraktionen zählte die „liberale Reichspartei" 30, die

„deutsche Reichspartei“ (der „Freikonservativen“) 38 Mitglieder. Die Konservativen hatten 50, die Fortschrittspartei 44 Sitze davongetragen. Die Sozialdemokratie war, dank ihrer vaterlandsverräterischen Haltung während des Krieges, von der Oberfläche des politischen Lebens nahezu hinweggefegt. Nur die Herren Bebel und Schraps hatte sie in ihren sächsischen Hochburgen durchsetzen können. Ein einziger Däne, drei Welfen und dreizehn Polen gesellten sich den unbedingten Neinsagern hinzu. Ein sehr erstaunliches und unholdes Ergebnis dieser Wahl, die mitten in der nationalen Hochflut stattgefunden, war aber die plötzliche Erscheinung einer gesonderten „katholischen Fraktion“ in der Stärke von 57 Köpfen, unter Führung der Herren Savigny und Windthorst.

Sie machte sich auch schon während dieser Frühjahrssession des ersten deutschen Reichstags unangenehm bemerkbar, indem sie gegen die von allen nationalen Parteien beantragte Adresse an den Kaiser sprach und stimmte, weil in dieser Adresse der schon in der Thronrede betonte Grundsatz deutscher Politik, sich in die Angelegenheiten fremder Völker nicht einzumischen, in den kräftigen Worten wiederholt war: „Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren.“ Die „Vertreter des katholischen Volkes“ — wie die Mitglieder der neuen Fraktion sich mit Vorliebe nannten — wollten ja aber gerade diese Einmischung: den Krieg gegen Italien zur Wiederherstellung der weltlichen Papstherrschaft. Noch wunderbarer als das Schauspiel, daß diese Partei für „Wahrheit und Recht“, „die sicherste Stütze von Thron und Altar“, sich ausschloß von einer dankbaren Huldigung des deutschen Reichstags vor dem ehrwürdigen Kaiser, war dann der Antrag derselben Fraktion auf Einschaltung von „Grundrechten“ in die deutsche Reichsverfassung, als letztere im Reichstag zur Beratung stand. Dieses Unternehmen war schlechthin unzulässig, da das dem Reichstag vorgelegte Verfassungswerk, wie jedermann wußte, das Ergebnis der in Versailles geschlossenen Verträge war, und daher vom Reichstag nur „redigiert“, nicht aber tiefgreifenden Abände=

rungen unterzogen werden konnte. Außerdem aber waren die „Grundrechte“, welche die katholische Fraktion einbrachte, auch nur darauf bedacht, die „Freiheit“ der römischen Kirche in einem Maße zu gewährleisten, daß „der Racker von Staat“ dabei nicht mehr bestehen konnte. Das bewies namentlich der Historiker und Abgeordnete Heinrich v. Treitschke in hinreißender Rede. Diese Haltung der römischen Partei fand, wie wir sehen werden, selbst im Vatikan Mißbilligung. Denn der Papst hatte in seiner peinlichen neuen Lage, als entthronter Herrscher und in der Hand eines von ihm exkommunizierten Königs, von Bismarck nur Freundliches erfahren. Papst Pius hatte daher auf die Anzeige von der Annahme der Kaiserwürde durch König Wilhelm diesem am 6. März seinen Glückwunsch mit der Versicherung zugesandt, daß er „mit großer Freude die Mitteilung dieses Ereignisses entgegengenommen“ habe. Bismarck fühlte sich nicht veranlaßt, über diese Leistungen der neuen Fraktion im Reichstag ein Wort zu verlieren. Aber schon ihr Dasein und noch mehr ihre Haltung erregte seine ganze Aufmerksamkeit und Schritte der Abwehr, von denen später die Rede sein wird.

Wie wenig der Reichskanzler aber auch jetzt noch einer feindseligen Stimmung gegen die Vorkämpfer der katholischen Partei zugänglich war, das bewies er durch ein Schreiben an den langjährigen gelehrten Führer der katholischen Partei Bayerns, den Landtagsabgeordneten Professor Dr. Sepp in München, der im Juli 1870 und bei Genehmigung der Versailler Verträge in der bayerischen Kammer seine volle nationale Schuldigkeit gethan hatte. Ihm schrieb Bismarck am 27. März 1871: „Es ist mir eine Enttäuschung gewesen, geehrter Herr Professor, gerade Sie unter den Abgeordneten zum ersten Deutschen Reichstage zu vermissen. Ich würde, mit unbedingtem Vertrauen auf Ihren deutschen Sinn, Ihre Mitwirkung an dem großen Werke erwartet haben, zu dem Sie sich im eigenen Namen und in dem des edeln bayerischen Stammes so männlich und offen bekannt haben. Ihre Landsleute haben auf dem Schlachtfelde wie daheim bewährt, daß sie einen vollen und lebendigen Sinn für die deutsche Einheit haben, und wie ich Sie

mit Freuden unter den parlamentarischen Vorkämpfern derselben in den kernigen Reden begrüßt habe, so hoffe ich auch ferner auf die Mitwirkung Ihres beredten Wortes zu der Erreichung des uns Beiden gemeinsamen Zieles: des Heiles der deutschen Gesamtheit."

Als ein freudig anerkennender Gegengruß aus Süddeutschland an Bismarck können die Worte gelten, die der wackere Führer der deutschen Partei in Württemberg, der Reichstagsabgeordnete — und spätere Minister — v. Hölder am 24. März in der juristischen Gesellschaft in Berlin sprach.*) Zuvor war viel vom Deutschen Reiche und deutscher Rechtsentwickelung die Rede gewesen. Hölder kündigte unter lebhaftem Beifall einen Toast auf Bismarck an, „dem wohl vorzugsweise ein Verdienst bei der Begründung dieses neuen Deutschen Reiches zukommt. Zwar weiß ich nicht recht, wie ich diesen Toast hier begründen soll, denn man könnte mir sagen, wie kommt Saul unter die Propheten? (Heiterkeit). Ich könnte mich wohl auch nicht darauf berufen, daß er zum Doktor der Philosophie ernannt worden ist, wie etwa seiner Zeit Blücher. Da wir aber eine Anzahl von Mitgliedern der hiesigen Universität, den Rektor an ihrer Spitze, in unserer Mitte haben, so möchte ich denselben dringend empfehlen, anzuregen, daß der Fürst Bismarck von der Universität der Reichshauptstadt zum Doktor der Rechte ernannt werde (lebhafter allseitiger Beifall), denn er hat sich als ein guter Jurist bewährt, zwar nicht sowohl als Theoretiker, wohl aber als Praktiker, als ein gewaltiger Praktiker (Sehr gut!). Er hat ein neues deutsches Staatsrecht aufgestellt und den deutschen Fürsten und Regierungen ein Praktikum in demselben gelesen (Beifall), und zwar mit gutem Erfolge. Sie waren früher etwas hart im Verstehen, aber dem braven Bismarck gehört das Verdienst, daß er ihnen das Verständnis für das deutsche Staatsrecht eröffnet hat. Er hat auch gute Kenntnisse im Völkerrecht bewiesen (Ruf: vorzügliche!) und hat auch außerhalb Preußens Anerkennung seiner Kenntnisse im Völkerrecht gefunden; so sehr, daß sogar die Herren Thiers und

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, S. 171.

Jules Favre Privatissima bei ihm genommen haben (Beifall). So, meine Herren, darf man wohl, denke ich, in einer juristischen Gesellschaft ein Hoch ausbringen auf diesen eminenten Praktiker des Staats- und Völkerrechtes, auf den Fürsten Bismarck."

Zum ersten Male ergriff der Reichskanzler im deutschen Reichstage das Wort an seinem 56. Geburtstage, am 1. April 1871. Er hatte dazu einen triftigen Grund, da in dieser Sitzung die deutsche Reichsverfassung zur zweiten Beratung stand, und die Polen jetzt den Zeitpunkt gekommen hielten, um den Antrag zu stellen: „daß es nicht zur Kompetenz des Reichstags gehört, die ehemaligen polnischen Landesteile, die unter Preußens Herrschaft stehen, dem Deutschen Reiche einzuverleiben." Wir wissen, daß Bismarck die Bekämpfung nationalpolnischer Umtriebe sich schon von seinem ersten politischen Auftreten an zur Aufgabe machte. Zunächst bestritt er den Antragstellern das Recht sich auf die Worte der Thronrede zu berufen: „Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbstständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten, der starken wie der schwachen!" Denn „in der Thronrede ist die Rede von anderen Staaten und Völkern, deren Selbständigkeit geschont werden soll. Die Herren (aber) gehören zu keinem anderen Staate und zu keinem anderen Volke als zu dem der Preußen, zu dem ich selbst mich zähle, und können Posen und Westpreußen, langjährige Bestandteile der preußischen Monarchie, nicht zu denjenigen anderen Völkern und Staaten zählen, welche in der Thronrede gemeint sind. Es ist das eine der Fiktionen, die den Blick trüben und das Urteil fälschen. Ich bestreite den Herren ferner das Recht, im Namen der Bevölkerung irgend eines der preußischen Landesteile zu sprechen, welches auch die Sprache dieser Bevölkerung sein mag. Ich will nur daran erinnern, was ich Ihnen früher gründlicher nachgewiesen habe*), daß Ihre Wähler mit dem, was Sie hier angeblich im Namen Ihrer Wähler erklären, nicht einverstanden sind. Ihre Landsleute haben

*) S. o. Bd. III, S. 443 fg. dieses Werkes.

mit demselben Mute und mit derselben Hingebung für die Sache, welche uns hier vereint, gestritten, wie die Bewohner jedes anderen Teils von Preußen, und Ihre Landsleute, die Sie hier vertreten, sind für die Segnungen der preußischen Kultur gerade so dankbar, wie die Bewohner Schlesiens und anderer Provinzen (lebhafte Zustimmung). Ich bestreite Ihnen ferner — ich glaube, schon zum zehnten Male — das Recht, sich auf einen Vertrag für Sonderstellung einzelner Provinzen im preußischen Staat zu berufen. Sie haben stets sorgfältig vermieden, diese Verträge ihrem vollen Wortlaut nach anzuführen. Ich möchte Sie dann auch daran erinnern, uns mehr durch das Beispiel der Duldsamkeit als durch Ihre Worte zu belehren. Wie hat sich denn die polnische Nation zur Zeit, wo sie selbständig war, gegen die von ihr mit dem Schwert Unterworfenen verhalten?" Bismarck führt die Behandlung der Ruthenen, Russen und Litthauer unter polnischem Szepter an. „Dann, m. H., würde Ihre Existenz in diesem Lande vollständig unerträglich werden, wenn wir Sie so behandeln wollten, wie Sie die durch Eroberung unterworfenen Deutschen behandelt haben." Ferner erinnert Bismarck an das Blutbad von Thorn, am 7. Dezember 1724, „wo die polnischen Herrscher es den Deutschen mit blutiger Schrift bewiesen haben, wie sie nationale Sonderbestrebungen zu behandeln entschlossen waren. Fürchten Sie nicht, m. H., daß wir aus diesen geschichtlichen Erinnerungen, zu denen Sie mich wider meinen Willen zwingen, irgend ein Beispiel oder eine Empfindlichkeit übernehmen. Die verbündeten Regierungen und insbesondere Ihre Landesregierung, die königlich preußische, wird fortfahren in den Bestrebungen, die Segnungen des Rechtsschutzes und der Gesittung unter den Dankbaren und Undankbaren zu verbreiten, und glücklicher Weise sind die Dankbaren in der Mehrheit, auch bei Ihnen! (Lebhafter Beifall)."

Darauf erwiderte der Abgeordnete v. Niegolewski u. a., Bismarck habe der polnischen Fraktion das Recht zu solchen Anträgen bestritten, „weil wir kein Volk wären. Nun, m. H., das was Gottes Werk ist, wird keine menschliche Kraft vernichten können."

Bismarck entgegnete: er ergreife das Wort nur, „um zu verhüten, daß eines jener Schlagworte mehr in die Welt gesetzt werde, von denen ich nicht selten durch das Wohlwollen meiner parlamentarischen Gegner zu leiden gehabt habe, so noch bis in die Tage des jetzigen französischen Krieges hin an dem Worte des Grafen Schwerin: ‚La force prime le droit, Gewalt geht vor Recht‘, was ich bekanntlich niemals gebraucht habe.*) Nun habe ich aus der Betonung des letzten Herrn Redners vermutet, daß auch er sich ein neues Schlagwort vorbereitet: ‚Wir sind kein Volk.‘ Ja, damit kann man viel Mißbrauch treiben; es kommt darauf an, was man unter dem ‚wir‘ versteht. In meinem Sinne verstehe ich unter dem ‚wir‘ — und damit unterschreibe ich vollständig den Satz — die etwa zwanzig Herren Abgeordneten, die sich hier als Volk gebärden, und zwar als polnisches Volk. Sie, m. H., sind wirklich kein Volk, auch vertreten Sie kein Volk. Sie haben kein Volk hinter sich, Sie haben nichts hinter sich als Ihre Fiktionen und Ihre Illusionen, und zu denen gehört unter anderem, daß Sie vom polnischen Volke hierher in den Reichstag gewählt seien, um die polnische Nationalität zu vertreten. Ich weiß auch etwas davon, wozu Sie gewählt worden sind. Ich habe es Ihnen schon bei früheren Gelegenheiten auseinandergesetzt,**) und kann Ihnen darüber auch jetzt nähere Einzelheiten geben. Sie sind gewählt, um die Interessen der katholischen Kirche zu vertreten, und wenn Sie das thun, sobald diese Interessen in Frage kommen, so werden Sie Ihre Schuldigkeit gegen Ihre Wähler erfüllen. Denn dazu sind Sie ehrlich gewählt, dazu haben Sie das volle Recht; aber hier das polnische Volk oder die polnische Nationalität zu vertreten, dazu haben Sie das Mandat nicht! Ein solches Mandat hat Ihnen kein Mensch gegeben, und das Volk in Posen und Westpreußen am allerwenigsten; es teilt nicht die Fiktionen, die Sie verteidigen: daß die polnische Herrschaft gut gewesen wäre — oder nicht schlecht, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte. Bei aller Unparteilichkeit

*) Siehe oben S. 157.

**) Siehe Bd. III, S. 444 dieses Werkes.

und bei aller Neigung, gerecht zu sein, kann ich Ihnen versichern, sie war ganz herzlich schlecht, und darum wird sie niemals wiederkommen! (Beifall)." Als dann der Abgeordnete v. Dziembowski diese Worte dahin verdrehte, der Reichskanzler habe gesagt, die Polen seien „durch den Einfluß der klerikalen Partei gewählt," versetzte Bismarck: „Der Herr Redner hat selbst in dieser Nähe*) eine große Fertigkeit, mich nicht zu verstehen. Ich habe nichts derartiges gesagt."

Der polnische Antrag ward natürlich abgelehnt, die Reichsverfassung dagegen am 14. April mit allen gegen 7 Stimmen angenommen und dann, nach Zustimmung des Bundesrates, schon am 20. verkündet.

Am 17. April nahm Bismarck an dem großen Feste teil, welches die Stadt Berlin dem ersten deutschen Reichstag bereitete. Vom 15. an sah er auch an jedem Sonnabend die Abgeordneten und Bundesräte bei sich zur „parlamentarischen Soiree".

Am 19. April stand im Reichstag der Antrag des Abgeordneten Braun (Hersfeld) auf Errichtung eines monumentalen Reichstagsgebäudes zur Beratung. Der praktische Abgeordnete v. Unruh schlug dagegen zunächst die Ermittelung eines Platzes, Aufstellung eines Programms und Ausschreibung einer öffentlichen Konkurrenz sowie Einsetzung einer gemischten Baukommission vor, und beantragte: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bis zur Vollendung des Parlamentsgebäudes für ein ausreichendes provisorisches Unterkommen zu sorgen." Ähnlich lauteten die Anträge der Abgeordneten Hänel und v. Bernuth. Bismarck erklärte: Im allgemeinen werde über den Antrag grundsätzlich „weder in diesem Hause noch im Schoße der verbündeten Regierungen eine wesentliche Meinungsverschiedenheit stattfinden. Daß eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes notwendig sei, darüber ist kein Zweifel; daß die neue Einrichtung entsprechend der Größe der Bedeutung, die sie haben soll, daß sie würdig ausfalle, darüber wird auch kein Zweifel sein.

*) Die polnische Fraktion saß gerade vor dem Bundesratstisch.

Eine andere Seite ist die Frage: soll den geschäftlichen oder soll den ornamentalen Rücksichten mehr gefolgt werden? Ich habe in meiner Stellung natürlich eine Vorliebe für die geschäftlichen Rücksichten (Sehr richtig!)." Überaus schwierig dagegen sei die Platzfrage, die Bismarck eingehend erörtert. Natürlich müsse dem jetzigen unerträglichen Zustand durch ein provisorisches Parlamentshaus thunlichst rasch abgeholfen werden. „Das zellenartige Eingesperrtsein der Abgeordneten auf einem bestimmten Platz wirkt zum Teil mitunter auf die Stimmung des Einzelnen mit ein (Heiterkeit). Es ist ein dringendes Bedürfnis der Regierung, die Herren in möglichst wohlwollender Stimmung zu erhalten (Heiterkeit)." Auch schickliche Nebenräume zu Privatbesprechungen seien notwendig, „wo man selbst einen Ausländer, ohne zu erröten, kann warten lassen (Heiterkeit)." Diese provisorische Abhilfe dachte man sich damals entweder durch Erweiterung des Sitzungssaales im Herrenhause (in dem der norddeutsche Reichstag getagt hatte), oder durch Umbau der Porzellanmanufaktur, die neben dem Herrenhause lag. So stand die Frage auch noch, als der Reichstag am 15. Juni abermals darüber beriet. Für den letzteren Plan erklärte sich Bismarck in der Kommission und auch im Plenum am 15. Juni, und es ward demgemäß mit großer Mehrheit beschlossen. Sehr bezeichnend aber für Bismarcks Art, rasch und entschlossen durchzugreifen, um das Notwendige sofort zu stande zu bringen, war sein Verfahren in dieser Angelegenheit. Der nationalliberale Abgeordnete Reyscher (württembergischer Rechtsanwalt) erzählt darüber aus der parlamentarischen Soiree bei Bismarck vom 10. Juni.*) „Die gute Laune des Reichskanzlers erklärte sich zum Teil daraus, daß er unmittelbar vorher wie eine Bombe in die Parlamentsbau-Kommission geplatzt war und dort zum Entsetzen der Geheimräterei, aber zur großen Genugthuung der Abgeordneten, den Stein in rasches Rollen gebracht hatte. Während die bureaukratischen Techniker Berlins, die übrigens Fürst Bismarck nötigenfalls durch Wiener zu ersetzen drohte, die Voll-

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, 48.

endung des Provisoriums erst nach zwei Jahren in Aussicht stellten, sollte jetzt, dank der Bismarck'schen Einmischung, der Reichstag schon im Herbst in der Porzellan-Manufaktur anständig unter Dach und Fach kommen. Die bedeutsame Hinweisung auf Wien verfehlte ihre Wirkung nicht, wenn auch der Vorschlag eines Abgeordneten, das Wiener Reichstagsgebäude auf Abbruch und Aufstellung bei uns zu kaufen, da man es an der Donau nicht mehr nötig habe, von einer hohen Autorität für sehr hübsch, aber diplomatisch nicht verwendbar erklärt wurde." In der That wurde dann bis zum Herbst 1871 jenes „provisorische" Parlamentshaus fertig, das den deutschen Reichstag bis zum Herbst 1894 beherbergt hat.

In der Sitzung des Reichstags vom 19. April kamen jedoch noch andere Dinge als der Parlamentsbau zur Sprache, von denen wir zunächst die Rede kurz erwähnen müssen, mit welcher Bismarck den Antrag von Schulze-Delitzsch und Genossen (der Fortschrittspartei) auf Gewährung von Diäten an die Abgeordneten bekämpfte. Schulze hatte bemerkt: Bismarck habe bei einer früheren Erörterung der Sache selbst gesagt, „wenn das deutsche Parlament sich der Sache bemächtige und bliebe dabei, so würde der Widerstand schwierig sein." Bismarck erklärte für möglich, daß er das gesagt habe, und dann habe er „damals eine ganz richtige Voraussicht bekundet. Es wird schwierig sein; aber wir sind nicht in der Lage, daß wir vor der Schwierigkeit unserer Aufgaben zurückschrecken dürfen (Heiterkeit)." Der Bundesrat werde den Antrag wahrscheinlich nicht annehmen. Wie der Reichstag bei Gewährung von Diäten zusammengesetzt sein würde, könne niemand wissen. Aber „wenn diese Versammlung sehr viel anders zusammengesetzt sein würde — es würde mir zu schmerzlich sein, als daß ich auch nur den Versuch wagen sollte (Große Heiterkeit)." Vor allem aber sei erfahrungsmäßig die Arbeit diätenloser Parlamente kürzer als die besoldeter und die Diätenlosigkeit ein Mittel, der Bildung von Berufsparlamentariern entgegenzuwirken. Der Abgeordnete Völk habe es als Inkonsequenz bezeichnet, „wenn man auf dem Wege des allgemeinen Stimmrechts nur bis zu der diätenlosen Wahl gehe, und halte den Weg erst voll-

ständig zurückgelegt, wenn man durch die Gewährung von Diäten einen jeden, auch den Bedürftigsten, in die Lage setzte, an der Volksvertretung teilzunehmen.“ „Ich sehe das für keinen schlagenden Grund an,“ entgegnet Bismarck. „Die Regierungen sind eben bisher nicht entschlossen; sagen Sie immerhin: sie wagen es nicht; denn es ist ein trauriger Mut, auf die Gefahr des öffentlichen Wohles hin etwas zu wagen. Man kann nicht jeden Weg bis ans Ende gehen, man hat seinen Punkt, auf dem man Halt machen will, und wo man sagt: hier will ich jetzt nicht weiter vorgehen, sondern abwarten, wie sich die Sache gestaltet.“

Die Abgeordneten Windthorst und Graf Münster hatten die Einführung des Zweikammersystems, die Einsetzung eines Oberhauses, als ein „Korrektiv für eine diätenlose Versammlung“ bezeichnet. Darauf entgegnete Bismarck in derselben Rede: „Ich muß zu meinem Bedauern sagen: die politische Erfahrung hat mich überzeugt, daß solche Versammlungen den Zweck, ein Gegengewicht und einen Schutz zu gewähren gegen die Gefahren, welche das allgemeine Stimmrecht in seiner vollsten Ausbeutung in sich bergen kann, nicht erfüllen können. Wenn eine frisch durch Wahlen legitimierte, den Anspruch einer Vertretung des ganzen Volkes in sich tragende Versammlung das Gegenteil beschließt, dann brauche ich ein stärkeres Gegengewicht. Das haben wir im Bundesrate. Ich weiß nicht, was die Herren bewegt, den Bundesrat in den gesetzgebenden Faktoren nicht mitzuzählen; die Verfassung weist ihm die volle Gleichberechtigung an, und wenn ich sage, er wiegt schwerer als ein gewöhnliches Erstes Haus, so ist das, weil er zugleich ein Staatenhaus im vollsten Sinne des Wortes ist. Da (im Bundesrat) stimmt nicht der Freiherr v. Friesen, sondern das Königreich Sachsen stimmt durch ihn; nach seiner Instruktion gibt er ein Votum ab, das sorgfältig destilliert ist aus all den Kräften, die zum öffentlichen Leben in Sachsen mitwirken; in dem Votum ist die Diagonale aller der Kräfte enthalten, die in Sachsen thätig sind, um das Staatswesen zu bilden; es ist das Votum der sächsischen Krone, modifiziert durch die Einflüsse der sächsischen Landesvertretung, vor welcher das säch-

sische Ministerium für die Vota, welche es im Bundesrat abgeben läßt, verantwortlich ist. Es ist also recht eigentlich das Votum eines Staates, ein Votum in einem Staatenhaus. Die Vota im Bundesrat nehmen die Achtung für sich in Anspruch, die man dem gesamten Staatswesen eines der Bundesglieder schuldig ist. Das halte ich für außerordentlich schwerwiegend, und diese Bedeutung macht sich unbewußt ja in uns längst fühlbar. Einem Votum von 25 einzelnen Herren würden Sie nicht das Ansehen beimessen, dessen der Bundesrat sich glücklicherweise erfreut; aber dem Votum von 25 Staaten, wo jeder der Herren hier einem derselben angehört, und von lauter Staaten, die sich einer freien parlamentarischen Verfassung erfreuen — (Ruf: Mecklenburg?), wo die Abstimmung der Einzelnen recht eigentlich der Ausdruck der Gesamtheit dessen, was man früher sagte, Völker, jetzt will ich nur sagen, Einwohnerschaften für sich haben, dem sind Sie Achtung schuldig in anderer Weise, und die zollen Sie ihm auch, und die Bevölkerung zollt sie ihm. Ich halte deshalb jede Neuerung, durch welche dieser meines Erachtens sehr glücklich gefundene Senat — Staatenhaus, Erstes Haus — des Deutschen Reiches in seiner Bedeutung abgeschwächt, gewissermaßen mediatisiert wird, für eine sehr bedenkliche Änderung an der Verfassung. . . Deswegen möchte ich Sie bitten, tasten Sie nicht den Bundesrat an. Ich sehe eine Art von Palladium für unsere Zukunft, eine große Garantie für die Zukunft Deutschlands gerade in dieser Gestaltung — es ist ja möglich (man sieht nicht in die Zukunft), daß ich zu rosig sehe, aber ich hoffe das Gegenteil! (Lebhafter Beifall rechts)." Der hierauf im Reichstag angenommene Diäten-Antrag wurde natürlich vom Bundesrat — diesmal wie auch später stets — abgelehnt.

Der Aufstand der Kommune in Paris und die dadurch geschaffene Unsicherheit der Lage der französischen Regierung — deren Truppen gegen Paris bisher keinerlei rühmenswerte Fortschritte machten —, endlich die erheblichen Ausgaben für diesen Bürgerkrieg ließen sowohl die vertragsmäßigen Zahlungen zum Unterhalt der in Frankreich stehenden deutschen Truppen, als die Kriegs-

entschädigung von Paris, als endlich auch die Friedensverhandlungen in Brüssel ins Stocken geraten. Deutschland mußte sich demnach auf alles gefaßt machen, schlimmsten Falles auf Fortsetzung des Krieges. Bismarck hatte die kräftigste Einsprache gegen diese Vertragsverletzung erhoben. Schon am 2. April ließ er dem General Fabrice, dem deutschen Höchstkommandierenden vor Paris, die Weisung zugehen: zur Sicherung der deutschen Geldansprüche die Erhebung der direkten Steuern in eigene Hand zu nehmen und sich mit der französischen Regierung über die Formen und Modalitäten der Ausführung zu verständigen. Um der Regierung des Herrn Thiers die Sache so leicht als möglich zu machen, telegraphierte Bismarck am 7. April weiter an Fabrice: „Die deutsche Regierung gestattet die Erhöhung des Bestandes der französischen Armee (vor Paris) auf 100 000 Mann und verzichtet auf alle zusätzlichen Garantien für Ausführung der Friedensbedingungen.“ Da jedoch auch jetzt keine der fälligen deutschen Forderungen erfüllt wurde und die Friedensverhandlungen in Brüssel nicht von der Stelle rückten, so brachte Bismarck am 17. April einen Gesetzentwurf ein, welcher die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 120 Millionen Thalern verlangte zwecks der „Beschaffung weiterer Geldmittel zur Bestreitung der durch den Krieg veranlaßten außerordentlichen Ausgaben.“ Der Reichstag beriet darüber schon am 20. April in erster, am 22. April in zweiter Lesung und nahm hier mit sehr großer Mehrheit den Entwurf an. Erst zur dritten Lesung, am 24. April, konnte Bismarck im Reichstag erscheinen. Er eröffnete die Verhandlung mit einer bedeutsamen Rede, welche die oben mitgeteilten offenen Gründe zur Einbringung der Anleihevorlage vortrug, dann aber auch auf die intimsten Beweggründe hüben und drüben einging. „Ich kann nicht sagen, daß die Verhandlungen in Brüssel den raschen Fortgang nehmen, den ich unter diesen Umständen*) erwartet hätte; ich kann mich im Gegenteil

*) Zuvor hatte er nämlich nachgewiesen, daß nach Art. 3 Abs. 2 des Vorfriedens die deutschen Truppen, nach Zahlung von 500 Millionen sowie nach Abschluß des Endfriedens, Frankreich zu räumen hätten.

dem Eindruck nicht versagen, als ob die französische Regierung sich der Hoffnung hingebe, zu einer späteren Zeit, wo sie mehr erstarkt sein würde, andere Bedingungen als jetzt zu erlangen (Hört! Hört!). Auf Versuche, die Bedingungen des Vorfriedens abzuschwächen, würden wir uns in keiner Weise einlassen, nach welcher Richtung dieselben auch versucht werden möchten (Lebhafter Beifall), sei es im territorialen, sei es im finanziellen Teile der Abmachungen."

Bismarck berichtet dann weiter, er habe anfangs, im Vertrauen auf die redliche Erfüllung der französischen Vertragspflichten, fast die Hälfte der in Deutschland befindlichen französischen Kriegsgefangenen entlassen, und 40 000 Mann davon der Verpflichtung entbunden, hinter der Loire festgehalten zu werden. Jetzt aber werde kein gefangener Franzose mehr aus Deutschland herausgelassen. Deren seien noch immer 2—300 000, und ihre Verpflegung koste Geld. „Der zwingende Grund für die stärkere Ausgabe" (und die Anleihevorlage) „liegt (aber) in den inneren Verhältnissen Frankreichs. Wir sind durch die dort obwaltenden Verhältnisse genötigt, eine sehr viel erheblichere Truppenmacht noch für die Dauer der Unruhen dort stehen zu lassen, als bei Abschluß des Vorfriedens unsere Absicht sein konnte. Man schätzt die Armee der Regierung bei Versailles auf über 100 000 Mann. Wenn die Regierung mit dieser Armee die Aufgabe, die sie sich gestellt hat, durchführt, so vertrauen wir auf ihre Loyalität in Ausführung des Friedens; wenn ihr aber die Aufgabe mißlingt, so können wir unmöglich vorher übersehen, welche Angliederungen von Truppen, und unter welcher Führung, sich in Frankreich aus den dort auf beiden Seiten vorhandenen Bestandteilen bilden können. Wir müssen also, wenn wir ganz sicher gehen wollen — und nach so großen Opfern ist es Pflicht der Regierung, ganz sicher zu gehen — so stark bleiben, daß wir jeder Möglichkeit, jeder Verbindung von Streitkräften in unserer Stellung gewachsen sind. Das bedingt erhebliche finanzielle Opfer."

Schließlich erörtert Bismarck die Frage, ob nicht „dem jetzigen Zustande in Frankreich durch Eingreifen von unserer Seite ein Ende

zu machen" sei, und erklärt, unter lebhaftem Beifall, daß er dem Kaiser dazu nicht habe raten können, denn eine solche Einmischung würde „alle Teile gegen uns, ich will nicht sagen einigen, aber doch einander nähern; man würde nach französischer Art bereit sein, alle Übel der Lage auf die Einmischung des Auslandes zu schieben (Sehr richtig!)". Außerdem möchte sich Deutschland von dem in der Thronrede ausgesprochenen Grundsatze der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Völker nur „ungerne" entfernen. Endlich aber sei ja möglich, daß durch eine solche Einmischung „die von uns anerkannte Regierung befestigt" werde; „es könnte aber auch sein, daß die Regierung entweder, nachdem sie Gegenstand fremder Unterstützung geworden ist, ihre Lage unhaltbar oder doch so unangenehm fände, daß sie den willkommenen Vorwand ergriffe, sich zurückzuziehen und sich der Verantwortlichkeit zu entlasten, und dann würde es unsere Aufgabe sein, zunächst wieder eine neue Spitze von Frankreich entweder zu machen oder zu finden (Heiterkeit)." Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung glaubt daher Bismarck aussprechen zu dürfen, „daß die Regierung in ihrer bisherigen Enthaltung das Richtige getroffen habe." „Die Zusage einer Enthaltung um jeden Preis zu geben, halte ich aber nicht für angezeigt. Es würde das unter Umständen eine Aufmunterung, eine Zusage der Straflosigkeit, ein Verzicht sein können, während wir jedenfalls das Recht und die Pflicht haben, uns vorzubehalten, daß wir da, wo wir unsere eigenen Interessen und Rechte verletzt oder gefährdet finden, nicht behufs Einmischung in fremde Angelegenheiten, sondern behufs Verteidigung der eigenen, eingreifen (Beifall)." Nach dieser Rede wurde die Anleihevorlage mit allen gegen ein halbes Dutzend Stimmen — zu denen natürlich Herr Bebel gehörte — angenommen.

Als die Versailler Regierung diese geharnischte Erklärung durch den Telegraphen und durch den Druck im Wortlaut besaß, ließ Bismarck am 27. April an den General Fabrice die Weisung folgen: von der Regierung in Versailles eine unzweideutige Erklärung zu verlangen, wie sie ihren in dem Vorfrieden gegen Deutsch-

land eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden gedenke." Im dunkeln Hintergrunde dieser höflichen Anfrage stand eine dreifache Drohung, welche Bismarcks Reichstagsrede mit gewohnter Offenheit ausgesprochen hatte: die Wiedereinführung der Naturalverpflegung für die deutschen Besatzungstruppen in Frankreich, das kriegerische Vorgehen dieser Truppen gegen die vertragssäumige französische Regierung, und endlich die deutsche „Einmischung" zu Gunsten einer monarchischen, napoleonischen oder orleanistischen Regierung.

An dem festen Gefüge der innern und äußern Verhältnisse des jungen Deutschen Reiches waren die Zuckungen, welche die französische Republik jetzt in ihren Grundfesten erschütterten, gar nicht zu spüren. Man hatte sich im Reichstag am 24. April einige Stunden mit den finanziellen Verlegenheiten Frankreichs infolge dieser inneren Wirren beschäftigt; das war alles, was uns anging. Mochten die Franzosen ihren Zukunftsstaat ordnen, wie sie wollten, republikanisch, monarchisch oder kommunistisch; wir hielten jedenfalls Elsaß-Lothringen fest, und der Reichstag beriet daher am 2. Mai die künftige staatsrechtliche Stellung dieser „Reichslande" zum Deutschen Reiche. Auch diesmal eröffnete Bismarck die Verhandlung. Der Entwurf vereinigte die beiden Länder für immer mit dem Deutschen Reiche. Die Deutsche Reichsverfassung sollte dort am 1. Januar 1874 in Kraft treten. Bis dahin übte „der Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates das Recht der Gesetzgebung im ganzen Umfange. Nach Einführung der Verfassung steht bis zur anderweiten Regelung durch Reichsgesetz das Recht der Gesetzgebung auch in den der Reichsgesetzgebung in den Bundesstaaten nicht unterliegenden Angelegenheiten dem Reiche zu. Alle anderen Rechte der Staatsgewalt übt der Kaiser." Diese Bestimmungen rechtfertigte Bismarck vorläufig nur aus allgemeinen Gründen. „Wenn wir uns ein Jahr — oder genauer zehn Monate — zurückversetzen", begann er, „so werden wir uns sagen können, daß Deutschland einig war in seiner Liebe zum Frieden; es gab kaum einen Deutschen, der nicht den Frieden mit Frankreich wollte, so

lange er mit Ehren zu halten war. Diejenigen krankhaften Ausnahmen, die etwa den Krieg wollten in der Hoffnung, ihr eigenes Vaterland werde unterliegen, — sie sind des Namens nicht würdig, ich zähle sie nicht zu den Deutschen! (Beifall.) Ich bleibe dabei, die Deutschen in ihrer Einstimmigkeit wollten den Frieden. Ebenso einstimmig aber waren sie, als der Krieg uns aufgedrängt wurde, als wir gezwungen wurden, zu unserer Verteidigung zur Wehr zu greifen, wenn Gott uns den Sieg in diesem Kriege, den wir mannhaft zu führen entschlossen waren, verleihen sollte, nach Bürgschaften zu suchen, welche die Wiederholung eines ähnlichen Krieges unwahrscheinlicher und die Abwehr, wenn er dennoch eintreten sollte, leichter machen." Bismarck wiederholt dann die Ausführungen seines Rundschreibens von Meaux und seines Vortrags an Favre in Haute-Maison: daß fast jede Generation in Deutschland seit 300 Jahren von Frankreich angegriffen und meist auch besiegt worden sei, daß dadurch „eine geographisch-militärische Grenzbildung geschaffen worden sei, welche an sich schon für Frankreich auch voller Versuchung, für Deutschland voller Bedrohung war, namentlich für Süddeutschland, so daß schon während des Krimkrieges der König Wilhelm von Württemberg zu Bismarck gesagt habe: eine furchtlose deutsche Politik, ohne Rücksicht auf Frankreich, könne Süddeutschland nur treiben, wenn Deutschland im Besitz von Straßburg sei. „Geben Sie uns Straßburg" sagte der König damals zu Bismarck, „und wir werden einig sein für alle Eventualitäten; so lange Straßburg aber ein Ausfallthor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der Deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. Der Knotenpunkt liegt in Straßburg, denn so lange das nicht deutsch ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit, einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben." „Der Keil, den die Ecke des Elsaß bei Weißenburg in Deutschland hineinschob," fuhr Bismarck fort, „trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland, und es gehörte der hohe Grad von

Entschlossenheit, von nationaler Begeisterung und Hingebung bei unseren süddeutschen Bundesgenossen dazu, um ungeachtet dieser naheliegenden Gefahr, der sie bei einer geschickten Führung des Feldzuges von Seiten Frankreichs ausgesetzt waren, keinen Augenblick anzustehen, in der Gefahr Norddeutschlands die ihrige zu sehen und frisch zuzugreifen, um mit uns gemeinschaftlich vorzugehen (Beifall). Daß Frankreich in dieser überlegenen Stellung, in diesem vorgeschobenen Bastion, welches Straßburg gegen Deutschland bildete, der Versuchung zu erliegen jederzeit bereit war, sobald innere Verhältnisse eine Ableitung nach Außen nützlich machten, das haben wir Jahrzehnte hindurch gesehen (Sehr wahr!).“ Bismarck belegt das besonders durch die Zumutung Benedettis vom 6. August 1866: „Mainz oder Krieg“ und durch die Luxemburger Verwickelung im Frühjahr 1867.

„Die Frage, wie Bürgschaften dagegen zu gewinnen seien — territorialer Natur mußten sie sein, die Garantien der auswärtigen Mächte konnten uns nicht viel helfen, denn solche Garantien haben zu meinem Bedauern mitunter nachträglich eigentümlich abschwächende Auslegungen erhalten (Heiterkeit.)*) Man sollte glauben, daß ganz Europa das Bedürfnis empfunden hätte, die häufig wiederkehrenden Kämpfe zweier großer Kulturvölker inmitten der europäischen Zivilisation zu hindern, und daß die Einsicht nahe lag, das einfachste Mittel, sie zu hindern, sei dasjenige, daß man den zweifellos friedfertigeren Teil von beiden in seiner Verteidigung stärke. Ich kann indes nicht sagen, daß dieser Gedanke von Haus aus überall einleuchtend gefunden wurde (Heiterkeit).“ Bismarck erwähnt dann die verschiedenen „Auskunftsmittel“, welche „vielfach vorgeschlagen“ worden seien: die Schleifung der Festungen in Elsaß und Lothringen oder die Neutralisierung dieser Länder. Beide Vorschläge erklärt er für unannehmbar. Durch eine erzwungene Schleifung der Festungen würde das französische Nationalgefühl eher noch mehr gereizt worden sein als durch Landabtretung. Und außerdem

*) Anspielung auf die englische Auslegung des Londoner Vertrags vom 11. Mai 1867, s. o. S. 33.

wäre die geographische Lage des „vorspringenden Bastion" von Weißenburg-Straßburg immer bestehen geblieben, „der Ausgangspunkt der französischen Truppen hätte immer gleich nahe an Stuttgart und München gelegen wie jetzt. Es kam darauf an, ihn weiter zurück zu verlegen." Außerdem sei Metz schon durch seine Lage jederzeit mit wenig Kunst in eine sehr starke Festung zu verwandeln. „Ich habe also dies Auskunftsmittel als unzulänglich angesehen."

Ebenso das zweite, die Reichslande zu neutralisieren. Denn „es wäre dann eine Kette von neutralen Staaten hergestellt gewesen von der Nordsee (Belgien, Luxemburg), bis an die Schweizer Alpen, die es uns allerdings unmöglich gemacht haben würde, Frankreich zu Lande anzugreifen, weil wir gewohnt sind, Verträge und Neutralitäten zu achten (Sehr gut!). Frankreich hätte einen schützenden Gürtel gegen uns bekommen, wir aber wären, so lange unsere Flotte der französischen nicht gewachsen ist, zur See nicht gedeckt gewesen. Es war dies ein Grund (zur Ablehnung des Vorschlages der Neutralisierung der beiden Länder), aber nur in zweiter Linie. Der erste Grund ist der, daß die Neutralität überhaupt nur haltbar ist, wenn die Bevölkerung entschlossen ist, sich eine unabhängige neutrale Stellung zu wahren und für die Erhaltung der Neutralität zur Not mit Waffengewalt einzutreten. So hat es Belgien, so hat es die Schweiz gethan. Diese Voraussetzung wäre bei den neu zu bildenden Neutralen, Elsaß und Lothringen, in der nächsten Zeit nicht zugetroffen, sondern zu erwarten gewesen, daß sie bei einem neuen französisch-deutschen Kriege sich Frankreich wieder angeschlossen hätten; die Neutralität wäre eben nur ein für uns schädliches, für Frankreich nützliches Trugbild gewesen. Es blieb daher nichts anderes übrig, als diese Landesstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen, um sie selbst als ein starkes Glacis Deutschlands gegen Frankreich zu verteidigen, und um den Ausgangspunkt französischer Angriffe um eine Anzahl von Tagemärschen weiter zurückzulegen."

Dann erörtert Bismarck die Gründe, warum sich die Elsässer bei Frankreich wohl gefühlt hätten und von der Rückkehr zur

Staatsgemeinschaft mit ihren altdeutschen Landsleuten nichts hätten wissen wollen. „Thatsache ist, daß diese Abneigung vorhanden war, und daß es unsere Pflicht ist, sie mit Geduld zu überwinden. Wir haben meines Erachtens viele Mittel dazu; wir Deutsche haben im ganzen die Gewohnheit, wohlwollender, mitunter etwas ungeschickter, aber auf die Dauer doch wohlwollender und menschlicher zu regieren, als es die französischen Staatsmänner thun (Heiterkeit); es ist das ein Vorzug des deutschen Wesens, der in dem deutschen Herzen der Elsässer bald anheimeln und erkennbar werden wird. Wir sind außerdem im stande, den Bewohnern einen viel höheren Grad von kommunaler und individueller Freiheit zu bewilligen, als die französischen Einrichtungen und Überlieferungen dies je vermochten; einen freieren Spielraum von Hause aus, der allmählig so erweitert wird, daß er dem Ideal zustrebt, daß jedes Individuum, jeder kleinere Kreis das Maß der Freiheit besitzt, das überhaupt mit der Ordnung des Gesamtstaatswesens verträglich ist. Das zu erreichen, diesem Ziele möglichst nahe zu kommen, halte ich für die Aufgabe jeder vernünftigen Staatskunst. Ich glaube deshalb, daß es uns mit deutscher Geduld und deutschem Wohlwollen gelingen wird, den Landsmann dort zu gewinnen — vielleicht in kürzerer Zeit, als man jetzt erwartet . . .

„Wie nun dieser Aufgabe näher zu treten sei, in welcher (staatsrechtlichen) Form zunächst, das ist die Frage, welche jetzt zuerst an Sie herantritt, aber doch nicht in einer entscheidenden und die Zukunft bindenden Weise." Dazu müßte man in die Zukunft blicken können. Denn die Verhältnisse seien „nicht nur abnorm in der Art, wie wir das Elsaß gewonnen haben, auch abnorm in der Person des Gewinners", indem das ganze Reich die beiden Länder im gemeinsamen Besitz habe. Da möge der Reichstag, gleich den verbündeten Regierungen, „empirisch" verfahren, und sich „das Urteil, über die Gestaltung, wie sie endgültig noch einmal werden kann, noch aufsparen." Lebhafter Beifall begleitete diese große Rede, und auf Antrag des Abgeordneten v. Bernuth wurde der Gesetzentwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Inzwischen hatten die Verhandlungen in Brüssel, trotz der Reichstagsrede Bismarcks vom 24. April und seiner Note an General Fabrice vom 27. April, keinen rascheren und befriedigenderen Fortgang genommen als bisher. Im Gegenteil überraschte Bismarcks Organ, die Nordd. Allg. Ztg., am 4. Mai Deutschland durch die Mitteilung: „Bei den in Brüssel stattfindenden Verhandlungen über die Zahlung der fünf Milliarden Kriegsentschädigung haben die deutschen Bevollmächtigten im Einklang mit dem Vorfrieden von Versailles vorgeschlagen, daß dieselbe in vierteljährlichen Raten, beginnend mit dem 2. Juni 1871 und endigend mit dem 2. März 1874, erfolge und in Geld oder gleichwertigen Papieren oder Barren geleistet werde. Die französische Regierung hat hierauf durch ihre Unterhändler mit einem Gegenvorschlag geantwortet, der nicht im Einklang mit dem Vorfrieden von Versailles steht und der nicht sowohl darauf, wie gezahlt, als darauf, wie nicht gezahlt, wie die Zahlung hinausgeschoben und wenigstens zum Teil vereitelt werden könnte, abzuzielen scheint." Die französische Regierung entschuldigte sich einfach damit, daß eine solche Menge Geld in der ganzen Welt nicht existiere. Sie bot daher großmütig an, eine Milliarde, statt fünfen, innerhalb drei Jahren, vom 1. Juli 1871 an, zu zahlen, und nur diese eine Milliarde bar, die übrigen Milliarden aber zu vier Fünfteln zunächst in französischer Rente, und zwar sollten die Einlösungsfristen für diese Rententitel vom 1. November 1874 an in weiterer Vereinbarung festgesetzt werden. Dagegen sollte, „als Folge der Regulierung der Schuld, die Occupation des französischen Gebietes schon vom 1. Juli 1871 an aufhören." Dazu ließ nun Bismarck in der N. A. Z. am 4. Mai bemerken: „Wir sollen uns also gefallen lassen, daß die französische Regierung ihre Schuld an uns nur mit einer Milliarde in Geld entrichtet, und daß sie die Zahlung dieser einen Milliarde über drei Jahre ausdehnt. Wir sollten uns dann zum größten Teil, zu vier Fünfteln unseres Anspruchs, mit Rententiteln abfinden lassen, welche allen Coursschwankungen unterworfen sind, welche unter Umständen mit gänzlicher Entwertung bedroht sein können, und welche, wenn

wir auf diesen Vorschlag eingehen wollten, die fünf Milliarden zu drei, höchstens drei und einer halben zusammenschmelzen lassen würden. Wir haben nun abzuwarten, ob die französische Nationalversammlung diesen Versuch, uns vertragswidrig in der Zahlung zu kürzen, gutheißen wird. Wir können dem Ergebnis mit Gelassenheit entgegensehen, da wir in den von deutschen Truppen besetzten Teilen Frankreichs ein genügendes Pfand für einen dem Vorfrieden und unserem Interesse gemäßen Ausgang der Angelegenheit besitzen."

Noch brauste die Entrüstung über diese ungeheuerlichen Zumutungen der Franzosen durch die deutsche Presse und das deutsche Volk, als Bismarck zur That schritt, indem er die Verhandlung des Endfriedens, die Graf Arnim in Brüssel so lange schon hinschleppen ließ, in seine eigene Hand nahm. Er beschied den französischen Minister des Äußern, Jules Favre, einfach nach Frankfurt, und reiste dorthin mit seinen Räten Graf Hatzfeld, Lothar Bucher und dem Legations-Sekretär Grafen v. Wartensleben am 5. Mai von Berlin ab. Sie nahmen Wohnung im Hotel zum Schwan. Am 6. hatte Bismarck hier eine sehr ernste Besprechung mit Jules Favre, deren Inhalt sich aus dem folgenden Schreiben des Reichskanzlers an den französischen Minister vom 7. Mai ergibt, das wohl ein Ultimatum genannt werden kann. Denn hier war kurz gesagt: „Der Pariser Aufstand hat, indem er die Lage änderte, die Zukunft, auf welche wir (bei Abschluß des Vorfriedens) zählen zu dürfen glaubten, in Frage gestellt. Seitdem die französische Regierung sich gezwungen sah, Paris den Händen der Insurrektion zu überlassen und sich außerhalb der Bedingungen des Vorfriedens zu stellen, um die Mittel zur Wiederherstellung ihres verkannten Ansehens zu gewinnen, liegt uns die Besorgnis nahe, daß ähnliche Vorgänge sich auch dann noch erneuern könnten, wenn es der Regierung wirklich gelänge, sich der Hauptstadt wieder zu bemächtigen." Deutschland habe zwar bisher „Paris nicht angegriffen, um einer Lage ein Ziel zu setzen, welche in dem Vertrage vom 26. Februar nicht vorgesehen war, und nicht ohne Beeinträchtigung unserer Interessen verlängert werden kann"; Deutschland habe sogar in „eine Zusammenziehung

französischer Truppen gewilligt, die beträchtlich genug ist, um im Falle einer unvermuteten Wendung der Dinge unsere Lage zu erschweren." Nunmehr aber „können wir nicht länger diese passive Haltung Zuständen gegenüber beobachten, die gegen die Bedingungen der Friedenspräliminarien verstoßen, wofern Frankreich sich nicht dazu versteht, diesen letzteren größere Kraft zu verleihen, indem es uns für die Zukunft Bürgschaften gewährt." Sollte Frankreich diese Bürgschaften, die Bismarck aufzählt*), verweigern, „so würde Deutschland sich vor allem das Recht vorbehalten, seinerseits Schritte gegen die unregelmäßigen, augenblicklich in Paris herrschenden Zustände zu thun, und auf der strengen Ausführung der Bedingung zu bestehen, welche die französische Regierung dazu anhält, ihre Truppen auf die Südseite der Loire zurückzuziehen."

Favre hatte den französischen Minister Pouyer-Quertier und das Mitglied der Nationalversammlung v. Goulard als bevollmächtigte Friedensunterhändler nach Frankfurt kommen lassen, Bismarck seinerseits auch den Grafen Arnim zugezogen. So schritt denn die Friedensarbeit rasch vorwärts. Freilich verhandelte Bismarck am Abend des 8. Mai bis nach Mitternacht und am 9. fast ebenso lange mit Jules Favre. In den Erholungspausen, die ihm gegönnt waren, besuchte er die Militär-Lazaret-Baracken auf der Pfingstweide, die Offiziersklinik des Dr. Bockenheimer in Sachsenhausen, den neuen Palmengarten und nahm am Abend des 7. an der Soiree bei dem Stadtkommandanten Generalmajor v. Loën teil. Am 10. Mai nachmittags 4½ Uhr wurde dann im Hotel zum Schwan in Frankfurt der endgültige Friede mit Frankreich unterzeichnet.

Auch die Bedingungen dieses Friedensvertrages dürfen wir bei unsern Lesern als bekannt voraussetzen. Auf Einzelheiten wird

---

*) Sie bestanden in dem Verlangen, daß Deutschland, wenn es die fernere Ansammlung französischer Truppen diesseits der Loire gestatte, dagegen die Pariser Forts auf dem rechten Seineufer, die Umwallung und die Thore, auch nach Zahlung der ersten Halbmilliarde besetzt halte und nur die Departements Somme, Unter-Seine und Eure räume.

im Laufe der geschichtlichen Ereignisse einzugehen sein. Hier mag nur im allgemeinen bemerkt werden, daß die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich bei Belfort zu gunsten Frankreichs, dem das Thal von Giromagny verblieb, etwas vorgeschoben wurde, während dagegen die deutsche Grenze bei Thionville etwas weiter nach Frankreich hineinrückte. Von besonderer Wichtigkeit waren ferner die Bestimmungen über die „Option", d. h. „die den abgetretenen Gebieten angehörigen, gegenwärtig auf diesem Gebiete domizilierten Unterthanen, welche beabsichtigen die französische Nationalität zu behalten, sollen bis zum 1. Oktober 1872 und mittels einer vorausgehenden Erklärung an die zuständige Behörde, die Befugnis haben, ihr Domizil nach Frankreich zu verlegen und sich dort niederzulassen." Bezüglich der Zahlung der Kriegskosten wurde vereinbart: die ersten 500 Millionen werden gezahlt 30 Tage nach Herstellung der Autorität der französischen Regierung in Paris, eine Milliarde im Laufe des Jahres 1871, eine halbe Milliarde am 1. Mai 1872. Die letzten drei Milliarden bleiben zahlbar am 2. März 1874, wie schon im Vorfrieden ausgemacht war. Die Kriegsschuld ist mit fünf vom hundert auf das Jahr zu verzinsen. Alle Zahlungen sind nur in Edelmetall, und dem Baargeld gleichwertigen Banknoten, Anweisungen oder Wechseln ersten Ranges zu zahlen. Bezüglich der Räumung des französischen Gebietes durch die deutschen Truppen waren die von Bismarck in dem Ultimatum vom 7. Mai geforderten Bürgschaften" gegeben. Nach Zahlung der dritten Halbmilliarde sollte die Räumung der Pariser Forts, nach Zahlung des Restes die ganz Frankreichs unbedingt erfolgen. Der Vertrag war binnen zehn Tagen oder früher in Frankfurt zu ratifizieren. Da die französische Nationalversammlung ihn am 18. Mai mit 443 gegen 98 Stimmen annahm, so konnte die Ratifikation in der That am 20. erfolgen. Am Abend des denkwürdigen 10. Mai nahm Bismarck an dem Festdiner bei dem Oberbürgermeister Mumm teil und brachte seinen Toast auf die Stadt Frankfurt aus.

Hatte schon die telegraphische Nachricht von dem unerwartet raschen Abschluß des Frankfurter Friedens im ganzen deutschen

Volke und namentlich auch unter den Abgeordneten des Reichstags unendlichen Jubel erregt, so fand diese Begeisterung einen in dieser sonst so ruhigen Versammlung ungewöhnlich lebhaften, ja ergreifenden Ausdruck, als Bismarck hier am 12. Mai zum ersten Male wieder erschien. Die Beratung des Postgesetzes unterbrechend, gab er dem Hause — unter anhaltendem Beifall — Kenntnis von den wichtigsten Bedingungen des Friedensvertrages. Gleich zu Anfang der Rede, wo er von den Schwierigkeiten des Abschlusses sprach, ließ er erkennen, wie ernst die Lage vor seiner Abreise nach Frankfurt gewesen sei. Schon oft seien Friedenspräliminarien nicht zu einem Endfrieden gediehen, und man habe wieder zu den Waffen gegriffen. „Ich war in der Besorgnis, daß wir nahe vor dieser Möglichkeit standen, und da sie eine sehr ernste war, so lag das Bedürfnis vor, zunächst eine Verständigung mit der französischen Regierung zu versuchen. Mißlang diese, so wäre zwar „für uns immer noch nicht indiziert gewesen, die Truppen der französischen Regierung sofort anzugreifen", wohl aber, „der Ungewißheit dadurch ein Ende zu machen, daß wir Paris entweder durch Akkord mit der Kommune oder durch Gewalt einnahmen und dann im Besitz dieses Pfandes von der Versailler Regierung forderten, daß sie, den Abmachungen des Vorfriedens entsprechend, ihre Truppen hinter die Loire zurückzöge, und daß in dieser gegenseitigen Verfassung die weitere Verhandlung über den Frieden fortgesetzt werde. Ich war ursprünglich nicht in der Hoffnung nach Frankfurt gegangen, daß es dort schon so weit würde kommen können; sobald sich indessen die Aussicht darbot, in Frankfurt sofort endgültig abzuschließen, hielt ich dies für einen großen Gewinn im Interesse der beiden beteiligten Länder". Für Deutschland durch sofortige wesentliche Erleichterung der militärischen Lasten; für Frankreich, weil dieser „Abschluß zur Befestigung der dortigen Verhältnisse wesentlich beitragen werde. Dadurch, daß die jetzige Regierung den endgültigen Frieden abgeschlossen hat, ist sie am leichtesten im stande, den im allgemeinen nach Frieden verlangenden Wünschen des französischen Volkes zu entsprechen. Jede Regierung, die sich durch Gewalt oder

andere Mittel an ihre Stelle setzte, hätte das Bedenken gegen sich, daß für sie und ihr der Friede nicht so vollständig und unbedingt gesichert ist, wie für die jetzige Regierung."

Besonders lebhaften Beifall fand dann bei Aufzählung der einzelnen Vertragsbedingungen Bismarcks Erklärung, daß Deutschland erst nach Zahlung von anderthalb Milliarden verpflichtet sei, die Pariser Forts zu räumen, nicht minder Bismarcks Erläuterung zu den Grenzveränderungen bei Thionville und Belfort. In rührender Bescheidenheit schloß der Staatsmann, der so Großes für sein Vaterland errungen hatte, mit den Worten: „Ich kann nicht annehmen, daß diese Abmachungen jeden einzelnen persönlichen Wunsch befriedigen werden, aber ich glaube, daß hiermit dasjenige erreicht worden ist, was wir von Frankreich vernünftigerweise und nach den Traditionen, die anderen Friedensschlüssen zu Grunde liegen, verlangen konnten. Wir haben unsere Grenzen durch Landabtretung gesichert, wir haben unsere Kriegsentschädigungen so weit gesichert, wie es nach menschlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist. Ich erlaube mir die Mitteilung mit dem Ausdruck der Hoffnung zu schließen, daß dieser Friede ein dauerhafter und segensreicher sein, und daß wir der Bürgschaften, deren wir uns versichert haben, um gegen einen etwa wiederholten Angriff geschützt zu sein, auf lange Zeit nicht bedürfen mögen (Lebhafter Beifall)."

Ebenso freudig begrüßte der Reichstag am 19. Mai Bismarcks Mitteilung, daß die französische Nationalversammlung den Frankfurter Vertrag genehmigt habe, und daß der Reichskanzler noch heute auf kaiserlichen Befehl sich nach Frankfurt begebe, um dort den Austausch der Ratifikationen zu vollziehen und die Ausführung der einzelnen Friedensbestimmungen zu vereinbaren. Schon am 22. Mai kehrte Bismarck wieder nach Berlin zurück. Unterwegs wurden ihm begeisterte Huldigungen zu Teil in Naumburg, Merseburg und Halle. In Apolda begrüßte ihn Rechtsanwalt Holbein in lateinischer Ansprache, die, in unser geliebtes Deutsch übersetzt, lautet: „Fürst Bismarck, des Erdkreises berühmtester Mann, durch Schwertes und Geistes Schneidigkeit höchst ausgezeichnet, des Deut-

schen Reiches ruhmreicher Erbauer, dieser Fürst der Fürsten lebe in Ewigkeit!"

Inzwischen hatte die Kommission des Reichstags, welche die Vorlage der Einverleibung Elsaß-Lothringens in das Deutsche Reich beriet, am 20. Mai ihren Bericht und ihre Abänderungen dem Plenum vorgelegt, und hier waren dieselben am 20. bis 22. Mai in der zweiten Lesung großenteils angenommen worden. Bismarck hatte wegen seiner Geschäfte in Frankfurt weder den Beratungen der Kommission noch den Plenarverhandlungen beiwohnen können; erst an der dritten Lesung, am 25. Mai konnte er teilnehmen.

Die Kommission hatte die Zeit der „Diktatur" in den Reichslanden — die Frist bis zum Inkrafttreten der Reichsverfassung — gegen die Vorlage um ein Jahr, bis zum 1. Januar 1873, verkürzt. Der Reichstag war dem Beschlusse der Kommission in zweiter Lesung beigetreten. Bismarck erklärte dagegen am 25. Mai: „In anderthalb Jahren, m. H., läßt sich viel Böses thun, aber nicht sehr viel Gutes schaffen." Die Kommission, an welche aus anderen Gründen am Ende dieser Sitzung, wie wir sehen werden, die Vorlage zurückverwiesen wurde, blieb bei diesem Beschlusse, und Bismarck gab in der Sitzung des Reichstags vom 3. Juni in diesem Punkte nach, da sich „ein zwingender Grund für den Termin 1874 oder einen andern überhaupt nicht angeben läßt. Ich glaubte, daß einstweilen wir, die Regierungen, dieses jüngste Kind der deutschen Familie sorgfältiger und schonender behandeln würden, als die Reichstagsmehrheit. Es wird sich ja, sei es nach 1873, sei es nach 1874, ermessen lassen, ob diese Befürchtung richtig ist." Der Reichstag trat seiner Kommission alsbald bei, und da auch der Bundesrat zustimmte, so war also nunmehr die Dauer der „Diktatur" in den Reichslanden bis zum 1. Januar 1873 begrenzt.

Viel schwerer nahm Bismarck mit Recht eine andere Abänderung der Vorlage auf, welche der Reichstag in zweiter Lesung, während Bismarcks Abwesenheit in Frankfurt, beschlossen hatte. Der Reichstag hatte nämlich ein Amendement der Abgeordneten Lasker und Stauffenberg angenommen, welches besagte, daß der Kaiser

auch während der Diktatur in den Reichslanden an die Zustimmung des Reichstags gebunden sei zu Gesetzen, „welche Elsaß-Lothringen mit Anleihen oder Übernahme von Garantien belasten.“ Bismarck erblickte in diesem „Amendement“ und in dessen Annahme durch den Reichstag eine persönliche Kränkung. Er habe, sagte er am 25. Mai, die Reichslande „völlig schuldenfrei“ dem Reiche zugebracht. „Mit allem diesem in der Tasche, komme ich nach Hause und glaubte hierüber im Interesse des Elsaß zu einiger Anerkennung berechtigt zu sein, und was mir entgegenspringt, ist die Erklärung: wir schicken Euch diesen Kanzler, aber leiht ihm kein Geld, wir stehen nicht gut für ihn. Ich werde wie ein leichtsinniger Schuldenmacher dem Lande gegenüber hingestellt. Es widerstrebt meinem persönlichen Ehrgefühl, unter dieser Kreditloserklärung in die mir zugedachte Stellung einzutreten. Befreien Sie mich von diesem Votum, das ich nicht anders denn als Mißtrauen bezeichnen kann (Bravo rechts. Bewegung links).“ Nach diesen scharfen Worten wurde die Vorlage auf Antrag der Abgeordneten v. Hennig und Fürst Hohenlohe an die Kommission „zu schleuniger Berichterstattung“ zurückverwiesen. Bismarck beteiligte sich selbst lebhaft an den Beratungen dieser Kommission, genehmigte aber schließlich die versöhnliche Lösung der Streitfrage, wonach die Zustimmung des Reichstags nur bei solchen Anleihen für die Reichslande erforderlich sein sollte, durch welche eine Belastung des Reiches herbeigeführt werde.

Nachdem wir diese befriedigende Schlichtung des ersten Konfliktes Bismarcks mit dem deutschen Reichstag berichtet haben, holen wir die bedeutsamen Worte nach, die der Reichskanzker in der Sitzung vom 25. Mai zur Rechtfertigung der staatsrechtlichen Stellung von Elsaß-Lothringen als „Reichsland“ sprach. „Ernsthaft ist wohl nur in Frage gekommen: soll Elsaß und Lothringen zu Preußen gelegt werden, oder soll es unmittelbares Reichsland sein?“ sagte er. „Ich habe mich unbedingt für die letztere Alternative entschieden, einmal, um dynastische Fragen nicht ohne Not in unsere politischen zu mischen, zweitens aber auch darum, weil

ich es für leichter halte, daß die Elsässer sich mit dem Namen der ‚Deutschen‘ assimilieren, als mit dem Namen der ‚Preußen‘ (Sehr richtig!). Die Elsässer haben sich in ihrer 200jährigen Zugehörigkeit zu Frankreich ein tüchtiges Stück Partikularismus nach guter deutscher Art konserviert, und das ist der Baugrund, auf dem wir m. E. mit dem Fundamente zu beginnen haben werden; diesen Partikularismus zunächst zu stärken, ist im Widerspruch zu den Erscheinungen, die uns in analoger Weise im Norden Deutschlands vorgelegen haben, jetzt unser Beruf. Je mehr sich die Bewohner des Elsaß als Elsässer fühlen werden, um so mehr werden sie das Franzosentum abthun. Fühlen sie sich erst vollständig als Elsässer, so sind sie zu logisch, um sich nicht als Deutsche zu fühlen. Der Name ‚Preußen‘ ist ihnen nicht ohne Erfolg durch die künstlichen — ich kann wohl sagen — Intriguen der französischen Regierung in Frankreich verhaßt gemacht worden im Vergleich zu dem der Deutschen. Was später im Interesse des Reichs, im Interesse des Elsasses zu thun sein wird, darüber wollen wir vor allen, denke ich, die Meinung der Elsässer selbst kennen lernen.“ Die erste Maßregel werde sein die Anordnung der Gemeindewahlen im ganzen Elsaß, die während des Kriegs nicht stattfinden konnten, dann die Wahl der Generalräte nach dem französischen Gesetz (auf jeden Kanton ein Generalrat) „damit wir in den Departements Versammlungen haben, die uns mit mehr Sachkunde als unsere dorthin geschickten Beamten Auskunft geben, wo die Leute der Schuh drückt und was sie für Bedürfnisse haben. Wie weit man außerdem in der Selbstregierung des Landes durch sich selbst wird gehen können, darüber getraue ich mich kaum, schon ein Urteil auszusprechen, jedenfalls halte ich es ratsam, hier wie überall so weit zu gehen, wie irgend mit der allgemeinen Sicherheit des Reiches und des Landes verträglich sein wird. Es ist das eine Aufgabe, vor die ich mich gestellt fühle, eine sehr schwierige, sehr verantwortliche Aufgabe, an die heranzutreten für mich nicht ohne Bedenken ist. Nachdem die Aufgabe, die mir bei Übernahme des preußischen Auswärtigen Ministeriums vorgeschwebt hat: die Herstellung des Deutschen Reiches in irgend einer Gestalt, in

einer kürzeren Zeit, als ich nach menschlicher Berechnung erwarten konnte, und in vollerem Maße, als ich damals zu erleben hoffte, sich erfüllt hat, kann ich meine politischen Verpflichtungen meinem Vaterlande gegenüber einigermaßen als ausgelöst betrachten; und wenn ich in diesem Stadium bei abnehmender Gesundheit und abnehmender Arbeitskraft vor einer solchen Aufgabe nicht zurückschrecke, so leitet mich dabei ein gewisses Gefühl der Verantwortlichkeit für das Schicksal der Bewohner dieser Provinz, wegen des Anteils, den ich an ihrer Loslösung von Frankreich habe; ich fühle mich berufen, der Advokat in dem neuen Staatswesen, dem sie beitreten, so weit es mir gegeben ist, zu sein, und ich möchte sie ungern im Stiche lassen (Beifall).“

Nachdem in der Kommission, wie bereits berichtet ist, die Beschlüsse, an denen Bismarck Anstoß nahm, eine ihm genehme Fassung gefunden hatten, gab er am 3. Juni bei der Schlußberatung dieser Vorlage, in Entgegnung auf eine Rede des Abgeordneten Duncker, die denkwürdige Erklärung ab: „Ich möchte die Herren dringend bitten, aus der vielleicht nicht ausreichend vorbereiteten Art, wie ich nach einer längeren Nichtbeteiligung an Ihren Geschäften eine Sache vertrete, nicht sofort Schlüsse auf tiefergehende Verstimmungen zu machen und einer Reizbarkeit unter Umständen etwas zu Gute zu halten (Beifall), ohne die ich andrerseits nicht im Stande wäre, Ihnen und dem Lande Dienste zu leisten (Hört! Hört! Beifall). Das Recht, etwas müde zu sein, wird mir auch der Herr Vorredner nicht bestreiten (Beifall).“

Am 2. Juni kam im Reichstag der Gesetzentwurf zur Beratung, welcher den während des Krieges aus Frankreich vertriebenen Deutschen eine Beihilfe von zwei Millionen Thaler aus der Kriegsentschädigung zuwies. Diese Summe sollte an die einzelnen deutschen Bundesstaaten nach Maßgabe der Kopfzahl ihrer Bevölkerung verteilt und dann von den Einzelregierungen an ihre aus Frankreich vertriebenen Landesangehörigen, nach Prüfung der besonderen Verluste und Bedürfnisse derselben zerlegt und gezahlt werden. Gegen diese Vorlage wurde vom Abgeordneten v. Patow eingewendet, daß

die Entschädigung viel zu niedrig bemessen sei, und daß die Verteilung an die einzelnen Betroffenen nicht den Landesregierungen sondern einem Zentralausschusse des Bundesrates zugewiesen werden müsse. Diesem letzteren Verlangen trat auch Miquel bei. Bismarck dagegen, teilweise unterstützt von Bamberger, der ein besonders genauer Kenner der Verhältnisse der Deutschen in Frankreich war, da er selbst 14 Jahre in Paris gelebt hatte, verteidigte die Vorlage gegen diese Angriffe mit Erfolg. Er wies nach, daß diese zwei Millionen keineswegs alles seien, was die vertriebenen Deutschen erhalten sollten; daß vielmehr außerdem von jedem der von den Deutschen während des Krieges besetzten sieben französischen Departements je eine Million Franken zur Entschädigung der aus Frankreich vertriebenen Deutschen erhoben worden sei, um „die Ruchlosigkeit des Verfahrens, welche vorlag, den Franzosen und der europäischen öffentlichen Meinung zur Anschauung zu bringen." Auch könne später, wenn nötig, zur Entschädigung der Vertriebenen noch mehr gethan werden. Der Entwurf sehe das ja vor. Aber keinesfalls könne das Reich etwa die Verpflichtung anerkennen, daß es die aus Frankreich vertriebenen Deutschen voll entschädigen müsse. „Eine volle Entschädigung kann ja der Bürger eines Landes, der im Auslande Geschäfte treibt und durch kriegerische Ereignisse zu Schaden kommt, niemals beanspruchen (Sehr wahr!), er muß sich immer sagen, daß die Thätigkeit im Auslande mit mehr Risiko verbunden ist (Beifall). Ebensowenig wie wir im Inlande alle entschädigen können, die durch den Stillstand ihrer Geschäfte (während des Krieges) gelitten haben, ebensowenig und noch weniger können wir denen, die seit 20 bis 30 Jahren mit Deutschland keine weiteren Beziehungen haben, als daß sie den gesandtschaftlichen Schutz in Anspruch nahmen, alle Verluste ersetzen." Nicht minder einleuchtend wies Bismarck nach, daß nur die Einzelregierungen in ihren Landes- und Lokalbehörden sowohl über die erforderlichen Kräfte, als auch über die nötigen Detailkenntnisse verfügten, um die Entschädigungen gerecht und angemessen zu verteilen. Eine Zentralbehörde erschwere die Lösung der Aufgabe ungemein. Bei der Entschädigung der

deutschen Rhederei sei diese angebracht, da hier nur wenige Fälle vorlägen — nicht tausende — und außerdem die Hauptinformation für den einzelnen Entschädigungsanspruch durch die überseeischen deutschen Konsuln u. s. w. geliefert werden müsse. Der Reichstag pflichtete diesen Ausführungen durch fast unveränderte Annahme der Vorlage bei.

Auch bei der Beratung des anderen Gesetzentwurfes, betr. den Ersatz von Kriegsschäden und Kriegsleistungen, der am nämlichen 2. Juni im Reichstag zur Verhandlung kam, ergriff Bismarck alsbald das Wort zu der Mahnung: „Wenn irgendwo, gilt hier: ‚Doppelt gibt, wer schnell gibt.‘ Bei der Störung aller Verkehrsverhältnisse, namentlich bei der gänzlichen Unterbrechung des Geldverkehrs, ist es für die Beteiligten außerordentlich schwer, sich durch Kredit die Mittel zum Wiederaufbau zu verschaffen, und erst wenn für die Mittel gesorgt ist, wird an die Arbeit gegangen werden können.“ Durch diese Worte gab sich der Reichskanzler von neuem als „Advokat der Reichslande“ zu erkennen; denn in großherziger Weise entschädigte die Vorlage nicht etwa bloß die deutschen Städte Kehl, Altbreisach und Saarbrücken, welche durch französische Beschießung gelitten hatten, sondern auch alle Ortschaften in Elsaß-Lothringen, welche von deutschen Geschossen betroffen worden waren. So erklärte sich der bedeutende Aufwand von 57 Millionen Thalern, den der Entwurf vorsah, und dabei war, wie Bismarck offen erklärte, „die Sache nicht erschöpft, indem die großen Zerstörungen in der Umgegend von Metz, wo ganze Ortschaften verschwunden sind, sich nicht darunter befinden.“ Aber wie der Reichskanzler, so scheute auch der Reichstag kein Opfer, um die neuen Brüder im deutschen Hause zufrieden zu stellen, und genehmigte daher die Vorlage.

Wichtige „Staatsaktionen“ schieben sich zwischen diese amtlichen Erklärungen und Reden Bismarcks im Reichstag. So begrüßte der Kanzler am nämlichen 2. Juni den Fürsten Gortschakoff bei dessen Besuch in Berlin. Die Unterredung der beiden Staatsmänner war natürlich, nach dem großen Dienste, den Deutschland

dem befreundeten Rußland auf der Londoner Pontuskonferenz geleistet hatte, sehr freundschaftlich und, bei der völligen europäischen Interessengemeinschaft beider Reiche, auch bedeutsam für die Friedenspolitik der nächsten Jahre. Zu dem Bollwerk des europäischen Friedens während der starken Hälfte der siebziger Jahre, zu dem Dreikaiserbündnis zwischen Deutschland, Rußland und Österreich, wurde hier der erste Grundstein gelegt. Am 9. Juni kam Zar Alexander selbst nach Berlin und hatte gleichfalls eine längere Unterredung mit Bismarck. Dieser wohnte dann dem Galadiner des Kaisers zu Ehren des Zaren bei. Und am 12. sah er den Kaiser Wilhelm als Gast am eigenen Tische.

Am Abend desselben Tages fand die letzte parlamentarische Soiree dieser Session bei Bismarck statt. An diesem Abend waren auch die Mitglieder der Wormser Abordnung seine Gäste, die ihm die Ausfertigung des früher erwähnten Ehrenbürgerrechtsbriefes der alten Rheinstadt überbracht hatte, nur eine Viertelstunde vor Beginn der Soiree.*) Auf die Ansprache des Wormser Bürgermeisters Brück hatte der Kanzler erwidert: „Ich fühle mich sehr geehrt, mich mit einer Stadt in nähere Berührung gebracht zu sehen, welche uns schon von der Schule her als eine Zierde des Reiches bekannt ist. Hoffen wir, daß Worms das schlimmste Jahrtausend überstanden hat, oder Deutschland müßte ja sonst aus dem Leime gehen; aber ich glaube gewiß, daß uns die Franzosen fern bleiben werden." Und auf der Soiree selbst that Bismarck zu den Wormser Abgeordneten den Ausspruch: „Ich habe bei einem so affrontierenden Angriff von Frankreich nicht geglaubt, daß wir so rasch dort sein würden; deshalb habe ich auf der Abtretung von Metz bestanden. Ich fragte die Herren vom Generalstab: Was halten Sie von Metz? Darüber ist nicht zu reden, sagten sie, Metz ist eine Armee von 120000 Mann wert, Belfort 8000. Von beiden Städten wollten wir eine haben. Selbstverständlich behielten wir Metz. Metz hält eine große Armee auf, an Belfort kann jede

*) Das Folgende nach Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, Bd. I S. 49.

vorbeimarschieren. Übrigens sind die französischen Lothringer nicht so schlimm, wie man sagt; wer stark haßt, liebt auch sehr. — Trinken Sie, meine Herren, das einzige, was einen noch zusammenhält, ist der kolossale Durst." Am nämlichen Abend zeigte sich auch Graf Herbert den Gästen. Mit rühmlichen Narben war er aus dem Feldzug heimgekehrt.

Am folgenden Tage, dem 13. Juni, fand im Reichstage die Beratung über den Gesetzentwurf statt, welcher „den Bundesregierungen aus der von Frankreich zu zahlenden Kriegsentschädigung die Summe von vier Millionen Thalern zur Verfügung stellte, um aus derselben, soweit nach den Verhältnissen der einzelnen Länder sich ein Bedürfnis herausstellt, den durch ihre Einziehung zur Fahne in ihren Erwerbsverhältnissen besonders schwer geschädigten Offizieren, Ärzten und Mannschaften der Reserve und Landwehr die Wiederaufnahme ihres bürgerlichen Berufs nach Möglichkeit zu erleichtern." Bismarck eröffnete die Debatte durch eine vom Beifall der Versammlung fortwährend begleitete Rede. „Die verbündeten Regierungen legen Gewicht darauf, daß alle Klassen des Reserve- und Landwehrstandes in dieser Bewilligung ihre Berücksichtigung finden", sagte er, „und halten nicht für begründet, zwischen den verschiedenen Rangstufen des Heeres irgend welche Scheidungslinie zu ziehen (Sehr gut!); alle Offiziere und Mannschaften haben die Gefahren und Kämpfe mit gleichem gegenseitigen Vertrauen bestanden, ohne daß sich im Felde irgend welche Scheidelinie zwischen ihnen bemerkbar gemacht hätte (Lebhafter Beifall). Wir können mit Stolz sagen, daß unsere Armee sich vor allem ausgezeichnet hat durch die gegenseitige Hingebung der Mannschaften für ihre Offiziere und der Offiziere für ihre Mannschaften (Lebhafter Beifall). Wir haben deshalb in diesem Antrage keine Grenzen zwischen beiden ziehen wollen." Die Vorlage der Regierungen wurde darauf angenommen, mit dem von Bismarck selbst erklärten Vorbehalte, noch mehr zu bewilligen, wenn es not thue.

Am nämlichen Tage beriet der Reichstag auch die Regierungsvorlage, welche „zur Verleihung von Dotationen an diejenigen deut-

schen Heerführer, die in dem letzten Kriege zu dem glücklichen Ausgange desselben in hervorragender Weise beigetragen haben, dem Kaiser eine Summe von vier Millionen Thalern aus der von Frankreich zu zahlenden Kriegsentschädigung zur Verfügung stellte. Bismarck ergriff gleich nach Eröffnung der Diskussion das Wort und bemerkte: die beiden Vorlagen zeigten eine innere Verschiedenheit. „Denn das eine ist ein Akt der Unterstützung, das andere ein Akt königlicher Freigebigkeit, zu dem Se. Maj. der Kaiser Sie bittet, ihm die Mittel zu gewähren." Er bat darauf um die Erlaubnis, „von der konstitutionellen Überlieferung abweichen" und „von dem kaiserlichen Feldherrn reden" zu dürfen, doch „auch von ihm nicht direkt, denn es würde mir nicht ziemen, ich würde das in meiner Stellung nicht wagen. Ich will Sie nur indirekt bitten, sich die Frage zu stellen, wie etwa diese ganzen Verhältnisse hätten verlaufen können, wenn auf dem Throne Preußens sich ein anderer Monarch als Seine jetzt regierende Majestät befunden hätte. War es nicht möglich, daß dieser große Krieg, der größte unseres Zeitalters, der ein Menschenalter, ein halbes Jahrhundert hindurch wie eine drohende Wolke am Horizonte Deutschlands schwebte, bei dem Monarchen, der auf dem mächtigsten deutschen Throne saß, nicht die gleiche Entschlossenheit, den gleichen Mut, diesen hohen Mut, der Krone, Reich und Leben einsetzt, vereinigt fand? War es nicht möglich, daß in Folge dessen dieser Krieg im Augenblick vermieden wurde unter Umständen, die das deutsche Nationalgefühl tief geschädigt und gekränkt hätten? War es nicht möglich, daß er aufgeschoben worden wäre, bis der Feind Bundesgenossen gegen uns gefunden hätte? War es nicht möglich, daß dieser Krieg mit weniger Geschick, mit weniger Entschlossenheit, vor allen Dingen mit weniger sorgfältig gewählten Mitteln geführt wurde? Daß der Krieg so geführt wurde, wie geschehen, verdanken wir in erster Linie unserem kaiserlichen Feldherrn, dem Könige von Preußen, in zweiter Linie der echt deutschen entschlossenen Hingebung seiner erhabenen Bundesgenossen für die nationale Sache (Beifall).

„Wenn ein Monarch, an Jahren und an Ehren reich, mit

dieser Entschlossenheit seine nach irdischem Maßstab bemessen glückliche, befriedigte, ruhmvolle Existenz einsetzt für sein Volk, wenn er in seinem hohen Alter einen Kampf durchkämpft, der ganz anders verlaufen konnte, wenn er dann zurückkehrt und sich fragt: wem verdanke ich, daß ich siegreich zurückkehre, daß unser Volk geschützt worden ist vor den Leiden und Drangsalen des Krieges im Lande, vor dem Druck des Eroberers, ja daß darüber hinaus Gott seinen Segen gegeben hat, das deutsche Volk in diesem Kriege, wo man es böse mit uns vorhatte, und es gut wurde durch Gottes Hilfe, zu einigen und ihm Kaiser und Reich wieder zu geben? Ich sage, wenn dieser erste deutsche Kaiser zurückkehrt, nach einem langen Interregnum im Besitze der größten Vollgewalt, der größten Macht, die augenblicklich in der Welt dasteht, und sich fragt: wie, durch welche Werkzeuge hat Gott dies alles verwirklicht? wie habe ich dies gewonnen? wem bin ich Dank schuldig? so trifft sein Dank natürlich zuerst sein Heer, die Tapferkeit der Truppen, die Intelligenz der Führer, und es muß ihm ein Herzensbedürfnis sein, hier zu lohnen, hier zu danken. Tapferkeit, m. H., läßt sich im einzelnen nicht belohnen; sie ist, Gott sei Dank, ein Gemeingut der deutschen Soldaten, daß man sie alle und jeden einzelnen dafür zu belohnen hätte, wenn man sie belohnen wollte (Beifall). Aber die Tapferkeit, m. H., allein reicht nicht hin zu diesem Erfolge. Mut haben auch die Franzosen bewiesen, tapfer haben auch die französischen Soldaten sich geschlagen; was ihnen fehlte, war die Führung, war die Pflichttreue und die Einsicht der Führer, war die entschlossene Leitung eines kaiserlichen, eines monarchischen Feldherrn, der in voller Verantwortung und sich bewußt, daß er um Krone und Reich schlug, an ihrer Spitze stand. Jene Führer zu belohnen, muß ein Herzensbedürfnis des Kaisers sein. In diesem Sinne möchte ich bitten, m. H., denken Sie daran, dieses Herzensbedürfnis Sr. Maj. des Kaisers zu befriedigen, geben Sie ihm die Zufriedenheit, die er durch seine Hingabe, durch seinen Mut um Deutschland wohl verdient hat (lebhafter Beifall)."

Der Reichstag beschloß hierauf, das Gesetz durch eine Kom-

mission vorberaten zu lassen, für welche die Öffentlichkeit auszuschließen sei. Noch am Abend des 13. Juni fand ihre Sitzung statt, in welcher Bismarck zugegen war, um „eingehende Mitteilungen und Erläuterungen über Tendenz und Bedeutung des Gesetzes" zu geben. Doch nannte er keine Namen, bezeichnete nur die vier Kategorien der zu Dotierenden. Dem von der Kommission beantragten Zusatz: „sowie an deutsche Staatsmänner, welche bei den nationalen Erfolgen dieses Krieges in hervorragender Weise mitgewirkt haben", stimmte er zu, da er selbst „wegen anderweitiger Bestimmungen" nicht in betracht komme. Wie das gemeint war, wird alsbald berichtet werden. Mit diesem von der Kommission beschlossenen Zusatz ward das Gesetz am 14. Juni vom Reichstag angenommen.

In der nämlichen Sitzung wurde eine Petition aus Kiel, welche den Bau eines Nordostseekanals anregte, dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen, worauf dieser erklärte: „Wir hoffen, und namentlich die preußische Regierung, in deren Gebiet der Kanal liegen soll, die Zeit und die Mittel des Friedens mit größerem Erfolge als bisher diesem Projekt und auch weiteren Kanalisierungsprojekten in Deutschland widmen zu können, indem ich auch meinerseits anerkennen muß, daß unser Vaterland in dieser Beziehung noch nicht auf der Höhe der Entwickelung steht, welche seine Mittel und Verkehrsverhältnisse ihm zuweisen (Beifall)." Damals riefen vornehmlich die altpreußischen konservativen Freunde des Reichskanzlers, zugleich mit den Nationalliberalen und Fortschrittlern, ihm Beifall zu. Wer hätte ahnen können, daß 23 Jahre später altpreußische Konservative eines der wichtigsten preußischen Kanalprojekte — den Dortmund-Rhein-Kanal — aus engherzigstem Parteiegoismus ablehnen würden!

Am 15. Juni verkündete Bismarck die Kaiserliche Botschaft, welche den Reichstag schloß. Mit warmen Dankesworten entließ die am nämlichen Tage vom Kaiser verlesene Thronrede die Abgeordneten in ihre Heimat.

Die auswärtige Politik hatte während dieser Monate in Bis-

marcks Hand nicht müssig gelegen. Einige Sorge machte ihm zu Ende März die Regierungsmüdigkeit des Fürsten Karl von Rumänien. Deutschlands und Österreichs Interessen gingen in dieser Frage Hand in Hand. Am 28. März hatte deshalb Bismarck eine längere Unterredung mit dem österreichischen Botschafter in Berlin, Grafen Wimpffen, und am nämlichen Tage richtete er an den deutschen Gesandten in Bukarest, Herrn v. Radowitz, die telegraphische Weisung: den Fürsten Karl v. Rumänien, im Vertrauen auf sein konservatives Ministerium, zum Ausharren zu mahnen. Die vertraulich-freundlichen Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem Fürsten Gortschakoff und dem Zaren Alexander bei deren Anwesenheit in Berlin im Juni sind bereits erwähnt. Am 13. Juni benachrichtigte er den nordamerikanischen Gesandte Washburne in Paris,*) der seit dem Monat Juli 1870 die Archive der preußischen und norddeutschen Gesandtschaft in Paris in seine Verwahrung und alle in Paris und Frankreich verweilenden Deutschen unter seinen Schutz genommen hatte, daß Bismarck, „um den regelmäßigen diplomatischen Verkehr zwischen dem Deutschen Reiche und der französischen Republick herzustellen, den Überbringer dieses Schreibens, den Oberstleutnant Grafen Waldersee, zum Geschäftsträger in Paris ernannt habe, als Vorbereitung zur Ernennung eines Vertreters Seiner Majestät des Kaisers. Seine Majestät haben mir befohlen, Eurer Excellenz Seine dankbare Anerkennung für den Eifer und die Güte auszusprechen, welche Sie den Interessen der deutschen Bewohner unter besonders schwierigen Verhältnissen und mit Opfern an Zeit und der eigenen Person gewidmet haben. Ich darf von neuem dem Gefühle der Dankbarkeit hier Ausdruck geben, welche ich der immer gleichbleibenden Sorgfalt und Gefälligkeit bewahren werde, die mir während der nahezu zwölfmonatlichen Dauer unserer geschäftlichen Verbindung von Ihnen zu teil geworden ist." Washburne erwiderte am 19. Juni: er habe dem Grafen Waldersee am 17. die preußischen Archive übergeben. „An demselben Tage endete die

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe II, S. 72—75.

mir während einer Zeit von elf Monaten obliegende Aufgabe, Ihre Landsleute und deren Interessen zu schützen. Ich darf Ihnen für die Übermittelung der Anerkennung Seiner Majestät in Bezug auf die Dienste, welche ich der Regierung während der Zeit, wo ich die Ehre hatte, derselben behilflich zu sein, erweisen konnte, meinen Dank aussprechen. Ich bitte Ew. Excellenz zu glauben, daß die Dienste, welche ich zu leisten in der Lage war, mit aufrichtigem Wohlwohlen gewährt worden sind, und ich bin erfreut, daß sie die Zufriedenheit der Königl. Regierung gefunden haben. Ich werde immer unseren amtlichen Beziehungen während der außerordentlichsten Periode der Neuzeit die angenehmsten Erinnerungen bewahren."

In allen Völkern Europas und in allen Kulturstaaten der Erde befestigte sich schon in diesen ersten Monaten der Erstehung des Deutschen Reiches die Überzeugung und Gewißheit, daß der deutsche Kaiser und sein Reichskanzler entschlossen seien, in jedem Buchstaben jenes Gelöbnis der Kaiserproklamation von Versailles zu erfüllen: „allezeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung." Ohne Beispiel in der Weltgeschichte war der Vorgang, den jetzt das erstaunte Europa sich vollziehen sah: die stärkste Waffenmacht der Erde bedrohte nach Niederwerfung ihres kräftigsten und ältesten Feindes nicht den kleinsten Nachbar an Freiheit und Unabhängigkeit, ließ nach keiner Scholle fremden Landes das lüsterne Auge des Eroberers schweifen. Die Niederlande, die Schweiz und Belgien atmeten auf, und mit jedem neuen Monat und Jahre brach sich bei allen Kulturvölkern immer mehr die Überzeugung Bahn, daß die stärkste Kriegsmacht der Erde zugleich der sicherste Friedenshort sei, und daß der höchste Ehrgeiz des Staatsmannes, der „mit Blut und Eisen" dieses gewaltige Deutsche Reich geschaffen, nun darauf gerichtet sei, diesem Reiche und allen Völkern das teure Gut des Friedens zu erhalten. So boten denn auch die Geschäfte des Auswärtigen Amtes dem Reichskanzler in diesen Monaten viel des Erfreulichen.

Nicht minder seine persönlichen Erlebnisse dieser Zeit. Vor allem war sein Gesundheitszustand nach all den Mühsalen, Aufregungen und überwältigenden Amtsgeschäften der Kriegszeit, ein merkwürdig günstiger. Aber auch die lieben Landsleute trugen nun ihr bestes dazu bei, die Stimmung ihres Reichskanzlers zu einer freudig-gehobenen zu machen. Von all den Beweisen dankbarer Verehrung, die Deutschland dem Gründer seiner Einheit und Macht in den ersten Frühlingsmonden des neuen Reiches entgegenbrachte, können hier natürlich nur die bedeutsamsten und eigentümlichsten Erwähnung finden. Dahin zählen denn vor allem die Ehrenbürgerrechte, die dem Fürsten Bismarck im Laufe dieser Monate verliehen wurden und das Eintreffen der städtischen Deputationen, die ihm persönlich die Ehrenbürgerbriefe überreichten. Leipzig, Hamburg und Berlin haben wir bereits genannt. Weiter folgten dann noch Görlitz, Lübeck und Bremen. Deputationen trafen ein aus Görlitz, Leipzig und Worms. In der Leipziger Deputation folgten, unter Führung des Bürgermeisters Dr. Koch, zwei bekannte Reichstagsabgeordnete: Dr. Stephani als Vizebürgermeister und Professor Dr. Biedermann als Stadtverordneter von Leipzig.

Als eine besonders zarte Aufmerksamkeit schätzte Bismarck, daß am 11. April, am Geburtstage seiner Gemahlin, die ausgezeichnete Berliner Symphoniekapelle unter Leitung des Professors Stern im Palais des Auswärtigen Amtes eine Musikaufführung veranstaltete, welche die Ouverture zur Schönen Melusine von Mendelssohn, die unvollendete Symphonie von Schubert und die A-Dur-Symphonie von Beethoven vortrug. Über alles beglückend aber war für Bismarck die am Ende dieser Periode erfolgende Heimkehr seiner Söhne aus dem Kriege und die endliche dauernde Wiedervereinigung mit allen seinen Lieben.

Doch nicht bloß jede der Städte, die dem Kanzler ihr Ehrenbürgerrecht verlieh, durfte sich rühmen, von seiner eigenen Hand unterschrieben, den Ausdruck seines wärmsten Dankes zu besitzen. Soweit er Zeit fand, dankte er vielmehr jedem für jedes Zeichen der Liebe. So erwiderte er den Gruß einer zur Feier des Einzugs

des Landwehrbataillons in Burg versammelten Festgesellschaft am 10. April in einem Telegramm an den Landrat v. Plotho in Burg dankend „als Regimentskamerad und als Nachbar, als (Ihle-) Schaudirektor und Kanzler.“ Während er in Frankfurt am Abschlusse des Friedenswerkes arbeitete, erhielt er von Patrioten des Rheingaus plötzlich eine Sendung erlesener Rheinweine. Er antwortete am 6. Mai aus Frankfurt: „Freudig überrascht durch die reiche Sendung, spreche ich den Gutsbesitzern des Rheingaues meinen herzlichen Dank für die köstliche Gabe und die schönen Worte aus, welche sie begleiteten und welche ich wie den Wein selbst herzerfreuend nennen darf. Die Rheinländer sind mit Recht stolz auf ihren deutschen Wein und dürfen es nicht minder auf ihre deutsche Gesinnung sein. Ich habe beide längst zu schätzen gewußt und weiß, wie beide sich bewähren. Die Rheinlande haben tapfer dazu mitgeholfen, daß ihr Strom und ihre Weine deutsch geblieben sind; und die Erinnerung daran verleiht jedem Tropfen des köstlichen Trankes einen neuen Wert. Ich werde mich sehr freuen, wenn der Wunsch, den Sie mir am Schlusse versprechen, in Erfüllung geht und ich an der Geburtsstätte Ihrer Sendlinge mit Ihnen selbst auf das Wohl der Rheinlande und des Rheingaues trinken kann.“

Wie einst Ernst Moritz Arndt seine nordische Inselheimat und den edeln Weingau Deutschlands dicht nebeneinanderstellte:

Ist's wo am Belt die Möve zieht,
Ist's wo am Rhein die Rebe glüht?

so folgte jetzt auf die Spende des Rheingaus eine nicht minder gut gemeinte, wenn auch viel schlichtere, aus dem Ammerlande,*) ein Schinken aus Westerstede, begleitet von einem Gedicht mit den Schlußversen:

„Und wenn He kien ammerlandsch Pladdütsch kann,
Denn wend He sick man,
An den Sternkieker Tietjen
Dat is mien Landsmann.“

*) Alter deutscher Gau (vormals Grafschaft) im heutigen Großherzogtum Oldenburg, zwischen Hunte und Jahde gelegen.

Obwohl Bismarck gerade in der Abreise nach Frankfurt zum Austausch der Ratifikationen des Friedensvertrages begriffen war, antwortete er noch aus Berlin am 19. Mai an Herrn W. Geiler in Westerstede: „Ihnen und Ihren Westersteder Freunden für den guten Schinken und die herzlichen Worte, welche Sie mir übersandt, meinen Dank in Ihrem eigenen Plattdeutsch auszusprechen, unternehme ich zwar nicht; aber so fremd bin ich doch meiner Heimat und ihrer Sprache nicht geworden, daß ich die Hilfe Ihres ausgezeichneten Landsmannes hätte in Anspruch nehmen müssen, um Ihre schönen Grüße zu verstehen. Auch Ihre Heimat mit ihren stattlichen Höfen, Eichenwäldern und wohlumfriedeten Kämpen ist mir nicht fremd. Ich bin im Ammerlande gewesen und habe 1853 eine Nacht in Zwischenahn zugebracht. Welche Söhne das Ammerland hervorbringt, haben wir, wie Sie mit Recht sagen, im Kriege wohl und freudig bemerkt; möge nun der Friede seine Segnungen auch über Ihre Heimat wie über das ganze Vaterland ausbreiten."

Ja, jeder brachte diesem Manne das Beste dar, nachdem Bismarck zuvor uns allen das Beste errungen, uns alle mehr oder minder zu sich emporgezogen hatte. Mächtig hatte sich der Dichter Oskar v. Redwitz begeistert und gehoben gefühlt durch das Wehen und Brausen dieses deutschen Geistes. Mit dem teils fanatisch-ultramontanen, teils süßlich-sentimentalen romantischen Epos „Amaranth" hatte dieser Dichter seine Laufbahn begonnen. Längst freilich hatte er sich von der Richtung und Tendenz dieses Erstlingswerkes abgewendet. Nun aber, unter den gewaltigen Eindrücken des größten deutschen Krieges und der größten nationalen Politik, überraschte er die Welt durch eine der bedeutendsten und edelsten Dichtungen der Kriegszeit, eine Art von Epos in Sonetten, durchdrungen von hinreißender vaterländischer Begeisterung: „Das Lied vom neuen Deutschen Reich". Er sandte es Bismarck und erhielt darauf die Antwort des Fürsten: „Indem ich Ihnen diesen Dank ausspreche, sehe ich über alles hinweg, was Ihre Worte Freundliches für mich enthalten; aber ich reiche Ihnen freundlich die Hand als einem Mitarbeiter an dem Aufbau dieses Reiches. Sie sind

das schon lange gewesen; denn jedes echte Dichterwort, in Nord und Süd gleich erklingend, fördert das Gemeingefühl des deutschen Volkes. Jetzt aber klingt aus dem Liede, das der süddeutsche Sänger dem alten norddeutschen Freiheitskämpfer in den Mund legt, die Stimme der ganzen Nation voll und kräftig mir entgegen, und wie es des Dichters doppelte Aufgabe ist, der Mund seines Volkes zu sein und seine eigene Begeisterung ihm zu leihen, so sehe ich in dem „Liede vom neuen Deutschen Reich“ nicht nur ein neues schönes Zeugnis von der in Süd und Nord gleich tief empfundenen Einheit dieses Reiches, sondern zugleich eine frische und kräftige Geistesthat, um die lebendige Einheit in der reichen Mannigfaltigkeit des deutschen Geisteslebens verwirklichen zu helfen. Die Nation wird die Worte des Dichters, der ihren Schmerzen wie ihrer Begeisterung, und vor allem ihrer deutschen Pietät für Kaiser und Reich so lebenswahren Ausdruck leiht, freudig vernehmen und sich daran erbauen; und sie wird das, was in Ihrem Liede noch prophetisch ist, zur Erfüllung bringen. Daran lassen Sie uns, jeden an seiner Stelle, mitarbeiten, und nicht müde werden im Dienste des Vaterlandes.“

Nach Jahren war dem Fürsten Bismarck in den Tagen vom 28. bis 30. Mai auch wieder einmal ein kurzer Besuch auf seinem Stammgut, an seiner Geburtsstätte Schönhausen beschieden.

Aber nicht bloß die deutschen Städte, die Vaterlandsfreunde im Süden und Norden des Reiches, die Dichter, drängten sich zu dankbarer Huldigung, auch das ganze deutsche Heer und Hunderttausende aus dem ganzen deutschen Volke, als dessen berufene Vertreter die Abgeordneten des Reichstags, sie alle jubelten auf in ungestümer Begeisterung, so oft sie des eisernen Kanzlers ansichtig wurden bei dem unvergeßlichen großen Siegeseinzug in Berlin, am 16. Juni 1871.

Den letzten, größten und bedeutsamsten Dank aber erwies der Kaiser seinem Reichskanzler, der den König von Preußen, seinen geliebten Herrn, aus jener verzweifelten Lage, da Bismarck am 20. September 1862 die Leitung des preußischen Ministeriums

übernommen, innerhalb acht Jahren auf die höchste Staffel deutscher Machtfülle und Würde erhoben hatte. Am 17. Mai hatte Kaiser Wilhelm an den Fürsten Bismarck als den Minister für Lauenburg einen Erlaß gerichtet, welcher zur Erledigung der lauenburgischen Domanialangelegenheit vorschlug, die Absonderung von Domänen im Werte von einer Million Thaler und die Überlassung derselben an den König von Preußen zu freiem, unbeschränktem Eigentum vorzunehmen. Am 24. Mai verhandelte darauf der königliche Kommissar mit der Ritter- und Landschaft des Herzogtums Lauenburg. Es wurde beschlossen, einen Domanialkomplex im Amte Schwarzenbeck zur Verfügung des Kaisers und Königs zu stellen, der nach den letzten Schätzungen einen Netto-Jahresertrag von 34016 Thalern abgeworfen hatte. Der Kaiser nahm das Anerbieten in einem Erlasse vom 27. Mai, unter Gegenzeichnung Bismarcks, an. Am 19. und 21. Juni wurden hierüber die Vertragsurkunden ausgetauscht. Am 24. Juni aber richtete Kaiser Wilhelm an Bismarck, den Minister für Lauenburg, folgendes Schreiben: „Ich habe Mich veranlaßt gefunden, den zu dem Domanium des Herzogtums Lauenburg gehörigen Grundbesitz im Amte Schwarzenbeck, welcher Mir zum freien und unbeschränkten Eigentum durch den mit der Ritter- und Landschaft des Herzogtums unterm 19. d. M., von Mir am 21. d. M. genehmigten Receß überlassen worden ist, mit allen daraus sich ergebenden Privatrechten und Verbindlichkeiten dem Kanzler des Deutschen Reiches, Fürsten von Bismarck, in Anerkennung seiner Verdienste als eine Dotation zum Eigentum zu übereignen."

So hatte Bismarck abermals eine neue Stätte gewonnen, wo er müde oder geschäftsfrei sein Haupt hinlegen konnte: den Sachsenwald, Friedrichsruh.

Die Leute, welche den Wert des Menschenlebens und der Menschenarbeit nach der Summe berechnen, die Einer erwirbt und seinen Erben hinterläßt, lenkten bei dieser Nachricht die Augen der Deutschen auf die finanziellen Errungenschaften der englischen und französischen Staatsmänner — ganz abgesehen von amerikanischen,

russischen u. s. w. —, die schon nach kurzem und nach einem bei weitem weniger rühmlichen und weltgeschichtlichen Wirken an der Spitze des Staates, ein bei weitem ergiebigeres Auskommen sich errungen hätten, als Fürst Bismarck. In der That blieben auch die Durchschnittseinkommen des Sachsenwaldes weit zurück hinter der amtlichen Schätzung von 102 000 Mark jährlich. Das eigentliche Gut Friedrichsruh nebst dem benachbarten Aumühle, beides Enklaven im Sachsenwalde, mußte sich Bismarck aus Privatbesitz zu Anfang der achtziger Jahre erst für 240 000 Mark hinzukaufen.

Aber gerade darum, weil Bismarck bei seinen nationalen Großthaten auf seinen Privatvorteil so wenig bedacht war, wie die deutschen Geistesheroen der klassischen Zeit, die Schiller und Goethe, die Kant und Fichte, gerade darum brachte ihm das gesamte deutsche Volk seine ureigene unschätzbare „Dotation" dar, unvergängliche Liebe, Verehrung und Dankbarkeit. Wie Bismarck den „kategorischen Imperativ" und den deutschen Idealismus in einem Lebenswirken und Charakterbild verkörperte, das alle Dichter und Philosophen unseres klassischen Zeitalters als die höchste Verwirklichung ihrer Phantasie und ihres Systems verehrt hätten, so feierte das lebende, das freie, große und einige Geschlecht der Deutschen seinen Bismarck fortan als den Edelsten und Besten des ganzen Volkes. Aus allen deutschen Herzen sang Paul Heyse:

Wer hat das Reich uns aufgebaut,
Daß hoch die Zinnen ragen?
Germania, du Kaiserbraut,
Wer ließ dich Krone tragen?
Das hat mit Macht
Der Eine vollbracht,
Von dem wir singen und sagen!

